Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik



Dokumente zur Außenpolitik der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik

Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Band IX

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961



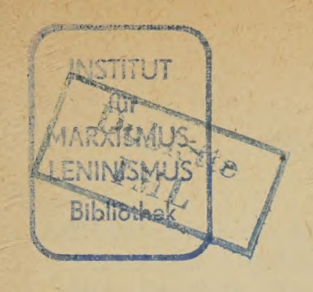
RÜTTEN & LOENING · BERLIN

1962

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin
Redaktionelle Bearbeitung: Hansjürgen Krüger

1. Auflage 1962

Rütten & Loening, Berlin W 8
Lizenznummer: 220-415/59/62
Printed in the German Democratic Republic
Satz, Druck und Einband: Sachsendruck Plauen
Verkaufspreis: 6,80 DM



Erklärungen und Stellungnahmen der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu außenpolitischen Fragen und zum Problem der Wiedervereinigung Deutschlands

Verzeichnis der Dokumente

ADN-Interview mit dem 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, vom 21. Januar 1961 zu einer Erklärung des Foreign Office

Frage: Das britische Außenministerium hat sich in einer Erklärung an die Adresse der Regierung der DDR gegen einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin vom 8. Dezember des vorigen Jahres gewandt. Worin sehen Sie den Anlaß dafür?

Antwort: Gegenwärtig befindet sich General Heusinger, der ehemalige Chef der Operationsabteilung Hitlers, der maßgeblich an der Planung der Invasion der Naziwehrmacht gegen England beteiligt war, die mit der versuchten Ausradierung englischer Städte vorbereitet wurde, als Gast der britischen Regierung in England. Die Empörung der öffentlichen Meinung Englands über Heusingers Pläne einer Invasion deutscher Truppen in England mit Hilfe der NATO ist so groß, daß die englische Regierung offenkundig ein Ablenkungs- und Beschwichtigungsmanöver brauchte. Anders läßt es sich nicht erklären, daß sie den Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung $1\frac{1}{2}$ Monate nach seiner Annahme und einen vollen Monat nach seiner Publizierung dazu benutzt, um grundlose Beschwerden gegen die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zu erheben.

Frage: Wieso sind die britischen Beschwerden grundlos?

Antwort: Der eine Satz in dem umfangreichen Beschluß „Über die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und inneren Ordnung und Sicherheit bei der Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplanes“, auf den sich die britische Beschwerde bezieht, besagt eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die Gesetze der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik über den freiwilligen Beitritt zu den bewaffneten Organen der DDR gelten naturgemäß auch für ihre Hauptstadt. Im übrigen ist das eine innere Angelegenheit der Deutschen Demokratischen Republik, denn wir verlangen ja auch von der britischen Regierung nicht, daß sie die Bürger ihrer Hauptstadt aus dem Dienst in den britischen Streitkräften ausschließt.

Frage: Aber das Foreign Office spricht in diesem Zusammenhang von einem Beispiel kommunistischer Duplizität.

Antwort: Der Sprecher des britischen Außenministeriums kennt wahrscheinlich das alte deutsche Sprichwort nicht: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es noch lange nicht dasselbe. Eine Sache ist,

Jugendliche als Freiwillige für die Volkspolizei und die Nationale Volksarmee zu werben, von deren friedliebenden Charakter sich der ehemalige britische Verteidigungsminister, Herr Shinwell, und sein Unterstaatssekretär, Oberst a. D. Wigg, durch eigenen Augenschein und persönliche Gespräche überzeugen konnten und darüber auch vor der britischen Öffentlichkeit berichtet haben. Eine völlig andere, direkt entgegengesetzte Sache aber ist es, wenn in Westberlin Jugendliche als Legionäre für den Dienst in einer von Hitlergeneralen kommandierten Wehrmacht geworben werden, die für einen Revanchekrieg rüstet.
Völlig selbstverständlich ist es, in der Hauptstadt eines Landes für seine Armee Freiwillige zu gewinnen. Aber völkerrechtlich unzulässig und mit den Vier-Mächte-Abkommen über die Nachkriegsentwicklung Deutschlands unvereinbar ist es, wenn in Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt und nicht zur Bundesrepublik gehört, Söldner für die NATO-Wehrmacht in Westdeutschland geworben werden. Das Londoner Außenministerium hat diese Erklärung wohl auch deshalb herausgegeben, weil es im Grunde genommen den Abgeordneten des britischen Unterhauses eine glaubwürdige und erschöpfende Antwort auf die Fragen nach der Rekrutierung von Westberliner Jugendlichen für die Bonner Wehrmacht bis heute schuldig geblieben ist.
Frage: Das Foreign Office spricht aber von Verletzungen der Vier-Mächte-Vereinbarungen?
Antwort: Alle Vier-Mächte-Vereinbarungen, auch die jetzt nicht mehr gültigen über Berlin, beruhten auf den Prinzipien der Antihitlerkoalition, nach denen Deutschland ein entmilitarisierter, entnazifizierter und demokratischer Staat werden sollte. Damit aber ist es z. B. völlig unvereinbar, daß in diesen Tagen eine große Gruppe des Generalsekretariats und des Politischen Ausschusses der NATO die Frontstadt Westberlin inspiziert. Besonders ungeheuerlich ist es, daß dieser NATO-Inspektion auch der Bonner Botschafter bei der NATO, Gebhardt von Walther, und andere Vertreter der westdeutschen Militaristen angehören.
Wie will das britische Außenministerium es rechtfertigen, daß Westberlin auf diese Weise zu einem NATO-Stützpunkt gemacht wird, obwohl es auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegt und ebensowenig ein Teil des Bonner Staates ist wie es zur NATO gehört.
Diese Aktivität der NATO in Westberlin unterstreicht einmal mehr, daß von einem Vier-Mächte-Status in Berlin nicht mehr die Rede sein kann; denn es ist offensichtlich, daß die Tätigkeit

der NATO in Westberlin die völlige Verneinung aller Bestimmungen ist, die ursprünglich Grundlage und Inhalt aller Vier-Mächte-Vereinbarungen waren.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1961 zu Äußerungen eines anonymen Sprechers der drei Westmächte in Westberlin

Wie die amerikanische Nachrichtenagentur AP meldet, soll ein anonymer „Sprecher der drei Westmächte in Berlin" eine Stellungnahme zum Gottesdienst der evangelischen Kirche, der am 12. Februar 1961 in der Marienkirche im demokratischen Berlin stattfand, abgegeben haben. Diese Erklärung gipfelt in der Feststellung, daß eine angebliche „Behinderung der evangelischen Geistlichen an der Sektorengrenze" das „Recht auf freie Ausübung des Glaubens" behindert habe. Ein Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik erklärt zu dieser Meldung:

Die Behauptung des anonymen Sprechers der Westmächte ist falsch. Niemand hat die Ausübung des Glaubens behindert. Der Gottesdienst in der Marienkirche erfolgte völlig ungestört. An ihm nahm eine große Anzahl Westberliner und Westdeutscher teil, unter ihnen auch westdeutsche Vertreter der evangelischen Kirche. Allein diese Tatsache beweist schon, daß die weitere Behauptung des „Sprechers der Westmächte", daß irgendwelche Maßnahmen der Organe der DDR den „freien Verkehr innerhalb Berlins behindert" hätten, aus der Luft gegriffen ist. Lediglich einigen Vertretern der westdeutschen Militärkirche, die für ihre feindliche Aktivität gegenüber der DDR bekannt sind, wurde mit Fug und Recht der Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik nicht genehmigt. Diese Maßnahme wurde im Interesse der Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik und in Übereinstimmung mit den Rechten, die jeder souveräne und unabhängige Staat ausübt, ergriffen.
Im übrigen ist keinem Vertreter der westdeutschen Militärkirche geschehen, was den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, die in Westdeutschland für den Frieden eintreten, auf Grund der Anordnungen des Bonner Innenministers Schröder ständig widerfährt. In seiner Sorge um die Glaubens- und Gewissensfreiheit hätte der anonyme Sprecher der Westmächte in

Westdeutschland ein weites Betätigungsfeld, wenn er sich einmal mit den dort erfolgten und täglich neu erfolgenden Verhaftungen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik befassen würde. Alle diese Verhaftungen erfolgten und erfolgen auf Grund von Maßnahmen und Anordnungen des Bonner Innenministers und ehemaligen SA-Mannes Schröder, die lediglich einem Ziele dienen: jedes Eintreten für den Frieden und für die friedliche Verständigung zwischen den Deutschen unter Anwendung aller Mittel zu verhindern und damit die Verwirklichung der Bonner Atomaufrüstungspläne und die Durchführung der Kriegs- und Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen zu beschleunigen.

Protest der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 24. März 1961 bei den Befehlshabern der Besatzungstruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Westberlin gegen Revanchistentreffen

Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Befehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten von Amerika in Westberlin, Generalmajor Watson

Herr General! Am Sonnabend, dem 18. März 1961, wurde in Westberlin in der Kongreßhalle ein sogenanntes Oberschlesier-Treffen abgehalten, das im Zeichen einer aggressiven Hetze gegen die Volksrepublik Polen und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik stand. Gegen die beiden Nachbarstaaten der Deutschen Demokratischen Republik wurden im Geiste der Revanche für die Niederlagen der deutschen Militaristen in zwei Weltkriegen Gebietsforderungen erhoben, die nur als neuerliche Kriegsprovokationen gewertet werden können. Die Forderungen richteten sich auf Gebiete, die seit der Wiederherstellung des selbständigen polnischen Staates nach dem ersten Weltkrieg polnisches Staatsgebiet sind; der niedersächsische Minister Schellhaus rief die Kundgebungsteilnehmer in seiner chauvinistischen Hetzrede faktisch zur Inbesitznahme der Westgebiete Polens auf. Seine Gebietsforderungen gegen die Tschechoslowakische Sozialistische Republik begründete er mit der von Hitler übernommenen Behauptung, sie wäre nach dem ersten Weltkrieg entstanden als ein „künstlich geschaffenes Staatsgebilde, das man Tschechoslowakei nannte“.

Wir glauben uns eins mit Ihnen, Herr General, daß solche Bestrebungen zur Veränderung der heute in Europa bestehenden Grenzen schwerste Gefahren für alle Völker heraufbeschwören.
Der Mißbrauch Westberlins zur chauvinistischen Hetze gegen die Nachbarstaaten der Deutschen Demokratischen Republik, deren Völker unter der Hitleraggression Unermeßliches erlitten haben, ist mit Geist und Buchstaben des Potsdamer Abkommens, das auch die Unterschrift Ihrer Regierung trägt, unvereinbar. Die Hetzveranstaltung in Westberlin, in der militaristische Revancheforderungen erhoben wurden, diente der politischen Kriegsvorbereitung und richtete sich gegen die von allen Völkern gewollte internationale Entspannung. Auf diese Weise wird Westberlin immer mehr zum Tummelplatz für westdeutsche Militaristen gemacht, die mit ihrem Revanchegeschrei Vorwände für die forcierte atomare Aufrüstung Westdeutschlands liefern wollen. Auch diese friedensfeindliche Revanchekundgebung wurde wieder mit Billigung und aktiver Unterstützung des Westberliner Senats abgehalten.
Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die friedliche Zukunft der deutschen Nation und den Frieden in Europa sieht sich die Deutsche Demokratische Republik, die die Friedensprinzipien des Potsdamer Abkommens zum Grundsatz ihrer Politik gemacht hat, gezwungen, erneut festzustellen, daß diese nicht zu duldenden Angriffe gegen den Frieden in Europa durch die anomale Lage möglich wurden, die sich unter dem Besatzungsregime in Westberlin herausgebildet hat. Die Deutsche Demokratische Republik, die mit der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen unterhält, kann nicht stillschweigend zusehen, wie von Westberlin, das auf dem Territorium und inmitten der Deutschen Demokratischen Republik liegt, gegen ihre Nachbarstaaten Revanchehetze betrieben und zur Aggression aufgerufen wird.
Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an Sie, Herr General, als den Befehlshaber der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten von Amerika und erhebt schärfsten Protest gegen den friedensfeindlichen Mißbrauch Westberlins für derartige Revanchekundgebungen. Die Vereinigten Staaten von Amerika nehmen gemeinsam mit der Republik Frankreich und Großbritannien, gestützt auf das sogenannte kleine Besatzungsstatut, Besatzungsrechte in Westberlin für sich

in Anspruch. Daraus ergibt sich für sie auch die Pflicht, die in und von Westberlin aus betriebene Gefährdung des Friedens in Europa zu unterbinden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich bei ihrem Protest von dem Bestreben leiten, allem vorzubeugen, was zur Verschärfung der Spannungen in Deutschland und in der Welt führen muß. Ich habe gleichlautende Schreiben an die Befehlshaber der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der Republik Frankreich und des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sowie ein ähnliches Schreiben an den Westberliner Senat gerichtet.

Dr. Lothar Bolz
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik aus Anlaß des 21. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf Dänemark und Norwegen am 9. April 1961

Die Ereignisse der vergangenen 12 Monate haben die in der Erklärung der Regierung der DDR anläßlich des 20. Jahrestages des faschistischen Überfalls auf Dänemark und Norwegen getroffenen Feststellungen* in vollem Umfange bekräftigt. Das vergangene Jahr hat vollauf bestätigt, daß die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen das Hauptziel der Politik Bonns ist. Die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker sind die eifrigsten Verfechter der Verwandlung der NATO in eine vierte Atommacht, weil sie dadurch Verfügungsgewalt über Atomwaffen erhalten. Sie fordern die Einrichtung von Abschußbasen für atomare Waffen an der Ostgrenze der Bundesrepublik. Sie sind entschlossen, die westdeutsche Armee unter allen Umständen – ob mit oder ohne NATO – mit Atomwaffen auszurüsten, weil ihnen dies die sicherste Gewähr geben würde, ihre NATO-Verbündeten in den von ihnen geplanten Revanchekrieg hineinziehen zu können.
Mit dieser Politik setzen sie nicht nur das Leben des deutschen Volkes, sondern auch die Existenz anderer europäischer Völker, darunter der Völker Dänemarks und Norwegens, aufs Spiel.

* Siehe Band VIII, S. 69 ff.

Der deutsche Militarismus ist unablässig und nicht ohne Erfolg bestrebt, seine Position in den Führungsgremien zu verstärken. Es wurden weitere bedeutende Posten in der NATO von führenden Bonner Militärs besetzt. Der Kriegsverbrecher und Hitlergeneral Heusinger übernahm z. B. die Funktion des Vorsitzenden des Ständigen Militärausschusses der NATO. An seine Stelle als bisheriger Generalinspekteur der Bundeswehr rückte der für seine Kriegsverbrechen zu 25 Jahren Haft verurteilte frühere Hitlergeneral Foertsch.

Dieses Bestreben, die entscheidenden Positionen in der NATO zu besetzen, tritt auch gegenüber den nordischen Ländern immer stärker in Erscheinung. Der Bonner Kriegsminister und seine Hitlergenerale und -admirale unternehmen gerade gegenwärtig verstärkte Anstrengungen, um die Kommandogewalt im NATO-Bereich Nord an sich zu reißen. Da es ihnen bisher nicht gelungen ist, ihre Befehlsgewalt auf den gesamten Bereich auszudehnen, konzentrieren sie sich vorläufig auf Dänemark. Mit Hilfe der Pariser NATO-Zentrale sollen die dänischen See-, Luft- und Teile der Landstreitkräfte den Nazigeneralen und -admiralen untergeordnet werden. Um dieses Ziel durchzusetzen, setzen die westdeutschen Militaristen alle Mittel ein. Sie scheuen nach dem alten Rezept der deutschen Imperialisten auch nicht davor zurück, auf Dänemark politischen und ökonomischen Druck auszuüben.

Es ist deshalb kein Wunder, daß diese Tatsachen wachsende Besorgnis unter der Bevölkerung der nordischen Staaten, insbesondere Dänemarks, hervorrufen.

Immer mehr wächst auch in den nordischen Ländern die Erkenntnis, daß die Warnungen der DDR vor den verhängnisvollen Folgen der Atom- und Revanchekriegspolitik Bonns vollauf berechtigt waren und sind. Es wächst die Erkenntnis der Gefahr, daß besonders solche mit Westdeutschland verbündeten Länder wie Dänemark und Norwegen entgegen ihrem Willen in kriegerische Abenteuer des deutschen Militarismus hineingezogen werden können. Das erkennen in zunehmendem Maße auch Repräsentanten einflußreicher Kreise dieser Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik erhebt auch heute, am 21. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Dänemark und Norwegen, ihre warnende Stimme und versichert den Völkern Dänemarks und Norwegens ihre volle Solidarität beim Gedenken an die heldenhaften Söhne und Töchter Dänemarks und Norwegens, die im Kampf gegen das Terrorregime der faschistischen Okkupation ihr Leben gaben.

Mit Stolz kann die DDR darauf hinweisen, daß sie der deutsche Staat ist, in dem das Vermächtnis der Kämpfer des antifaschistischen Widerstandes verwirklicht wurde. Auf ihrem Territorium ist kein Platz für Revanchismus und Militarismus.
Die Politik der Völkerverständigung und der friedlichen Koexistenz ist oberster Grundsatz der gesamten Tätigkeit der Regierung der DDR. Sie setzt ihre ganze Kraft ein, um diese Politik des Friedens in ganz Deutschland durchzusetzen. Davon zeugen ihre Vorschläge für die völlige Abrüstung in beiden deutschen Staaten, zur Bildung einer Friedenskommission und Vereinbarung eines zehnjährigen Friedens zwischen ihnen sowie über einen gegenseitigen Verzicht auf Gewaltanwendung und die Schaffung einer kern- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.
Diese Vorschläge dienen der Entspannung der Lage in Deutschland und Europa und entsprechen zutiefst den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes ebenso wie den Interessen aller europäischen Völker.
Die Tatsache, daß 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges noch immer keine vertragliche Friedensregelung erfolgt ist, bietet den Revanchisten in Westdeutschland Möglichkeiten für ihre Atomkriegsvorbereitungen und für ihre offenkundige Absicht, eine friedliche Entwicklung in Deutschland und Europa zu stören. Es ist daher notwendig, im Interesse der Erhaltung und Sicherung des Friedens die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen.
Der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten würde dazu beitragen, daß in ganz Deutschland friedliche Verhältnisse geschaffen würden und damit auch der Friede in Europa nicht mehr gefährdet wäre. Der deutsche Militarismus würde gebändigt werden, und es würden Bedingungen geschaffen, unter denen die Ziele, für die die Völker der Antihitlerkoalition gegen das militaristische und faschistische Deutschland kämpften, auch in der westdeutschen Bundesrepublik weitgehend Verwirklichung finden könnten.
Eine solche Entwicklung entspricht ohne Zweifel zutiefst auch den Lebensinteressen der Völker Dänemarks und Norwegens. Sie würden befreit von der Furcht vor den Folgen der abenteuerlichen Politik des deutschen Militarismus, vor der Verwicklung in einen atomaren Vernichtungskrieg.
Heute sind alle Voraussetzungen gegeben, um die Verwirklichung der imperialistischen Kriegspläne durch den Kampf der

Friedenskräfte zu vereiteln. Auch im Ostseeraum kann die Gefahr des Krieges, die Gefahr einer neuen Okkupation der nordischen Länder durch dieselben Kräfte, und zum Teil auch durch dieselben Personen, die den Überfall im April 1940 durchführten, beseitigt werden.
Die DDR, ihre Regierung und ihre Bevölkerung versichern am 21. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Dänemark und Norwegen den Völkern dieser Länder, daß sie alles in ihrer Kraft Stehende tun werden, um eine Wiederholung des 9. April 1940 zu verhindern.

Erklärung des Präsidiums der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum Eichmann-Prozeß, abgegeben durch den Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, auf der 17. Tagung der Obersten Volksvertretung am 12. April 1961

Das Staatsvolk der DDR erblickt in dem Angeklagten Eichmann eine Ausgeburt des deutschen Militarismus, dessen Weggenosse von jeher der Antisemitismus gewesen ist. Zwischen den Eichmanns und Hitlergeneralen bestand und besteht insofern Wesens- und Tatgemeinschaft, als beide sich wissend und willfährig in den Dienst der Völkervernichtung stellten. Steht also Eichmann vor dem Tribunal, so ist mit ihm der deutsche Militarismus angeklagt!
Wir erblicken in der Person Eichmanns einen Exponenten des Mörderstaates, den sich der deutsche Imperialismus in den Jahren 1933 bis 1945 geschaffen hatte. Großdeutsche Konzerne preßten aus den geschundenen Leibern von Millionen sogenannter Fremdarbeiter ihre bisher größten Profite; großdeutsche Konzerne errichteten ihre profitablen Fabriken direkt neben den Todesfabriken der SS; großdeutsche Konzerne belieferten Eichmann mit dem perfektionierten Mordverfahren, dem Giftgas Zyklon-B. Steht also Eichmann vor Gericht, so stehen mit ihm der räuberische Imperialismus vor Gericht und seine Vertreter wie die Abs, Pferdmenges und Flick, deren Beauftragter Eichmann war!
Eichmann war wohl der Exekutor, nicht aber der spiritus rector der Judenvernichtung. Zu den geistigen Vätern des geschichtlich beispiellosen Infernos aber gehören Leute wie Globke, der die formaljuristischen Grundlagen der Judenverfolgung ausarbeitete

und interpretierte. Die Eichmann und Globke sind giftige Früchte vom gleichen Stamm, vom deutschen Militarismus. Erwartet also Eichmann sein Urteil, so ist es gleichermaßen der Schuldspruch für seine intellektuellen Auftraggeber!

Wir rufen von dieser Stelle der Welt zu: Der Prozeß gegen Eichmann ist mehr als nur ein Gericht über die hitlerfaschistische Vergangenheit. Er ist zugleich eine Anklage gegen das auf westdeutschem Boden fortbestehende militaristische System. Solange Hitlers Generale westdeutsche Streitkräfte befehligen, sind die Taten Eichmanns, seiner Komplicen und Auftraggeber ungesühnt. Solange Hitlers Wehrwirtschaftsführer westdeutsche Konzerne kommandieren, ist die Schmach des industrialisierten Millionenmordes nicht aus der Welt geschafft. Solange Globke der engste Vertraute des westdeutschen Regierungschefs ist, ist der Makel des Antisemitismus nicht getilgt. Möge der Prozeß gegen Eichmann die Welt erkennen lassen, daß in Westdeutschland das Hitlersystem immer noch nicht überwunden ist.

Die Volkskammer der DDR erhebt ihre Anklage im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Sie ist legitimiert, sich in dieser Sache zum Sprecher zu machen: Hat doch die Deutsche Demokratische Republik nicht nur stellvertretend für ganz Deutschland materielle Schäden gewissenhaft wiedergutgemacht, sondern auch die wichtigste und dringendste Wiedergutmachung geleistet, indem sie die gesellschaftlichen Ursachen für immer beseitigt hat, die die Verbrechen der Globke und Eichmann hervorbrachten. Die Überwindung des deutschen Militarismus und Imperialismus in der DDR war nicht nur ein Akt der Ehrenrettung für unser Volk, sondern ist zugleich die historische Legitimation unseres Staates, in Sachen Eichmann nicht nur als Sprecher, sondern als Kläger aufzutreten.

Eichmann ist nicht Fleisch vom Fleische des deutschen Volkes, nicht Blut vom Blute unserer Nation – er ist die grauenhafte Personifizierung des menschenfeindlichen Militarismus. Namens des deutschen Volkes appelliert die Volkskammer von dieser Stelle aus an das Gewissen der Welt, nicht zu ruhen, bis der die Völker bedrohende deutsche Militarismus überwunden ist!

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. April 1961 zu den westdeutschen Waffentransporten für den Separatistenführer Tshombe*

Die westdeutschen Imperialisten haben die wiederholten Waffentransporte für den Separatistenführer Tshombe im Komplott mit ihrem belgischen NATO-Verbündeten organisiert. Diese Tatsache beweist erneut, daß die westdeutschen Imperialisten in Verfolgung ihrer neokolonialistischen Ziele an der Verschwörung gegen die Republik Kongo und ihre rechtmäßige Regierung Gizenga unmittelbar teilnehmen. Immer deutlicher zeigt sich, daß der westdeutsche Imperialismus ein Hauptvertreter des Neokolonialismus ist, wie die III. Allafrikanische Völkerkonferenz in Kairo und die 4. Ratstagung der afro-asiatischen Solidaritätsorganisation in Bandung festgestellt haben.
Die menschenfeindliche Politik der imperialistischen Mächte wird durch diese Waffentransporte erneut vor der Weltöffentlichkeit entlarvt. Während einerseits Waffen für die Putschisten geliefert werden, wird andererseits die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Textilien an die rechtmäßige Regierung durch eine von den Feinden des kongolesischen Volkes organisierte Blockade verhindert.
Waffen, Geld und Söldner für die Handlanger der Kolonialherren – Hungerblockade gegen Frauen, Kinder und Kranke; das ist das wahre Gesicht der imperialistischen Politik gegenüber dem kongolesischen Volk.
Die Regierung und die Bevölkerung der DDR fordern entschieden, daß die Waffenlieferungen, die den Sicherheitsratsbeschlüssen der Vereinten Nationen widersprechen und sich gegen den Frieden im Herzen Afrikas richten, unverzüglich unterbunden werden.
Die Regierung und die Bevölkerung der DDR fordern ebenso entschieden, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit der ungehinderte Transport der so dringend benötigten Medikamente, Lebensmittel und Textilien an die rechtmäßige Regierung der Republik Kongo sichergestellt wird.

* Siehe auch Seite 355 ff.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Mai 1961 zu den westdeutsch-britischen Generalstabsbesprechungen in London

In der Zeit vom 3. bis 5. Mai wurden in London zwischen Vertretern des westdeutschen und des englischen Generalstabes Besprechungen geführt, deren Gegenstand die engere militärische Zusammenarbeit und die Errichtung von Stützpunkten und Übungsplätzen für die westdeutsche Wehrmacht in England war. Es ist aufschlußreich, daß die westdeutsche Delegation von dem ehemaligen Generalstabsoffizier Hitlers, dem heutigen Stabschef des westdeutschen Generalstabes, Schnez, geführt wurde. Schnez war es, der vor einem Jahr mit dem faschistischen Franco-Regime über die Errichtung Bonner Stützpunkte in Spanien verhandelte, was damals in Westeuropa und besonders in England einen Proteststurm auslöste.

Die westdeutschen Militaristen verfolgen mit den Generalstabsbesprechungen in London die Absicht, ihre Atomrüstungs- und ihre militärischen, politischen und ökonomischen Vorherrschaftspläne in Westeuropa durchzusetzen. Das ist auch ihre Zielsetzung für die am 8. Mai in Oslo beginnende NATO-Ratstagung.

Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten setzen die Politik der Nazisten fort. Sie verwandelten Westdeutschland in den Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa. Ihre Politik der Kriegsvorbereitung widerspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes.

Die Deutsche Demokratische Republik wendet sich entschieden gegen diese friedensfeindliche, antinationale Politik. In Wahrung der grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes, der Sicherung des Friedens fordert sie Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten über einen Rüstungsstopp, den Verzicht auf Gewaltanwendung und die Einstellung der Kriegspropaganda.

Die westdeutschen Militärs hintergehen und betrügen durch ihre Abmachungen und Verhandlungen mit englischen Militärs das englische Volk, dessen Interesse nicht darin bestehen kann, mit jenen Kreisen in Westdeutschland zusammenzugehen, die zum Kriege treiben.

Die Duldung und Förderung der Pläne der westdeutschen Militaristen durch die NATO-Staaten stehen in schroffem Gegensatz zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen, die die Mächte der

Antihitlerkoalition, darunter auch England, übernommen haben. Im Potsdamer Abkommen ist festgelegt, daß der deutsche Militarismus und Nazismus mit der Wurzel ausgerottet werden müssen, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“
In den 1947 mit Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien abgeschlossenen Friedensverträgen hat sich die englische Regierung direkt verpflichtet, gemeinsam mit den Unterzeichnerstaaten sicherzustellen, daß die westdeutschen Militaristen auch daran gehindert werden, außerhalb des deutschen Gebietes Schritte zu einer Wiederaufrüstung zu unternehmen. Wenn gewisse englische Kreise erklären, durch militärische Zusammenarbeit den westdeutschen Militarismus kontrollieren zu können, so ist das eine gefährliche Illusion. Die Geschichte beweist, daß der deutsche Militarismus, wenn er sich erst stark genug fühlte, sich stets rücksichtslos über alles hinweggesetzt hat. Die Erfahrungen zweier Weltkriege lehren, daß jedes Paktieren mit dem deutschen Militarismus sich verhängnisvoll auswirkt. Das mußte selbst der damalige englische Premierminister Churchill eingestehen, als er am Tage des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion in einem Rundfunkaufruf an das englische Volk erklärte:

> „Die schreckliche Militärmaschine, die wir und der Rest der zivilisierten Welt in törichter, gedankenloser und unvernünftiger Weise der Nazibande Jahr für Jahr fast aus dem Nichts aufzubauen erlaubten, kann nicht ungenutzt bleiben, wenn sie nicht verrosten oder in Stücke fallen soll. Sie muß ständig in Tätigkeit sein, Menschenleben zermahlen und die Heimstätten und Rechte von Hunderten von Millionen zertrampeln.“

Diese richtige Erkenntnis wurde leider erst zu einem Zeitpunkt gezogen, als das Inferno des Krieges bereits über das englische Volk hereingebrochen war.
Ein Paktieren mit dem westdeutschen Militarismus verstärkt für das englische Volk und die Völker der anderen NATO-Staaten die Gefahr, gegen ihren Willen in ein von den westdeutschen Revanchepolitikern entfesseltes militärisches Abenteuer hineingezerrt zu werden. Es gefährdet ihre Souveränität in der entscheidenden Frage: der Sicherung des Friedens.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigt erneut ihre Vorschläge zur Sicherung einer friedlichen Entwicklung in beiden deutschen Staaten. Sie weist jedoch zugleich

darauf hin, daß sie angesichts der fortschreitenden Aufrüstung Westdeutschlands und der damit wachsenden Kriegsgefahr alle erforderlichen Schlußfolgerungen für die Sicherheit der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zieht.
Die Maßnahmen der westdeutschen Militaristen und Imperialisten zur Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen stellen erneut klar, wie notwendig und dringlich der Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten ist. Es wird immer offensichtlicher, daß das Fehlen des Friedensvertrages für die Sicherheit aller Völker Europas schwerwiegende Folgen nach sich zieht.
Der Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten ist der dringlichste Schritt, um die Sicherheit in Europa zu festigen und die Gefahr des Krieges zu bannen. Dem westdeutschen Militarismus würde eine entscheidende Niederlage bereitet und Westdeutschland aus einem Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa in einen friedlichen Nachbar aller europäischen Völker verwandelt. Er würde auch das deutsche Volk, das englische Volk wie auch alle anderen Völker von der Gefahr befreien, die die Stützpunkt- und Atomrüstungspolitik des westdeutschen Militarismus für alle Völker heraufbeschwört.

Interview des „Neuen Deutschland“ mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Ersten Sekretär des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, über Friedensvertrag und Westberlinfrage (1. Juni 1961)

ND: Genosse Vorsitzender des Staatsrates! Vertreter der Bonner Regierung und ein Teil der Westpresse sind in den letzten Tagen ganz besonders bemüht, Unruhe zu verbreiten. So forderte Adenauer kategorisch die atomare Bewaffnung der Bonner Armee. Auf Revanchistentreffen in Westdeutschland wurden während der Pfingsttage provokatorische Forderungen auf Eroberung von Gebieten volksdemokratischer Länder erhoben. Gewisse Zeitungen veröffentlichten in großer Aufmachung einen militärischen Angriffsplan gegen die Deutsche Demokratische Republik im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Friedensvertrages. Man kann auch nicht übersehen, daß bestimmte Teile der SPD-Führung diese Stimmungsmache unterstützen. Was meinen Sie zu diesen Vorgängen?

Walter Ulbricht: Das sind die üblichen Störmanöver, die von den Interessenten des kalten Krieges immer dann ausgelöst werden, wenn eine Annäherung und internationale Entspannung auf der Tagesordnung stehen. Diesmal zielen diese Störmanöver gegen die Zusammenkunft des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, und Präsident Kennedys in Wien.* Diese ganze Störtätigkeit wird finanziert und angefacht von den Rüstungsmillionären, die befürchten, daß eine internationale Entspannung und Fortschritte auf dem Gebiete der Abrüstung ihre Profite schmälern könnten. Ganz unverkennbar sind an diesen Störmanövern vor allem die Revanchepolitiker und Ultras in Westdeutschland beteiligt, ebenso wie deren Gesinnungsgenossen in den USA.

ND: Was wollen die Gegner einer Verständigung konkret mit diesen Störmanövern gegen das Wiener Treffen erreichen?

Walter Ulbricht: Sie möchten das Wiener Treffen zum Platzen bringen, bevor es überhaupt stattgefunden hat, ähnlich etwa, wie seinerzeit die Pariser Gipfelkonferenz mit Hilfe der U-2-Provokation. Ich glaube nicht, daß dies gelingen wird. Die Völker fordern kategorisch, daß der Frieden nicht andauernd gestört wird.

Die von Ihnen erwähnten militärischen Angriffspläne scheinen mir reichlich naiv zu sein. Die Drahtzieher dieser Angelegenheit in Bonn und den USA sollten endlich einmal auf gescheitere Ideen kommen. So eine Sache kann doch nur schiefgehen.

Wenn die Bonner Regierung oder sonstwer die Absicht hat, über die Grenze der DDR zu gelangen, wäre es dann nicht besser, wenn die Herren ordentlich und anständig – wie es sich gehört – mit der Eisenbahn oder per Kraftwagen nach Berlin zu Verhandlungen über eine friedliche Lösung der deutschen Frage kommen? Wir werden ihrer Einreise keine Schwierigkeiten bereiten und sind sogar bereit, im Interesse der guten Sache in einem solchen Falle auf die Abstempelung ihrer Pässe zu verzichten. Bei Versuch eines gewaltsamen Eindringens in die DDR würden – so fürchte ich – „die Gebühren“ für Bonn peinlich hoch werden.

ND: Was ist nach Ihrer Ansicht, Genosse Vorsitzender, das Wesentliche an den bevorstehenden Wiener Gesprächen?

Walter Ulbricht: Es geht darum, zur friedlichen Koexistenz einen ganzen Schritt weiterzukommen. Natürlich können wir von Wien keine fertigen Lösungen für die großen Probleme der Gegenwart

* Am 3. und 4. Juni 1961.

erwarten. Aber die Völker erwarten, daß die Wiener Gespräche der Entspannung dienen und daß wenigstens einige der brennenden Fragen, aus denen Konflikte entstehen könnten, einer Lösung nähergebracht werden.
Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse Chrustschow, hat seine Auffassungen und seine Position genügend klargelegt.
Was Präsident Kennedy betrifft, so möchte ich hoffen, daß er sich auf den Boden der Tatsachen stellt, sich vor Fehlrechnungen hütet und sich nicht wieder von den Apparaten der Spionage- und Sabotagespezialisten Dulles oder Gehlen zu irgendwelchen falschen Schlußfolgerungen verleiten läßt.
Präsident Kennedy und seine Verbündeten sollten sich darüber klar sein, daß Gespräche oder Verhandlungen nur dann zu einem Erfolg führen können, wenn sie die Entwicklung gebührend berücksichtigen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg nun einmal ergeben hat, d. h., wenn sie das gegenwärtige Kräfteverhältnis und die Grenzen und Staaten, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, anerkennen. Sie können ohnehin nichts daran ändern. Niemand im Westen sollte z. B. noch irgendwelche Illusionen haben, es könnte an der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als Bastion des Friedens und als sozialistischer Staat noch irgend etwas geändert werden. Niemals wird Bonn ganz Deutschland beherrschen.
ND: Aus allen Verlautbarungen der letzten Zeit ist zu ersehen, daß in Wien auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten Gegenstand der Beratungen sein wird. Glauben Sie, Genosse Walter Ulbricht, daß es in absehbarer Zeit zu einem Friedensvertrag kommen wird?
Walter Ulbricht: Davon bin ich fest überzeugt. 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ist es schließlich höchste Zeit für einen Friedensvertrag, der den Schlußstrich unter diese Vergangenheit zieht.
Bonn und einige westliche Zeitungen machen in diesem Zusammenhang in Nervosität, ja, man kann fast sagen in Panik. Sie tun so, als ob die sogenannte westliche Welt durch einen Friedensvertrag bedroht würde. Das ist doch alles fauler Zauber. Wie kann z. B. ein Friedensvertrag die Interessen der USA oder die Interessen Englands oder Frankreichs beeinträchtigen, vom deutschen Volk ganz zu schweigen, für das ein gesicherter Friede und die Liquidierung der Reste des zweiten Weltkrieges so nötig ist wie das tägliche Brot. Ein Friedensvertrag würde jedem Nutzen

bringen, der am Frieden interessiert ist. Der Friedensvertrag soll verhindern, daß von deutschem Boden nochmals ein Krieg ausgeht.

Wer allerdings glaubt, revanchistische Forderungen verfolgen und Angriffspläne schmieden zu können, der wird sich belehren lassen müssen, daß er sich mit seinen Plänen und Forderungen nur die Finger verbrennen kann.

ND: Wie beurteilen Sie aber die Tatsache, Genosse Ulbricht, daß die Regierung in Bonn und einige ihrer Bundesgenossen von einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten offenbar noch nichts wissen wollen?

Walter Ulbricht: Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben alles getan, damit ein Friedensvertrag mit einem einigen, friedliebenden deutschen Staat zustande kommt. Es gibt zahlreiche Vorschläge, die wir dem westdeutschen Bundestag und auch den Westmächten unterbreiteten. Bonn ist einer Verständigung aus dem Wege gegangen. Die Bonner Regierung hat jede Verständigung und damit auch den Friedensvertrag mit einem einheitlichen Deutschland abgelehnt. Inzwischen ist die Entwicklung durch die Politik der herrschenden Kreise Bonns und der Westmächte einen anderen Weg gegangen. Jetzt ist die Lage so, daß erst durch Beseitigung des westdeutschen Militarismus der Weg frei gemacht werden kann für eine Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten. Heute gibt es zwei unterschiedliche deutsche Staaten, mit denen der Friedensvertrag abgeschlossen werden muß. Es gibt übrigens westliche Regierungen, die das längst begriffen haben.

ND: Glauben Sie, Genosse Walter Ulbricht, daß die Bonner Regierung vor oder nach den westdeutschen Wahlen bereit sein könnte, Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu führen, um zum Abschluß eines Friedensvertrages zu kommen?

Walter Ulbricht: Im westdeutschen Wahlkampf spielt bekanntlich die chauvinistische und revanchistische Schaumschlägerei eine überragende Rolle. Wenn man also die Wahlpropaganda im Bonner Staat sieht, muß man die Aussichten pessimistisch beurteilen. Doch sehen wir einmal von der Wahlpropaganda ab. Ich möchte es doch nicht ausschließen, daß Herr Adenauer eines Tages begreifen könnte, daß es gar keinen anderen Ausweg als den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und eine entsprechende Lösung der Westberlinfrage gibt.

Ich möchte meinen, daß Herr Adenauer mit den Erfahrungen zweier Weltkriege und ihrer Folgen sehr gut wissen sollte, daß der Weg der Revanche ins Unglück führt. Er sollte sich ausrechnen können, daß so oder so der Friedensvertrag in nächster Zeit doch kommt und es keine Möglichkeit gibt, ihm auszuweichen.
Es wird sich also zeigen, ob Herr Adenauer genügend Mut besitzt und über genügend Verantwortungsbewußtsein verfügt, sich dem Druck der westdeutschen Revanchisten und Ultras zu widersetzen und schließlich doch auf vernünftige Verhandlungen einzugehen.
Ich kann nicht sagen, wie sich Herr Adenauer letztlich entscheiden wird. Aber ich möchte nicht von vornherein ausschließen, daß sich sogar bei den herrschenden Kreisen in Bonn, die schließlich etwas zu verlieren haben, doch die Vernunft durchsetzt.
Sie stellten mir die Frage, ob der Friedensvertrag nach meiner Ansicht in absehbarer Zeit kommen wird.
Ich möchte ganz unzweideutig darauf antworten: Der Friedensvertrag wird in absehbarer Zeit abgeschlossen werden.
ND: Wie soll das geschehen?
Walter Ulbricht: Der Friedensvertrag wird abgeschlossen werden entweder mit beiden deutschen Staaten – was wir wünschen und wozu wir bereit sind –, oder er wird abgeschlossen von der Sowjetunion und denjenigen Mächten der ehemaligen Antihitlerkoalition, die es wünschen, einerseits und der Deutschen Demokratischen Republik andererseits.
Ich möchte auch annehmen, daß bereits bei den bevorstehenden Beratungen in Wien über den Abschluß des Friedensvertrages gesprochen werden wird. Ich hoffe, daß Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy sich in dieser Frage näherkommen.
Sie werden verstehen, daß wir uns jetzt angesichts der bevorstehenden Beratungen in Wien auch in dieser Frage abwartend verhalten. Wir werden sehen, was Wien bringen wird. Bekannt ist jedenfalls, daß zwischen uns und den anderen Staaten des Warschauer Paktes über diese Fragen bereits grundsätzliches Einvernehmen besteht.
ND: Sind Sie der Meinung, daß der Abschluß eines Friedensvertrages, der auch die friedliche Lösung der Westberlinfrage zum Inhalt hat, mit der Gefahr von Konflikten verbunden ist?
Walter Ulbricht: Meines Erachtens gibt es nicht den geringsten Anlaß für irgendeinen militärischen Konflikt. Nur Abenteurer können in diesem Zusammenhang von militärischen Konflikten reden.

Da sind zunächst die Verkehrswege, die in der Westpresse oft erwähnt werden, wobei von irgendwelchen Blockademaßnahmen geschwätzt wird. Das ist doch alles Unsinn. Wir haben nicht die Absicht, Verkehrswege zu sperren. Es ist lediglich notwendig, über die Benutzung der Verbindungswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft – soweit sie das Territorium der DDR betreffen – die notwendigen vertraglichen Grundlagen in Vereinbarung mit der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen. Wir sind zu solchen Vereinbarungen bereit. Das ist übrigens auch die Ordnung, die in allen Staaten anerkannt wird und die auch das Völkerrecht garantiert. Wenn wir z. B. mit unseren Flugzeugen der Deutschen Lufthansa das Territorium der USA, Frankreichs, Englands oder Westdeutschlands überfliegen wollen, dann brauchen wir dazu die Genehmigung der dortigen Regierungen. Wir nehmen für uns nicht *mehr*, aber auch nicht *weniger* in Anspruch. Bei Achtung der internationalen Gesetzlichkeit kann es also überhaupt keine Konflikte geben.
Was die Westberliner Bevölkerung betrifft, so würde die vertragliche Fundierung der Verbindung Westberlins den großen Vorteil mit sich bringen, daß die gegenwärtige Unsicherheit schwindet.
Schon seit Jahren wird der Verkehr zwischen Westberlin und anderen Ländern, einschließlich Westdeutschland, zumindest 95 Prozent von den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik kontrolliert. An die Kontrolle auch der restlichen 5 Prozent wird sich die Welt gewöhnen. Daran zweifle ich nicht.
ND: Von Westberliner Frontstadtpolitikern wird immer wieder behauptet, ein Friedensvertrag und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt würden die Selbstbestimmung der Westberliner Bevölkerung beeinträchtigen?
Walter Ulbricht: Ich möchte wiederholen, daß niemand beabsichtigt, die Selbstbestimmung der Westberliner Bevölkerung zu beeinträchtigen. Sie wird die Möglichkeit haben, über ihre Angelegenheiten frei und unbeeinflußt zu entscheiden. Allerdings können wir dem Westberliner Senat nicht das Recht zugestehen, über irgendwelche Fragen in der DDR oder ihrer Hauptstadt Berlin zu bestimmen. Das geht ihn absolut nichts an.
ND: Welches ist nach Ihrer Ansicht die Rechtsbasis für den Abschluß des Friedensvertrages?
Walter Ulbricht: Die Rechtsbasis ist und bleibt das Potsdamer Abkommen. Die Westmächte haben diese Rechtsbasis verletzt. Sie haben eine westdeutsche Separatwährung geschaffen. Mit

ihrer aktiven Mithilfe wurde Deutschland gespalten. Sie haben die Pariser Verträge der westdeutschen Bevölkerung aufgezwungen. Sie haben Westdeutschland in die NATO aufgenommen. Bei allen diesen Schritten wurde weder die Sowjetunion als Partner des Potsdamer Abkommens noch das deutsche Volk um seine Meinung gefragt. Wir können nicht länger zusehen, wie mit dem Recht und mit dem Frieden Schindluder getrieben wird.
Der Friedensvertrag ist die völkerrechtliche Fixierung unserer vollendeten und unantastbaren Souveränität. Er ist auch die rechtliche Basis für die Vereinbarungen mit den Westmächten, über die ich vorhin gesprochen habe, Vereinbarungen auf der Basis der Freiheit und Gleichberechtigung großer und kleiner Staaten.
Ein solcher Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg und die Entwicklung der Nachkriegsjahre erschwert keineswegs die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern wird geradezu zur unabdingbaren Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung unserer Nation.
Möglicherweise kann es – wenn ein Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen wird – im Zuge der Ereignisse zeitweilig zu vorübergehenden Schwierigkeiten mit dieser oder jener Regierung kommen. Die Lage wird sich aber dann auch wieder beruhigen. Schrittweise werden normale Verträge abgeschlossen. Das kann auch nicht anders sein, denn es ist doch klar, daß wir durch die Sicherung unseres Rechts auf Frieden und Achtung unserer Souveränität die berechtigten Interessen keines anderen Volkes verletzen. Was unsere Beziehungen zu Westdeutschland betrifft, so bestehen gegenwärtig schon bestimmte Beziehungen z. B. im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des Handelsvertrages. Es ist ja nicht sehr kompliziert, die jetzigen Beziehungen zu offiziellen Regierungsbeziehungen zu entwikkeln. Das heißt, man wird das Kind einfach beim richtigen Namen nennen. Das ist alles!
Sie haben eingangs mit Recht festgestellt, daß gewisse Vertreter der Bonner Regierung und ein Teil der Westpresse bemüht sind, eine Atmosphäre der Unruhe vor dem Wiener Treffen zu schaffen.
Wir jedenfalls lassen uns nicht aus der Ruhe bringen! Unsere Sache des Friedens und des Fortschritts ist gerecht und wird sich durchsetzen.

Interview mit dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Sepp Schwab vom 6. Juni 1961 zur Errichtung der Südafrikanischen Republik

Frage: Herr Minister! Wie ist die Errichtung der Südafrikanischen Republik zu bewerten und welchen Standpunkt nimmt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihr gegenüber ein?
Antwort: Am 31. Mai dieses Jahres wurde die Südafrikanische Republik proklamiert. Diese Staatsbildung ist eine weitere Maßnahme der reaktionärsten Gruppen der weißen Bevölkerung der Südafrikanischen Republik zur noch stärkeren Unterdrückung der Werktätigen in diesem Lande und stellt darüber hinaus eine Kampfansage an die Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung in ganz Afrika dar.
Die gegenwärtige Regierung der Südafrikanischen Republik, deren Apartheidpolitik gegen die elementarsten Menschenrechte verstößt, die einen Rassismus im Stile des Hitler-Faschismus betreibt und das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker durch Terror und Mord auslöschen will, kann niemals mit einer Anerkennung durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik rechnen. Die Bevölkerung der DDR ist mit der kämpfenden Bevölkerung Südafrikas durch eine weitgehende Solidarität verbunden. Sie teilt die unerschütterliche Gewißheit und feste Zuversicht der unterdrückten Bevölkerung der Südafrikanischen Republik, daß der Rückfall in die faschistische Barbarei durch die Regierung Verwoerd den Sieg der Afrikaner im Kampf um Freiheit und Gleichberechtigung nicht aufhalten kann.
Frage: Welche Haltung bezieht die westdeutsche Regierung zur Südafrikanischen Republik und ihrer faschistischen Rassenpolitik?
Antwort: Die Regierung Verwoerd genießt die offizielle Unterstützung des klerikal-militaristischen Bonner Regimes. Die westdeutschen Monopole und Industriekonzerne sind seit Jahren aufs engste mit den Mördern der afrikanischen Bevölkerung in Südafrika verbunden. Es ist hinreichend bekannt, daß das westdeutsche Monopolkapital durch Investitionen von Hunderten Millionen Mark und umfangreiche Anleihen an der Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung in der Südafrikanischen Republik unmittelbar beteiligt ist. Dieselben Kon-

zerne, die schon an zwei Weltkriegen und am Tode von Millionen Menschen in den Konzentrationslagern riesige Summen verdient haben, errichteten Zweigwerke in der Südafrikanischen Union, um hier Kolonialprofite aus dem Schweiß und Blute schwarzer Südafrikaner herauszupressen. So sind zum Beispiel die Farbenfabriken Bayer AG (IG Farben) in hundertprozentigem Besitz der Aktien der Rustenburg Chrome Mines Ltd. Auch die Farbenwerke Hoechst AG haben die Majoritätsbeteiligung an der Movillith Co. of South Africa.

Die westdeutschen Monopole, die mitbeteiligt sind an der Durchführung der Rassenpolitik in Südafrika, sind in jedem Handbuch über die südafrikanische Wirtschaft nachzulesen. Die westdeutschen Imperialisten bekunden deshalb nicht nur lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Apartheidpolitik der Regierung Verwoerd, sondern unterstützen sie mit allen Mitteln. Ihre Verbundenheit kommt deutlich in dem Ausspruch des heutigen Bundespräsidenten Lübke anläßlich seines Besuches in der Südafrikanischen Union zum Ausdruck, wo er erklärte: „Das Eingeborenenproblem ist hier in guten Händen."

Die Unterstützung der faschistischen Rassenpolitik der Regierung der Südafrikanischen Republik durch die westdeutsche Regierung wird von der Mehrheit der gesamten deutschen Bevölkerung als eine Schande empfunden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt mit der III. Afrikanischen Völkerkonferenz überein, die in ihrer Resolution über Südafrika die politische Unterdrückung und unmenschliche soziale Degradierung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas brandmarkte. Sie schließt sich den Forderungen nach Verurteilung der faschistischen Rassenpolitik der Regierung der Südafrikanischen Republik durch alle Staaten sowie nach Ausschluß der Südafrikanischen Republik aus der UNO im Falle der Fortsetzung der Apartheidpolitik an.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1961 zu den Tagungen westdeutscher Bundestagsausschüsse in Westberlin sowie zu dem Plan, eine Sitzung des Bundesrates in Westberlin durchzuführen

Es handelt sich bei diesen Machenschaften um erneute vorsätzliche Provokationen, die beweisen, daß die aggressiven Kreise Bonns durch eine Verschärfung der Westberlinfrage die inter-

nationalen Spannungen aufrechterhalten und weiter zuspitzen wollen. Das geschieht in Verwirklichung des vom westdeutschen Spionageminister Lemmer offiziell geäußerten Verlangens, „eine handfeste Verschärfung der internationalen Auseinandersetzung um (West-)Berlin“ herbeizuführen. Auf der gleichen Linie liegen scharfmacherische Stellungnahmen Gerstenmaiers, von Eckardts und gewisser westdeutscher Presseorgane.

Die aggressiven Kreise Westdeutschlands versuchen ihre gefährlichen Machenschaften mit absurden demagogischen Behauptungen zu rechtfertigen. Sie berufen sich darauf, daß sie ihre Provokationen nicht zum erstenmal ausführen. Seit wann gibt es ein Gewohnheitsrecht auf Provokationen gegen den Frieden?

Die Deutsche Demokratische Republik hat seit ihrem Bestehen ständig gegen die Verletzung der Potsdamer Beschlüsse, die auch die Unterschriften der Westmächte tragen, und insbesondere zu dem Mißbrauch Westberlins durch die westdeutschen Militaristen und Revanchisten Stellung genommen.

Die Bonner Regierung hat in Westberlin nichts zu suchen. Westberlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik. Selbst die Regierungen der drei Westmächte haben wiederholt bekräftigt, daß Westberlin weder ein Teil des Bonner Staates ist noch in irgendeiner Weise der Verfügungsbefugnis der Bonner Regierung und ihrer Behörden unterliegt. Es war z. B. der französische Außenminister Couve de Murville, der auf der Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 22. Mai 1959 erklärte, daß das Territorium Westberlins kein Teil des Territoriums der westdeutschen Bundesrepublik ist. Er erinnerte auch daran, daß die Westmächte schon bei Schaffung des Bonner Staates feststellten, daß Westberlin nicht in das westdeutsche Staatsgebilde einbezogen werden darf.

Es gehört – gelinde ausgedrückt – eine ganze Portion Unverschämtheit und Unlogik dazu, wenn sich die Bonner Militaristen zur Rechtfertigung des Mißbrauchs Westberlins als Frontstadt des kalten Krieges ausgerechnet auf Vier-Mächte-Vereinbarungen berufen, die eine friedliche Entwicklung ganz Deutschlands zum Ziele hatten und die durch die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland, die Politik der atomaren Aufrüstung und die Einbeziehung Westberlins in die Bonner Aggressionspläne tausendfach gebrochen wurden.

In ihrer haltlosen Position greifen die westdeutschen Militaristen zu unsinnigen und demagogischen Ausfällen gegen die Tätigkeit der zentralen Organe der Deutschen Demokratischen Republik

in Berlin. Es ist auch für Bonn an der Zeit, ein für allemal von der Tatsache Kenntnis zu nehmen, daß Berlin seit 1949 die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist.
Westberlin war und ist kein Bestandteil der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik hat auf ihrem Territorium genügend Platz für die Tagungen ihrer Organe.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Sowjetunion haben wiederholt darauf hingewiesen, daß der Mißbrauch Westberlins für Provokationen gegen die internationale Entspannung und den Frieden nicht nur gegen die friedlichen Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Staaten gerichtet ist. Mit diesen Absichten beziehen die herrschenden Kreise Westdeutschlands eine Frontstellung gegen alle, die an einer Entspannung und der friedlichen Regelung der Westberlinfrage interessiert sind und nicht den Gefahren ausgesetzt sein wollen, die von ihnen ständig in Westberlin heraufbeschworen werden.
Diese Bonner Provokationen in Westberlin unterstreichen die Notwendigkeit, endlich einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten abzuschließen und die Lage in Westberlin zu normalisieren, wie es der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, in seinem Interview vom 1. Juni d. J. erneut dargelegt hat.*

Interview von William Randolph Hearst mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht (12. Juni 1961)

Der Chefredakteur und Inhaber der amerikanischen Hearst-Presse, William Randolph Hearst, hatte sich mit sieben schriftlich formulierten Fragen an den Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, gewandt. Die Antworten wurden W. R. Hearst am 12. Juni 1961 übermittelt.

Frage: Wir waren bereits vor drei Jahren bei Ihnen. Wie werten Sie die Ereignisse, die seit dieser Zeit stattgefunden haben?
Antwort: Ich möchte mich hier nur mit den Ereignissen in Deutschland befassen: In diesen drei Jahren haben sich, um das mit einem Satz zu sagen, die westdeutsche Bundesrepublik mit der Vorbereitung und die Deutsche Demokratische Republik mit

* Siehe S. 26 ff.

der Verhinderung des Krieges befaßt. Es hat sich also, was Westdeutschland betrifft, das entwickelt, wovor ich schon vor drei Jahren gewarnt habe. Das Fehlen eines Friedensvertrages hat den revanchistischen und kriegslüsternen Kräften Westdeutschlands in den vergangenen drei Jahren die Möglichkeit gegeben, ihre Aufrüstung forciert fortzusetzen und die atomare Rüstung voranzutreiben. Die atomare Rüstung der westdeutschen Militaristen und ihre Vorbereitung der Auslösung ernster Konflikte haben einen bedrohlichen Stand erreicht. Die Hitlergenerale brauchen nur die Hand auszustrecken, um sich der amerikanischen atomaren Vorratskammern zu bemächtigen.

Offen gesagt: Ich weiß nicht, was sich die Amerikaner von ihrer Politik der Hochzüchtung der Militaristen und faschistischen Ultras in Bonn versprechen. Haben Sie – meine Herren – wirklich eine so große Sehnsucht danach, sich von den Hitlergeneralen und Revanchepolitikern in Westdeutschland in einen Krieg hineinzerren zu lassen?

Was haben eigentlich die Interessen der Bevölkerung der USA gemein mit den Interessen der alten Hitler-Garde und faschistischen Ultras in Bonn?

Heute kann jeder sehen: Das Gewicht der Militaristen und faschistischen Ultras, ihr Einfluß in Westdeutschland und Westeuropa, die militaristische Verseuchung des westdeutschen Staates sind bedeutend größer geworden. Die Ultras treten immer offener mit territorialen Ansprüchen auf, die Krieg bedeuten, wenn jemand auch nur den Versuch machte, sie zu verwirklichen.

Auf der anderen Seite können wir feststellen, daß sich in diesen drei Jahren die Deutsche Demokratische Republik stabilisiert hat. Die DDR hat trotz aller Provokationen der herrschenden Kreise in Bonn ihre Politik der Sicherung des Friedens fortgesetzt. So haben wir z. B. Westdeutschland einen zunächst zehnjährigen Frieden vorgeschlagen. Wir haben vorgeschlagen, auf Anwendung von Gewalt in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu verzichten. Wir haben uns für militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten eingesetzt und auch andere Vorschläge gemacht, deren Verwirklichung einen für Europa und die ganze Welt lebensgefährlichen Bruderkrieg zwischen den beiden deutschen Staaten ausschließt.

Von der Regierung in Bonn wurden diese unsere Vorschläge schroff zurückgewiesen, obwohl sie – davon bin ich überzeugt – von der Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung befürwortet werden. In diesen vergangenen drei Jahren hat sich je-

denfalls bestätigt, daß die Deutsche Demokratische Republik, die den Sozialismus aufbaut, die feste Bastion des Friedens in Deutschland ist. Niemand ist in der Lage, an diesem Tatbestand noch irgend etwas zu ändern.
Frage: Gibt es nach Ihrer Ansicht irgendeinen neuen Weg, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen?
Antwort: Die Sache der Wiedervereinigung hat doch zwei Seiten: Wiedervereinigung, um leichter Krieg führen zu können — das ist die Linie der westdeutschen Ultras. Wiedervereinigung, um das für immer friedliche und demokratische Deutschland zu schaffen — das ist unsere Politik.
Es gibt also nur den Weg über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, der zugleich die Westberlinfrage lösen und ihr friedliches Zusammenleben sichern würde. Einen anderen gangbaren Weg gibt es nicht. Es ist auch von keiner Seite ein anderer Weg vorgeschlagen worden. Von den törichten Wunschträumen einiger westdeutscher Militaristen, die die DDR gern schlucken möchten, um ihr Kriegspotential zu erhöhen, will ich hier weiter nicht reden. Es lohnt nicht.
Sie sind — nehme ich an — ein real denkender Mensch. Dann werden Sie nicht glauben, daß die Deutsche Demokratische Republik, diese Bastion des Friedens und des Sozialismus in Deutschland, sich mit den Bonner Kumpanen der Eichmanns und Globkes, mit den alten Hitlergeneralen und blutbefleckten Richtern und Staatsanwälten aus Hitlers Terrorapparat vereinigen könnte. Es ist also klar: Zunächst einmal müssen in Westdeutschland friedliche Bedingungen geschaffen werden.
Wir haben — ungeachtet unserer Einstellung zum Adenauer-Regime — der Regierung des westdeutschen Staates Verhandlungen vorgeschlagen, die zunächst den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten betreffen müßten. Wir sind auch heute und morgen noch zu solchen Verhandlungen bereit.
Frage: Haben Sie irgendeinen neuen Plan für die Lösung des Berlinproblems?
Antwort: Wir kennen kein Berlinproblem. Es gibt nur ein Westberlinproblem.
Sie wissen, daß Ministerpräsident Chrustschow den mit uns abgestimmten Vorschlag über einen Friedensvertrag schon vor zweieinhalb Jahren vorgelegt hat. Das heißt, alle interessierten Regierungen hatten genügend Zeit, sich mit dem Friedensvertrag zu befassen. Leider haben wir bisher weder von einer Antwort der USA noch anderer mit den USA liierter Staaten etwas gehört.

Wir schätzen es als für die Sache des Friedens sehr positiv ein, daß in den Beratungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, und dem Präsidenten der USA, Herrn Kennedy, der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt eine solch große Rolle gespielt haben.
Wir sind der Meinung, daß diese Besprechung ein guter Anfang war; ein guter Anfang sowohl für die Verhandlungen der Außenminister als auch für die Besprechungen der Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Kräfte in Westdeutschland, die eine friedliche Lösung der Deutschlandfrage wünschen.
In dem Präsident Kennedy überreichten Memorandum des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, ist mehrfach unterstrichen worden, daß der Friedensvertrag und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt nicht länger aufgeschoben werden können. Diese Erklärung der Sowjetregierung entspricht völlig den Lebensinteressen des deutschen Volkes.
Wir wünschen, daß zwischen den interessierten Staaten unverzüglich die Verhandlungen aufgenommen werden. Wir sind unsererseits zu Verhandlungen mit der gegenwärtigen Regierung des Herrn Adenauer bereit.
Der Friedensvertrag würde der dauernden Beunruhigung der Völker durch Revancheforderungen in Westdeutschland und Provokationen in Westberlin ein Ende machen. Westberlin würde eine friedliche entmilitarisierte Freie Stadt werden. Ich bin davon überzeugt, daß der Weg zu einem neutralen Westberlin und später zu einem neutralen Deutschland ein vernünftiger Weg ist.
Das Neue sollten Sie jetzt darin sehen, daß es nicht mehr möglich ist, diese Vorschläge zu ignorieren und weiter auf die lange Bank zu schieben.
Ich muß wiederholen: Westberlin ist ein Stadtteil, der inmitten der Deutschen Demokratischen Republik, auf ihrem Territorium liegt und auf den Bonn nicht den geringsten Anspruch erheben kann. Die Bonner Regierung hat in Westberlin keinerlei Rechte. In Westberlin haben weder Hitlergenerale noch Revanchepolitiker noch andere faschistische Ultras etwas zu suchen. Frühere Vertreter regierender Kreise in den USA und auch der Westberliner Senat haben erklärt, die USA müßten unbedingt das Besatzungsregime von Westberlin aufrechterhalten, da es für die Sicherheit der USA unentbehrlich sei. Ich verstehe das nicht. Ich habe manchmal den Eindruck: Der Widerstand der USA-Regie-

rung gegen eine vernünftige Lösung der Westberlinfrage ist nur deshalb so hartnäckig, weil Mister Allan Dulles und seine das Tageslicht scheuenden merkwürdigen Organisationen Westberlin als Basis für Störtätigkeit und Spionage und andere wenig ehrsame Tätigkeiten benötigen. Alles andere sind doch nur Vorwände, zumal Freiheit und Selbstbestimmung der Westberliner Bevölkerung von uns nicht angetastet werden.

Was die Freiheit der Westberliner betrifft, ihr Leben, ihr politisches System und ihre Gesellschaftsordnung sowie ihre Beziehungen zu anderen Staaten nach eigenem Ermessen zu gestalten, so haben wir mit den USA und den anderen Westmächten hier eigentlich keine Differenzen. Aber Sie müssen verstehen, daß die praktische Regelung unter allen Umständen die unveräußerlichen Rechte, die Freiheit und die Interessen der DDR und ihrer Bürger wahren muß.

Die amerikanischen Truppen in Westberlin sind doch praktisch nur dazu da, um den Bonner Revanchepolitikern und anderen Dunkelmännern und Interessenten an einem Kriegsbrandherd Westberlin den Rücken zu stärken. Die Westberliner Bevölkerung, die von der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem friedlichen Leben nicht gestört wird, braucht weder ausländische Agentenzentralen noch amerikanische Interventionssender à la Rias. Oder will gar jemand mit Krieg drohen, weil wir darauf bestehen, daß der zweite Weltkrieg endlich mit einem Friedensvertrag im Geiste des Potsdamer Abkommens abgeschlossen wird?

Ich kann es mir nicht vorstellen, daß die amerikanische Bevölkerung, die doch den Frieden wünscht – ebenso wie wir und die Menschen in anderen Ländern – irgendwelche Bedenken gegen den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage haben könnte. Denn der Friedensvertrag und die Beseitigung des Störzentrums Westberlin werden auch garantieren, daß das amerikanische Volk von den westdeutschen Militaristen und Revanchepolitikern nicht gegen seinen Willen in einen Krieg hineingezogen werden kann.

Wir sind der Meinung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, daß die vier Mächte, aber auch die beiden deutschen Staaten, ernsthafte Verhandlungen über die Leitsätze des Friedensvertrages führen. Wir sind zu solchen Verhandlungen bereit. Wer keinen Friedensvertrag will, ist offensichtlich am Unfrieden und an der Erhöhung der Kriegsgefahr interessiert.

Frage: Was ist Ihre Meinung über das Treffen Kennedy-Chruschtschow?

Antwort: Einiges habe ich hierzu schon gesagt. Ich teile die Meinung des Präsidenten Kennedy und des Ministerpräsidenten Chrustschow, daß ihre Begegnung und freimütige Aussprache in Wien nützlich gewesen sei. Ich möchte hoffen, daß das Zusammentreffen zu praktischen Lösungen bei der Sicherung der friedlichen Koexistenz in der Welt beitragen wird.

Frage: Glauben Sie, daß wir seit Beginn dieses Jahres einem Krieg nähergekommen sind oder uns weiter davon entfernt haben?

Antwort: Ich hoffe, daß das Wiener Treffen dazu beiträgt, uns weiter von der Gefahr eines Krieges zu entfernen. Wir verfolgten mit großem Interesse die in der Laosfrage sichtbare Tendenz, einen internationalen Konfliktherd durch Neutralisierung des betreffenden Landes zu bereinigen. Wir sind der Ansicht, daß auch der Konfliktherd Westberlin und der Konfliktherd Deutschland durch einen Friedensvertrag, der den Grundsatz der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten festlegt, aus dem Wege geräumt werden kann.

Frage: Sie kennen den sowjetischen Standpunkt, daß ein Krieg nicht unvermeidlich ist, und den berichteten chinesischen Standpunkt, daß ein Krieg zwischen der kommunistischen und kapitalistischen Welt unvermeidlich ist. Was denken Sie darüber?

Antwort: In der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1960 in Moskau stattfand, ist die Erkenntnis niedergelegt, daß in der heutigen Epoche ein Krieg zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Welt nicht unvermeidlich ist. Dieses Moskauer Dokument trägt bekanntlich die Unterschriften nicht nur der sowjetischen, sondern auch der chinesischen Parteiführer, wie auch der Vertreter aller übrigen kommunistischen und Arbeiterparteien. Auch ich habe diese Erklärung unterschrieben. Es ist also kein Raum für irgendwelche Spekulationen.

Frage: In Westdeutschland wird in diesem Herbst eine Wahl sein. Welcher von den Kandidaten wird Ihrer Meinung nach gewinnen, und welchem von ihnen würden Sie den Vorzug geben?

Antwort: Ich bin weder Wahrsager noch ein Institut für Meinungsforschung. Bis zu den Wahlen in Westdeutschland hat es noch etwa drei Monate Zeit. Sie wissen aus Ihren eigenen amerikanischen Erfahrungen, daß es unmöglich ist, über einen solchen Zeitraum Wahlergebnisse vorauszusagen.

Was Ihre Frage betrifft, welchem westdeutschen Kandidaten ich den Vorzug geben würde, möchte ich sagen: Ich wäre nur für

solche Kandidaten, die eindeutig gegen die Atomrüstung in Westdeutschland und für den Abschluß eines Friedensvertrages auftreten. Ich verrate wohl kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß zu den Kandidaten mit einer solchen friedlichen und den Interessen des deutschen Volkes entsprechenden Zielsetzung weder die politischen Führer der westdeutschen CDU/CSU noch ihr politischer Schatten, Herr Brandt und seine knieweiche sogenannte Mannschaft, gehören.
Die SPD-Führung hat vor der Adenauer-Politik in den wesentlichsten Fragen kapituliert. Doch ich hoffe, daß in den nächsten westdeutschen Bundestag auch solche Kandidaten gewählt werden, die für eine neue Politik des Friedens und der Neutralität Deutschlands eintreten.

Erklärung des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vom 14. Juni 1961 zu den Memoranden der UdSSR über die Deutschland- und die Abrüstungsfrage

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben in gemeinsamer Tagung einen Bericht des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, über die bedeutsamen Vorschläge entgegengenommen, die im „Memorandum über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems“ enthalten sind, das der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, dem Präsidenten der USA, J. Kennedy, beim Treffen in Wien überreichte. Die Tagung erörterte ebenfalls das „Memorandum über die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche“ und bekannte sich zu dem Grundsatz, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung die Hauptfrage bei der Sicherung des Weltfriedens ist.
Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik sehen in der Wiener Begegnung ein bedeutendes und ermutigendes Ereignis in der Entwicklung der internationalen Beziehungen unserer Zeit. Sie begrüßen es, daß die beiden Staatsmänner der führenden Großmächte der sozialistischen und der kapitalistischen Welt

übereingekommen sind, in allen Fragen, die für die beiden Länder und für die ganze Welt von Interesse sind, Kontakte aufrechtzuerhalten. Sie erwarten, daß diese Kontakte zu Verhandlungen führen werden, in denen eine Verständigung über alle internationalen Streitfragen gesucht und eine Minderung der internationalen Spannungen angestrebt wird.

Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Normalisierung der Lage in Westberlin als Probleme, die vordringlichst gelöst werden müssen. Die revanchistische Kriegspolitik der westdeutschen Bundesrepublik bedroht in steigendem Maße den Frieden Europas und der Welt. Unter dem Kommando von Hitlergeneralen, die zahlloser Kriegsverbrechen schuldig sind, wird die Bonner Wehrmacht in zunehmendem Tempo ausgebaut und mit Raketen, Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln ausgerüstet. Sie errichtet Militärstützpunkte in fast allen NATO-Staaten und baut mit deren Zustimmung eine Kriegsflotte auf, deren aggressiver Charakter unbestreitbar ist. Die beschleunigte und atomare Aufrüstung ist mit einer Revanchehetze und mit Gebietsforderungen gegenüber anderen Staaten verbunden, die sich von der Revanchehetze und ideologischen Kriegsvorbereitung der Hitler-Regierung nicht mehr unterscheiden.

Die Militaristen und Revanchisten haben Westberlin zu einem Herd internationaler Provokationen gemacht. Selbst die Vorschläge für eine friedliche Regelung des Westberlinproblems, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen, nehmen sie zum Anlaß, um eine zügellose Kriegshysterie anzufachen.

Um den Widerstand der friedliebenden Bevölkerung Westdeutschlands zu brechen, sollen durch die Notstandsgesetzgebung alle Anhänger des Friedens und Gegner der Atomaufrüstung ihrer demokratischen Rechte beraubt werden. Dieser Kriegspolitik der Militaristen und Revanchisten, die die nationale Existenz der westdeutschen Bevölkerung bedroht, muß durch den Friedensvertrag Einhalt geboten werden.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten liegt im Interesse aller Völker, die nicht ständig durch die westdeutsche Revanchepolitik beunruhigt und nicht der Gefahr ausgesetzt werden wollen, durch die deutschen Ultras, die Militaristen und Revanchisten, in einen neuen Krieg von unabsehbaren Ausmaßen hineingerissen zu werden. Die Gewährleistung des Friedens im Herzen Europas durch den Abschluß eines

Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten schafft deshalb auch günstige Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen über die allgemeine und vollständige Abrüstung.

Aus allen diesen Gründen darf der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht länger aufgeschoben werden. Die Regierung der Sowjetunion hat bereits auf der Pariser Außenministerkonferenz im Jahre 1946 den Vorschlag unterbreitet, den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Prinzipien des Potsdamer Abkommens in Angriff zu nehmen. Sie hat diesen Vorschlag in den folgenden Jahren auf verschiedenen Konferenzen wiederholt.

Als im Jahre 1952 die Regierung der Sowjetunion den Regierungen der Westmächte und den beiden deutschen Staaten den Entwurf von Grundlagen für einen Friedensvertrag mit Deutschland unterbreitete, wäre der Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland durchaus noch möglich gewesen. Adenauer und die Mehrheit des westdeutschen Bundestages aber lehnten nicht nur diese Friedensvertragsvorschläge ab, sondern auch alle Verhandlungen und Begegnungen, die zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten führen konnten. Statt dessen lösten sie den westdeutschen Separatstaat aus dem deutschen Nationalverband heraus und unterordneten ihn mit dem Abschluß der Pariser Verträge dem Militärblock der NATO. Sie gaben die nationalen Interessen des deutschen Volkes preis, um die volle Wiederherstellung der Herrschaft der Militaristen und Revanchisten über Westdeutschland dafür einzuhandeln. So wurde Deutschland gespalten und die Spaltung systematisch vertieft. Führende Vertreter der westdeutschen Regierung wie Adenauer und Strauß erklärten offiziell eine nationale deutsche Politik für überholt und bekannten sich zur atlantischen Gemeinschaft des westlichen Finanzkapitals.

Von seiten der Westmächte war der Abschluß der Pariser Verträge, die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO und die ständig erweiterte Zulassung und Förderung der westdeutschen Aufrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein eklatanter Bruch der alliierten Abkommen über die Niederwerfung der Hitler-Herrschaft und die Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland. All das war insbesondere mit dem Potsdamer Abkommen unvereinbar, das die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands vorsah, damit von Deutschland aus nie mehr der Friede seiner Nachbarn bedroht werden kann. Dieser einseitige

Bruch der entscheidenden Abkommen der Antihitlerkoalition durch die Westmächte und die sich daraus ergebende gefährliche Entwicklung in Westdeutschland machen den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland zur ebenso dringenden wie zwingenden Notwendigkeit.
Der Abschluß des Friedensvertrages liegt vor allem im Interesse des deutschen Volkes. Die Spaltung Deutschlands kann nur überwunden werden, wenn ihre Ursachen, der Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland, überwunden werden. Der Friedensvertrag, der in ganz Deutschland eine friedliche Entwicklung sichert, schafft also wichtige Voraussetzungen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Überwindung der Spaltung Deutschlands. Der Friedensvertrag würde dem deutschen Volk Ruhe und Sicherheit und die Möglichkeit gewährleisten, alle seine schöpferischen Kräfte dem friedlichen Aufbau, der Wissenschaft und den Künsten, der Sicherung eines schönen und reichen Lebens für alle Deutschen zu widmen. Der Friedensvertrag würde Millionen deutscher Menschen von der Lebensangst befreien, die aus der Furcht geboren ist, vielleicht schon morgen wieder in ein blutiges Abenteuer verstrickt zu werden.
Der Kampf der Deutschen Demokratischen Republik gegen die atomare Rüstung und die aggressive Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen ebenso wie ihr entschiedenes Eintreten für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems machen in dieser Situation für das ganze deutsche Volk sichtbar, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht nur die Bastion des Friedens in Deutschland, sondern auch der Wahrer der echten nationalen Interessen, des humanistischen Erbes und der friedlichen Zukunft des deutschen Volkes ist.
Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die friedliche Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands, die nur auf dem Wege der Bändigung des Militarismus in Westdeutschland und der militärischen Neutralisierung beider deutscher Staaten möglich ist, stellen das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fest, daß die Vorschläge des sowjetischen „Memorandums über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems" voll und ganz mit den von der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

unterbreiteten Vorschlägen und den friedlichen Interessen des deutschen Volkes übereinstimmen.
Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wenden sich von ihrer gemeinsamen Tagung an die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, an die Regierungen aller Staaten, die an einer friedlichen Lösung der deutschen Probleme interessiert sind, insbesondere an die Regierungen der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und der Republik Frankreich, mit der Empfehlung, unverzüglich die Friedenskonferenz vorzubereiten und Verhandlungen aufzunehmen, in deren Ergebnis der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und auf seiner Grundlage die Regelung des Westberlinproblems erfolgen wird.
Die Regierung der UdSSR hat den drei Westmächten vorgeschlagen, einen Appell an die deutschen Staaten zu richten, „sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen". Sie hat den Westmächten außerdem vorgeschlagen, „von vornherein zu erklären, daß sie jede Vereinbarung anerkennen, die von den Deutschen getroffen wird". Die sowjetischen Vorschläge räumen den Vertretern beider deutscher Staaten weitreichende Vollmachten ein. In ihre Hand soll faktisch die Entscheidung darüber gelegt werden, ob ein einheitlicher deutscher Friedensvertrag vereinbart und unterzeichnet werden kann. Durch Verhandlungen von Vertretern beider deutscher Regierungen kann jetzt ein entscheidender Beitrag für die Gestaltung der nationalen Zukunft unseres Volkes geleistet werden. Nach vielen Jahren der Ablehnung aller Verhandlungen und Verständigungsangebote wird die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit diesem sowjetischen Vorschlag vor eine Entscheidung von wahrhaft historischer Bedeutung für das deutsche Volk gestellt. Angesichts der Möglichkeiten und Vollmachten, die der sowjetische Vorschlag den deutschen Staaten einräumt, ist die Ablehnung von Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten gleichbedeutend mit der Forderung nach Verewigung der Spaltung Deutschlands, gleichbedeutend mit der Ablehnung eines einheitlichen deutschen Friedensvertrages.
Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-

lands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erklären im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung ihre volle Bereitschaft zu Verhandlungen mit Vertretern der westdeutschen Bundesrepublik über Fragen, die „eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen". Sie werden in solchen Verhandlungen ihren Beitrag dazu leisten, daß sie innerhalb von sechs Monaten mit Erfolg abgeschlossen werden können. Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wiederholen in diesem Zusammenhang ihr Anerbieten an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik, in gemeinsame Beratungen über deutsche Vorschläge für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages und über die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzutreten.
Das friedliebende deutsche Volk hat 16 Jahre nach Kriegsende ein Recht darauf, mit allem Nachdruck die Forderung nach der endgültigen Überwindung und Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges zu erheben. Das „Memorandum über die Frage des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems" weist den Weg, wie das berechtigte nationale Anliegen des deutschen Volkes, das endgültig einen Schlußstrich unter den Hitlerkrieg ziehen will, erfüllt werden kann.
Das friedliebende deutsche Volk hofft und erwartet, daß alle Staaten, die am Krieg gegen Hitlerdeutschland teilgenommen haben, insbesondere die Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens, den Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland als ihre gemeinsame völkerrechtliche Verpflichtung nicht nur anerkennen, sondern auch danach handeln.

Noten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. Juni 1961 an die Regierungen der drei Westmächte: Protest gegen die in Westdeutschland und Westberlin durchgeführten und geplanten revanchistischen Kundgebungen und gegen die provokatorischen Märsche an die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik

Wortlaut der Note an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die in Westdeutschland und in Westberlin durchgeführten und für die nächste Zeit geplanten revanchistischen Kundgebungen sowie auf die provokatorischen Märsche in Richtung auf die Grenze der Deutschen Demokratischen Republik.
Gerade zu dem Zeitpunkt, da von seiten der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt besondere Anstrengungen unternommen werden, um eine Entspannung der internationalen Lage zu fördern, organisieren die westdeutschen Militaristen Hetz- und Revancheveranstaltungen, die nur noch eine Parallele finden in den faschistischen Aufmärschen in Deutschland in Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Die in Westdeutschland und in Westberlin entfesselte Welle des Chauvinismus und Revanchismus verfolgt das Ziel, neue Spannungen zu erzeugen, die Lage in Europa weiter zuzuspitzen und letztlich andere Völker und Staaten in militärische Abenteuer hineinzuziehen.
Was sich an revanchistischen Veranstaltungen in den letzten Wochen in Westdeutschland und Westberlin zugetragen hat und was gegenwärtig und für die weitere Zukunft geplant ist, ist nicht nur das Werk einiger hirnverbrannter Revanchisten, sondern der Ausdruck dafür, daß die westdeutsche Regierung den Revanchismus zur offiziellen Staatspolitik erhoben hat. Es gibt heute keine Unterschiede mehr zwischen den verbrecherischen Forderungen der Führer der Landsmannschaften und der offiziellen Politik der höchsten Organe des westdeutschen Staates. Das Auftreten von Bundeskanzler Adenauer und anderer Mitglieder des Kabinetts auf dem „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover, dem „Sudetendeutschen Tag“ in Köln, dem „Bundestreffen der Deutschen aus dem Donauraum“ in Karlsruhe, dem „Brandenburger Tag“ in Westberlin und auf vielen anderen Hetzkundgebungen ist dafür ein beredtes Zeugnis. Die deutschen

Militaristen gehen auf die gewaltsame Eroberung und Unterjochung fremder Länder aus. Ganz offen wird die Revision der bestehenden Grenzen propagiert und erklärt, daß die Forderungen sich auf Gebiete bis weit über die Oder-Neiße-Linie erstrekken. Die deutschen Militaristen gehen in ihren Forderungen nicht nur über die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges geschaffenen und im Potsdamer Abkommen anerkannten Grenzen, sondern sogar weit über die Grenzen des Jahres 1937 hinaus.

In der Erkenntnis, daß die Deutsche Demokratische Republik und die von ihr betriebene Friedenspolitik ein ernstes Hindernis für die Verwirklichung der revanchistischen Ziele der deutschen Militaristen sind, versuchen sie, wie das z. B. am 16. und 17. Juni 1961 der Fall sein soll, neue Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und damit gegen den Frieden zu organisieren. Die Regierung der Bundesrepublik veranstaltet und finanziert am 16. und 17. Juni unmittelbar an der westlichen Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik Hetzkundgebungen und andere den Frieden gefährdende Aktionen. Mit alledem soll das politische Klima weiter verschärft und unter der westdeutschen Bevölkerung eine regelrechte Kriegsstimmung geschürt werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ihre Pflicht, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf hinzuweisen und zu unterstreichen, daß die in Westdeutschland und in Westberlin betriebene Revanchepolitik das internationale Klima immer mehr vergiftet und eine ernste Gefahr für den Frieden Europas darstellt. Es kann doch keinen Zweifel daran geben, daß jeder Versuch, die so lautstark verkündeten Revancheforderungen zu verwirklichen, zur Entfesselung des dritten Weltkrieges führen würde. Die Verhältnisse in Westdeutschland beweisen, daß die Bonner Regierung und ihre unbelehrbaren Hitlergenerale und Revanchistenführer bedenkenlos genug sind, diesen verbrecherischen Weg zu beschreiten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat im Bunde mit den Regierungen des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich bisher dem Treiben der unverbesserlichen deutschen Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland und in Westberlin tatenlos zugesehen. Mehr noch, sie haben durch die bewußte Unterstützung der Aufrüstung in Westdeutschland sowie durch die Verhinderung des Abschlusses eines Friedensvertrages den Revanchismus zu einer solchen Gefahr werden lassen. Das immer

aggressivere unverhüllte Auftreten der deutschen Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland und in Westberlin sollte allen Regierungen die Gefahr vor Augen führen, die droht, wenn der deutsche Militarismus und Revanchismus nicht gebändigt werden.

Den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich erwächst aus der Charta der Vereinten Nationen, dem Potsdamer Abkommen und dem Londoner Viermächteabkommen über die Verfolgung der Hauptkriegsverbrecher die ausdrückliche Verpflichtung, jede Art von Revanchismus, Chauvinismus und feindseliger Propaganda in Westdeutschland und in Westberlin zu unterbinden. Dieser Verpflichtung haben sie bisher direkt zuwidergehandelt.

Das richtet sich nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten, sondern es führt unmittelbar zur Bedrohung der Sicherheit und des Lebens auch des amerikanischen, englischen und französischen Volkes.

Die Erhaltung des Friedens gebietet, daß auch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika durch energische Maßnahmen dazu beiträgt, den unverbesserlichen Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland und in Westberlin das Handwerk zu legen und durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten die Völker vor der Gefahr neuer Überfälle seitens der deutschen Militaristen und Revanchisten zu schützen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den Ausdruck ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

*

Die Noten wurden den Geschäftsträgern der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland sowie dem Botschafter der Republik Frankreich in Prag unter Inanspruchnahme der guten Dienste des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR übergeben.

Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf dem Forum im VEB Chemische Werke Buna am 26. Juni 1961

Liebe Freunde!
Wie Ihnen bekannt sein wird, nahm ich an der 1000-Jahr-Feier der Stadt Halle teil. Dort standen selbstverständlich die Fragen der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung der Stadt im Vordergrund.
Ich hielt es jedoch für erforderlich, Ihr großes Chemiewerk zu besuchen, um mit Ihnen über die Lösung der großen Produktionsaufgaben zu sprechen. Da in den Bunawerken solche Aufgaben von entscheidender volkswirtschaftlicher Bedeutung gelöst werden, betrachte ich es für wichtig, mit den Arbeitern, Ingenieuren, den Mitgliedern der Werkleitung und der sozialistischen Brigaden darüber zu sprechen. Während der Besichtigung Ihrer neuesten Produktionsanlagen und in der darauffolgenden Beratung mit Arbeitern der PVC-Anlage beschäftigten wir uns bereits ausführlich mit diesen Problemen.

Gemeinsam über die Lösung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen nachdenken

Sie wissen alle, daß es augenblicklich sehr vieldiskutierte interessante, aber auch komplizierte Fragen gibt. Ich denke dabei an solche wie des Abschlusses eines Friedensvertrages, der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt oder Fragen der ökonomischen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und dabei insbesondere die Frage: Wie kann die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik gegen Störungsversuche von seiten militaristischer Kreise Westdeutschlands geschützt und gesichert werden?
Über diese Fragen wird auch in Ihrem Werk viel diskutiert und nachgedacht. Auch wir zerbrechen uns darüber den Kopf; deshalb bin ich dem Wunsche der Kreisleitung der Bunawerke gern nachgekommen, um mit Ihnen eine Aussprache über die großen internationalen Fragen zu führen. Ich möchte sagen, wir wollen uns über die genannten Probleme gemeinsam den Kopf zerbrechen.
In der kapitalistischen Gesellschaft gab es einen Ausspruch: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ Wir sind jedoch der Meinung, daß dieser Ausspruch für unsere sozialistische Gesell-

schaftsordnung nicht geeignet ist, und wir ersetzen ihn durch den Leitsatz: „Denken ist die erste Bürgerpflicht!“ Das Nachdenken, wie wir besser vorwärtskommen, ist bekanntlich komplizierter, als sich ruhig, passiv zu verhalten.
Der Vorschlag, mit Ihnen eine gemeinsame Aussprache zu führen, kam uns aus folgendem Grunde entgegen: In nächster Zeit werden eine Tagung des Zentralkomitees unserer Partei sowie eine Sitzung der Volkskammer stattfinden. Wir sprechen daher immer vor solch entscheidenden Beratungen mit den Werktätigen über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen und informieren uns darüber, wie sie nach ihrer Auffassung zu lösen sind. Außerdem erfahren wir dabei, welche Unklarheiten darüber noch bei unseren Werktätigen vorhanden sind. Von diesem Standpunkt aus bin ich besonders daran interessiert, hier mit Ihnen über eine Reihe von Fragen zu diskutieren.

Die Friedenspolitik muß zum Ziele geführt werden

Worauf kommt es an? Es kommt darauf an, die Politik zum Ziele zu führen, die den Frieden sichert und gewährleistet, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und das ganze deutsche Volk in Frieden leben und schaffen kann. Das ist aber nur möglich, wenn die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt werden.
Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse N. S. Chrustschow, hat in dem Memorandum der Sowjetregierung, das er in Wien Präsident Kennedy übergab, präzisiert, wie die Sicherung des Friedens in Deutschland durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt möglich ist. Danach hat er in Moskau in einer Fernsehrede die Notwendigkeit der friedlichen Lösung der deutschen Frage durch Abschluß eines Friedensvertrages ausführlich dargelegt. Er wies darauf hin, daß bei erneuter Weigerung der Westmächte, auf dem Wege von Verhandlungen zu einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten zu kommen, sich die Sowjetunion gezwungen sieht, gemeinsam mit allen Staaten, die dazu bereit sind, einen Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen. Auf diese Vorschläge hat sicherlich Präsident Kennedy in den Aussprachen in Wien geantwortet.

Die „nationalen Interessen" der USA

Für die Öffentlichkeit gab der Außenminister der USA, Herr Rusk, vor einigen Tagen eine Erklärung ab, die im wesentlichen auf den Inhalt des Memorandums der Sowjetregierung und den Standpunkt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — den ich auf der Pressekonferenz in Berlin begründete — einging.
Die Erklärung des Außenministers der USA ist sehr interessant, vor allem deshalb, weil er die Katze aus dem Sack gelassen hat. Es ist immer wichtig zu wissen, wie die Katze aussieht. Herr Rusk war so freundlich, sie aus dem Sack herauszulassen. Er hat begründet, warum die USA unbedingt in Westberlin bleiben wollen.
Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hat aus diesen Darlegungen mit Erstaunen vernommen, daß das nationale Interesse der USA auf dem Spiele steht, und deshalb müssen in Westberlin das amerikanische Militär und das Besatzungsstatut bleiben. Jeder sagt sich, das sind aber eigenartige nationale Interessen der USA, denn damit könnten die USA die Eroberung der ganzen Welt begründen. Nach dieser Auffassung möchten sich die USA anmaßen, in jedem Winkel der Erde ihre Truppen zu stationieren. Das heißt, was nationales Interesse der USA und Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, bestimmt nach Meinung von Herrn Rusk die Regierung der USA. Würde man nun dieses Prinzip des USA-Außenministers von unserer Seite aus anwenden, würden wir uns auch einbilden, unsere nationalen Interessen erfordern Stützpunkte in den USA, dann müßte z. B. ein Sender der DDR in Washington aufgestellt werden, mit dem von dort aus Propaganda gemacht wird, genau dieselbe, nur umgekehrt, die der Rias von Westberlin aus betreibt. Sie machen dort Propaganda gegen die DDR, und wir würden auch das Recht beanspruchen, von unserem Sender in Washington aus zu sagen, wie man — nehmen wir ein Beispiel — in den USA die fünf Millionen Arbeitslosen in Arbeit bringt oder — da die USA sich so für das Wahlrecht interessieren — wie die 18 Millionen Neger in den USA das Wahlrecht bekommen oder wie die Sozialgesetzgebung in den USA verbessert werden kann. Denn die USA haben eine Sozialgesetzgebung, die ungefähr der deutschen von Ende des vorigen Jahrhunderts entspricht.
Was würde die USA-Regierung sagen, wenn wir verlangen, in Washington genauso einen Sender zu haben wie die USA in

Westberlin, und wir fordern würden, daß in den USA die Sozialgesetzgebung und die Sozialversicherung auf einen modernen Stand gebracht würden? Was würden Herr Kennedy und Herr Außenminister Rusk sagen? Aber im Grunde wären das keine weitergehenden Forderungen als die, die Herr Rusk gegenüber der DDR stellt. Schon aus dieser Darstellung wird jeder entnehmen können, daß die Diskussion zwischen uns über einige Fragen von verschiedenen prinzipiellen Positionen ausgeht.

Die Lage in Deutschland ist anomal

Herr Rusk sagt in seiner Erklärung, daß die Lage nicht nur in Westberlin anomal sei — das hatte schon Eisenhower gesagt —, sondern die Lage in ganz Deutschland sei anomal.

Ich möchte ausdrücklich erklären, ich bin mit Herrn Außenminister Rusk in dieser Frage völlig einer Meinung. Jawohl, die Lage ist anomal.

Es ist anomal, daß Deutschland 16 Jahre nach dem Kriege noch keinen Friedensvertrag hat. Italien hat einen Friedensvertrag; Japan hat einen Friedensvertrag; nur Deutschland nicht.

Wir finden es höchst anomal, daß nach der Niederlage Hitlerdeutschlands, entgegen den Vereinbarungen der drei Großmächte in Potsdam, mit Hilfe der USA in Westdeutschland eine Armee aufgebaut wurde, deren Generale und höheren Offiziere die Hitlerarmee kommandierten. Sie erziehen die Soldaten im Geiste der Revanche, im Geiste der Hitlerarmee. Das heißt, wir finden es anomal, daß in Westdeutschland der Militarismus mit Hilfe der USA wiedererrichtet wurde. Herr Rusk kann ja nicht sagen, daß daran die Sowjetunion schuld sei, sondern für die Wiedererrichtung des Militarismus sind ausschließlich die USA und die reaktionären Kräfte in Westdeutschland verantwortlich.

Herr Rusk erwähnte auch die Anomalität der Spaltung Deutschlands. Sehr richtig! Wir finden die Schaffung von zwei Währungen und zwei Staaten in Deutschland auch anomal. Aber diese anomale Lage wurde doch dadurch herbeigeführt, daß unter der Führung der USA eine Separatwährung für Westdeutschland eingeführt, eine Bi-Zone und dann die westdeutsche Bundesrepublik gebildet wurden. Das heißt, unter Führung der USA entstand der Westzonenstaat. Es wurde eine Art Konsortium unter dem Diktat der USA gebildet. Dann haben sie Adenauer und seine Gruppe als vorläufige Bundesregierung eingesetzt. Die USA sind es doch gewesen, die Westdeutschland in die NATO eingegliedert

und Westdeutschland zum Bundesgenossen der USA gegen die Sowjetunion gemacht haben.
Wenn also Herr Rusk von einer anomalen Lage spricht, so sagen wir: Jawohl, die Lage ist anomal, aber diesen Zustand haben die USA und die herrschenden Kreise in Westdeutschland geschaffen!
Wir stellen die Frage: Ist es nicht gefährlich und selbstverständlich anomal, daß diese in Westdeutschland mit Hilfe der USA geschaffene Bonner Regierung die Bewegung des Revanchismus, die Bewegung für die Änderung der Grenzen Polens, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und anderer Länder fördert? Die Bonner Regierung, die mit Hilfe der USA geschaffen wurde, fördert doch die Revanchepolitik, die im Stile von Hitler geführt wird. Wir finden es weiter anomal, daß sich diese Bonner Regierung immer mehr in die Fragen Westberlins einmischt und Westberlin als Provokationszentrum ausnutzt.
Wie viele Agentenzentralen hat die Bonner Regierung in Westberlin eingebaut? Wie viele revanchistische Kundgebungen sind in Westberlin auf Veranlassung der Organe der Bonner Regierung veranstaltet worden!
Aber weiter, um Herrn Rusk zu antworten: Ist es nicht auch anomal, daß 16 Jahre nach Beendigung des Krieges in Westberlin noch ein Besatzungsstatut besteht bzw. in Westberlin ein amerikanischer Sender stationiert ist, der von einem führenden Mitarbeiter der USA-Regierung, von Herrn Allan Dulles, dem Leiter des Geheimdienstes, geleitet und kontrolliert wird?
Ist es nicht anomal, daß die Agentenzentralen der Bonner Regierung und der USA in Westberlin direkte Organisationen der Abwerbung, d. h. des Menschenhandels, installiert haben?
Wir finden es auch anomal, daß durch die Spionagezentralen, die Abwerbung, den Schwindelkurs und durch die ganze feindliche Tätigkeit von Westberlin aus der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik jährlich mindestens eine Milliarde DM gestohlen wird. Stellen Sie sich einmal vor, was wir jährlich mit dieser Milliarde machen könnten!
Wir finden es als sehr anomal, daß 16 Jahre nach dem Kriege noch keine ordentlichen, vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Staaten, die an den Verkehrsverbindungen über das Territorium der DDR zu Lande, zu Wasser und in der Luft interessiert sind, getroffen wurden. Ist es nicht nach 16 Jahren die höchste Zeit, unter den Krieg einen Strich zu ziehen und alle Fragen durch ordentliche Verträge zu regeln?

Es gibt noch mehr Erscheinungen, die man als völlig anomal betrachten muß. Obwohl die USA Kenntnis haben von der Existenz der DDR, ihre Vertreter die Wege der DDR auf der Eisenbahn und in der Luft benutzen, obwohl die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik schon besuchten, wollen sie die Existenz der DDR nicht zur Kenntnis nehmen. Sie wollen keine offiziellen Schlußfolgerungen aus der Tatsache ziehen, daß die Deutsche Demokratische Republik existiert. Wir halten das wirklich für eine anomale Lage.

Herr Rusk stellt die Dinge auf den Kopf

Herr Rusk sagt in seiner Erklärung, die in diesen Tagen veröffentlicht wurde, daß die De-facto-Teilung schuld an den vorhandenen Schwierigkeiten sei. Aber wenn Herr Außenminister Rusk sagt, die Teilung Deutschlands sei schuld an den Schwierigkeiten, dann muß er sich doch an seine eigene Brust schlagen!
Niemand anders als die USA-Regierung war es doch, die Deutschland gespalten hat, die den westdeutschen Militaristen half und hilft in dem Bestreben, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges ungeschehen machen zu wollen. Es ist selbstverständlich unmöglich, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges wegzuwischen. Man kann weder die Grenzen ändern, noch kann jemand etwas daran ändern, daß die Deutsche Demokratische Republik der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat Deutschlands ist.
Es wird wahrscheinlich für die Außenminister der westlichen Staaten keinen anderen Ausweg mehr geben, als die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis zu nehmen und die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es Zeit wird, mit der Deutschen Demokratischen Republik Verhandlungen über die friedliche Lösung der deutschen Frage zu führen.
Die Regierung der USA beruft sich darauf, sie habe ein Recht, ihre Besatzungstruppen in Westberlin zu halten, sie habe ein Recht auf ein Besatzungsstatut, und was weiß ich noch. Aber ich frage die Vertreter der USA: Wo können Sie ein einziges Abkommen vorweisen, welches Sie berechtigt, das Potsdamer Abkommen zu verletzen und – wie Sie es getan haben – gar zu zerstören? Die Vertreter der USA sagen ja selbst nicht mehr, daß sie in Berlin sind, um zu helfen, das Potsdamer Abkommen durchzuführen. Wenn sie das Potsdamer Abkommen durchführen wollten, dann müßten sie doch nach Bonn gehen und dort

dafür sorgen, daß das Potsdamer Abkommen endlich durchgeführt wird. Wir haben den Militarismus und Faschismus liquidiert und wollen keineswegs die USA-Regierung hindern, in Bonn mitzuhelfen, den Militarismus in Westdeutschland zu liquidieren. Bitte sehr, wir wollen Sie nicht daran hindern!
Aber wir fragen die USA-Regierung weiter: Wo steht in irgendeinem Abkommen, daß es ein sogenanntes Westberliner Besatzungsstatut gibt, welches als Mittel im Kampf gegen unseren Staat angewendet wird, der als einziger das Potsdamer Abkommen durchgeführt hat. Das heißt, die Position, die Herr Rusk eingenommen hat, stellt doch die Dinge wirklich auf den Kopf.

Die „Argumente" des amerikanischen Außenministers ...

Herr Rusk ist mit seinen Argumenten in große Schwierigkeiten gekommen. Wie versucht er nun, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen? Zuerst hat er von Rechten der Westmächte zu Westberlin gesprochen. Als er sie nicht nachweisen konnte, erklärte er: Auf Grund der Macht der Sieger sind wir in Westberlin. Als auch das nicht zog, sagte er: Das nationale Interesse der USA erfordert in Westberlin ein Besatzungsstatut und die Herrschaft der Besatzungstruppen. Nachdem dieses Argument nicht mehr wirkte, kam er auf die Idee, als letzte Rettung zu sagen, daß die Westmächte und die USA in Westberlin um die Freiheit Westberlins kämpfen.

... und der tatsächliche Grund für das Verbleiben der Westmächte in Westberlin

Es ist doch ganz offenkundig, daß die Behauptung, die USA seien wegen der Freiheit in Westberlin, nur ein Vorwand ist. Wenn es den USA wirklich um die Freiheit ginge, könnten wir uns mit ihnen sehr schnell verständigen. Niemand wird behaupten wollen, die Freiheit erfordere ein Besatzungsstatut in Westberlin. Also, wir sind bereit, uns mit den USA über die Freiheit zu verständigen. Wenn es wirklich um die Freiheit ginge, wäre das auch möglich. Aber es geht um etwas ganz anderes.
Herr Rusk hat nun in seiner Erklärung weiter gesagt, die Sowjetunion habe gedroht, wenn die Westmächte zu einer Verständigung über einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten nicht bereit sind, dann werde die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik abschließen.

Selbstverständlich muß ein Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und den dazu bereiten Staaten mit der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen werden, falls die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA, den Westmächten und die von der Sowjetunion in Erwägung gezogenen Verhandlungen zwischen der westdeutschen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu keinem Resultat kommen.
Aber wir fragen Herrn Rusk: Mit welchem Recht wollen die USA eigentlich ohne Rücksicht auf die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik einseitig darauf bestehen, daß sie im Herzen der Deutschen Demokratischen Republik und in ihrer Hauptstadt so lange bleiben, wie sie es wünschen? Ist es nicht höchste Zeit, daß die USA-Regierung Rücksicht auf die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik nimmt?
Deshalb ist die einzige vernünftige Lösung, durch gemeinsame Verhandlungen zu Resultaten zu kommen, ohne daß das nationale Prestige der beteiligten Staaten verletzt wird. Es versteht sich, daß zu diesen Staaten auch, und sogar in erster Linie, die Deutsche Demokratische Republik gehört.
Herr Außenminister Rusk sprach nun von Verpflichtungen, die die USA in bezug auf Westberlin übernommen haben. Jawohl, die USA hatten durch die Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens Verpflichtungen übernommen. Aber diese einzigen völkerrechtlich gültigen Verpflichtungen sind von den USA in Deutschland und besonders in Westberlin gebrochen worden. Was ist das für eine Willkür, wenn Herr Außenminister Rusk sagt: Welche Verpflichtungen die USA haben, das bestimmen sie selbst! Das heißt, die USA wollen allein bestimmen, was sie als ihre Verpflichtungen in Westberlin betrachten. Was sind denn das für kuriose völkerrechtliche Prinzipien? Bisher war es üblich, daß international gültige Verträge, wie zum Beispiel das Potsdamer Abkommen, für alle beteiligten Staaten verbindlich waren. Aber die USA interessiert das Potsdamer Abkommen gar nicht. Sie haben es nicht nur zerstört, sie haben das Gegenteil von dem getan, wozu sie das Potsdamer Abkommen verpflichtet.
Nach der Meinung der USA bestehen die eingegangenen Verpflichtungen nur darin, die friedliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und das große Aufbauwerk in den sozialistischen Staaten zu stören.
Das heißt, die USA haben sich gegenüber den aggressiven revanchistischen Kreisen in Bonn und Westberlin verpflichtet, sie im

Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik zu unterstützen. Das ist der wirkliche Grund, wozu gegenwärtig die USA das Besatzungsstatut und ihren Stützpunkt in Westberlin brauchen. Mit Völkerrecht und der Freiheit in Westberlin hat das gar nichts zu tun.

Welche Regierung ist repräsentativ?

In der Rede des Genossen N. S. Chrustschow und in meinen Darlegungen auf der Pressekonferenz wurde darauf hingewiesen, daß sich die USA und die Westmächte nicht darüber beklagen können, wenn die Sowjetunion mit der Deutschen Demokratischen Republik einseitig einen Friedensvertrag abschließt. Die USA haben doch mit Japan auch einseitig einen Friedensvertrag abgeschlossen, ohne die Sowjetunion hinzuzuziehen. Die USA haben dabei die Interessen der Sowjetunion, die zu den Siegerstaaten über Japan gehört, gründlich verletzt. Dieser Vertrag ist sogar eindeutig gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet.
Mister Rusk antwortet nun mit einem Trick. Er sagt: „Ja, in Japan gab es eine repräsentative Regierung. Man konnte mit ihr einen Vertrag abschließen." Er betrachtet also nur solche Regierungen als repräsentativ, die die Interessen des Finanzkapitals vertreten. Für ihn ist eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung keine repräsentative Regierung. Nun, in diesem Falle ist es wahrscheinlich schwer, sich mit Herrn Rusk zu verständigen. Wer die repräsentative Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist, das bestimmt nicht der Außenminister der USA. Das hat er nicht zu bestimmen und wird er niemals bestimmen! Das ist ein für allemal entschieden!
Einen Staat wie die DDR, mit einer demokratisch gewählten Volkskammer und Regierung, mit festgelegten Grenzen und normalen völkerrechtlichen Beziehungen zu vielen Staaten der Welt, kann man auf die Dauer nicht ignorieren.
Diese Deutsche Demokratische Republik mit ihrer Volkskammer und Regierung ist der rechtmäßige deutsche Staat, denn der Inhalt und Charakter unseres Staates als antifaschistische demokratische Ordnung entsprechen den Prinzipien des Potsdamer Abkommens.
Jeder versteht, daß wir von der USA-Regierung keine Liebeserklärung für unsere Gesellschaftsordnung erwarten. Ebensowenig werden wir Komplimente an die Gesellschaftsordnung der USA oder anderer Staaten, die von den USA als repräsentativ

anerkannt werden, machen. Die USA erkennen als repräsentative Regierungen z. B. die faschistische Regierung Francospaniens und Salazars in Portugal, die halbfeudale Regierung in Iran sowie verschiedene andere ihnen hörige Regierungen als repräsentativ an.
Über die Frage, welche Regierung repräsentativ ist, kann man verschiedener Meinung sein. Man kann auch über den Bonner Staat und seine Regierung eine andere Meinung haben als die USA. Es lohnt sich nicht, darüber zu diskutieren. Das einfachste ist, man nimmt die Dinge wie sie sind, zwei deutsche Staaten mit zwei deutschen Regierungen, und anerkennt die Entwicklung, die sich im Ergebnis des Sturzes Hitlers und der Niederlage des deutschen Imperialismus vollzogen hat. Ausgehend von diesen realen Tatsachen sucht man einen Weg zur Verständigung, zur friedlichen Lösung dieser Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Das ist unsere grundsätzliche Stellung in diesen Fragen.

Die sozialistischen Staaten
werden den friedlichen Wettbewerb gewinnen

Nachdem in Westdeutschland mit Hilfe der USA der Militarismus wiedererstanden ist, nachdem dort die Revanchepolitik Hitlers erneut betrieben wird, die Änderung der Grenzen und Eroberung fremder Länder zur Staatspolitik erhoben wurden, gibt es keinen anderen Weg, als durch einen Friedensvertrag diesen Eroberungsforderungen einen Riegel vorzuschieben und damit die friedliche Entwicklung in ganz Deutschland zu gewährleisten.
Wir wollen mit dem Abschluß des Friedensvertrages das friedliche Leben und die friedliche Arbeit unserer Bevölkerung sichern. Der Friedensvertrag soll solche Bedingungen schaffen, daß die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen und den europäischen Staaten entwickelt und ein freier, friedlicher Wettbewerb zwischen den Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen verwirklicht wird. Wir werden sehen, wer in diesem Wettbewerb siegen wird!
Wir – die Staaten des sozialistischen Lagers – sind auf diesen Wettbewerb vorbereitet. Wir sind überzeugt, daß in einem solchen friedlichen Wettbewerb die sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion siegen werden.

(Zwischenüberschriften: DIZ)

*

Im Anschluß an die Ausführungen Walter Ulbrichts entwickelte sich ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel. Auf die Frage eines Teilnehmers an der Aussprache, welche Vorteile sich aus dem Abschluß eines Friedensvertrages für die DDR ergäben, antwortete der Vorsitzende des Staatsrates u. a.:

Der Vorschlag der Sowjetregierung an die Regierung der USA sieht vor, daß die vier Mächte — oder, wie wir vorschlagen würden, die sechs Mächte, da die Volksrepublik Polen und die ČSSR auch dazu gehören — Verhandlungen führen und sich über den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands verständigen. Dieser Vorschlag der Sowjetregierung ist von großer nationaler Bedeutung. Er gibt dem deutschen Volke eine große Chance.

Nachdem durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands versperrt wurde, gibt dieser Vorschlag die Möglichkeit, zu einer Verständigung zu kommen und allmählich die Steine wegzuräumen, die jetzt auf dem Weg der friedlichen Lösung der deutschen Fragen liegen, d. h., er bietet dem deutschen Volk die große Chance der friedlichen Wiedervereinigung.

Der erste große Nutzen bestände darin, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß des Friedensvertrages die Atomrüstung in Deutschland eingestellt würde. Ich glaube, alle Deutschen, mit Ausnahme einiger Hitlergenerale und den Bonner Ultras, wären mit einem solchen Wege einverstanden.

Zweitens: Durch den Friedensvertrag werden die bestehenden Grenzen völkerrechtlich verankert. Das heißt, alle Forderungen der Revanchisten auf Änderung der Grenzen erweisen sich als sinn- und zwecklos. Es lohnt sich nicht, weiterhin solche Revancheforderungen zu Papier zu bringen.

Drittens: Der Friedensvertrag würde zum Inhalt haben, daß in Deutschland ein Wettrüsten nicht stattfinden darf, sondern im Sinne des Potsdamer Abkommens die Abrüstung vereinbart wird. Das würde bedeuten, daß die Bevölkerung Westdeutschlands, die unter hohen Rüstungslasten leidet, künftig weniger Lasten zu tragen hätte. Das heißt, von jedem Standpunkt aus wäre der Abschluß eines Friedensvertrages auch für die Bevölkerung Westdeutschlands von Nutzen.

Viertens: Nach dem Abschluß des Friedensvertrages demzufolge das Okkupationsregime in Westberlin aufgehoben würde, kann diese Stadt nicht mehr für Provokationszwecke gegen die DDR oder gegen die sozialistischen Staaten mißbraucht werden.

Fünftens: Im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Friedensvertrages würden normale Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Staaten, die solche mit uns noch nicht haben, hergestellt. Alle Fragen, die bisher ungeregelt sind, wie z. B. die des Verkehrs zu Lande, zu Wasser und in der Luft, würden vertraglich geregelt. Wir wollen keine Ausnahmestellung haben, sondern wir möchten alle Fragen vertraglich so regeln, wie das nach dem Völkerrecht üblich ist.
Sechstens: Durch den Abschluß eines Friedensvertrages würden sich die beiden deutschen Staaten näherkommen. Der Friedensvertrag ist gewissermaßen eine Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten. Die Existenz dieser Klammer würde begünstigen, weiter auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands vorwärtszukommen, das heißt zu einem entmilitarisierten, neutralen Deutschland.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. Juni 1961 zum portugiesischen Kolonialterror

Zur Woche der Solidarität mit den Völkern Angolas und der anderen portugiesischen Kolonien, zu der vom Ständigen Sekretariat des Rates der Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität aufgerufen wurde, gab der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Sepp Schwab ADN gegenüber folgende Erklärung ab:

Dem grausamen Terror der portugiesischen Kolonialpolizei und Armee in Angola und den anderen portugiesischen Kolonien sind bereits Tausende von Afrikanern zum Opfer gefallen. Dieser Kolonialkrieg des NATO-Partners Portugal ist ein Versuch, sein Kolonialregime mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten.
Heldenhaft, fast ohne Waffen und unter Bedingungen grimmigster Verfolgung aller Angolesen, die lesen und schreiben können, kämpfen die Völker Angolas um Selbständigkeit und nationale Unabhängigkeit. Die angolesischen Patrioten errangen bereits beachtliche Erfolge in ihrem Kampf – große Teile des Landes stehen unter ihrer Kontrolle. Diesem aufopferungsvollen Kampf gehören die ganze Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Wie bereits mehrfach bekundet, so u. a. in der Erklärung zur Monrovia-Konferenz

vom 28. September 1959*, verurteilt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jede Form der imperialistischen Kolonialpolitik und die verbrecherischen Methoden zu ihrer Aufrechterhaltung.
In Übereinstimmung mit allen friedliebenden Kräften der Welt und insbesondere mit den afrikanischen Völkern haben sich Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik der Forderung der III. Afrikanischen Völkerkonferenz nach sofortiger Beseitigung des Kolonialsystems in Angola angeschlossen.
In diesem Zusammenhang muß man darauf hinweisen, daß die westdeutsche Regierung kurz nach dem Beginn des bewaffneten Freiheitskampfes in Angola zwei ihrer führenden Politiker, den Spezialisten in der Massenvernichtung von Menschen, Staatssekretär Globke, und Wirtschaftsminister Erhard, nach Portugal entsandte, damit sie Salazar mit Rat und Tat zur Seite stehen. Im Ergebnis dieser Reise erhielt der faschistische Diktator Salazar von Westdeutschland neben umfangreichen Krediten für die Führung des Angolakrieges 10 000 Schnellfeuergewehre zum Einsatz gegen das angolesische Volk.
Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt die westdeutsche Unterstützung für die portugiesischen Kolonialisten und wird auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um den gerechten Kampf der Patrioten in den portugiesischen Kolonien um nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu unterstützen. Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik fordern mit aller Entschiedenheit, daß auf der Grundlage der UNO-Charta Maßnahmen von den internationalen Organisationen und den Regierungen ergriffen werden, um Portugal zu zwingen, den Völkermord einzustellen und Angola die Freiheit zu geben.

* Siehe Band VII, S. 120 ff.

Telegramm des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 28. Juni 1961 an den Deutschen Bundestag und die Regierung der Deutschen Bundesrepublik

An den Präsidenten des deutschen Bundestages,
Herrn D. Dr. Eugen Gerstenmaier,
Bonn

An die Regierung
der deutschen Bundesrepublik,
Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer,
Bonn,
Palais Schaumburg

Getragen von der Sorge um die Zukunft der deutschen Nation, entschlossen, zur Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa und dadurch zur Wiedervereinigung Deutschlands beizutragen, wendet sich der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.
Eine historische Chance für die deutsche Nation gilt es wahrzunehmen! Nach dem Vorschlag der Sowjetunion sollen die vier Mächte von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung über eine Friedensregelung und Fragen der Wiedervereinigung, die von den Deutschen getroffen wird, anerkennen. Dadurch können wir gemeinsam sichern, daß im Friedensvertrag, der auch die Westberlinfrage lösen wird, die nationalen Interessen des deutschen Volkes gewahrt werden.
Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik, nicht wieder eine große Chance für unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzuoft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist.

Der Staatsrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Der Vorsitzende
W. Ulbricht

Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Juli 1961 an die Staaten der Antihitlerkoalition: Einspruch gegen das Bundestagsgesetz vom 29. Juni 1961 zur Rehabilitierung der früheren Angehörigen der SS-Sondereinheiten

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens und alle Staaten der Antihitlerkoalition auf folgenden empörenden Vorgang in der westdeutschen Bundesrepublik aufmerksam:

Zur gleichen Zeit, da zusammen mit dem SS-Mörder Eichmann das ganze Regime Hitlerdeutschlands der fürchterlichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist und verurteilt wird, setzen die westdeutsche Regierung und der Bundestag ihre Politik in den Fußtapfen Hitlers fort. Mit unvorstellbarem Zynismus haben sie neue provokatorische Maßnahmen beschlossen, die gegen alle Menschen und Völker, die während des zweiten Weltkrieges unter den blutigen Verbrechen der SS-Einsatzkommandos und SS-Sondertruppen unvorstellbar gelitten haben, gerichtet sind.

Am 29. Juni 1961 beschloß der westdeutsche Bundestag auf Verlangen der Bundesregierung, allen Angehörigen der SS-Verfügungstruppe, der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der SS-Totenkopfverbände staatliche Pensionen zu zahlen und nunmehr auch diesen durch begangene Verbrechen aufs schwerste belasteten Faschisten durch einen staatsrechtlichen Akt den Weg in verantwortliche Staatsfunktionen Westdeutschlands zu öffnen.

Dabei geht es nicht etwa um jene, die erst in den letzten Kriegsjahren als Zwangsrekrutierte die SS-Uniform trugen, sondern das Gesetz des Bundestages spricht ausdrücklich von solchen Personen, die in den SS-Organisationen hauptberuflich mindestens 10 Jahre Dienst leisteten, d. h. die bereits vor 1935 den Kern der faschistischen Mordorganisation bildeten.

Der Interalliierte Militärgerichtshof hat im Nürnberger Prozeß zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher durch Gerichtsbeschluß die SS mit allen ihren Gliederungen als eine verbrecherische Organisation verurteilt. Diese Organisation war der wichtigste Stoßtrupp des deutschen Faschismus zur Unterdrückung und Terrorisierung aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. Sie war an allen grausamen Mord-

und Gewalttaten führend beteiligt, die das Hitler-Regime an den überfallenen Völkern Europas beging.
Indem der westdeutsche Staat den Führern und Angehörigen dieser berüchtigten Mörderformation durch Gesetz Beamtenrechte gegeben hat, sanktioniert er ihre Stellung und ihr verbrecherisches Wirken während der finstersten Jahre Deutschlands und ganz Europas.
Mit dem Gesetz des westdeutschen Bundestages vom 29. Juni 1961 haben die in Westdeutschland herrschenden Kreise den millionenfachen Mörder Eichmann und seine Komplicen offiziell rehabilitiert. Damit haben sie die Wachmannschaften der faschistischen Konzentrationslager, die Hinrichtungskommandos, die Mitglieder der SS-Totenkopfverbände und die Mitarbeiter von Himmlers Reichssicherheitshauptamt, kurz: die berufsmäßigen Vollstrecker der Verbrechen des deutschen Faschismus und Militarismus nunmehr uneingeschränkt zu ihren politischen Verbündeten und Hilfstruppen gemacht. Die Machthaber des Bonner Staates dokumentieren damit erneut, daß sie die Nachfolge des SS-Staates Hitlers angetreten haben.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt gegen dieses ungeheuerliche Gesetz des westdeutschen Bundestages feierlichen und energischen Einspruch und erklärt:
Die Verbrecher und Henker von einst konnten auf westdeutschem Territorium wieder zur Macht kommen, weil in diesem Teil Deutschlands das Potsdamer Abkommen systematisch mißachtet und gebrochen wurde. Die wiederverwendeten SS-Mörder, die Blutrichter, die Diplomaten des Hitlerschen Außenministers Ribbentrop und die unbelehrbaren Hitlergenerale in der Bundeswehr, die die Aggressionen Hitlers vorbereiteten und durchführten und die heute ihre Hände nach Atomwaffen ausstrecken, bereiten neue militärische Abenteuer und Verbrechen gegen die Völker vor.
Es ist höchste Zeit, durch die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges ihre den Frieden der Welt bedrohenden aggressiven Pläne zu durchkreuzen. Die Rehabilitierung der Mordformationen Hitlers durch die westdeutsche Regierung und den westdeutschen Bundestag macht den Abschluß eines Friedensvertrages im Interesse des deutschen Volkes und aller Völker der Staaten der Antihitlerkoalition dringender denn je.
Durch den Abschluß des Friedensvertrages würden auch in Westdeutschland alle nazistischen und militaristischen Umtriebe ein für allemal ausgeschaltet werden, wie dies in der Deutschen

Demokratischen Republik in Erfüllung des Potsdamer Abkommens von Anfang an geschehen ist. Damit würden für ganz Deutschland die Bedingungen für eine friedliche und demokratische Entwicklung geschaffen, wie sie den erklärten Zielen des Kampfes der Staaten der Antihitlerkoalition entsprechen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik handelt im Interesse aller friedliebenden und demokratischen Kräfte des ganzen deutschen Volkes, indem sie die Mächte der Antihitlerkoalition auffordert, sich gegen diese neue provokatorische Verletzung des Potsdamer Abkommens zu wenden und durch den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten der immer stärker zutage tretenden neofaschistischen Entwicklung in Westdeutschland Einhalt zu gebieten.

Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 6. Juli 1961

Verehrte Abgeordnete der Volkskammer! Liebe Freunde!
Der Volkskammer liegen zwei wichtige Dokumente zur Beschlußfassung vor: der Deutsche Friedensplan, der unser Beitrag sein soll zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa und zur Lösung anderer nationaler Fragen des deutschen Volkes, und ein Appell an alle Deutschen in Ost und West.

Der Deutsche Friedensplan

Es geht um den längst fälligen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten, es geht um die friedliche und vernünftige Regelung der Westberlinfrage. Der Deutsche Friedensplan enthält den Vorschlag, eine Deutsche Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der beiden deutschen Staaten zu bilden zur Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag und zur Vereinbarung eines Abkommens des guten Willens, das dem Zwecke dient, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten unverzüglich zu verbessern.
Unsere Vorschläge zu einem Friedensvertrag gehen aus von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Durch den Friedensvertrag soll verhindert werden, daß jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht.

Der Friedensvertrag soll dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Auf der Grundlage des Friedensvertrages soll auch die Westberlinfrage eine friedliche Regelung finden, indem Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält. Unsere Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Wiedervereinigung entsprechen den friedlichen Interessen unseres ganzen Volkes. Wir sind überzeugt, daß der Friedensvertrag auch den Weg öffnet zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die bei der gegebenen Lage nur möglich ist über die Bildung einer Konföderation.
Dieser unser Friedensplan, diese unsere Vorschläge dienen einzig und allein dem Frieden, dem Frieden für unser deutsches Volk, dem Frieden für die Nachbarvölker in Europa, dem Frieden für alle Völker der Welt. Kein Volk soll geschädigt, niemandes Ehre und Würde angetastet, niemandem Unmögliches zugemutet werden. Alle sollen davon Nutzen haben. Das ist der Kern unseres Friedensplanes, mit dem wir uns heute an das deutsche Volk und an die Völker der Welt wenden.

Abschluß eines Friedensvertrages vordringlich

Seit dem Wiener Treffen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy stehen der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Das ist auch nicht erstaunlich: Es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als um die Sicherung des durch den westdeutschen Militarismus bedrohten Friedens, um die endgültige Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges, um Sicherungen, daß nie wieder der Frieden von deutschem Boden aus bedroht werden kann.
Ministerpräsident Chrustschow hat dem amerikanischen Präsidenten das bekannte Memorandum zu diesen Fragen überreicht. Ich glaube feststellen zu können, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre gewählte und repräsentative Vertretung, die Volkskammer, die Vorschläge des Memorandums unterstützen und entschlossen sind, den hier vorgeschlagenen Weg der Sicherung des Friedens zu gehen, ohne zu zögern und ohne Anstrengungen und vielleicht auch vorüber-

gehende Opfer zu scheuen. Die Volkskammer wird darüber noch zu beschließen haben.

Daß es unerträglich ist, heute, 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, noch immer auf einen Friedensvertrag warten zu müssen, das sagen nicht nur wir. Bereits 1946 schlug die Sowjetregierung im Sinne des Potsdamer Abkommens die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Auch Herr Adenauer äußerte damals dieselbe Meinung: „Wir haben noch immer keinen Frieden, obwohl die bedingungslose Kapitulation schon vor Jahresfrist erfolgt ist." So sagte Herr Adenauer am 31. Mai 1946. Und er fuhr fort: „Ich glaube nicht, daß sich in der Weltgeschichte jemals etwas Derartiges ereignet hat. Nicht einmal Friedensvertragsverhandlungen sind bis jetzt vorgesehen."

Es erschien Herrn Adenauer also als unmöglich, daß ein Jahr nach Kriegsende noch nicht einmal Friedensvertragsverhandlungen im Gange waren. Um wieviel unmöglicher müssen wir es heute empfinden, daß 16 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Regimes der Friedensvertrag noch aussteht. Um einen solchen anomalen Zustand, der sehr gefährlich zu werden droht, zu beenden, ist der Abschluß des Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage 1961 endgültig auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt.

Es wird zu einer Vereinbarung kommen

Die Diskussion in der Weltöffentlichkeit wird gegenwärtig leidenschaftlich, zum Teil erbittert, geführt. Es gibt natürlicherweise sehr verschiedene Ansichten. Wenn man von Bonn einschließlich seiner sozialdemokratischen Trommler des Krieges absieht, die ihre Sache auf Schießen und nicht auf Verhandeln gestellt haben, setzt sich in der Weltöffentlichkeit immer stärker die Auffassung durch, daß es weit besser ist zu verhandeln als zu schießen.

Es ist in der Tat höchste Zeit zu verhindern, daß aus den Überresten des zweiten Weltkrieges die Flammen eines dritten emporlodern. Es wird also nicht geschossen, sondern es wird verhandelt werden! Das möchte ich vor allem jenen unter unseren westdeutschen Landsleuten sagen, die sich durch das Geschrei und die Kriegsdrohungen der westdeutschen Militaristen und Ultras haben erschrecken lassen. Es wird verhandelt werden! Alles wird friedlich zugehen. Nichts anderes ist vorgeschlagen. Wir werden

niemals unfriedliche Mittel anwenden, wenn wir nicht angegriffen werden.
Es wird – davon bin ich überzeugt – zu einer Vereinbarung und Regelung kommen. Dabei ist völlig klar, daß wir nicht an Verhandlungen interessiert sind, die – wie manche Leute im Westen es möchten – nur dem Zweck dienen sollen, die längst fälligen Entscheidungen erneut auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben.
Ich glaube, es kann uns niemand übelnehmen, daß wir nicht an Verhandlungen interessiert sind, die um des Zeitgewinns willen geführt werden, und nicht um die Probleme zu lösen – und zwar möglichst schnell zu lösen. Es handelt sich schließlich um den Friedensvertrag und die friedliche Lösung der Westberlinfrage, um Dinge also, die, wie Ministerpräsident Chrustschow feststellte, einfach keinen Aufschub mehr vertragen.

Die historische Chance für die Nation

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat sich – wie Sie wissen – mit dem dringenden Ersuchen an den westdeutschen Bundestag und die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik gewandt, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.
Der Staatsrat hat dabei an den westdeutschen Bundestag und an die westdeutsche Regierung appelliert, nicht wieder eine große Chance für unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzuoft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist.* Es gilt in der Tat eine historische Chance für die Nation wahrzunehmen!
Ist es richtig, so werden vielleicht auch manche von Ihnen fragen, daß wir uns noch einmal so eindringlich an die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik wenden. Ich weiß: Viele Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben es gründlich satt, immer wieder mitzuerleben, wie unsere Friedens- und Verständigungsangebote von den herrschenden Kreisen in Bonn mit Drohungen und Beschimpfungen beantwortet werden.
Wir verstehen recht gut die Ungeduld und die Empörung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Aber es geht

* Siehe S. 64

hier um den Frieden und die Zukunft der deutschen Nation. Und da dürfen wir keine Mühe scheuen. Wir dürfen keinen Versuch unterlassen und niemals die Hoffnung aufgeben, trotz allem zu einer Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik über einen Friedensvertrag zu gelangen, um so den westdeutschen Militarismus zu bändigen und den Weg frei zu machen für eine Annäherung der beiden deutschen Staaten, für ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer deutschen Konföderation. Und ich möchte auch heute noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß eines Tages verantwortliche Persönlichkeiten in Bonn doch noch den Mut finden werden, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa zu leisten.

Bundestagserklärung widerspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes

Vorerst allerdings sieht es in dieser Beziehung sehr trübe aus. Vor dem westdeutschen Bundestag, der sich auflöste, ohne eine Aussprache über die brennendsten Fragen der deutschen Nation zu gestatten, die heute die ganze Welt beschäftigen, hat der Präsident des westdeutschen Bundestages, Herr Gerstenmaier, eine – wie es heißt – auch mit der SPD und anderen Parteien abgestimmte Erklärung abgegeben. In ihr wird eine Verständigung der beiden deutschen Staaten in alter unversöhnlicher und blinder Sturheit mit Berufung auf die Pariser Kriegsverträge erneut abgelehnt. Möge das deutsche Volk selbst den Vergleich ziehen zwischen dem Deutschen Friedensplan unserer Volkskammer und der Erklärung im westdeutschen Bundestag. Bei der Abfassung seiner Erklärung stand Herr Gerstenmaier offenkundig unter dem Einfluß seiner eigenen Vergangenheit. Seine Argumente erinnern an die Argumente der Hitler-Regierung im Reichstag. So wie Hitler beschuldigt er andere Staaten der Rüstung, um die eigene Rüstung zu verschleiern. So wie Hitler stellt er Revancheforderungen, d. h. Änderung der Ostgrenze. Im Sinne Hitlers versucht er mit der Propaganda des Antikommunismus die Bevölkerung gegen die sozialistischen Staaten zu hetzen. Anstelle eines Friedensvertrages, der sichern würde, daß niemals wieder von deutschem Boden aus ein Krieg die Welt bedrohen kann, vertritt Herr Gerstenmaier die Forderung, daß zunächst der militärische und politische Status des künftigen Gesamtdeutschlands festgelegt werden müsse. Wir haben nichts gegen die Festlegung

eines militärisch neutralen und politisch friedlichen und demokratischen Status Gesamtdeutschlands. Das soll ja auch der Friedensvertrag festlegen. Aber Herr Gerstenmaier hat etwas ganz anderes im Sinn. Der in Westdeutschland wieder zur Macht gelangte Militarismus soll in der Macht bestätigt und durch Gewalt oder Majorisierung mittels sogenannter freier Wahlen seine Herrschaft über ganz Deutschland ausdehnen. Auch der politische Status der Herrschaft des Monopolkapitals über Westdeutschland soll bestätigt und auf ganz Deutschland ausgedehnt werden. Bleiben sollen also die Hitlergenerale an der Spitze der Bundeswehr und in führenden Stellen der NATO, bleiben sollen die Globkes, bleiben sollen die Tausende von Blutrichtern und beamteten Schergen der blutbesudelten Hitlerdiktatur.
Das Adenauer-Regime möchte sicherstellen, daß die Herrschaft des westdeutschen Militarismus erhalten bleibt und zunächst bis zur Oder-Neiße ausgedehnt wird, daß dafür sozusagen internationale Garantien durch Mächte der Antihitlerkoalition gegeben werden. Erst dann seien die Regierenden in Bonn freundlicherweise bereit, über den eigentlichen Friedensvertrag zu sprechen. Sie treten also auf, als ob Hitlerdeutschland den zweiten Weltkrieg niemals angezettelt und niemals verloren hätte.
Das sind doch törichte Illusionen, plumpe und durchsichtige Betrugsmanöver. Das, was Herr Gerstenmaier vor dem Bundestag forderte, widerspricht den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, der Antihitlerkoalition, widerspricht den nationalen Interessen des deutschen Volkes wie der anderen Völker, den Interessen des Friedens in Europa und in der Welt und nicht zuletzt auch der einfachen menschlichen Vernunft. Es geht nicht darum, die Herrschaft des Militarismus und der faschistischen Ultras in Westdeutschland zu garantieren, ihr Kriegspotential durch Einverleibung des Potentials der DDR zu erhöhen. Diese Leute sind es ja, die den Frieden gefährden. Das Naziregime wurde nicht deshalb geschlagen, um seinen Nachfolgern zu gestatten, nach einiger Zeit die faschistische Herrschaft zu restaurieren und über ganz Deutschland auszudehnen. Das tausendjährige dritte Reich wurde ja nicht zerschlagen, damit seine Nachfolger ein viertes Reich errichten. Es geht also darum, die jeder Vernunft baren Revanchepolitiker, Hitlergenerale und Ultras und ihre Gesinnungsgenossen und Helfershelfer daran zu hindern, Europa in Brand zu stecken. Dann wird der Frieden gesichert, und auch die Verständigung der beiden deutschen Staaten über ihre Wiedervereinigung wird leichter möglich sein. Ohne diesen Kräften des

Militarismus die Zwangsjacke anzulegen, ist jedes Bemühen um Wiedervereinigung hoffnungslos und unmöglich.
Wenn im westdeutschen Bundestag von Selbstbestimmung des deutschen Volkes gesprochen wurde, so wurde dabei vergessen, daß das erste Gesetz der demokratischen Selbstbestimmung die Sicherung des Friedens ist. Selbstbestimmung heißt, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Wenn also in Westdeutschland von Selbstbestimmung gesprochen wird, dann müßte zuerst die Bevölkerung die Möglichkeit haben, in Volksabstimmungen über die Frage der Atomrüstung, den Rüstungsstopp und die allgemeine und vollständige Abrüstung zu entscheiden. Um zu verhindern, daß im westdeutschen Bundestag solche Fragen aufgerollt werden, wurde – natürlich mit begeisterter Zustimmung der Führer der SPD-Fraktion – jegliche Debatte verboten. Denn es gibt auch in Westdeutschland und auch im westdeutschen Bundestag friedliebende Kräfte, Menschen mit wachem nationalen Gewissen, die nicht gewillt sind, den geplanten Marsch der westdeutschen Militaristen und Ultras in eine neue Kriegskatastrophe mitzumachen.

Einsichtige westdeutsche Politiker warnen Bonn

Es gibt auch in Westdeutschland klardenkende Menschen, die offen aussprechen, daß für eine Politik, welche die Folgen des von Hitler begonnenen Krieges mit neuer Gewalt auslöschen wollte, die Geschichte keine Rechtfertigung, nicht einmal mildernde Umstände fände. Es sei für die Bonner Regierung unmöglich, immer und immer wieder den Abschluß eines Friedensvertrages zu hintertreiben mit der Begründung, ein Friedensvertrag könne nur mit einem vorher zustande gekommenen einheitlichen Deutschland abgeschlossen werden. Denn gerade die Entstehung dieses einheitlichen Deutschlands wurde und wird ja durch die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO, durch die Politik der westdeutschen Regierung und ihrer Bundesgenossen unmöglich gemacht.
Ein Krieg – so sagen verantwortungsbewußte Menschen in Westdeutschland – würde mit Sicherheit den endgültigen Untergang der Bundesrepublik besiegeln. Die westdeutschen herrschenden Kreise sollten also die Fahnen, die Fackeln, die Trommeln und die Fanfaren in der Requisitenkammer lassen. Sie seien höchstens geeignet, Westdeutschland auch bei seinen westlichen Verbündeten verdächtig zu machen. In Westdeutschland solle man sich

doch nichts vormachen: de Gaulle habe die Oder-Neiße-Grenze längst anerkannt, und weder ein Engländer noch ein Amerikaner noch ein Franzose würden die leiseste Möglichkeit eines Krieges riskieren, um die seit 16 Jahren bestehenden Grenzen zu ändern. Eine Politik des Illusionismus, die schon oft die Deutschen in ein nationales Unglück geführt habe, sei heute mehr denn je unvertretbar. Diejenigen müßten sie immer wieder ausbaden, die nicht rechtzeitig dagegen aufgestanden seien, weil sie sich „für Politik nicht interessierten". Das könne nur ein böses Erwachen geben. Verbreitet ist auch Empörung darüber, daß einige Leute in Bonn mit der Atombombe rasseln, als handle es sich bei Westdeutschland um die Wüste Sahara, die Wüste von Nevada oder die Bikini-Atolls.

Zu Westberlin sagen einsichtige westdeutsche Politiker mit Recht: Die Freiheit Westberlins könne durchaus gewährleistet werden, allerdings ohne die Belastung seiner gefährdeten Situation durch Agentenzentralen, Propagandasender und deklamatorische Bundestagssitzungen. Herrn Brandt wird vorgeworfen, er spiele mit dem Gedanken, mit Hilfe amerikanischer Wasserstoffbomben die angeblich bedrohte Freiheit Westberlins so zu verteidigen, daß kein Westberliner mehr am Leben bleibt. Wo gab es je einen Oberbürgermeister, der sich mit solchem Eifer Plänen widmete, deren Durchführung die völlige Zerstörung seiner Stadt bedeutete?

Das sind Stimmen der Vernunft, die die Regierung in Bonn nicht zum Schweigen bringen kann. Die Adenauer-Regierung und ihre freiwillig durch Dauerkniefall gleichgeschaltete „Opposition" – von Herrn Adenauer leider nicht mit Unrecht als selbst für ihn zu „lahme Enten" bezeichnet – haben also schon gewußt was sie taten, als sie im Bundestag eine Debatte nicht zuließen.

Natürlich hat Herr Gerstenmaier im westdeutschen Bundestag auch von der angeblichen Friedensliebe der westdeutschen Militaristen gesprochen. Das ist die Methode der deutschen Militaristen. Sie sind für den Frieden, bis sie die Zeit für gekommen halten, loszuschlagen. Diese Beteuerungen haben offensichtlich denselben Wert, den die Beteuerungen Hitlers hatten, wenn er vom Frieden und seiner Friedensliebe sprach.

Pensionen für Henker des Hitler-Regimes

In der gleichen Sitzung, in der die Erklärung Gerstenmaiers die Aussprache über Friedensvertrag und friedliche Lösung der

Westberlinfrage verhinderte, wurde übrigens beschlossen, die erprobten Henker des Hitler-Regimes, die Angehörigen der SS-Einheiten und -Sonderformationen, die wenigstens zehn Jahre lang für Hitler und die deutschen Militaristen gefoltert, gemordet und geplündert haben, zu rehabilitieren und sie mit hohen Pensionen und anderen Zahlungen sowie mit Übernahme in die westdeutsche Bundeswehr und in staatliche Stellungen zu belohnen. Die Vernichter von sechs Millionen Juden werden jetzt ebenfalls hohe Belohnungen erhalten. Man will diese Leute für ihre künftigen Aufgaben in guter Stimmung halten.*

Das ist nicht nur die pensionierte Unmenschlichkeit, sondern ein neuer Bruch des Potsdamer Abkommens und aller Vereinbarungen der Antihitlerkoalition. Das zeigt, was die westdeutschen Militaristen unter Festlegung des militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands verstehen. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen – wenn es nach diesen Herren ginge – gezwungen werden, den SS-Bestien von Lidice und Oradour, den Henkern der faschistischen Konzentrationslager, hohe Pensionen und Belohnungen auszuzahlen und ihnen den Staatsapparat auszuliefern. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen gezwungen werden, SS-Generale und die anderen Generale Hitlers, die an der Planung und Durchführung aller Verbrechen maßgeblich beteiligt waren, an die Spitze der bewaffneten Streitkräfte zu stellen. Auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollen dazu gezwungen werden, Leute wie Globke zu Staatssekretären zu machen und verurteilte Mörder und gewissenlose Revanchisten zu Staatsministern.

Steckt in solchen Forderungen nicht der ganze traditionelle arrogante Wahnwitz der deutschen Militaristen? Schon der Versuch ihrer Durchsetzung bedeutete Krieg. Eher wird Adenauer mit seinen Hitlergeneralen und SPD-Führern durch ein Nadelöhr gehen, als daß sie in die Deutsche Demokratische Republik eindringen könnten.

Bändigung der westdeutschen Militaristen steht auf der Tagesordnung

Die Bürger der DDR sind doch keine Narren! Wir können daher auch nur annehmen, daß Bonn mit solchen Forderungen von vornherein den Verhandlungen über einen Friedensvertrag aus-

* Siehe auch S. 65 ff.

zuweichen wünscht. Auf der Tagesordnung der Geschichte steht bekanntlich nicht die Ausdehnung der Macht des Militarismus und der faschistischen Ultras, sondern die Bändigung der Militaristen in der westdeutschen Bundesrepublik.
Wenn die westdeutschen Militaristen heute schon verrückt spielen, wo sie mit ihren Kriegsrüstungen noch nicht fertig sind, wessen würden sie morgen fähig sein? Wie würde das weitergehen, wenn wir den Dingen ihren Lauf ließen?
Es kann kein Zweifel daran bestehen:
Jede weitere Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt ist eine wachsende Gefahr für das deutsche Volk, für die Völker der Sowjetunion, für das polnische Volk, für das tschechoslowakische Volk und für alle anderen Völker Europas, auch für die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Der Kriegsminister des Bonner Staates, Herr Strauß, ist nach seiner eigenen Ansicht mit seinen Kriegsvorbereitungen noch nicht ganz fertig. Er benötigt dazu — wieder nach seiner eigenen Ansicht — noch einige Jahre. Dieser Herr Strauß ist — das müssen wir einmal ganz klar aussprechen — gemeingefährlich. Er gehört in eine Zwangsjacke, so wie die Göring, Himmler und Hitler rechtzeitig in eine Zwangsjacke hätten gesteckt werden müssen.
Selbst westdeutsche bürgerliche Publikationen bescheinigen Herrn Strauß, daß er nach Krieg und Revanche giert, daß er keine Skrupel kennt und daß die westdeutsche Bevölkerung von ihm nur das Allerschlimmste zu erwarten hat. Ihm aber werden von den Westmächten die modernsten Waffen überantwortet und die Atomsprengköpfe in bequeme Reichweite gelagert. Sollen wir vielleicht so lange warten, bis dieser Militarist und Faschist vom Scheitel bis zur Sohle mit den Kriegsvorbereitungen fertig ist? Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Nation.
Wann eigentlich — so frage ich — hätte Hitler unschädlich gemacht werden müssen, um dem deutschen Volk die Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu ersparen? Natürlich so früh als möglich. Auf jeden Fall bevor er in der Lage war, zum Sprung an die Kehle anderer Länder anzusetzen. Die Naziherrschaft ist bei der Vorbereitung ihres Amoklaufes leider nicht gestoppt worden, obwohl es die nationale Sicherheit des deutschen Volkes und seiner Nachbarn erfordert hätte. Wir sind der Ansicht: Die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder können mit der Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit nicht mehr warten. Die nationale

Sicherheit des deutschen Volkes und der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und vieler anderer Länder – einschließlich einiger Bundesgenossen Westdeutschlands – erfordert es, daß wir ohne weitere Verzögerung die noch glimmenden Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigen und den Friedensvertrag abschließen, der eine wirksame Barriere gegen das Treiben und die verbrecherische Kriegspolitik der westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker sein wird.

Für Westberlin sterben?

Der Stützpunkt des kalten Krieges – Westberlin – spielt in den Plänen der westdeutschen Militaristen die Rolle der glimmenden Lunte am Pulverfaß, die zu gegebener Zeit die große Explosion auslösen soll. Können wir uns bei dieser Sachlage mit einem potentiellen Kriegsbrandherd Westberlin noch abfinden? Niemand könnte das verantworten. Wir versündigten uns an den Interessen der deutschen Nation, wenn wir dem Treiben der Kriegsinteressenten in Westberlin länger zusähen. Die nationale Sicherheit des deutschen Volkes, der DDR, der Sowjetunion und vieler anderer Länder erfordert, daß jetzt endlich und ohne weiteren Verzug die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges fixiert werden, damit die Amokläufer in Bonn daran gehindert werden, das deutsche Volk, Europa und die Welt in das Inferno eines atomaren Krieges zu stürzen. Ein weiteres Zögern – ich sagte es schon – ist nicht zu verantworten.

Diejenigen Leute in Westdeutschland, die sich im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag und der friedlichen Lösung der Westberlinfrage vor Haß geradezu überschlagen, möchte ich fragen: Glauben Sie wirklich, daß die Bürger Westdeutschlands nur so danach gieren, einiger Verrückter wegen – und um deren Westberliner Interessen des kalten Krieges – mutwillig den Sprung zurück zu unternehmen aus dem Jahre der Hochkonjunktur 1961 in die Hungerbunker und Luftschutzgräben von 1945, wobei in einem kommenden Krieg alles nur noch viel, viel schlimmer wäre? Glauben Sie, daß Sie genügend Wahnsinnige in Westdeutschland finden würden, die bereit wären, selbst alles das auszulöschen, was sie im Verlaufe der letzten Jahre erworben und sich aufgebaut haben, dazu ihr eigenes Leben und das ihrer Familien? Fragen Sie die Menschen in Ihrer Umgebung, ob sie bereit sind, dafür zu sterben, nur weil ein Friedensvertrag abgeschlossen und Westberlin zu einer entmilitarisierten Freien Stadt

mit gesicherter Neutralität und gesicherten Zufahrtswegen werden soll?
Reden Sie nicht so leichtfertig vom Schießen und vom Krieg. Wir von der älteren Generation haben einiges erlebt. In einer Situation wie der heutigen geziemt es einem Bürger der westdeutschen Bundesrepublik nicht, militärische Drohungen auszustoßen, andere Länder mit militärischer Gewalt zu bedrohen. Das möchte ich ein für allemal sagen.

An einem Friedensvertrag müßte das ganze deutsche Volk interessiert sein

Der Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten wäre natürlich das weitaus Beste. Er würde die Gefahr bannen, daß von deutschem Boden aus erneut ein Krieg die Welt in Brand setzen könnte.
Der Friedensvertrag würde ein militärisch neutrales Deutschland vorbereiten, das alle seine Kräfte der friedlichen Arbeit und der Sicherung und Erhöhung des Wohlstandes aller seiner Bewohner widmen könnte. Ein solcher Friedensvertrag wäre zugleich eine Klammer um die beiden deutschen Staaten. Mir scheint, daß an einem solchen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten das ganze deutsche Volk interessiert sein müßte, abgesehen vielleicht von einer kleinen Schar unverbesserlicher und unbelehrbarer Revanchekrieger und Spezialisten für verlorene Kriege, die in Westdeutschland – entgegen den Gepflogenheiten anderer Länder – als Ratgeber besonders hoch geschätzt werden.
Es ist vielleicht ganz interessant, heute daran zu erinnern, daß es eine Zeit gab, in der ein Herr Adenauer folgende Auffassung in der Öffentlichkeit vertrat – ich zitiere wörtlich:

> „Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden, ja, ich will noch weiter gehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir ... völkerrechtlich neutralisiert würden.“

Das sagte Herr Adenauer am 29. Dezember 1946.
Aber bereits einige Jahre später fürchtete Herr Adenauer die demokratischen Kräfte im deutschen Volk und war deshalb gegen einen Friedensvertrag. Im Jahre 1949 erklärte Dr. Adenauer in Hamburg:

Deutschland braucht 50 Jahre Besetzung, weil das deutsche Volk sich nicht selbst regieren kann.

Diese Äußerung zeigte die tiefe Furcht der CDU-Führung vor den demokratischen Kräften im deutschen Volk. Später hatte tatsächlich Dr. Adenauer die Deutschlandverträge, die eine ausländische Besetzung auf die Dauer von 50 Jahren vorsehen, mit ausgearbeitet und unterzeichnet.

Der Weg, den Herr Adenauer bis zur Forderung der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Bundeswehr und der Erklärung zurücklegte, daß er diese nur mit atomarer Aufrüstung gegen die Sowjetunion marschieren lassen könne, ist offensichtlich sehr, sehr weit. Es ist der Weg der Militaristen und Imperialisten, die auf Grund des Potsdamer Abkommens alle ihre Macht zu verlieren fürchteten, bis hin zu jener Zeit, da sie sich infolge der systematischen Verletzung des Potsdamer Abkommens wieder fest im Sattel fühlten und alle Macht in ihren Händen konzentriert hatten. Unter dem Druck der Vorstellung, das Potsdamer Abkommen würde verwirklicht, waren sie bereit, die militärische Neutralisierung und die völlige Abrüstung in Kauf zu nehmen. Heute planen sie den Revanchekrieg, ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg. Vernünftiger allerdings wäre es, sie würden schon heute an die Folgen denken, die ihre Politik der Aufrüstung und der Revanche für sie selbst haben kann. Sie würden dann feststellen müssen, daß nicht der Adenauer des Jahres 1961 recht hat, sondern der Adenauer, wie er 1946 sprach.

Bestimmungen eines Friedensvertrages

Es ist Demagogie, wenn im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten einige Leute in Bonn von einem beabsichtigten Diktatfrieden sprechen. Es liegt ein Friedensvertragsentwurf als Grundlage von Verhandlungen vor, und die beiden deutschen Staaten sind aufgefordert, selbst Vorstellungen zu entwickeln, die sie auf der Friedenskonferenz vertreten werden. Die Sowjetunion ging sogar so weit, in ihrem Memorandum für den Präsidenten Kennedy vorzuschlagen, die vier Mächte mögen sich im vornhinein verpflichten, das zu akzeptieren, was die beiden deutschen Staaten miteinander vereinbaren. Wann hätte je nach einer vernichtenden Niederlage und bedingungslosen Kapitulation ein besiegtes Land die Möglichkeit gehabt, so weitgehend auf den Inhalt eines Friedensvertrages Einfluß zu nehmen?

Im Friedensvertrag würde natürlich auch die Grenzziehung juristisch abschließend fixiert werden. Wir haben diese Grenze bekanntlich nicht festgelegt. Die Siegermächte haben es getan. Und Hitler und die deutschen Militaristen und Imperialisten, die zweimal in einem halben Jahrhundert ganz Europa annektieren wollten und die physische Ausrottung ganzer Völkerschaften betrieben, haben diese Grenzen auf dem Gewissen. Viele von diesen Leuten sitzen heute in Bonn und wollen mit ihrer verbrecherischen Revanchepolitik das deutsche Volk diesmal um Kopf und Kragen bringen. Ihnen muß das Handwerk gelegt werden. Die seit 15 Jahren bestehenden Grenzen vermag niemand zu ändern!
Nach der Unruhe, die die Revanchepolitik in Westdeutschland schafft und angesichts der Folgen, die eine Fortsetzung dieser Revanchepolitik nach sich ziehen kann, möchte ich sagen: es wäre für das deutsche Volk ein Segen, wenn die Grenzen möglichst bald in einem Friedensvertrag fixiert würden. Damit würde der Revanchepolitik der Boden entzogen.
In einem Friedensvertrag würde – nach dem einzigen vorerst vorliegenden Entwurf – die Bestimmung enthalten sein, daß es Deutschland nicht gestattet ist, militärische Bündnisse einzugehen, die gegen eine der Mächte der Antihitlerkoalition gerichtet sind. Deutschland würde, um es ganz klar zu sagen, militärisch neutral sein. Wäre das wirklich so schrecklich, militärisch neutral zu sein und so wie Schweden und die Schweiz und neuerdings Österreich vielleicht einige Jahrhunderte, vielleicht für immer, in Frieden, ohne Krieg, zu leben? Wen könnte das schrecken? Deutschland käme nicht in die Gefahr, Schauplatz eines Atomkrieges zu werden. Es mag sein, daß das für manche Leute in Bonn unvorstellbar ist. Aber ich glaube, daß die große Mehrheit der Deutschen in Ost und West einen solchen Zustand als unerhörten Vorzug betrachten würde.
Ich möchte ausdrücklich betonen, daß der vorliegende Friedensvertragsentwurf keinerlei Bestimmungen vorsieht, die die wirtschaftliche oder wissenschaftliche Tätigkeit in Deutschland für friedliche Zwecke in irgendeiner Weise einschränkten. Im Gegenteil, hier ist das eigentliche Feld für den Ehrgeiz der Deutschen. Auf diesen Gebieten könnten wir Deutschen, könnten beide deutsche Staaten der Welt etwas geben, was weit besser ist als kalter Krieg und Kriegsgeschrei und Völkermord, diese Spezialitäten der deutschen Militaristen.
Wir sind für den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und auch für entsprechende Verhandlungen zwischen ihnen.

Aber wir können keinen Zweifel daran lassen: Wenn die Bonner Regierung sich auch weiterhin dem Friedensvertrag verschließt, wenn sie ihre Revanche- und Rüstungspolitik fortsetzt, wird der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR allein unvermeidlich. Auch ein Friedensvertrag mit der DDR allein brächte großen Nutzen für die Bevölkerung der DDR wie auch für die Bevölkerung Westdeutschlands.

Was wären die Vorteile eines solchen Friedensvertrages mit der DDR?

Die gegenwärtig bestehenden Grenzen, wie sie durch die drei Mächte während des Krieges und später während der Potsdamer Verhandlungen festgelegt worden sind, wie sie bereits seit16 Jahren existieren, werden völkerrechtlich fixiert. Ich habe den Eindruck, daß manche Leute in Westdeutschland, die selbst zwar die Einsicht in die Unabänderlichkeit dieser Grenzen, aber nicht den Mut haben, ihre Einsicht auch zu vertreten, einen solchen Vertrag nicht ungern sehen würden. Dem unverantwortlichen Treiben der Revanchisten wäre damit eine Barriere in den Weg gelegt.
Der Abschluß eines Friedensvertrages würde die völkerrechtliche Stellung der DDR stärken und die Voraussetzungen für die Entwicklung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zu einer Reihe anderer Staaten schaffen. Hinzu kommt, daß die DDR mit Abschluß des Friedensvertrages die Möglichkeit erhielte, als gleichberechtigter Staat in die UNO aufgenommen zu werden.
Mit dem Abschluß des Friedensvertrages, auch wenn er nur mit der DDR unterzeichnet wird, beginnt die Neuregelung der Westberlinfrage. Daran möchte ich keinen Zweifel lassen. Das heißt: der Provokationsherd in Westberlin und sein Mißbrauch als Stützpunkt des kalten Krieges werden in jedem Falle beseitigt. Es kann sich höchstens darum handeln, ob der Prozeß leichter und schmerzloser oder schwieriger verläuft.
Der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR hätte auch eine große nationale Bedeutung. Da wir, die DDR, derzeitig der deutsche Staat sind, der die Bestimmungen des Potsdamer Vertrages durchgeführt hat, und da der Friedensvertrag auf den Prinzipien des Potsdamer Abkommens basiert, ergibt sich daraus, daß die DDR noch mehr als bisher der einzige Garant für die Wahrung der nationalen Interessen unseres deutschen Volkes ist. Das heißt, der Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR wird große Auswirkungen auch in Westdeutschland haben. Wir

schließen den Friedensvertrag ab im Interesse auch der westdeutschen Bevölkerung, im Interesse der ganzen deutschen Nation.
Im Friedensvertrag mit der DDR wird ihre Souveränität völkerrechtlich noch stärker verankert. In einem solchen Friedensvertrag wird also keine solche Bestimmung enthalten sein, wie z. B. in den Pariser Verträgen, die es Bonn verbieten, in Fragen der Wiedervereinigung eigene Initiative zu entfalten oder Verhandlungen mit dem anderen deutschen Staat zu führen. Es ist selbstverständlich, daß in unserem Friedensvertrag keine Bestimmungen solcher Art enthalten sein dürfen. Die Souveränität darf – gerade was die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung betrifft – keinerlei Einschränkungen unterworfen sein. Nicht nur das: Wir werden uns dafür einsetzen, daß in den Friedensvertrag eine Verpflichtung der Siegermächte aufgenommen wird, soweit es in ihren Kräften steht, die Verständigung der beiden deutschen Staaten und die Wiedervereinigung zu fördern.
Der Friedensvertrag mit der DDR wird also einen solchen Inhalt haben, daß er eines Tages auch für ganz Deutschland gelten kann. Das heißt, auch die westdeutsche Bundesrepublik wird sich später diesem Friedensvertrag anschließen können. Je eher das der Fall sein wird, um so besser wird es für die Bevölkerung Westdeutschlands sein.
Es herrscht – wie ich eingangs sagte – in der Weltöffentlichkeit und auch bei den hauptbeteiligten Regierungen Einverständnis darüber, daß verhandelt werden muß. Die einzigen, die sich sträuben, das sind die westdeutschen Militaristen. Sie haben nun einmal solche Pläne, bei denen von vornherein feststeht, daß sie niemals durch Verhandlungen erreicht werden können.

Die historische Schuld der Westmächte

Nach dem Sieg der Sowjetunion und ihrer Alliierten über die Hitlerarmeen verpflichteten sich die Hauptbeteiligten, alles zu tun, damit Nazismus und Militarismus in Deutschland für immer beseitigt werden und niemals wieder eine Chance erhalten. Im Potsdamer Abkommen wurden sogar die Deutschen selbst verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen in dieser Richtung zu treffen. Militarismus und Nazismus sollten in ganz Deutschland ausgerottet werden. Und wenn in den Potsdamer Vereinbarungen die Rede davon ist, daß ganz Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden solle, dann immer unter der selbstver-

ständlichen Voraussetzung, daß eben in ganz Deutschland die Grundlagen des Militarismus und des Nazismus beseitigt würden.

Diesen Vereinbarungen haben seinerzeit die Westmächte mit Rücksicht auf die Meinung der Volksmassen in der ganzen Welt zugestimmt. Aber dann haben diese selben Westmächte die Durchführung des Abkommens systematisch verhindert. Ich möchte es ganz offen sagen: Die imperialistischen Westmächte haben ihr enges Klasseninteresse, das Klasseninteresse ihres Monopolkapitals, über die Interessen des Friedens ihrer eigenen Völker und auch über Vertragstreue und Völkerrecht gestellt. Sie haben der Bevölkerung Berlins und Westdeutschlands die demokratischen Rechte verweigert und die Politik des Revanchismus unterstützt, wie sie es auch nach dem ersten Weltkrieg getan hatten.

In der Deutschen Demokratischen Republik, der einstigen sowjetisch besetzten Zone, verlief die Entwicklung nach den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens. Hier erhielten die friedliebenden und demokratischen Kräfte die Möglichkeit, den Militarismus und Nazismus mit Stumpf und Stiel auszurotten und ein friedliches Leben für ein friedliches deutsches Volk aufzubauen. Die Möglichkeit wurde von uns genutzt.

Wir und viele andere in ganz Deutschland hofften damals, diesen Weg des Friedens konsequent und im Einverständnis mit allen Mächten der Antihitlerkoalition in ganz Deutschland bis zu Ende gehen zu können. Wir hatten die Konzeption, im Sinne des Potsdamer Abkommens die nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes zu lösen, d. h. Militarismus und Nazismus auf demokratischem Wege zu überwinden und in allen damaligen Besatzungszonen eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schaffen, dafür zu sorgen, daß überall die Kriegsverbrecher bestraft und aus dem Staatsapparat und aus der Justiz entfernt würden. Für diese Politik, die im Interesse der ganzen deutschen Nation wie im Interesse des Friedens lag, wäre ein Friedensvertrag außerordentlich nützlich gewesen.

Wir haben es deshalb begrüßt, daß die Sowjetunion schon 1946 den Vorschlag von Friedensverhandlungen und einen Friedensvertrag unterbreitete. Wir haben es auch begrüßt, daß 1952 der erneute Vorschlag auf Abschluß eines Friedensvertrages mit einer Darlegung seines wichtigsten Inhalts verbunden wurde, damit das ganze deutsche Volk sehen konnte, daß nicht etwa eine Neuauflage des Versailler Diktats vorgeschlagen wurde, sondern ein

Friedensvertrag, der den nationalen Interessen des deutschen Volkes Rechnung trug.
Infolge der Besetzung Westdeutschlands durch imperialistische Mächte war die Mehrheit des deutschen Volkes, die – ebenso wie wir – für einen Friedensvertrag, für die Beseitigung des Militarismus und des Nazismus mit allen Wurzeln war, daran gehindert worden, ihre geschichtliche Aufgabe zu lösen. Statt dessen haben die Westmächte eine Minderheit des deutschen Volkes, die Imperialisten und Militaristen, unterstützt, die an der Restaurierung der alten Machtverhältnisse und an der Wiedergeburt des deutschen Militarismus interessiert waren.
Unser und aller gutwilligen Deutschen Absicht, aus ganz Deutschland einen friedliebenden demokratischen Staat zu machen, konnte leider nicht verwirklicht werden. Es sollte ein solches friedliebendes und demokratisches Deutschland werden, wie es in den Vereinbarungen von Potsdam zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition vorgesehen war. So konnte dieses friedliebende demokratische Deutschland nur im Gebiet der heutigen DDR und früheren sowjetisch besetzten Zone verwirklicht werden, weil nur die Sowjetunion sich strikt an die Potsdamer Vereinbarungen hielt und den deutschen Demokraten die Freiheit des Handelns, die Freiheit der demokratischen und zugleich patriotischen Betätigung gewährte.
Wir müssen also heute klar sehen: Es ist damals leider nicht gelungen, die Hauptgedanken des Potsdamer Abkommens in ganz Deutschland zu verwirklichen, weil die Klasseninteressen des Monopolkapitals der imperialistischen Länder in deren Besatzungszonen über die demokratische Entscheidung gestellt wurden. Die Westmächte waren es auch, die den westdeutschen Separatstaat zusammen mit den westdeutschen Imperialisten und Militaristen schufen und jede Bemühung, die Spaltung zu verringern oder die Wiedervereinigung zu erreichen, durchkreuzten. Die Geschichte hat wieder einmal bestätigt, daß dem Finanzkapital westlicher Länder, einschließlich Westdeutschlands, die Klasseninteressen immer wesentlich höher stehen als die Interessen der Nationen oder die Interessen des Friedens.

DDR der einzig rechtmäßige deutsche Staat

Es wurde somit die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, wenigstens auf dem Teil des deutschen Territoriums, der nicht den Einflüssen der Klasseninteressen des

Monopolkapitals unterworfen war, Militarismus und Faschismus mit der Wurzel auszurotten und eine Bastion des Friedens zu errichten, beispielgebend für ganz Deutschland. Während wir diese geschichtliche Aufgabe in Angriff nahmen und damit das Recht erwarben, für die ganze deutsche Nation zu sprechen und das ganze friedliebende Deutschland zu repräsentieren, erklärte die Regierung in Bonn, es könne keine nationale deutsche Politik mehr geben, sondern nur noch eine Politik im Schatten und als Satellit der USA. Aus all' dem ergibt sich, daß die Deutsche Demokratische Republik heute der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist.

Die Kriegspolitik ist gescheitert

Die USA und das Adenauer-Regime ließen sich bei ihrer Politik von dem Wunschtraum leiten, es würde durch die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Remilitarisierung eine solche Veränderung des Kräfteverhältnisses eintreten, daß es mit Hilfe von Atomdiplomatie und Revanchepolitik gelingen könnte, die Sowjetunion und die Deutsche Demokratische Republik zu einem Rückzug vor den Militaristen zu zwingen. Diese Politik ist gescheitert. Endgültig gescheitert. Das Kräfteverhältnis hat sich in diesen wenigen Jahren verändert. Aber keineswegs zugunsten der imperialistischen Mächte, und schon gar nicht zugunsten der westdeutschen Militaristen, sondern zugunsten der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers.

Im Zusammenhang mit dem Scheitern dieser Konzeption werden jetzt in Westdeutschland die Bestrebungen verstärkt, durch Sabotage- und Störtätigkeit von Westberlin aus den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Wir vermerken mit Interesse, daß in Westdeutschland Sabotage- und Störtätigkeit zum Schaden der DDR jetzt schon ganz offen als Mittel der revanchistischen Politik der westdeutschen Bundesrepublik angepriesen werden. Das ist eine sehr törichte und auch für die Urheber nicht ungefährliche Aktivität. Niemand wird wohl im Ernst annehmen können, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik würden es sich gefallen lassen, wenn von Westdeutschland aus gelenkt eine solche neue Offensive der Sabotage- und Störtätigkeit betrieben würde. Das ist offensichtlich eine zweischneidige Angelegenheit.

Die Herren in Bonn, die es angeht, sollten sich gut überlegen, was sie tun. Politik beruht letztlich immer auf Gegenseitigkeit. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus!

Natürlich ist der Plan gescheitert, das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt zugunsten des Militarismus zu verändern. Und auch wenn die westdeutsche Armee noch weiterrüstete, würden die westdeutschen Militaristen an dem Kräfteverhältnis nichts ändern können. Das vernünftigste also wäre, sie stellten sich auf den Boden der Tatsachen. Die Herrschaften können den Aufbau des Sozialismus in der DDR ohnehin nicht verhindern. Wir haben unsererseits natürlich auch nicht die Absicht, uns in die gesellschaftliche Ordnung Westdeutschlands einzumischen.

Friedlicher Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten

Es ist ein Gebot der Vernunft, den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten unverzüglich vorzubereiten und abzuschließen und damit eine Klammer zu schaffen für die beiden deutschen Staaten, die ihre allmähliche Wiederannäherung und den friedlichen Wettbewerb zwischen ihnen erleichtert. Diesen friedlichen Wettbewerb – davon sind wir überzeugt – werden wir gewinnen. Die Vertreter des Bonner Staates mögen ruhig bei ihrem Glauben bleiben, daß sie ihn gewinnen könnten.

Notwendig ist jedoch, daß dieser friedliche Wettbewerb hüben wie drüben die gleichen Voraussetzungen hat. Da wir z. B. keine Stützpunkte in Bonn oder im Ruhrgebiet haben, kann Bonn auch keine Stützpunkte in der Deutschen Demokratischen Republik für sich in Anspruch nehmen. In dem friedlichen Wettbewerb zwischen beiden deutschen Staaten und den beiden unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen wird es sich erweisen, welches System den Interessen der deutschen Nation am besten entspricht, und wer für die deutsche Nation am meisten leistet.

Wenn wir immer wieder vorschlagen, die beiden deutschen Staaten sollten miteinander verhandeln und sich verständigen, so versteht es sich von selbst, daß Verhandlungen über die gesellschaftlichen Systeme nicht real wären. Das gesellschaftliche System in der Deutschen Demokratischen Republik ist weder Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen noch irgendwelcher Wahlmanöver, ebenso wie es offensichtlich auch unreal wäre, anzunehmen, die Vertreter des Bonner Staates seien bereit, in Verhandlungen oder durch Wahlen die Abschaffung des Kapitalismus, die Beseitigung der Herrschaft der Monopole usw. festzulegen.

Worüber sind Verhandlungen möglich?

Wenn man realistisch an die Dinge herangeht, muß man sich also fragen: Worüber sind eigentlich Verhandlungen möglich?
Möglich und notwendig sind Verhandlungen über die Sicherung des Friedens, das heißt über die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges und den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage sowie natürlich über die Normalisierung der Beziehungen. Am Frieden sind alle Deutschen in Ost und West – wenn sie nicht völlig den Verstand verloren haben – gleichermaßen interessiert. Selbst einem eingefleischten Monopolkapitalisten dürfte es nicht gedient sein, wenn im Zuge der Abenteurerpolitik der westdeutschen Militaristen in einer Atomexplosion seine Fabriken, seine Bankguthaben und auch die von ihm ausgebeutete Arbeitskraft untergingen. Auch die Brandt-Mannschaft, die bekanntlich gegen jegliche Anfechtung des Sozialismus gefeit ist – gegen Atombomben dürfte auch sie nicht gefeit sein.
Über den Frieden müßte also eine Verständigung möglich sein. Deshalb unser Appell auch an die westdeutsche Bourgeoisie: Beseitigen wir gemeinsam die Reste des zweiten Weltkrieges! Beseitigen wir alles, was erneut zu einem militärischen Konflikt, was zu Bürgerkrieg und Krieg führen könnte. Schließen wir den Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und überlegen wir im Zuge dieser Verhandlungen und nachher, wie die beiden deutschen Staaten vernünftig und sachlich im Interesse der deutschen Nation und des Friedens zusammenarbeiten können.

Es gibt kein originäres Recht auf Besetzung eines anderen Landes

In der gegenwärtigen großen internationalen Diskussion sprechen der Präsident der USA, Herr Kennedy, der britische Premierminister, Herr Macmillan, und andere Vertreter der westlichen imperialistischen Staaten gern und häufig von angeblichen westlichen Rechten, zum Beispiel auf Anwesenheit von Truppen und Besatzungsbehörden in Westberlin und auf die Benutzung nach Westberlin führender Verkehrswege der Deutschen Demokratischen Republik zu Lande und in der Luft. Es seien – so behauptet man – originäre Rechte, Rechte des Eroberers, Rechte vom lieben Gott sozusagen persönlich verliehen, für alle Zeiten geltend. Was die Rechte betrifft, so gibt es nur einen völkerrecht-

lich begründeten Rechtsanspruch, der den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der Charta der Vereinten Nationen entspricht: das ist der Rechtsanspruch auf einen Friedensvertrag.
Das Recht der DDR und ihrer Bürger, Herr im eigenen Haus zu sein, im eigenen Land zu bestimmen, Achtung der Grenzen und der Souveränität von jedermann zu fordern, von diesem Recht der DDR wollen die Westmächte zur Zeit noch nichts wissen. Und das ist auch der Grund für viele Differenzen. Das ist auch ein Grund für die Anhäufung immer neuer Konfliktstoffe.
Die Deutsche Demokratische Republik — das möchte ich ganz klar sagen — ist kein Staat minderen Rechts. Und die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sind keine Menschen minderen Rechts, zu denen sie die Politiker der imperialistischen Westmächte stempeln möchten.
Mit dem Völkerrecht hat natürlich diese Auffassung der Westmächte absolut nichts zu tun. Es gibt kein originäres Recht auf Besetzung eines anderen Landes. Die Westmächte haben das Potsdamer Abkommen verletzt, indem sie den westdeutschen Separatstaat schufen und ihn der amerikanischen imperialistischen Politik unterordneten. Sie haben das Potsdamer Abkommen verletzt, indem sie die westdeutsche Armee schufen und aufrüsteten, indem sie die faschistischen Generale an die Spitze dieser Armee stellten, sie förderten und es zuließen, daß die Macht des Militarismus in Westdeutschland restauriert wurde. Das Potsdamer Abkommen ist die grundlegende Charta für die Ziele der Besetzung Deutschlands nach 1945. Ein von diesen Zielen losgelöstes Recht auf Besetzung gibt es nicht. Das geltende demokratische Völkerrecht kennt weder ein Recht auf willkürliche Besetzung eines fremden Territoriums auf unabsehbare Zeit noch ein „abstraktes Recht des Siegers". Auch bezüglich Deutschlands konnte die Besetzung nur rechtmäßig sein zur Verwirklichung der Ziele des Potsdamer Abkommens, das heißt vor allem zur Vernichtung und Ausschaltung der Militaristen und Faschisten für immer.
Das heutige Besatzungsregime in Westberlin im besonderen hat weder rechtlich noch faktisch mit den Zielen der Antihitlerkoalition noch irgend etwas zu tun. Es hat seit langem keinerlei Rechtsgrundlage mehr, da seine Ziele den ursprünglichen Zielen der Besetzung Deutschlands diametral entgegengesetzt sind. Die westlichen Besatzungstruppen sind durch Vereinbarungen der Antihitlerkoalition, also auf Grund des Potsdamer Abkommens, nach Westberlin gekommen und haben dann ihre Anwesenheit

ausgenutzt, um entgegen dem Potsdamer Abkommen die Revanchepolitiker zu unterstützen. Sie haben geholfen, daß die 131er und die Neonazisten im Staatsapparat entscheidenden Einfluß gewinnen konnten.
Ein Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik wird die grundlegenden Prinzipien der Potsdamer Beschlüsse fixieren. Er wird auf dem gesamten Territorium der DDR, d. h. auch in Westberlin, die von den Westmächten noch in Anspruch genommenen, in Wirklichkeit längst hinfällig gewordenen Okkupationsrechte völkerrechtlich eindeutig aufheben. Die DDR hat keinerlei Verpflichtungen aus dem in Westberlin noch in Anspruch genommenen anachronistischen Besatzungsrecht, das sich die drei Besatzungsmächte selbst geschaffen haben. Die Westmächte müssen ihre juristischen Spekulationen schon mit sich selbst ausmachen.
Neuerdings belieben einige westliche Regierungen sich sogar auf separate NATO-Vereinbarungen über Westberlin zu berufen. Das zeigt besonders deutlich, daß die Ansprüche der Westmächte in eklatantem Widerspruch zu ihren Verpflichtungen im Potsdamer Abkommen und der bedingungslosen Kapitulation der Hitlerwehrmacht stehen. Denn die NATO ist ja gegen einen der Hauptteilnehmer der Antihitlerkoalition gerichtet. Die nach dem Potsdamer Abkommen nicht zulässige Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO hat mit dazu beigetragen, daß die ehemalige Rechtsgrundlage, auf die sich die Westmächte berufen, aufgelöst wurde.

Niemand gedenkt sich in die Angelegenheiten der Freien Stadt Westberlin einzumischen

Freiheit und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung sollen nach unseren Vorschlägen gewährt und mit den stärksten nur denkbaren internationalen Garantien gesichert werden. Dazu ist aber auch noch notwendig, daß der westdeutsche Militarismus und die Revanchepolitiker der Regierung in Bonn und ihre faschistischen Ultras aus Westberlin verschwinden. Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR würde jedenfalls auch die Westberliner Bevölkerung von den ihr durch das separate Besatzungsregime in Westberlin auferlegten Verpflichtungen frei und die Möglichkeit erhalten, im Rahmen der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin selbst über ihr Schicksal zu verfügen.

Möge sich niemand einreden lassen, es ginge um das Schicksal der Westberliner, in deren Verhältnisse wir nicht die Absicht haben, uns einzumischen.

> Ich wiederhole es hier ausdrücklich vor der Weltöffentlichkeit, und ich versichere den Bürgern Westberlins im Namen des Staatsrates und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, im Namen der Volkskammer, im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Parteien des Demokratischen Blocks, daß die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin in ihrem Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Ordnung und der Freiheit, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, in keiner Weise beeinträchtigt wird, daß niemand sich in die Angelegenheiten ihrer Stadt einzumischen gedenkt und daß wir bereit sind, den Verkehr der Freien Stadt mit West und Ost, Nord und Süd zu gewährleisten. Wir verlangen nur eines von ihnen: Westberlin muß aufhören, Stützpunkt des kalten Krieges zu sein.

Die Deutsche Demokratische Republik ist dazu bereit, darüber zu verhandeln, wie die sich aus der Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin durch Abschluß eines Friedensvertrages mit der DDR ergebenden Fragen – soweit sie die Souveränität der DDR berühren – geregelt werden können. Das ist ein Entgegenkommen der DDR. Das sollten auch die Regierungen der Westmächte nicht verkennen. Sie sollten vernünftigerweise nicht damit rechnen, daß sich die Deutsche Demokratische Republik eine Verletzung ihrer Souveränität gefallen läßt. Kein Staat dieser Erde läßt sich das gefallen, kein afrikanischer, kein asiatischer, kein lateinamerikanischer und auch kein europäischer Staat, also auch nicht die DDR. Auch die USA-Vertreter sind keine mit internationalen Vorrechten ausgestatteten Übermenschen.

Gemeinsam nach einer für alle annehmbaren Lösung suchen

Wenn die Westmächte es ablehnen sollten, die Rechte der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger zu achten, dann können sie auch nicht erwarten, daß wir Rücksicht auf angebliche Rechte oder Interessen nehmen, die diese Staaten zu besitzen vorgeben. Es ist eine seltsame Situation. Erst sagen uns einige Vertreter der Westmächte, wir existierten nicht. Dann wollen sie von uns, die wir ja nicht existieren, die Anerkennung und Achtung ihrer angeblichen Rechte und Interessen. Und

schließlich, um dieser Torheit die Krone aufzusetzen, rufen sie sogar die Sowjetunion, mit der wir verbündet sind, gewissermaßen gegen die DDR an.
Uns scheint es am vernünftigsten zu sein, auf dem Boden der Tatsachen wie des Völkerrechts – und zwar im Geiste der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens – die unausweichlichen Verhandlungen zu führen und gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, die den berechtigten Interessen a l l e r Beteiligten möglichst weitgehend gerecht wird.
Einflußreiche Stimmen in der öffentlichen Meinung Großbritanniens und der USA treten für eine solche vernünftige Lösung ein. Sie gehen von der unbestreitbaren Tatsache aus, daß ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten einfach daher rührt, daß die Westmächte glauben, die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ignorieren und ihre Rechte wie die Rechte ihrer Bevölkerung nach Belieben verletzen zu können. Eine vernünftige Anerkennung der in Deutschland nun einmal historisch gewachsenen Tatsachen würde es den Westmächten erleichtern, in ihrer Politik lebenswichtige Fragen von Propagandathesen zu unterscheiden, die auf dem Boden der Bonner Militaristen gewachsen, schon heute völlig wertlos sind und der geschichtlichen Erprobung nicht standhalten können.

Präsident Kennedy ist offensichtlich ungenau informiert

Auf einer Pressekonferenz hat der amerikanische Präsident, Herr Kennedy, unter anderem auch auf Äußerungen von mir Bezug genommen und die Vermutung geäußert, mein Auftreten in letzter Zeit hätte bezweckt, die Spannungen zu vergrößern. Und an anderer Stelle sagte er, Erklärungen von Führern der DDR hätten es deutlich gemacht, daß in der Freien Stadt Westberlin „die Rechte der Bürger Westberlins allmählich aber unbarmherzig ausgelöscht würden". Ich begreife diese Äußerung nicht. Und Herr Kennedy wird auch nicht in der Lage sein, uns die Äußerung eines verantwortlichen Vertreters der Deutschen Demokratischen Republik nachzuweisen, aus der entnommen werden könnte, daß wir beabsichtigten, die Rechte der Bürger Westberlins „allmählich aber unbarmherzig auszulöschen". Genau das Gegenteil ist wahr. Die Bürger Westberlins werden – wenn es nach unseren Vorschlägen geht – frei und ohne irgendwelche Einmischung von außen über ihre Geschicke entscheiden können, wobei ihnen nur eins versagt bliebe: Nämlich sich am

kalten Krieg oder an der Vorbereitung des heißen Krieges gegen sozialistische Länder oder kapitalistische Länder zu beteiligen. Offensichtlich wird der amerikanische Präsident von irgendwelchen Vertretern der USA in Westberlin oder an anderen Stellen sehr ungenau und sehr tendenziös und nur im Sinne der Bonner Militaristen informiert. Wie der Fall Kuba gezeigt hat, ist so etwas gefährlich und kann zu falschen Schlußfolgerungen führen. Wir würden es daher begrüßen, wenn unsere klare und unzweideutige Stellungnahme zu diesen Problemen auch dem Präsidenten der USA unverfälscht übermittelt würde.

Herr Kennedy hat auf der genannten Pressekonferenz Ende Juni in Washington die Meinung geäußert, es sei eigentlich gegenwärtig – und zwar seit Jahren – in Westberlin und in Deutschland überhaupt alles sehr friedlich. Es gäbe infolgedessen eigentlich auch keinen Grund, jetzt unbedingt die schwierige Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Änderung des Statuts von Westberlin auf die Hörner zu nehmen.

Das ist eine sehr unvorsichtige Meinung. Ich möchte den Präsidenten der USA daran erinnern, daß auch zur Zeit, da Hitlerdeutschland den Einmarsch in Österreich und die Aufteilung der Tschechoslowakei vorbereitete, alles in Deutschland „friedlich" war. Jedenfalls so „friedlich", wie es anscheinend der amerikanische Präsident versteht. Auch die Vorbereitung und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die fieberhafte Aufrüstung in Deutschland wurden von der damaligen USA-Regierung und von den Regierungen der Westmächte als „friedliche" Angelegenheit aufgefaßt. Die Verletzung aller Vereinbarungen über die Bewaffnung und der Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland waren auch in den Augen der Politiker der Westmächte durchaus friedliche Angelegenheiten.

Daß in der Zwischenzeit schon deutsche Patrioten, Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Politiker und parteilose Deutsche, die den Frieden liebten, in den Konzentrationslagern gepeinigt und umgebracht wurden, das störte den Seelenfrieden der damaligen Politiker der Westmächte nicht im geringsten.

Sehen Sie, Herr Kennedy! Mit dem „friedlichen" Gebaren der deutschen Militaristen ist das so eine eigene Sache. Die USA haben diese ach so „friedlichen" Leute nach dem ersten Weltkrieg hochgepäppelt, mit dafür gesorgt, daß sie sich wieder bis an die Zähne bewaffnen konnten, immer in der stillen oder sogar offen ausgesprochenen Hoffnung, dieses militaristische Deutschland würde sich recht gut als Kettenhund gegen die sozialistische

Sowjetunion gebrauchen lassen. Das ist bekanntlich schiefgegangen. Die USA mußten auch im zweiten Weltkrieg gegen die deutschen Militaristen in den Kampf ziehen. Der Herr Präsident der USA hat an diesen Kämpfen teilgenommen, was ihm zweifellos zur Ehre gereicht. Auch wir haben gegen diesen selben Gegner gekämpft.
Herr Kennedy kennt zweifellos besser die USA, als wir sie kennen. Was aber den deutschen — heute den westdeutschen — Militarismus angeht, so sind zweifellos wir die besseren Kenner und Spezialisten. Wir können es daher weder begreifen noch billigen, daß nach dem zweiten Weltkrieg die USA denselben Kardinalfehler begingen und begehen, den sie schon nach dem ersten Weltkrieg begangen haben. Auch nach dem zweiten Weltkrieg haben die USA dem westdeutschen Imperialismus und Militarismus erst auf die Beine und dann in den Sattel geholfen. Sie haben die demokratischen Kräfte daran gehindert, entsprechend den Beschlüssen von Potsdam mit dem Militarismus reinen Tisch zu machen. Und heute, da an der Spitze der westdeutschen Armee und Flotte die alten Hitlergenerale und -admirale stehen, die an amerikanischen Raketen und Atomwaffen ausgebildet sind und sich jederzeit auch in den Besitz der dazugehörenden atomaren Sprengköpfe setzen können, heute, angesichts einer solchen bedrohlichen Lage, spricht Herr Kennedy von einer friedlichen Situation in Deutschland. Die Situation ist genauso „friedlich" wie sie 1936 und 1939 „friedlich" war. Das heißt, es ist eine Situation, in der vom deutschen Militarismus neue Aggressionen geplant werden, eine Situation, in der auf westdeutschem Boden das größte Unglück der Menschheit, ein Atomkrieg, vorbereitet wird.
Der amerikanische Präsident meint, das sei alles nicht so gefährlich und das sei alles durchaus „friedlich". Wir sind anderer Meinung. Das, was 1939 geschah, wird sich allerdings nie wiederholen. W i r haben – trotz der Politik der USA-Regierung – aus der Geschichte unsere Lehren gezogen. Herr Kennedy sollte verstehen, daß das, was sich heute in Deutschland abspielt, ein Abschnitt jenes schon ein Jahrhundert währenden Kampfes ist zwischen den Kräften der Reaktion und des Krieges auf der einen Seite und den Kräften der Demokratie und des Friedens auf der anderen Seite. Die Regierungen des Staates, den Herr Kennedy vertritt, haben sich leider trotz aller schönen Worte nicht gegen die Kräfte der Reaktion und des Krieges entschieden. Wir werden uns allerdings durch nichts davon abhalten lassen, die notwendigen Maßnahmen gegen das Aufflammen eines neuen Krie-

ges in Deutschland zu treffen. Und ich bin der Meinung, das liegt auch im Interesse der Amerikaner, die sicherlich nicht von den Nachfolgern Hitlers in einen dritten Weltkrieg gezogen werden wollen.
Was ist das zum Beispiel für eine „friedliche" Situation in Deutschland, in der das publizistische Sprachrohr des Bonner Kriegsministers Strauß öffentlich Sabotageaktionen der Bonner Ultras auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ankündigt. Und zwar geht es, wie offen und wörtlich gesagt wird, um Sabotage der Produktion und des Verkehrs. Vielleicht ist der amerikanische Präsident über den Charakter seiner Freunde in der Bundesrepublik nicht ganz orientiert. Vielleicht hält er wirklich den Hitlergeneral Heusinger, den er zu einer Aussprache über die militärische Lage empfing, für einen Friedensengel, den Exponenten der militaristischen und faschistischen Ultras, Herrn Strauß, für einen Demokraten und den Westberliner Abenteurer und gewissenlosen Politiker, Herrn Brandt, für einen anständigen Menschen.
Das, was alle diese Leute von den USA wollen, ist, die Amerikaner in einen dritten Weltkrieg hineinzuziehen, durch den sie hoffen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu können. Das ist das A und O der Politik der Bonner Militaristen. Das meinte auch Herr Gerstenmaier, als er in seiner Erklärung vor dem Bundestag unverhohlen vor einer Annäherung und Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion warnte.
Aus denselben Gründen versucht die Bonner Politik die Regierungen ihrer Bundesgenossen zu einem Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Lager zu animieren, weil ihnen sogar die schmale Brücke des Handels viel zuviel an Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Lagern ist.

Lord Home und die Politik von München

Der britische Premierminster, Herr Macmillan, und auch der britische Außenminister, Lord Home, haben mehrfach – wenn auch mit vielen Wenn und Aber – erklärt, sie seien zu Verhandlungen bereit. Allerdings gibt es trotzdem Anzeichen dafür, daß sie die Lage doch noch nicht realistisch genug einschätzen.
Herr Macmillan erinnerte zum Beispiel in seiner Rede am 1. Juli an die schmerzliche Lehre der dreißiger Jahre, die die westlichen Völker nicht vergessen hätten. Meint Herr Macmillan vielleicht

die Kapitulation von München, in der die Regierung Großbritanniens die Tschechoslowakei an Hitler verkaufte und es den Hitlergeneralen — heute die Verbündeten Englands — ermöglichte, das Land zu besetzen und aufzuteilen? Der Außenminister von Großbritannien, Lord Home, wird sich sicherlich noch sehr genau daran erinnern. Er war damals an der Kapitulation vor Hitler nicht unbeteiligt. Er war offensichtlich schon damals der Ansicht, man müßte den deutschen Militaristen und Faschisten einige friedliche Länder zum Fraß hinwerfen, man müßte ihnen alle Konzessionen machen, damit sie ihre Aggressivität auf die Sowjetunion konzentrierten.
Das, was Lord Home heute mit der Unterstützung der westdeutschen Militaristen, ihrer Ausrüstung und Bewaffnung und schließlich der Zurverfügungstellung von Übungsgelände auf britischem Boden macht, ist — wenn man es genau besieht — die Fortsetzung der damaligen Politik von München, die flagrante Nichtbeachtung der „schmerzlichen Lehre der dreißiger Jahre".
Wir sind der Überzeugung, daß auch die britische Regierung noch zu dem Resultat kommen wird, daß es nicht möglich ist, den Kettenhund „Deutscher Militarismus" so zu dressieren, daß er nicht auch seine gegenwärtigen verblendeten Protektoren in die Katastrophe reißt.

Ist die französische Regierung für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands?

Während Präsident Kennedy und Ministerpräsident Macmillan sich im ganzen genommen doch für Verhandlungen aussprachen, hat der französische Staatschef, General de Gaulle, sich hierzu noch nicht geäußert. Es wird behauptet, daß Adenauer und er am entschiedensten gegen jegliche Verhandlungen seien! Wieweit das richtig ist, kann ich nicht beurteilen. Ich kann lediglich auf eine in der westlichen Presse veröffentlichte angebliche Äußerung des Herrn de Gaulle Bezug nehmen, der vor einigen Wochen in einem Gespräch mit einem westdeutschen Politiker darauf hingewiesen haben soll, in der Westberlinfrage müßten nicht nur die Rechte der Alliierten gewahrt werden, sondern auch das Recht auf Zusammenleben des deutschen Volkes.
Aus dem Munde eines französischen Staatsmannes ist das eine erstaunliche Feststellung. Denn praktisch waren es immer die Vertreter der französischen Regierung im Kontrollrat für Deutschland und auch außerhalb des Kontrollrats, die am ent-

schiedensten gegen alle Maßnahmen auftraten, die zu einer Verminderung der Spannung in Deutschland oder zu einer Verhütung der Spaltung hätten führen können. So war es zum Beispiel der französische Vertreter im Kontrollrat, der sich mit größter Entschiedenheit jeder Bildung zentraler Organe für ganz Deutschland, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen waren, widersetzte. Als eines Tages die Bildung einer einheitlichen Postverwaltung und einheitliche Briefmarken für ganz Deutschland von der Sowjetunion beantragt wurden, verhinderte der französische Vertreter durch seinen Einspruch die Annahme selbst dieses Antrags.

Können wir vielleicht annehmen, daß die französische Regierung ihre Haltung zum Deutschlandplan in den letzten Jahren so grundlegend geändert hat? Das können wir wohl nicht. Wir haben keinen Hinweis, der es uns gestattete, einen solchen Gesinnungswandel anzunehmen. Es ist und bleibt vielmehr ein Ziel der französischen Politik, ebenso wie der britischen und der amerikanischen Politik, eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und damit die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates zu verhindern.

Es ist begreiflich, daß viele Franzosen nach so schrecklichen Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus Furcht haben vor dem Entstehen eines einheitlichen Deutschlands, von dem sie eine Wiederholung früherer Aggressionen befürchten. Ich kann es auch begreifen, daß viele Franzosen sich einfach nicht vorstellen können, daß eines Tages ein einheitliches Deutschland existieren, das aber einen ganz anderen Charakter haben wird als das Deutschland Wilhelms II., das Deutschland Hitlers oder das Westdeutschland der Herren Strauß und Heusinger. Das einheitliche Deutschland unter Führung der demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes wird zu dem französischen Volk die freundschaftlichsten Beziehungen pflegen. Niemals wird Frankreich von diesen Kräften eine Aggression fürchten müssen.

Wir wissen genau, Herr de Gaulle ist gegen ein wiedervereinigtes Deutschland. Wir verstehen daher die Politik der französischen Regierungen nach 1945 in der Deutschlandfrage so, daß sie den Standpunkt des Bonner Regimes um so nachdrücklicher unterstützen, weil sie sicher sind, daß mit dieser Politik es niemals ein wiedervereinigtes Deutschland geben wird.

Das ist nicht etwa nur meine Meinung, diese Meinung teilen auch viele namhafte amerikanische und britische und französische

Politiker und Publizisten. In der amerikanischen Presse zum Beispiel wird ganz offen die Meinung vertreten, die meisten westlichen Regierungen zögen die Tatsache zweier deutscher Staaten einer Wiedervereinigung vor und befänden sich hierbei in einem geheimen Einverständnis, während sie nach außen weiterhin Lippenbekenntnisse für ihre offizielle Politik des einen Deutschland ablegten. Nach Ansicht der Westmächte – ich bringe wieder nur das, was in großen amerikanischen Zeitungen festgestellt wird – lasse sich Westdeutschland in seiner gegenwärtigen Konstruktion leichter in den Rahmen der westeuropäischen Politik hineinpressen. Ein Westdeutschland von etwa der gleichen Größe und Bevölkerung wie Frankreich, Italien und Großbritannien sei viel leichter in das Konzept Westeuropas einzufügen als ein wiedervereinigtes Gesamtdeutschland. Die Politik des „einigen Deutschland", so wie sie von den Westmächten betrieben wird, sei bestenfalls ein frommer Betrug. Sie sei seit über acht Jahren tatsächlich nicht durchgeführt worden und entspreche auch nicht den wirklichen Zielen der westlichen Regierungen. Es gibt amerikanische politische Publizisten, die offen sagen und schreiben, es wäre ehrlicher und anständiger und besser für alle Beteiligten, wenn mit dieser Heuchelei endlich Schluß gemacht würde, wenn die Westmächte anfingen, das zu sagen was sie wirklich meinten.

Wenn gegenwärtig die französische Regierung Andeutungen darüber macht, daß sie eine Division französischer Truppen mit einigen Regimentern Fallschirmjäger, die kürzlich in Algerien rebellierten, nach Europa und Westdeutschland zu bringen beabsichtige, um in den bevorstehenden Auseinandersetzungen stärker dazustehen, dann ist das auch eine Begründung, die eigentlich keine französische Regierung geben sollte. Denn jedermann weiß doch, daß die rebellierenden Ultras und Fallschirmjäger ein Hindernis für den französischen Staatschef de Gaulle sind, in Algerien eine Politik nach seinem Sinne durchzuführen. Er zieht seine Division rebellierender Ultras aus Algerien also ab – vielleicht werden weitere folgen –, um seine eigene Politik dort durchführen zu können und nicht, um mit den meuternden Fallschirmjägern auf die Sowjetunion oder die anderen sozialistischen Länder irgendeinen Eindruck zu machen! Soll er alle seine Truppen aus Algerien abziehen! Wir wären damit sehr zufrieden. Das algerische Volk bestimmt auch.

Wozu überhaupt dieses überflüssige Gerede mit mehr oder weniger massiven Drohungen? Möglicherweise ist Bonn erfreut dar-

über, jetzt auf westdeutschem Territorium Spezialisten des Kolonialkrieges, faschistische Fallschirmjäger und vielleicht auch die Fremdenlegion mit reichlichem SS-Besatz begrüßen zu können. Die westdeutsche Bevölkerung wird anderer Ansicht sein.

Welche begründeten Interessen haben die Westmächte in Westberlin?

Wenn die Vertreter der USA zum Beispiel behaupten, ihnen liege die Freiheit der Westberliner Bevölkerung, ihre gesellschaftliche Ordnung selbst zu bestimmen, am Herzen: Bitte! Wir sind bereit, in jeder nur vertretbaren Weise die Freiheit zu gewährleisten, und zwar keine Freiheit à la Alabama oder Kenia oder Algerien, sondern wirkliche Freiheit. In unserem Vorschlag über den „Deutschen Friedensplan“ wird ausdrücklich gesagt:

> „Den Bewohnern Westberlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten gewährleistet. Die Verbindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.“

Wir sind dafür, daß die UNO an den Garantien für Westberlin teilnimmt. Wahrscheinlich kämen wir schneller weiter, wenn die USA, Großbritannien und Frankreich ganz einfach sagen würden, welche begründeten Interessen sie zum Beispiel in Westberlin haben. Befürchten sie eine Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zu ihren Ungunsten? Da sie selbst erklären, daß Westberlin für sie kein militärischer Faktor von irgendwelcher Bedeutung sei, da andererseits vorgeschlagen ist, die Neutralität Westberlins zu sichern, das also auch nicht dem Kriegspotential des sozialistischen Lagers zugeschlagen werden könnte, würde offensichtlich diese Befürchtung zu beseitigen sein.
Vielleicht aber würde dann herauskommen, daß die USA ein Interesse an der Unterminierungs- und Störtätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder vom Westberliner Boden aus behaupteten, ein Interesse, das der Ausnutzung Westberlins als Zündschnur für Zusammenstöße, als Möglichkeit, das Gewicht des Militarismus und Faschismus zu erhöhen? Das wären aber offenbar schon keine völkerrechtlich vertretbaren Interessen mehr.
Oder – wie von Bonn suggeriert wird – die USA und andere

imperialistische Westmächte hätten sich mit ihrem Prestige in Westberlin so stark engagiert, daß eine vernünftige friedliche Lösung des Westberlinproblems durch Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt den Zusammenbruch der Positionen der amerikanischen Politik nicht nur in ganz Europa, sondern in aller Welt haben müsse. Das ist natürlich barer Unsinn. Aber diesen Unsinn finden wir immer und immer wieder in der amerikanischen Presse und auch in den Reden führender Politiker.
Was das Prestige der Westmächte betrifft, so sieht der Vorschlag der Sowjetunion vor, daß es gebührend berücksichtigt wird, daß es also in keinem Gegensatz zu einer Politik der Vernunft zu stehen braucht.
Auch die Deutsche Demokratische Republik hält es übrigens mit ihrem Prestige für vereinbar, einer Lösung „entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin" zuzustimmen. Und das ist gewichtiger als der notwendige westliche Verzicht auf Besatzungsrechte, die sie durch die Spaltung Deutschlands und die Zerstörung des Potsdamer Abkommens selbst beseitigt haben.
Schließlich könnte die amerikanische Regierung auch noch geneigt sein, bestimmte größere amerikanische Kapitalinvestitionen in Westberlin zu verteidigen. Das USA-Kapital hat in den letzten Jahren viele Unternehmen in Westberlin aufgekauft. Die USA haben aber auch in anderen Ländern Investitionen und verlangen keineswegs – vorläufig jedenfalls noch nicht generell –, daß etwa die Annahme von Kapitalinvestitionen auch die Zustimmung zu amerikanischen Garnisonen beinhalten müsse.
Niemand von uns will das amerikanische Kapital oder Kapital anderer Länder aus Westberlin vertreiben. Und was die Verbindung von Kapitalinvestitionen und politischen Einflüssen in Westberlin betrifft, so sind diese politischen Einflüsse letztlich ohnehin eine Sache der Bevölkerung.

Es kommt zu keinem Krieg!

Abgeordnete der Volkskammer! Liebe Freunde und Genossen!
Es geht um ernste Dinge! Es geht um die Sicherung des Friedens. Es geht darum, daß nie wieder von deutschem Territorium aus ein Krieg losbrechen kann.
Wir haben es mit einem bösartigen Gegner zu tun, von dem wir wissen, daß er vor keinem Verbrechen zurückschreckt, daß er zu allem fähig ist. Das ist der in Westdeutschland herrschende Militarismus, das sind die im Bonner Staat wie Pilze aus einem regen-

feuchten Waldboden sprießenden Militaristen und faschistischen Ultras. Wenn es nach ihnen ginge, gäbe es als Antwort auf unseren Ruf nach Frieden nur die Aggression. Sie sind sich darüber klar, daß sie selbst zu schwach sind, um es mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern aufnehmen zu können. Deshalb ist ihr Hauptstreben, die Westmächte in ihren Revanchekrieg hineinzuziehen, immer eingedenk des Hitlerschen Vermächtnisses, das er noch am 28. April 1945, einen Tag vor seinem unrühmlichen Ende, acht Tage vor der totalen Kapitulation Hitlerdeutschlands verkündete und in dem es heißt: „Die Aufgabe ist und bleibt für das deutsche Volk, Raum im Osten zu gewinnen."

Wenige Wochen vorher hatte er diese Gedanken noch weiter ausgesponnen und in völliger Verkennung der historischen Ereignisse, unter deren Räder er unwiderruflich geraten war, phantasiert: „Nach Osten, immer nur nach Osten müssen wir unseren Geburtenüberschuß lenken, das ist die einzige und die durch die Natur gewiesene Richtung für die Expansion der Germanen..."

Auf den Revanchistentreffen des Jahres 1961 und auch in Reden von Ministern der Bonner Regierung finden wir immer wieder fast gleichlautende Formulierungen.

Ob sich alle Vertreter des Bonner Staates darüber klar sind oder nicht: Tatsache bleibt jedenfalls, daß sie, objektiv gesehen, die Politik Hitlers fortsetzen und sich dabei mit größter Schuld vor dem deutschen Volk beladen.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß einige der imperialistischen Westmächte, verblendet durch einen starren Klassenstandpunkt, ihren Kardinalfehler aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg wiederholen, das heißt, erneut auf die alte Karte setzen, daß der deutsche Militarismus das deutsche Volk dazu bringen werde, gegen die sozialistischen Länder in einen Krieg zu ziehen, wobei es – wie es der ehemalige Präsident Truman am klarsten formulierte – vor allem darauf ankomme, daß Deutsche und Russen in möglichst großer Zahl einander totschlügen. Ich habe auch manchmal den Eindruck, daß unversöhnliche Feinde der Deutschen es nicht ungern sähen, wenn sich die Deutschen untereinander totschlügen und ihr Land selbst verwüsteten, in der Hoffnung, auf diese Weise die deutsche Frage ein für allemal gelöst zu sehen.

Auf der anderen Seite sehen wir aber, daß die Rufer nach Vernunft auch in den USA, in England und Frankreich und auch in Westdeutschland nicht untätig sind.

Es wird immer deutlicher, daß die Völker dieser Länder keinerlei Sehnsucht danach verspüren, für die Raubinteressen der westdeutschen Militaristen und ihren Revanchewahn in einen Atomkrieg zu ziehen. In diesen Ländern verbreitert sich die Front derjenigen, die auf eine vernünftige Verständigung bedacht sind, die bei ruhiger Überlegung und ruhiger Erwägung der Interessen der einzelnen Länder und ihres Prestiges durchaus möglich ist.
Man kann die Sache wenden wie man will. Bei ruhiger und vernünftiger Betrachtung gibt es für alle Probleme Lösungsmöglichkeiten, die ohne Beeinträchtigung des Prestiges der Beteiligten Platz greifen können. Also besteht nicht der geringste sachliche Anlaß für einen von manchen Leuten befürchteten militärischen Konflikt. Gibt es also Krieg um den Friedensvertrag oder nicht?
Wir sind der Überzeugung: Es kommt zu keinem Krieg, ganz gleich, was die westdeutschen Militaristen an Provokationen und Störversuchen auf die Beine stellen mögen.
Die Hoffnung der westdeutschen Militaristen, daß alle Welt Sehnsucht danach habe, für sie zu sterben, ist irrig. Diesmal sind die Völker am Zug, die Völker auch der Westmächte, die ein Recht darauf haben, zu verlangen, daß nie wieder vom deutschen Militarismus eine Gefahr für den Frieden entstehen kann. Einige westliche Politiker sollten sich auch davor hüten, mit dem Krieg leichtfertigerweise als Propaganda und Druckmittel im Nervenkrieg zu operieren. Die Sache ist zu ernst dazu. Es wird ein Friedensvertrag abgeschlossen werden entweder mit beiden deutschen Staaten oder — wenn die Westmächte nicht mitmachen — allein mit der Deutschen Demokratischen Republik. Dadurch wird auch der Status von Westberlin neu geregelt.
Nach dem Abschluß dieses Friedensvertrages werden sich alle Staaten daran gewöhnen müssen, daß es notwendig ist, Dinge, die das Territorium oder souveräne Rechte der DDR betreffen, in normalen friedlichen Verhandlungen zu klären. All das wird sich friedlich entwickeln. Wir werden uns verständigen, und der Frieden wird nicht nur gewahrt, sondern gefestigt werden.

Stärkung der DDR als Bastion des Friedens von größter Bedeutung für ganz Deutschland

Das deutsche Volk kann nur im Frieden gedeihen, es kann nur im Frieden leben und arbeiten. Der Frieden in Deutschland und für Deutschland aber ist erst dann gesichert, wenn Militarismus

und Revanchismus überall im Lande überwunden, ein für allemal aus Deutschland verschwunden sind. Davon hängt die Zukunft des deutschen Volkes, davon hängen Leben und Glück unserer Kinder ab. Ohne Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland gibt es auch keine Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung. Das ist die eiserne Logik der deutschen Geschichte. Sie kann heute jeder erkennen, der unsere historische Situation real einschätzt.
Die stärkste Bastion des Friedens in Deutschland, das ist unsere Deutsche Demokratische Republik. Hier ist in dem letzten Jahrzehnt die Kraft herangewachsen, die den deutschen Patrioten und Freunden des Friedens in der westdeutschen Bundesrepublik den Rücken stärkt, ihnen in ihrem schweren Ringen gegen Militarismus und Revanchegeist entscheidende Unterstützung gewährt im Interesse der großen gemeinsamen nationalen Aufgabe: Sicherung der friedlichen Zukunft Deutschlands durch Bändigung der Kräfte des Krieges.
Die Deutsche Demokratische Republik gibt Hoffnung und Zuversicht allen Freunden des Friedens auch in der westdeutschen Bundesrepublik. Deshalb ist es von so unerhört großer Bedeutung, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre wirtschaftlichen Aufgaben in Ehren erfüllt, daß ihre Wissenschaften und Künste blühen und Ansehen in der Welt erringen, daß wir auf wissenschaftlich-technischem Gebiet mit an der Spitze der Welt stehen. Dazu gehört, daß auch unsere Arbeit ständig verbessert wird, daß Planung und Organisation gut arbeiten.
In dem Maße, wie wir diese wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Aufgaben erfüllen und die Überlegenheit unseres Gesellschaftssystems in unserer täglichen Arbeit und in ihren Resultaten nachweisen, stärken wir die DDR als Bastion des Friedens, leisten damit den entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland und sorgen gleichzeitig dafür, daß der Tag näherrückt, an dem die Spaltung unseres Landes überwunden werden kann.
Unser Deutscher Friedensplan wird die friedliebenden Menschen in Westdeutschland in ihrem Kampf ermutigen, ihnen das gemeinsame Ziel deutlicher weisen. Es wäre an der Zeit – so meine ich –, daß die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland die Sache des Friedens jetzt fest in ihre Hand nehmen und gemeinsam mit uns die friedliche Zukunft Deutschlands sichern.
Es ist nun einmal so, daß im 20. Jahrhundert der Sozialismus die stärkste Friedenskraft ist. Der Sozialismus – das müssen selbst

seine erbittertsten Gegner zugeben – gedeiht im Frieden und ist selbst der Frieden mit letzter Konsequenz.
Ich möchte es ganz offen sagen: Nur diejenigen Freunde des Friedens in Westdeutschland, die eine normale Einstellung und normale Beziehungen zum ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat, zum ersten deutschen Friedensstaat, zur Deutschen Demokratischen Republik, haben, können mit Recht von sich sagen, daß sie konsequent für die Sicherung des Friedens in Deutschland eintreten.
Das bedeutet natürlich nicht, daß die Bürger Westdeutschlands, mit denen wir uns eins wissen in dem leidenschaftlichen Bestreben, den Militarismus zu überwinden und den Frieden und damit die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern, etwa alle Einzelheiten der antifaschistisch-demokratischen und auch der sozialistischen Revolution in der Deutschen Demokratischen Republik bejahen müßten. Es ist doch ganz verständlich: Vom Gesichtspunkt eines westdeutschen Friedensfreundes mag manches anders aussehen als von unserer Sicht. Er sieht manches einseitig.
Niemand verlangt, daß im Zuge der Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland und der Umwandlung der westdeutschen Bundesrepublik in einen friedliebenden und demokratischen Staat alles kopiert werden sollte, was in der Deutschen Demokratischen Republik zu tun notwendig war. Die Arbeiter Westdeutschlands, die Bauern, die Wissenschaftler, die Angehörigen des Mittelstandes, alle friedliebenden Kräfte werden den eigenen Kopf anstrengen, um herauszufinden, wie in Westdeutschland am besten und mit dem größten Nutzen für das Volk und für den Frieden die friedliche und demokratische Umgestaltung durchgeführt werden kann.
Ich bin der Überzeugung: Unser Deutscher Friedensplan wird den Freunden des Friedens in Westdeutschland helfen. Er wird sie ermutigen, ihnen Anregungen geben für ihren Kampf, den niemand ihnen abnehmen kann. Dieser unser Deutscher Friedensplan kann mit gutem Gewissen von jedem westdeutschen Bürger, der den Frieden schätzt, unterzeichnet werden.
Die Geschichte – werte Abgeordnete der Volkskammer, liebe Freunde! – geht ihren Gang. Die Welt verändert sich von Jahr zu Jahr. Die Kräfte des Friedens wachsen. Und auch unser Weg führt nach vorn in eine helle und friedliche Zukunft. Einen Weg nach rückwärts gibt es bei uns nicht. Es gilt, auch in Westdeutschland den Weg in die helle und friedliche Zukunft zu öffnen und

damit zugleich den Weg frei zu machen, der zu einem dauerhaften Frieden und zur Einheit der Nation führt.
Der einzige rechtmäßige Vertreter der deutschen Nation ist die Deutsche Demokratische Republik. Ihre Volkskammer wird im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung den Friedensplan des deutschen Volkes beschließen, dessen Erfüllung Sache aller Deutschen in Ost und West ist.

(Zwischenüberschriften: DIZ)

Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juli 1961: Der Deutsche Friedensplan

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und der Lösung der Westberlinfrage zu.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung:
Zur Abwendung der ernsten Atomkriegsgefahr von Deutschland und der Welt sowie zur Sicherung einer friedlichen Zukunft für das deutsche Volk ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges ist die Beseitigung aller seiner Überreste für das deutsche Volk ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklärt deshalb den Abschluß eines einheitlichen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten als die alles überragende Aufgabe des deutschen Volkes. Falls der Abschluß eines solchen Friedensvertrages am Widerstand der Regierungen der Westmächte und Westdeutschlands scheitern sollte, wird die Deutsche Demokratische Republik mit allen Staaten der Antihitlerkoalition den Friedensvertrag schließen, die auf der Friedenskonferenz dazu bereit sind.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Vorschläge für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems, die der Ministerpräsident der Sowjetunion, N. S. Chrustschow, dem Präsidenten der USA, J. F. Kennedy, bei der Wiener Begegnung unterbreitete. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sieht in der Empfehlung des sowjetischen Memorandums, nach der die vier Mächte von vornherein erklären sollen, daß sie jede Vereinbarung anerken-

nen, die von den beiden deutschen Staaten gemeinsam in den Fragen getroffen wird, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, eine historische Chance für die deutsche Nation.
In dieser Stunde sind die Deutschen aufgerufen, in ihrer ureigensten deutschen Sache des Friedens und der Wiedervereinigung selber zu handeln. In Erfüllung ihrer nationalen Pflicht beschließt die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen Friedensplan, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Bildung einer Deutschen Friedenskommission

Die Regierungen der beiden deutschen Staaten verständigen sich sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern des Parlaments und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Vordringlichste Aufgabe der Deutschen Friedenskommission ist es, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen

über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag;

über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.

Abkommen des guten Willens

Das von der Deutschen Friedenskommission vorzubereitende Abkommen des guten Willens, das den beiden deutschen Regierungen und Parlamenten zum Abschluß empfohlen werden sollte, könnte zum Inhalt haben:

1. Beide deutsche Staaten vereinbaren den Verzicht auf die atomare Bewaffnung ihrer Streitkräfte und einen sofortigen Rüstungsstopp.
2. Beide deutsche Staaten verständigen sich bis zum Abschluß eines Abrüstungsabkommens über Stärke, Bewaffnung und Standorte ihrer bewaffneten Streitkräfte.
3. Beide deutsche Staaten lassen auf ihrem Territorium keinerlei Kriegs- und Revanchepropaganda zu.
4. Beide deutsche Staaten betrachten die Entscheidung über die Gesellschaftsordnung als einen Akt der Selbstbestimmung der

Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich nicht in Fragen der sozialen Ordnung des anderen deutschen Staates einzumischen.

5. Beide deutsche Staaten treten für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten der NATO und für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ein.

6. Beide deutsche Staaten verpflichten sich zu Maßnahmen, die der Erweiterung des Handels zwischen ihnen dienen. Sie vereinbaren den Ausbau der kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen ihren Bürgern und Institutionen und treffen Maßnahmen zur Erleichterung und Verbesserung des Reiseverkehrs.

In der Friedenskommission soll der Grundsatz gelten, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingt, sondern Schritt für Schritt eine Verständigung erreicht wird.

Das gilt auch vordringlich für die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag, die darauf gerichtet sein müssen, den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages zu erleichtern und den Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage frei zu machen.

Deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag

Die wichtigste Aufgabe des deutschen Friedensvertrages ist es, einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung eines dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu leisten. Der Friedensvertrag muß verhindern, daß jemals wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Er muß dem deutschen Volke für immer Frieden und volle Gleichberechtigung in der Familie der Völker sichern. Daher sollten deutsche Vorschläge für einen Friedensvertrag umfassen:

1. Die beiden deutschen Staaten verpflichten sich, in den internationalen Beziehungen auf jegliche Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung zu verzichten, internationale Streitigkeiten nur mit friedlichen Mitteln zu lösen und aktiv bei der Gestaltung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten mitzuwirken.

2. Die beiden deutschen Staaten treten für die Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands ein. Die Hauptmächte der Antihitlerkoalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität. Die Stärke, Bewaffnung und Statio-

nierung der zur Verteidigung erforderlichen Streitkräfte der beiden deutschen Staaten werden festgelegt. Sie verzichten auf die Bewaffnung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen und unterstützen die allgemeine und vollständige Abrüstung.
3. Die beiden deutschen Staaten und die anderen Friedensvertragspartner bestätigen die bestehenden deutschen Grenzen. Die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebietes der beiden deutschen Staaten wird garantiert.
4. Jegliche Kriegs- und Revanchepropaganda ist untersagt. Alle nazistischen, militaristischen und revanchistischen Organisationen und Verbände sind verboten. Personen, die Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen haben, dürfen nicht in leitenden Ämtern im öffentlichen Leben tätig sein.
5. Die Partner des Friedensvertrages erkennen die volle Souveränität und Selbstbestimmung des deutschen Volkes an, darunter auch das Recht, nach eigenem Ermessen und ohne fremde Einmischung den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender Staat zu beschreiten.
6. Die Partner des Friedensvertrages unterstützen den Anspruch des deutschen Volkes auf gleichberechtigte Mitarbeit in der UNO und anderen Organisationen. Bis zur Wiedervereinigung Deutschlands unterstützen sie die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen.
7. Den beiden deutschen Staaten wird die volle Freiheit für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Seeschiffahrt und der Zugang zu den Weltmärkten gewährleistet.

Regelung der Westberlinfrage

Auf der Grundlage des Friedensvertrages findet auch die Westberlinfrage ihre Regelung. Der Friedensvertrag legt fest, daß Westberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands den Status einer neutralen Freien Stadt erhält.
Von der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin darf keinerlei Spionage-, Diversions- und Unterminierungstätigkeit sowie feindliche Propaganda gegen andere Staaten ausgehen. Jede Form der Kriegshetze und Tätigkeit militaristischer und faschistischer Organisationen ist untersagt.
Den Bewohnern Westberlins wird die Unverletzlichkeit des Status der neutralen Freien Stadt und die Entscheidung über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten gewährleistet. Die Ver-

bindungen der neutralen Freien Stadt werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen mit der Deutschen Demokratischen Republik garantiert.

Deutsche Konföderation

Der Friedensvertrag sichert den Frieden und öffnet den Weg zur deutschen Wiedervereinigung, der angesichts der Existenz zweier deutscher Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur über die Bildung einer Konföderation führt. Ihr Ziel ist die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz, um das weitere Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern und die Voraussetzungen für ihre Wiedervereinigung in einem friedliebenden, demokratischen und neutralen Staat zu schaffen.

Die Körperschaften der deutschen Konföderation beraten und beschließen Empfehlungen an die beiden deutschen Regierungen. Zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihrer friedlichen Vereinigung empfehlen sie unter anderem Maßnahmen zu folgenden Fragen:

1. Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages in ganz Deutschland.
2. Stufenweiser Abbau der sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu Militärgruppierungen ergebenden Verpflichtungen, Ausscheiden aus diesen Militärbündnissen, Abzug der ausländischen Truppen und Auflösung ihrer Stützpunkte.
3. Vereinbarung der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten als Grundlage für das spätere militärisch neutrale einheitliche Deutschland.
4. Zuendeführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der beiden deutschen Staaten als deutscher Beitrag zur Weltabrüstung.
5. Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten entsprechend den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten oder ihrer Konföderation in internationalen Organisationen und Konventionen, Verständigung über alle Fragen, die sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu internationalen wirtschaftlichen Vereinigungen ergeben.
6. Gewährleistung von Hilfe an wirtschaftlich schwach entwikkelte Länder unter Ablehnung jeglicher Form des Kolonialismus.

7. Ausbau der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, der Kultur, Wissenschaft und Technik und des Sports; Schaffung der Bedingungen für den ungehinderten Reiseverkehr.
8. Vorbereitung einer demokratischen Verfassung des einheitlichen deutschen Staates, in dem der Dienst am Frieden erste Bürgerpflicht ist. Vorbereitung und Durchführung von allgemeinen, freien und geheimen demokratischen Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament in ganz Deutschland.
9. Bildung der gesamtdeutschen Regierung eines friedliebenden, neutralen und demokratischen deutschen Staates mit Berlin als Hauptstadt.

Der Friedensplan des deutschen Volkes weist den Weg in eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hält es für ein Gebot der Wahrhaftigkeit, das ganze deutsche Volk darauf hinzuweisen, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur durch die Überwindung des in Westdeutschland wiedererstandenen deutschen Revanchismus und Militarismus freigelegt werden kann. Die Sicherung der friedlichen Zukunft der deutschen Nation erfordert die weitere Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des sicheren Hortes des Friedens und der Sicherheit in Deutschland.

Jeder gutwillige Deutsche im Osten und Westen unserer Heimat hat die nationale Pflicht, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, damit der Deutsche Friedensplan Wirklichkeit wird.

Appell der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. Juli 1961 an alle Deutschen in Ost und West

Das Lebensinteresse des deutschen Volkes erfordert die Sicherung des Friedens. Sechzehn Jahre nach dem Krieg hat unser Volk noch keinen Friedensvertrag. Die tiefe Sorge um die Erhaltung des Friedens und das Schicksal der Nation hat den Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik veranlaßt, sich am 28. Juni 1961 mit folgendem Telegramm an den Bonner Bundestag und die Regierung der Deutschen Bundesrepublik zu wenden:

„Getragen von der Sorge um die Zukunft der deutschen Nation, entschlossen, zur Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa und dadurch zur Wiedervereinigung Deutsch-

lands beizutragen, wendet sich der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik mit der Aufforderung, unverzüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über eine Friedensregelung mit Deutschland und Fragen der Wiedervereinigung zuzustimmen.

Eine historische Chance für die deutsche Nation gilt es wahrzunehmen! Nach dem Vorschlag der Sowjetunion sollen die vier Mächte von vornherein erklären, daß sie jede Vereinbarung über eine Friedensregelung und Fragen der Wiedervereinigung, die von den Deutschen getroffen wird, anerkennen. Dadurch können wir gemeinsam sichern, daß im Friedensvertrag, der auch die Westberlinfrage lösen wird, die nationalen Interessen des deutschen Volkes gewahrt werden.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik appelliert an den Deutschen Bundestag und an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik, nicht wieder eine große Chance für unsere Nation leichtfertig zu verspielen, wie es leider allzu oft in der Geschichte Deutschlands zum Unglück unseres deutschen Volkes geschehen ist.

Der Staatsrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Der Vorsitzende
gez: Walter Ulbricht."

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist einhellig der Meinung, daß die Beratungen der Vertreter der beiden deutschen Regierungen zur Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen und damit den Weg zur deutschen Wiedervereinigung erleichtern. Davon ausgehend hat die Volkskammer den Deutschen Friedensplan beschlossen, den sie der Regierung und dem Bundestag Westdeutschlands und dem deutschen Volk in beiden deutschen Staaten unterbreitet.

Es ist höchste Zeit, daß durch Verständigung der Deutschen die Atomrüstung sofort gestoppt wird, daß sich beide deutsche Staaten darüber verständigen, wie die allgemeine Abrüstung in Deutschland begonnen werden kann, daß sie ein Abkommen über den Verzicht auf gegenseitige Gewaltanwendung und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten vereinbaren. Der Friedensvertrag würde sichern, daß niemals mehr von deutschem

Boden ein Krieg ausgehen, daß niemals mehr Deutschland in einen Krieg hineingerissen werden kann.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle Deutschen und besonders die Deutschen im Westen unserer Heimat auf: Setzt Euren Friedenswillen durch!
Fordert von der westdeutschen Regierung, gemeinsame Beratungen von Vertretern beider deutscher Staaten über deutsche Vorschläge für die Ausarbeitung und den Abschluß des Friedensvertrages, über die Herstellung normaler friedlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und über Fragen der Wiedervereinigung aufzunehmen.
Die Zeit ist überreif, um den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen und seine gefährlichen Überreste durch den Friedensvertrag zu beseitigen, ehe aus der noch glimmenden Asche des zweiten Weltkrieges die Flammen eines dritten Weltkrieges emporschlagen.
Die Lage in Deutschland und in der Welt hat sich grundlegend gewandelt. Die Kräfte des Friedens sind heute stark genug, um die Aggressoren zu zügeln. Das friedliebende deutsche Volk hat die Kraft, den Frieden in Deutschland zu bewahren, wenn es seine Anstrengungen vereint im Kampfe

für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages, durch den auch die Westberlinfrage gelöst wird,
für die Bändigung des Militarismus,
für ein neutrales und friedliebendes demokratisches Deutschland,
für die glückliche Zukunft der Nation!

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Juli 1961 zur Mitteilung der westdeutschen Regierung, sich am Bau der britischen „Blue-Streak"-Rakete zu beteiligen

Dieses Vorhaben ist Teil des Bonner Planes zur atomaren Aufrüstung Westdeutschlands. Unter dem Vorwand der Teilnahme am britischen und französischen Raketenbau soll in Westdeutschland die eigene Produktion von Raketen, die groß genug sind, Atombomben zu befördern, vorangetrieben werden.
Das steht nicht nur im offenen Widerspruch zum Potsdamer Abkommen, sondern es verletzt selbst die zwischen den Westmächten und der westdeutschen Bundesrepublik abgeschlossenen

Pariser Verträge, in denen für Westdeutschland ein Verbot der Produktion von Raketen festgelegt worden ist. Das unterstreicht erneut, daß die deutschen Militaristen die „Rüstungsbeschränkungen" in den Pariser Verträgen nie ernst genommen haben und daß diese Beschränkungen keinerlei Hindernisse für die westdeutsche Atomaufrüstung darstellen.
Die Absichten der deutschen Militaristen kommen auch darin zum Ausdruck, daß von ihnen der ursprünglich britische Vorschlag, westdeutsche Mittel für die Konstruktion dieser Raketen in England zur Verfügung zu stellen und die in England gebauten Raketen später zu übernehmen, abgelehnt wurde. Die deutschen Militaristen wollen selbst Raketen produzieren. Um das zu erreichen, haben sie bereits in der Vergangenheit mit anderen Staaten gemeinsam eine Versuchsproduktion von Raketen betrieben, die vor wenigen Tagen zum Start einer israelischen Rakete führte.
Mit der Teilnahme an der Produktion der britischen „Blue-Streak"-Rakete nutzen die deutschen Militaristen das britische Interesse an der Weiterführung dieses Projektes aus, um ihre eigenen Schwierigkeiten bei der Konstruktion und dem Bau großer Raketen schneller überwinden zu können.
Der Griff der deutschen Militaristen nach strategischen Raketen, die als Träger für Atomwaffen geeignet sind, ist ein neues, ernsthaftes Signal für die außerordentliche Gefährlichkeit und den Umfang der in Westdeutschland betriebenen Aufrüstung. Dieser hemmungslose Drang und der unmittelbare Griff der abenteuerlichen westdeutschen Militaristen und Revanchisten nach Raketen muß die Völker zutiefst alarmieren. Aber auch die herrschenden Kreise der imperialistischen Länder sollten sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß der deutsche Militarismus mit der Verwirklichung dieser Pläne einen auch für sie gefährlichen Weg beschreitet.

Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. Juli 1961: Menschenjägern das Handwerk legen!

Die Bonner Einpeitscher eines Atomkrieges, diese für das Leben unserer Nation und ganz Europas gemeingefährlichen Ultras des Westzonenstaates, betreiben gegenwärtig in verstärktem Umfang Menschenhandel mit Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik.

Dieses abscheuliche Verbrechen ist Bestandteil des kalten Krieges. Damit wird das Ziel verfolgt, das friedliche Aufbauwerk in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören, dem wachsenden Ansehen unseres Staates im In- und Ausland entgegenzuwirken, den Abschluß eines Friedensvertrages zu erschweren. Den Menschenhändlern und ihren Hintermännern geht es um die Vorbereitung und Organisierung des Bruderkrieges in Deutschland.

Die verbrecherischen Abwerbungsaktionen werden organisiert von Bonner Ministerien, besonders dem Lemmer- und dem Strauß-Ministerium, von militaristischen, revanchistischen und neofaschistischen Verbänden und Organisationen, Geheimdiensten und Agentenzentralen, Konzernunternehmen, Westberliner Senatsdienststellen sowie westdeutschen und Westberliner Rundfunkstationen und Publikationsorganen.

Sie bedienen sich dabei der verschiedensten Mittel, vor allem der Methode der Lockung, der Drohung und Erpressung. Sie versenden Tausende von Briefen, erteilen Agenten Abwerbeaufträge und benutzen vor allem den Aufenthalt von Bürgern der DDR in Westdeutschland und Westberlin, z. B. zu Verwandtenbesuchen, auf Tagungen, Kongressen, bei Sport- und Kulturveranstaltungen, um die Abwerbung und den Abkauf vorzubereiten und sie damit zum Verrat an unserer Republik und an ihrer eigenen Zukunft zu bewegen.

Wer in ehrlicher Absicht und mit dem Willen zur Verständigung nach Westdeutschland kommt, wer es ablehnt, seinem Staat in den Rücken zu fallen, der wird von den Schergen des Bonner Innenministers, des SA-Mannes Schröder, ins Gefängnis geworfen. Jeder, der eine Reise nach Westdeutschland unternimmt und die Sache des Friedens und seines Staates verteidigt, setzt sich also großen Gefahren aus.

Dies gilt es zu bedenken, bevor eine solche Reise angetreten wird. In besonderem Maße trifft das auch für Besuche in Westberlin zu, dem Hauptumschlagplatz des Menschenhandels.

Das Schicksal Irregeleiteter, die eine gesicherte Existenz und Perspektive in der DDR aufgaben und die heute der hemmungslosen Ausbeutung in westdeutschen Konzernbetrieben ausgesetzt sind, in Notunterkünften hausen und sich oft nicht das Nötigste zum Leben leisten können, zeigt, daß der Weg in den militaristischen Westzonenstaat der Weg in ihr eigenes Unglück ist. Für junge Männer ist das Verlassen der DDR der erste Schritt in die Bonner NATO-Kasernen, wo sie von Nazioffizieren für den militäri-

schen Überfall auf den Arbeiter-und-Bauern-Staat, für den Krieg gedrillt werden.
Viele Jugendliche werden zum Dienst in der Fremdenlegion gepreßt, um auf fremdem Boden fremde Interessen für die Aufrechterhaltung der Kolonialsklaverei zu kämpfen und zu sterben.
Junge Frauen und Mädchen, die aus Abenteuerlust oder weil sie glaubten, ein angenehmeres Leben führen zu können, die Republik verließen, gerieten durch die öffentliche Unmoral im Bonner Staat vielfach auf die schiefe Ebene und landeten schließlich im Bordell.
Wer sich zur Teilnahme am Menschenhandel mißbrauchen läßt, wer sich in die Fänge der Menschenhändler begibt und die DDR verläßt, übt Verrat an der Sache des Friedens und unterstützt — gewollt oder ungewollt — die Machenschaften derer, die den Bruder- und Völkermord vorbereiten. Niemand mache sich schuldig gegenüber seinem Vaterland, gegenüber seinen Mitbürgern, gegenüber seiner Familie!
Der organisierte Menschenhandel widerspricht in krassester Form allen Normen des Völkerrechts. Er hindert das deutsche Volk daran, in Ruhe und Sicherheit zu leben. Zu seiner völligen Beseitigung müssen vor allem die Bonner Ultras, die Organisatoren des modernen Sklavenhandels, gebändigt und entmachtet werden.
Auch aus diesem Grunde ist der Abschluß eines Friedensvertrages und die damit verbundene Lösung des Westberlinproblems noch in diesem Jahr unabdingbare Notwendigkeit. Der Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens und der Abschluß eines Friedensvertrages erfordert von jedem einzelnen höchste Anstrengungen. Der Kampf um den Frieden kostet etwas, aber nicht soviel wie eine Minute Atomkrieg.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an alle Bürger, dabei mitzuhelfen, die Menschenhändler dingfest zu machen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Interview des stellvertretenden Chefredakteurs der Londoner Zeitung „Evening Standard", Mark Wilson, mit dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, am 31. Juli 1961

Mark Wilson: Herr Vorsitzender des Staatsrates: Was würden Sie den Herren Kennedy, Macmillan, de Gaulle und Chrustschow empfehlen zu erwägen, bevor sie sich zu Verhandlungen über die deutsche Frage zusammensetzen?

Walter Ulbricht: Die von Ihnen genannten Staatsmänner haben in ihrer Mehrheit zwei Weltkriege erlebt. Sie wissen also sehr gut, daß mit den Mitteln des Krieges keine Frage gelöst werden kann. Es kommt also darauf an, gemeinsam die Lehre vor allem aus dem zweiten Weltkrieg zu ziehen. Diese Lehre besagt, daß auf dem Wege gleichberechtigter Verhandlungen die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen gewährleistet werden muß.

Wenn Sie mich fragen, welche Wünsche ich an die genannten vier Staatsmänner richten möchte, so möchte ich sagen:

Mögen sie im Bewußtsein einer hohen Verantwortung für den Frieden und auf der Grundlage der historisch gewachsenen Tatsachen konstruktive Ideen und Vorschläge darüber entwickeln, wie die Überreste des zweiten Weltkrieges in Deutschland endlich beseitigt und Frieden und Sicherheit gewährleistet werden können.

Wir haben mit unserem Deutschen Friedensplan einen konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Fragen geleistet und sichern auch in Zukunft unsere Mitwirkung bei der Sicherung des Friedens zu. Unser Friedensplan, der von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961 angenommen wurde, enthält Vorschläge, deren Verwirklichung Frieden und Sicherheit für das deutsche Volk wie für alle Nachbarn Deutschlands bringen würde.*

Mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, stimmen wir in der Frage der allgemeinen und vollständigen Abrüstung wie auch des deutschen Friedensvertrages völlig überein. Die führenden Staatsmänner der Westmächte möchte ich bitten, unseren Deutschen Friedensplan aufmerksam und ohne Vorurteile zu studieren, bevor sie sich zu Verhandlungen

* Siehe S. 104 ff.

über die deutsche Frage zusammensetzen. Das könnte die friedliche Lösung heute noch strittiger Fragen erleichtern.

Mark Wilson: Sind Sie der Meinung, Herr Ulbricht, daß die deutsche Frage eine wirkliche Bedrohung für den Frieden der Welt darstellt?

Walter Ulbricht: Was heißt das: deutsche Frage? Sie sprechen von der deutschen Frage, weil die Regierung in Bonn Revancheforderungen stellt, die Grenzen einiger volksdemokratischer Staaten und auch die Grenzen der Sowjetunion ändern will und weil der Militarismus in Westdeutschland zu einer Gefahr nicht nur für das deutsche Volk, sondern für alle Völker geworden ist.

Die Entwicklung in Westdeutschland, die von den westdeutschen Imperialisten, ihrem Kriegsminister und ihren Hitlergeneralen ungeniert betriebene Vorbereitung eines Revanchekrieges – das ist eine wirkliche, eine ernste Bedrohung für den Frieden der Welt. Hitler hat vor etwa 23 Jahren seinen Revanchekrieg ähnlich vorbereitet.

Einiges ist heute allerdings anders. Das Kräfteverhältnis hat sich grundlegend verändert. Auch gibt es heute die Deutsche Demokratische Republik, den deutschen Friedensstaat, der die nationalen Interessen des deutschen Volkes repräsentiert und in die historische Entwicklung eingreift. Daneben gibt es den militaristischen westdeutschen Staat.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß dieser westdeutsche Staat seit Abschluß der Pariser Verträge zunehmend in einen NATO-Staat umgewandelt wurde. Nachdem die Bonner Regierung – und die herrschende Partei, die CDU, in ihrer kürzlich beschlossenen Grundsatzerklärung – dargelegt haben, daß ein nationaler deutscher Staat ihrer Ansicht nach nicht mehr möglich sei, sondern nur ein NATO-Staat unter USA-Führung, wenn auch mit deutschsprachiger Bevölkerung, gibt es nur noch einen Weg, den Frieden zu erhalten: Durch einen Friedensvertrag müssen die nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen und jetzt bereits weit über ein Jahrzehnt existierenden Grenzen und staatlichen Verhältnisse bestätigt werden. Dadurch wird zugleich bestätigt, daß jede Revanchepolitik aussichtslos und jede militärische Verletzung der Grenzen der DDR eine Verletzung des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen ist und schwere Folgen haben kann.

Das Bestreben mancher Politiker der Westmächte, sich um die Anerkennung dieser realen Lage, die sie selbst erkennen, herum-

zudrücken, erscheint naiv. Manche Politiker der Westmächte, darunter auch viele Großbritanniens und Frankreichs, unterstützen in dem frommen Kinderglauben, einen Tiger, der Blut geleckt hat, als friedliches Haustier halten zu können, die unverbesserlichen westdeutschen Militaristen und öffnen ihnen sogar das eigene Land zur militärischen Invasion. Das hätte sich Hitler 1945 nicht träumen lassen, daß seine Panzer doch noch auf den britischen Inseln rollen würden!
Sieht man denn in England nicht, daß die Politik der herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik darauf abgestellt ist, eine Situation herbeizuführen, in der Großbritannien, die USA und Frankreich an der Seite der westdeutschen Militaristen in deren Revanchekrieg hineingezogen werden?
Ich habe mal so etwas läuten hören, Großbritannien gehöre zu den Siegern des zweiten Weltkrieges. Das muß aber wohl ein Irrtum sein! Denn der westdeutsche Kriegsminister Strauß erklärte erst vor wenigen Tagen in den USA, für ihn sei der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Man könnte ihm beinahe glauben, wenn man vernimmt, daß westdeutsche Truppen in Frankreich marschieren und westdeutsche Panzer in England rollen.
Was wollen denn die Bonner Regierung und ihre Hitlergenerale? Sie wollen, wie Herr Strauß sagt, den Krieg weiterführen, indem sie die USA, Großbritannien, Frankreich und andere NATO-Staaten in ein Abenteuer hineinziehen mit dem Ziel, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen. Sie wollen den Weg der Hitlerschen Abenteuer in einer neuen Koalition und mit abgeänderter Frontstellung fortsetzen. Aber das hindert sie nicht, einige der Partner dieser neuen Koalition schon jetzt an die Wand zu drücken.
Ich habe mir einmal die Außenhandelsstatistik angesehen. Es ist doch interessant: die westdeutsche Ausfuhr in den Sterlingraum – ohne Großbritannien – ist von 1955 bis 1960 von 537 Millionen Dollar auf 932 Millionen Dollar gestiegen. Aber der Anteil Großbritanniens an der Einfuhr Indiens fiel von 24,4 Prozent im Jahr 1954 auf 19,5 Prozent im Jahre 1959. Der Anteil Westdeutschlands stieg in derselben Zeit von 6,2 auf 13,4 Prozent. Dieselbe Entwicklung sehen wir im Außenhandel der Südafrikanischen Union und anderer Länder des Sterlingraumes. Insgesamt hat sich von 1953 bis 1960 die britische Ausfuhr um rund 39 Prozent erhöht, die westdeutsche jedoch um rund 160 Prozent. 1953 war der britische Export noch um 63 Prozent höher als der

westdeutsche. 1960 jedoch war er um 13 Prozent niedriger. 700 bis 800 Millionen Mark jährlich gibt England in Devisen für die Unterhaltung seiner Rhein-Armee auf westdeutschem Boden aus.
Sehen Sie! Vom Standpunkt der Zahlungsbilanz betrachtet, ist das doch eine Art Devisenzuwendung ohne Gegenleistung an Westdeutschland.
Das alles gehört doch zu den Ursachen der gegenwärtigen ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen Ihr Land zu ringen hat. Gleichzeitig tritt aber der Staat der westdeutschen Militaristen, der sich länger als ein Jahrzehnt mit amerikanischen Dollars und englischen Pfunden mästen ließ, auch gegenüber seinen eigenen Verbündeten immer übermütiger und anmaßender auf.
Ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen, daß wir vor den Leistungen des britischen Volkes, vor seiner Tüchtigkeit, Zähigkeit und Tapferkeit die allergrößte Hochachtung haben. Aber die lebensgefährliche Unterstützung der westdeutschen Militaristen und ihrer Revanchepolitik durch die Regierungen der Westmächte kann in uns deutschen Antifaschisten und Gegnern des Militarismus nur ein Gefühl der Bitterkeit hervorrufen.
Mark Wilson: Sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung haben erklärt, daß die deutsche Frage zu einem dritten Weltkrieg führen könnte, wenn sie falsch angefaßt würde. Sind Sie dieser Meinung? Wenn ja, welche Lösung sehen Sie, dies zu vermeiden?
Walter Ulbricht: Ich habe schon dargelegt, daß – nach meiner Überzeugung – sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung eine gefährliche Politik treiben, wenn sie den westdeutschen Militaristen und Hitlergeneralen, ihrem Streben nach atomarer Bewaffnung und ihrer Revanchepolitik Hilfestellung leisten. Das ist in der Tat für den Frieden höchst gefährlich.
Sie fragen, welche Lösung wir sehen? Nun, die deutsche Frage sollte *richtig* angefaßt werden. Durch Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten sollten die gefährlichen Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt, und den Revanchepolitikern in Westdeutschland sollte so Einhalt geboten werden.
Das gäbe die Möglichkeit, zu einer völligen Abrüstung beider deutscher Staaten und ihrer durch internationale Garantien gesicherten militärischen Neutralität zu kommen. Dann brauchte niemand mehr zu fürchten, daß von deutschem Boden aus erneut ein Weltkrieg aufflammen könnte. Die beiden deutschen Staaten

könnten die Frage ihrer Verständigung und Überwindung der Spaltung der Nation allein und ohne ausländische Einmischung regeln.

Mark Wilson: Können Sie mir Ihre Meinung sagen zu Meldungen über die Abwanderung von Menschen aus Ostdeutschland nach Westdeutschland?

Von westdeutscher Seite wird behauptet, daß es sich um 1000 Personen täglich handelt. Stimmt das?

Walter Ulbricht: Diese Zahlenangaben gehören mit zur psychologischen Kriegführung gegen die DDR.

Die Abwanderung von Bürgern der DDR nach Westdeutschland ist seit Jahren keine bloße Abwanderung oder Auswanderung aus diesen oder jenen Gründen, sondern ein fester Bestandteil des kalten Krieges, des Menschenhandels, der psychologischen Kriegführung und der Sabotage – gerichtet gegen die Deutsche Demokratische Republik. Das ist keine politische Emigration, sondern schmutziger Menschenhandel, der mit den verwerflichsten Mitteln betrieben wird, in den die Bonner Behörden, das westdeutsche Monopolkapital und auch die US-amerikanischen Agentenzentralen, die meist von Westberlin aus arbeiten, große Geldmittel investieren.

Nachdem in Westdeutschland hohe Pensionen für alte Nazis beschlossen worden sind – bei uns müssen sie sich durch ehrliche Arbeit ernähren –, gehen auch viele politisch belastete Leute nach Westen.

Die Organisationen des Menschenhandels scheuen vor kriminellen Mitteln, vor Erpressung und Nötigung, ja vor Kinderraub und gewaltsamer Entführung nicht zurück. Unser Presseamt kann Ihnen sicherlich – falls Sie es wünschen – eine Fülle von Beweismaterial dafür geben.

In den letzten Monaten ist im Zusammenhang mit unseren Bemühungen um die Sicherung des Friedens von Bonn und den amerikanischen Agentenorganisationen der organisierte Menschenhandel forciert worden. Das Ziel ist: die Deutsche Demokratische Republik zu diskreditieren und ihre Entwicklung zu verzögern.

Wir werden der unerhörten Verschärfung des psychologischen Krieges, dem gelenkten Menschenhandel und der Sabotage nicht tatenlos zusehen. Den westdeutschen Revanchepolitikern wird ihre Politik des Menschenhandels letztlich ins eigene Auge gehen.

Wir schätzen die nüchterne Art der Briten, Tatsachen nun ein-

mal so zu sehen, wie sie sind, und das Beste daraus zu machen. Unser Wunsch ist es, daß das britische Volk und die britische Regierung einen bedeutenden Beitrag leisten, um aus der realen Entwicklung in Deutschland und Europa das Beste zu schaffen. Das aber ist nur möglich im Ergebnis realer Verhandlungen zwischen den vier Mächten und den beiden deutschen Staaten, die von dem Willen zur Verständigung getragen sein sollten und deren Hauptinhalt der Abschluß eines Friedensvertrages und die Entschärfung des Kriegsbrandherdes Westberlin ist.

Mark Wilson: Ich versichere Ihnen, Herr Ulbricht, daß ich aufrichtig der Meinung bin, daß die Veröffentlichung Ihrer Auffassungen nur dem Guten dienen kann. Doch darf ich noch einige weitere Fragen stellen?

Walter Ulbricht: Bitte sehr.

Mark Wilson: Wenn Sie sagen, Herr Ulbricht, das deutsche Problem müßte *richtig* angefaßt werden, meinen Sie dann damit, daß ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden soll?

Walter Ulbricht: Richtig!

Mark Wilson: Hoffen Sie das wirklich im Innern Ihres Herzens?

Walter Ulbricht: Ich wünsche das von ganzem Herzen. Denn das wäre der Ausgangspunkt für einen friedlichen Weg zur Lösung der deutschen Frage. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten würde bedeuten, daß die herrschenden Kreise in Westdeutschland ihre Revanchepolitik einstellen müßten. Aber das wäre schließlich kein Opfer, das wir verlangen. Im Gegenteil. Die Revanchepolitik ist ohnehin nicht durchführbar. Sie ist völlig aussichtslos.

Mark Wilson: Sind Sie der Auffassung, Herr Ulbricht, daß der gegenwärtige Zustand der Welt es notwendig macht, die Zeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrages zu begrenzen. Kann man der Sache *langsam* nähertreten oder ist es notwendig, daß das in diesem Jahr oder im nächsten Jahr geschieht?

Walter Ulbricht: Ich denke, man ist der Frage des Friedensvertrages wirklich sehr langsam nähergetreten. Denn die Vorschläge der Sowjetunion wurden vor zweieinhalb Jahren gemacht. Nach langwierigen Verhandlungen und solcher Verzögerung ist *jetzt* der Zeitpunkt gekommen, wo nicht länger gewartet werden kann. Ein weiteres Warten wäre nur für die westdeutschen Militaristen von Nutzen.

Die westdeutschen Militaristen beschleunigen die Atomkriegs-

rüstung. Herr Strauß sagte, die westdeutsche Armee sei gegenwärtig zu 50 Prozent mit Atomwaffen ausgerüstet. Er brauche zur vollständigen atomaren Aufrüstung noch zwei Jahre, bis etwa Ende 1962. Es ist also entschieden höchste Zeit, der Revanchepolitik, mit der die Atomrüstung verbunden ist, einen Riegel vorzuschieben.

Die Regierung der UdSSR hat großes Entgegenkommen gezeigt, indem sie vorschlug, die beiden deutschen Staaten sollten sich über die Vorbereitung eines Friedensvertrages und die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands verständigen. Die Bonner Regierung hat das abgelehnt. Sie will ihre Revanchepolitik nicht aufgeben. Aber wir können nicht zulassen, daß die westdeutschen Militaristen die Politik in Deutschland und in der Welt bestimmen. Wir sind dafür, daß die Friedenskräfte die Richtung der Weltpolitik bestimmen. Es muß nunmehr unverzüglich darangegangen werden, den Friedensvertrag vorzubereiten und abzuschließen.

Ich möchte nicht annehmen, daß sich das britische Volk oder seine Regierung von den Bonner Militaristen die weitere europäische Politik vorschreiben lassen wollen. Ich denke, in dieser Frage stimmen wir weitgehend überein. Wir wollen den Frieden und das britische Volk will ihn ebenfalls.

Mark Wilson: Aber genau! – Sind Sie also der Auffassung, Herr Ulbricht, daß jeder weitere Tag der Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages die Gefahren für den Frieden erhöht?

Walter Ulbricht: Ja.

Mark Wilson: Gibt es von Ihrer Seite, Herr Ulbricht, irgendeine Drohung, die Grenzen zu schließen?

Walter Ulbricht: Eine solche Drohung gibt es nicht. – Sehen Sie, das hängt von den Westmächten ab, nicht von uns. Das hängt davon ab, daß sie zu einem friedlichen Vertragssystem übergehen. Entscheidend ist, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen wird und normale vertragliche Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlin und den Staaten hergestellt werden, die die Transitlinien auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu benutzen wünschen.

Mark Wilson: Es gibt also überhaupt keine Frage, daß etwa die Grenzen geschlossen werden sollen? Ist es richtig zu sagen: Sie hätten heute nicht die Absicht, die Grenzen zu schließen?

Walter Ulbricht: Das ist richtig. Voraussetzung ist, daß die andere Seite friedliche Absichten bezeugt, indem sie zu normalen Beziehungen übergeht.

Gerhard Kegel: Es geht ja schließlich auch nicht an, daß die Deutsche Demokratische Republik auf die Dauer die amerikanische Besatzung in Westberlin mitfinanziert.
Mark Wilson: Finanziert? Mit Menschen?
Gerhard Kegel: Auch mit Geld!
Walter Ulbricht: Ich will Ihnen das erklären, Herr Wilson!
Die USA benutzen zum Beispiel seit 1945 unser Telefonkabel nach dem Westen. Die Benutzungsgebühren betragen jährlich 1 038 800 DM. Die britischen Besatzungstruppen in Westberlin benutzen ebenfalls eines unserer Kabel. Die Gebühren betragen jährlich 519 500 DM. Die Deutsche Demokratische Republik unterhält und pflegt diese Kabel. Das geht noch zurück auf ein Abkommen der vier Mächte. Aber dieses Abkommen sieht auch die Zahlung entsprechender Gebühren vor. Die Sowjetunion zahlt für die Benutzung der Kabel. Die USA und England zahlen nicht. Das heißt, wir finanzieren auch noch das Verbindungswesen der amerikanischen und der britischen Besatzungstruppen in Westberlin.
Ein weiteres Beispiel: Die Besatzungstruppen der Westmächte in Westberlin benutzen die Eisenbahn der Deutschen Demokratischen Republik und deren Einrichtungen zu Vorzugstarifen. Das heißt, unsere Werktätigen zahlen auch hier für die Besatzung in Westberlin. Niemand kann doch behaupten, 16 Jahre nach Beendigung des Krieges müßten solche Zustände bestehen bleiben. Ich denke, die USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich schon an die international übliche Ordnung halten.
Gerhard Kegel: Wenn sie uns schon nicht lieben, sollten sie wenigstens nicht auf unsere Kosten leben.
Walter Ulbricht: Und dazu noch das Besatzungsregime in Westberlin aufrechterhalten! Wir erwarten keine Liebeserklärungen für die DDR, aber normale Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

*

Im Zusammenhang mit einigen weiteren Fragen von Herrn Wilson über die Situation in Berlin erläuterte Walter Ulbricht dem britischen Journalisten in großen Zügen die Entwicklung in Berlin seit 1945 und erklärte unter anderem:

„Im Jahre 1945 wurden in Berlin antifaschistisch-demokratische Bezirksverwaltungen und ein antifaschistisch-demokratischer Magistrat gebildet.
Ich selbst habe in Berlin diese neuen Verwaltungen organisiert. Das war sozusagen eine Große Koalition von Kommunisten und

Sozialdemokraten bis zu bürgerlichen Politikern, die Gegner Hitlers waren. Damals gab es in Berlin eine einheitliche Stadtverordnetenversammlung, die hier ihren Sitz hatte. Als dann die USA-Regierung Deutschland und Berlin spaltete, zogen die Anhänger der amerikanischen Politik aus der Stadtverordnetenversammlung nach Westberlin aus. Der Magistrat von Groß-Berlin sitzt daher rechtmäßig im alten Rathaus der Stadt Groß-Berlin.

In Westberlin hat sich ein Senat gebildet, der auf Grund der Unterstützung durch das Besatzungsstatut der drei Westmächte regiert. So hat sich die Lage hier entwickelt. Nachdem die Westmächte in Westberlin eingezogen waren, wurden dort die Antifaschisten wieder aus der Verwaltung entfernt und dafür die 131er, die früheren aktiven Nazis, in die Verwaltung aufgenommen. Wir aber haben eine von Hitleristen gesäuberte Verwaltung, die völlig den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens entspricht. Das ist die reale Lage.

Es wird so viel von der angeblich bedrohten Freiheit der Westberliner gesprochen. Machen Sie doch einmal sonnabends und sonntags einen Streifzug durch unser Berlin! Sie werden finden, daß sich am Müggelsee, bei Grünau und überall Zehntausende Westberliner tummeln. Die Bevölkerung der Hauptstadt der DDR und die Westberliner kommen also offensichtlich ganz gut miteinander aus. Oder gehen Sie einmal in die großen Theater unserer Stadt. Dort werden Sie sehen, daß ungefähr ein Drittel der Besucher Westberliner sind. In dieser Hinsicht bestehen also ganz normale Beziehungen. Nicht die Freiheit der Westberliner ist in Gefahr, sondern nur die Tätigkeit der ausländischen Agenturen und der Agenturen der westdeutschen Militaristen in Westberlin. Die muß man beseitigen. Die Westberliner, davon bin ich überzeugt, wollen ebenso wie wir in Frieden leben und in Frieden arbeiten. Mit ihnen werden wir uns gut verständigen."

Walter Ulbricht bat abschließend den britischen Journalisten, dem britischen Volk zu sagen, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ehrlich die Sicherung des Friedens und gutnachbarliche Beziehungen zu allen Völkern Europas erstreben. „Ich habe", so sagte Walter Ulbricht, „in zwei Weltkriegen gegen den deutschen Militarismus gekämpft. Ich weiß, was Krieg bedeutet. Und ich kenne auch den aggressiven und barbarischen Charakter des deutschen Militarismus. Wir bitten das britische Volk zu verstehen, daß die Bändigung und Überwindung des deutschen Militarismus die Lebensfrage des deutschen

Volkes ist. Möge das britische Volk keine Maßnahmen zulassen, die eine Unterstützung des deutschen Militarismus bedeuten. Denn das würde die Gefahr vergrößern, die der deutsche Militarismus für das deutsche Volk und auch für das britische Volk darstellt."

Herr *Mark Wilson* dankte in herzlichen Worten für das Interview und das aufgeschlossene Gespräch.

Aus der Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, auf der 19. Tagung der Volkskammer am 11. August 1961

Erfüllt von der ernsten Verantwortung für den Frieden und die friedliche Zukunft des deutschen Volkes wendet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach der Moskauer Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des Warschauer Vertrages mit einer Erklärung über den deutschen Friedensvertrag an die Abgeordneten der Volkskammer und an alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit zwingender Notwendigkeit und unaufschiebbar stehen der Abschluß des Friedensvertrages und die Regelung der Westberlinfrage auf der Tagesordnung der Geschichte. Es geht dabei um den Frieden in Deutschland und in Europa, um das friedliche Leben unseres deutschen Volkes und der anderen Völker Europas. Der Friedensvertrag soll unserem Volk eine friedliche Zukunft sichern und verhindern, daß wieder von Deutschland ein Krieg seinen Ausgang nimmt. Der Friedensvertrag soll den Weg zur militärischen Neutralität der beiden deutschen Staaten und so zu einem militärisch neutralen, friedlichen, geeinten Deutschland ebnen.

Der Deutsche Friedensplan entspricht den nationalen Lebensinteressen des deutschen Volkes

Als unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa und zur Lösung unserer nationalen Frage hat das Hohe Haus vor einem Monat, am 6. Juli, den vom Herrn Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, vorgeschlagenen und begründeten Deutschen Friedensplan einstimmig beschlossen.

Die Volkskammer, der Wortsprecher unserer Nation, forderte alle Deutschen guten Willens in Ost und West unseres Vaterlandes auf, den Deutschen Friedensplan zum Wohle der ganzen Nation in die Tat umzusetzen.*
Unsere Vorschläge entsprechen dem Wesen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates als eines Friedensstaates und gehen aus vom Bewußtsein der Überlegenheit der friedlichen Prinzipien unserer auf der sozialistischen Ordnung beruhenden Politik.
Der Deutsche Friedensplan entspricht den nationalen Lebensinteressen unseres Volkes. Er sieht in allererster Linie die Bildung einer Deutschen Friedenskommission vor, die sich vordringlich über deutsche Vorschläge zum Friedensvertrag und über ein Abkommen des guten Willens zwischen beiden deutschen Staaten zur sofortigen Verbesserung ihres gegenseitigen Verhältnisses verständigen soll.
Aus der Verständigung der beiden deutschen Staaten über die dringendsten Lebensfragen unserer Nation würden Vereinbarungen über die Fragen, die eine Friedensregelung mit Deutschland und die Wiedervereinigung betreffen, hervorgehen, Vereinbarungen, die nach dem Vorschlag der Sowjetunion die vier Mächte im vornhinein anerkennen sollen.
Der Deutsche Friedensplan bietet also unserem Volk die große nationale Chance, in freier Selbstbestimmung seine Probleme friedlich zu regeln.
Seit dieser bedeutsamen Tagung des Hohen Hauses sind fünf Wochen vergangen, deren Verlauf nochmals deutlich vor Augen geführt hat, wie notwendig, wie unaufschiebbar die Verwirklichung unserer Vorschläge ist. Die Notwendigkeit des Abschlusses des Friedensvertrages ist mit jedem Tage immer deutlicher geworden. Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages noch im Laufe des Jahres 1961, das ist das absolute Gebot der nationalen Sicherheit des ganzen deutschen Volkes und der Festigung des Friedens in Europa und in der Welt.

Die Antwort aus Bonn

Die Bundesregierung der Militaristen und Revanchisten hat auf den Deutschen Friedensplan, auf die dem deutschen Volk gebotene Chance, durch Abschluß des Friedensvertrages sein Schicksal selbst zu bestimmen, mit neuem nationalen Verrat geantwortet.

* Siehe S. 104 ff.

Ihre Antwort ist: wüste Hetze und niederträchtige Verleumdungen jedes – auch des bescheidensten – Versuches, in der deutschen Frage von der Realität zweier deutscher Staaten auszugehen.
Ihre Antwort ist: eine Welle des Chauvinismus und der Kriegshysterie, eine Hochflut der Revanchehetze und der psychologischen Kriegführung, eine mit gewissenlosen Mitteln betriebene Organisierung des gegen die DDR gerichteten Menschenhandels.
Ihre Antwort ist: beschleunigte Ausrüstung der Bundeswehr mit Raketen- und Atomwaffen, Aufstellung neuer Divisionen, Vorbereitung der Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate, Einberufung von Reservisten, um die vorhandenen Divisionen auf Kriegsstärke zu bringen, und weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes um Milliarden.

Neue Etappe der Aggressionsvorbereitungen der westdeutschen Revanchisten

Der westdeutsche Revanchismus ist in eine neue Etappe der Aggressionsdrohung und der Aggressionsvorbereitung eingetreten. Seinem Aggressionsprogramm sollen die Staaten Westeuropas dienstbar gemacht werden; die Völker Westeuropas sollen ihre Haut für die Interessen der westdeutschen Abenteurer zu Markte tragen. Systematisch streben die Bonner Machthaber danach, die NATO in ein Instrument ihrer eigenen Politik zu verwandeln und ihre Verbündeten zu überspielen. Schon sind wichtige militärische NATO-Positionen im Besitz der Bonner Hitlergenerale. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege ist die auf Drängen des alten Aggressionsspezialisten Speidel unter Beteiligung westdeutscher Verbände in den letzten Wochen aufgestellte und mit Atomraketen ausgerüstete „Eingreiftruppe“ der NATO. Speidel selbst hat das im vergangenen Monat in der Zeitschrift „Visier“ in einem Interview triumphierend verkündet. Aus dem Interview geht klar hervor, daß es sich um eine Aggressionstruppe handelt, die die Bonner Revanchisten zur Provozierung eines Konfliktes zu benutzen gedenken, in den sie die Westmächte hineinziehen wollen.
Die Völker vom Nordkap bis zur iranischen Grenze sollen sich für die Kriegspläne der deutschen Militaristen opfern, das ist die Devise Speidels und seiner Herren. Dieser Hitlergeneral hat nichts vergessen und nichts hinzugelernt und nimmt deswegen eine Schlüsselposition in der NATO ein. Die Errichtung eines ganzen

Netzes von Militärstützpunkten der Bundeswehr in Frankreich, Großbritannien und anderen westeuropäischen Ländern bestätigt diese Feststellung mit allem Nachdruck.
Die Deutsche Demokratische Republik soll zerschlagen werden; die Bonner Revanchearmee soll zunächst bis zur Oder vorrücken; in ganz Deutschland soll die Herrschaft des westdeutschen Militarismus aufgerichtet werden; die Auslieferung unserer volkseigenen Industrie an die westdeutschen Monopole und des Bodens unserer Bauern an die westdeutschen Großgrundbesitzer wird von einem eigens dazu geschaffenen „Forschungsbeirat“ bis ins Detail vorbereitet. Das ist die Selbstbestimmung und die Wiedervereinigung à la Bonn.

Der berüchtigte Paketplan taucht wieder auf

Auf der am vergangenen Montag beendeten Konferenz der westlichen Außenminister sorgte Herr von Brentano dafür, daß die aggressiven Interessen Bonns nicht zu kurz kommen. Brentano trat in Paris vor allem dafür ein, die beiden deutschen Staaten aus der Lösung der deutschen Frage auszuschalten.
In Paris wurde beschlossen, die Vorschläge der Sowjetunion über den Abschluß des Friedensvertrages mit militärischen Drohungen und mit einer Neuauflage des sogenannten Paketplanes zu beantworten, der im Jahre 1959 in Genf bankrott gemacht hat. Sein Ziel bestand darin, ein zur NATO gehörendes militärisches Gesamtdeutschland zu schaffen. Demgemäß war er darauf abgestellt, erfolgversprechende Verhandlungen zu verhindern, indem er eine Vielzahl komplizierter Fragen miteinander verkoppelte und jedem greifbaren Vorschlag zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auswich. Der Paketplan der Westmächte schaffte den westdeutschen Militaristen zusätzliche Zeit und Bewegungsfreiheit, das Fehlen eines Friedensvertrages zur Vorbereitung eines neuen Krieges auszunützen. Der Paketplan war kein Friedensvorschlag und sollte auch gar keiner sein; er war ein Plan, der den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages endlos verzögern und dadurch die revanchistischen Kriegspläne der Bonner Militaristen aufs beste unterstützen sollte. Das wurde schon auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 von den Delegationen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik verständlich klargestellt. Heute, zwei Jahre später, wissen die Westmächte nichts Besseres als auf die Forde-

rung nach Abschluß eines Friedensvertrages wieder mit diesem berüchtigten Paketplan zu antworten.
Aber alle offiziellen Verlautbarungen über die Ergebnisse der Pariser Außenministerkonferenz können nicht die wachsenden Widersprüche zwischen den Westmächten verbergen und noch viel weniger die rasch vertiefende Kluft zwischen der offiziellen Politik und der öffentlichen Meinung in jedem dieser Staaten.
Während die aggressiven Kreise im Bonner Staat und anderswo die Kriegspsychose schüren und das Wettrüsten forcieren, wächst in der internationalen Öffentlichkeit die Erkenntnis, daß die durch den Kurs Bonns geschaffene gefährliche Lage im Herzen Europas eine ernste Gefährdung seiner eigenen Bundesgenossen darstellt und ohne weiteren Aufschub beseitigt werden muß. Die öffentliche Meinung im Westen bringt immer unmißverständlicher zum Ausdruck, daß die Völker nicht gesonnen sind, ihre Lebensinteressen einer Handvoll abenteuerlicher Revanchisten in Bonn zum Opfer zu bringen.

Bonn hat das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verraten

Es wächst in der internationalen Öffentlichkeit die Erkenntnis, daß die Bonner Revanchisten, wenn sie solch hohe, den Völkern heilige Begriffe wie den der Selbstbestimmung im Munde führen, nur ihre Politik des nationalen Verrats tarnen wollen.
Das oberste Gebot der Selbstbestimmung ist es, dem eigenen Volk den Frieden und seinen Nachbarn die Sicherheit zu gewährleisten.
Ist es aber nicht eine Tatsache, daß die Bonner Regierung in den Pariser Verträgen die Freiheit der westdeutschen Bevölkerung verhökert hat gegen volle Freiheit für die westdeutschen Hitlergenerale!
Ist es nicht eine Tatsache, daß die Bonner Regierung in den Pariser Verträgen das unveräußerliche Recht auch der westdeutschen Bevölkerung auf die friedliche Wiedervereinigung und den Friedensvertrag mit Deutschland verhökert hat gegen das Recht der Hitlergenerale auf Remilitarisierung und Vorbereitung zum Revanchekrieg!
Ist es nicht eine Tatsache, daß die Bonner Regierung die Stationierung fremder Truppen in Westdeutschland und deren Recht auf militärische Eingriffe in das öffentliche Leben Westdeutschlands bis zur Ausrufung des Ausnahmezustandes und der Mili-

tärdiktatur vertraglich und sogar ohne jede zeitliche Beschränkung zugesichert hat, um damit der NATO einen gegen unliebsame Zwischenfälle gesicherten Aufmarschplatz zur Aggression zu schaffen!
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik klagt das Bonner Regime vor dem deutschen Volk und vor der Weltöffentlichkeit an:
Bonn hat das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verraten. Bonn ist ein unversöhnlicher Feind der Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Diese Verräter drängen heute hartnäckig auf die Aufhebung auch der letzten einst in die Pariser Verträge aufgenommenen Beschränkungen der westdeutschen Rüstung, aber unternehmen nicht das geringste, um die gegen das Selbstbestimmungsrecht unseres deutschen Volkes verstoßenden Klauseln dieser Verträge zu beseitigen.
Seit dem Bestehen des westdeutschen Separatstaates versucht die Bonner Regierung, das Streben der Bevölkerung nach Selbstbestimmung zu unterdrücken. Sie hat Volksbefragungen über alles, was für das Leben unseres Volkes wirklich entscheidend ist, wie über das Verbot der Remilitarisierung und den Abschluß des Friedensvertrages, verboten. Sie hat jeden Vorschlag auf Durchführung von Volksentscheiden über das Verbot der Atomrüstung und die Teilnahme beider deutscher Staaten an einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa abgelehnt und Bestrebungen westdeutscher Bürger, derartige Volksbefragungen oder -entscheide in Westdeutschland zu organisieren, mit Polizeigewalt bekämpft. Die Bonner Regierung hat die große Bewegung „Kampf dem Atomtod“ unterdrückt und die 1958 von der westdeutschen Bevölkerung selbst nachdrücklichst geforderte Volksbefragung gegen die Atomrüstung verweigert. Sie wirft aufrechte Patrioten – gleich ob es Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder der Bundesrepublik sind –, die nichts anderes wollen als die Selbstbestimmung unseres Volkes über Krieg oder Frieden, hinter Kerkermauern. Sie scheut sich nicht, westdeutsche Bürger, die in Ausübung ihrer verfassungsmäßig festgelegten staatsbürgerlichen Rechte als Herrn Strauß nicht genehme Kandidaten bei den bevorstehenden Bundestagswahlen auftreten wollen, zu verhaften. Die Adenauer-Regierung setzt ihre Kriegspolitik fort ohne jede Ermächtigung durch die westdeutsche Bevölkerung und gegen deren Interessen, in offenem Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung.

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß für den deutschen Militarismus die Berufung auf Selbstbestimmung immer nur ein Deckmantel seiner aggressiven Pläne ist.
Die westdeutschen Militaristen wollen nicht Selbstbestimmung für unser Volk; sie wollen freie Hand für sich, für ihre Kriegspolitik, für die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik und die Atomaufrüstung in ganz Deutschland als entscheidenden Schritt zur Unterjochung Polens, der ČSSR wie ihrer eigenen westeuropäischen Verbündeten. Sie wollen in ganz Deutschland das Regime wiederaufrichten, das unser Volk Millionen Tote gekostet hat und das von unserem Volk verflucht wird: das Regime des Militarismus und Revanchismus.
Sowohl bei unserem Volk als auch bei allen anderen Völkern muß völlige Klarheit herrschen. Wer der verbrecherischen Berufung Bonns auf das heilige Wort Selbstbestimmung Vorschub leistet, unterstützt, ob er will oder nicht, die Kräfte des Krieges in Deutschland.

Es geht um die Sicherung des Friedens

Worum geht es heute bei der Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes in Deutschland? Es geht um die Sicherung des Friedens. Also geht es um die Bändigung des westdeutschen Militarismus. Ohne die Lösung dieser Aufgabe wird es keinen dauerhaften Frieden in Deutschland und Europa, wird es keine friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands geben. Deshalb fordert das nationale Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes vor allem anderen den Abschluß des deutschen Friedensvertrages.
Gewährleistung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, das heißt gegenwärtig: Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, Beendigung der Atomaufrüstung in Westdeutschland, Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in beiden deutschen Staaten und Herstellung ihrer militärischen Neutralität.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt mit Stolz fest, daß die Deutsche Demokratische Republik dank ihrer Friedenspolitik zum Hort des nationalen Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes und seiner Sicherung gegen alle Anschläge geworden ist.
Wir haben keinen Zweifel, daß diese Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft auch dem tiefsten Sehnen der überwältigen-

den Mehrheit unserer westdeutschen Schwestern und Brüder entspricht, deren Willen durch den Bonner Machtapparat der Hitlergenerale, Blutrichter und Nazidiplomaten unterdrückt und verfälscht wird.
Mahnend steht vor uns Deutschen die deutsche Geschichte. Der deutsche Militarismus hat zwei Weltkriege mit ihren entsetzlichen Folgen entfesselt. Beide Male ging der Überfall auf andere Völker von einem einheitlichen deutschen Staat aus, und zwar von einem militaristischen deutschen Staat. Heute ist der Frieden schon wieder dadurch ernstlich bedroht, daß ein militaristischer Staat im Westen Deutschlands entstanden ist.
Ohne Zügelung der militaristischen Abenteurer durch einen Friedensvertrag kann es keine Wiedervereinigung geben. Der Friedensvertrag schafft die dringlichsten Voraussetzungen der Wiedervereinigung und ist selbst der erste Schritt zu ihr.
So wie die Bonner Revanchisten seit nunmehr 16 Jahren systematisch die friedliche Regelung der deutschen Frage verhindern und die Zeit nutzen, um systematisch Schritt für Schritt ihre politische, ökonomische und militärische Macht wiederherzustellen und auszubauen, so sind sie dabei, auch jetzt wieder die unserem deutschen Volk gebotene große nationale Chance im Interesse ihrer gewissenlosen Kriegspläne zu verspielen.

Der Friedensvertrag steht auf der Tagesordnung

Die Interessen der nationalen Sicherheit unseres Volkes und die Interessen des europäischen Friedens lassen es nicht zu, die Politik der Langmut und der Geduld endlos fortzusetzen.
Der westdeutsche Staat ist kein friedliebender Staat. Die Zeit ist gekommen, entschiedene und entschlossene Maßnahmen zur weiteren Stärkung und Festigung des Friedens in Deutschland und in Europa zu ergreifen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß der Abschluß des Friedensvertrages im Laufe des Jahres 1961 erfolgen wird. Der normalste Weg wäre nach wie vor der Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und auf dieser Grundlage die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist zu einer solchen Regelung bereit. Uns ist es ernst mit dem Streben nach Frieden und Entspannung in Deutschland, mit der Anwen-

dung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die besondere Lage in Deutschland.

Falls die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich im Verein mit der Bundesrepublik, wie es den bisherigen Erklärungen ihrer Regierungen entspricht, weiterhin den Abschluß des Friedensvertrages verweigern, so wird die Deutsche Demokratische Republik mit den dazu bereiten Staaten der ehemaligen Antihitlerkoalition einen Friedensvertrag abschließen, der den Schlußstrich unter den vergangenen Krieg zieht und die Lage in diesem Teil Europas stabilisiert.

Der Friedensvertrag mit unserer Republik wird eine ernste Niederlage für Adenauers Politik der Stärke; er macht klar, daß alle Pläne zur Eroberung unserer Republik, des Bollwerks des Friedens auf deutschem Boden, zum Scheitern verurteilt sind; er stärkt die Autorität unserer Republik und führt eine Politik ad absurdum, die behauptet, mit militärischen Drohungen die Sowjetunion veranlassen zu können, einen „Preis“ für die Deutsche Demokratische Republik zu nennen, das heißt: sich mit der Unterwerfung des ganzen deutschen Volkes unter den deutschen Militarismus abzufinden.

Der Friedensvertrag mit unserer Republik wird eine Normalisierung der Lage in Deutschland bringen und beweisen, daß die Deutsche Demokratische Republik niemanden bedroht, insbesondere auch nicht Westberlin, daß im Gegenteil die Westberliner Bevölkerung die volle demokratische Entscheidungsfreiheit über ihre inneren Angelegenheiten wie äußeren Verbindungen haben wird.

Die Normalisierung der Lage durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik wird es Adenauer erschweren, die NATO als Defensivbündnis zu tarnen und für seine Zwecke einzuspannen. Sie wird allen Völkern die Frage vorlegen, wozu eigentlich NATO-Truppen in Westdeutschland nötig sind. So wird es den Völkern leichter werden, das frevelhafte Spiel Adenauers zu durchschauen. Das wird dem europäischen Frieden dienen.

Die Freiheit der Westberliner Bevölkerung ist nicht bedroht

Mit dem Friedensvertrag muß und wird auch die von der anomalen Lage in Westberlin ausgehende Friedensgefährdung ausgeräumt werden. Es wäre unverantwortlich zu warten, bis die westdeutschen Militaristen ihre Pläne verwirklichen und auf dem

Umwege über Westberlin eine Explosion mit unübersehbaren Folgen auslösen.
Unsere Vorschläge zur Regelung des Westberlinproblems sichern die Freiheit Westberlins und seiner friedliebenden Bewohner. Wer trotzdem die Verleumdung verbreitet, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung sei bedroht, unternimmt damit den untauglichen Versuch, die Westberliner Bevölkerung und andere glauben zu machen, daß Freiheit und amerikanisch-englisch-französische Besatzung identisch seien, einen Versuch, der in Afrika, Asien und Lateinamerika auf sehr handfeste Antworten gestoßen ist. Wer die Bedrohung der Freiheit Westberlins im Munde führt, will von der Hauptfrage, der Sicherung des Friedens, ablenken. Das gilt in erster Linie für Herrn Brandt. Die friedliebende Westberliner Bevölkerung und Hunderte von Millionen Menschen in der ganzen Welt, insbesondere die, die das Besatzungsregime imperialistischer Kolonialmächte jahrzehntelang am eigenen Leibe erfahren haben, werden für diese Art Freiheit keine Sympathie empfinden. Es ist nicht der Wille der Westberliner Bevölkerung, daß Westberlin noch länger Provokationsherd und Lunte am Pulverfaß eines dritten – diesmal atomaren – Weltbrandes bleiben soll. Präsident Kennedy will in unseren von der Notwendigkeit der Friedenssicherung ausgehenden Vorschlägen eine Drohung sehen. Das läuft – gelinde ausgedrückt – den Tatsachen zuwider.
Vor fünf Wochen hat der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik von dieser Stelle aus eindeutig und feierlich erklärt:

> „Ich wiederhole es hier ausdrücklich vor der Weltöffentlichkeit, und ich versichere den Bürgern Westberlins im Namen des Staatsrates und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, im Namen der Volkskammer, im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der anderen Parteien des Demokratischen Blocks, daß die entmilitarisierte Freie Stadt Westberlin in ihrem Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Ordnung und der Freiheit, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, in keiner Weise beeinträchtigt wird, daß niemand sich in die Angelegenheiten ihrer Stadt einzumischen gedenkt und daß wir bereit sind, den Verkehr der Freien Stadt mit West und Ost, Nord und Süd zu gewährleisten. Wir verlangen nur eines von ihnen: Westberlin muß aufhören, Stützpunkt des kalten Krieges zu sein."*

* Siehe S. 67 ff.

Es gibt keine Bedrohung der in Westberlin bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik wird daran nichts ändern; er wird es von neuem bestätigen.
Die Deutsche Demokratische Republik ist bereit, völkerrechtliche Vereinbarungen mit den Behörden Westberlins über den ungehinderten Verkehr Westberlins mit der Außenwelt abzuschließen. In voller Übereinstimmung mit der internationalen Praxis sind wir bereit, mit den interessierten Staaten Abkommen über die Benutzung der Verkehrswege unserer Republik zu Lande, zu Wasser und in der Luft abzuschließen.
In der Mitteilung über die Moskauer Beratung der Ersten Sekretäre werden Vorschläge über die Vereinbarung von Garantien für die Freiheit der Westberliner Bevölkerung gemacht. Es heißt dort:

> „Die Beratungsteilnehmer haben einmütig bekräftigt, daß Westberlin im Falle des Abschlusses eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten als entmilitarisierte Freie Stadt unbehindert seine Verbindungen mit der Außenwelt aufrechterhalten kann. Kein einziges sozialistisches Land strebt nach einer Änderung der in Westberlin bestehenden Gesellschaftsordnung. Im Friedensvertrag werden zuverlässige und wirksame Garantien für strikte Nichteinmischung in die Angelegenheiten Westberlins und für den Zutritt zu ihm enthalten sein."

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erkläre ich hiermit ausdrücklich ihre Bereitschaft, Verpflichtungen über die strikte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin zu übernehmen. Wahrscheinlich wird es das zweckmäßigste sein, daß die Friedenskonferenz zusammen mit dem Friedensvertrag auch eine Deklaration über Westberlin unterzeichnet, die als ein Teil des Friedensvertrages zu betrachten sein wird. In dieser Deklaration könnten alle die Bestimmungen niedergelegt sein, die die freie Entscheidung der Westberliner Bevölkerung über die innere gesellschaftliche und politische Ordnung der Freien Stadt Westberlin und über ihre Verbindung mit der Außenwelt gewährleisten. Die Deklaration könnte auch die völkerrechtliche Grundlage für die Abkommen und Verträge bilden, die sich nach der völligen Beseitigung aller Überreste des Krieges und der Okkupationszeit auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik für die Regelung des Verkehrs und der Beziehungen

Westberlins mit anderen Staaten als notwendig erweisen. In unserer Bereitschaft zur Unterzeichnung einer solchen Deklaration dokumentiert sich zugleich unsere Bereitschaft zur Verständigung über eine vernünftige Regelung aller strittigen Fragen, die sich nach Abschluß des Friedensvertrages aus der Insellage Westberlins und der Beendigung des westlichen Besatzungsregimes ergeben können.

Der Friedensvertrag wird Ruhe, Sicherheit und Frieden für die Westberliner Bevölkerung bringen. Er wird auch Ruhe und Sicherheit für das amerikanische, das englische und das französische Volk bringen. Mit der Normalisierung der Lage in Westberlin wird auch für diese Völker die Gefahr beseitigt, von den westdeutschen Scharfmachern durch Provokationen in Westberlin in unübersehbare kriegerische Abenteuer hineinmanövriert zu werden. Der Abschluß des Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik und die auf dieser Grundlage erfolgende Regelung des Westberlinproblems ist ein entscheidender Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und zur Erhöhung der internationalen Autorität des deutschen Friedensstaates.

Es wird keinen Krieg geben, weil das Lager des Friedens stark ist

Durch unser Handeln werden wir dazu beitragen, die Lage in Deutschland zu normalisieren und den Herd der Kriegsgefahr zu beseitigen. Kein hysterisches Kriegsgeschrei unserer Gegner kann uns davon abbringen. Es wird keinen Krieg geben, weil das Lager des Friedens stark ist. Und gerade der Friedensvertrag ist dazu bestimmt und geeignet, ihn zu verhindern.

Der Friedensvertrag wird auch den westdeutschen Bürgern zeigen, wie das deutsche Volk gesichert in einem friedliebenden Staat mit einem Friedensvertrag, frei von Militaristen und Revanchisten leben kann. Der Friedensvertrag verdeutlicht den Bürgern Westdeutschlands die eiserne Logik der deutschen Geschichte, daß es ohne Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland keine Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung Deutschlands geben kann. Er wird für alle friedliebenden und vaterländischen Menschen in Westdeutschland Ansporn und Wegweiser im Kampf zur Ausräumung dieser Hindernisse für die friedliche Lösung unserer nationalen Frage. Der Friedensvertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik dient also in jeder Weise den Interessen unserer deutschen Nation.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt in vollem Umfange überein mit dem in der großen Rede des Ministerpräsidenten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Nikita Sergejewitsch Chrustschow, in den sowjetischen Noten an die drei Westmächte und in dem sowjetischen Memorandum an die Bundesregierung dargelegten Standpunkt der Sowjetregierung zur deutschen Frage, darunter insbesondere zum Abschluß des Friedensvertrages und zur Regelung der Westberlinfrage.
Deshalb sind die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, wie aus der Mitteilung über die Beratung der Ersten Sekretäre zu ersehen war, dahin übereingekommen, die zuständigen Organe zu beauftragen, alle notwendigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorzubereiten, die den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die Einhaltung seiner Bestimmungen gewährleisten, darunter auch der Bestimmungen, die Westberlin als eine Freie Stadt betreffen.
Ich teile dem Hohen Haus im Auftrage der Regierung mit, daß diese Verhandlungen, insbesondere was die wirtschaftlichen Maßnahmen betrifft, bereits begonnen und auch schon die ersten Ergebnisse gezeitigt haben.
In Übereinstimmung mit den Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hält es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für zweckmäßig, daß im Spätherbst eine Konferenz der Außenminister der sozialistischen Staaten stattfindet, auf der die Ergebnisse der bis dahin geleisteten Vorbereitungsarbeiten für den Abschluß eines Friedensvertrages überprüft und die weiteren Maßnahmen festgelegt werden.
Die Verantwortung, die unser Friedensstaat der ganzen Nation gegenüber trägt, gebietet uns, zu handeln. Das Recht ist auf unserer Seite. Auf unserer Seite ist das gesamte sozialistische Lager, die Welt und die Macht, die den Kosmos erobert. Es liegt im Lebensinteresse unserer westdeutschen Schwestern und Brüder, Chrustschows Warnung nicht zu überhören, daß die Bundesrepublik nicht einmal wenige Stunden eines dritten Weltkrieges überleben würde, und den Bonner Organisatoren des Untergangs Westdeutschlands Einhalt zu gebieten. Durch unser Handeln werden wir dazu beitragen, die Lage in Deutschland zu normalisieren und den Herd der Kriegsgefahr zu beseitigen. Kein hysterisches Kriegsgeschrei unserer Gegner kann uns davon abbringen. Es wird keinen Krieg geben, weil das Lager des Friedens

stark ist. Und gerade der Friedensvertrag ist dazu bestimmt und geeignet, ihn zu verhindern.

Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wende ich mich an das Hohe Haus mit der Bitte, dem Standpunkt der Regierung der Sowjetunion zur deutschen Frage, wie er in der Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow vom 7. August und in den sowjetischen Dokumenten an die Westmächte und die Bonner Regierung dargelegt ist, in vollem Umfange zuzustimmen,

die Ergebnisse der Moskauer Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des Warschauer Vertrages zu billigen und insbesondere, daß die erforderlichen Schritte zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages eingeleitet werden,

und zur Vorbereitung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages die Abhaltung einer Außenministerkonferenz der Warschauer Vertragsstaaten gutzuheißen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ruft alle Bürger auf, sich fest um den Staatsrat, die Volkskammer und die Regierung zu scharen und freudigen Herzens die großen nationalen Verpflichtungen zu erfüllen, die der Schutz des Friedens und die Sicherung der friedlichen Zukunft unseres Volkes uns allen auferlegen.

(Zwischenüberschriften: DIZ)

Rede des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, auf der 19. Tagung der Volkskammer am 11. August 1961: Kampf dem Menschenhandel!

Genosse Vorsitzender des Staatsrates!

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Die Vorschläge und Vorbereitungen zum Abschluß eines Friedensvertrages haben lebhafte Zustimmung und tatkräftige Unterstützung bei der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gefunden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und bleibt stets bemüht, im Interesse der Sicherung des Friedens und der friedlichen Arbeit unserer Bürger die Reste des zweiten

Weltkrieges zu beseitigen und alle damit zusammenhängenden Fragen durch Verhandlungen zu regeln.
Entsprechend den von der Volkskammer bestätigten Grundsätzen hat der Ministerrat in der Vergangenheit eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet und Maßnahmen getroffen, die diesem Ziel dienen.
Sie wissen alle, verehrte Abgeordnete, wie die herrschenden Kreise in Bonn auf die Angebote und Vorschläge der Volkskammer, des Staatsrates und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik reagiert haben.
Sie haben die psychologische Kriegführung verstärkt und dadurch die Lage in Deutschland und das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten verschärft. Der Ausspruch des westdeutschen Kriegsministers Strauß, daß der zweite Weltkrieg nicht zu Ende sei, zeigt, welche Politik die Bonner Regierung in Wahrheit verfolgt. Das, was Strauß aussprach, wird seitens der westdeutschen Militaristen täglich gegen die Deutsche Demokratische Republik praktiziert. In ihrem Haß gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik greifen die westdeutschen Imperialisten und Militaristen zu den verwerflichsten Mitteln. Hierzu gehört in erster Linie der gegenwärtig mit barbarischen Methoden geführte Menschenhandel mit Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, der in krassester Form allen Normen des Völkerrechts widerspricht und das deutsche Volk daran hindert, in Ruhe und Sicherheit zu leben.
Die Großzügigkeit der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik beim Reiseverkehr wird von den Menschenhändlern in schamloser Weise für ihre schmutzigen Ziele mißbraucht.
Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, hat kürzlich in einem Interview darauf hingewiesen, daß der Menschenhandel und die Abwerbung ein fester Bestandteil des kalten Krieges, der psychologischen Kriegführung und der Sabotage sind, die sich gegen die Deutsche Demokratische Republik richten.*
Das sind die echten Ärgernisse, von denen der Präsident der USA, Herr Kennedy, sprach und die im Interesse der Normalisierung der Verhältnisse beseitigt werden müssen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weiß sich einig mit der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung in

* Siehe S. 115 ff.

ihrem Bestreben, dem gefährlichen Treiben der Menschenhändler und Abwerber einen Riegel vorzuschieben.
In ihrer Erklärung vom 29. Juli 1961 hat die Regierung auf den verstärkten Umfang des Menschenhandels hingewiesen, der von den Bonner Einpeitschern eines Atomkrieges betrieben wird.* Dieses abscheuliche Verbrechen ist eines der Mittel ihrer aggressiven gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat gerichteten Politik. Die Kopfjäger versenden unzählige Briefe in unsere Republik, um Menschen abzuwerben, und benutzen vor allem den Aufenthalt von DDR-Bürgern in Westdeutschland und Westberlin auf Tagungen und Kongressen, um die Abwerbung und den Abkauf zu organisieren. So wurde zum Beispiel auf dem im Mai dieses Jahres in Westberlin durchgeführten Kongreß über ärztliche Fortbildung der Versuch zur Abwerbung von Ärzten aus der Deutschen Demokratischen Republik unternommen. Dabei trat besonders der sogenannte „Hartmann-Bund" in Erscheinung, der in sämtlichen Einrichtungen des Kongresses „Beratungsstellen" unterhielt und „Vertrauensleute" einsetzte, um Abwerbungsgespräche mit Ärzten zu führen.
Das Schicksal vieler Irregeleiteter, die in die Fänge der Abwerber und Kopfjäger geraten sind, beweist, daß der Weg in den militaristischen Westzonenstaat der Weg in das eigene Unglück ist. Niemand mache sich gegenüber seinem Vaterland, seinen Mitbürgern und seiner Familie schuldig. Wir wiederholen, daß jeder Bürger, der die Deutsche Demokratische Republik verläßt und sich zur Teilnahme am Menschenhandel mißbrauchen läßt, Verrat an der Sache des Friedens übt und die aggressive Politik der westdeutschen Militaristen unterstützt, die einen atomaren Angriffskrieg vorbereiten.
Viele Werktätige unserer Republik sind bereits dem Aufruf der Regierung gefolgt und helfen tatkräftig mit, die Menschenhändler dingfest zu machen und ihrer gerechten Bestrafung zuzuführen.
Auch der Zentrale Demokratische Block hat sich in seiner Beratung am 31. Juli 1961 mit dem verbrecherischen Menschenhandel beschäftigt. Er forderte alle Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen auf, diese Barbarei des westdeutschen Militarismus zu entlarven und alle Bürger davon zu überzeugen, daß in der gegenwärtigen Zeit ein verstärkter Kampf gegen die gefährlichen Machenschaften dieser aggressiven Kräfte geführt werden muß. Der Zentrale Demokratische Block mahnte alle Bürger, Rei-

* Siehe S. 112 ff.

sen nach Westdeutschland und Besuche in Westberlin im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und im Interesse ihrer Familien zu meiden, um sich nicht den Gefahren der Kopfjäger auszusetzen, die besonders in Westberlin ihrem verbrecherischen Handwerk nachgehen.

Unser Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages wird gegen einen gefährlichen und hinterhältigen Feind geführt. Er erfordert große Anstrengungen und Opfer, um den Frieden zu erhalten. Vor allem gilt es, unsere Deutsche Demokratische Republik, die Bastion des Friedens, zu stärken, um die verbrecherischen Pläne der westdeutschen Militaristen zu durchkreuzen.

Unsere Republik hat ständig Vorschläge unterbreitet, um die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu beseitigen und die Verhältnisse zu normalisieren.

Anstatt auf diese Vorschläge einzugehen, organisieren die westdeutschen Machthaber in großem Ausmaße den Menschenhandel und die Abwerbung von Bürgern aus der Deutschen Demokratischen Republik. Bei Dienststellen der Bonner Behörden, des Westberliner Senats als auch in Konzernen und Verbänden der westdeutschen Hochfinanz wurde ein weitverzweigtes Netz besonderer Organisationen geschaffen, die sich ausschließlich mit dem Menschenhandel und der Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik befassen. Große Geldmittel wurden dafür zur Verfügung gestellt, die zum Ankauf von Menschen, zur Bezahlung von Kopfprämien für Menschenhändler und zur Korruption verwandt werden. An diesem Menschenhandel mit all seinen barbarischen Methoden beteiligen sich das Ostbüro der SPD und die verschiedensten Spionage- und Diversionsorganisationen der imperialistischen Mächte, der USA, Englands und Frankreichs.

In verschiedenen Prozessen und durch viele der Öffentlichkeit unterbreitete Materialien wurden in den vergangenen Tagen und Wochen die hinterhältigen Mittel und Methoden und die Hintergründe dieses schmutzigen psychologischen Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik vor aller Welt entlarvt.

In dem vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik vor kurzem geführten Prozeß gegen fünf Kopfjäger der Bonner Ultras wurde die niederträchtige Art und Weise offensichtlich, in der Bürger unserer Republik aus ihren gesicherten Verhältnissen gerissen und in eine Zukunft ohne Perspektive getrieben werden. Selbst die intimsten familiären Verhältnisse, persönliche Eigenheiten und menschliche Schwächen nutzen die

Menschenhändler aus, um ihre Opfer zu erpressen. Die ganze Verworfenheit dieser modernen Form der Sklaverei wird dadurch charakterisiert, daß die Abwerber Kopfprämien erhalten, deren Höhe sich nach der Bedeutung des von ihnen ausersehenen Opfers richtet. Bekanntschaften und freundschaftliche Beziehungen werden von diesen Menschenhändlern und ihren Hintermännern rücksichtslos dazu mißbraucht, ihre verbrecherischen Absichten zu verwirklichen.

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der den Kopfjägern ins Garn gegangen ist, wird von den verschiedensten Spionagediensten mit den bekannten Methoden der Drohung, Erpressung und auch durch Anwendung von Gewalt so lange bearbeitet, bis er Verrat an der Deutschen Demokratischen Republik übt und ihm bekannte interne Einzelheiten über das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in unserer Republik preisgibt.

Eine besondere Rolle bei diesem verwerflichen Treiben spielt das mitten in unserer Republik liegende Zentrum des kalten Krieges, Westberlin, das von den Menschenhändlern selbst und ihren Auftraggebern als Menschenschleuse bezeichnet wird.

Jetzt wird die anomale Lage in Westberlin besonders sichtbar. Von den Kreisen, die Berlin gespalten haben, weil sie die demokratische Entwicklung in ganz Berlin fürchteten, wird Westberlin, das bekanntlich auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, als der hauptsächlichste Stützpunkt zur Organisierung des Menschenhandels benutzt. Konzernbetriebe in Westberlin haben eigene Menschenhandelszentralen geschaffen und scheuen nicht davor zurück, die gemeinsten und niederträchtigsten Methoden anzuwenden.

In Westdeutschland untersagen die Gerichte, zum Beispiel das Landgericht Heilbronn, die Abwerbung von Arbeitskräften, die die Kapitalisten, besonders die Konzerne, untereinander durchführen. Die „Ländervereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen“ verlangte vor einiger Zeit, „daß alle Arbeitgeber bei der Abwerbung von Arbeitskräften gegenseitig aufeinander und auf die Gesamtwirtschaft Rücksicht nehmen“. Es gibt aber Beweise, daß die gleiche Unternehmerorganisation nicht geringe Mittel dafür aufwendet, Arbeitskräfte aus der Deutschen Demokratischen Republik auf ungesetzliche Art und Weise und unter Anwendung skrupelloser Methoden abzuwerben.

Der CDU-Abgeordnete des Bonner Bundestages Dr. Dollinger

erklärte, daß die gegenseitige Abwerbung von Arbeitskräften in Westdeutschland zu einer Verschlechterung des sozialen Klimas und zu einer Verschärfung der Verhältnisse führe. Scheinheilig bezeichnen die Monopolherren die Abwerbung, die sie untereinander betreiben, als „sittenwidrig und unzulässig". Gegen die DDR, deren Bürger man als willige Ausbeutungsobjekte und Freiwild betrachtet, glaubt man jedoch, dieses verbrecherische Treiben ungestraft durchführen zu können.

Niemand kann bestreiten, daß diese Machenschaften, die besonders von Westberlin aus betrieben werden, das die Militaristen selbst als Frontstadt bezeichnen und als Brückenkopf zur Schädigung und Unterminierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzen, den Grundsätzen der Antihitlerkoalition und vor allem des Potsdamer Abkommens widersprechen. Das sind die „erworbenen Rechte", auf die sich die imperialistischen Mächte immer wieder beziehen und die sie auf keinen Fall aufgeben wollen.

Die Menschenhändler und Abwerber sind skrupellos genug, offen einzugestehen, daß ihr schändliches Unternehmen einzig und allein dem Zweck dient, die Deutsche Demokratische Republik zu diskriminieren und den Arbeiter-und-Bauern-Staat — den ersten Friedensstaat in der deutschen Geschichte — politisch zu schädigen und ökonomisch zu schwächen. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik antworten auf dieses Treiben mit großen Anstrengungen, um unsere Friedenswirtschaft gegen die Störmaßnahmen der Bonner Militaristen zu sichern und die kontinuierliche Planerfüllung zu erreichen.

Im Prozeß gegen fünf Menschenhändler beim Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik sagte der Angeklagte Hans Adamo aus, daß ein Beauftragter des USA-Geheimdienstes, den man als einen dieser modernen Kopfjäger bezeichnen kann, ihm gegenüber äußerte, daß es das Ziel sei, laufend und systematisch Fachkräfte aus der Deutschen Demokratischen Republik abzuziehen, um bei uns wirtschaftliche Schwierigkeiten herbeizuführen.

Die Menschenhändler versuchen, Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin zu locken, sie dort unter Druck zu setzen und zum Verlassen des Arbeiter-und-Bauern-Staates zu bewegen oder sie auf andere Art und Weise zu mißbrauchen. Unter dem Deckmantel der Einholung von Auskünften über Verwandte sollte zum Beispiel Frau Lobig aus Jüterbog nach Westberlin gelockt werden. Der Forstarbeiter Uhlmann aus

Eibenstock erhielt einen Brief des USA-Spionagedienstes, in dem er aufgefordert wurde, in das demokratische Berlin zu kommen, mit dem Hinweis, daß es von dort „nur ein kurzer Weg nach Westberlin“ sei. Die Organisatoren des Menschenhandels bedienen sich zur Ausübung ihres schmutzigen Handwerks krimineller Subjekte, wie zum Beispiel des wegen Diebstahls, Unterschlagung und Unzucht mit Kindern vorbestraften Johannes Reißmann aus Jena, den sie zur Abwerbung von Spezialisten und Fachkräften aus der Deutschen Demokratischen Republik einsetzten.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist zutiefst über diese schmutzigen Methoden des Menschenhandels empört und hilft den staatlichen Organen, die Abwerber dingfest zu machen. So konnte durch die Wachsamkeit von Einwohnern im Bezirk Leipzig ein Kopfjäger aus Frankfurt (Main), der im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes einen Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission unter Druck setzen und in den Westzonenstaat locken sollte, von der Volkspolizei festgenommen werden.

Der Menschenhandel mit Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik zeigt das wahre Gesicht der Bonner Machthaber. Er ist ein Teil der Vorbereitung einer Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Staaten. Bonn bedient sich dabei der gleichen Methoden, die die Hitlerfaschisten zur Vorbereitung des Krieges auf die Tschechoslowakei und Polen durch die Organisierung einer sogenannten Fluchtbewegung anwandten. Genauso wie vor 22 Jahren sollen auch heute Menschen gegen einen schmutzigen Kopflohn an die Imperialisten verkauft und verraten werden. Wie die Hitlerfaschisten die von ihnen organisierte angebliche Fluchtbewegung der sogenannten Volksdeutschen benutzten, um den Überfall auf die Tschechoslowakei und Polen psychologisch vorzubereiten, so wollen die Bonner Ultras den Menschenhandel als Aushängeschild für den von ihnen geplanten militärischen Überfall auf die Deutsche Demokratische Republik mißbrauchen.

Es zeugt von abgrundtiefer Verworfenheit, wenn die Publikationsorgane der westdeutschen Militaristen heute ihren Lesern die gleichen Schlagzeilen auftischen, die die Propagandisten von Goebbels in den Jahren 1938 und 1939 zur Motivierung ihrer verbrecherischen Pläne verwandten.

Daß der organisierte Menschenhandel nicht nur gegen die

Deutsche Demokratische Republik, sondern auch gegen andere Länder angewandt wird, zeigt die Verurteilung eines westdeutschen Abwerbers durch ein österreichisches Gericht. Der westdeutsche Menschenhändler Joseph Weiß wurde vom Bezirksgericht Linz bestraft, weil er österreichische Arbeitskräfte abgeworben und damit gegen die Gesetze verstoßen hat. In den österreichischen Bundesländern sind ab sofort alle Behörden verpflichtet worden, beim Auftauchen westdeutscher Abwerber sofort die Polizei zu verständigen und zum Einschreiten aufzufordern. Über diesen Vorfall haben die westdeutschen und Westberliner Zeitungen jedoch schamhaft geschwiegen. Gleichzeitig erheben sie ein fürchterliches Geschrei über die Verurteilung von Abwerbern durch Gerichte unserer Republik.

Wir können feststellen: Der Menschenhandel ist ungesetzlich und in höchstem Maße unmoralisch. Er ist eine Methode des kalten Krieges, und er führt zur Verschärfung der Lage zwischen beiden deutschen Staaten.

Aus diesem Grunde muß der Kampf gegen den Menschenhandel als unmittelbarer Bestandteil unseres Kampfes um den Friedensvertrag und die Sicherung des Friedens betrachtet werden.

Es ist verständlich, wenn von den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik immer stärker die Forderung erhoben wird, den Menschenhandel zu unterbinden.

Während die Bonner Minister und die anderen Organisatoren des kalten Krieges öffentlich über Menschlichkeit, Freiheit und Selbstbestimmung schwätzen, zeigen sie durch ihre Taten ihr wahres Gesicht.

Ist es nicht empörend, daß die gleichen Leute, die sich angeblich um die Lebenslage unserer Werktätigen sorgen, ihre unverhohlene Freude darüber zum Ausdruck bringen, wenn durch die systematische Abwerbung von Ärzten die medizinische Betreuung der Bevölkerung kompliziert wird.

Was sind denn die wirklichen Absichten dieses Treibens, das mit Freiheit und Menschenwürde auch nicht das geringste zu tun hat:

Sie verschaffen sich auf diese Weise billige Ausbeutungsobjekte, die in der Deutschen Demokratischen Republik auf Kosten der Arbeiter und Bauern ausgebildet und qualifiziert wurden,

locken Jugendliche aus ihren gesicherten Verhältnissen in die Ungewißheit, um sie in die NATO-Armee oder auch in die Fremdenlegion zu pressen,

Frauen und Mädchen landen als Prostituierte in Bordellen,

Menschen, wie der noch bis vor Monaten als Rohrleger im VEB Rohrleitungsbau Berlin beschäftigte DDR-Bürger Alfred Jaekkel werden von Spionagediensten erpreßt und in den Tod getrieben.

Nicht wenige DDR-Bürger, die auf die Versprechungen und Drohungen der Menschenhändler hereingefallen sind, erleiden ein tragisches Schicksal.

Mögen diejenigen, die in die Fänge der Kopfjäger geraten sind und sich in die Irre führen ließen, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Familien den Weg zur Umkehr beschreiten. Noch haben sie die Möglichkeit dazu.

Mit großer Empörung haben die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und auch die friedliebenden Menschen in Westdeutschland erfahren, daß die modernen Menschenhändler sogar den Raub von Kindern aus der Deutschen Demokratischen Republik organisieren.

Solche besonders verwerflichen Verbrechen, die auch in anderen Ländern unter härtesten Strafen stehen, wie der Raub der drei Monate alten Sylvia Heintz und des dreijährigen Peter Bluhme, die ihren Eltern gewaltsam entführt wurden, können nur Menschen vollführen, die weder Moral noch Ehre im Leibe haben. Alle Eltern und besonders die Mütter werden verstehen, in welcher Sorge diese Eltern um ihre Kinder schweben.

Wie verkommen muß doch ein Mensch sein, der es fertigbringt, einen drei Monate alten Säugling seiner Mutter zu entreißen und ihn in eine Reisetasche zu pferchen, um ihn zu entführen.

Es ist grausam, Kinder zu rauben und die Sorgen und Nöte der leidgeprüften Eltern zu mißbrauchen, um dann zu versuchen, diese zum Verrat an unserer Republik zu erpressen. Solche schändlichen Verbrechen, deren Vorbilder die berüchtigten amerikanischen Gangster und Kidnapper sind, müssen streng bestraft und mit allen Mitteln unterbunden werden.

Es muß alle ehrlichen Menschen mit Abscheu und Ekel erfüllen, daß solche gemeinen Methoden von Menschen angewandt werden, die behaupten, Freiheit und Menschenwürde zu verteidigen.

Wir fühlen mit den von diesen gemeinen Verbrechen betroffenen Vätern und Müttern, die in größter Sorge um Gesundheit und Leben ihrer Kinder sind.

Wir werden nichts unversucht lassen, um zu erreichen, daß den Eltern unverzüglich ihre geraubten Kinder zurückgegeben werden.

Der Chefarzt des Landambulatoriums in Feldberg, Dr. Karzikowski, hat dem Gedanken und der Forderung von Millionen Menschen Ausdruck verliehen, indem er sagte:

„Es ist schmerzlich, einer Mutter das Kind zu entreißen und zu verschleppen. Das Kind muß sofort zurück."

Die Hebamme Lotte Laabs macht sich zum Sprecher aller wahrhaft humanistisch denkenden Menschen, wenn sie fordert:

„Dieser Raub muß so hart bestraft werden, daß solch ein Verbrechen nicht wieder vorkommt."

Wir fordern energisch von den westdeutschen und Westberliner Behörden, daß sie die Rückgabe der geraubten Kinder umgehend veranlassen, wie das den Grundsätzen des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen entspricht, und die Kindesräuber den zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik übergeben, damit sie von den Gerichten der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden können.

Wer solche Verbrechen organisiert, fördert oder auch nur duldet, hat kein Recht, auch nur das Wort Menschlichkeit in den Mund zu nehmen.

Wir fordern die westdeutschen und Westberliner Menschenhändler auf, ihr schändliches Treiben einzustellen. Ihr Ziel, das sie damit verfolgen, die Deutsche Demokratische Republik zu unterminieren, werden sie nie erreichen.

Mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß die Werktätigen unserer Republik, entsprechend der Aufforderung unserer Regierung, tatkräftig mithelfen, die Menschenhändler dingfest zu machen und ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

In vielen Betrieben, LPG und Institutionen wurden Komitees zum Kampf gegen den Menschenhandel gebildet.

Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang aus einer gemeinsamen Stellungnahme von Ärzten und Staatsfunktionären des Bezirkes Frankfurt (Oder) zitiere:

„Wir begrüßen darum die Erklärungen der Regierung der DDR und des Demokratischen Blocks, in denen alle Bürger der DDR im Interesse ihrer eigenen Sicherheit, im Interesse ihrer Familien und im Interesse der Sache des Friedens vor den Gefahren des Menschenhandels gewarnt und gemahnt werden, Reisen nach Westdeutschland und insbesondere Besuche in Westberlin zu meiden."

Jeder wird verstehen, daß es Sache des Staates ist, den Schutz der Bürger gegenüber allen feindlichen Machenschaften zu organi-

sieren. Die Interessen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und das friedliche Leben unserer Bevölkerung fordern gleichermaßen entschiedene Maßnahmen gegen Menschenhändler, Abwerber und andere Verbrecher, die die persönliche Freiheit der Bürger beeinträchtigen und unserem Staate Schaden zufügen wollen.
Die Maßnahmen, die der Magistrat der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (demokratisches Berlin) und die Räte der Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) gegen die sogenannten Grenzgänger getroffen haben, fanden und finden breite Zustimmung in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik. Viele Werktätige sagten offen, daß es höchste Zeit ist, solche Schritte zu unternehmen, um der Schädigung der Deutschen Demokratischen Republik Einhalt zu gebieten. Die Interessen unseres Volkes und Staates erfordern, den Organisatoren der verschärften psychologischen Kriegführung ihr schmutziges Handwerk zu legen.
Der Ministerrat erachtet es für notwendig, auch weiterhin zur Sicherung der staatlichen Ordnung und zur Gewährleistung des planmäßigen sozialistischen Aufbaus sowie des Schutzes der friedlichen Arbeit und des Lebens unserer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik und besonders in ihrer Hauptstadt geeignete Maßnahmen gegen Menschenhandel, Abwerbung und Sabotage zu treffen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher nichts unversucht gelassen, um eine normale Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen der Bundesrepublik und Westberlins herzustellen.
Wir sind jedoch nicht länger gewillt, tatenlos zuzusehen, daß unter der Tarnung sogenannter menschlicher Kontakte Agentenzentralen und Organisationen der Menschenhändler eine Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in größtem Ausmaße betreiben. Bürger unserer Republik, die ihre Verwandten und Freunde in Westdeutschland aufsuchen und sich nicht erpressen lassen, ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat zu verleumden und zu verraten, werden durch die Polizei des ehemaligen SA-Mannes und heutigen Bonner Innenministers Schröder in die Gefängnisse geworfen und von den Blutrichtern zu hohen Kerkerstrafen verurteilt. Die Bonner Militaristen, die bisher alle Vorschläge über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ablehnten, haben keinerlei Grund und Ursache, sich über die Schutzmaßnahmen, die für die Bürger unserer Republik getroffen wurden, zu entrüsten.

Wir rufen alle Arbeiter, LPG-Bauern, Handwerker, die Angehörigen der Intelligenz und alle anderen Schichten unseres Volkes auf, die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wirkungsvoll zu unterstützen und so die Früchte ihrer eigenen Arbeit zu sichern.
Wir wenden uns an jung und alt, an alle Frauen und Männer, mitzuhelfen, den kalten Kriegern keine Möglichkeit zu lassen, unser Leben und Aufbauwerk zu beeinträchtigen.
Jeder einsichtige Bürger wird verstehen, daß es auch in seinem eigenen Interesse besser ist, gewisse Unbequemlichkeiten in diesem gemeinsamen Kampf auf sich zu nehmen, als dem schändlichen Treiben unserer Feinde tatenlos zuzusehen.
Alle Schichten der Bevölkerung und die von ihr gewählten staatlichen Organe werden ebenso wie beim planmäßigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Sozialismus auch gemeinsam im Interesse der Sicherung des Staates und des Volkes handeln.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch zukünftig das tun, was allen souveränen Staaten zusteht, und die Zustimmung und die Unterstützung aller friedliebenden Menschen sind uns dabei gewiß.
Wir sind überzeugt: So wie wir in der Vergangenheit alle Anschläge des Feindes zunichte gemacht haben, so werden auch alle Machenschaften der Menschenhändler, Abwerber und Kopfjäger an unserem geschlossenen und gemeinsamen Handeln zerschellen.
Unsere Werktätigen sind in den vergangenen Monaten bei der Erfüllung der Ziele des Volkswirtschaftsplanes 1961 ein gutes Stück vorangekommen. In gemeinsamer Arbeit haben sie die Produktion in Industrie und Landwirtschaft gesteigert und die Arbeitsproduktivität erhöht. In den LPG wird die genossenschaftliche Arbeit entwickelt und werden gute Leistungen bei der Einbringung der diesjährigen Ernte vollbracht.
Gegenwärtig unternehmen die Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler und vor allem die sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften große Anstrengungen, um alle Anschläge der westdeutschen Militaristen, die den Abschluß eines Friedensvertrages mit wirtschaftlichen Repressalien gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat beantworten wollen, zu durchkreuzen.
Die Drohungen dieser aggressiven Kreise, die weitere Entwicklung unserer Friedenswirtschaft aufzuhalten, beweisen erneut, welch hinterhältiger Mittel sich die deutschen Imperialisten und

Militaristen im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik bedienen. Die lebhafte Zustimmung, die der Brief der Brigade „Otto Krahmann“ des Berliner Kabelwerkes Oberspree an den Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, ausgelöst hat, neue Taten in der sozialistischen Produktion zu vollbringen, um unseren Friedensstaat zu stärken, beweist eindeutig, daß unsere Werktätigen den Kriegstreibern die gebührende Antwort erteilen.
Wir appellieren an alle Werktätigen, in ihren Anstrengungen zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes in all seinen Teilen und vorgesehenen Terminen nicht nachzulassen. Jeder Erfolg bei der Stärkung und Festigung der Deutschen Demokratischen Republik dient unserem gemeinsamen Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages.
Wir sind fest davon überzeugt, daß dieser Kampf von Erfolg gekrönt sein wird.

Beschluß der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. August 1961 zu Fragen des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt der vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, abgegebenen Stellungnahme der Regierung zu den Fragen des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages zu.
Seit der Grundsatzerklärung, mit der der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, den „Friedensplan des deutschen Volkes“ vor der Volkskammer begründete*, ist die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland, die den Abschluß eines Friedensvertrages zur unaufschiebbaren Notwendigkeit macht, in beschleunigtem Tempo weitergegangen.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bringt ihre volle Übereinstimmung mit der Einschätzung der Lage in Westdeutschland zum Ausdruck, die der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, in seiner Fernsehrede am 7. August 1961 gegeben hat. Durch die Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr und infolge der verschärften Revanchepolitik wurde in der Tat im Zentrum Europas mehr Zündstoff angehäuft als in irgendeinem anderen

* Siehe S. 67 ff.

Gebiet der Welt. Dieser Herd der Kriegsgefahr kann durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten unschädlich gemacht werden.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es deshalb, daß die Regierung der UdSSR in ihren Noten an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur die Bereitschaft zu Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland, sondern zugleich die Entschlossenheit ausgesprochen hat, im Interesse der Sicherung des Friedens den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages mit allen Staaten herbeizuführen, die dazu bereit sind.
Die Oberste Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt mit der Feststellung der Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages überein, daß eine weitere Hinauszögerung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages eine Ermunterung der deutschen Revanchisten bedeutet und einer bewußten Förderung der Steigerung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa und in der Welt gleichkommt. Deshalb begrüßt es die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, daß die zuständigen Organe der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages festgelegt haben, alle notwendigen außenpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorzubereiten, die den Abschluß des deutschen Friedensvertrages einschließlich der Bestimmungen, die Westberlin als eine Freie Stadt betreffen, gewährleisten.
Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt auf das schärfste, daß die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten von der Bonner Regierung, von den Interessenverbänden des westdeutschen Monopolkapitals, von den reaktionären, militaristischen und revanchistischen Organisationen sowie von den Agenten- und Spionagediensten in Westdeutschland und Westberlin mit einer enormen Verschärfung des kalten Krieges, mit der Schürung einer sinnlosen Kriegshysterie, mit systematischen Bürgerkriegsvorbereitungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und mit großangelegten und freigebig finanzierten Maßnahmen zur Störung ihrer Wirtschaft beantwortet wurde, wie das im Bericht des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph unterbreitete Material beweist. Die Volkskammer bestätigt daher die vom Ministerrat, vom Magistrat von Groß-Berlin und den Räten der Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung der

Deutschen Demokratischen Republik und zur Unterbindung der von Westdeutschland und Westberlin aus organisierten Kopfjägerei und des Menschenhandels.
Sie beauftragt den Ministerrat, alle Maßnahmen vorzubereiten und durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und dieses Beschlusses als notwendig erweisen.
Die Volkskammer appelliert an alle friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, den Organen ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates allseitige Unterstützung zu leihen, selber Wachsamkeit zu üben und durch vorbildliche Arbeitsleistungen zum Erfolg unserer Friedenspolitik beizutragen.
Die Volkskammer wendet sich an alle Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, Handwerker und Gewerbetreibenden, an alle Männer und Frauen und an die Jugend mit dem Ruf: Seid euch der nationalen Aufgabe bewußt! Die Deutsche Demokratische Republik, den ersten deutschen Friedensstaat, gilt es so zu festigen und zu schützen, daß durch den Abschluß eines Friedensvertrages den revanchistischen Kriegstreibern der Weg versperrt und der Weg zu einer friedlichen Zukunft unseres Volkes und zur Wiedervereinigung in einem antiimperialistischen, friedliebenden und neutralen Deutschland geöffnet wird.

Beschluß
des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961: Einführung von Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik*

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik:
Die Erhaltung des Friedens erfordert, dem Treiben der westdeutschen Revanchisten und Militaristen einen Riegel vorzuschieben und durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages den Weg zu öffnen für die Sicherung des Friedens und die Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, antiimperialistischer, neutraler Staat. Der Standpunkt der Bonner Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich

* Siehe S. 149 ff. und S. 294 ff.

auf Freiheit für militaristische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikommunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des dritten Reiches. Aus der Niederlage Hitlerdeutschlands im zweiten Weltkrieg hat die Bonner Regierung die Schlußfolgerung gezogen, daß die räuberische Politik des deutschen Monopolkapitals und seiner Hitlergenerale noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalstaatliche Politik verzichtet und Westdeutschland in einen NATO-Staat, in einen Satellitenstaat der USA verwandelt wurde.

Diese neuerliche Bedrohung des deutschen Volkes und der europäischen Völker durch den deutschen Militarismus konnte zu einer akuten Gefahr werden, weil in der westdeutschen Bundesrepublik und in der Frontstadt Westberlin die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzung des Militarismus und Nazismus fortlaufend gebrochen worden sind.

In Westdeutschland ist eine Verschärfung der Revanchepolitik mit sich steigernden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands erfolgt, die in enger Verbindung steht mit der beschleunigten Aufrüstung und Atombewaffnung der westdeutschen Bundeswehr. Es wird eine systematische Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik betrieben. Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die Westdeutschland besuchen, sind in zunehmendem Maße terroristischen Verfolgungen ausgesetzt. Von westdeutschen und Westberliner Agentenzentralen wird eine systematische Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und ein regelrechter Menschenhandel organisiert.

Wie aus offiziellen Regierungsdokumenten und aus der Grundsatzerklärung der Parteiführung der CDU/CSU zu entnehmen ist, hat diese aggressive Politik und Störtätigkeit das Ziel, ganz Deutschland in den westlichen Militärblock der NATO einzugliedern und die militaristische Herrschaft in der Bundesrepublik auch auf die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen. Die westdeutschen Militaristen wollen durch alle möglichen betrügerischen Manöver, wie z. B. „freie Wahlen", ihre Militärbasis zunächst bis zur Oder ausdehnen, um dann den großen Krieg zu beginnen.

Die westdeutschen Revanchisten und Militaristen mißbrauchen die Friedenspolitik der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages in der Deutschlandfrage, um durch feindliche Hetze, durch Abwerbung und Diversionstätigkeit nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderen Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zuzufügen.
Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:
Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühltätigkeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange Westberlin nicht in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für das Überschreiten der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Bescheinigung. Der Besuch von friedlichen Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin) ist unter Vorlage des Westberliner Personalausweises möglich. Revanchepolitikern und Agenten des westdeutschen Militarismus ist das Betreten der Hauptstadt der DDR (demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik im demokratischen Berlin bleiben die bisherigen Kontrollbestimmungen in Kraft. Die Einreise von Bürgern anderer Staaten in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik wird von diesen Bestimmungen nicht berührt.
Für Reisen von Bürgern Westberlins über die Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik ins Ausland gelten die bisherigen Bestimmungen weiter.
Für den Transitverkehr zwischen Westberlin und Westdeutschland durch die Deutsche Demokratische Republik wird an den

bisherigen Bestimmungen durch diesen Beschluß nichts geändert.
Der Minister des Innern, der Minister für Verkehrswesen und der Oberbürgermeister von Groß-Berlin werden beauftragt, die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.
Dieser Beschluß über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere ihrer Hauptstadt Berlin, und zur Gewährleistung der Sicherheit anderer sozialistischer Staaten bleibt bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages in Kraft.

Berlin, den 12. August 1961

Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. August 1961 zu den Bonner Provokationen gegen den Handel zwischen beiden deutschen Staaten

In dem Bestreben, die internationalen Spannungen zu verstärken und einer deutschen Friedensregelung neue Hindernisse zu bereiten, greifen die herrschenden Kreise der deutschen Bundesrepublik zu verschiedenen Provokationen, die gefährliche Folgen haben können.
In letzter Zeit werden in Westdeutschland erneut Drohungen laut, den Handel mit der DDR abzubrechen. Als Vorwand dafür benutzen die Gegner der Wiedervereinigung Deutschlands diesmal die Absicht der Regierung der DDR, einen Friedensvertrag mit den Ländern abzuschließen, die ebenso wie die DDR für eine baldige deutsche Friedensregelung und für die Normalisierung der Lage in Westberlin auf dieser Grundlage eintreten. Die Organisatoren der neuen Provokation machen kein Hehl aus ihren Absichten. Sie wollen durch den Abbruch der Handelsbeziehungen mit der DDR deren Wirtschaft untergraben und das normale Leben der Bevölkerung der Republik stören.
Diese gegen die DDR und ihre Bevölkerung gerichteten Drohungen können nicht unbeachtet bleiben. Man darf dabei auch nicht übersehen, daß diese Drohungen den Lebensinteressen der Bevölkerung Westdeutschlands zuwiderlaufen.
Die Versuche, mit der DDR aus der Position der Stärke heraus zu sprechen und wirtschaftlichen Druck auf sie auszuüben, sind unweigerlich zum Scheitern verurteilt. Die Handelsverbindungen der Deutschen Demokratischen Republik sind weitreichend ge-

nug, um nötigenfalls auf dem Auslandsmarkt die Waren zu erhalten, die heute von Westdeutschland geliefert werden. Bekanntlich entfallen 90 Prozent des Warenaustauschs der DDR auf andere Länder als die Bundesrepublik. Die DDR kann dabei fest mit der Unterstützung des wirtschaftlich mächtigen sozialistischen Lagers rechnen. Darüber gibt es bereits Vereinbarungen mit der Sowjetunion und mit den anderen sozialistischen Ländern.

Die in Bonn vorbereiteten Pläne für den Abbruch des Handels mit der DDR bergen vor allem für Westdeutschland selbst schwerwiegende Komplikationen in sich. Der Handel mit der DDR wird gegenwärtig von einer großen Zahl westdeutscher Firmen betrieben, in deren Betrieben Zehntausende Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Ihnen würde ein materieller Schaden erwachsen, wenn die Pläne für den Abbruch des Handels mit der DDR verwirklicht werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mißt der Entwicklung des Handels zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik die ihm zukommende Bedeutung bei. Sie geht dabei davon aus, daß unter den jetzigen Bedingungen, da es durch die Schuld der Bundesregierung faktisch keine normalen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gibt, die Erhaltung und Erweiterung der wirtschaftlichen Verbindungen bestimmte Möglichkeiten für die allmähliche Annäherung und für die künftige Vereinigung der beiden deutschen Staaten schafft. Deshalb hat die Regierung der DDR stets alle Anstrengungen unternommen, um diese Handelsbeziehungen zu festigen und zu erweitern. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es hauptsächlich dieser konsequenten Haltung der Regierung der DDR zu verdanken ist, wenn nach der 1951 erfolgten Unterzeichnung des Berliner Handelsabkommens, das eine gute Grundlage für die gegenseitige vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit schuf, der Warenaustausch zwischen beiden deutschen Staaten von Jahr zu Jahr an Umfang zugenommen hat.

Die Verfechter „harter Maßnahmen" gegen die DDR sollten an die Folgen denken, die ein einseitiger Bruch des Berliner Abkommens vom Jahre 1951 nach sich ziehen würde. Sie sollten unter anderem nicht vergessen, daß das Zusatzabkommen über Zahlungen und Dienstleistungen, demzufolge die Verrechnungen für den Güterverkehr zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Westberlin vorgenommen werden, ein untrennbarer Bestandteil des Handelsabkommens ist. Mit dem Bruch des Han-

delsabkommens würde die Bundesregierung auch das Zusatzabkommen über die Zahlungen außer Kraft setzen. Im Falle eines einseitigen Verzichts auf das Handelsabkommen würde sich die Bundesrepublik selbst die Möglichkeit der Gütertransporte auf den Verbindungswegen der DDR entziehen. Es ist offensichtlich, daß die westdeutsche Bundesregierung mit einem solchen Schritt bewußt auch einen Schlag gegen Westberlin führen würde.
Die westdeutschen herrschenden Kreise sollten begreifen lernen, daß die DDR ein souveräner Staat ist und die Benutzung ihrer Verbindungswege nur auf vertraglicher Basis, d. h. in völliger Übereinstimmung mit den allgemein üblichen Normen des Völkerrechts dulden wird.

Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, im Fernsehen und im Rundfunk am 18. August 1961

Meine lieben Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und
liebe Freunde in Westdeutschland und Westberlin!
Ereignisreiche Tage liegen hinter uns. Hier und da gingen die Wogen etwas hoch. Sie glätten sich allmählich. Die von Schöneberg und Bonn künstlich geschürte Aufregung ist abgeebbt. Natürlich müssen wir weiterhin wachsam sein. Aber das Leben geht seinen ruhigen Gang. Sie erwarten mit Recht, daß ich als Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik einiges zu den Geschehnissen und zu der neuen Situation sage.
Doch zuvor drängt es mich, den prächtigen Söhnen und Töchtern unserer Werktätigen, die gegenwärtig Uniform tragen, den prächtigen Jungen in der Volksarmee und in der Volkspolizei, den Unteroffizieren, Offizieren und Generalen unserer bewaffneten Kräfte im Namen des Staatsrates, im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und im Namen der Partei der Arbeiterklasse herzlichen Dank zu sagen. Sie haben die erfolgreiche Aktion vom 13. August hervorragend und diszipliniert, mit großartigem Kampfgeist und großartiger Moral durchgeführt. Der Dank gebührt auch all den Werktätigen der Betriebskampfgruppen, die mustergültig ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse und der Republik erfüllt haben. Der Dank gebührt allen Angehörigen unseres Staatsapparates, der hier bewiesen hat, daß er zu großen Leistungen fähig ist.

Sie alle haben dazu beigetragen, erfolgreich die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, die nationale und internationale Autorität des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates zu erhöhen. Sie alle haben dem Frieden und der Sache der deutschen Nation einen großen Dienst erwiesen.
Im Namen der ganzen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik möchte ich auch dem Sowjetvolk, der Regierung der UdSSR und dem Vorsitzenden des Ministerrats, Chrustschow, sowie allen anderen Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages herzlich danken für die große Hilfe und Unterstützung, die sie dem gerechten Kampf unserer Deutschen Demokratischen Republik gewähren. Herzliche Grüße senden wir auch den Soldaten und Offizieren der sowjetischen Streitkräfte, die hier in dem deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat gemeinsam mit unserer Nationalen Volksarmee auf Friedenswacht stehen.

Die Militaristen hielten Geduld für Schwäche

Die Arbeiter und mit ihnen alle ehrlichen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik atmen erleichtert auf. Das Treiben der Westberliner und Bonner Menschenhändler und Revanchepolitiker hatten alle satt. Mit wachsendem Zorn hatten sie zugesehen, wie sie von dem militaristischen Gesindel für dumm gehalten und bestohlen wurden. Unsere Geduld wurde von den Bonner Militaristen für Schwäche angesehen. Ein peinlicher Irrtum, wie sich inzwischen erwiesen hat.
Sie wissen – meine verehrten Zuhörer – daß wir jahrelang beharrlich vorgeschlagen haben, alle irgendwie strittigen Fragen durch friedliche Verhandlungen und durch Vereinbarungen zu lösen. Auch das Memorandum der Sowjetunion, das Ministerpräsident Chrustschow in Wien dem Präsidenten der USA, Kennedy, übergab, wie der von der Volkskammer der DDR beschlossene „Friedensplan des deutschen Volkes“* atmen den Geist der Verständigung: Sie sind getragen von dem Willen, den Frieden zu sichern und alles zu tun, um den Völkern Europas und der Welt einen neuen militärischen Zusammenstoß zu ersparen. Diese Schritte der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse der friedlichen Lösung der strittigen Fragen waren aber nur die letzten Glieder einer langen Kette von Verhandlungsangeboten und Vorschlägen, wie die Probleme friedlich gelöst werden können.

* Siehe S. 104 ff.

Aber wie haben die unbelehrbaren westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker auf unsere Angebote geantwortet? Die Regierung in Bonn hat sie ebenso abgelehnt wie die mehr als 100 vorangegangenen Angebote. Kriegsminister Strauß beschleunigte die atomare Ausrüstung der unter dem Befehl von Hitlergeneralen stehenden Bonner NATO-Armee. Er erklärte in frechem Übermut, der zweite Weltkrieg sei noch nicht beendet. Er knüpfte direkt an die abenteuerlichen Pläne Hitlers und Himmlers an.

Die Pläne Bonns sind uns bekannt

Die deutschen Militaristen verschärften ihre Diversionstätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik als Vorbereitung einer Aggression. Sie organisierten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den Menschenhandel und die Diversion. Sie scheuten selbst vor den abscheulichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zurück, um ihr Ziel zu erreichen, die DDR zu unterminieren und sturmreif zu machen.
Uns sind die Pläne der Bonner Regierung bekannt. Sie liefen darauf hinaus, durch eine auf die Spitze getriebene Störtätigkeit solche Bedingungen zu schaffen, um nach den westdeutschen Wahlen mit dem offenen Angriff gegen die DDR, dem Bürgerkrieg und offenen militärischen Provokationen beginnen zu können.
Ich möchte es der Bonner Regierung überlassen, sich gegen die Kritik westdeutscher Politiker zu verteidigen, die der Meinung sind, die Herren Strauß, Lemmer und Brandt hätten in ihrem Übereifer die Katze zu früh aus dem Sack gelassen und damit zu früh erkennen lassen, was die westdeutschen Militaristen im Schilde führten.
Es war klar, daß angesichts solcher Abenteurerpläne und der bereits auf vollen Touren laufenden Vorbereitungen zu ihrer Durchführung eine Situation heranrückte, die dem Frieden in Europa und der Welt sehr gefährlich hätte werden müssen.

Die Maßnahmen unserer Regierung retteten den Frieden

Um diese Gefahren für den Frieden unseres Volkes und auch der anderen Völker zu beseitigen, haben wir uns rechtzeitig mit unseren Freunden verständigt und uns darauf geeinigt, die gefährliche Situation zu bereinigen. Die Maßnahmen unserer Regierung haben dazu beigetragen, den in diesem Frühherbst 1961 durch die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker bedrohten

Frieden in Europa und der Welt zu retten. Mögen auch die Bürger Westdeutschlands und Westberlins begreifen, daß es sehr wohl möglich ist, daß ihnen durch unsere Maßnahmen das Leben gerettet wurde.
Viele Bürger der DDR haben uns die Frage gestellt, weshalb wir denn so lange warteten, weshalb wir nicht schon früher die notwendigen Maßnahmen durchführten. Ich möchte ganz offen antworten: Einmal hatten wir den Wunsch, jede, aber auch jede Verständigungsmöglichkeit auszuschöpfen. Wir hatten rechtzeitig die Kriegsvorbereitungen der Bonner Regierung entlarvt. Ich habe an den Bonner Kanzler, Herrn Adenauer, geschrieben und ihn gewarnt. Wir haben uns an die westdeutsche Arbeiterschaft gewandt und ihr erklärt, was sich in Westdeutschland zusammenbraut. Wir haben uns an alle Bürger Westdeutschlands gewandt, um ihnen klarzumachen, welche Verantwortung sie für das tragen, was in ihrem Lande geschieht.

Der Angriff des Gegners hatte bereits begonnen

Als ich im Januar 1960 vor der Weltöffentlichkeit den Inhalt des berüchtigten Dokumentes MC 70 enthüllte, das die forcierte Aufrüstung des westdeutschen Militarismus und seine atomare Ausrüstung festlegte, wurde die Existenz eines solchen Planes von der westdeutschen Regierung abgeleugnet. Inzwischen aber hat Kriegsminister Strauß ganz offiziell erklärt, dieses Dokument MC 70 sei nunmehr bald durchgeführt. Man müsse jetzt weitergehen zum Plan der beschleunigten und vollständigen atomaren Aufrüstung der Bonner Bundeswehr unter Hitlergeneralen, nämlich zum Plan MC 96. Ganz offen fordern die Herren Adenauer und Strauß die atomare Ausrüstung ihrer revanchistischen Armee, nachdem sie früher bei Gott und allen Heiligen geschworen hatten, niemals solche Absichten zu hegen. Bei dem faulen Gerede, sie wollten aber noch keine atomaren Sprengköpfe in eigener Verfügungsgewalt, handelt es sich doch nur um Märchen, die sie vielleicht in einem Kindergarten vortragen können, aber nicht vor erwachsenen Menschen.
Jeder wird verstehen, daß wir unsere Maßnahmen in einer Situation durchgeführt haben, in der der Angriff des Gegners bereits begonnen hatte. Das heißt, weiteste Kreise in der DDR, in Westdeutschland und in anderen Ländern hatten sich bereits selbst davon überzeugen können, daß die seinerzeitigen Enthüllungen richtig waren, daß jetzt das Maß voll war, daß nicht mehr ge-

zögert werden durfte. Das hat uns die Durchführung der Maßnahmen sehr erleichtert.
Ich muß schon sagen: Die Herren Adenauer und Strauß und ihre Hitlergenerale und Helfershelfer von Globke und Lemmer bis zu Brandt haben bei ihrem Versuch, die DDR aufzurollen, keinen besonderen Einfallsreichtum bewiesen. Es gibt ja schließlich genügend Leute, die sich noch genau daran erinnern, wie Hitler seinen Überfall auf die Tschechoslowakei und dann auf Polen vorbereitet hat. Damals brachten Rundfunk, der „Völkische Beobachter" und die ganze Meute der Nazipresse wochen- und monatelang tagtäglich Meldungen von den armen bejammernswerten Flüchtlingen, von dem alten Mütterchen, das mit einem ganzen Schock kleiner Kinder über Grenzbäche und sonstige Hindernisse sprang, nur um sich heim ins Reich, in die „Freiheit", zu retten. Dazu kam eine verlogene Propaganda über Selbstbestimmung, Selbstbestimmung nämlich nach dem Rezept der deutschen Imperialisten, die selbst bestimmen wollten, welches Land ihre nächste Beute sein sollte.
In genau derselben Weise, ja sogar mit wortwörtlich genau denselben Schlagzeilen in der militaristischen westdeutschen Presse und nicht zuletzt in den Zeitungen, die dem Herrn Brandt und seiner Mannschaft zur Verfügung stehen, wurde 1961 versucht, die Deutsche Demokratische Republik zu diffamieren, ihre Bürger zu verwirren, bei Leuten mit schwachem Standvermögen Panik auszulösen, und den Boden für die Aggression zu bereiten.
Für jeden, der Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, wurde es offenkundig, daß Westberlin in der Tat ein äußerst gefährlicher Kriegsbrandherd ist, der zu einem zweiten Sarajevo werden kann. Immer mehr Menschen in Deutschland wie auch in anderen Ländern kamen zu der Einsicht, daß es nicht mehr genügt, allgemein über den Frieden zu reden. Es mußte vielmehr dafür gesorgt werden, daß der Brand, der in Westberlin angeblasen worden war und der auf die Häuser der Nachbarn überspringen sollte, rechtzeitig unter Kontrolle kam.

Unser Haus sollte zuerst angezündet werden

Es war *unsere* Aufgabe, das zu tun. Denn schließlich befindet sich dieses Westberlin inmitten unseres Territoriums und innerhalb der Grenzen unseres Staates. Unser Haus sollte zuerst angezündet werden. Wir haben also auch die Verantwortung dafür, daß die-

ser Brandherd unter Kontrolle kam. Es kommt hinzu, daß wir als Teil des sozialistischen Lagers, als sozialistischer Staat, die hohe Verpflichtung haben, die Politik der friedlichen Koexistenz, die die ganze Welt braucht, nicht durch wahnwitzig gewordene westdeutsche Militaristen und ihre Westberliner Ableger stören zu lassen.
Wir haben — so glaube ich — einen wichtigen Beitrag zum Frieden geleistet, indem wir die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Westberlin und gegenüber Westdeutschland gesichert haben. Wir haben uns bei unseren Maßnahmen an die Vereinbarungen mit der Sowjetunion und mit den Staaten des Warschauer Vertrages gehalten, die uns verpflichten, die Grenzen unseres Staates wirksam zu schützen und unter Kontrolle zu halten.*
Jeder von Ihnen weiß, daß die Maßnahmen korrekt, schnell, exakt und erfolgreich durchgeführt worden sind.

Was wurde erreicht?

Was haben die Staatsmacht der DDR, die Nationale Front, die bewaffneten Streitkräfte, die Kampfgruppen usw. durch ihren entschlossenen und mutigen Einsatz erreicht?
Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir den Kriegsbrandherd Westberlin unter Kontrolle gebracht haben. Wir haben dafür gesorgt, daß der Aufbau des Sozialismus friedlich weitergehen kann und haben auch den Menschenhandel und die Ausplünderung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik durch die westdeutschen Militaristen gestoppt.
Zugleich aber — das erscheint mir besonders wichtig — haben wir den führenden Politikern und der Bevölkerung Westdeutschlands wieder das wirkliche Kräfteverhältnis in Deutschland und in der Welt ins Bewußtsein gebracht. Unsere Maßnahmen haben gezeigt, daß wir ernsthaft und ohne zu schwanken darangehen, den Friedensvertrag vorzubereiten. Unsere Maßnahmen werden zweifellos den Abschluß des Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt erleichtern.
Selbst den engstirnigsten Politikern in Westberlin und in Bonn sollte jetzt klargeworden sein, daß die Störtätigkeit von Westberlin aus unterbunden wird und daß keine Aussicht besteht, sie

* Siehe S. 294 ff.

mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg fortsetzen zu können. Jetzt beginnt man auch in vielen kapitalistischen Ländern zu begreifen, welch ein Gefahrenherd Westberlin für den Frieden der ganzen Welt geworden war. Ich habe den Eindruck: Auch in vielen NATO-Ländern sind die Menschen mit unserem Vorgehen sehr zufrieden.
Den großmäuligen Revanchepolitikern in Westberlin und in Bonn wurde nachdrücklich zu Gemüte geführt, daß die Durchführung des Potsdamer Abkommens gesichert ist und alle Revanchepläne scheitern müssen.
Der friedliche Aufbau der Werktätigen der DDR wurde wirksam geschützt gegen die Versuche, von Westberlin aus die DDR zu unterminieren, die Werktätigen der DDR zu bestehlen, ihre Jugend zu demoralisieren und mit dem Westberliner Frontstadtsumpf die ganze DDR zu verpesten.

Schmarotzer haben bei uns nichts zu suchen

Es wird nun noch eine Weile in der Hauptstadt der DDR und ihrer näheren Umgebung Leute geben, die sich durch den Westberliner Frontstadtsumpf haben beeinflussen und — sprechen wir das ganz offen aus — haben verderben lassen. Manche Jugendlichen z. B. haben die ehrliche Arbeit verlernt. Manche Leute haben seit Jahren keine ehrliche Arbeit mehr angefaßt. Diesen Menschen muß man helfen, wieder ehrlich zu werden und sich an geregelte Arbeit zu gewöhnen. Das liegt in ihrem eigenen Interesse.
Es wird vielleicht Leute geben, denen das sehr schwerfällt. Bisher lebten sie von Hochstapeleien und Schwindelkurs. Sie waren Schmarotzer auf Kosten der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik. Im Grunde genommen handelt es sich bei ihnen um Opfer des Frontstadtsumpfes und der „amerikanischen Lebensweise", die der kleine Herr Brandt in Westberlin so gefördert hat.
Auch diesen Leuten wird der deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat durch Zuweisung von Arbeit helfen, wieder anständige Menschen zu werden, zu lernen, daß Schmarotzer bei uns nichts zu suchen haben, daß jeder, der gut essen und leben will, ehrlich und anständig und diszipliniert arbeiten muß.
Ich möchte hoffen, daß jeder, den das angeht, meine Worte gut versteht. Wir sind entschlossen, bei uns mit allen Nachwirkungen des Frontstadtsumpfes reinen Tisch zu machen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht mehr wehrlos

Manche Bürger haben gefragt, ob es denn unbedingt notwendig gewesen sei, bei unseren Maßnahmen, die ja schließlich auch eine pädagogische Lektion waren, mit Panzern und Geschützen aufzufahren.
Ich möchte es ganz unmißverständlich sagen: Jawohl, das war notwendig! Das hat nämlich dazu beigetragen, die zur Sicherung des Friedens und der Grenzen der DDR notwendigen Maßnahmen präzise und schnell und reibungslos durchzuführen. Den Provokateuren ist von vornherein die Lust genommen worden, gefährliche Zwischenfälle heraufzubeschwören. Es ist bei der Durchführung all unserer Maßnahmen weit, weit weniger passiert als bei einer durchschnittlichen Rock-and-Roll-Veranstaltung im Westberliner Sportpalast.
Für manche Leute war es sicherlich auch recht nützlich, zur Kenntnis zu nehmen, daß die deutsche Arbeiterklasse heute nicht mehr wehrlos ist, sondern über Panzer und Geschütze und alles, was zur Verteidigung notwendig ist, verfügt. Vielleicht hatten manche Leute in Westdeutschland von Strauß bis Brandt vergessen, daß wir nicht verwechselt werden dürfen mit jenen Ministern der sozialdemokratischen Preußen-Regierung, die 1932 ihr Land der Reaktion auslieferten, obwohl sie über eine Polizeimacht von 100 000 Mann verfügten. Stellen Sie sich bitte einmal vor: Diese 100 000 Mann preußischer Polizei wären 1932 gegen Reaktion und Faschismus eingesetzt worden, dazu die Arbeiter aus dem Reichsbanner, aus dem Rot-Front-Kämpfer-Bund, dazu alle die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter aus den Betrieben – das wäre eine Kraft gewesen, die völlig ausgereicht hätte, die Reaktion und das ganze faschistische Gesindel zum Teufel zu jagen. Welches Unglück wäre durch entschlossenen Einsatz der Macht dem deutschen Volk und der Welt erspart geblieben!
Aber der sozialdemokratische Innenminister Severing kapitulierte vor einem Reichswehr-Oberleutnant und drei Feldwebeln. Es war nützlich, daß die Herren Reaktionäre, Militaristen und Monopolherren nebst Anhang von Globke bis Brandt einmal zur Kenntnis nehmen mußten, daß es im ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat keine solchen Narren und Schwachköpfe gibt, die auf Drohungen der Militaristen hin in die Knie gehen.
Unsere Panzer und Geschütze haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Dadurch sind sicherlich auch einige Mißverständnisse über das

Kräfteverhältnis und über den Charakter der Regierung eines echten Arbeiter-und-Bauern-Staates beseitigt worden.

Die Atmosphäre ist gereinigt worden

Unsere Sicherungsmaßnahmen erleichtern es jetzt den friedliebenden Kräften in Westdeutschland und auch dem Teil der Bourgeoisie, der keinen Kriegskonflikt will, die Ultras von Strauß bis Brandt zurückzudrängen.
Unsere Maßnahmen stimmen auch überein mit den ausgesprochenen oder unausgesprochenen Interessen der bürgerlichen Kreise in Frankreich und England, in den USA, Belgien, Italien usw., die es in vielfacher Form der Regierung der DDR nahegelegt haben, den Unruheherd Westberlin unter Kontrolle zu nehmen. Die bisherige Reaktion der NATO-Länder läßt ganz deutlich erkennen, daß vielen NATO-Politikern ein Stein vom Herzen gefallen ist, als sie am 13. August die Meldung vernahmen, daß eine dem Frieden äußerst gefährliche Situation durch die Maßnahmen der Regierung der DDR auf friedlichem Wege bereinigt worden ist.
Ich hoffe auch, daß unsere Maßnahmen die bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluß des Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage erleichtern werden. Die Atmosphäre ist gereinigt worden. Vieles ist jetzt klarer zu sehen.
Klar müßte es eigentlich jetzt jedem sein — und das war auch der Sinn dieser pädagogischen Lektion —, daß weder die Sowjetunion noch die Deutsche Demokratische Republik erpreßt werden können.
Manche westdeutschen Politiker haben unsere Geduld, unsere immer wieder erneuerten Vorschläge zu Verhandlungen, unser unentwegtes Suchen, die friedliche Koexistenz zu sichern, damit beantwortet, daß sie Drohungen gegen uns ausstießen, Aggressionsakte gegen uns vorbereiteten, Diversionstätigkeit organisierten, d. h. die „unfriedliche Koexistenz" praktizierten.
Es ist offenbar so, daß manche Leute in Bonn und im Westberliner Frontstadtsenat unsere Bereitschaft zur friedlichen Koexistenz gründlich mißverstanden haben. Friedliche Koexistenz bedeutet nicht, daß wir etwa westdeutschen Militaristen gestatten, unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat Schaden zuzufügen und die Hände gegen uns zu erheben. Die friedliche Koexistenz setzt immer und vor allem die Achtung vor dem Recht der Staa-

ten voraus und natürlich auch vor dem Recht unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Auch die Politik der rechten SPD-Führer ist gescheitert

Der vor noch nicht langer Zeit zur SPD gestoßene frühere bürgerliche Politiker Dr. Heinemann hat erklärt, in diesen Tagen sei am Brandenburger Tor die zwölfjährige Politik der Stärke des Herrn Adenauer endgültig gescheitert. Das ist schon richtig. Aber Herr Dr. Heinemann vergißt dabei, daß seine jetzige Partei ein gerüttelt Maß der Schuld trägt, daß es überhaupt zu einem 13. August kommen mußte. Und so ist nicht nur die Politik des Herrn Adenauer, sondern ebenso die Politik der rechten SPD-Führer am Brandenburger Tor – aller Welt sichtbar – gescheitert.
Am Brandenburger Tor ist sichtbar geworden, daß die Revanchepolitik und alle erpresserischen Pläne der westdeutschen Militaristen, daß jeder Versuch, die Herrschaft der Monopole und der Militaristen nach Osten auszudehnen, ein für allemal gescheitert sind. Der Revanchepolitik ist ein für allemal der Weg versperrt. Auf dem Brandenburger Tor weht die schwarzrotgoldene Fahne mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz als Symbol der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Und wenn in Westdeutschland Abzeichen mit dem Brandenburger Tor vertrieben werden, dann sollte jeder, der es sich ansteckt, wissen, daß er das Symbol der deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht trägt.
Am Brandenburger Tor ist sichtbar geworden, daß es gar nicht um irgendwelche Maßnahmen geht, die die Westberliner Bevölkerung betreffen, sondern um die Pläne, von Westberlin aus die DDR aufzurollen, die ein für allemal gescheitert sind. Jetzt ist auch für die ganze Welt klar, daß es nicht etwa um die Freiheit der Westberliner geht, die niemals bedroht war, sondern um die „Freiheit" der Hitlergenerale, ein neues Kriegsabenteuer auszulösen. Am Brandenburger Tor – das kann heute jedermann sehen – ist die Freiheit der deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Frieden und der Fortschritt gesichert worden.
Was war der Sinn des 13. August? Der Sinn des 13. August war die Sicherung des Friedens durch energische Schläge gegen die westdeutschen Militaristen und Ultras. Dadurch wurde es auch den friedliebenden Kräften in Westdeutschland erleichtert, sich gegen die militaristischen Unterdrückungsmaßnahmen und gegen die Rüstungslasten zur Wehr zu setzen.

Wir haben die Ultras am Brandenburger Tor geschlagen. Ihre Aufgabe, liebe Westdeutsche, ist es, die Ultras am Rhein und an der Ruhr zu schlagen!

Herr Brandt, der jetzt in Westberlin alles tut, um sich auch noch um den letzten Rest von Reputation zu bringen, hat doch sein Amt in Westberlin mit der großmäuligen Erklärung angetreten, es sei die Aufgabe Westberlins, Störenfried gegen die DDR zu sein. Dieser selbe Herr Brandt hat doch sogar vor dem USA-Präsidenten, Herrn Kennedy, und anderen westlichen Politikern damit geprahlt, welche wunderbaren Möglichkeiten er hätte, von Westberlin aus einen Bürgerkrieg in der DDR anzufachen und einen kleinen Krieg ganz im Sinne der westdeutschen Militaristen zu organisieren. Die von ihm in den letzten Wochen und Monaten betriebene verschärfte Störtätigkeit sollte ja schließlich diesen Zwecken dienen. Zugleich sollte damit der Abschluß des Friedensvertrages verhindert werden. Doch die Arbeiter-und-Bauern-Macht der Deutschen Demokratischen Republik hat dem Herrn Brandt nachdrücklich auf die Finger geklopft. Heute schreit er Zeter und Mordio. Er fleht alle Welt an, ihm seine schmutzigen Geschäfte zu retten. Er benimmt sich wie ein Einbrecher, der verhindert wurde, seinen Einbruch zu verüben und der sich deshalb bitter beschwert.

Bei einer Sitzung des Westberliner Senats vor einigen Tagen hat, wie die Westberliner Presse ausführlich berichtete, Herr Brandt völlig die Nerven verloren und ist aus dem Saal getürmt. Weshalb eigentlich? Herr Brandt hat doch nicht etwa deshalb die Nerven verloren, weil Herr Adenauer ihm vom Klassenstandpunkt der Bourgeoisie aus ein paar Ohrfeigen versetzte! Das ist dieser politische Scharlatan doch längst gewohnt! Er hat die Nerven verloren, weil es ihm allmählich dämmert, daß er und die SPD-Führung den „Kampf um Berlin" verloren haben. Und weil er diesen Kampf verloren hat, verlor er auch die Nerven, als ihm Adenauer eben das – ziemlich unverhüllt – höhnisch vorwarf. „Und so etwas" – so höhnen jetzt die Adenauerpolitiker weiter – „so etwas wie dieser Brandt will Bundeskanzler werden." Der aufgeblasene Herr Brandt ist tatsächlich wie ein Luftballon beim bloßen Anblick unserer Nationalen Volksarmee geplatzt.

Seit 12 Jahren regiert in Westberlin die SPD. Sie hatte die große Chance, Westberlin zum Beispiel zu machen für die friedliche Zusammenarbeit in Deutschland, zur Stätte der Begegnung und der offenen und ehrlichen Aussprache, zum Ort der Zusammen-

arbeit der beiden deutschen Staaten, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnung.
Aber die SPD-Führung in ihrer antikommunistischen Verblendung und hündischen Unterwürfigkeit gegenüber den westdeutschen Militaristen und Imperialisten hat die große Chance für Westberlin, die zugleich auch ihre große politische Chance war, vertan. Das Ergebnis einer zwölfjährigen Politik der SPD-Führung und des Herrn Brandt in Westberlin ist ein großer Scherbenhaufen. Die Westberliner Bevölkerung sollte sich gründlich überlegen, wem sie diesen Scherbenhaufen zu verdanken hat, und die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.
In Berlin war 1945, nach der Niederlage Hitlerdeutschlands, eine gute Grundlage für die friedliche Entwicklung geschaffen worden. Berlin könnte heute eine einheitliche, friedliebende Stadt sein, über die man in der Welt nicht anders sprechen würde als z. B. über Zürich oder Stockholm.

Wie Berlin gespalten wurde

Wenn die Grundsätze der Antihitlerkoalition in ganz Berlin durchgeführt worden wären, gäbe es heute keine Westberlinfrage. Zu der Zeit, als die werktätige Bevölkerung Berlins im Mai 1945 das wirtschaftliche Leben wieder in Gang brachte, eine einheitliche antifaschistische Verwaltung schuf, als einheitliche politische Parteien in ganz Berlin bestanden und auch einheitliche Gewerkschaften, entwickelte sich hier in Berlin doch alles ganz normal und demokratisch. Das wurde geändert, als die französischen, britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden nach Westberlin hereingelassen wurden, als sie mit Hilfe der rechten SPD-Führung an die Stelle des Kampfes für die Ziele der Antihitlerkoalition den Kampf gegen die Antifaschisten und gegen den Kommunismus setzten. So wurde Berlin systematisch gespalten. So entwickelte sich der Frontstadtsumpf in Westberlin. So wurde Westberlin zu einer Bastion, in der die Ideologie des Hitlerreiches konserviert wurde. So wurde Westberlin systematisch zum Brandherd eines neuen Krieges ausgebaut. Herr Strauß sagte ganz offen, daß nach seiner Ansicht der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei. In seiner Rechnung spielt Westberlin eine große Rolle. Wir, die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Staatsmacht, werden dafür sorgen, daß der zweite Weltkrieg beendet ist und beendet bleibt, daß alle seine

Überreste verschwinden. Unsere Aktion vom 13. August trägt dazu bei.
Der sozialdemokratische Senat trägt zu einem erheblichen Teil die Verantwortung dafür, daß Westberlin zum Tummelplatz der Kriegstreiber und Kriegsinteressenten wurde, zum Paradies der Menschenhändler und Spione und Diversanten, zur Eiterbeule einer systematischen Verseuchung junger Menschen durch Lehrfilme für Mörder und andere Schwerverbrecher. Und der Herr Brandt fleht auf Knien seine ausländischen Schutzherren an, sie mögen ihm um Gottes willen diesen stinkenden Sumpf erhalten. Er hat die Fußtritte, die er jetzt von allen Seiten erhält, redlich verdient. Wie lange werden die Westberliner diese bankrotte Figur noch dulden?

Der Mißbrauch des Begriffs der Menschlichkeit

In Westdeutschland und in Westberlin strapazieren Politiker jetzt den Begriff der Menschlichkeit. Die Menschenhändler, die unmenschlichen Organisatoren des Menschenhandels und des Kindesraubs, die Erpresser und die Lügner und die Verleumder, denen das Handwerk gelegt wird, werfen deshalb der Deutschen Demokratischen Republik Unmenschlichkeit vor. Ausgerechnet die! Diese Heuchler trauern ja nur darüber, daß sie ihre Verbrechen nicht fortsetzen können.
Ich möchte meinen: Erstes Gebot der Menschlichkeit ist es doch, den Frieden zu sichern, einen Krieg zu verhindern und alle Maßnahmen durchzuführen, die diesem Ziel dienen.
Auch die Hitler und Goebbels mißbrauchten den Begriff der Menschlichkeit ohne jeden Skrupel, um ihre Aggressionen vorzubereiten. Die Vergewaltigung der Tschechoslowakei, der Einmarsch in Österreich und der Einmarsch in Polen — alles war lautere Menschlichkeit. Aus lauter Liebe zu den Menschen wurden Millionen Menschen zu „Untermenschen" erklärt und in den Gaskammern umgebracht. Aus lauter Menschlichkeit wollten die deutschen Militaristen ein Land nach dem anderen verschlingen. Und auch jetzt sagen diese Menschenfreunde: Wir wollen die DDR nur deshalb schlucken, damit sie nicht etwa von innen heraus explodiert. Also auch wieder: Aggression ja, aber nur aus Menschlichkeit.

Bonn „sorgt sich" um die DDR

Die westdeutschen Konzernherren, Bankiers und Militaristen haben sich da einen netten Propagandaschwindel zusammengebastelt. Sie sagen: Da in der Deutschen Demokratischen Republik die Menschen vor Hunger verkommen, verzehren sich die Arbeiter und Bauern der DDR in Sehnsucht danach, sich von den lieben, goldigen Monopolherren und Großgrundbesitzerchen ausbeuten und von Hitlergeneralen auf Kasernenhöfen schikanieren und schließlich in den dritten Weltkrieg jagen zu lassen. Daher gleiche die DDR sozusagen einem kochenden Kessel, dessen Explosion droht, wenn wir nicht gestatten, daß Jugendliche aus der DDR in die westdeutsche Armee und in die Fremdenlegion gelockt, daß Ärzte aus der DDR als Reserve für die westdeutsche Armee und Ingenieure und Techniker für die westdeutschen Rüstungsbetriebe abgeworben werden können.
Ich möchte diesen Herrschaften sagen: Machen Sie sich keine Sorgen um uns. Die Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik wissen schon ganz genau, was sie wollen. Und wenn sich in Westdeutschland oder in anderen NATO-Ländern der eine oder andere Politiker durchaus mit explosiven Situationen beschäftigen will, dann findet er sie – jede Menge – ohne Vergrößerungsglas in den eigenen Ländern oder in den Ländern der NATO-Bundesbrüder.

Wer spaltete Deutschland?

Herr Adenauer und die westdeutschen Militaristen jammern über Stacheldraht und wollen vergessen machen, daß sie es waren, die zusammen mit den amerikanischen Imperialisten Deutschland spalteten, Berlin spalteten, die deutsche Währung spalteten, Westdeutschland aus dem Gefüge der deutschen Nation herauslösten und es zu einem amerikanischen Satellitenstaat machten. Damals ist von ihnen der Stacheldraht durch Deutschland gezogen worden.
Wir haben uns große Mühe gegeben, diese Entwicklung zu verhindern. Unsere Gegner aber trachteten, unsere Gutmütigkeit und Geduld auszunutzen und Bürgerkrieg und Grenzprovokationen zu organisieren. Das ging so weit, daß die Bonner Regierung bereits Demonstrationen an der Grenze der DDR organisierte und daß auf Grenzposten der DDR geschossen wurde. Die von uns getroffenen Sicherungsmaßnahmen dienen eben dem Zweck, Bruderkrieg und Provokationen zu verhindern.

Niemand kann uns nachsagen, daß wir etwa Stacheldraht besonders gern hätten. Aber Stacheldraht ist zweifellos gut und nötig als Schutz gegen diejenigen, die die Deutsche Demokratische Republik überfallen wollen. Und allen den Bürgern Westdeutschlands und Westberlins, denen unsere Schutzmaßnahmen nicht gefallen, möchte ich sagen: Bändigen Sie die Ultras und die Militaristen! Dann wird es auch an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik keinen Stacheldraht geben!

Es gibt Deutsche und Deutsche

Es ist ja nun einmal nicht so, daß etwa alle Deutschen Engel wären. Es gibt Deutsche und Deutsche. Es gibt Deutsche, die ihr ganzes Leben für den Frieden und gegen den Krieg kämpften. Und es gibt andere Deutsche, die ihr ganzes Leben dem Krieg und den Zielen des Imperialismus widmeten. Es gibt Deutsche, die im ersten Weltkrieg und im zweiten Weltkrieg ihr Leben einsetzten für den Frieden des deutschen Volkes, und es gibt andere Deutsche, die im ersten Weltkrieg und im zweiten Weltkrieg das deutsche Volk in die Massengräber jagten. Es gibt Deutsche, die in den Konzentrationslagern saßen, gequält und gepeinigt und ermordet wurden. Und es gibt andere Deutsche, die ihre Henker und Peiniger waren, und die nicht nur die deutschen Kämpfer für den Frieden, sondern auch die friedlichen Bürger vieler, vieler anderer Staaten quälten und ermordeten. Es gibt Deutsche, die in den Gaskammern des deutschen Faschismus umgebracht wurden. Und es gibt Deutsche, die ihre Opfer in die Gaskammern trieben, die die Gaskammern bedienten. Es gibt Deutsche wie Karl Liebknecht, die ihr Leben dem Glück des Volkes und dem Frieden opferten. Und es gibt andere Deutsche, die Karl Liebknecht ermordet haben. Es gibt Deutsche, wie unseren Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid, die von den Faschisten ermordet wurden. Und es gibt Deutsche, die ihre Mörder und die Mörder von Zehntausenden unserer besten Genossen waren und deren Kumpane heute in Westdeutschland in leitenden Staatsfunktionen sitzen.

Es ist also nicht möglich, alle Deutschen einander gleichzusetzen. Aber ein guter Deutscher ist nur der, der hilft, den Frieden zu sichern. Das Minimum dessen, was man von einem guten Deutschen verlangen muß, ist, daß er tatkräftig mithilft zu verhindern, daß ein neuer Krieg von deutschem Boden ausgeht, denn ein Krieg würde das deutsche Volk vernichtend treffen.

Von einem guten Deutschen erwarten wir, daß er gegen das Treiben der Militaristen und Revanchepolitiker in Westdeutschland auftritt und sich für die allgemeine und vollständige Abrüstung einsetzt. Von einem guten Deutschen erwarten wir, daß er mithilft, ein friedliebendes und neutrales Deutschland zu schaffen und die Wiedervereinigung Deutschlands durch den Austritt Westdeutschlands aus der NATO vorzubereiten.
Manche Leute haben gesagt, durch die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik würden die Brüder und Schwestern in Westdeutschland von uns getrennt. Aber wer hat denn die Menschen in Westdeutschland von uns getrennt? Das waren doch die amerikanischen Imperialisten, weil sie Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet, in einen Rammbock gegen den Sozialismus verwandeln wollten.
Die Sache ist doch so: Wir sind für enge Beziehungen mit der westdeutschen Bevölkerung. Leider aber haben unsere westdeutschen Brüder und Schwestern zugelassen, daß bei ihnen der Militarismus und Nazismus wiederum solche Machtpositionen einnimmt, die dazu ausgenutzt werden, um einen dritten Weltkrieg vorzubereiten.
Unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland haben unermüdlich gearbeitet. Sie waren fleißig, erfinderisch. Sie glaubten, sie arbeiteten nur für sich. Sie haben nicht nach rechts und nicht nach links geschaut. Und sie haben gar nicht bemerkt, wie Zug um Zug die Militaristen die Früchte ihrer Arbeit nahmen, damit ihre eigenen Machtpositionen ausbauten. Womit finanziert denn Herr Strauß die westdeutsche NATO-Armee und ihre atomare Bewaffnung? Woher nimmt er die 12 bis 15 Milliarden Mark jährlich? Womit finanziert der Spionageminister Lemmer seine schändliche Tätigkeit der Diversion, der Spionage und des Menschenhandels? Mit den Mitteln, die unsere westdeutschen Brüder und Schwestern sich von den alten Verderbern Deutschlands abnehmen lassen, für die sie treu und brav und ohne mit der Wimper zu zucken arbeiten, um uns dann unschuldig zu erklären, sie beschäftigten sich überhaupt nicht mit Politik.
Offenbar ist doch hier einiges noch nicht in Ordnung. Grundbedingung der Verbrüderung zwischen den Bürgern der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik und den deutschen Brüdern und Schwestern in Westdeutschand ist doch offenbar, daß sie aufhören müssen, den Verderbern Deutschlands zu dienen, daß auch sie für die hohen Ideale des Friedens eintreten, daß sie sich bewußt werden, welches Spiel mit ihnen gespielt wird,

daß sie sich bewußt werden, daß auch sie die Aufgabe haben, für Frieden und Sozialismus zu arbeiten, da dem Sozialismus die Zukunft in ganz Deutschland gehört.
Der Weg zur Wiedervereinigung geht also nur über die Bändigung des deutschen Militarismus durch unsere westdeutschen Brüder und Schwestern. Der Weg zur Wiedervereinigung kann erst dann offen sein, wenn die Revanchepolitik und der Militarismus verschwunden sind und die Atomkriegsrüstung beseitigt ist.
Deshalb müssen unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland, wenn sie unseren heißen Wunsch teilen, wieder mit uns eins zu werden, offen und ehrlich für die Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges, für einen Friedensvertrag, für die Abrüstung in ganz Deutschland, für die Neutralisierung Deutschlands eintreten.
Wir wollen es ganz offen sagen: Wenn jemand erklärt, die Westdeutschen seien unsere Brüder und Schwestern, so ist das nur teilweise wahr. Denn – wie ich vorhin nachwies – gibt es Deutsche und Deutsche. Die westdeutschen Arbeiter sind unsere Klassenbrüder. Die westdeutschen werktätigen Bauern, die im Frieden leben und arbeiten wollen, betrachten wir als Freunde und Bundesgenossen. Desgleichen die westdeutschen Intellektuellen, die gegen die Atomrüstung auftreten. Wir schätzen sie als tüchtige Menschen und sind der Überzeugung, daß wir gut mit ihnen zusammenarbeiten und später auch zusammenleben werden.
Aber es gibt – wie wir gesehen haben – auch Deutsche, die Feinde des deutschen Volkes und der deutschen Nation und der ganzen Menschheit sind, und die wir auch als Feinde erkennen und bekämpfen müssen. Das sind die Militaristen, die unverbesserlichen Faschisten, die keine Reue zeigen und ihre menschenfeindlichen Pläne nicht aufgegeben haben. Das sind die Herren der großen Monopole, die am Unglück des deutschen Volkes verdient haben und auch jetzt an der Spaltung Deutschlands verdienen. Diese Leute und ihre Lakaien sind Feinde des Volkes. Und wir bedauern, daß es ihnen gelungen ist, nicht wenige Menschen in Westdeutschland und in Westberlin irrezuführen.
Wie töricht wäre es, die Verderber des deutschen Volkes etwa als Brüder und Schwestern ansprechen zu wollen. Sie möchten sich nur allzugern in dieser Tarnung bei uns einschleichen. Das kommt nicht in Frage! Die Herren Speidel und Globke und

Strauß und Brandt können wir beim besten Willen nicht als deutsche Brüder ansehen.

Welche Einheit? Wessen Freiheit?

Es ist offenbar auch ziemlich sinnlos, allgemein von Einheit und Freiheit zu reden. Man muß vielmehr die Frage stellen: Welche Einheit ist gemeint? Wessen Freiheit ist gemeint? Wir wollen keine Einheit unter militaristischer Herrschaft, wie die von 1914. Und wir wollen keine Einheit unter faschistischer Herrschaft, wie die von 1933. Und wir wollen keine Einheit unter NATO-Herrschaft. Wir brauchen keine Freiheit der Aggression, der Aggressoren und der Kriegstreiber. Aber das, was wir brauchen, ist die Einheit der friedliebenden und anständigen Deutschen, die Freiheit für alle Deutschen, sich aller Kriegstreiber, Militaristen und ihres Anhanges ein für allemal zu entledigen, die Freiheit, den Sozialismus zu errichten und allen ehrlichen Menschen Frieden und Glück zu sichern.

Appell an die Bürger Westdeutschlands

Ich wende mich heute an die Bürger Westdeutschlands. Ich möchte Ihnen sagen: In der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin herrscht Ruhe und Ordnung. Niemand soll sich von dem hysterischen Geschrei einiger Westberliner Politiker beirren lassen. Die Maßnahmen des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates und seiner Verbündeten dienen dem Frieden. Sie helfen mit, zu gewährleisten, daß Westberlin nicht zu einem zweiten Sarajevo wird.
Ich möchte aber den Arbeitern, den Bauern und allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland ganz offen sagen: Die weitere Sicherung des Friedens hängt in hohem Maße von Ihnen ab. Denn in Westdeutschland hat der Militarismus und Revanchismus seine Basis. Von dort aus wird der Frieden der Welt bedroht. Deshalb ist es erforderlich, daß alle vernünftigen Bürger Westdeutschlands und guten Deutschen sich vereinen, um der wahnwitzigen Politik der unverbesserlichen Ostlandreiter und nach Revanche dürstenden Hitlergenerale, alten und neuen Faschisten, ein Ende zu machen. Das ist notwendig, damit der Frieden erhalten wird, damit normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bestehen können, damit schließlich die Einheit der Nation wiederhergestellt werden kann.

Ich habe mich schon vor einiger Zeit speziell an die westdeutsche Bourgeoisie gewandt mit dem Vorschlag, im eigenen Interesse wie auch im Interesse des Friedens auf die Unterstützung der abenteuerlichen Revanchepolitik zu verzichten und auf die friedliche Koexistenz einzugehen. Ich halte diesen Vorschlag auch heute aufrecht. Ich bin der Ansicht, daß die westdeutsche Bourgeoisie allen Anlaß haben sollte, ihn ernsthaft zu erwägen und auf ihn einzugehen.
Es mag schon sein, daß es bei Abschluß des Friedensvertrages zu gewissen Spannungen kommt. Aber der Friedensvertrag wird zugleich solche Bedingungen schaffen, die normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und auch der westdeutschen Bourgeoisie Dispositionen auf lange Sicht ermöglichen werden.

Neue Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten möglich

Einige Persönlichkeiten der DDR aus früheren bürgerlichen Kreisen haben die Frage gestellt, ob die Maßnahmen der Regierung der DDR so zu verstehen seien, daß durch das Zurückschlagen der militaristischen und revanchistischen Kräfte neue, nämlich normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden sollen. Darauf möchte ich antworten: Sie haben unsere Absicht richtig formuliert. Da nämlich erwiesen ist, daß die bisherige Art der Beziehungen oder der Nichtbeziehungen ausgenutzt wurde zur Störung der Deutschen Demokratischen Republik und zu dem Versuch ihrer Unterminierung, konnten wir den Dingen nicht mehr tatenlos zusehen. Aber wir sind bereit, neue Beziehungen festzulegen nach den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten und auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung der Bundesrepublik.
Die von den deutschen Militaristen und den imperialistischen Westmächten vollzogene Spaltung Deutschlands hat auch manche Familien getrennt. Wir bedauern es, daß durch die aggressive Politik der westdeutschen Militaristen die Spaltung für diese Familien fühlbarer geworden ist. Offen gesagt, gibt es aber auf absehbare Zeit, bis in Westdeutschland friedliche Verhältnisse erreicht sind, nur einen Ausweg, daß nämlich Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die die Absicht haben, mit ihren in Westdeutschland wohnenden Angehörigen zusammenzuleben,

diese einladen, in die Deutsche Demokratische Republik umzusiedeln. Die Regierung der DDR wird dabei großzügig helfen.

Unzulässige Einmischung der Westkommandanten

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu einem Brief der Westberliner Kommandanten, der in der Presse veröffentlicht wurde:
Die Kommandanten der Westberliner Besatzungstruppen haben sich beim Chef der sowjetischen Garnison in Berlin über die Schutzmaßnahmen der DDR beschwert. Abgesehen davon, daß sie sich mit ihren Bemerkungen an eine falsche Adresse gewandt haben, können wir das nur als Versuch einer völlig unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik ansehen. Es ist uns unverständlich, wie die Herren Westberliner Kommandanten dazu kommen. Wir mischen uns schließlich auch nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein. Es gehört zu der anomalen Lage in Westberlin, daß hier die USA, England und Frankreich Besatzungstruppen haben und ein Besatzungsregime – 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges – unterhalten.

Die Abkommen von Jalta und Potsdam wurden von den Westmächten einseitig gebrochen

Bei dieser Gelegenheit ist es vielleicht nützlich, an die feierlich von den Westmächten übernommene Verpflichtung zu erinnern, den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und nie wieder hochkommen zu lassen. Da die Deutsche Demokratische Republik der deutsche Friedensstaat ist, in dem die Beschlüsse von Potsdam durchgeführt worden sind, wäre es eigentlich nur logisch gewesen, wenn uns die Westberliner Kommandanten dazu beglückwünscht hätten, daß wir so entschlossen und erfolgreich auch in diesen Tagen nach den Prinzipien der Antihitlerkoalition gehandelt haben.
Die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben sich bei der Regierung der UdSSR über die Sicherungsmaßnahmen an den Grenzen von Westberlin beklagt. Aber keine einzige unserer Maßnahmen berührt irgendwie die Interessen dieser Länder. Die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dienen ausschließlich der Sicherung des Friedens in Deutschland. Es ist ein grotesker Zustand, den es in der Welt noch nie gegeben hat, daß ein Staat, nämlich die west-

deutsche Bundesrepublik, sich aus dem deutschen Staatsverband losgelöst, in den Nordatlantik-Kriegspakt eingegliedert und die Souveränität so weit aufgegeben hat, daß Herr Adenauer Verhandlungen über die Deutschlandfrage als Angelegenheit der Großmächte bezeichnet. Diese Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes soll nach Meinung der Adenauer-Regierung auf Grund der Pariser Verträge bis zum Jahre 2003 gelten. Die Vertretung der nationalen Interessen des deutschen Volkes ist also die ausschließliche Sache der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Volkskammer und Regierung. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, vom völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Standpunkt zu den Äußerungen der Westmächte zur Aktion vom 13. August Stellung zu nehmen.

Die drei Westmächte berufen sich auf Verträge der Antihitlerkoalition. Aber der Sinn der Abkommen von Jalta und Potsdam ist die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus. Deshalb ist eine Berufung auf diese Verträge nur möglich, soweit es sich auf Fragen bezieht, die die Durchführung dieser Abkommen betreffen.

Die Berufung auf den sogenannten Viermächtestatus für Berlin ist ein Schattenspiel für Blinde, denn die Westmächte haben den Viermächtestatus selber liquidiert. Sie haben deshalb auch kein Recht mehr, sich auf das Protokoll vom 12. September 1944 zu berufen, das die Einteilung Deutschlands in drei Besatzungszonen sowie die Verwaltung von Groß-Berlin regelte, das nie und nirgends als selbständige Besatzungszone behandelt wurde.

Aus dem Wortlaut der Protokolle von 1944 wie auch aus allen weiteren Vereinbarungen über den Besatzungsmechanismus geht eindeutig hervor, daß sie nur Durchführungsbestimmungen zu dem von den Regierungen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens festgelegten Programm für die bedingungslose Kapitulation des Hitlerreiches waren. Dieses Programm ist in der Deklaration von Jalta und im Potsdamer Abkommen festgelegt und besagt, daß sich die Alliierten Mächte verpflichten, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten, sein Wiedererstehen nie zuzulassen und gemeinsam die Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für die Erhaltung des Friedens und die Sicherheit der Welt notwendig sind.

Diese feierlich unterzeichneten Abkommen von Jalta und Potsdam, die mit dem Blut von Millionen Kämpfern gegen die Hitlerherrschaft besiegelt waren, sind durch die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und durch seine Einbeziehung in den Militär-

pakt der NATO von den Westmächten einseitig gebrochen worden. Damit haben sie auch den Durchführungsbestimmungen, wie sie in den Protokollen über das Besatzungsregime festgelegt waren, die völkerrechtliche Basis entzogen. Es ist ein allgemeiner völkerrechtlicher Grundsatz: Wer ein Hauptabkommen bricht, kann sich nicht auf Nebenabkommen berufen. Die Westmächte haben dieser eindeutigen Sachlage selber dadurch Rechnung getragen, daß sie für Westberlin ein Drei-Mächte-Besatzungsstatut erließen, womit sie auch in formal-juristischer Hinsicht den Viermächtestatus von Berlin liquidierten.
Was die Staatsgrenze der DDR in Berlin betrifft, so wurde sie geschaffen im Zusammenhang mit der Schaffung der westdeutschen Separatwährung und des westdeutschen Separatstaates. Bekanntlich verließen jene Abgeordneten die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin, die gegen die Durchführung des Potsdamer Abkommens waren und für die Restauration der alten Verhältnisse.
Die Westmächte haben es zugelassen, daß Westberlin durch die Schürung des kalten Krieges, durch Spionage- und Agententätigkeit, durch die revanchistische Politik der deutschen Militaristen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder zur Frontstadt gemacht wurde. Unter Verantwortung der Westmächte und durch die Schuld der Bonner und Schöneberger Politiker wurde die gefährliche Front des kalten Krieges mitten durch Berlin geschaffen. Der erste deutsche Friedensstaat setzt an die Stelle dieser Front des kalten Krieges die Grenze des Friedens zwischen der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin, mit dem wir eine Verständigung als entmilitarisierte und neutrale Freie Stadt anstreben. Diese Grenze des Friedens hat ihre völkerrechtliche Grundlage u. a. auch in der unbestreitbaren Tatsache, daß im demokratischen Berlin seit 12 Jahren der Präsident und der Staatsrat, die Volkskammer und die Regierung sowie alle zentralen Leitungen der Parteien und Massenorganisationen ihren Sitz haben, wie das der Rolle des demokratischen Berlins als Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik entspricht.
Es ist ein Widerspruch, wenn sich die Westmächte auf das Potsdamer Abkommen berufen, durch das sie verpflichtet waren und sind, dem deutschen Militarismus und Nazismus, den revanchistischen und chauvinistischen Organisationen keine Bewegungsfreiheit in Deutschland zu gewähren, aber in der Praxis die militaristischen und revanchistischen Verbände, Spionage- und

Agentenorganisationen in Westberlin unterstützen und ausnutzen.
Wenn gewisse Kreise der Westmächte heute durch Berufung auf Viermächte-Vereinbarungen Bewegungsfreiheit für die Vorbereiter einer neuen Aggression, für Kriegshetze, Menschenhandel und Kopfjäger fordern, dann unterstreichen sie damit nur, daß sie die Grundsätze der Antihitlerkoalition über Bord geworfen haben, auf denen alle anderen Viermächte-Abkommen beruhten.
Im übrigen sind die Westmächte mit keinem Wort für die Freizügigkeit eingetreten, als Tausenden und aber Tausenden von Antifaschisten in Westberlin durch Verweigerung des Geldumtausches, durch Rentenentzug und andere halbfaschistische Maßnahmen die Existenzgrundlage entzogen wurde, als Gegner des Nazismus und Militarismus mit Stockschlägen auf den Magen kirre gemacht werden sollten. Vom Recht auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes haben die Westmächte auch nicht gesprochen, als Tausende von Antifaschisten aus den Verwaltungen und Betrieben Westberlins entfernt wurden, um den alten Nazis, den sogenannten 131ern, Platz zu machen.
Die Westmächte lieben es besonders, sich auf die Viermächte-Vereinbarungen von New York und Paris aus dem Jahre 1949 zu berufen. Aber diese Abkommen schufen keine neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen, sondern beruhten auf den alten Durchführungsbestimmungen für das Besatzungsregime. Aber selbst das Pariser Abkommen vom 20. Juni 1949 wurde von den Westmächten einseitig gebrochen.
In Paris war zur deutschen Frage festgelegt worden, daß die vier Mächte ihre Anstrengungen fortsetzen werden, um eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu erreichen, die durch die Bi- und Trizonen-Abkommen der Westmächte gesprengt worden war. Diese Verpflichtung von Paris wurde zum Schaden des deutschen Volkes wiederum einseitig von den Westmächten gebrochen, indem sie am 7. September desselben Jahres 1949 den separaten Westzonenstaat etablierten und für Westdeutschland und Westberlin das Dreimächte-Besatzungsstatut schufen. Sie verkündeten damals ganz offiziell, daß mit dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts alle Machtbefugnisse „ohne Rücksicht darauf, aus welcher Quelle sie sich herleiten und in welcher Weise sie ausgeübt werden, auf die drei Hohen Kommissare zur Ausübung gemäß den Bestimmungen des Besatzungsstatuts übertragen“ werden.

Die Mächte, die die Einheit Deutschlands und Berlins in dieser Weise gespalten haben, haben nicht das geringste Recht mehr, sich auf das Pariser Abkommen zu berufen, dessen einzelne Punkte, auch die über den Verkehr, nur den Bemühungen dienen sollten, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wiederherzustellen.
Im übrigen haben sowohl die Regierung der Sowjetunion als auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schon wiederholt klargestellt, daß derartige Abmachungen der Besatzungsmächte seit dem Bestehen zweier deutscher Staaten für die souveräne Deutsche Demokratische Republik keine bindende Gültigkeit mehr haben.
Es ist zweckmäßig, von der realen Lage auszugehen, die sich seit Ende des Krieges in Deutschland herausgebildet hat. Nachdem es völkerrechtlich einwandfrei ist, daß die Westmächte das Potsdamer Abkommen gebrochen haben, hat es gar keinen Sinn mehr, von Zeit zu Zeit alle möglichen Protokolle aus Archiven herauszuziehen, um diese Tatsachen zu bemänteln. Viel vernünftiger ist es, von der realen Lage auszugehen, wie sie sich seit Ende des Krieges in Deutschland herausgebildet hat. Die reale Lage besteht eben darin, daß es zwei deutsche Staaten gibt, und durch unsere Aktion am 13. August ist diese Tatsache auch manchen noch klargeworden, die das bisher zu bezweifeln suchten oder die hofften, „daß es noch einmal anders kommt“. Jawohl, es wird einmal anders kommen, nämlich, die Friedenskräfte werden auch in Westdeutschland siegen. Bis dahin ist es das klügste, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und mit beiden deutschen Staaten herzustellen. Es ist sehr erfreulich, bei vielen führenden Staatsmännern nach dem 13. August Anzeichen für die Erkenntnis zu finden, daß es Zeit wird, mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln.

Wie geht es jetzt weiter?

In dieser Situation gilt zunächst für alle das Wort, das ich schon einmal gebrauchte: „Denken ist die erste Bürgerpflicht!“
Jedermann muß sich darüber klar sein, daß eine neue Lage entstanden ist. Das sehen nicht nur wir, das spüren auch unsere Gegner. Es ist in der Tat eine neue Lage in Deutschland. Das muß seine Auswirkungen haben.
Manche der bisher noch nicht Überzeugten werden jetzt leichter begreifen, daß eine friedliche Lösung der deutschen Frage nur

möglich ist durch maximale Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und durch die Bändigung des Militarismus in Westdeutschland. Das ist die Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung unserer Nation.
Jetzt werden manche, die es bisher noch nicht glauben wollten, leichter begreifen, daß es – seitdem Westdeutschland durch die Pariser Verträge der NATO angegliedert worden ist – sinnlos ist, darauf zu hoffen, eine Einheit Deutschlands unter dem Kommando der NATO könnte durch irgendwelche geheimnisvollen Kräfte der Westmächte herbeigeführt werden.
Jetzt sollte jedermann klar sein, daß die Spaltung der deutschen Nation nur durch den großen Volkskampf zur Bändigung des Militarismus und Imperialismus überwunden werden kann. An der Spitze dieses Volkskampfes stehen die Arbeiter und anderen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Staatsmacht. Sie sind sich heute ihrer Kraft bewußter als gestern. Sie haben dem Militarismus eine Niederlage beigebracht und wissen, daß hinter ihnen eine Milliarde Menschen des sozialistischen Lagers steht.
Niemand aber soll etwa denken, die strenge Sicherung unserer Grenzen hätte zu bedeuten, daß wir etwa die Arbeiter und die friedliebenden Menschen in Westdeutschland abgeschrieben hätten. Nein, niemand ist abgeschrieben. Die Sache ist so: Die Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik auf allen Gebieten ist Voraussetzung dafür, daß in Westdeutschland einige Mißverständnisse über die Perspektive endgültig beseitigt werden, daß auch die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik klar erkannt wird.
Obwohl wir die Schwächen und Schwierigkeiten der westdeutschen Arbeiterklasse kennen und keine Illusionen haben, rechnen wir doch auf die westdeutsche Arbeiterklasse wie auf die große Zahl vernünftiger Leute in Westdeutschland, auf ihre Einsicht, ihre Klugheit, ihren Verstand und ihre Liebe zu unserem Volk. Aber sie alle werden die Lage neu durchdenken und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen müssen.
Aus der neuen Situation ergibt sich für uns auch folgende Schlußfolgerung: Die Werktätigen der ganzen Republik, ihre Söhne und Töchter in den bewaffneten Streitkräften, haben der Hauptstadt geholfen, die Grenzen zu schützen. Sie werden jetzt auch mithelfen, daß der sozialistische Aufbau in Berlin schneller durchgeführt wird, daß die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik endgültig gegen Störmanöver gefeit und von allen

Nachwirkungen der Sumpfatmosphäre, die von der Westberliner Frontstadt ausstrahlte, befreit wird.
Die Ereignisse der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Sicherung des Friedens für das deutsche Volk in hohem Maße von der Festigkeit und wirtschaftlichen Stärke der Deutschen Demokratischen Republik abhängt. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Volkskammer, der Staatsrat, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik – sie alle haben in diesen letzten Wochen viele Beweise der kämpferischen Anteilnahme aus den Betrieben, Städten und Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik erhalten. In ungezählten Telegrammen, Briefen und Beschlüssen werden Verpflichtungen übernommen, die alle darauf hinzielen, durch größere Arbeitsleistungen, durch bessere Qualität der Arbeit unsere Republik zu stärken.
Ich möchte von dieser Stelle aus allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die sich in dieser Weise an dem Kampf um die Sicherung unserer Hauptstadt Berlin beteiligt haben, sehr herzlich danken. Sie haben uns und allen am Kampf um die Sicherung der Hauptstadt Berlin eingesetzten Genossen und Kollegen gezeigt, daß die ganze werktätige Bevölkerung der DDR hinter den Maßnahmen der Regierung steht. Sie haben erkannt, worauf es jetzt und in der nächsten Zukunft ankommt.
Die wichtigste Aufgabe für uns ist und bleibt die Vorbereitung des Friedensvertrages durch die weitere Stärkung der DDR. Jeder Werktätige der DDR hilft mit durch solide und gewissenhafte Erfüllung der Planaufgaben in Menge und Qualität, durch gute Einbringung der Ernte, durch gute und lückenlose Versorgung unserer Bevölkerung durch unseren Handel. Nachlässigkeiten und Gleichgültigkeit müssen auf allen Gebieten unserer Arbeit beseitigt werden.
Die große Hilfe, die uns die Sowjetunion leistet, und die Hilfe der volksdemokratischen Länder ermöglichen es uns, die Rohstoffe und Waren zu erhalten, die wir nicht selbst erzeugen.
Nachdem die wichtigen Maßnahmen der Sicherung der DDR und ihres sozialistischen Aufbaus gegen Störmanöver von Westberlin aus durchgeführt worden sind, gilt es jetzt bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Volksvertretungen in den Gemeinden und Kreisen mit der ganzen Bevölkerung zu beraten, wie in Industrie und Landwirtschaft, im Dorf und in der Stadt und im Kreis der sozialistische Aufbau weitergeführt wird. Zusammen mit der ganzen Bevölkerung wollen wir beraten

und beschließen, wie die Aufgaben der Produktion erfüllt werden, wie sich das gesellschaftliche und kulturelle Leben entwikkelt, wie wir die Jugend erziehen, welche Aufgaben wir ihr stellen und wie wir ihre Begeisterung für den Aufbau des Sozialismus fördern. Gemeinsam mit der ganzen Bevölkerung werden wir in Vorbereitung der Wahlen auch die noch vorhandenen Schwächen erkennen und ausmerzen.
Manches wird jetzt in Berlin leichter sein. Manches wird jetzt schneller gehen, nachdem der Einfluß des Westberliner Frontstadtsumpfes radikal eingeschränkt wurde. Wir können uns unseren eigentlichen Aufgaben, deren Erfüllung der ganzen Bevölkerung der DDR zugute kommt, ungestört widmen. Und viele von uns werden auch ein ihrer Arbeit sehr förderliches neues Kraftbewußtsein erhalten haben.
So gehen wir, liebe Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, nach diesen ereignisreichen Tagen mit Zuversicht an unsere Arbeit, die dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dient, die auch jeden einzelnen von uns vorwärtsbringt.
Dazu wünsche ich Ihnen allen und Ihren Angehörigen Gesundheit, Glück und Erfolg!

(Zwischenüberschriften: ND und DIZ)

Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 26. August 1961 an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika: Protest gegen Mißbrauch der Verbindungswege nach Westberlin

Während es 16 Jahre nach dem Ende der Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges an der Zeit ist, endlich das in Westberlin immer noch bestehende ausländische Besatzungsregime zu beseitigen, unternehmen die Vereinigten Staaten von Amerika Maßnahmen, die auf das Gegenteil gerichtet sind. Zusätzlich zu den in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der drei Westmächte wurde am 20. August 1961 eine weitere Kampfgruppe des 18. amerikanischen Infanterieregiments in Stärke von 1500 Mann über die Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik nach Westberlin gebracht.
Die schreierische publizistische Aufmachung der Entsendung dieser Kampfgruppe nach Westberlin ließ unschwer die provokatorische Absicht dieser Maßnahmen erkennen. Für die Entsendung weiterer Besatzungsstreitkräfte der Vereinigten Staaten von

Amerika nach Westberlin gab es keinerlei andere Beweggründe, denn die Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika waren durch die Schutzmaßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem Provokationszentrum Westberlin in keiner Weise berührt worden. Der provokatorische Marsch der US-Kampfgruppe durch das Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Stationierung in Westberlin müssen vielmehr dazu führen, Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten über eine friedliche Lösung der Westberlinfrage zu erschweren und die Lage in Westberlin zu komplizieren. Diese Aktion war darauf berechnet, die Kriegspsychose zu steigern und die Frontstadtpolitiker zu ermuntern, die, wie es der Westberliner Bürgermeister Brandt in seinem Schreiben an Präsident Kennedy klar ausdrückte, jegliche Verhandlungen hintertreiben und das „Risiko letzter Entschlossenheit", d. h. den Krieg, provozieren wollen.
Die Fahrt der US-Kampfgruppe durch die Deutsche Demokratische Republik und ihre Stationierung in Westberlin haben nichts mit den grundlegenden Vereinbarungen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition und den darauf beruhenden Vereinbarungen über den ehemaligen Besatzungsmechanismus in Deutschland zu tun. Alle diese Vereinbarungen hatten zum Inhalt oder gingen davon aus, dem deutschen Militarismus und Revanchismus für immer die Möglichkeit zu nehmen, kriegerische Abenteuer zu inszenieren. Das Besatzungsregime in Westberlin dient aber heute den deutschen Militaristen und Revanchisten geradezu als Schirm für die Verwirklichung ihrer revanchistischen Pläne. Niemand kann behaupten, daß diese Politik im Einklang steht mit den Vereinbarungen von Teheran, Jalta und Potsdam, in denen der Wille der Völker der Antihitlerkoalition, den Frieden Europas gegen jede neue Aggression deutscher Militaristen zu schützen, seinen Niederschlag gefunden hat.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist bereit, sich bis zum Abschluß eines Friedensvertrages strikt an die in dem Briefwechsel zwischen dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz, und dem stellvertretenden Außenminister der UdSSR W. A. Sorin vom 20. September 1955 getroffenen Vereinbarungen über den Verkehr der Angehörigen der Westberliner Garnisonen der drei Westmächte durch die Deutsche Demokratische Republik zu halten. Das setzt allerdings voraus, daß diese Verbindungswege nicht zu Zwecken mißbraucht werden, die im völligen Gegensatz zu den Verein-

barungen über die Nachkriegsentwicklung in Deutschland stehen. Die Sicherung des Friedens erfordert von jedem Staat, und somit auch von der Deutschen Demokratischen Republik, alles zu tun, um einen Mißbrauch seines Territoriums für friedensgefährdende Zwecke auszuschließen.
Einer solchen völkerrechtswidrigen Verletzung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik aber hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika schuldig gemacht, wogegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik schärfsten Protest einlegt.

Berlin, den 26. August 1961

*

Die Note wurde dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Prag überreicht.

Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. September 1961 zu den Schutzmaßnahmen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die Erklärung der UdSSR zum Schutze der Menschheit vor einem neuen Krieg und die darin vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der Friedenskräfte im Kampf um die Verhinderung eines Atomkrieges und die Erhaltung des Friedens in der Welt. Diese Erklärung bezeugt aufs neue, daß die UdSSR unbeirrbar und konsequent ihre ganze gewaltige Kraft einsetzt, um die Revanche- und Kriegspläne der aggressivsten und kriegslüsternen imperialistischen Kreise zu zerschlagen, der Welt den Frieden zu sichern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen.
Der Ministerrat der DDR begrüßt und unterstützt vorbehaltlos die Vorschläge der Sowjetunion über die allgemeine und vollständige Abrüstung. Diese Vorschläge zeigen den Weg zur Befreiung der Menschheit vom Alpdruck eines neuen, eines atomaren Weltkrieges. Sie entsprechen voll und ganz den Erfordernissen einer den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes dienenden Politik, wie sie in dem von der Volkskammer beschlossenen Deutschen Friedensplan* zum Ausdruck kommt.

* Siehe S. 104 ff.

Alle Maßnahmen, die der Verhinderung eines Atomkrieges dienen, jeder Schritt, der geeignet ist, die imperialistischen Kriegstreiber zu zügeln und die vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr für den Frieden in Deutschland und die Sicherheit der Völker Europas zu bannen, finden deshalb die uneingeschränkte und aktive Unterstützung der DDR und ihrer friedliebenden Bevölkerung.
Der Entschluß der Sowjetregierung, nach sorgfältigster und allseitiger Prüfung im Interesse der Sicherheit und der Festigung des Friedens Kernwaffenversuche durchzuführen, macht den Kriegstreibern klar, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Er gibt allen Menschen, die für den Frieden kämpfen, die feste Gewißheit, daß sie, gestützt auf die überlegene Macht der Sowjetunion und des von ihr geführten sozialistischen Lagers, imstande sind, die Welt vor der Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe zu retten.
Auch die hartnäckigsten Kriegstreiber müssen erkennen, daß ihre Kriegspläne keine Chance haben. Die Anstrengungen der Sowjetunion zur Festigung der Sicherheit und Macht des Sowjetstaates, des ganzen sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Staaten sind ein entscheidender Bestandteil des Kampfes der Friedenskräfte der ganzen Welt gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Damit werden den Völkern der Welt neue und mächtige Mittel in die Hand gegeben, um die Imperialisten zu einem Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung zu zwingen.
Der Ministerrat der DDR begrüßt die Erklärung der UdSSR und die weitere Steigerung ihrer Verteidigungskraft auch deshalb, weil sie zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen des deutschen Friedensstaates dienen. Nachdem die Deutsche Demokratische Republik durch die Sicherung ihrer Grenze gegenüber Westberlin den Kriegsbrandherd Westberlin eingedämmt, den Revanchisten und Militaristen eine Niederlage zugefügt und den deutschen Friedensstaat gestärkt hat, steht jetzt vor den Friedenskräften in Deutschland die Aufgabe, die atomwütigen Militaristen und revanchistischen Kriegstreiber in Westdeutschland zu bändigen. Die Lösung dieser nationalen Hauptaufgabe des deutschen Volkes, die auch zur Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten führt, macht den Abschluß des deutschen Friedensvertrages zur unaufschiebbaren Notwendigkeit.

Die Lösung dieser Aufgabe ist um so dringlicher, da der Bonner Staat zum Hauptherd der Atomkriegsgefahr in Europa geworden ist.
Die Bonner Machthaber und ihre unverbesserlichen und von Revanchegeist erfüllten Hitlergenerale betreiben offen die beschleunigte Atomkriegsrüstung. Auf Anweisung von Adenauer und Strauß arbeiten die Laboratorien der westdeutschen Monopole Hand in Hand mit denen der französischen Monopole bei der Schaffung von Atomwaffen. Die westdeutschen Monopole sind maßgeblich beteiligt an den Atombombenversuchen, die von Frankreich in der Sahara durchgeführt wurden.
Von Kriegsminister Strauß bis zum Frontstadtchef Brandt herrscht Einigkeit darüber, daß die westdeutschen Militaristen und Revanchisten nicht vor dem „letzten Risiko", das heißt der Anwendung von Atomwaffen, zurückschrecken sollten. Die im Geiste und mit den Methoden der Hitlerpropaganda durchgeführte Revanchepolitik nimmt von Tag zu Tag provokatorischere Formen an, wobei sich die Adenauer/Strauß und die Brandt/Wehner gegenseitig an Nationalismus und Antikommunismus zu überbieten suchen.
Mit Unterstützung ihrer USA-Schutzpatrone bereiten die westdeutschen Militaristen neue Abenteuer zur Durchsetzung ihres imperialistischen Programms der „Neuordnung Europas" unter Vorherrschaft der westdeutschen Monopole und ihrer NATO-Wehrmacht vor.
Durch gewaltsame Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in den Bonner Staat wollen sie ganz Deutschland der NATO unterwerfen. Sie wollen Revanche für die Niederlage des Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg. Sie wollen die Wiederherstellung des Hitlerschen „Großdeutschen Reiches", wobei sie selbst vor der Entfesselung eines Atomkrieges nicht zurückschrecken.
Durch diese Politik der Adenauer-Regierung, auf die die „Brandt-Mannschaft" der rechten SPD-Führer vorbehaltlos eingeschwenkt ist, wird der Friede in Deutschland und die Existenz der westdeutschen Bevölkerung auf das ernsteste bedroht.
Die Maßnahmen der Sowjetregierung dienen dazu, diese Kriegstreiber zu zügeln. Sie dienen deshalb nicht nur dem Schutze der Deutschen Demokratischen Republik, sondern gleichzeitig auch den Interessen der Bevölkerung Westdeutschlands. Wie nie zuvor, kann jetzt die Bevölkerung Westdeutschlands die Gefährlichkeit, die Abenteuerlichkeit und die Perspektivlosigkeit der

Militaristen und Revanchisten und ihrer Wortführer von Adenauer bis Brandt erkennen. Wie nie zuvor trägt sie auch eine hohe Verantwortung dafür, ob diese verderbliche Herrschaft fortdauert, oder die Kräfte des Friedens in Westdeutschland die Oberhand gewinnen.

Es ist höchste Zeit, daß die Werktätigen und alle friedliebenden Kräfte Westdeutschlands sich von den Adenauer, Brentano und Strauß, von der Brandt-Mannschaft und allen anderen Atomkriegspolitikern abwenden und entschlossen dafür kämpfen, daß die Militaristen gebändigt werden und das Selbstbestimmungsrecht in Westdeutschland durch die Beendigung der imperialistischen Okkupation gesichert wird. Durch die Überwindung des Militarismus und Revanchismus und die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland würde nicht nur der Frieden in Deutschland gesichert, sondern auch der Weg zur Wiedervereinigung freigelegt werden.

Der Ministerrat der DDR ist entschlossen, seine Politik zur Sicherung des Friedens und zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als Bollwerk der Friedenskräfte in ganz Deutschland unbeirrt und konsequent fortzusetzen.

Der Kampf um den Abschluß des Friedensvertrages noch in diesem Jahr und die Lösung der Westberlinfrage auf seiner Grundlage wird mit gesteigerter Kraft geführt werden. Die Werktätigen der DDR können sich glücklich schätzen, daß sie in ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus die stärkste Macht der Welt, die Sowjetunion, die ihre ganze Kraft dem Kampf für den Frieden und die Sicherung der friedlichen Arbeit der Völker weiht, als treuen Freund und Verbündeten auf ihrer Seite haben.

Die Erklärung der Sowjetregierung beweist erneut die Überlegenheit der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges. Sie zeigt zugleich die zielbewußte Anwendung der Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik, um der Menschheit den Frieden zu erhalten.

Der Ministerrat der DDR ist überzeugt, daß alle Bürger unserer Republik die große Bedeutung der Maßnahmen der Regierung der UdSSR verstehen und sie durch verstärkten Kampf um den Friedensvertrag und erhöhte Anstrengungen zur Festigung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützen werden.

Der Ministerrat appelliert an alle Werktätigen, an die ganze Bevölkerung der DDR:

Verzehnfacht die Anstrengungen im Kampf um die Sicherung des Friedens!

Festigt und stärkt unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat durch vorbildliche Planerfüllung, durch Sicherung der Störfreiheit unserer Wirtschaft gegenüber Sabotagemaßnahmen der westdeutschen Monopole und Militaristen, durch schnelle und verlustlose Einbringung der Ernte!
Macht die Wahlen am 17. September zu einem einmütigen Bekenntnis:
Für den unverzüglichen Abschluß des Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage auf seiner Grundlage!
Für die Bändigung des westdeutschen Militarismus!
Für ein militärisch-neutrales und friedliebendes, demokratisches Deutschland!
Für die glückliche Zukunft unserer Nation!

Noten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. September 1961 an die Regierungen der drei Westmächte: Protest gegen Kindesraub und -verschleppung

Wortlaut der Note an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Ende Juli und Anfang August dieses Jahres erfolgten zwei besonders krasse Fälle brutalen Raubes von Kindern aus der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Verschleppung nach Westberlin.

1. Am 20. Juli 1961 wurde der dreijährige Peter Bluhme gegen den Willen seiner vorübergehend verreisten Eltern von der Kindesräuberin Anna Kawa, die zuletzt in Dissen Nr. 12, Kreis Cottbus, Deutsche Demokratische Republik, wohnte, entführt und nach Westberlin verschleppt.
2. Am 3. August 1961 wurde das vier Monate alte Kind Sylvia Heintz seinen Eltern unter vorsätzlicher Täuschung auf brutalste Weise entführt. Die Kindesräuberin Ruth Görgens, die zuletzt in Gladbeck, Westfalen, Deutsche Bundesrepublik, wohnte, mißbrauchte ihr Verwandtschaftsverhältnis zur Familie Heintz und verschleppte den Säugling in einer Reisetasche nach Westberlin.

Beide Kinder wurden nach den vorliegenden Informationen unter mißbräuchlicher Benutzung der für die Versorgung der Garnisonen der drei Westmächte in Westberlin errichteten Luftkorridore von Westberlin nach Westdeutschland gebracht.

In beiden Fällen handelt es sich um Verbrechen, die in Westberlin unter Ausnutzung der dort bestehenden anomalen Lage vorbereitet wurden und das erpresserische Ziel verfolgten, die ihren Kindern zugetanen Eltern zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu zwingen.
Der Kindesraub ist eine der scheußlichsten Formen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Verbrechen des Kindesraubes wird von allen Völkern verurteilt und in allen Staaten der Welt mit den schärfsten Strafen geahndet. Der ungeheuren Erregung zum Beispiel des amerikanischen Volkes über erpresserische Fälle des Kindesraubes Rechnung tragend, haben die Vereinigten Staaten von Amerika selbst in den dreißiger Jahren ein spezielles Gesetz angenommen, das für diese Verbrechen die Todesstrafe einführte.
Alle Staaten sind verpflichtet, dem Verbrechen des Kindesraubes vorzubeugen und ein derartiges Delikt mit aller Konsequenz zu verfolgen und die Täter zu bestrafen. In Übereinstimmung mit den Grundsätzen der UNO-Charta und der Erklärung der Menschenrechte hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen dieser Verpflichtung einstimmig Ausdruck verliehen. In ihrer „Erklärung der Rechte des Kindes“ vom 20. November 1959 werden alle Bürger, Staatsorgane und Regierungen aufgefordert, dem Kinde größtmöglichen Schutz angedeihen zu lassen und es insbesondere vor jeder Form des Menschenhandels zu bewahren.
Die Deutsche Demokratische Republik garantiert diese Rechte des Kindes. Sie hat alles in ihren Kräften Stehende getan, um in den beiden Fällen des Kindesraubes die Verfolgung der Verbrechen zu garantieren und die Kinder ihren Eltern zurückzugeben. Der Minister der Justiz und die Strafverfolgungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik haben sich an die zuständigen Westberliner und westdeutschen Organe gewandt und um Mitwirkung bei der Strafverfolgung sowie der Rückführung der geraubten Kinder ersucht. Diese Organe verweigerten jedoch bisher jede Mitwirkung. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die mit den schwergeprüften Eltern fühlt, ist mit Recht empört über dieses Verhalten. Das Nichttätigwerden der Westberliner und westdeutschen Organe muß als ein Beweis ihrer direkten Verantwortung für den Menschenhandel und der Begünstigung der Verbrecher betrachtet werden.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die

gegenwärtig in Westberlin Besatzungsfunktionen ausübt, mit dem Ersuchen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die für die Verfolgung der von Westberlin organisierten und über Westberlin vollzogenen Verbrechen des Kindesraubes erforderlich sind. Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik erwarten, daß die verantwortlichen Organe der Vereinigten Staaten von Amerika mit allem Nachdruck auf die sofortige Rückführung der Kinder zu ihren Eltern sowie auf die strenge Bestrafung der Schuldigen hinwirken.

*

Die Übergabe der Noten erfolgte in Prag an die Botschafter der USA, Großbritanniens und Frankreichs unter Inanspruchnahme der guten Dienste des Außenministeriums der ČSSR.

Aus dem Kommuniqué der 12. Sitzung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 7. September 1961: Bericht der Sonderbotschafter und Einschätzung der Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder (1.–5. 9. 1961)

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik nahm in seiner 12. Sitzung am Donnerstag, dem 7. September, die Berichte der Sonderbotschafter entgegen, die im Auftrag des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, in den vergangenen Wochen eine Reihe Länder besucht und mit den führenden Staatsmännern dieser Länder Gespräche über die Sicherung des Friedens in Deutschland, den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt geführt haben.
Es berichteten der Kandidat des Politbüros des ZK der SED Prof. Kurt Hager über die Ergebnisse seiner Reise nach Indien und Indonesien; der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, über seine Reise nach Mali, Guinea und Ghana sowie über seine Gespräche mit Prof. Albert Schweitzer; der Minister für Bauwesen, Ing. Ernst Scholz, über seine Reise nach Jugoslawien und der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Georg Stibi über die Ergebnisse seiner Reise nach Kuba.*

* Siehe auch Zeittafel, S. 483 ff.

Die Sonderbotschafter hoben in ihren Berichten übereinstimmend hervor, daß sie bei den führenden Staatsmännern der von ihnen besuchten Länder lebhaftem Interesse und großem Verständnis für die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Friedensregelung in Deutschland begegneten. Die konsequente Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik fand überall Zustimmung und Unterstützung. Bei vielen führenden Staatsmännern und Politikern wurde die Erkenntnis gestärkt, daß die atomare Aufrüstung des aggressiven westdeutschen Militarismus eine tödliche Gefahr für den Frieden darstellt und daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages unaufschiebbar ist, damit den revanchistischen Kräften der Weg zu neuen Kriegsabenteuern versperrt wird. Eine reale Einschätzung der Lage in Deutschland war auch die Grundlage für das Verständnis, mit dem die Informationen über die Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik an ihren Grenzen aufgenommen wurden.
Auf die Berichterstattung folgte eine gründliche Aussprache. Dabei wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Politik der Deutschen Demokratischen Republik in den Grundfragen des Kampfes um den Frieden und die friedliche Koexistenz übereinstimmt mit der Politik der Staaten, die von den Sonderbotschaftern des Vorsitzenden des Staatsrates besucht wurden. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, wies darauf hin, daß viele der hervorragenden Repräsentanten dieser Staaten auch auf der soeben beendeten Belgrader Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder dieser Übereinstimmung Ausdruck gegeben haben. Die Teilnehmer der Belgrader Konferenz haben sich für eine deutsche Friedensregelung durch Verhandlungen ausgesprochen und sich damit gegen jene gewandt, die sich dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages widersetzen und weiterhin Westberlin als Diversionszentrum gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder mißbrauchen wollen.
Die große Mehrheit der Belgrader Konferenzteilnehmer hat die Lage in Deutschland real eingeschätzt. Sie hat sich dem von den Imperialisten, insbesondere von der Bonner Regierung, ausgehenden Druck entgegengestellt und deren unrealistische Politik verurteilt. Sich der erpresserischen „Hallstein-Doktrin“ widersetzend, sprachen sich die führenden Staatsmänner der meisten Teilnehmerstaaten für die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und zweier deutscher Regierungen aus.

Sie erklärten, daß eine solche Anerkennung in hohem Maße zur Erhaltung des Friedens beitragen würde. Die Unterschiede in der gesellschaftlichen Struktur der beiden deutschen Staaten müßten ebenfalls anerkannt und jede Einmischung in ihre inneren Verhältnisse, wie auch in die einer künftigen Freien Stadt Westberlin, vermieden werden. Zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten sollen Verhandlungen stattfinden, um zu einer Annäherung als Voraussetzung der späteren Wiedervereinigung zu kommen, die ausschließlich Sache der Deutschen selbst ist. Durch den Abschluß des längst fälligen Friedensvertrages soll die entstandene Lage fixiert, die Oder-Neiße-Grenze soll völkerrechtlich bestätigt und so ein Damm gegen die westlichen Rückeroberungspläne aufgerichtet werden. Mit dem Friedensvertrag werde auch der Zugang nach Westberlin garantiert, so daß die Vorschläge zur Regelung dieser Frage für niemanden eine Bedrohung darstellen.
Unter Hinweis auf die Gefahren, die sich aus der atomaren Aufrüstung, dem Revanchismus und der Faschisierung in Westdeutschland ergeben, wurde in vielen Reden führender Teilnehmer der Belgrader Konferenz das Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus den militärischen Paktsystemen, der NATO und dem Warschauer Vertrag, die Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte und die Schaffung eines atomwaffenfreien, entmilitarisierten, neutralen Deutschlands sowie der Abzug aller ausländischen Truppen aus ganz Deutschland als Voraussetzung für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes gefordert.
Während somit die große Mehrheit der Staaten, die an der Belgrader Konferenz teilnahmen, in den entscheidendsten Fragen die dem Frieden dienenden Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterstützten, fand sich unter ihnen — trotz des von Bonn ausgeübten massiven Druckes — nicht ein einziger, der seine Stimme für die friedensfeindlichen aggressiven Ziele der westdeutschen Militaristen erhoben hätte. Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich in diesem Zusammenhang veranlaßt, zu erklären, daß die friedliebende Bevölkerung in beiden deutschen Staaten entschieden von den Diffamierungen und der Verächtlichmachung abrückt, der die Staatsmänner der nichtpaktgebundenen Staaten durch Vertreter der westdeutschen Regierung und deren Presseorgane ausgesetzt waren. Die westdeutsche Verleumdungskampagne zeigt nur, daß zwischen den friedlichen Interessen der nichtpakt-

gebundenen Staaten und der von den imperialistischen Mächten betriebenen Politik der Stärke ein tiefer Widerspruch besteht, der durch keinen noch so heftigen Druck aufgehoben wird. Die Völker schreiten erfolgreich vorwärts auf dem Wege des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg, für ein unabhängiges, freies und glückliches Leben.
Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, zog die Schlußfolgerungen aus den Berichten der Sonderbotschafter und gab grundsätzliche Anregungen für die weitere Tätigkeit im Kampf für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Er dankte den Sonderbotschaftern für die erfolgreiche Erfüllung der ihnen anvertrauten Mission und brachte zum Ausdruck, daß damit ein nützlicher Beitrag zur weiteren Entwicklung der staatlichen Beziehungen mit den neutralen Staaten und zur Erhöhung des Ansehens und der internationalen Autorität der Deutschen Demokratischen Republik geleistet wurde.

Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 17. September 1961 zur Verletzung der Lufthoheit der DDR durch Kriegsflugzeuge der westdeutschen Bundeswehr

Wie bereits gemeldet, drangen am Donnerstag, dem 14. September 1961, zwei Kriegsflugzeuge der westdeutschen Bundeswehr bei Eisenach in den Luftraum der DDR ein und flogen nach dem unter Kontrolle der französischen Besatzungsmacht stehenden Flugplatz Tegel in Westberlin.
Dieser Vorfall stellt eine bisher beispiellose Verletzung der Lufthoheit der DDR dar und kennzeichnet die aggressive, provokatorische und verantwortungslose Politik der Regierung des Bonner Staates.
In weiten Kreisen Westdeutschlands und in der Weltöffentlichkeit wird deutlich erkannt und ausgesprochen, daß diese Politik den eindeutigen Zweck verfolgt, die Lage in Deutschland und in ganz Europa zu verschärfen und die sich anbahnenden Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zur Frage des deutschen Friedensvertrages und der auf seiner Grundlage erfolgenden Lösung des Westberlinproblems zu torpedieren.

Diese Zielsetzung ist so offensichtlich, daß weder die westdeutsche noch die internationale Öffentlichkeit das von den Urhebern der Provokation in die Welt gesetzte Märchen von einem „bedauerlichen Versehen“ ernst nimmt.
Selbst alle von westdeutscher Seite veröffentlichten Angaben lassen keinen Zweifel, daß die Verletzung der Souveränität der DDR durch die Bonner Kriegsflugzeuge eine vorsätzliche und bewußt durchgeführte Handlung ist, deren Urheber in den aggressiven und kriegslüsternen Kreisen des Kommandos der westdeutschen NATO-Wehrmacht zu suchen sind.
Jeder begreift, daß die westdeutschen Kriegsflugzeuge, von einem Kriegsmanöver kommend, dieses Manöver im Luftraum der DDR offenkundig bewußt fortsetzen wollten.
Eine weitere Ungeheuerlichkeit besteht darin, daß die westdeutschen Kriegsflugzeuge, obwohl sie die Möglichkeit hatten, auf einem westdeutschen Flugplatz zu landen, vom Kommandanten des unter französischer Kontrolle stehenden Flugplatzes in Westberlin Landeerlaubnis erhielten.
Die durch die schwerwiegende Provokation der Bonner Ultras geschaffene Lage macht eine allseitige und gründliche Untersuchung aller damit zusammenhängenden Umstände notwendig. Diese Untersuchung erfordert in erster Linie die maßgebliche Beteiligung des Staates, dessen Souveränität gröblichst verletzt wurde, nämlich der DDR.
Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR hat deshalb den Befehlshaber der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der Republik Frankreich in einem Schreiben um eine befristete Auslieferung der an der Luftprovokation beteiligten Angehörigen der westdeutschen Bundeswehr an die Behörden der DDR zur Durchführung der notwendigen Untersuchungen ersucht.

*

Gleichfalls am 17. September 1961 protestierte die Regierung der UdSSR in einer Note an die Regierung der Deutschen Bundesrepublik und in Noten ähnlichen Inhalts an die Regierungen der drei Westmächte gegen die Luftprovokation westdeutscher Kriegsflugzeuge. Gleichzeitig kündigte die Regierung der Sowjetunion an, daß in Zukunft Kriegsflugzeuge, die widerrechtlich in den Luftraum der DDR eindringen und einem Befehl zur Landung nicht nachkommen, mit allen Mitteln, einschließlich Raketen, vernichtet werden.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. September 1961 zu neuen Westberlin-Provokationen der Bonner Regierung

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt gegen die feindselige Tätigkeit protestiert, die von westdeutschen Politikern von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Länder betrieben wird. Sie beruft sich dabei auf die allseitig anerkannte Tatsache, daß Westberlin weder zur westdeutschen Bundesrepublik gehört, noch sich die Zuständigkeit der westdeutschen Regierung und ihrer Behörden auf Westberlin erstreckt.

Im offenen Gegensatz dazu sind die militaristischen Kreise des Bonner Staates in der letzten Zeit immer mehr dazu übergegangen, sich in die Angelegenheiten Westberlins einzumischen, offene, gegen den Frieden und die Sicherheit gerichtete Provokationen in Westberlin zu organisieren, die Revanchehetze anzustacheln und feindselige Propaganda gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Staaten zu betreiben und alles zu tun, um eine friedliche Entwicklung Westberlins als neutrale, entmilitarisierte und Freie Stadt zu verhindern.

Das alles geschieht unter unmittelbarer Leitung der führenden Politiker der westdeutschen Bundesrepublik, darunter Adenauer, Lübke, Gerstenmaier, Krone, Lemmer, Brentano u. a., die sich zu diesem Zweck wiederholt in Westberlin aufhielten.

In Fortsetzung dieser Politik planen die westdeutschen Ultras in Westberlin neue Provokationen. Unter dem Vorwand der Teilnahme an den Westberliner Festspielwochen treffen am Wochenende Bundespräsident Lübke, Bundesratspräsident Meyers, Brentano, Lemmer sowie weitere Minister und Staatssekretäre der Bonner Regierung der Militaristen und Revanchisten in Westberlin ein. Systematisch wird von diesen Scharfmachern jeder Anlaß genutzt, um die Herrschaftsansprüche des westdeutschen NATO-Staates auf Westberlin erneut zu demonstrieren.

Der Zweck dieser Invasion des Bonner Kabinetts in Westberlin besteht darin, die Lage weiter zu verschärfen, neue Unruhe zu stiften und Minen gegen die Verständigung über eine friedliche Regelung der Westberlinfrage zu legen. Davon zeugen u. a. die Tatsachen, daß Lübke auch dieses Mal seine Amtsgeschäfte als Präsident des westdeutschen Staates in Westberlin fortführt, daß Außenminister von Brentano mit seiner in Westberlin illegal residierenden Dienststelle Besprechungen führt.

Das alles vollzieht sich mit Billigung und Unterstützung der drei Westmächte, die Besatzungsrechte in Westberlin beanspruchen und somit für die aggressiven Umtriebe der Bonner Brandstifter in Westberlin mit verantwortlich sind.
Das Auftreten westdeutscher Störenfriede in Westberlin wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht zufällig verstärkt. Da die Politik der westdeutschen Ultras immer mehr in die Sackgasse gerät, versuchen sie alle Möglichkeiten zu nutzen, neue Zwischenfälle vorzubereiten, um alle sich anbahnenden Verhandlungen zur Frage des deutschen Friedensvertrages und der Lösung der Westberlinfrage auf seiner Grundlage zu stören.
Die Benutzung des Luftweges nach Westberlin durch die Bonner Provokateure für die Durchführung der geplanten Störtätigkeit ist ein neuer grober Mißbrauch der Flugverbindungen nach Westberlin.
Die neuerlichen aggressiven Umtriebe der Bonner Machthaber in Westberlin sind ein Beweis dafür, daß die Fortdauer der anomalen Lage in Westberlin und ihre Ausnutzung durch die westdeutschen Militaristen im Interesse des Friedens und der Sicherheit nicht mehr länger hingenommen werden kann, und daß es dringend erforderlich wird, normale und friedliche Verhältnisse in Westberlin auf der Basis des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages zu schaffen.

*

Einige der Bonner Minister sagten am selben Tage ihren Besuch in Westberlin überraschend ab.

Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die XVI. UNO-Vollversammlung vom 28. September 1961

Ausgehend davon, daß die Erhaltung und Festigung des Friedens das oberste Ziel der Vereinten Nationen ist, hält es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht, die in der Organisation der Vereinten Nationen vertretenen Völker und Regierungen erneut auf die Friedensbedrohung aufmerksam zu machen, die gegenwärtig vom Boden Westdeutschlands ausgeht.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bereits im Zusammenhang mit ihrer der XV. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen übermittelten Denkschrift über die

allgemeine und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten* warnend darauf hingewiesen, daß durch den westdeutschen Militarismus eine ernste Kriegsgefahr entstanden ist. Der Militarismus konnte in Westdeutschland wiedererstehen und erneut seine besondere Aggressivität entfalten, weil 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges der deutsche Friedensvertrag noch immer nicht abgeschlossen ist.
Die Ereignisse im zurückliegenden Jahr haben leider nur zu deutlich die Berechtigung der Warnungen der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik hat, anstatt zur Abrüstung und Entspannung beizutragen, das Atomrüsten verschärft und die Revanchehetze gesteigert. Sie macht die größten Anstrengungen, um ihre NATO-Partner zu kriegerischen Aktionen gegen den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu drängen. Das alles hat zu einer Verschärfung der Lage im Herzen Europas geführt und stellt eine zunehmende Bedrohung der internationalen Sicherheit dar.

1. Die westdeutsche Revanchepolitik gegenüber den Völkern Europas

In einer Rede in Santa Rosa, Kalifornien, erklärte der westdeutsche Kriegsminister Strauß am 25. Juli 1961, daß die Zeit der Nationalstaaten kleinerer und mittlerer Größe vorbei sei. Das ist nichts anderes als eine Wiederhervorholung der Thesen Hitlers von der „Neuordnung“ Europas und der Welt zugunsten des deutschen Imperialismus, der Versuch, andere Völker den Expansionsplänen der westdeutschen Militaristen gefügig zu machen. Diese Kreise sind nicht bereit, sich mit den seit Kriegsende in Europa eingetretenen Veränderungen abzufinden.
Deshalb wurde in den vergangenen Monaten in Westdeutschland die Revanchehetze gegen andere Staaten in einem Ausmaß gesteigert, das sich nur mit den kriegerischen Aufmärschen in Nazideutschland am Vorabend des zweiten Weltkrieges vergleichen läßt. Unverhüllt werden große Gebietsforderungen gegenüber der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Sowjetunion und anderen Staaten erhoben. Führende westdeutsche Politiker, wie Bundeskanzler Adenauer und die Minister Seebohm und Lemmer, machen sich auf Revanchekundgebungen zu Verfechtern dieser Forderungen,

* Siehe Band VIII, S. 187 ff.

obwohl völlig klar ist, daß der Versuch ihrer Verwirklichung zu einem atomaren Weltkrieg führen müßte.

Am 20. Januar 1961 erklärte Bundeskanzler Adenauer vor Vertretern der sogenannten Pommerschen Landsmannschaft zum Beispiel:

„Die deutschen Ostgebiete werden nicht vergessen sein, wenn die geschichtliche Stunde für Deutschland naht . . . Jede Sorge, daß in der deutsch-polnischen Grenzfrage die Stellung der Bundesregierung wankend werden könnte, ist grundlos."

Der Abgeordnete der CDU/CSU – der Regierungspartei im westdeutschen Bundestag – Manteuffel-Szoege sagte im Juni 1961:

„Ein Volk, das gewaltige Teile seines Bodens verloren hat, kommt nur zu einer inneren Ruhe, wenn es wieder auf seinem geschichtlichen Boden leben kann."

Der bayrische Staatsminister Stain erklärte am 10. September 1961 in Ingolstadt, das neue Europa, das heißt ein unter der Hegemonie der westdeutschen Militaristen vereinigtes Europa, dürfe nicht am Böhmerwald und an der Elbe aufhören, sondern es müsse die ČSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und das Baltikum umfassen.

Der Revanchismus ist die offizielle Staatspolitik der westdeutschen Regierung. Zur ständigen Schürung des Chauvinismus und Revanchegeistes in der Bevölkerung wurde in Westdeutschland ein weitverzweigtes System von Revancheorganisationen geschaffen. Gegenwärtig bestehen in Westdeutschland neben mehr als 1200 sogenannten Soldaten- und Traditionsverbänden der Hitlerwehrmacht und der SS 26 sogenannte Landsmannschaften und 50 weitere revanchistische Vereinigungen. Ihre Hauptaufgabe ist, die westdeutsche Bevölkerung zum Haß und zur Kriegsbereitschaft gegen andere Völker aufzuwiegeln.

Für die Anleitung der Revancheorganisationen wurde ein besonderes Ministerium, das sogenannte „Vertriebenenministerium" geschaffen. Damit besitzt die westdeutsche Regierung als einzige europäische Regierung ein eigenes Ministerium, dessen Aufgabe es ist, die Forderung nach Gebieten anderer Länder zu schüren. Zu diesem Zweck werden die finanziellen Mittel dieses Ministeriums ständig erhöht. Im Finanzjahr 1957/58 erhielt es aus dem westdeutschen Haushalt 31 Millionen Mark, für das Finanzjahr 1961/62 stehen ihm jedoch bereits 129 Millionen Mark zur Verfügung.

Um die internationale Öffentlichkeit irrezuführen, beteuert die westdeutsche Regierung unablässig, daß sie keine gewaltsame

Änderung der Grenzen anstrebe. Zugleich lehnt sie aber den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen den Staaten der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages strikt ab. Ebenso lehnt sie es ab, diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen volksdemokratischen Staaten herzustellen, weil sie deren Grenzen nicht anerkennen und sich die Hände zur Eroberung fremden Territoriums freihalten will.
Der westdeutsche Kriegsminister Strauß erklärte in der erwähnten Rede in Kalifornien ganz offen:

> „Der zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende."

Damit bestätigte er, daß das Programm der westdeutschen Militaristen darin besteht, die weitgesteckten Eroberungsziele Hitlerdeutschlands nachträglich in die Tat umzusetzen.

2. Die westdeutsche Politik des Kolonialismus und Neokolonialismus

Die Eroberungsziele Hitlerdeutschlands umfaßten auch die Rückeroberung der ehemaligen deutschen Kolonien und darüber hinaus die Schaffung eines ausgedehnten deutschen Kolonialreiches in Afrika und Asien. Es ist deshalb keineswegs zufällig, wenn die westdeutschen Militaristen heute versuchen, der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzuwirken und unter der Flagge des Neokolonialismus die alte Kolonialpolitik in neuen Formen zu verwirklichen.

Der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer erklärte bereits 1927:

> „Wir müssen für unser Volk mehr Raum haben und darum Kolonien. Die koloniale Betätigung des Deutschen Reiches unter der Form des Kolonialmandats ist natürlich weniger erwünschenswert als der Besitz eigener Kolonien. Man sollte meines Erachtens zunächst das Kolonialmandat anstreben, um wenigstens einen Schritt weiterzukommen, darüber hinaus aber das Ziel, eigene Kolonien frei zu besitzen, niemals aus dem Auge verlieren . . ."

In ihrer neokolonialistischen Politik greifen die westdeutschen Monopole auf die erfahrenen Kolonialexperten des faschistischen Deutschlands zurück. So ist zum Beispiel der ehemalige Nazidiplomat und Ostasienexperte Edgar von Randow heute westdeutscher Gesandter in Burma. Der Nazidiplomat Hasso von Etzdorff arbeitete unter Hitler den Plan für ein riesiges faschistisches Kolonialreich in Afrika aus. Bis zu seiner Ernennung zum west-

deutschen Botschafter in London (1961) war er Ministerialdirektor im westdeutschen Auswärtigen Amt.
In Westdeutschland existieren wieder die berüchtigten imperialistischen Kolonialvereine, wie die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ und die westafrikanische Plantagengesellschaft „Viktoria“. Viele neokolonialistische Institutionen wurden in den letzten Jahren geschaffen, wie zum Beispiel der „Afrika-Verein e. V.“ und der „Klub für überseeische Länder“. Die Leitung dieser Kolonialgesellschaften liegt unter anderem in den Händen von Bundestagspräsident Gerstenmaier und Bundeswirtschaftsminister Erhard. Sie unterstützen die eigensüchtige Handelspolitik der westdeutschen Imperialisten, die auf Kosten der afroasiatischen und lateinamerikanischen Völker allein infolge des nichtäquivalenten Warenaustausches jährlich 4 Milliarden Mark profitieren.
Es kennzeichnet die gegen den Freiheitswillen der kolonial unterdrückten Völker gerichtete Haltung der führenden westdeutschen Politiker, wenn der heutige westdeutsche Bundespräsident Lübke am 16. März 1959 in Johannesburg die Rassenpolitik des Verwoerd-Regimes offen lobte, indem er sagte:

> „Südafrika hat in Verbindung mit den Eingeborenenproblemen große Erfahrungen gewonnen. Erfahrungen dieser Art wären auch für andere Länder des afrikanischen Kontinents von Nutzen, die die gleichen Probleme haben, sie aber noch nicht gelöst haben ... Das Eingeborenenproblem hier ist in guten Händen. Von der südafrikanischen Erfahrung hat man in anderen Gebieten des Kontinents jedoch noch keinen guten Gebrauch gemacht.“

In allen Auseinandersetzungen zwischen den nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden Völkern und den imperialistischen Staaten steht die westdeutsche Regierung auf seiten der NATO-Unterdrücker, die sie politisch, moralisch, finanziell und militärisch unterstützt.
Der Staat Israel erhält trotz Verurteilung durch die Vereinten Nationen (1956) von Westdeutschland entsprechend dem sogenannten Wiedergutmachungsabkommen (1952 bis 1964) strategisch wichtige Güter und Waffen im Werte von mindestens 3,45 Milliarden Mark.
Während der anglo-amerikanischen Aggression im Nahen Osten im Jahre 1958 diente westdeutsches Territorium als Nachschubbasis für die Aggressoren, und westdeutsche Jagdfliegereinheiten flogen Geleitschutz für sie.

Westdeutschland unterstützte den französischen Kolonialkrieg gegen Algerien mit Krediten, Rüstungsaufträgen, Zahlung von Besatzungskosten für französische Truppen, die längst aus der Bundesrepublik nach Algerien abgezogen wurden, mit bisher mehr als 3 Milliarden Mark. In Westdeutschland angeworbene Söldner stellen den größten Teil der französischen Fremdenlegion (70 Prozent). Bisher wurden etwa 35 000 westdeutsche Söldner in Algerien eingesetzt.

Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, daß Westdeutschland finanziell und wissenschaftlich-technisch an der Produktion von Atombomben in Frankreich und an den französischen Atom- und Raketenversuchen in der Sahara beteiligt ist. Westdeutsche Wissenschaftler arbeiten in französischen Kernforschungszentren, wie zum Beispiel in Fontenay-aux-Rosses und Marcoule. Das französische Raketenforschungsinstitut St. Louis wird von der westdeutschen und französischen Regierung gemeinsam finanziert.

Westdeutschland unterstützt das menschenfeindliche Salazar-Regime in Portugal durch Kredite und lieferte für den Kolonialfeldzug gegen das Volk Angolas zunächst 10 000 Schnellfeuergewehre.

Die westdeutschen Militaristen beteiligen sich aktiv an den Bestrebungen der NATO zur Eindämmung der nationalen Befreiungsbewegung. Als Sprecher der westdeutschen Imperialisten forderte Außenminister von Brentano am 15. Februar 1961 in New York ein gemeinsames Vorgehen aller NATO-Partner in den afro-asiatischen Staaten als vordringliche Aufgabe der NATO. Unter dem Vorwand der sogenannten „Entwicklungshilfe" versuchen die westdeutschen Regierungskreise, ihre reaktionären politischen Ziele gegenüber den jungen Staaten durchzusetzen. Der westdeutsche Außenminister von Brentano erklärte am 5. Mai 1961 vor dem westdeutschen Bundestag:

> „Ich kann mit aller Klarheit feststellen, daß die Entscheidungen über Art, Ausmaß und Ort unserer Entwicklungshilfe weitgehend von politischen Erwägungen bestimmt werden müssen."

3. Die westdeutschen Militaristen schüren die internationalen Spannungen und den kalten Krieg

Die westdeutschen Militaristen brauchen für die Fortsetzung ihrer revanchistischen, neokolonialistischen Politik eine Atmosphäre der internationalen Spannungen, des Wettrüstens und der

Kriegshysterie. Deshalb schüren sie den kalten Krieg und erweisen sich immer wieder als Störenfriede jeglicher Entspannung und Verständigungsbereitschaft.

Am 2. Februar 1961 erklärte der damalige Staatssekretär des westdeutschen Auswärtigen Amtes und heutige westdeutsche Botschafter beim Vatikan, van Scherpenberg, in Tübingen, daß das Instrumentarium, das dem Außenpolitiker zur Verfügung stehe und das er auch gebrauchen solle, ungeheuer mannigfaltig sei.

> „Es reicht vom Einsatz der nackten physischen Überlegenheit über wirtschaftliche Druckmittel, öffentliche Meinung, moralische Prinzipien bis zum Völkerrecht."

Damit charakterisierte van Scherpenberg das Wesen der westdeutschen Politik unverhüllt als Politik der Stärke, Erpressung und Revanche. Folgerichtig wendet sich die westdeutsche Regierung scharf gegen den Gedanken der friedlichen Koexistenz. So erklärte Bundeskanzler Adenauer im Januar 1960 in einem Interview mit der niederländischen Zeitung „Elsevier", daß die Idee der friedlichen Koexistenz eine leider viel zu weit verbreitete Illusion sei.

Obwohl die westdeutsche Regierung häufig ihre angebliche Bereitschaft zur allgemeinen Abrüstung beteuert, forciert sie die Aufrüstung und lehnt jeden konkreten Schritt zur Abrüstung ab. So hat sie den Rapacki-Plan der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ebenso zurückgewiesen wie den Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik zur etappenweisen allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Deutschland.

Die friedensfeindliche Politik der westdeutschen Regierung offenbart sich vor allem darin, daß sie beharrlich jede Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten ablehnt. Ihr Ziel ist die gewaltsame Ausdehnung der Macht der westdeutschen Imperialisten auf ganz Deutschland und dessen Einbeziehung in die aggressive NATO. Im Juli 1961 stellte der Parteivorstand der westdeutschen CDU/CSU in einer Grundsatzerklärung fest, daß auch ein wiedervereinigtes Deutschland in die NATO „integriert" sein müßte.

Am 5. September 1961 bekräftigte der westdeutsche Kriegsminister Strauß im westdeutschen Fernsehen diese aggressive Zielsetzung. Er erklärte:

> „Deshalb haben wir seit dem Jahre 1950 eine Politik getrieben, die Deutschland zu einem Teil der NATO machen sollte; es

geht heute nicht um irgendeine Friedensinitiative, sondern es ging in all den Jahren darum, eine systematische Gegenpolitik gegen die Ziele des Sowjetkommunismus zu machen."

Westdeutsche Zeitungen enthüllten, daß der Plan der westdeutschen Militaristen darin bestand, nach den Wahlen zum westdeutschen Bundestag im Herbst 1961 offene Kriegsprovokationen zu beginnen, indem die gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Störtätigkeit auf die Spitze getrieben und Putschversuche organisiert werden sollten. Das sollte den Vorwand für die Auslösung militärischer Aktionen der westdeutschen Bundeswehr gegen die Deutsche Demokratische Republik bilden.

Aus dieser Gewaltpolitik resultiert, daß sich die westdeutsche Regierung beharrlich weigert, den Verzicht auf Gewaltanwendung mit der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinbaren. Sie wendet sich gegenwärtig insbesondere gegen den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die friedliche Regelung der Westberlinfrage. Der westdeutsche Außenminister von Brentano erklärte am 30. Juni 1961, daß der Westen mit allen Mitteln einen deutschen Friedensvertrag verhindern müsse.

Die westdeutsche Regierung lehnt die militärische Neutralisierung beider deutscher Staaten und später des einheitlichen Deutschlands strikt ab. Sie diffamiert die von vielen großen und kleinen Staaten betriebene Neutralitätspolitik, indem sie behauptet, Neutralität sei lediglich für kleine Völker denkbar. So erklärte Bundeskanzler Adenauer auf einer Pressekonferenz am 13. Juli 1961:

„Die Neutralisierung Deutschlands würde das Ende Deutschlands bedeuten ... Man kann Österreich neutralisieren mit seiner geringen Einwohnerzahl und mit einer dementsprechenden Wirtschaft. Die Schweiz war immer neutral, da trifft dasselbe zu ..."

4. Die Störenfriedrolle Westberlins

Im Bemühen der westdeutschen Militaristen, militärische Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik auszulösen und eine Verständigung über die strittigen internationalen Fragen zu hintertreiben, spielt Westberlin eine besondere Rolle.

Obwohl Westberlin nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört, sondern mitten im Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, versuchen die westdeutschen Militaristen, Westberlin in den Dienst ihrer aggressiven Politik zu stellen. Von

führenden westdeutschen und Westberliner Politikern wurde die Westberlin zugedachte Rolle selbst als „billigste Atombombe des Westens", als „Pfahl im Fleische" der Deutschen Demokratischen Republik gekennzeichnet. Der Chef der Westberliner Verwaltung, Brandt, forderte bereits 1958, Westberlin müsse die Rolle eines Störenfriedes spielen.
Westberlin ist ein Zentrum der Wühltätigkeit westdeutscher Geheimdienste, unter ihnen des „Bundesnachrichtendienstes" unter Leitung des Nazigenerals Gehlen. Diese Wühltätigkeit reicht vom Versuch, Bevölkerungsteile der Deutschen Demokratischen Republik zu konterrevolutionären Aktionen aufzuputschen und so den Vorwand zum militärischen Eingreifen der westdeutschen Armee zu schaffen, bis zur Militär- und Wirtschaftsspionage, der Zerstörung von Industrieobjekten, öffentlichen Gebäuden, Talsperren, Eisenbahnbrücken sowie der Vorbereitung von Mordanschlägen gegen führende Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik.
Auf Anweisung des westdeutschen Geheimdienstes sabotierte zum Beispiel der im Betrieb Entwicklungsbau Pirna tätige Agent Gerlach die termingemäße Durchführung wichtiger Entwicklungsarbeiten und führte unter Gefährdung von Menschenleben Havarien herbei. Die Diversionstätigkeit des Gerlach wurde von Westberlin aus gelenkt. Die Jugendlichen Hans Joachim Stange und Johann Scholz setzten im Auftrag der in Westberlin ansässigen Agentenorganisation „Ostbüro der SPD" die große Seebrücke des Seebades Heringsdorf in Brand, wobei das Objekt völlig zerstört wurde.
Eines der verbrecherischsten Mittel der Führung des kalten Krieges war der von Westdeutschland aus organisierte Menschenhandel. Dabei spielte Westberlin die Rolle einer Auffangzentrale, über die diejenigen, die den Menschenhändlern ins Garn gegangen waren, nach Westdeutschland gebracht wurden.
Die Westberliner Rundfunkstationen, wie der „Rundfunk im amerikanischen Sektor" (Rias) und der sogenannte Sender „Freies Berlin", förderten jahrelang diesen verbrecherischen Menschenhandel. Von Westberlin aus organisierten die westdeutschen Geheimdienste die Sammlung von Informationen über Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, um sie durch Einschüchterung, Drohung oder Korrumpierung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zu bewegen.
Für die Finanzierung des Menschenhandels von Westberlin aus war unter anderem ein wesentlicher Teil jener 1,25 Milliarden

Mark bestimmt, die der westdeutsche Staat jedes Jahr als sogenannte „Sonderleistung für Berlin“ bereitstellte.
Im Laufe des Jahres 1961 wurde Westberlin in verstärktem Umfang für Demonstrationen westdeutscher Militaristen- und Revanchistenverbände mißbraucht. In Anwesenheit offizieller westdeutscher Vertreter wurden Annexionsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und anderen sozialistischen Ländern erhoben. So forderte am 18. März 1961 der niedersächsische Landesminister Schellhaus Gebiete, die schon seit der Wiederherstellung des selbständigen polnischen Staates nach dem ersten Weltkrieg polnisches Staatsgebiet sind.
Am 3. September 1961 fand in Westberlin erneut eine lang vorbereitete Zusammenkunft mehrerer revanchistischer Organisationen statt, an der als offizielle westdeutsche Vertreter die Minister Seebohm und Lemmer teilnahmen. Alle diese provokatorischen Veranstaltungen werden unter Mißbrauch der zwischen Westdeutschland und Westberlin bestehenden Flugverbindungen durchgeführt.
Mehr als 50 rechtswidrige in Westberlin errichtete westdeutsche Dienststellen leiten die gegen die Deutsche Demokratische Republik betriebene „Frontstadtpolitik“. Zu ihnen gehören Zweigstellen des westdeutschen Innenministeriums, des Justizministeriums und des sogenannten Vertriebenenministeriums. Sie stehen unter der Anleitung der Dienststelle eines „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin.“ Der westdeutsche Bundespräsident Lübke hat in Westberlin einen besonderen „Amtssitz“, obwohl die westdeutsche Regierung rechtlich und faktisch in Westberlin nichts zu suchen hat. Provokatorisch und rechtswidrig werden Tagungen der westdeutschen Bundesversammlung, des Bundestages, des Bundesrates sowie ihrer Ausschüsse in Westberlin durchgeführt.
In den vergangenen Monaten haben der westdeutsche Bundespräsident Lübke, Bundestagspräsident Gerstenmaier, Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Erhard, der westdeutsche Innenminister Schröder, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Krone, und weitere führende westdeutsche Politiker provokatorische Besuche Westberlins mit dem Ziel unternommen, die Spannungen von Westberlin aus weiter zu schüren.
Die in Westberlin errichteten Dienststellen der westdeutschen Bundesrepublik, insbesondere des westdeutschen Kriegsministeriums und des sogenannten Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, betreiben die Rekrutierung Westberliner Bürger in die

westdeutsche Armee. Gegenwärtig stammen mehr als zehn Prozent der Angehörigen der westdeutschen Bundeswehr aus Westberlin.
Mehr als 25 Betriebe der Westberliner Wirtschaft produzieren Kriegsmaterial für die westdeutsche Wehrmacht. Solche Konzernunternehmen wie Telefunken, Siemens und AEG stellen unter anderem Turbinen für Zerstörer, Generatoren für U-Boote, Steuerungsgeräte für Raketen, Signaleinrichtungen für Kriegsschiffe und Navigationsanlagen für Bombenflugzeuge her.
In den letzten Monaten wurde die von Westberlin aus gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichtete Diversionstätigkeit von den militaristischen Kreisen in Westdeutschland und Westberlin in einer Weise gesteigert, daß eine zunehmende Bedrohung sowohl des friedlichen Lebens der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik als auch des Friedens entstand. Deshalb sah sich die Deutsche Demokratische Republik veranlaßt, an den Grenzen zu Westberlin eine wirksame Kontrolle einzuführen, wie sie den Gepflogenheiten an Staatsgrenzen entspricht. Die Deutsche Demokratische Republik hat damit das jedem Staat zustehende souveräne Recht wahrgenommen, ihre Grenzen gegen verbrecherische Anschläge zu schützen. Damit hat sie der von Westberlin aus betriebenen provokatorischen Politik einen Riegel vorgeschoben und zur Festigung des Friedens beigetragen.
Es ist bezeichnend für das aggressive Wesen der Politik der in Westdeutschland und Westberlin herrschenden Kreise, daß sowohl der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer als auch der Chef der Westberliner Verwaltung, Brandt, in Briefen an den Präsidenten der USA, Kennedy, friedensgefährdende Aktionen gegen die völlig rechtmäßigen Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik forderten. Brandt sprach in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit des „Risikos letzter Entschlossenheit“.

5. Der Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts durch die westdeutschen Militaristen

Um ihre aggressiven Ziele zu bemänteln, operieren die westdeutschen Militaristen und Revanchisten, genau wie Hitler, in demagogischer Weise mit dem Begriff der Selbstbestimmung. Unter der Losung vom „Selbstbestimmungsrecht“ bereitete Hitler den zweiten Weltkrieg vor. Es diente zur Begründung der Annexion Österreichs genauso wie zur Liquidierung des tschechoslowaki-

schen Staates und der Anzettelung des Krieges gegen Polen, der den zweiten Weltkrieg auslöste. Genau wie Hitler sprechen die verantwortlichen westdeutschen Politiker heute wieder vom Recht auf Selbstbestimmung und meinen in Wirklichkeit das „Recht", andere Völker dem deutschen Militarismus zu unterwerfen.

Im amtlichen Bulletin der westdeutschen Regierung hieß es am 6. April 1961 ganz im Sinne der ehemaligen Hitler-Politik:

> „Es geht ... ja nicht nur um das gespaltene Deutschland. Es geht um ganz Ostmitteleuropa ..., um nahezu 100 Millionen Menschen ..."

An die Stelle der faschistischen Losung „Heim ins Reich" ist in Westdeutschland heute die Formel vom „Recht auf Heimat" als Begründung revanchistischer Ansprüche getreten. Der Inhalt dieses von den westdeutschen Militaristen selbst erfundenen „Rechts auf Heimat" besteht darin, große Gebiete anderer Staaten zu fordern. Die Verfälschung des wahren Inhalts des Selbstbestimmungsrechts und die damit verbundenen Aggressionsbestrebungen des westdeutschen Militarismus richten sich gegen die Interessen aller friedliebenden Völker und bedrohen den Weltfrieden.

Die westdeutsche Regierung redet zwar vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, ist aber überall dort beteiligt, wo das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker verletzt wird, sei es durch die Beteiligung an der Finanzierung des Algerienkrieges, durch die Unterstützung des blutigen Kolonialkrieges Portugals in Angola und durch die Billigung der Apartheid-Politik in Südafrika.

Mit dem Gerede von Selbstbestimmung wollen die westdeutschen Militaristen vertuschen, daß sie selbst das Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung preisgegeben haben.

Um zu verhindern, daß die westdeutsche Bevölkerung frei über ihre Lebensfragen entscheiden kann, hat die westdeutsche Regierung in den Pariser Verträgen zugestimmt, daß Westdeutschland bis zum Jahre 2004 von amerikanischen, britischen und französischen Truppen besetzt bleibt und daß die Westmächte allein das Recht haben sollen, über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands zu bestimmen. Durch die Ablehnung von Verhandlungen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sie die Lösung dieser Frage durch das deutsche Volk selbst bisher unmöglich gemacht.

Es ist bezeichnend für die von der westdeutschen Regierung mit dem Begriff Selbstbestimmung betriebene Demagogie, daß sie

zwar mit allem Nachdruck auf die Aufhebung auch der letzten sogenannten Rüstungsbeschränkungen der Pariser Verträge drängt, aber nicht das geringste unternimmt, um die das Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung verletzenden Klauseln dieser Verträge zu beseitigen.
Mit polizeilichen Mitteln hat die westdeutsche Regierung jegliche Volksbefragungen und Volksentscheide über solche für die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes entscheidenden Fragen wie das Verbot der Atomrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages in Westdeutschland rigoros unterdrückt. Unter dem Recht auf Selbstbestimmung versteht die westdeutsche Regierung nicht das Recht des Volkes, sich für den Frieden und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen, sondern das „Recht" der Militaristen, über die totale atomare Aufrüstung Westdeutschlands und über die Vorbereitung eines Revanchekrieges zur Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu bestimmen.
Die Bevölkerung Westdeutschlands kann unter den Bestimmungen der Pariser Verträge und der NATO nicht frei leben. Solange Westdeutschland an die NATO gekettet und von ausländischen Truppen besetzt ist, fehlen die elementarsten Voraussetzungen für die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts in Westdeutschland. Wenn schon vom Selbstbestimmungsrecht die Rede ist, dann erfordert es vor allem die Entlassung Westdeutschlands aus den Pariser Verträgen und die Freiheit der westdeutschen Bevölkerung von fremder Besatzung und ausländischer Einmischung.

6. Die Atomaufrüstung und Militarisierung Westdeutschlands

In engstem Zusammenhang mit der Revanchepolitik Westdeutschlands steht die Forcierung der westdeutschen Atomaufrüstung, die den westdeutschen Militaristen die militärischen Machtmittel für die weitgesteckten Revancheziele in die Hand geben soll. Gegenwärtig ist die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit den modernsten Kernwaffenabschußmitteln bereits weit fortgeschritten.
Entsprechend dem NATO-Dokument MC 70 wird die von ehemaligen Hitlergeneralen geführte westdeutsche Armee bis 1962 über 40 Raketenbataillone für das Heer, 28 für die Luftwaffe und über 100 Abschußrampen für Mittelstreckenraketen verfügen. Der westdeutsche Kriegsminister Strauß vereinbarte während

eines kürzlichen Besuches in den USA den Kauf amerikanischer Raketen vom Typ „Pershing“ in Höhe von 480 Millionen Mark. Diese Raketen können nur mit atomarem Sprengstoff verschossen werden.
Strauß erklärte im Juli 1961 in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Reporter“, die westdeutsche Armee habe hinsichtlich der Atomrüstung bereits 50 Prozent ihres Solls erfüllt, den Rest werde sie in den nächsten zwei Jahren erfüllen. Deshalb verlangte er, man müsse jetzt den nächsten Schritt zur vollständigen atomarenAufrüstung der westdeutschen Bundeswehr, zum NATO-Plan MC 96, tun.
Nachdem die westdeutschen Militaristen die Kernwaffenabschußmittel in ihre Hand gebracht haben, verlangen sie jetzt die volle Verfügungsgewalt auch über die Sprengköpfe. Das ist der Sinn der von Bundeskanzler Adenauer immer wieder erhobenen Forderung nach atomaren Waffen für die Bundeswehr.
Bereits im März 1961 forderte der Sprecher des westdeutschen Kriegsministeriums, Oberst Schmückle, im westdeutschen Rundfunk, daß die

> „NATO-Frontverbände die Atomwaffen in ihren Reihen haben. Ich betone: ‚in ihren Reihen haben‘“.

Der westdeutsche General Heusinger, gegenwärtig Vorsitzender des Militärausschusses der NATO in Washington, antwortete im März 1961 in einem Interview mit der Zeitschrift „Visier“, das auch im regierungsamtlichen Bulletin abgedruckt wurde, auf die Frage, ob die „Schildstreitkräfte der vordersten Linie“, das heißt vor allem die westdeutsche Bundeswehr, mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sein müssen, nachdrücklich: „Jawohl.“
Angesichts der Tatsache, daß die militaristischen Kreise Deutschlands die Welt in diesem Jahrhundert schon zweimal in mörderische Kriege gestürzt haben und heute abermals Revanchepläne gegen zahlreiche Staaten Europas schmieden, wären Kernwaffen in den Händen der westdeutschen Hitlergenerale ein gefährlicher Schritt auf dem Wege zu einem atomaren Vernichtungskrieg.
Die forcierte Atom- und Raketenrüstung geht mit Maßnahmen zur verstärkten konventionellen Aufrüstung Westdeutschlands einher. Die erste Etappe des Aufbaus der westdeutschen Armee ist fast beendet. Gegenwärtig umfaßt sie bereits fast 350 000 Mann. Dazu kommen 20 000 Mann der sogenannten Territorialarmee.
Die westdeutsche Aufrüstung kostete bisher über 100 Milliarden Mark. Das ist mehr, als Hitler für die Vorbereitung des zweiten

Weltkrieges aufwandte. Für 1961 werden nach offiziellen Angaben allein für direkte Rüstungskosten 11,2 Milliarden Mark ausgegeben, für 1962 sind 13,5 Milliarden Mark vorgesehen. Die westdeutsche Regierung hat bisher, wie der westdeutsche Kriegsminister Strauß am 14. Juli 1961 in Washington bekanntgab, allein in den USA für 1,6 Milliarden Dollar Rüstungskäufe getätigt.

Gegenwärtig werden alle Vorbereitungen getroffen, um zusätzliche Divisionen aufzustellen und die allgemeine Wehrpflicht auf 18 Monate zu verlängern. Als ersten Schritt auf diesem Wege hat die westdeutsche Bundesregierung angeordnet, die Dienstzeit für 36 000 Angehörige der Bundeswehr zu verlängern. Die westdeutschen Militaristen nehmen offensichtlich Kurs auf den beschleunigten Aufbau eines atomar gerüsteten Millionenheeres. Die westdeutsche Armee ist eine ausgesprochene Kaderarmee. Das zeigt schon das ungewöhnliche Verhältnis von Offizieren und Unteroffizieren zu den Mannschaften von 40 zu 60. Die Offiziersplanstellen werden in einem Maße erhöht, das in keinem Verhältnis zur Erhöhung der Gesamtstärke der westdeutschen Armee steht.

Für 1961 sind folgende Planstellen vorgesehen: 166 Generale, 24 337 Offiziere, davon 674 Oberste, 1996 Oberstleutnante, 4680 Majore, 8104 Hauptleute, 4757 Oberleutnante (1960: 3845), 4326 Leutnante (1960:2436).

Unter den annähernd 160 Generalen, die sich heute in den Kommandostellen der westdeutschen Armee befinden, ist keiner, der nicht schon unter Hitler General, Oberst oder Oberstleutnant war. Der überwiegende Teil der westdeutschen Generalität kommt aus dem Generalstab der faschistischen Wehrmacht. An der Spitze der westdeutschen Armee steht mit General Foertsch ein abgeurteilter Kriegsverbrecher.

7. *Die westdeutschen Hitlergenerale in der Führung der NATO*

Zur Durchsetzung ihrer Aggressionsabsichten streben die westdeutschen Militaristen danach, die führende Rolle unter den europäischen NATO-Mächten zu erringen und ganz Westeuropa in das strategische Hinterland für ihren geplanten Revanchekrieg zu verwandeln. Nach Abschluß der ersten Etappe der westdeutschen Aufrüstung wird die westdeutsche Armee etwa 40 Prozent der Landstreitkräfte, 30 Prozent der Luftstreitkräfte und 80 Prozent der Seestreitkräfte der NATO in Europa stellen. Gestützt

auf diese wachsende militärische Stärke erhebt die westdeutsche Regierung Anspruch auf entscheidende Kommandopositionen der NATO.
Gegenwärtig sind in den NATO-Führungsstäben mehr als 1200 westdeutsche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften tätig, unter ihnen an die 20 Generale.
General Adolf Heusinger, ehemals Chef der Operationsabteilung im Hitlerschen Oberkommando des Heeres und einer der Hauptverantwortlichen für die Ausarbeitung der faschistischen „Blitzkriegspläne", ist seit dem 1. April 1961 Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington. Er hat nunmehr entscheidenden Einfluß auf die gesamte NATO-Kriegsplanung.
General Hans Speidel, unter Hitler führend an der Unterdrükkung des französischen Volkes beteiligt, ist bereits seit 1957 Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte. Ihm sind etwa 24 Divisionen, die das stärkste Potential der NATO-Landstreitkräfte darstellen, unterstellt.
Konteradmiral Gerhard Wagner, Marineplaner Hitlers, hat den Oberbefehl über die NATO-Seestreitkräfte in Mitteleuropa (Nordabschnitt).
General Ernst Kusserow, ehemals Fliegeroffizier Görings, ist Leiter der Abteilung „Luftverteidigung" im Stab der NATO-Luftstreitkräfte Europa-Mitte.
Als weitere westdeutsche Hitlergenerale sind in den Führungsstäben der NATO unter anderem die Generale Müller-Hillebrand, stellvertretender Stabschef für Planung beim NATO-Oberkommando Europa (SHAPE), von Butler, militärischer Vertreter der westdeutschen Regierung bei SHAPE, Gröpler, stellvertretender Leiter der Abteilung „Luftverteidigung" beim NATO-Oberbefehlshaber Europa, und die Generale Steinhoff, Baudissin, Pilger, Bodenstein und Berendsen tätig.
Der unter dem Deckmantel der sogenannten „Integration" angestrebten Unterordnung der NATO unter die westdeutsche Revanchepolitik dient auch die Errichtung eines dichten Netzes von westdeutschen Stützpunkten und Depots in anderen Ländern.
Depots für Munition, Treibstoff und Versorgungsgüter befinden sich in norwegischen Häfen; Vendyssel (Dänemark); Arendonk, Brabant, Namur (Belgien); Chateauroux (Frankreich).
Die Truppenübungsplätze Mourmelon, Sissone, Montpellier, Bitsch, Suge (Frankreich) und Dartmoor (Großbritannien) wer-

den von der westdeutschen Armee benutzt, weitere sind in Portugal, Holland und Griechenland geplant.
Flugplätze und Luftwaffenlager für die Bundeswehr werden in Weston Zoyland und Nordirland (Großbritannien); Suippe bei Reims, Cognac, Istres, Bretigny, Avignon, Montpellier, St. Dizier, Metz, Larenzara auf Korsika (Frankreich); Rimini, Neapel, Decimomannu auf Sardinien (Italien); Mallorca, Moron, Bajaras (Spanien) und Bandirma (Türkei) eingerichtet.
Panzerübungsplätze stehen der westdeutschen Bundeswehr in Bovington, Dorsetshire, Castle Martin (Großbritannien) zur Verfügung.
Raketenschießplätze bei South Mist und Aberport (Großbritannien) und auf der Insel Kreta, Marinestützpunkte in Frederikshaven (Dänemark) und Portsmouth (Großbritannien).
Diejenigen Regierungen, die den westdeutschen Militaristen Territorium für deren Revanchekriegsvorbereitungen zur Verfügung stellen, übernehmen eine große Verantwortung vor ihren Völkern und dem Frieden.

8. Die Verfolgung der Kräfte des Friedens und der Demokratie in Westdeutschland

Mit der fortschreitenden Revanchekriegsvorbereitung wendet die westdeutsche Regierung immer rigorosere Unterdrückungsmaßnahmen gegen alle friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland an. Sie bedient sich dabei jener Kräfte, die bereits unter Hitler maßgeblich an den Verbrechen gegen das deutsche Volk und gegen andere Völker beteiligt waren.
Der westdeutsche Staatsapparat ist völlig mit ehemaligen schwerbelasteten Nazis durchsetzt. Von den 18 Ministern der westdeutschen Bundesregierung einschließlich des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Globke, sind allein zwölf durch ihre Nazivergangenheit kompromittiert, unter ihnen Kriegsminister Strauß und Innenminister Schröder. Von den Beamten der Laufbahn des höheren Dienstes im westdeutschen Innenministerium waren 50 Prozent in führenden Positionen des nazistischen Staatsapparates tätig. 84 Prozent der hohen Beamten im westdeutschen Auswärtigen Dienst sind zum Teil schwerbelastete Hitlerdiplomaten. Nach unvollständigen Angaben amtieren in der westdeutschen Justiz 1155 Nazirichter und Staatsanwälte, die Zehntausende von Mordurteilen auf dem Gewissen haben.

Ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher erhalten vom westdeutschen Staat hohe Pensionen. Bereits im Februar 1958 berichtete der SPD-Pressedienst, daß für Pensionen an faschistische Beamte und Berufssoldaten jährlich 1,371 Milliarden Mark ausgegeben werden. Bereits zu dieser Zeit wurden 2119 Nazibeamte der obersten Besoldungsgruppe mit hohen Pensionen versorgt.
Am 29. Juni 1961 beschloß nun der westdeutsche Bundestag, allen Angehörigen der SS-Verfügungstruppe, der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der SS-Totenkopfverbände, die mindestens zehn Jahre in diesen vom Nürnberger Tribunal zu verbrecherischen Organisationen erklärten Einheiten Dienst getan haben, staatliche Pensionen zu zahlen und jetzt auch diesen aufs schwerste belasteten Faschisten den Weg in verantwortliche Staatsfunktionen Westdeutschlands zu öffnen.
Während Faschisten und Militaristen in Westdeutschland ihre verderbliche Tätigkeit ungehindert entfalten können, werden wirklich demokratische Organisationen unterdrückt. Neben der Kommunistischen Partei Deutschlands sind gegenwärtig weitere 200 demokratische, für Frieden und Verständigung eintretende westdeutsche Organisationen verboten.
Allein vom westdeutschen Bundesgerichtshof in Karlsruhe wurden in den letzten zehn Jahren 14 000 politische Ermittlungsverfahren eingeleitet. Gemeinsam mit den Verfahren vor den übrigen 18 Politischen Strafkammern ergibt sich, daß etwa 250 000 Menschen vor die Schranken der von Naziblutrichtern beherrschten westdeutschen Justiz gebracht wurden. Dieser Gesinnungsterror wird in besonderer Schärfe gegen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik angewandt, die zu Besuchen in Westdeutschland weilen. Vom 4. November 1959 bis 23. Februar 1961 wurden 229 Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in Westdeutschland widerrechtlich inhaftiert und zu drakonischen Strafen verurteilt.

9. Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages ist zwingend und unaufschiebbar

Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik wurden auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik die Grundsätze der Antihitlerkoalition über die Schaffung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Deutschland erfüllt und der verhängnisvolle deutsche Militarismus mit der Wurzel ausgerottet. In der Deutschen Demokratischen Republik gibt es keinerlei ge-

sellschaftliche Kräfte, die am Kriege in irgendeiner Form interessiert wären oder territoriale Forderungen an andere Staaten stellten. Zum ersten Male entstand somit auf deutschem Boden ein Friedensstaat, der niemanden bedroht, der im Gegenteil selbst eine aktive Kraft gegen die neue, von der Deutschen Bundesrepublik ausgehende Kriegsgefahr darstellt. Die Politik des ersten deutschen Friedensstaates steht mit den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen in vollem Einklang.

In Westdeutschland dagegen kamen mit Unterstützung der aggressiven Kreise der Westmächte die alten militaristischen Kräfte wieder zur Macht. Sie nutzten das Fehlen des Friedensvertrages mit Deutschland systematisch aus, um ihre militärische Stärke wiederherzustellen und laufend zu erhöhen und die Politik des Revanchismus und der Verschärfung der internationalen Atmosphäre fortwährend zu steigern.

Die Aggressivität dieser Kräfte hat besonders in der letzten Zeit in einem solchen Maße zugenommen, daß nunmehr im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit, im Interesse der friedlichen Zukunft des deutschen Volkes und aller Völker Europas der Abschluß des deutschen Friedensvertrages zu einer zwingenden und unaufschiebbaren Aufgabe geworden ist. Mit der Feindseligkeit, die die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik früher wie heute dem Abschluß des Friedensvertrages entgegensetzt, verfolgt sie das Ziel, jegliche vertragliche Festlegungen, die eine friedliche Entwicklung Deutschlands garantieren würden, zu hintertreiben. Sie will zugleich die völkerrechtliche Bekräftigung der im Jahre 1945 auf der Potsdamer Konferenz festgelegten Grenzen Deutschlands vereiteln, um für die weitere Entfaltung des Revanchismus, für die weitere Schürung des kalten Krieges und für die Steigerung der Atomaufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik freie Hand zu behalten.

Der deutsche Friedensvertrag würde vor allem die bestehenden Grenzen Deutschlands völkerrechtlich bekräftigen, er würde zum Inhalt haben, daß in Deutschland ein Wettrüsten nicht stattfinden darf, sondern im Sinne des Potsdamer Abkommens die Abrüstung vereinbart wird, das heißt, er würde helfen, auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender militärisch neutraler Staat voranzukommen.

Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik, die das Wettrüsten steigert und atomare Waffen anhäuft, unterstützt die Deutsche Demokratische Republik mit all ihren Kräften die allgemeine und vollständige Abrüstung. Sie betrachtet die Lösung

des Abrüstungsproblems als vorrangige Frage, um den Frieden dauerhaft zu sichern, und ist bereit, sich einem internationalen Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung anzuschließen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vertritt die Auffassung, daß für das deutsche Volk über diese selbstverständliche Bereitschaft hinaus die besondere Verpflichtung besteht, bereits jetzt einen eigenen Abrüstungsbeitrag zu leisten. Deshalb hat sie in ihrer auch der XV. UNO-Tagung übermittelten Denkschrift vorgeschlagen, daß beide deutsche Staaten sofort mit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Deutschland beginnen und sie innerhalb kurzer Zeit zu Ende führen.

Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik ist die Deutsche Demokratische Republik zutiefst daran interessiert, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die heute bereits die Politik vieler Staaten bestimmen, zur ausschließlichen Grundlage der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung werden, daß alle strittigen Fragen ohne Gewaltanwendung durch Verhandlungen gelöst werden, wie es die Charta der Vereinten Nationen fordert. Die Deutsche Demokratische Republik wünscht aufrichtig, friedliche, auf der Basis der Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zu allen Völkern und Staaten herzustellen.

10. Die DDR steht an der Seite der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik steht die Deutsche Demokratische Republik konsequent an der Seite aller Völker, die um die Festigung ihrer gegen die imperialistische Kolonialherrschaft errungenen Unabhängigkeit oder noch um die Befreiung vom Kolonialjoch kämpfen. Mit diesen Staaten und Völkern ist die Deutsche Demokratische Republik durch den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, durch das Streben nach dauerhafter Sicherung des Weltfriedens fest verbunden.

Die Deutsche Demokratische Republik wird mit der gleichen Konsequenz wie bisher den Kampf aller Völker um Unabhängigkeit und nationale Selbstbestimmung unterstützen. Sie tut dies um so mehr, als sie selbst darum ringt, die imperialistische Besetzung in Westdeutschland und Westberlin zu überwinden und in ganz Deutschland das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung zu gewährleisten.

11. Der Deutsche Friedensplan weist den Weg zum Frieden, zur militärischen Neutralität, zur Abrüstung und zur Wiedervereinigung Deutschlands

Im Gegensatz zur westdeutschen Bundesrepublik tritt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beharrlich für die friedliche Regelung aller Deutschland betreffenden Fragen ein. Die Deutsche Demokratische Republik hat bisher mehr als 150 Vorschläge unterbreitet, die diesem Zweck dienen. Sie setzt der von der westdeutschen Regierung betriebenen Politik der „unfriedlichen" Koexistenz, das heißt der Schürung des kalten Krieges und der Vorbereitung aggressiver Abenteuer, ihre konsequente und konstruktive Politik der Sicherung des Friedens in Deutschland entgegen.
Am 6. Juli 1961 nahm die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik den Deutschen Friedensplan an, der ein konstruktives und realistisches Programm für die friedliche Lösung der deutschen Frage entwickelt.* Der Deutsche Friedensplan geht davon aus, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die westdeutschen Militaristen der Welt mit einem neuen Krieg drohen, der entscheidende Schritt zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa im Abschluß des deutschen Friedensvertrages und der auf seiner Grundlage erfolgenden Regelung der Westberlinfrage besteht. Der Friedensvertrag schafft die Voraussetzungen, um die kriegslüsternen Kreise in Westdeutschland zu zügeln und der Kriegsdrohung in Europa ein Ende zu setzen. Er ist gegenwärtig die einzig noch bestehende Möglichkeit, den Weg für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands über die Bildung einer deutschen Konföderation frei zu machen. Im Deutschen Friedensplan wird vorgeschlagen, daß sich die Regierungen der beiden deutschen Staaten sofort über die Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente und der Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik verständigen, deren vordringlichste Aufgabe darin bestünde, Verhandlungen zu führen und sich zu verständigen über die Ausarbeitung von deutschen Vorschlägen zum Friedensvertrag und über ein Abkommen des guten Willens, das darauf gerichtet ist, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten sofort zu verbessern.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist darauf hin, daß die im Deutschen Friedensplan vorgesehene Her-

* Siehe S. 104 ff.

beiführung der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten und später des einheitlichen friedliebenden deutschen Staates ein besonders wichtiger Beitrag für einen dauerhaften Frieden in Europa wäre. Unter den heutigen Bedingungen, da sich auf deutschem Boden die beiden Militärgruppierungen mit starken Kräften direkt gegenüberstehen, kann jeder beliebige von den westdeutschen Militaristen provozierte Zwischenfall den atomaren Weltbrand auslösen. Durch die militärische Neutralität beider deutscher Staaten würden die Staatengruppierungen auseinandergerückt und die Konfliktmöglichkeiten verringert. Das könnte zugleich ein entscheidender Schritt auf dem Wege zu einer von Kernwaffen freien, rüstungsbegrenzten Zone in Europa sein.

Die militärische Neutralität beider deutscher Staaten würde durch die Heraushaltung ganz Deutschlands aus dem atomaren Rüsten, durch den Abzug der ausländischen Truppen und die Beseitigung ihrer Stützpunkte sowie durch den schließlichen Austritt der beiden deutschen Staaten aus den jeweiligen Militärgruppierungen gewährleistet. Um letzteres zu erleichtern, könnten die sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu Militärgruppierungen ergebenden Verpflichtungen stufenweise innerhalb einer bestimmten Frist gelöst werden.

Die Deutsche Demokratische Republik hat auch vorgeschlagen, daß die Hauptmächte der Antihitlerkoalition die Garantie für die Unverletzlichkeit der militärischen Neutralität beider deutscher Staaten übernehmen.

Der Abschluß des Friedensvertrages und die militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten würden den Weg öffnen, um über die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz in Deutschland die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und neutralen deutschen Staat herbeizuführen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt die Gelegenheit, um an alle Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen den dringenden Appell zu richten, die friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes in ihrem Bemühen um die Sicherung des Friedens in Deutschland zu unterstützen.

Das erfordert: aktiv gegen den westdeutschen Militarismus und die von ihm ausgehende Kriegsgefahr aufzutreten; die Atombewaffnung Westdeutschlands zu verhindern; die Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß des Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten zu beseitigen und die allgemeine

und vollständige Abrüstung Deutschlands und die Herbeiführung seiner militärischen Neutralität zu unterstützen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Darlegungen, die der tiefen Sorge um den Frieden und die internationale Sicherheit entspringen, die Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen finden werden.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 29. September 1961 zum 23. Jahrestag der Unterzeichnung des Münchner Abkommens

In diesen Tagen jährt sich zum 23. Male einer der schändlichsten Akte imperialistischer Außenpolitik. Am 29. und 30. September 1938 verhandelten die Regierungschefs Frankreichs und Englands in München mit Hitler, der von dem Henker des italienischen Volkes, Mussolini, assistiert wurde. Das Ergebnis dieses hinterhältigen Schacherspiels der Westmächte mit dem Hitlerfaschismus war das verruchte Münchner Abkommen, das in seiner Zielsetzung gegen die Sowjetunion gerichtet war, Hitlerdeutschland freie Hand zum Überfall auf die Tschechoslowakische Republik gab und es zu weiteren Aggressionen gegen andere europäische Länder ermunterte.
Verblendet vom Antikommunismus und vom Haß gegen die Sowjetunion, hatten die herrschenden Kreise der Westmächte – nachdem sie von 1918 an aktiv zur Wiedergeburt des raubgierigen deutschen Imperialismus und Militarismus als Sturmbock gegen die Sowjetunion beigetragen hatten – mit ihrer Politik und mit ihren eigenen Händen dem deutschen Imperialismus und seiner faschistischen Regierung den Weg zur beschleunigten Entfesselung des zweiten Weltkrieges frei gemacht.
Die Unterzeichnung des Münchner Abkommens durch die Regierungschefs Frankreichs und Englands war eine skrupellose Verschacherung der souveränen Rechte des tschechoslowakischen Volkes und der grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts. Daladier und Chamberlain begingen in München einen empörenden Verrat am Weltfrieden und an den ureigensten Interessen ihrer Völker.
Die deutschen Imperialisten und Militaristen und ihre Hitler-Regierung hatten den am 1. Oktober 1938 begonnenen verbreche-

rischen Überfall auf das tschechoslowakische Volk mit allen Mitteln der Lüge, des Betruges, der Erpressung und Drohung mit Gewalt vorbereitet. Dem verlogenen und hinterhältigen Spiel mit der Losung vom „Selbstbestimmungsrecht“ kam dabei eine Hauptrolle zu. Die Aggression gegen die Tschechoslowakei wurde von Hitler mit der Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei“ propagandistisch vorbereitet. Gleichzeitig gab er die verlogene Erklärung ab, „Deutschland hat jeden sogenannten Revanchegedanken nicht nur nicht gepflegt, sondern im Gegenteil aus dem gesamten öffentlichen und privaten Leben verbannt“.
Als Hitler diese Erklärung am 12. September 1938 abgab, waren die Angriffspläne des deutschen Militarismus bereits ausgearbeitet und die faschistische Aggressionsmaschinerie stand zum Überfall auf das tschechoslowakische Volk bereit.
Am 26. August 1938 hatte das faschistische Auswärtige Amt in einer Geheimdirektive eine Anweisung zur propagandistischen Vorbereitung der Aggression herausgegeben, in der es heißt:

> „Daß nach Liquidierung der tschechischen Frage Polen an der Reihe ist, wird allgemein vermutet werden. Je später diese Vermutung aber als fester Bestandteil in die internationale Politik eindringt, desto besser. Wichtig in diesem Sinne aber ist es, die deutsche Politik bis auf weiteres unter landläufigen und bewährten Maximen wie ‚Selbstbestimmungsrecht‘ und ‚völkische Gemeinschaft‘ fortzuführen. Alles andere könnte uns als reiner Imperialismus ausgelegt werden ...“

Zur Vorbereitung ihres Verbrechens am tschechoslowakischen Volk organisierten die deutschen Imperialisten systematisch Grenzzwischenfälle, einen Strom von „Flüchtlingen“, die angeblich zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen worden waren, und andere Provokationen.
Der schändliche Verrat von München, seine Vorbereitung und seine bitteren Folgen, vermitteln den um den Frieden kämpfenden Völkern Lehren, die heute von höchster Aktualität sind.
Die deutschen Imperialisten und Militaristen, die in Westdeutschland mit Unterstützung der Westmächte wieder zur Macht gekommen sind und nach Revanche für die in zwei Weltkriegen erlittenen Niederlagen dürsten, versuchen heute mit den gleichen Methoden der Lüge, des Betruges und der Gewalt ihre geplanten Aggressionen gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Volksrepublik

Polen, die Sowjetunion und andere europäische Staaten vorzubereiten.

Der Antikommunismus wurde in Westdeutschland wie unter Hitler zur Staatsreligion gemacht. Hitler bereitete den Eroberungskrieg des deutschen Imperialismus zur Durchsetzung seines räuberischen Programms der „Neuordnung Europas“ mit der Behauptung vor, Gott habe das deutsche Volk auserwählt, „Europa vor dem Bolschewismus zu retten und neu zu ordnen“. Mit der gleichen Behauptung versucht der gegenwärtige Kanzler des deutschen Imperialismus und Militarismus die Bonner Aggressionspläne zu „begründen“. Adenauer erklärte 1960 während einer Audienz beim Papst: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten auf uns einwirken.“

In Westdeutschland wurde der Revanchismus erneut zur Staatspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus erhoben. Mit Duldung und Förderung der Westmächte werden wieder sogenannte Heimatverbände zur ideologischen Kriegsvorbereitung eingesetzt. In einem Ausmaße wie nie zuvor finden revanchistische Hetzveranstaltungen in ganz Westdeutschland und in Westberlin statt, auf denen Vertreter der Bonner Regierung die Eroberung von Gebieten anderer europäischer Länder fordern. Revanchistenorganisationen, wie die von dem Bonner Minister Seebohm geführte „Sudetendeutsche Landsmannschaft“, rufen zur Zerschlagung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik auf.

Der bayrische Staatsminister Stain verkündete am 10. September das alte imperialistische Aggressionsprogramm vom „Drang nach dem Osten“ mit folgender an Zynismus und Völkerverachtung kaum zu überbietender Offenheit:

> „Wir verlangen die Bildung eines Christlichen Reiches unter westdeutscher Vorherrschaft. Wir dürfen keine Mißverständnisse darüber aufkommen lassen, daß wir letzten Endes Europa wollen. Das neue Europa darf nicht am Böhmerwald und an der Elbe aufhören. Es muß die ČSSR, Polen, Ungarn, Rumänien und das Baltikum umfassen.“

Gleichzeitig wurden Grenzprovokationen inszeniert, eine systematische Bruderkriegsvorbereitung gegen die Deutsche Demokratische Republik betrieben, und westdeutsche und Westberliner Agentenzentralen organisierten in verstärktem Maße die

Abwerbung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und einen regelrechten Menschenhandel.
Diese verbrecherische Politik soll, wie zur Zeit des Münchner Verrats, durch das Geschrei der deutschen Imperialisten nach „Selbstbestimmung“ maskiert und bemäntelt werden. Die Losung vom „Selbstbestimmungsrecht“ dient erneut als Tarnkappe zur Vorbereitung eines neuen Revanche- und Eroberungskrieges.
Unter Mißachtung und gröblichster Verletzung der Lehren der Geschichte und der im Potsdamer Abkommen gefaßten Beschlüsse über die Ausmerzung des deutschen Militarismus und Nazismus haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs dem deutschen Militarismus in Westdeutschland wieder zur Macht verholfen, um ihn erneut als Sturmbock gegen die sozialistischen Länder zu gebrauchen.
Diese Pläne sind heute jedoch zum Scheitern verurteilt. Wie die bereits begonnene kalte Okkupation der britischen Inseln, Frankreichs und anderer westeuropäischer Staaten durch die Errichtung von Stützpunkten, Truppenübungsplätzen und Nachschubdepots der westdeutschen Revanchearmee beweist, richtet sich diese Politik in erster Linie gegen diese Länder selbst.
Auf der gleichen Linie liegt die immer deutlicher werdende Benutzung des aggressiven NATO-Paktes als Instrument der Bonner Kriegsvorbereitungen. Über die NATO und auf dem Wege der Bonner Integrations- und Stützpunktpolitik sollen die Völker der NATO-Staaten in den geplanten Eroberungs- und Revanchekrieg des deutschen Militarismus hineingezerrt werden.
Mit diesem Ziel wird auch der Ausbau der westdeutschen Aggressionsarmee, deren 160 Generale und Admirale bereits unter Hitler als Angriffsspezialisten und Vollstrecker der verbrecherischen Politik der verbrannten Erde Dienst leisteten und die heute im Besitz von Massenvernichtungswaffen sind, in beschleunigtem Tempo vorangetrieben.
Diese Entwicklung zeigt, daß der deutsche Imperialismus unter völliger Mißachtung des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses mit allen Mitteln versucht, das Rad der Geschichte durch die Entfesselung eines neuen Weltkrieges aufzuhalten und zurückzudrehen.
Die Lehren der Geschichte sind jedoch eindeutig. Ein neues „München“ ist nicht mehr möglich. Dafür garantiert die unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, an dessen Spitze die mächtige Sowjetunion steht und dem auch

die Deutsche Demokratische Republik, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Volksrepublik Polen und die anderen sozialistischen Staaten angehören. Dafür garantiert die militärische Stärke der im Warschauer Vertrag vereinigten sozialistischen Staaten, die angesichts der Kriegsdrohungen imperialistischer Kreise ihre Verteidigungsbereitschaft erhöht und alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der Unantastbarkeit ihrer Grenzen und der Sicherheit ihrer Länder getroffen haben.

Nicht zuletzt garantiert dafür die Tatsache, daß sich auch in Deutschland das Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Friedens entscheidend verändert hat. Das wurde durch den 13. August 1961 eindeutig demonstriert. Die Deutsche Demokratische Republik, das Bollwerk der Friedenskräfte in ganz Deutschland, fügte dem westdeutschen Militarismus und der von Adenauer bis Brandt betriebenen Politik der Ausdehnung der NATO auf ganz Deutschland eine schwere Niederlage zu. Der Kriegsbrandherd Westberlin wurde unter Kontrolle gebracht und der ganzen Welt gezeigt, daß die Pläne der gleichen Kräfte, die heute in Westdeutschland, wie unter Hitler, an der Macht sind, keine Perspektive haben. Der westdeutsche Militarismus ist heute, wie unter Hitler, der Feind aller Völker Europas. Er hat Westdeutschland zur Hauptgefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker gemacht. Damit muß endlich Schluß gemacht werden.

Deshalb gilt es heute mehr denn je, die Lehren aus der unheilvollen und schändlichen Münchner Politik zu ziehen. Die Bändigung des deutschen Militarismus durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages – das ist die wichtigste Lehre und die entscheidende Aufgabe. Für ihre Lösung trägt das deutsche Volk die größte Verantwortung.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beweisen durch ihren Kampf für die weitere ökonomische und politische Stärkung und durch die Erhöhung der Verteidigungskraft ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates, durch ihren Kampf um den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die auf seiner Grundlage erfolgende Lösung der Westberlinfrage, daß sie alles tun, um den Frieden durch die Bändigung des deutschen Militarismus zu sichern.

Heute kommt es jedoch auch entscheidend darauf an, daß die Werktätigen und alle friedliebenden Menschen in Westdeutschland sich der großen Verantwortung bewußt werden, die auf ihnen ruht. Gemeinsam mit der Deutschen Demokratischen Re-

publik müssen sie den deutschen Militarismus und die Bonner Ultras in die Zwangsjacke stecken, damit sie die Welt nicht erneut in Brand stecken können. Von diesem Kampf hängt das Schicksal der deutschen Nation, die Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa ab. Deshalb ist der Abschluß des Friedensvertrages zur gegenwärtig größten, wichtigsten und unaufschiebbaren Aufgabe geworden. Sie muß und wird im Interesse des Friedens noch in diesem Jahr gelöst werden.
Damit wird das deutsche Volk auch einen entscheidenden Beitrag zur Verwirklichung der Vorschläge der Sowjetunion über die allgemeine und vollständige Abrüstung und zur Sicherung des Friedens in der ganzen Welt leisten.

Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, auf dem Festakt zum 12. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1961*

I.

Verehrte Gäste!
Liebe Genossen und Freunde!
Wir feiern den 12. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik, des ersten Friedensstaates in der deutschen Geschichte, in einer historisch bedeutsamen Situation. Uns ist die nicht länger aufschiebbare Aufgabe gestellt, den Schlußstrich zu ziehen unter den zweiten Weltkrieg, seine Überreste zu beseitigen, eine feste Friedensordnung zu errichten und alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer gesicherten friedlichen Koexistenz in Deutschland und in Europa entgegenstehen.
Das Wichtige ist, mit den inneren Kräften den Revanchismus und Militarismus zu überwinden. Es kommt darauf an, daß die deutsche Arbeiterklasse, die Bauern und anderen Friedenskräfte rechtzeitig mit eigenen Händen den Militaristen die Brandfackel aus der Hand schlagen, den Kriegsbrandherd in Westberlin beseitigen und verhindern, daß Westberlin zu einem zweiten Sarajewo wird.
Die Aufgabe, deren Lösung wir bereits in Angriff genommen haben, ist kompliziert. Zweifellos ist sie kompliziert! Aber in brüderlicher Verbundenheit mit der Sowjetunion und den ande-

* Siehe S. 427 ff.

ren sozialistischen Staaten, in enger freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Völkern und Kräften der Welt wird es gelingen, die notwendige feste Friedensordnung in Europa zu schaffen.

Das ist die große gemeinschaftliche Friedensaufgabe, die uns auch an diesem unserem Festtag hier zusammengeführt hat, uns, die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und unsere verehrten Gäste. Sie sind aus allen Kontinenten nach Berlin gekommen, um den 12. Jahrestag des deutschen Friedensstaates mit uns zusammen zu feiern und ihre Solidarität mit unserem Friedenskampf zu bekunden.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik begeht diesen bedeutsamen 12. Jahrestag gemeinsam mit ihren Freunden im Zeichen des sich erfolgreich entwickelnden Kampfes um den deutschen Friedensvertrag. Niemand sollte daran zweifeln, daß die Unterzeichnerstaaten dieses deutschen Friedensvertrages von jedermann die Achtung seiner Bestimmungen verlangen und sie gegenüber jedermann durchsetzen werden. Wenn die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland heute noch nicht die Beteiligung des westdeutschen Staates an diesem deutschen Friedensvertrag erreichen können, wenn es noch einige Zeit dauern sollte, bis in Westdeutschland die Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages geschaffen sind, so wird der westdeutsche Staat die Möglichkeit haben, sich später dem deutschen Friedensvertrag anzuschließen. Jedenfalls wird der deutsche Friedensvertrag die Friedensregelung für alle Deutschen sein.

Wenn wir an diesem 12. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik das bisherige Ergebnis der Friedenspolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates überblicken, so können wir feststellen, daß unser Friedensplan sowohl vom großen Sowjetvolk und den Völkern des sozialistischen Weltsystems als auch von den Völkern und Regierungen der neutralen Staaten und von Hunderten Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern des Westens unterstützt wird.

Die wachsende Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik als deutscher Friedensstaat, in dem Militarismus und Imperialismus mit der Wurzel beseitigt wurden, durch die Völker aller Kontinente – das ist ein wichtiges Ergebnis der friedlichen Außenpolitik, der zielbewußten Aufbauarbeit unseres Volkes und seines konsequenten Kampfes um die Festigung seines Arbeiter-und-Bauern-Staates. Die großen Leistungen der Werktä-

tigen unseres Vaterlandes zeugen davon, daß sie die geschichtliche Mission der Deutschen Demokratischen Republik als Bastion des Friedens in Deutschland gut verstanden haben. Sie beherzigen die Mahnung Johannes R. Bechers:

„Seid euch bewußt der Macht!
Die Macht ist euch gegeben,
Daß ihr sie nie, nie mehr
Aus euren Händen gebt!"

Als die westdeutschen Revanchepolitiker vor einigen Monaten den Generalangriff gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik einleiteten, als sie nach dem Muster Hitlers unter den Losungen einer verlogenen „Selbstbestimmung" und „Hilfe für arme Flüchtlinge" u. a. den Boden für Bürgerkrieg und Krieg vorbereiten wollten, gab ihnen die Arbeiterklasse eine massive Antwort. Der Aufruf der Brigaden Krahmann und Saefkow zum Kampf für die Sicherung des Friedens und gegen die militaristischen und nazistischen Provokationen fand in vielen Betrieben Widerhall. Brigaden in den Fabriken und Schächten, Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, Wissenschaftler und andere Angehörige der Intelligenz. Produktionsgenossenschaften des Handwerks solidarisierten sich mit dem Kampfaufruf.
Sie alle forderten die Einstellung der Stör- und Diversionstätigkeit von Westberlin aus, die Beendigung des Menschenhandels und der Schiebertätigkeit und verpflichteten sich, alle Kraft für die Stärkung der DDR, das heißt, für die Sicherung des Friedens einzusetzen. Die Werktätigen der DDR haben verstanden, welche Gefahren sich aus der Ausrüstung der westdeutschen Militaristen mit atomaren Waffen und aus der Tätigkeit ihrer Westberliner Agentenzentralen für den Frieden unseres Volkes und aller Völker der Welt ergeben.
Mit Dank und Genugtuung können wir feststellen, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den von der Volkskammer beschlossenen Friedensplan unterstützt. In zahlreichen Entschließungen stellten die Werktätigen der DDR fest:
Wir sind für die allgemeine und vollständige Abrüstung in Deutschland! Wir sind für ein militärisch neutrales Deutschland!
Wir sind für die Verständigung und das friedliche Zusammenleben der Deutschen!
Wir sind für die friedliche Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten!

Das ist in der Tat der einzige Weg zur friedlichen Lösung der nationalen Frage unseres Volkes. Der erste Schritt hierzu ist der Abschluß eines Friedensvertrages. Die Bevölkerung der DDR erkennt den von der Regierung der UdSSR vorgeschlagenen Entwurf eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten als Grundlage der von uns erstrebten dauerhaften Friedensregelung an.

Wir stellen mit Genugtuung und Dankbarkeit fest, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vorsitzende ihres Ministerrates, unser Freund Chrustschow, eine große Initiative entfaltet haben, um unsere berechtigte nationale Forderung auf Abschluß des Friedensvertrages und die auf seiner Basis erfolgende Regelung der Westberlinfrage mit allen Kräften zu unterstützen.

Unsere aktive, friedliebende Außenpolitik, die wir in brüderlicher Verbundenheit mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Staaten des sozialistischen Lagers durchführen, dient dem Zweck, zuverlässige Garantien zu schaffen, daß nie wieder von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgeht, daß dem Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland entschieden Einhalt geboten wird. Diese unsere Außenpolitik entspricht nicht nur den Potsdamer Verträgen, sondern auch den Grundsätzen und Zielen der Charta der Vereinten Nationen. Deshalb erheben wir den Anspruch, Mitglied dieser Völkerorganisation zu werden.

Die erpresserische Drohung von Sprechern der westdeutschen Bundesrepublik, unsere rechtmäßigen Sicherungsmaßnahmen mit dem Bruch des Handelsabkommens zu beantworten, hat die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik zu dem systematischen Kampf für die Störfreimachung unserer Wirtschaft veranlaßt. Die Regierung der UdSSR gibt uns auch hier eine große Hilfe. Durch Entwicklung einer Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion wird die Produktion der Deutschen Demokratischen Republik gegen Störmaßnahmen westdeutscher und anderer militaristischer Kräfte gesichert.

Auch die anderen Staaten des Warschauer Vertrages geben uns in diesem Zusammenhang wertvolle Unterstützung. Die Völker der sozialistischen Staaten verstehen, daß der Kampf der Deutschen Demokratischen Republik, der westlichsten Position des sozialistischen Lagers, der Sicherung des friedlichen sozialistischen Aufbaus aller sozialistischen Länder und der Sicherung des Friedens aller Völker Europas dient.

Am 13. August wurde ein von langer Hand vorbereiteter Aggressionsplan der Bonner Militaristen zerschlagen. Sie hatten sich vorgenommen – nach dem Muster Hitlers –, mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor in die Deutsche Demokratische Republik einzumarschieren. Sie wollten die DDR erobern, um auch hier die Diktatur des westdeutschen Finanzkapitals und der Militaristen zu errichten.

Die bewaffneten Arbeiter und Bauern der Deutschen Demokratischen Republik haben ihnen rechtzeitig einen Strich durch die Rechnung gemacht. Verwirrt, bestürzt und verzweifelt stehen jetzt die Herren Adenauer, Strauß und Brandt am Grabe ihrer Hoffnung, auf dem Weg über die Spaltung Deutschlands, über die Atomrüstung und die Revanchepolitik die Deutsche Demokratische Republik zu erobern und das volksdemokratische Polen und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik zu zerschlagen.

Wer erinnert sich nicht mit tiefem Dank daran, daß vor 16 Jahren die Helden der Sowjetarmee am Brandenburger Tor ihr Leben einsetzten, um das Banner des Sieges über den deutschen Faschismus und Militarismus aufzupflanzen. Heute garantieren die Kämpfer unserer Nationalen Volksarmee und die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, daß niemals wieder der Geier, das Wappentier des deutschen Militarismus und Faschismus, unser deutsches Nationaldenkmal, das Brandenburger Tor, schänden kann.

Man muß leider feststellen, daß einige Bürger der Republik wohl aus mangelnder Kenntnis der neueren Geschichte die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus, dieser Erzfeinde der Freiheit und Menschlichkeit, zu gering einschätzen. Was würde aber von Freiheit und Menschlichkeit übrigbleiben, wenn es dem deutschen Imperialismus ein drittes Mal gelänge, die Welt in einen Krieg zu stürzen? Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß in der Erklärung des Staatsrates die Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Errungenschaften des Volkes begründet wurden. In der Erklärung des Staatsrates vor der Volkskammer* wurde bereits gesagt:

> „Den Gegner schlagen wir, wo er sein Haupt erhebt. Ihn pakken wir unversöhnlich an, und mit ihm sprechen wir eine harte Sprache. Denn wir hassen die Militaristen und Revanchisten, die vor dem Volk über und über mit Schuld beladen sind und wiederum alles vernichten wollen. Aber der großen Masse des

* Siehe Band VIII, S. 207 ff.

> Volkes, die ehrlich arbeitet und die den Frieden will, der gilt unsere ganze Liebe und Achtung."

Und weiter heißt es in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates:

> „Wir verstehen unter Gerechtigkeit, daß wir solche Menschen geduldig überzeugen und erziehen, die noch nicht in vollem Umfang ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft erkannt haben; daß aber jene hart bestraft werden, die das Leben unseres Volkes, den Bestand unserer Nation bedrohen. Wir verstehen unter Gerechtigkeit, daß die Macht des deutschen Militarismus und Imperialismus gebrochen wird."

Am 13. August wurde bewiesen, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht den Frieden und die sozialistischen Errungenschaften des neuen Deutschlands auch mit der Waffe zu schützen versteht.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages wurden von der Deutschen Demokratischen Republik, von der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages eine Reihe politischer und militärischer Maßnahmen getroffen. Sie waren und sind notwendig, um die Gegenseite vor unüberlegten Handlungen zu bewahren. Die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben auch die von der Regierung der UdSSR beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Friedenskräfte begrüßt.

Wir unterstützen die Vorschläge der Sowjetunion über die allgemeine und vollständige Abrüstung, wie sie erneut in der Mitteilung der Sowjetregierung an die Vereinten Nationen über die zweiseitigen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Fragen der Abrüstung bekräftigt worden sind. Wir unterstützen auch die von der Sowjetregierung der UN unterbreiteten neuen Vorschläge, die der Entspannung der internationalen Lage, der Verminderung und Beseitigung der Kriegsgefahr, der vollständigen Abrüstung und der schnellen Beseitigung aller Reste des Kolonialismus dienen.

Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß auch hervorragende Repräsentanten der nichtpaktgebundenen Staaten das Streben der friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes nach einem Friedensvertrag unterstützen. Die Sonderbotschafter, die wir zu führenden Staatmännern einer Reihe neutraler Länder entsandten, begegneten dort großem Verständnis für die Vorschläge zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und für die friedliche Lösung der Westberlinfrage.* Eines wenigstens ist überall

* Siehe S. 190 ff. und S. 483 ff.

klar geworden: Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Tatsache, an der niemand mehr vorbeigehen kann.
Wir schätzen die klugen, von staatsmännischem Weitblick zeugenden Äußerungen bedeutender neutraler Staatsmänner – unter ihnen Herr Nehru, Herr Sukarno, Marschall Tito u. a. – sehr hoch ein. So erklärte zum Beispiel der indische Ministerpräsident, Herr Nehru, unlängst – Sie gestatten mir, ihn wörtlich zu zitieren –: „Es ist klar, daß im gegenwärtigen Augenblick zwei Staaten existieren, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Das ist eine Tatsache. Man kann diese beiden Staaten oder einen von ihnen nicht ignorieren."
Wir stimmen Präsident Sukarno aus vollem Herzen zu, wenn er fordert, die Deutschen sollten selbst ihr künftiges Schicksal entscheiden und die beiden deutschen Staaten sollten sich verständigen.
Wenn ich mich hier darauf beschränke, auf die Meinungen der neutralen Staatsmänner hinzuweisen, so heißt das nicht etwa, daß wir die vielen anderen ähnlichen Erklärungen anderer Staatsmänner aller Kontinente geringer schätzen. Auch ihre Erklärungen sind ein großer Dienst an der Wahrheit und am Frieden der Welt und verstärken unsere Zuversicht, daß unser gerechter Kampf um den Frieden von Erfolg gekrönt sein wird.
Wenn sich gegenwärtig auch in den NATO-Staaten bis in einflußreiche Kreise hinein die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, daß in bezug auf Deutschland angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse in der Welt keine andere Wahl bleibt, als sich von gewissen irrealen Vorstellungen zu trennen und auf die Realitäten einzustellen, dann ist das auch ein Ergebnis unserer konsequenten und prinzipiellen Außenpolitik.
Wir begrüßen es sehr, daß der Weltgewerkschaftsbund alle Gewerkschaftsorganisationen aufgerufen hat, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu unterstützen. Wir sind besonders darüber erfreut, daß der Weltfriedensrat dazu aufgerufen hat, in allen Ländern eine mächtige Volksbewegung zu entwickeln, damit die allgemeine und vollständige Abrüstung im Rahmen der Vereinten Nationen schnellstens verwirklicht wird.
Treffend sagt der Weltfriedensrat, daß an erster Stelle das deutsche Problem gelöst, das heißt, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen werden muß, und daß es notwendig sei, Westberlin

in eine Freie und neutrale Stadt umzuwandeln. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß der Weltbund der Demokratischen Jugend die Jugend des Erdballs aufgerufen hat, unsere gerechte Sache des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine Freie und neutrale Stadt zu unterstützen. Große Bedeutung messen wir auch der Erklärung der Weltföderation der Wissenschaftler für einen deutschen Friedensvertrag bei, die im wesentlichen mit dem Friedensplan der Deutschen Demokratischen Republik übereinstimmt.
Den Freunden des Friedens aus allen Ländern und Erdteilen möchte ich Dank sagen für ihre guten Worte und Taten.

II.

In den letzten Wochen pflegen westdeutsche Politiker viel darüber zu schreiben, daß sich Westdeutschland an einem Wendepunkt befindet. Man hat endlich auch den Zusammenbruch der Außenpolitik des Herrn Adenauer bemerkt und spricht von einer Änderung der weltpolitischen Situation. Die der Bonner Regierung nahestehende Zeitung „Münchner Merkur" schreibt:

> „Das Ende einer Periode der deutschen Nachkriegspolitik scheint angebrochen zu sein. Es war die Periode der wirklich empfundenen oder in bewußter Selbsttäuschung gehegten Illusionen über Aussichten, Möglichkeiten und Zeitspanne für die Reparierung der Niederlage und der nationalen Katastrophe von 1945."

Die Zeitung schließt mit der Feststellung, „daß es nicht die Ära Adenauer – ob nun der alte Kanzler im Amt bleibt oder nicht –, sondern die Zeit der Illusionen ist, die jetzt zu Ende geht". Und die bürgerliche „Süddeutsche Zeitung" stellt fest, daß die Adenauerpolitik immer weiter von der Wiedervereinigung weggeführt und zur Verschärfung der Spannungen geführt hat. Die Zeitung schreibt:

> „Es ist nur gut, daß diese Nebel jetzt, viel zu spät freilich, verfliegen und endlich die Trümmerlandschaft von zwölf Jahren gesamtdeutscher Nichtpolitik sichtbar machen."

Die Zeitung fordert, daß endlich Wahrheit und Klarheit herrschen sollen. Viele Menschen in Westdeutschland beginnen zu begreifen, wie Dr. Adenauer in den letzten zwölf Jahren die Bevölkerung Westdeutschlands systematisch getäuscht hat.
Seit 15 Jahren ist die Politik der Westmächte und des Herrn Adenauer auf der Spaltung Deutschlands aufgebaut. Es ist in-

zwischen bekannt, welcher gefährliche Plan von den USA gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes durchgeführt wurde. Mr. Dulles hat das in seinem Buch „Krieg oder Frieden“ wie folgt dargelegt:

> „Deutschland kann ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen, militärischen und politischen Positionen Polens, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiert.“

Wer kann heute noch bezweifeln, daß diese Politik von Dulles und Adenauer gescheitert ist? Daß diese Politik unvermeidlich scheitern würde, haben wir nicht nur von Anfang an vorausgesagt, sondern wir haben den Weg gezeigt, wie man eine vernünftige Politik der Verständigung machen könnte.

Unsere Maßnahmen am 13. August haben etwas sehr Wichtiges bewirkt: Sie haben selbst verstockten Adenaueranhängern klar gemacht, daß dem Vordringen der deutschen Revanchisten und Militaristen nach Osten ein mächtiger Riegel vorgeschoben wurde. Die Maßnahmen des 13. August haben allen Zweiflern sichtbar gemacht, daß die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik auf sehr festen Füßen steht. Der 13. August hat gezeigt, daß unsere Werktätigen bereit sind, ihr sozialistisches Vaterland auch mit der Waffe zu schützen.

Der 13. August hat klargemacht, daß die auf Betreiben der Adenauer-Gruppe erfolgte Eingliederung Westdeutschlands in die NATO die Abkehr von der Wiedervereinigung Deutschlands und die Vertiefung der Spaltung Deutschlands bedeutet hat. Der 13. August hat klargemacht, daß die Verwandlung Westdeutschlands in einen Satellitenstaat der USA den Verzicht auf eine friedliche Deutschlandpolitik bedeutet hat. Westdeutschland wurde in einen imperialistischen Block eingegliedert, dessen Teilnehmerstaaten alle gegen die Wiedervereinigung Deutschlands waren und sind.

Am 13. August wurde klargemacht, daß die Erwähnung der Wiedervereinigung in den Pariser Verträgen nur dem Zwecke diente, die gemeinsame imperialistische Aggression gegen die DDR und die sozialistischen Staaten vorzubereiten. Aber der 13. August hat auch unmißverständlich gezeigt, daß das eine abenteuerliche Spekulation war. Deshalb hat sich die NATO auch mit dem 13. August abgefunden und abfinden müssen.

Das Eigenartige besteht nur darin, daß im Interesse der Wahlkampagne der CDU bis zum 17. September diese Wahrheit vor der westdeutschen Bevölkerung verschleiert wurde.
Der Kommissar des USA-Präsidenten in Westberlin, General Clay, ist dementsprechend zu der Erkenntnis gekommen, daß es nun einmal zwei deutsche Staaten gibt, und daß es unsinnig und gefährlich ist, diesem Tatbestand gegenüber den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun, als existiere er nicht. Aber General Clay weiß das alles seit 12 Jahren. Er hat schließlich selbst den westdeutschen Separatstaat mitgeschaffen, den Wechselbalg Bundesrepublik aus der Taufe gehoben, das Potsdamer Abkommen zerstört und die darauf beruhenden Viermächte-Abkommen beseitigt. Neu ist also nicht, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Die gibt es seit 12 Jahren. Neu – wenigstens für Herrn Clay und viele andere – ist aber, daß die Pläne der Bonner Regierung, mit Hilfe der NATO die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, gescheitert sind.
Die westdeutsche Bundesrepublik wurde seinerzeit durch die amerikanische Besatzungsmacht gegründet und Adenauer als ihr Bundeskanzler eingesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der USA und ihrem Satelliten in Bonn ging solange gut, als es in Westdeutschland galt, die Restauration der alten Herrschaftsverhältnisse und die Remilitarisierung durchzuführen. Die Sonderrechte der Westmächte im NATO-Pakt und in den Pariser Verträgen richteten sich in erster Linie gegen die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen den antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf der Arbeiterschaft und der friedliebenden Menschen in Westdeutschland.
Die Adenauer-Regierung und ihre Hintermänner, die Herren der großen Monopole, restaurierten und sicherten ihre Macht mit Hilfe der ausländischen Besatzungstruppen und eben der entwürdigenden Vorrechte, die den USA in Westdeutschland von der Bonner Regierung gewährt worden sind. Der Plan Adenauers jedoch, die NATO-Bestimmung auszunutzen, wonach die drei Westmächte für alle mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbundenen Fragen verantwortlich sind, und mit Hilfe dieses Tricks die Westmächte in einen „kleinen Krieg“, in Wirklichkeit aber in einen Weltkrieg für die Revancheforderungen der deutschen Militaristen hineinzuziehen, führt jetzt zu Auseinandersetzungen und Konflikten innerhalb der NATO und vor allem zwischen den drei Westmächten und der Regierung in Bonn.
So ist – für jedermann sichtbar – Adenauers Konzeption, die

Sowjetunion durch Atomkriegsrüstung zu erpressen, gescheitert. Und die Bevölkerung Westdeutschlands beginnt jetzt zu verstehen, daß sie während des sogenannten Wahlkampfes sowohl von den Führern der CDU/CSU wie von der SPD belogen worden ist.
Jetzt steht in Westdeutschland die Auseinandersetzung zwischen den militaristischen Ultras und den Friedenskräften auf der Tagesordnung. Die großen Wahllügen sind geplatzt. Viele Menschen in Westdeutschland sehen ein, daß die Politik der Stärke der Adenauer-Regierung nichts mit der realen Lage zu tun hat. Selbst in Bonner Regierungskreisen spricht man darüber, daß sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion geändert hat, und daß keine Möglichkeit besteht, die Revancheforderungen der westdeutschen Ostlandritter zu verwirklichen. Das pfeifen heute bereits die Spatzen vom Dach des Palais Schaumburg.
Die tiefe Enttäuschung in Westdeutschland geht bis in die Kreise der Bourgeoisie. Adenauer fordert atomare Waffen für die Bundeswehr, wobei er es nicht mehr nötig zu haben glaubt, das bisherige törichte Täuschungsmanöver, es handle sich nur um die Trägerraketen usw., nicht aber um die atomaren Sprengköpfe, fortzuführen. Aber die Menschen verstehen sehr gut, daß die atomare Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik zur völligen Verwüstung Westdeutschlands führt. Adenauer kämpft erbittert gegen die Idee eines neutralen Deutschlands. Er fordert, daß Westdeutschland an den Nordatlantik-Kriegspakt gebunden bleibt. Aber das bedeutet schließlich nichts anderes, als die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und die Bestätigung der Unterstellung Westdeutschlands unter das Kommando des USA-Finanzkapitals und die militärischen Weisungen des USA-Kriegsministers.
Die Menschen in Westdeutschland fragen sich jetzt immer besorgter, was ihnen die Abhängigkeit von den USA bringt. Was kann aber die Abhängigkeit von der Konkurrenz, dem USA-Monopolkapital, schließlich anderes bringen als wirtschaftliche Schwierigkeiten? Auf die Dauer kann es gar nicht anders sein, die Menschen in Westdeutschland sind für das Selbstbestimmungsrecht, und dann müssen sie aber gegen die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO sein. Aber solange die USA-Besatzer in Westdeutschland sind, kann doch von Selbstbestimmung keine Rede sein. Jedes westdeutsche Industriezentrum ist doch gegenwärtig von USA-Truppen eingekesselt. Das ist schließlich auch der Sinn der Pariser Verträge und des NATO-Paktes.

Westdeutschland befindet sich also in der Tat an einem Wendepunkt. Die Schocktherapie vom 13. August hat zum Nachdenken angeregt. Sie hat es vielen Menschen erleichtert, die Lage realer einzuschätzen und über die Eigeninteressen der westdeutschen Bevölkerung besser nachzudenken.
Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird die Menschen in Westdeutschland noch mehr zum Nachdenken zwingen. Sie stellen sich mit Recht die Fragen: Ist es nicht an der Zeit, die einseitigen Bindungen an die Interessen des Finanzkapitals der USA und seines Kriegsministeriums zu beenden? Ist es nicht an der Zeit, mit allen Staaten normale friedliche Beziehungen herzustellen, vor allem mit dem deutschen Friedensstaat, mit der Deutschen Demokratischen Republik, in der es weder Monopolherren noch Kriegsinteressenten gibt? Die Antwort auf diese Fragen kann nur lauten: Jawohl, es ist an der Zeit! Es ist sogar höchste Zeit!
Der unter den Bedingungen eines großen Wahlbetruges gewählte Bonner Bundestag steht also vor der Frage, die Bilanz der nunmehr zwölfjährigen Politik der Adenauer-Regierung zu ziehen. Jetzt endlich muß die Bevölkerung in Westdeutschland die ganze Wahrheit erfahren. Jeder neugewählte Bundestagsabgeordnete sollte doch zumindest so handeln, daß seine Wähler am Leben bleiben, daß sie nicht durch einen von den westdeutschen Militaristen provozierten Atomkrieg ausgelöscht werden. Das aber erfordert Verzicht auf jedwede Revancheforderung, auf Grenzänderungen oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik. Das erfordert Unterstützung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Das erfordert Unterstützung von Abrüstungsvereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das erfordert Nichteinmischung in die Angelegenheiten von Westberlin. Das erfordert die Entfernung der aktiven Revanchisten aus dem Staatsapparat und aus der Armee der westdeutschen Bundesrepublik.

III.

Die Bürger in beiden deutschen Staaten fragen mit Recht: Was ist der Ausweg?
Auf der XVI. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat der Außenminister der UdSSR, Genosse Gromyko, den Standpunkt der Sowjetregierung zum unverzüglichen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und im Zusammenhang damit zur fried-

lichen Regelung der Westberlinfrage in sehr gründlicher Weise dargelegt, und zahlreiche Vertreter von Staaten haben sich für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages ausgesprochen, damit endlich ein Strich unter den zweiten Weltkrieg gezogen wird. Es wurde im Plenum der UNO-Vollversammlung mit Recht hervorgehoben, daß durch das Fehlen des Friedensvertrages der Friede in Deutschland und in Europa gefährdet ist.

Da die westdeutschen Militaristen der Meinung sind, daß der zweite Weltkrieg noch nicht beendet ist und von ihnen die Reste des zweiten Weltkrieges ausgenutzt werden zur Vorbereitung eines dritten Weltkrieges, ist in der Tat der Abschluß des deutschen Friedensvertrages die vordringlichste Aufgabe. Die Stellungnahme zum deutschen Friedensvertrag ist der Prüfstein für die Ernsthaftigkeit des Friedenswillens jedes Staatsmannes und jeder Regierung.

Die Deutsche Demokratische Republik ist mit der Meinung der Sowjetregierung, wie sie in den verschiedenen Ausführungen des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Genossen Chruschtschow, und in den jüngsten Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht wurde, völlig einverstanden.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat in ihrem Friedensplan dargelegt, daß der Abschluß des Friedensvertrages die Grundbedingung jeder friedlichen Regelung ist.*

Eigentlich müßte es für jeden Staatsmann eine Selbstverständlichkeit sein, daß man 16 Jahre nach Kriegsende einen Friedensvertrag abschließt, in dem alle Grenzen festgelegt sind, darunter die Oder-Neiße-Grenze, aber auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten.

Ein deutscher Friedensvertrag hat deshalb einen besonderen Charakter, weil Deutschland der Ausgangspunkt von zwei Weltkriegen war und deshalb die Abrüstung und die Überwindung des Militarismus die Grundfrage eines Friedensvertrages ist.

Es müßte also zwischen den vier Mächten vereinbart werden, daß keiner der beiden deutschen Staaten Atomwaffen produzieren oder Atomwaffen besitzen darf. Im Interesse des deutschen Volkes selbst ist es notwendig, die etappenweise Abrüstung der beiden deutschen Staaten so durchzuführen, daß in einer bestimmten Frist nur noch Polizeikräfte zur Erhaltung der inneren Sicherheit vorhanden sind.

* Siehe S. 104 ff.

Dieser Weg zu einem militärisch neutralen Deutschland ist der beste Weg für unser deutsches Volk und gewährleistet die künftige Wiedervereinigung Deutschlands. Eine solche Regelung läge auch im Interesse aller anderen Völker Europas und der Welt.
Angesichts der Gefahr, daß Westberlin die Rolle eines zweiten Sarajewo spielen kann, ist es unbedingt notwendig, im Friedensvertrag die friedliche Lösung der Westberlinfrage festzulegen. Da die Westmächte auch ein gewisses Interesse an dieser Frage haben und wir daran interessiert sind, daß die allmähliche Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt möglichst mit den Westmächten vereinbart wird, liegt es im Interesse beider Seiten, vor dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zu speziellen Vereinbarungen über die friedliche Lösung der Westberlinfrage zu kommen und entsprechende Garantieerklärungen zu vereinbaren. Solche Vereinbarungen müßten dann Bestandteil des Friedensvertrages werden und dadurch völkerrechtliche Gültigkeit erlangen.
Vor der UNO-Vollversammlung hat der USA-Präsident, Herr Kennedy, seine Meinung zur Abrüstung und zur Deutschlandfrage dargelegt. Seine Bereitschaft zu Verhandlungen schätzen wir positiv ein, wenngleich wir die Gepflogenheit als primitiv und unwürdig erachten, jede Andeutung von Vernunft in der Deutschlandfrage den Bonner Hitlergeneralen und sonstigen anrüchigen Bundesgenossen durch Verunglimpfungen der DDR zu versüßen. Außerdem tragen solche Gepflogenheiten kaum dazu bei, die Lösung der komplizierten Fragen zu erleichtern.
Wir schätzen – wie gesagt – die Bereitschaft des Präsidenten Kennedy zu Verhandlungen positiv ein. Er weicht jedoch der Hauptfrage aus. Der Maßstab für den Willen zur friedlichen Koexistenz und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung ist gegenwärtig doch die Beseitigung der Reste des Krieges durch den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Im übrigen sollen Verhandlungen dem Frieden dienen, aber nicht der Verzögerung des Abschlusses eines Friedensvertrages.
Herr Kennedy kann wohl kaum bestreiten, daß der Abschluß eines solchen Friedensvertrages und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zur Entspannung der internationalen Lage führen würde und eine wichtige Voraussetzung wäre für eine reale, allgemeine und vollständige, kontrollierte Abrüstung.
Herr Präsident Kennedy sprach mehrfach von der Achtung der Rechte des anderen in den Beziehungen zwischen den Staaten.

Aber er möchte das Recht einseitig, nur zugunsten der USA verstehen. Auf die Achtung ihrer Rechte hat doch wohl vor allem die Deutsche Demokratische Republik Anspruch, der deutsche Staat, in dem das Potsdamer Abkommen durchgeführt wurde. Es ist das weder durch die NATO noch durch die Großmacht USA außer Kraft zu setzende gute Recht der Deutschen Demokratischen Republik, entsprechend den Bestimmungen des Völkerrechts, in und über ihrem Staatsgebiet, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, ihre Souveränität zu wahren, ihre souveränen Rechte gegenüber jedermann auszuüben, das heißt, auch auf den Verbindungslinien mit Westberlin die Kontrolle durchzuführen.
In Washington und London spricht man viel von der „Verantwortung der vier Mächte". Aber die Verantwortung kann sich doch nur beziehen auf die Durchführung des gemeinsamen Grundvertrages des Potsdamer Abkommens. Dieses Abkommen verpflichtet zur Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus.
Wenn Herr Präsident Kennedy, der offensichtlich sehr gut versteht, daß das Besatzungsstatut und die Anwesenheit von Besatzungstruppen in Westberlin keine rechtmäßige Grundlage haben, sich durch eine Abstimmung in Westberlin eine Rechtsbasis verschaffen will, so wird ihm das nichts helfen. Seit wann ist es denn üblich, daß Stadtteile Abstimmungen darüber veranstalten, ob sie ausländische Besatzungen wünschen oder nicht? Herr Kennedy sollte doch bedenken, daß sich Westberlin auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik befindet, und wenn abgestimmt würde, dann würden 17 Millionen Bürger der DDR zusammen mit den Westberlinern abstimmen, was mit Westberlin geschehen soll.
Herr Präsident Kennedy stellte fest, daß die USA-Regierung auf den bevorstehenden Verhandlungen über Friedensvertrag und Westberlinfrage „keiner festen Formel verpflichtet" sei.
Wenn diese Äußerung so zu verstehen ist, daß sich die USA-Regierung in den kommenden Verhandlungen weder der sogenannten Hallstein-Doktrin noch sonstigen starren Formeln der Bonner Revanchepolitiker verpflichtet fühlt, dann könnten die Aussichten für eine friedliche Lösung wachsen. Und wir wünschen eine friedliche Lösung. Nur Abenteurer vom Schlage der Bonner Militaristen schreien Zeter und Mordio, wenn sich die Aussichten auf Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion verbessern.

IV.

Die letzten Monate haben der ganzen Welt gezeigt, wie das Volk in der Deutschen Demokratischen Republik an der Wende vom 12. zum 13. Jahr ihres Bestehens Geschichte macht.
Unser Volk gestaltet seine Geschichte, indem es seinen Arbeiter-und-Bauern-Staat stärkt, die volkseigene und genossenschaftliche Wirtschaft auf der Grundlage der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik entwickelt, indem es die enge Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion herstellt und die wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten ausbaut.
Das Volk gestaltet seine Geschichte auch mit Hilfe der Außenpolitik, die der Sicherung des Friedens und der freundschaftlichen Beziehungen mit allen Völkern dient.
Es macht Geschichte, indem es gegen die kapitalistischen Überreste und Einflüsse im gesellschaftlichen und persönlichen Leben kämpft und die Gesetze der sozialistischen Moral verwirklicht.
Der 13. August hat gezeigt, wie notwendig es sein kann, die sozialistischen Errungenschaften und den Frieden auch militärisch zu schützen und auch auf diese Weise Geschichte zu gestalten.
Die Fahne der Arbeiter-und-Bauern-Macht auf dem Brandenburger Tor kündet von der neuen Lage in Deutschland. Und wenn in Westdeutschland Abzeichen verbreitet werden mit dem Brandenburger Tor, so möge jeder westdeutsche Bürger erkennen, daß auf diesem Brandenburger Tor für alle Zeiten das Staatsbanner der deutschen Arbeiter-und-Bauern-Macht mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz wehen wird. Eine solche Erkenntnis ist nützlich. Sie ist auch ein Hinweis auf die Zukunft, auf den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland.
Schon vor dem 13. August hatten die Brigaden „Otto Krahmann“ und „Anton Saefkow“ aus dem VEB Kabelwerk Oberspree, Berlin, ihre Schlußfolgerungen aus der politischen Lage gezogen und sich dazu verpflichtet, sich mehr für denFrieden anzustrengen, um die Militaristen auch mit Taten in der Produktion zu schlagen. Der Aufruf der Brigaden „Otto Krahmann“ und „Anton Saefkow“ entsprach den Aufgaben, die sich aus der Moskauer Erklärung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien ergeben. In dieser Erklärung wird die internationale Pflicht begründet, alle Vorzüge des sozialistischen Systems und die inneren Hilfsquellen eines jeden Landes vollständig zu nutzen, um durch gemeinsame Anstrengungen in kürzester Frist die historische Aufgabe zu lösen:

„Das kapitalistische Weltsystem im absoluten Umfange der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu überflügeln und danach die wirtschaftlich höchstentwickelten kapitalistischen Länder auch in bezug auf die Produktion je Kopf der Bevölkerung und hinsichtlich des Lebensstandards zu überholen."

Welche bedeutenden Erfolge haben die Werktätigen unseres ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates in den letzten zehn Jahren erreicht? Wir haben Schritt gehalten mit unseren Freunden in den anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems.

Lassen wir einige Ziffern sprechen, die von den Leistungen und großen Erfolgen unserer Werktätigen in Stadt und Land zeugen. Die Sprache der Ziffern scheint eine trockene Sprache. Aber welche Aufopferung, welche Energie, welche Zielstrebigkeit, welcher Erfindungsreichtum von Millionen Menschen stecken hinter diesen Ziffern.

Die industrielle Bruttoproduktion insgesamt erhöhte sich im Jahre 1960 gegenüber 1950 auf 292 Prozent und die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter in der Industrie in der gleichen Zeit auf 224 Prozent.

In diesen zehn Jahren stieg die Produktion in der Metallurgie auf 379 Prozent, in der Chemie auf 293 Prozent, in der Elektrotechnik auf 506 Prozent, in der Feinmechanik/Optik auf 325 Prozent, in der Textilindustrie auf 247 Prozent und in der Lebensmittelindustrie auf 299 Prozent.

Im internationalen Vergleich hinsichtlich der Pro-Kopf-Produktion wichtiger Erzeugnisse steht die Deutsche Demokratische Republik

bei Braunkohle an erster Stelle in der Welt,

bei Chemiefaser, Kalziumkarbid, kalzinierter Soda und Ätznatron an erster Stelle in Europa und

bei Elektroenergie an dritter Stelle in Europa.

Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich in den zehn Jahren auf fast das 5-fache. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet stieg er von 939 DM im Jahre 1950 auf 2608 DM im Jahre 1960 (zu den Preisen des jeweiligen Jahres).

Die Geldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten stiegen in der gleichen Zeit auf mehr als das Doppelte; die Geldeinnahmen der Rentner und der Empfänger sozialer Unterstützungen stiegen auf 177 Prozent.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch stieg in diesem Zeitraum auf

mehr als das 2½fache. Im selben Maße stieg der Verbrauch an Butter. Bei Eiern erhöhte er sich auf mehr als das Dreifache, und bei Zucker stieg er um die Hälfte.
Typisch für den Charakter unserer Staatsmacht ist das starke Anwachsen der Ausgaben des Staatshaushaltes für Zwecke der Bildung, des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge. So stiegen die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen von 1953 bis 1960 auf das 1½fache; für Hochschulen erreichten sie die doppelte Höhe; für Fachschulen 160 Prozent. Die jährlichen Ausgaben für Gesundheits- und soziale Fürsorge (ohne Ausgaben der Sozialversicherung) stiegen pro Kopf der Bevölkerung im gleichen Zeitraum von 73,10 DM auf 211,20 DM.
Stieg die Zahl der Einklassenschulen in Westdeutschland von 5544 im Jahre 1950 auf 8569 im Jahre 1960, so gehören die 961 Einklassenschulen, die es vor zehn Jahren in der DDR noch gab, seit geraumer Zeit der Vergangenheit an. Die Zahl der Polikliniken wurde mehr als verdoppelt; die Zahl der Plätze in den Kinderkrippen stieg auf das 17fache.
Standen im Jahre 1949 den Mitgliedern des FDGB 210 000 Ferienreisen zur Verfügung, so stieg ihre Zahl im Jahre 1960 auf 1 144 000. Die Zahl der Kultur- und Klubhäuser wurde in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Diese Ziffern sind ein Zeugnis des unbeugsamen Willens unserer Arbeiter, Bauern und unserer Intelligenz, alle Schwierigkeiten auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus zu überwinden.
Was wir in diesen zwölf Jahren geschaffen haben, meine sehr verehrten Gäste und Freunde, ist wahrlich nicht wenig, und wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.
Und trotzdem sagen wir hier ganz offen, all das ist nur der Auftakt für die weitere sozialistische Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft. Denn nichts kann und wird uns zurückhalten, zielbewußt den Aufbau des Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus, zu vollenden, um dann, nach dem Vorbild der Sowjetunion, mit dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu beginnen. Alles, was die Sowjetunion in ihrem 20-Jahr-Programm plant und auch erreichen wird, zeigt uns auch unsere Zukunft. Es ist eine herrliche, eine großartige Zukunft.
Worauf kommt es gegenwärtig an? Es gilt, mit Hilfe des Produktionsaufgebotes die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Störfreimachung der Wirtschaft herbeizuführen und das wissenschaftlich-technische Niveau unserer Forschung und Produktion noch bedeutend zu erhöhen.

Im Interesse der Erfüllung dieser großen Aufgabe wurde bereits in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates folgender Hinweis gegeben:

> „Letzten Endes siegt doch der Sozialismus über den Kapitalismus durch seine höhere Produktivität der Arbeit. Kann man aber in den Betrieben eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen ohne Ordnung und Disziplin? Davon kann keine Rede sein. Wir brauchen also in den sozialistischen Betrieben sogar eine höhere Arbeitsmoral und eine bessere, nämlich eine bewußte Disziplin, und wir können das auch erreichen. Bei uns arbeiten die Werktätigen nicht mehr für die Profite der Kapitalisten, sondern für ihre eigene Sache. Daher muß bei uns im Sozialismus die werktätige Bevölkerung selbst im eigenen Interesse diejenigen erziehen, die sich nur langsam an Ordnung und sozialistische Disziplin gewöhnen können und die nur darauf aus sind, alle Vorteile eigennützig für sich in Anspruch zu nehmen."

Es war von großer Bedeutung, daß nach dem 13. August die Kollegen der Abteilung Elektrodendreherei des VEB Elektrokohle Berlin als erste danach strebten, den großen Aufschwung zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen. Deshalb riefen sie alle ihre Kollegen zum Produktionsaufgebot für die Vorbereitung des Friedensvertrages, das unter der Devise steht: Je stärker die Deutsche Demokratische Republik, desto stärker der Frieden. Sie entwickelten die Initiative der Brigaden „Otto Krahmann" und „Anton Saefkow" weiter. Sie legten das Schwergewicht auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, auf die Ausnutzung der überall noch vorhandenen Reserven und verpflichteten sich, nach dem Leitsatz zu arbeiten: In der gleichen Zeit für das gleiche Geld — mehr produzieren.

Große Wendepunkte in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik waren immer durch große und neuartige Leistungen der Arbeiter und der technischen Intelligenz in der Produktion gekennzeichnet. Adolf Hennecke hat durch seine Initiative den Fünfjahrplan mit vorbereitet. Frida Hockauf hat durch ihre Leistung und ihre Erkenntnis die Hauptrichtung der weiteren Entwicklung angegeben, denn so wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.

Ein gutes Beispiel gaben die Kurbelwellendreher des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau" in Wildau, deren Kollektiv mit dem „Vaterländischen Verdienstorden" in Silber ausgezeichnet wurde. Sie haben als ihren Beitrag im Produktionsauf-

gebot die in ihrem Bereich vorhandenen Reserven aufgedeckt. Dabei wurden die Auseinandersetzungen vom Standpunkt der sozialistischen Moral geführt. Jeder Genosse und Kollege hat ehrlich und vertrauensvoll seinen Teil zur Verpflichtung beigetragen.

Der Bohrer Kollege Drewitz hat sich zum Beispiel verpflichtet, durch zweckmäßigste Ausnutzung der Radialbohrmaschinen beim Bohren von Schmierlöchern 11 300 Minuten einzusparen. Bis jetzt sind insgesamt 552 700 Minuten zurückgegeben worden. Das bedeutet, daß künftig in jedem Planjahr 20 Großkurbelwellen für Schiffsdieselmotoren bei gleichem Lohn und bei besserer Qualität mehr produziert werden.

Obwohl erst wenige Wochen seit dem Produktionsaufgebot vergangen sind, kann schon jetzt gesagt werden, daß aus ihm eine große Volksbewegung entspringt, eine große patriotische Initiative zur weiteren Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik.

Die guten Taten in der Produktion werden vor allem durch das Wachstum des Bewußtseins und die hohe Moral der Mitglieder der sozialistischen Brigaden und der anderen Werktätigen bestimmt. Sie haben verstanden, daß die politische, ökonomische und militärische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik unsere wichtigste Vorbereitung auf den deutschen Friedensvertrag ist. Sie gehen dabei sehr richtig von der einfachen aber von manchen noch nicht verstandenen Wahrheit aus, daß auf die Dauer nicht mehr verbraucht werden kann, als produziert wird, und daß man vom Staat nicht mehr verlangen kann, als man bereit ist, ihm zu geben. Besser als früher haben sie auch begriffen, wie dringlich es ist, alle Reserven aufzudecken und in die Waagschale zu werfen. Das hilft uns in der Tat, den westdeutschen Militarismus zu schlagen.

Worauf kommt es also jetzt an? Es gilt, Kurs zu nehmen auf die Gewinnung aller Teile der Arbeiterschaft und der technischen Intelligenz. Es genügt nicht, daß die Brigaden der sozialistischen Arbeit und andere Brigaden gute Beispiele geben. Es gilt, alle Kollegen in den für den Betrieb entscheidenden Brigaden und Abteilungen für reale Verpflichtungen im Produktionsaufgebot zu gewinnen.

Einige Arbeiter haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Aufdeckung aller Reserven von einer geduldigen und gründlichen Aussprache mit den Arbeitern und der technischen Intelligenz abhängt.

In manchen großen Maschinenbau- und Baubetrieben, in denen Leistung und Lohn am wenigsten übereinstimmen, stehen wir erst am Anfang.
Manche Gewerkschaftsfunktionäre haben sich allerdings die Sache zu leicht gemacht. Sie schafften eine papierne Verpflichtung herbei und glaubten, damit das ihre getan zu haben. Das ist aber eine Selbsttäuschung. Denn es kommt darauf an, überall in den Köpfen Klarheit zu schaffen, denn nur durch diese Klarheit kann der Kampf um die Erschließung der Reserven erfolgreich geführt werden.
Auch in der Landwirtschaft ist nach dem 13. August ein Aufschwung eingetreten. Manche Bauern, die unter dem Einfluß der Kriegshetze der Bonner Regierung und der westdeutschen Agenturen der USA gegen die DDR Zweifel an der Stärke der Arbeiter-und-Bauern-Macht hatten, haben nun aufgehört zu zweifeln. Sie verbessern die genossenschaftliche Arbeit und prüfen die Möglichkeit, die Marktproduktion zu erhöhen und die Ernte gut einzubringen.
Mit gutem Beispiel gingen die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern der Gemeinde Zickhusen voran. Sie nahmen es auf sich, die im Albinshofer Wettbewerb übernommenen Verpflichtungen zur Übererfüllung des Planes an tierischen Produkten zu überbieten.
Die Zickhusener Bauern zeigen, wie die schwierigen Aufgaben des genossenschaftlichen Großbetriebes gelöst werden müssen. Sie sichern durch gute genossenschaftliche Arbeit aller Bäuerinnen und Bauern und durch die Mithilfe der gesamten Dorfbevölkerung den ständigen Aufschwung der Produktion. Alle Arbeiten in der Feld- und Viehwirtschaft bewältigen sie zu den günstigsten Terminen durch die eigenen Kräfte des Dorfes.
Was ist also das Ziel des Produktionsaufgebotes unserer sozialistischen Landwirtschaft? Durch gute genossenschaftliche Arbeit den Plan der Marktproduktion überzuerfüllen; durch vorbildliche Herbstbestellung den Grundstein für hohe Erträge im kommenden Jahr auf den Feldern und in den Ställen zu legen.
Das nützt der Stadt, das nützt den Bauern und erhöht ihre Einkünfte, das nützt unserer ganzen Republik. So hilft auch unsere sozialistische Landwirtschaft, durch neue Friedenstaten den westdeutschen Militarismus zu schlagen.
Der Elan der Arbeiter und Bauern im Produktionsaufgebot weckt bei vielen Künstlern und Volkskunstschaffenden in Stadt und

Land in neuer Weise die Bereitschaft, es den Besten in der Produktion auch auf künstlerischem Gebiet gleichzutun. Die richtige Antwort aller auf dem Gebiet der Kunst Wirkenden auf die große Initiative der Arbeiter und Bauern im Produktionsaufgebot sind hohe künstlerische Leistungen, die unsere Menschen beeindrukken, sie beflügeln, zu neuen Taten anspornen, ihnen Freude und Entspannung bieten.
Die künstlerischen Institutionen, die Laienzirkel und Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen, Organisatoren des geistig-kulturellen Fortschritts unserer gesamten Bevölkerung zu sein. Sie mögen ihre Erfahrungen, ihr Können und Wissen zur ästhetischen Erziehung der Werktätigen, zur Weiterbildung der Menschen, ihrer Fähigkeiten und Interessen anwenden. Das erfordert, das künstlerische Niveau der Stadt- und Kreistheater zu erhöhen, in den Klubs, Konzertsälen und Kulturräumen interessante Veranstaltungen zu organisieren, die künstlerische Selbstbetätigung der Bürger anzuregen und zu fördern.
Im Namen des Zentralkomitees der Partei, der Regierung und der Nationalen Front möchte ich allen Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz, den Mittelschichten, den Mitarbeitern des Staats- und Wirtschaftsapparates, der Jugend, den Frauen, die mit Initiative und Tatkraft und gutem Beispiel in der Arbeit und im persönlichen Leben vorangehen, unseren Dank und hohe Anerkennung aussprechen. Insbesondere möchte ich alle zum 12. Jahrestag mit Orden und Medaillen ausgezeichneten Werktätigen beglückwünschen.
Manche Werktätigen weisen auf die Schwierigkeiten hin, die mit der Erfüllung der Produktionsaufgaben verbunden sind. Gibt es solche Schwierigkeiten? Ja, es gibt sie! Es wäre falsch, sie zu leugnen. Der Kampf um die Störfreimachung der Wirtschaft der DDR gegenüber den Machenschaften der westdeutschen Militaristen ist komplizierter Klassenkampf auf ökonomischem Gebiet. Die Herstellung der Unabhängigkeit von westdeutschen Zulieferungen und die Organisierung der Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion machen es nötig, große Planungs-, Forschungs- und Produktionsaufgaben zu lösen. Das wirft manches komplizierte Problem auf.
Aber jeder möge doch einmal darüber nachdenken, welch unvergleichlich größere Schwierigkeiten die Sowjetunion überwunden hat, um aus dem rückständigen Agrarland das fortgeschrittenste Industrieland zu machen. Welch gewaltige Fortschritte haben die volksdemokratischen Länder zu verzeichnen, obwohl die meisten

von ihnen von einem sehr niedrigen wirtschaftlichen Niveau ausgehen mußten.

Auch die Deutsche Demokratische Republik hatte und hat solche Schwierigkeiten zu überwinden, auch wenn sie zu den hochentwickelten Industriestaaten zählt. Unsere Schwierigkeiten entspringen vor allem der Tatsache, daß wir im Verhältnis zu den westdeutschen Imperialisten wesentlich ungünstigere ökonomische und materielle Ausgangspositionen hatten.

Das Ruhrgebiet, das schwerindustrielle Zentrum Deutschlands, liegt nun einmal im Westen. Die gewaltige Konzentration von Steinkohlengruben, Hochöfen, Stahl- und Walzwerken, Chemiekombinaten usw., von Generationen deutscher Arbeiter in Strömen von Schweiß errichtet, verblieb nach dem zweiten Weltkrieg in den Händen der deutschen Imperialisten. Viele Früchte des jahrzehntelangen Schuftens der deutschen Arbeiterklasse konnten von den westdeutschen Imperialisten noch einmal zur Wiedererrichtung ihrer ökonomischen und politischen Macht ausgenützt und mißbraucht werden.

Läge das schwerindustrielle Zentrum im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik, dann hätten wir bereits heute eine solche wirtschaftliche Überlegenheit erreicht, daß die deutsche Frage längst im Interesse der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen auf friedliche Weise gelöst und der Frieden in Europa dauerhaft gesichert wäre. So aber werden wir eine etwas längere Anlaufzeit benötigen. Aber schaffen werden wir es bestimmt!

V.

Ein Blick auf die Entwicklung in beiden deutschen Staaten beantwortet sofort die Frage, wo die stabilste Regierung in Deutschland ist. Es ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie steht auf festem Fundament, weil sie sich auf alle Schichten des Volkes, weil sie sich auf die Nationale Front des demokratischen Deutschland stützt und in enger Verbindung mit dem Volk für Frieden und Sozialismus kämpft. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist die einzige demokratische Regierung in Deutschland, weil sie nur eine Aufgabe kennt: den Interessen des Volkes zu dienen.

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft, der Intelligenz und anderen werktätigen Schichten die nationale Grundfrage gelöst. Die nationale Grundfrage aller

Deutschen ist die Beseitigung des Imperialismus und des Militarismus.
Aber diese Grundfrage stand nach der Katastrophe des Hitlerkrieges, als der deutsche Imperialismus zerschlagen am Boden lag, für das ganze deutsche Volk als Aufgabe auf der Tagesordnung. Damals war noch mehr als im Jahre 1918 die große Möglichkeit gegeben, den nationalen Grundwiderspruch zwischen den imperialistischen kriegerischen Interessen des deutschen Monopolkapitals und seiner Helfer und den friedlichen Interessen unseres Volkes durch die Entmachtung der Kriegsverbrecher und Militaristen für immer zu lösen.
Das war auch der Sinn des Potsdamer Abkommens der drei Mächte. Deutschland sollte ein friedliches neutrales Deutschland werden, von dem aus niemals mehr Krieg gegen andere Völker geführt werden kann.
Aber das Finanzkapital der USA mißbraucht seine Besatzungsmacht in Westdeutschland. Die Westmächte – und vor allem die USA – halfen den Westdeutschen nicht, die Staatsmacht der deutschen Monopole und Militaristen für immer zu beseitigen, sondern sie taten das Gegenteil. Sie schufen den vom Geiste des deutschen Imperialismus durchtränkten westdeutschen Separatstaat des Revanchismus und verhinderten eine demokratische Entwicklung. Dabei wurden die Vertreter der USA von der Adenauer-CDU und von der Schumacher-Gruppe in der Sozialdemokratie in entscheidender Weise unterstützt. So nahm das Unheil in Westdeutschland wieder seinen Lauf.
Als im Jahre 1952 die USA und die Adenauer-Regierung den Vorschlag der Sowjetunion auf Vorbereitung eines Friedensvertrages und freie Wahlen schroff ablehnten, zeigte es sich bereits klar, daß die herrschende Klasse in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands vertiefen und dazu ausnutzen wollte, Westdeutschland auf einen Revanchekrieg vorzubereiten.
So hatte die Arbeiterklasse es nur in diesem Drittel Deutschlands – unter dem Schutz und mit der Hilfe der Sowjetunion – vermocht, die antifaschistisch-demokratischen Kräfte zum Siege zu führen. Es stehen sich in Deutschland nun zwei Staaten und zugleich zwei Welten gegenüber.
Im westdeutschen Separatstaat des Revanchismus herrscht die imperialistische Bourgeoisie mit ihren Hitlergeneralen und Blutrichtern, und in der Deutschen Demokratischen Republik herrscht die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten.

Es liegt offen zutage, daß der Grundwiderspruch in Deutschland zwischen den Interessen des imperialistischen Monopolkapitals und den friedlichen Interessen des Volkes nur beseitigt werden kann durch die maximale Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, durch das Bündnis aller Friedenskräfte in Westdeutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik und durch die Erringung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Kampf gegen Militarismus, Revanchismus und Monopolkapital auch in Westdeutschland.

Nachdem die alte herrschende Klasse Deutschland zweimal in die Katastrophe geführt hat und jetzt Westdeutschland zu einer Atomwüste zu machen droht, hängt die Sicherung des Friedens in hohem Maße vom Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland und vor allem ihrer Gewerkschaften ab.

Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik ist es, an Stelle des Nationalismus und Revanchismus ein neues Nationalbewußtsein zu entwickeln, dessen Wesen humanistisch ist, das jede Form von Revanchismus und Rassismus ausschließt und der Freundschaft und dem Frieden der Völker dient. Ein solches Nationalbewußtsein wird im sozialistischen Deutschland seine volle Erfüllung finden.

Es ist die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, auf allen Gebieten, in der Außenpolitik, der Wirtschaft, im gesellschaftlichen Leben, dem Schulwesen, in Wissenschaft und Kunst, auf dem weiten Gebiet der Kultur das Beispiel einer konsequenten Politik des Friedens, des Humanismus, des glücklichen und kulturvollen Lebens des Volkes im Sozialismus für ganz Deutschland zu geben.

Die Epoche, in der wir leben, der Kampf zwischen den Kräften des Sozialismus und des Imperialismus erfordert es, tief in das Wesen der Dinge einzudringen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu durchdenken und aktiv teilzunehmen am geistigen Leben in der Deutschen Demokratischen Republik und im sozialistischen Weltsystem. Die Möglichkeiten für die geistige Entwicklung im Sozialismus sind unbegrenzt, denn der Sozialismus ist die Befreiung des Geistes von allen Fesseln, an die ihn ein rückständiges und barbarisches Gesellschaftssystem gekettet hat.

Das Durchdenken des Programms der KPdSU wird uns allen sehr viel bei der Klärung und Lösung der vielen Probleme unserer Zeit helfen. Ich bin überzeugt, daß durch den Abschluß des Friedensvertrages und durch die weitere Festigung der Deut-

schen Demokratischen Republik das geistige und kulturelle Leben in unserer Republik sich immer reicher und vielseitiger entwickeln wird. Besteht doch das Wesen des Sozialismus gerade darin, daß er die schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten des Volkes zur vollen Entfaltung bringt und der Wissenschaft unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Ich bin tief davon überzeugt, daß das große Talent des deutschen Volkes großartige geistige Leistungen hervorbringen wird, wenn es für immer mit dem gesellschaftlichen Fortschritt verbunden ist.

In diesem Sinne geloben wir am 12. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik alles zu tun, was in unseren Kräften steht, damit die Deutsche Demokratische Republik als Bannerträger der deutschen Nation kühn und zielbewußt ihre große geschichtliche Aufgabe erfüllt. Und vergessen wir niemals eines, daß dieser Kampf der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur im Interesse unserer Bürger, sondern auch im Interesse der Bürger Westdeutschlands, im Interesse des Schicksals und der Zukunft der ganzen deutschen Nation liegt.

Es lebe, blühe und gedeihe die Arbeiter-und-Bauern-Macht der Deutschen Demokratischen Republik!

Es lebe die Gemeinschaft aller patriotischen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Parteien und Organisationen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland!

Es lebe die Verständigung mit allen friedlich gesinnten westdeutschen Bürgern zum Kampf gegen den deutschen Militarismus und für die friedliche Wiedervereinigung der deutschen Nation!

Es lebe die brüderliche Verbundenheit der Deutschen Demokratischen Republik und aller friedliebenden Kräfte in Deutschland mit der ruhmreichen Sowjetunion, der Vorkämpferin des Friedens, der Demokratie und des Kommunismus!

Es lebe die feste, unverbrüchliche Freundschaft mit unserem Lehrmeister, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, mit ihrem Zentralkomitee und unserem Freund und Genossen Chruschtschow an der Spitze, die schöpferisch und zielbewußt die marxistisch-leninistische Lehre weiterentwickeln und im Leben verwirklichen!

Es lebe die feste Kampfgemeinschaft aller Völker und Staaten des sozialistischen Lagers!

Es lebe der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt!

Noten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Oktober1961 an die Regierungen der drei Westmächte: Protest gegen den Beschluß der Innenminister der westdeutschen Länder, westdeutsche Polizei nach Westberlin zu entsenden

Wortlaut der Note an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf folgendes hinzuweisen:

Am 5. Oktober 1961 haben die Innenminister der Länder der westdeutschen Bundesrepublik in Absprache mit den Westberliner Organen beschlossen, westdeutsche Polizei nach Westberlin zu entsenden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat wiederholt anerkannt, daß Westberlin nicht Bestandteil der westdeutschen Bundesrepublik ist. Unter grober Verletzung dieser eindeutigen Rechtslage versucht jetzt die westdeutsche Regierung mit dem Beschluß über die Entsendung von Polizeieinheiten, Westberlin zum militärischen Stützpunkt für bewaffnete Aktionen der westdeutschen Ultras und Revanchisten auszubauen.

Der Beschluß der westdeutschen Innenminister wurde zu einer Zeit gefaßt, da sich Möglichkeiten einer Verständigung zwischen Ost und West über eine friedliche Lösung der Westberlinfrage abzeichnen. Offenkundig soll der Beschluß dazu dienen, durch Provozierung von Zusammenstößen und Konflikten eine Annäherung der Standpunkte der an der Westberlinlösung beteiligten Staaten und eine Entspannung der internationalen Lage zu blockieren. Der Beschluß ist ein neuerlicher, sehr gefährlicher Versuch, die Westmächte in eine revanchistische Abenteurerpolitik zu verwickeln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die gegenwärtig noch Besatzungsfunktionen für sich in Westberlin beansprucht, die geplante Entsendung westdeutscher Polizeieinheiten nach Westberlin unterbindet und die Westberliner Organe mit allem Nachdruck auf die Friedensgefährdung durch derartige Absprachen hinweist.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik warnt insbesondere vor jedem Mißbrauch der Verbindungswege der Deutschen Demokratischen Republik zu Lande, zu Wasser oder

in der Luft für die Durchführung des westdeutschen Beschlusses. Sie weist darauf hin, daß es sich bei dem Plan zur Verlegung westdeutscher Polizeieinheiten nach Westberlin um einen Aggressionsakt handelt, dem die Deutsche Demokratische Republik im Interesse ihrer Sicherheit und des Friedens und im Sinne des Potsdamer Abkommens der Antihitlerkoalition begegnen wird.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt auch diese Gelegenheit, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre vorzügliche Hochachtung zu versichern.

*

Die Noten wurden durch Inanspruchnahme der guten Dienste des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR den diplomatischen Vertretern der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Prag übergeben. – Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, Lincoln White, lehnte unter Bezugnahme auf die Note den geplanten Aggressionsakt der westdeutschen Innenminister mit der Erklärung ab, die USA sähen „keine Notwendigkeit zu einer solchen Verstärkung".

Note der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 26. Oktober 1961 an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika: Protest gegen die Provokationen am Grenzkontrollpunkt Friedrichstraße

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf folgenden ernsten Vorfall hinzuweisen.
Am 22. Oktober 1961 fuhr ein aus Westberlin kommender Personenkraftwagen mit dem Kennzeichen B-2000 mit zwei Insassen in Zivil am Grenzübergangspunkt Berlin, Friedrichstraße, vor. Die beiden Zivilisten leisteten der ordnungsgemäßen Aufforderung, sich auszuweisen, nicht Folge, sondern versuchten nach provokatorischen Äußerungen mit Gewalt den Grenzübertritt in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu erzwingen. Dabei brachten sie zwei Angehörige der Grenzkontrollorgane der Deutschen Demokratischen Republik vorsätzlich in Lebensgefahr.
Zur gleichen Zeit drangen unter dem Kommando eines amerikanischen Obersten zwei amerikanische Militärfahrzeuge und eine kriegsmäßig ausgerüstete Einheit amerikanischer Besatzungstruppen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik

ein. Die amerikanischen Besatzungssoldaten gingen dabei mit aufgepflanztem Bajonett vor. Bei diesem provokatorischen Akt wurde ein Angehöriger der Grenzkontrollorgane der Deutschen Demokratischen Republik durch ein amerikanisches Militärfahrzeug erheblich verletzt.
Die amerikanische Besatzungseinheit drang provozierend noch weiter in das Gebiet des demokratischen Berlin ein, ehe sie sich wieder nach Westberlin zurückzog.
Wenig später wiederholte sich der gleiche aggressive Vorgang. Erneut fuhr der Kraftwagen B-2000 am Grenzkontrollpunkt Berlin, Friedrichstraße, vor, und wiederum überschritt eine Einheit schwerbewaffneter amerikanischer Besatzungstruppen die Grenze und drang in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ein.
Diese Vorfälle stellen in allen Einzelheiten vorausgeplante vorsätzliche militärische Provokationen dar, die eindeutig das Ziel verfolgen, einen bewaffneten Konflikt auszulösen. Diese Absicht wird nicht zuletzt durch die gefechtsmäßige Ausrüstung der unter Kommando eines höheren amerikanischen Offiziers eindringenden Besatzungstruppen, durch das Vorstoßen der Truppe über den Grenzübergangspunkt hinaus in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und durch die Wiederholung des Aggressionsaktes unterstrichen.
Die bewußt den Frieden gefährdenden Aktionen amerikanischer Besatzungstruppen am Grenzübergangspunkt Berlin, Friedrichstraße, die auch in den folgenden Tagen fortgesetzt wurden, stellen eine neuerliche Steigerung der in letzter Zeit sich häufenden Grenzzwischenfälle durch amerikanische Militäreinheiten dar. Die Methoden reichen dabei von Steinwürfen und Schmähungen über die gewaltsame Entführung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik bis zum Eindringen bewaffneter Streitkräfte in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit allem Ernst darauf hin, daß es nur der Zurückhaltung und Besonnenheit der Grenzsicherungsorgane der Deutschen Demokratischen Republik zu danken ist, daß Weiterungen vermieden wurden. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik fordert kategorisch, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die für den oben geschilderten Aggressionsakt verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zieht und einer strengen Bestrafung zuführt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erwartet des weiteren, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sofort alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um eine Wiederholung derartiger friedensgefährdender Handlungen zu unterbinden.
Es ist der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sehr wohl bekannt, daß sie keine Rechte in der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich ihrer Hauptstadt, hat. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist dennoch bereit, bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik ausländischen Staatsbürgern in Zivil, die in Westberlin stationiert sind, die Einreise in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik gegen Vorweisung eines gültigen Personalausweises zu gestatten.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weist die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf hin, daß sie die alleinige Verantwortung für die sich aus Grenzprovokationen ihrer Besatzungstruppen ergebenden Folgen trägt.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt auch diese Gelegenheit, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihre vorzügliche Hochachtung zu versichern.

*

Die Note wurde unter Inanspruchnahme der guten Dienste der Regierung der ČSSR dem amerikanischen Botschafter in Prag übermittelt.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. November 1961: Protest gegen die Verhaftung des jugoslawischen Staatsbürgers und ehemaligen aktiven antifaschistischen Widerstandskämpfers Lazar Vracaric in München

Ungeheuerliches ist geschehen. Der Bonner Staat, der immer offener faschistische Züge annimmt, hat einen kaum vorstellbaren verbrecherischen Anschlag gegen alle antifaschistischen Widerstandskämpfer verübt. Am vergangenen Wochenende wurde in München der jugoslawische Staatsbürger Lazar Vracaric auf der Grundlage eines Fahndungsbefehls der faschistischen Blutjustiz aus dem Jahre 1941 verhaftet.
Wegen seiner aktiven Teilnahme am heldenhaften antifaschistischen Befreiungskampf der Völker Jugoslawiens wurde der jugo-

slawische Patriot während des zweiten Weltkrieges von den Mordschergen der SS und der Gestapo verfolgt und gejagt. Was den Schergen Hitlers und den heutigen Bonner Blutrichtern damals nicht gelang, wollen sie jetzt in die Tat umsetzen. Deshalb zerren sie jetzt, 16 Jahre nach Kriegsende, den jugoslawischen Patrioten vor die Schranken ihrer klerikal-faschistischen Terrorjustiz.

Dieser ungeheuerliche Racheakt enthüllt das wahre Wesen des klerikal-faschistischen Bonner Staates. Er ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Völker Jugoslawiens, sondern aller Völker der Antihitlerkoalition, die sich während des zweiten Weltkrieges zum Kampf gegen die grausame faschistische Barbarei erhoben.

Diese neue Provokation der westdeutschen Militaristen ist die Fortsetzung des Beschlusses des Bonner Bundestages vom 29. Juni 1961, der bekanntlich allen Angehörigen der SS-Verfügungstruppe, der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der SS-Totenkopfverbände staatliche Pensionen zuspricht und auch diesen durch grausame Verbrechen aufs schwerste belasteten Faschisten den Weg in verantwortliche Staatsfunktionen Westdeutschlands öffnet. Diese Rehabilitierung der Mörder und Henker der Antifaschisten und Widerstandskämpfer aller von der Hitlerdiktatur unterjochten Völker hat eine breite Protestwelle ausgelöst. Ungeachtet dieser Proteste haben die dafür Verantwortlichen sich nicht gescheut – nachdem sie sich schon seit langem in der Verfolgung der westdeutschen Kämpfer gegen den Faschismus geübt haben –, nunmehr auch die Jagd auf die Widerstandskämpfer anderer europäischer Völker zu beginnen.

Die Deutsche Demokratische Republik erhebt gegen den an dem jugoslawischen Patrioten begangenen Gewaltstreich, mit dem die elementarsten Menschenrechte skrupellos verletzt und vergewaltigt werden, schärfsten Protest. Sie weiß sich dabei in völliger Übereinstimmung mit den Widerstandskämpfern und allen ehrlichen Menschen der Völker Europas. Sie fordert die sofortige Freilassung von Lazar Vracaric und die strengste Bestrafung der für diese ungeheuerliche Provokation verantwortlichen Kräfte.

Die Welle der empörten Proteste gegen diese neueste Bonner Schandtat in Jugoslawien, Dänemark, Norwegen, Frankreich und anderen Ländern läßt keinen Zweifel, daß die Völker erkennen: Diese faschistische Untat ist nicht nur gegen die heldenhaften antifaschistischen Widerstandskämpfer Jugoslawiens gerichtet, sondern auch gegen die Widerstandskämpfer und die Völker

Frankreichs, der Sowjetunion, Belgiens, Polens, Dänemarks, Norwegens und der anderen europäischen Länder. Das mit diesem ungeheuerlichen Terrorakt verfolgte Ziel liegt klar auf der Hand. Die Aggressions- und Mordpolitik Hitlerdeutschlands soll nachträglich sanktioniert und die geplanten neuen militärischen Abenteuer des deutschen Imperialismus und Militarismus sollen im voraus gerechtfertigt werden. Jetzt werden die Völker Europas auch besser verstehen, was der Bonner Kriegsminister Strauß meinte, als er erklärte, daß der zweite Weltkrieg noch nicht beendet sei.
Die Verhaftung von Lazar Vracaric zeigt in erschreckender Klarheit, welch große Gefahr der in Westdeutschland zu neuer Macht gekommene Militarismus für den Frieden und die Sicherheit aller Völker darstellt. Im Interesse der Erhaltung des Friedens gilt es heute mehr denn je, den westdeutschen Militaristen und Revanchisten in den Arm zu fallen und sie zu zügeln. Der entscheidende Schritt dazu ist der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, dessen Bestimmungen es unmöglich machen würden, daß die westdeutschen Militaristen einen Rachefeldzug gegen Patrioten unternehmen, die zum Sieg gegen Hitlerdeutschland beigetragen haben.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. November 1961 zu der von den Bonner Machthabern betriebenen verhandlungsfeindlichen Politik

Das Bonner Kabinett der Militaristen und Revanchisten ist in den letzten Wochen in außerordentlicher Weise bestrebt, alle Bemühungen um eine internationale Entspannung zu verhindern und die internationale Lage weiter zuzuspitzen. Zu diesem Zweck werden vor allem in Westberlin von den aggressiven Kreisen Westdeutschlands und Westberlins neue gefährliche Provokationen in Szene gesetzt. Zahlreiche Bonner Minister, darunter vor allem der ehemalige SA-Mann und heutige Außenminister Schröder, verlegen ihre ersten Amtshandlungen völlig rechtswidrig nach Westberlin, um das Frontstadtklima zu erhitzen und neue Anschläge gegen die Deutsche Demokratische Republik vorzubereiten.
Die Ziele dieser gefährlichen Machenschaften sind leicht festzustellen. Die Bonner Machthaber wollen – und das am Vorabend

der Gespräche zwischen Adenauer und dem Präsidenten der USA – die Möglichkeiten zunichte machen, daß sachliche Verhandlungen über eine friedliche Regelung zur Beseitigung der Reste des Krieges in Deutschland, insbesondere in Westberlin, zustande kommen. Sie wollen die verstärkte Fortsetzung des kalten Krieges und des Balancierens am Rande des heißen Krieges. Sie wollen die NATO-Mächte derart in ihre aggressiven Pläne verstricken, daß jeder Schritt zu konstruktiven Lösungen der brennenden Fragen verbaut wird. Bonn will die Atombewaffnung Westdeutschlands weiter beschleunigen und die Verfügungsgewalt über Atom- und Wasserstoffwaffen an sich reißen. Die jüngsten aggressiven Umtriebe in Westberlin beweisen erneut die große Bedeutung der Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. August 1961 für die Festigung der Sicherheit und des Friedens im Herzen Europas.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik warnt mit allem gebotenen Ernst vor den Provokationen der westdeutschen und Westberliner Scharfmacher und erklärt, daß die neuen Versuche zur Schürung der Spannungen in Westberlin und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR nicht vom Streben nach Entspannung und Verhandlungen, sondern vom Wunsch nach einer Zuspitzung der Lage und nach der Verhinderung von Verhandlungen diktiert sind.

Wer ehrlich für Entspannung durch sachliche Verhandlungen ist, der muß dafür eintreten, daß die Drohung der westdeutschen Atomaufrüstung beseitigt wird, daß die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und Provokationen an der Staatsgrenze in Berlin aufhören, daß die Anmaßung, Westberlin gehöre zur westdeutschen Bundesrepublik, fallengelassen wird. Wer dem Frieden in Europa eine feste Grundlage geben will, muß den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage durch die Bildung einer entmilitarisierten neutralen Freien Stadt unterstützen.

Fernseh-Appell des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vom 19. November 1961 an die Parlamente Dänemarks und Norwegens anläßlich des provokatorischen Straußbesuches in Norwegen

Meine Damen und Herren!
Die Lage im Ostseeraum hat sich weiter verschärft.
Die westdeutschen Militaristen haben in den letzten Wochen und Monaten die Einbeziehung ihrer NATO-Verbündeten Dänemark und Norwegen in ihre abenteuerliche Politik besonders forciert. Unter dem Deckmantel einer „Zusammenarbeit" auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion nutzen sie das militärische Potential Norwegens für ihre Aufrüstung. Sie sichern sich Einfluß in den nordeuropäischen NATO-Stäben und drängen auf weitere Stützpunkte und Depots auf dänischem und norwegischem Territorium. Den Zweck dieser Basen hat der Kommandeur der Planungsgruppe Ostsee und Seestreitkräfte Abschnitt Nord des NATO-Kommandos Mitteleuropa, der Naziadmiral Wagner, zur Genüge mit den Worten charakterisiert:

> „Es ist notwendig, von vornherein die Stützpunkte, die Buchten Dänemarks und auch die Buchten Norwegens zur eigenen Verfügung zu haben, sowohl als Absprungplätze für Operationen als auch als Plätze für die eigene Versorgung."

Beim Ausbau Nordeuropas zu seiner nördlichen Aufmarschbasis mißt der deutsche Militarismus der Bildung eines sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommandos besondere Bedeutung bei. Seit 1958 unternahmen die alten Hitlergenerale und -admirale wiederholt Versuche, dänische Streitkräfte unter ihre Kommandogewalt zu bekommen und damit Dänemark fest an ihre aggressive Politik zu ketten.
Aus dem gleichen Grunde reiste vor wenigen Tagen der ehemalige nationalsozialistische Schulungsoffizier und heutige Bonner Kriegsminister Strauß in das Hauptquartier des NATO-Kommandos Nord bei Oslo, um die Pläne der westdeutschen Militaristen zur Unterordnung dänischer Streitkräfte unter die Befehlsgewalt Bonner Hitlergenerale und -admirale endlich durchzusetzen.
Doch die friedliebenden Kräfte des dänischen Volkes sind wachsam. Sie verstehen, daß Dänemark von einem Staat, der das Erbe Hitlers angetreten hat, nichts Gutes zu erwarten hat. Den Plänen

einer Okkupation auf kaltem Wege setzen sie Widerstand entgegen.
Auch in Norwegen wächst die Widerstandsbewegung gegen den westdeutschen Militarismus. Davon zeugt unter anderem der Empfang, der Herrn Strauß von der norwegischen Bevölkerung bereitet wurde.
Protestdemonstrationen standen unter der Losung: Strauß ist in Norwegen unerwünscht. Belegschaften ganzer Betriebe legten die Arbeit nieder. Demonstranten hinderten Strauß an der Weiterfahrt. Geistliche sprachen sich gegen den westdeutschen Militarismus aus. Die demokratische Öffentlichkeit Norwegens erkannte Strauß als führenden Vertreter des westdeutschen Militarismus, der Nordeuropa in seine revanchistischen Pläne einbezogen hat und damit zu einer erneuten Gefahr für die Völker dieser Länder geworden ist. Angesichts dieser Lage griff das Bonner Kriegsministerium zu einer seiner gewohnten Roßtäuschermethoden. Am vergangenen Freitag verbreitete es Meldungen über einen angeblichen schweren Zwischenfall in der Ostsee. Danach sollen am 24. September 1961 Schnellboote unserer Volksmarine das westdeutsche Minensuchboot „Uranus“ bedrängt haben. Erst am 16. November aber wird der angebliche Zwischenfall bekanntgemacht. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer von Ihnen glaubt, die Bonner Kriegstreiber hätten 8 Wochen gezögert, einen solchen Fall zu melden, wenn er sich tatsächlich zugetragen hätte!
Diese Meldungen sind frei erfunden. Selbst ein in der westdeutschen Presse veröffentlichtes Foto beweist dies. Das Foto eines Schiffes der Volksmarine, das bei dem angeblichen Zwischenfall von einem Besatzungsangehörigen der „Uranus“ gemacht worden und nun — wie es heißt — „Bestandteil des Untersuchungsberichtes“ des westdeutschen Kriegsministeriums ist, trägt eine Flagge, wie sie von unseren Seestreitkräften seit dem 4. November des vergangenen Jahres nicht mehr geführt wird.
Der Sinn der erwähnten Lügenmeldungen ist klar. Bonn wollte von dem blamablen Besuch seines Kriegsministers in Norwegen ablenken.
Doch heute wächst auch in den nordischen Ländern die Erkenntnis, daß von der abenteuerlichen Politik der Bundesrepublik größte Gefahr droht. Ich appelliere daher von dieser Stelle aus an alle friedliebenden Kräfte in Nordeuropa. Ich rufe die Abgeordneten des dänischen Folketing und des norwegischen Storting. Gemeinsam mit ihnen tragen wir die Verantwortung, die uns

unsere Wähler auferlegt haben, die Verantwortung für den Frieden. Die Bevölkerung der DDR verurteilt den Bonner Revanchismus, sie will Frieden mit all ihren Nachbarn, vor allem auch mit allen Anliegerstaaten der Ostsee. Wir wollen die Ostsee zu einem Meer des Friedens machen.
Verhindern Sie, die Vertreter des dänischen und des norwegischen Volkes, mit Ihrer ganzen Autorität als Abgeordnete, daß der Wille Ihrer Völker mißachtet wird und Bonn Ihre Länder mit an den Abgrund eines Krieges zieht. Sorgen wir gemeinsam für den Schutz des Friedens unserer Völker vor dem westdeutschen Militarismus!

Brief des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Bundeskanzler der Deutschen Bundesrepublik, Dr. Konrad Adenauer, vom 30. November 1961: Verständigung beider deutscher Staaten über Minimalprogramm vorgeschlagen

Herr Bundeskanzler!
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an die Bundesregierung mit dem dringenden Vorschlag, Verhandlungen über einen Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten aufzunehmen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich davon leiten, daß die nationalen Interessen des deutschen Volkes wie die Interessen des Friedens in Europa den Abschluß des deutschen Friedensvertrages, die militärische Neutralität und friedliche Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten notwendig machen, mit dem Ziel, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten.
Da eine Verständigung der beiden deutschen Staaten über alle wichtigen Fragen gegenwärtig nicht möglich ist, schlägt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Deutschen Bundesrepublik vor, wenigstens ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zu vereinbaren.
Nach Ansicht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik könnte dieses Ziel durch eine oder mehrere Vereinbarungen über folgende Vorschläge erreicht werden:

1. Beide deutsche Staaten verpflichten sich, gegenseitig die Souveränität ihrer Hoheitsgebiete zu achten und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten zu markieren, damit nach Möglichkeit jeder Anlaß für Grenzkonflikte beseitigt wird.
2. Beide deutsche Staaten treten in Verhandlungen über ihre Stellung zum Inhalt eines deutschen Friedensvertrages ein.
3. Beide deutsche Staaten verzichten auf die atomare Ausrüstung ihrer bewaffneten Kräfte sowie auf die Produktion von Atomwaffen.
4. Beide deutsche Staaten unterstützen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO.
5. Beide deutsche Staaten bemühen sich um ihre Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es im Interesse der Bevölkerung beider deutscher Staaten für geboten, daß Verhandlungen über die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen beider deutscher Staaten aufgenommen werden. Diese Verhandlungen sollten zu Vereinbarungen zunächst über folgende Fragen führen:

Herstellung korrekter Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten über alle sachlichen Fragen;

Anerkennung der beiderseitigen Reisepässe als Voraussetzung einer vertraglichen Regelung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten;

Verzicht auf gegenseitige Diskriminierung der Vertreter beider Staaten in dritten Staaten.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält ferner den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den zuständigen Ministerien der beiden deutschen Regierungen für notwendig. Es liegt weder im Interesse der westdeutschen Wirtschaft noch ist es mit der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu vereinbaren, daß die gegenseitigen Handelsbeziehungen infolge der vom Bundeswirtschaftsministerium eingeführten Vorbehaltsklausel jederzeit in Frage gestellt werden können. Die beiderseitigen Interessen erfordern vielmehr vertragliche Abkommen auf lange Frist, die von beiden Seiten streng eingehalten werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik möchte noch einmal unterstreichen, daß sie diese Vorschläge als ein Minimum an Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, der friedlichen Koexistenz und der Entwicklung normaler Beziehungen zwi-

schen den beiden deutschen Staaten betrachtet. Sie ist jederzeit bereit, auch andere Vorschläge, die diesem Ziele dienen, zu erörtern.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat umfassende Vorschläge im Deutschen Friedensplan und für die deutsche Konföderation bereits früher unterbreitet. Ungeachtet dessen können die in diesem Brief vorgeschlagenen Vereinbarungen bis zur künftigen Wiedervereinigung der deutschen Nation in Geltung bleiben.
Der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht es vor allem um die Sicherung des Friedens für das deutsche Volk, um die Sicherung seines Lebens und seiner friedlichen Arbeit. Im Bewußtsein ihrer nationalen Verpflichtung macht sie aus diesem Grunde der Regierung der Deutschen Bundesrepublik den Vorschlag zur Verständigung über die Aufnahme von Beratungen zwischen Vertretern beider deutscher Staaten über die oben dargelegten Vorschläge.

Hochachtungsvoll
O. Grotewohl,
Vorsitzender des Ministerrates

Berlin, den 30. November 1961

ADN-Interview des 1. Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, vom 6. Dezember 1961 zum Unternehmen „Augapfel" der 7. USA-Armee

Frage: Kennen Sie, Genosse Staatssekretär, die Meldung der westdeutschen Presseagentur DPA über das Unternehmen „Augapfel" der 7. USA-Armee, und was hätten Sie dazu zu sagen?
Antwort: Das Unternehmen „Augapfel" wird seinen Veranstaltern ins Auge gehen, denn die Ultras aus dem Pentagon und der Bonner Ermekeil-Kaserne strafen damit in der augenscheinlichsten Weise alle Behauptungen Lügen, die Westmächte hätten in Berlin noch irgendwelche in Viermächte-Abkommen fixierte absolute Siegerrechte.
Frage: Wieso besteht ein Zusammenhang zwischen dem Unternehmen „Augapfel" und den angeblichen „originären Rechten" der Westmächte?
Antwort: Wenn Sie, Genosse Mannbar, die Meldung gut gelesen haben, so besagt sie, daß das Unternehmen „Augapfel" von der

„im Bundesgebiet und in Westberlin stationierten 7. USA-Armee“ durchgeführt wird. Nun ist es aber eine unbestrittene Tatsache, daß die 7. USA-Armee der Befehlsgewalt der NATO unterstellt ist. Westberlin gehört jedoch nicht zum Gebiet der NATO. Das Informations-Bulletin der USAREUR, der amerikanischen Streitkräfte in Europa, schrieb in seiner Nr. 6 des 16. Jahrgangs:

> „Die 7. Armee ist unser Beitrag zu den NATO-Streitkräften in Westeuropa, und dies ist auch der Hauptgrund für unsere Existenz.“

Im „Handbuch der NATO“ ist dazu noch zu lesen, daß SACEUR, der Oberbefehlshaber der alliierten NATO-Streitkräfte in Europa, bereits in Friedenszeiten die operative Kontrolle über alle ihm unterstellten Streitkräfte ausübt.

Das amerikanische Hauptquartier ließ am 1. Dezember melden, daß alle Dienststellen der USA-Armee in Westberlin zu einer USA-Armeebrigade zusammengefaßt und der 7. USA-Armee unterstellt wurden. Das ist ein aggressiver Akt, denn Westberlin liegt auf dem Territorium der DDR und gehört nicht zum NATO-Staat Westdeutschland. Mit solchen Übungen wie dem Unternehmen „Augapfel“ wird der Bruch des Potsdamer Abkommens und aller sonstigen Viermächte-Abkommen, der bereits mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge, der Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seiner Aufnahme in die NATO erfolgt ist, bis zur allerletzten Konsequenz getrieben. Die Ultras aus dem Pentagon lassen die letzte tarnende Hülle fallen. Mit der Unterstellung ihrer in Westberlin stationierten Truppen unter das NATO-Kommando Mitteleuropa, d. h. unter den Hitlergeneral Speidel, und der Heranziehung dieser Truppen zu NATO-Aggressionsmanövern, treten sie das Potsdamer Abkommen und alle sonstigen Viermächte-Abkommen, auf Grund deren 1945 die Teilnahme von Truppen der Westmächte an der Besatzung und Verwaltung Groß-Berlins zugelassen wurde, wiederum öffentlich in den Schmutz.

Frage: Aber Präsident Kennedy hat sich doch in dem Interview, das er dem Chefredakteur der Zeitung „Iswestija“, Genossen Adshubei, gab, ausdrücklich auf bestehende Vier-Mächte-Abkommen berufen und dabei das Potsdamer Abkommen besonders genannt. Wie verträgt sich das, Genosse Staatssekretär, mit ihrer Feststellung?

Antwort: Ich stelle nur Tatsachen fest. Präsident Kennedy muß zusehen, wie er mit dem Widerspruch zwischen den Tatsachen und seinen Worten fertig wird. Ich vermag nicht abzuschätzen,

wie weit sich in dem Widerspruch zwischen den Taten der USA-Militärs in Westdeutschland und Westberlin und den Worten Präsident Kennedys eigene Inkonsequenz ausdrückt oder die militärischen Ultras aus dem Pentagon mit ihren Manövern alle Verhandlungsmöglichkeiten durchkreuzen wollen.
Jedenfalls nehmen an dem Unternehmen „Augapfel" der im Bundesgebiet und in Westberlin stationierten 7. USA-Armee laut DPA-Meldung auch westdeutsche Offiziere teil, von denen jedermann weiß, daß sie durch die Bank Hitleroffiziere waren und ihre faschistische Vergangenheit nicht nur „nicht bewältigt" haben, sondern obendrein noch stolz auf sie sind. Zu dem Unternehmen gehört außerdem noch ein gemeinsamer „Lehrgang für Offiziere der 7. USA-Armee und der Bundeswehr".
Es ergibt sich also, daß die Teilnahme der in Westberlin stationierten USA-Truppen an NATO-Aggressionsmanövern nicht nur unter der operativen Kontrolle des Hitlergenerals Speidel, sondern obendrein noch unter der direkten Einflußnahme und Mitwirkung westdeutscher faschistischer Offiziere erfolgt. Natürlich ist das mit dem Potsdamer Abkommen, auf das Präsident Kennedy sich glaubte berufen zu können, völlig unvereinbar. Das Potsdamer Abkommen besagte vielmehr, daß es Pflicht seiner Unterzeichnermächte ist, „für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen", wozu insbesondere der Generalstab und das Offizierkorps der Armee des deutschen Imperialismus völlig und endgültig aufzulösen wären.
Es war bisher schon eine bewußte Irreführung der Weltöffentlichkeit, wenn behauptet wurde, der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates vollzogene Spaltung Deutschlands und durch die Pariser Verträge, die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Aufnahme in die NATO würden die angeblichen Rechte der Westmächte in Berlin nicht berühren. Durch die direkte Eingliederung der in Westberlin stationierten Truppen der Westmächte in die NATO-Streitkräfte, wobei Hitlergenerale und Nazioffiziere, die einen Revanchekrieg planen, auch Einfluß auf Ausbildung dieser Truppen und Ausarbeitung ihrer Operationspläne erhalten, demonstrieren das NATO-Kommando und das USA-Hauptquartier für Europa erneut vor aller Welt, daß sie auch jede Rechtsgrundlage für ihre Anwesenheit in Westberlin zerstört haben. Sie bekräftigen damit eine Tatsache, die wir seit Jahren immer wieder festgestellt haben.

Frage: Im Zusammenhang mit derartigen Manövern wird nun behauptet, daß zu den angeblichen Rechten der Westmächte in Westberlin, für die es in der Tat keine völkerrechtliche Grundlage mehr gibt, auch das Recht des freien Verkehrs der westlichen Truppen von und nach Westberlin über das Territorium der DDR gehört.

Antwort: In der Art, wie Sie, Genosse Mannbar, die Frage stellen, ist für jeden, der logisch zu denken vermag, eigentlich schon die Antwort enthalten. Man kann jedoch noch etwas mehr dazu sagen. Bekanntlich gab und gibt es überhaupt kein Abkommen, das den westlichen Militärs den freien Verkehr von und nach Westberlin über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik gewährt hätte. Durch die Eingliederung Westdeutschlands in die NATO, durch die Ersetzung des Potsdamer Abkommens durch den NATO-Vertrag mit Westdeutschland verzichteten die Westmächte selbst auf die Rechte, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergaben.

Von Beginn der Teilnahme der Westmächte an der Besetzung und Verwaltung Groß-Berlins im Jahre 1945 an unterlagen die Militärtransporte der Westmächte von und nach Westberlin der Genehmigung und Kontrolle der sowjetischen Besatzungstruppen.

Als die Sowjetunion, der allein dafür zuständige Staat der Antihitlerkoalition, im Vertrag vom 20. September 1955 der Deutschen Demokratischen Republik die volle und uneingeschränkte Souveränität bestätigte, umfaßte das souveräne Selbstbestimmungsrecht des ersten deutschen Friedensstaates natürlich auch die Hoheitsrechte über alle Verkehrswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Im Interesse einer möglichen Verständigung zwischen den Mächten der Antihitlerkoalition erklärte sich damals die Regierung der DDR bereit, die Kontrolle des Verkehrs von Truppenpersonal und Gütern der Westberliner Garnisonen der drei Westmächte von und nach Westberlin befristet – bis zu einem entsprechenden Abkommen – vom Kommando der in Übereinstimmung mit dem Warschauer Vertrag zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte ausüben zu lassen.

Dagegen haben die Regierungen der DDR und der Sowjetunion zu keiner Zeit Zusagen gemacht oder gar Verpflichtungen übernommen, den Verkehr von NATO-Truppen von und nach Westberlin über das Territorium der DDR zu gewährleisten. Das ist der völkerrechtliche Sachverhalt.

Präsident Kennedy hat in dem bereits erwähnten Interview erklärt, daß man in dem Bestreben, eine Lösung des Westberlin- und Deutschlandproblems zu finden, die Lage in Deutschland so betrachten müsse, wie sie heute ist. Dazu gehört aber gerade die Tatsache, daß durch die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seine Aufnahme in die NATO alle Vier-Mächte-Abkommen einschließlich der Nebenabkommen über Berlin gebrochen wurden sowie der völkerrechtliche Sachverhalt, daß der souveränen Deutschen Demokratischen Republik das alleinige Verfügungsrecht über ihre Verkehrswege zusteht, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft über ihr Territorium führen.
Das gehört auch zu einer realen Einschätzung der Lage, mit der man, wie der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse Walter Ulbricht, sagte, beginnen muß, wenn man ernsthaft zu Verhandlungen bereit ist. Es kann auch niemals Verhandlungsgrundlage sein, daß das derzeitige widerrechtliche Besatzungsregime in Westberlin durch das noch gefährlichere Regime eines NATO-Stützpunktes inmitten der DDR abgelöst wird. Alles, was in dieser Richtung unternommen wird, richtet sich eindeutig gegen Verhandlungen über eine solche Regelung der Westberlinfrage, die der Sicherung des Friedens in Deutschland und der Welt dienen soll.

Protestnote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Dezember 1961 an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die widerrechtlichen provokatorischen Truppenbewegungen amerikanischer NATO-Einheiten auf der Autobahn Marienborn–Westberlin

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich veranlaßt, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgendes mitzuteilen.
Seit einiger Zeit führen Streitkräfte der USA, die dem Oberbefehl der NATO unterstehen, auf der Autobahn der Deutschen Demokratischen Republik zwischen Marienborn und Westberlin provokatorische Truppenbewegungen durch. Nach einer Meldung des amerikanischen Hauptquartiers vom 1. Dezember 1961 wurden alle Dienststellen der USA-Besatzungstruppen in Westberlin der 7. USA-Armee unterstellt, die einen integrierenden Bestandteil der NATO-Streitkräfte bildet. Darüber hinaus werden die

in Westberlin stationierten USA-Einheiten in NATO-Manöver in Westdeutschland einbezogen. Vor wenigen Tagen hat das USA-Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Europa selbst bestätigt, daß es sich bei den Truppeneinheiten, die seit mehreren Wochen auf der Autobahn der Deutschen Demokratischen Republik Marienborn—Westberlin Truppenbewegungen ausführen, um NATO-Einheiten handelt.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik kann die Unterstellung der Besatzungstruppen in Westberlin unter das Kommando der NATO-Armee in Westdeutschland nicht anders als einen aggressiven Akt gegen die Deutsche Demokratische Republik werten. Westberlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und gehört in keiner Form zum NATO-Bereich.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, die Eingliederung der in Westberlin stationierten Truppen in die 7. USA-Armee, die der NATO unterstellt ist, und die Einbeziehung der Westberliner Garnison in NATO-Manöver in Westdeutschland, an denen Hitlergenerale und Nazioffiziere teilnehmen und Einfluß auf die Ausbildung dieser Truppen und die Ausarbeitung ihrer Operationspläne erhalten, sind mit dem Potsdamer Abkommen und den friedlichen Interessen des deutschen Volkes völlig unvereinbar. Sie bestätigen vielmehr, daß für die Anwesenheit von USA-Truppen in Westberlin keinerlei Rechtsgrundlage mehr besteht.
Aus der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik folgt ihre unumschränkte Hoheit über die auf ihrem Territorium liegenden Verkehrswege. Im Interesse der Erleichterung einer Verständigung der Staaten der Antihitlerkoalition über einen deutschen Friedensvertrag und die friedliche Lösung der Westberlinfrage duldet die Deutsche Demokratische Republik bisher den Nachschubverkehr für die in Westberlin stationierten Besatzungsgarnisonen der Westmächte und hat die Kontrolle dieses Nachschubverkehrs zeitweilig dem Kommando der auf Grund des Warschauer Vertrages in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Streitkräfte übertragen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik muß jedoch eindringlich darauf hinweisen, daß sie zu keinem Zeitpunkt die Zusage gegeben oder gar eine Verpflichtung übernommen hat, den Verkehr von NATO-Truppen von und nach dem nicht zur NATO gehörenden Westberlin über das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik zu gestatten.

Die Bewegungen von USA-Truppen, die der NATO unterstellt sind, außerhalb des NATO-Bereiches richten sich gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, sie widersprechen dem Geist der friedlichen Koexistenz und erschweren eine Verständigung über die friedliche Lösung internationaler Streitfragen.
Der friedensgefährdende Charakter der widerrechtlichen Transporte von USA-Truppen, die der NATO unterstellt sind, wird durch ihre gefechtsmäßige Ausrüstung zusätzlich unterstrichen.
Im übrigen macht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darauf aufmerksam, daß die Transporte der USA-Truppen auf der Autobahn der Deutschen Demokratischen Republik Marienborn—Westberlin und umgekehrt den normalen zivilen Verkehr auf dieser stark befahrenen Verkehrsader stören und akute Gefahren für Personen und Güter hervorrufen.
Außerdem werden die genannten Verkehrswege der Deutschen Demokratischen Republik durch die Truppentransporte besonderen Belastungen und Beschädigungen ausgesetzt, deren Behebung beträchtliche Aufwendungen erforderlich macht. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik behält sich das Recht vor, für derartige Folgen der widerrechtlichen Truppentransporte den gebührenden Schadenersatz zu fordern.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhebt gegen die widerrechtlichen provokatorischen Truppenbewegungen der amerikanischen NATO-Einheiten auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik entschiedenen Protest und fordert die unverzügliche Einstellung dieser aggressiven Akte.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, um die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ihrer vorzüglichen Hochachtung zu versichern.

*

Die Note wurde am 15. Dezember 1961 unter Inanspruchnahme der guten Dienste des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR dem Geschäftsträger der USA in Prag, Thomas P. Tillon, übergeben.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 15. Dezember 1961 zum Kolonialterror Portugals in Indien

In den letzten Tagen hat der Kolonialterror Portugals in Indien einen Höhepunkt erreicht. Nach Berichten ist es in Goa, Daman und Diu zu Massenverhaftungen und Folterungen von Freiheitskämpfern gekommen. Die portugiesischen Kolonialbehörden verstärken ständig ihre Truppen, bauen Befestigungsanlagen und verminen Fahrwege. In mehreren Fällen kam es zu Grenzverletzungen durch portugiesische Söldnereinheiten, deren Stärke in der letzten Zeit auf mehr als 12 000 Mann erhöht worden ist.

Diese Provokationen der portugiesischen Kolonialherren stellen eine Gefahr für den Frieden dar und verschärfen die Spannungen in der Welt. Eine solche Situation erfordert eine Stellungnahme der friedliebenden Völker.

Portugal, das seit dem 16. Jahrhundert die indischen Gebiete Goa, Daman und Diu besetzt hält, verfügt z. Z. in der Welt über den größten Kolonialbesitz. Der portugiesische Kolonialismus zeichnet sich durch brutale Unterdrückungsmethoden aus, die sich besonders in den blutigen Ausschreitungen der portugiesischen Soldateska in Angola und nun auch in Goa zeigten.

Die Aufrechterhaltung der portugiesischen Kolonialherrschaft ist in der heutigen Zeit nur im Rahmen eines Aggressionsbündnisses möglich. Die NATO- und EWG-Partner geben Portugal alle erdenkliche Hilfe. Entsprechend der Stellung Westdeutschlands innerhalb dieses Bündnisses ist der westdeutsche Imperialismus durch seine materielle und finanzielle Unterstützung eine entscheidende Stütze des portugiesischen Kolonialismus.

Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik beobachten seit langem mit Interesse die jahrelangen Bemühungen der indischen Regierung, die Frage der portugiesischen Kolonien in Indien friedlich zu lösen. Diese Bestrebungen wurden von portugiesischer Seite mit verstärktem Kolonialterror in Goa, Daman und Diu beantwortet. Es ist klar, daß jetzt viele Inder innerhalb und außerhalb von Goa auf eine Lösung drängen, die ein baldiges Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft bringt. Das ist um so verständlicher, als die Veränderung dieses unhaltbaren Zustandes eine Notwendigkeit ist.

Voller Sympathie verfolgen Bevölkerung und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Anstrengungen des in-

dischen Volkes, der portugiesischen Kolonialherrschaft in Goa, Daman und Diu ein Ende zu bereiten.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist der Meinung, daß die Sicherung des Friedens untrennbar verbunden ist mit der Beendigung des Kolonialismus überall in Afrika wie auch in Asien.

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Dezember 1961 zu den jüngsten indischen Maßnahmen zur Befreiung Goas von der portugiesischen Kolonialherrschaft*

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigt seine zum Goaproblem abgegebene Erklärung vom 15. Dezember 1961 und nimmt zur neuen Situation in Goa folgendermaßen Stellung:
Das MfAA hat die jahrelangen Bemühungen der indischen Regierung um eine friedliche Lösung der Goafrage mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und betrachtet die jüngsten Maßnahmen zur Beendigung der portugiesischen Kolonialherrschaft in Indien voll Verständnis und Sympathie.
Die konsequente Stellungnahme der indischen Regierung gegen den Kolonialismus in Asien und Afrika findet bei Regierung und Bevölkerung der DDR volle Unterstützung.
Die portugiesischen Kolonialisten stützen ihre Herrschaft auf die moralische und materielle Hilfe ihrer NATO-Partner. Die Haltung, die einzelne NATO-Staaten während der letzten Tage zum Goaproblem einnahmen, zeigt deutlich den Charakter des Nordatlantikpaktes, dem der westdeutsche Imperialismus mehr und mehr sein Gesicht gibt.
Die von der Regierung Indiens in die Wege geleiteten Aktionen waren eine Antwort auf die sich mehrenden Provokationen der portugiesischen Kolonialtruppen. Das MfAA der DDR ist überzeugt, daß die Aktionen der indischen Regierung die ersten Schritte zur Wiedervereinigung Goas, Damans und Dius mit Indien sein werden.

* Siehe auch S. 349.

Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Dezember 1961 an das Außenministerium des Königreichs Dänemark zum sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommando

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik bezeugt dem Außenministerium des Königreiches Dänemark seine Hochachtung und erachtet es im Zusammenhang mit dem Beschluß der dänischen Regierung und des Folketings über die Bildung eines sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommandos für notwendig, folgendes mitzuteilen:

Dänemark war Ziel und Opfer einer von Hitlerdeutschland ausgegangenen Aggression. Es gereicht dem dänischen Volke zum Ruhm, daß es über Jahre hinweg dem deutschen Imperialismus Widerstand leistete, der nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland wiedererstanden ist. Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist es deshalb unfaßlich, daß ausgerechnet Dänemark den westdeutschen Revanchisten und Militaristen sein Territorium freiwillig als Ausgangsbasis für neue aggressive Abenteuer im Ostseeraum zur Verfügung stellen soll.

Die Regierung der DDR hat die Regierung des Königreiches Dänemark wiederholt auf die abenteuerliche Politik des westdeutschen Militarismus und die von ihm ausgehenden Gefahren für den Frieden aller europäischen Völker aufmerksam gemacht. Die Regierung der Bundesrepublik lehnte nicht nur alle Vorschläge der Regierung der DDR zur Sicherung der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten ab, sondern sie verstärkte in der letzten Zeit ihre Anstrengungen zur Verschärfung der Lage im Ostseeraum, dem sie bei der Verwirklichung ihrer gegen die DDR und andere sozialistische Staaten gerichteten Aggressionspolitik besondere Bedeutung beimißt. Ausdruck dessen ist vor allem die Unterordnung dänischer Streitkräfte unter die Befehlsgewalt westdeutscher Offiziere. Diese Maßnahme entspricht der gleichen Zielsetzung, die der deutsche Militarismus bereits vor und während des zweiten Weltkrieges verfolgte.

Die Politik der westdeutschen Militaristen richtet sich gegen die Sicherheit der DDR und verstärkt die Gefahr, daß die nordischen Staaten in neue, von Westdeutschland ausgehende aggressive Abenteuer hineingerissen werden. Die Bildung des sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommandos bedeutet faktisch die

Unterstützung der Vorherrschaftspläne des deutschen Militarismus in Nordeuropa. Sie erleichtert den revanchelüsternen Kräften Westdeutschlands, die von ihnen angestrebte Okkupation Dänemarks auf kaltem Wege zu verwirklichen. Alles dies kann die westdeutschen Militaristen nur ermuntern, die Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne in noch schnellerem Tempo zu betreiben.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR erklärt, daß Behauptungen, die Bildung des sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommandos diene der Sicherheit des Königreiches Dänemark, jeder Grundlage entbehren. Niemand außer dem westdeutschen Militarismus und gewissen NATO-Kreisen denkt daran, Dänemark in ein militärisches Abenteuer zu verwickeln. Die Regierung der DDR schlug zum Beispiel bereits 1957 vor, zwischen den Ostseestaaten auf multilateraler oder bilateraler Grundlage Nichtangriffsverträge und andere der Normalisierung der Beziehungen im Ostseeraum dienende Abkommen abzuschließen.* Bezeichnenderweise war es die Regierung der Bundesrepublik, die sich am heftigsten gegen diesen Vorschlag wandte.

Die Entwicklung beweist, daß die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO keine „Fessel“ für die revanchelüsternen Kräfte in der Bundesrepublik darstellt. Im Gegenteil, die Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Nordatlantikpakt hat weder die Wiederaufrüstung noch die Entwicklung des Revanchismus und des faschistischen Ungeistes in diesem Teil Deutschlands verhindern können. Sie hat dem westdeutschen Militarismus sogar besonders günstige Bedingungen geschaffen. Vor allem durch die Atlantikpaktorganisation erhält Westdeutschland modernste Waffen und Stützpunkte auf fremden Territorien, darunter auch in Dänemark. Dadurch, daß in den führenden Gremien der NATO Vertreter der Bonner Wehrmacht sitzen, haben dieselben Zugang zu militärischen Geheimnissen aller NATO-Staaten. Ihren immer größer werdenden Einfluß in den Führungsgremien des Nordatlantikpaktes benutzen die westdeutschen Militaristen vor allem dazu, die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen.

Selbst das sogenannte westdeutsch-dänische Einheitskommando beweist, welche großen Möglichkeiten die Bonner Revanchisten durch ihre Mitgliedschaft in der NATO haben; wurde doch die Unterordnung dänischer Streitkräfte unter westdeutsche Be-

* Siehe Band V, S. 139 ff.

fehlsgewalt mit direkter Unterstützung der NATO-Gremien und des Oberbefehlshabers der NATO, Norstad, persönlich durchgesetzt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wiederholt Vorschläge zur Normalisierung der Lage im Ostseeraum unterbreitet. Ihre Politik ist seit langem darauf gerichtet, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen. Sie hat insbesondere die Weltöffentlichkeit immer wieder auf die Dringlichkeit des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages aufmerksam gemacht. Der Abschluß eines solchen Vertrages mit beiden deutschen Staaten wäre eine echte und zugleich die denkbar zuverlässigste Garantie für die Sicherheit und die nationale Unabhängigkeit des Königreiches Dänemark.

Die Regierung der DDR wird auch künftig alles in ihren Kräften Stehende tun, um das gemeinsame Ziel aller Ostseevölker, friedliche Koexistenz und internationale Verständigung, zu erreichen. In diesem Sinne ist sie nach wie vor bereit, mit Dänemark gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich jedoch angesichts der Bildung eines sogenannten westdeutsch-dänischen Einheitskommandos gezwungen, entsprechende Schlußfolgerungen für die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik zu ziehen. Sie wird sich deshalb an allen Maßnahmen aktiv beteiligen, die die Ostseeanliegerstaaten, gegen die die westdeutschen Aggressionspläne gerichtet sind, zur Gewährleistung ihrer Sicherheit ergreifen werden.

Es würde nicht nur im Interesse des deutschen und des dänischen Volkes, sondern aller Völker der Ostseeanliegerstaaten liegen, wenn die Regierung des Königreiches Dänemark zur Verhinderung der Verwirklichung der Aggressions- und Eroberungspläne der westdeutschen Militaristen beitragen und dem Streben nach Frieden und friedlicher Zusammenarbeit aller Ostseestaaten Rechnung tragen würde. Sie würde damit unzweifelhaft die ungeteilte Zustimmung aller Ostseevölker und nicht zuletzt des dänischen Volkes finden.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik benutzt auch diese Gelegenheit, das Außenministerium des Königreiches Dänemark seiner Hochachtung zu versichern.

*

Die Note wurde dem dänischen Außenministerium auf diplomatischem Wege übergeben.

Internationale Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Verzeichnis der Dokumente

BEZIEHUNGEN ZU DEN EINZELNEN LÄNDERN

Verzeichnis der Dokumente

Afrika

Volksrepublik Albanien

Volksrepublik Bulgarien

Republik Ghana

Republik Indien

Republik Indonesien

Republik Kongo

Koreanische Volksdemokratische Republik

Republik Kuba

Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Republik Tunesien

Ungarische Volksrepublik

Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Demokratische Republik Vietnam

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Kommuniqué über die VIII. Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft beim Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 1. bis 4. Februar 1961 in Sofia

Vom 1. bis 4. Februar 1961 fand in Sofia – Volksrepublik Bulgarien – die achte Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft beim RGW statt. An der Sitzung nahmen Delegationen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik teil. Auf der Tagung waren ferner Beobachter der Demokratischen Republik Vietnam und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zugegen. Die Kommission erörterte eine Reihe wichtiger Maßnahmen für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft der Mitgliedländer des RGW.

Es wurden Empfehlungen zu einigen Fragen der Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft angenommen und ein Plan zur Durchführung von internationalen Vergleichsprüfungen bei Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen im Jahre 1961 gebilligt. Weiter wurden Fragen der landwirtschaftlichen Saatguterzeugung behandelt. Die Kommission nahm Empfehlungen über die Organisierung der internationalen Sortenprüfung an.

Die Kommission billigte den Plan zur Durchführung der internationalen Sortenprüfung bei einer Reihe von Sorten wichtiger landwirtschaftlicher Kulturpflanzen. Sie nahm ferner auch Empfehlungen zur Steigerung der Produktion von Mais und der zweckmäßigen Nutzung des Maises in der Viehwirtschaft, für die Entwicklung der künstlichen Besamung landwirtschaftlicher Nutztiere sowie zu Problemen der Veterinärmedizin und der Forstwirtschaft an.

Die Ständige Kommission behandelte Berichte über die Erfüllung einiger Empfehlungen der Kommission zu Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft in den Mitgliedländern des RGW. Sie behandelte und bestätigte ferner ihren Arbeitsplan für 1961.

Kommuniqué über die XIV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 28. Februar bis 3. März 1961 in Berlin

In der Zeit vom 28. Februar bis 3. März 1961 fand in Berlin eine ordentliche Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt.

An der Arbeit der Tagung beteiligten sich Delegationen aller Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die Delegationen wurden geleitet von dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, K. Theodhosi, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, S. Todorow, dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, A. Apró, dem Mitglied des Staatsrates, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, B. Leuschner, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, P. Jaroszewicz, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, A. Birladeanŭ, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, W. Nowikow, dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, O. Šimůnek.

Als Beobachter nahmen an der Arbeit der Tagung die Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik teil.

Den Vorsitz der Tagung des Rates führte der Leiter der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, das Mitglied des Staatsrates, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, B. Leuschner.

Die Tagung stellte fest, daß die Arbeitsperiode der Organe des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zwischen der XIII. und XIV. Tagung des RGW gekennzeichnet ist durch das wichtigste internationale Ereignis – die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, die in Moskau im November 1960 stattfand.

Das historische Dokument der Beratung – die Erklärung – zeigt die Wege für den weiteren Zusammenschluß des sozialistischen Lagers, zeigt neue Möglichkeiten und Aufgaben des Kampfes für den Sieg der Ideen des Sozialismus und Kommunismus auf und

hat eine programmatische Bedeutung für die gesamte Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.
Die Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe behandelte den Bericht der Ständigen Kommission für Chemische Industrie über die Erfüllung der früher von den Organen des Rates angenommenen Empfehlungen über die Spezialisierung und Kooperation sowie über die Steigerung der Produktion von Plasten, synthetischem Kautschuk und chemischen Fasern für den Zeitraum bis 1965. Die Tagung stellte fest, daß entsprechend den früher angenommenen Empfehlungen des RGW die Länder eine große Arbeit zur Entwicklung der chemischen Industrie leisten. Zu diesem Zweck ist der Bau neuer Kapazitäten auf der Basis der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik vorgesehen. Für die Produktion chemischer Erzeugnisse ist eine weitere bedeutende Ausdehnung der Verwendung von Erdgas sowie von Gasen der Erdölverarbeitung vorgesehen.
Es wurde der Bericht der Kommission für Außenhandel über die Ergebnisse der zweiseitigen Verhandlungen und den Abschluß langfristiger Abkommen zwischen den Mitgliedländern des RGW über die gegenseitigen Warenlieferungen für die Jahre 1961 bis 1965 entgegengenommen.
Die Tagung stellte mit Befriedigung fest, daß die langfristigen Handelsabkommen zwischen den Mitgliedländern des RGW über gegenseitige Warenlieferungen in den Jahren 1958 bis 1960 zur schnellen Entwicklung des Warenaustausches zwischen ihnen beigetragen haben.
Im Verlauf der Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsabkommen für den Zeitraum bis 1965 ist ein umfassendes Programm der gegenseitigen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen, Lebensmitteln und Rohstoffen, Brennstoffen sowie von Massenbedarfsgütern vorgesehen, was zum weiteren ökonomischen Aufschwung der Mitgliedländer des RGW und zur Hebung des Lebensstandards der Werktätigen beitragen wird. Ausgehend von den zwischen den Mitgliedländern des RGW abgeschlossenen langfristigen Handelsabkommen, wird ihr gegenseitiger Warenaustausch im Jahre 1965 den Stand des Jahres 1958 mehr als um das 1,8fache übersteigen. Die vorgesehenen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen im gegenseitigen Handel der Mitgliedländer des RGW werden im Jahre 1965 gegenüber 1958 auf das 2,3fache anwachsen, darunter werden die Lieferungen von Ausrüstungen für komplette Betriebe der chemischen Industrie fast auf das 7fache, von Traktoren auf das

3,2fache, von metallurgischen und Walzwerksausrüstungen auf mehr als das 2,5fache, von spanabhebenden Werkzeugmaschinen auf das 2,4fache usw. anwachsen. Das zwischen den Ländern abgestimmte umfassende Programm der gegenseitigen Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen im gegenwärtigen Fünfjahreszeitraum sichert eine planmäßige Auslastung ihres Maschinenbaus, fördert seine weitere Entwicklung. Es ist eine weitere Entwicklung des Handels mit allen sozialistischen Ländern vorgesehen. Es wird der gegenseitig vorteilhafte Handel mit kapitalistischen Ländern und insbesondere mit den Ländern, die den Weg zu einer selbständigen Entwicklung beschritten haben, anwachsen. Die XIV. Ratstagung stellte fest, daß in den Mitgliedländern des Rates die Arbeit zur Aufstellung von Perspektivplänen der ökonomischen Entwicklung für den Zeitraum bis 1980 begonnen wurde und daß erste Konsultationen zwischen ihnen über die Hauptprobleme der Generalperspektive und die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen durchgeführt werden.
Die Tagung des Rates nahm den von den Ständigen Kommissionen für Transport und für Maschinenbau eingereichten Bericht über Maßnahmen der Mitgliedländer des RGW zur Erfüllung der Empfehlungen der XII. Ratstagung hinsichtlich der Sicherung des Transports von Export- und Importgütern dieser Länder auf dem Seewege im Zeitraum bis 1965 entgegen. Es wurde festgestellt, daß von den Ländern Maßnahmen zur Rationalisierung der Arbeit der Seeflotte, zur Vergrößerung ihrer Tonnage, zur Erweiterung und Mechanisierung der Hafeneinrichtungen usw. getroffen werden. Die Tagung hat dazu entsprechende Empfehlungen angenommen.
Auf der Tagung fand ein Meinungsaustausch über die Hauptprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung statt. Es wurde für zweckmäßig erachtet, daß die Mitgliedländer des Rates die Arbeit an diesen Problemen fortsetzen, wobei sie sich von den prinzipiellen Leitsätzen auf diesem Gebiet, die in der Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960) enthalten sind, leiten lassen.
Die Tagung bestätigte den Arbeitsplan des RGW für den nächsten Zeitraum und billigte die vorläufige Tagesordnung der XV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe.
Die Erörterung der Fragen auf der XIV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe verlief in einer Atmosphäre der brüderlichen Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses

und zeigte die volle Übereinstimmung der Anschauungen bei allen behandelten Fragen der Zusammenarbeit der Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Interesse eines jeden Landes und des gesamten sozialistischen Lagers.

Kommuniqué über die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vom 28. bis 29. März 1961 in Moskau

In der Zeit vom 28. bis 29. März 1961 fand in Moskau eine ordentliche Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe statt.
An der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses beteiligten sich:
Als Vertreter der Volksrepublik Albanien: der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Verteidigungsminister Beqir Balluku; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, K. Theodhosi; der Außenminister B. Shtylla;
der Volksrepublik Bulgarien: der Erste Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow; der Vorsitzende des Ministerrates, Anton Jugow; der Minister für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Iwan Michailow; der Außenminister Karlo Lukanow; der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Zeko Monow;
der Ungarischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der USAP, János Kádár; der Vorsitzende der Revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Regierung, Ferenc Münnich; der Außenminister Endre Sik; der Verteidigungsminister Lajos Czinege; der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Erwin Javor; der Amtierende Chef des Generalstabes der Ungarischen Volksarmee, Lajos Toth;
der Deutschen Demokratischen Republik: der Erste Sekretär des ZK der SED, Vorsitzender des Staatsrates, Walter Ulbricht; der Sekretär des ZK der SED Erich Honecker; der Außenminister, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Dr. Lothar Bolz; der Minister für Nationale Verteidigung, Heinz Hoffmann;

der Volksrepublik Polen: der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Władysław Gomułka; der Vorsitzende des Ministerrates, Józef Cyrankiewicz; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Stefan Jedrychowski; der Minister für Nationale Verteidigung, Marian Spychalski; der Außenminister Adam Rapacki;
der Rumänischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der RAP, Vorsitzender des Staatsrates, Gheorghe Gheorghiu-Dej; der Vorsitzende des Ministerrates, Ion Gheorghe Maurer; der Verteidigungsminister Leontin Salajan; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gheorghe Marin Gaston; der Außenminister Corneliu Manescu;
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow; der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion, R. J. Malinowski; der Erste Stellvertreter des Außenministers, W. W. Kusnezow;
der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik: der Erste Sekretär des ZK der KPČ, Präsident der ČSSR, Antonín Novotný; der Ministerpräsident Viliam Široký; der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, stellvertretender Ministerpräsident, Otakar Šimůnek; der Minister für Nationale Verteidigung Bohumir Lomsky; der Außenminister Václav David.
Als Beobachter nahmen an der Tagung teil:
von der Volksrepublik China: das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Botschafter der Volksrepublik China in der UdSSR, Liu Hsiao;
von der Koreanischen Volksdemokratischen Republik: das Mitglied des Präsidiums des ZK der Partei der Arbeit Koreas, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für Nationale Verteidigung, Kim Kwang Hyup; der stellvertretende Minister für Nationale Verteidigung, Befehlshaber der Luftstreitkräfte, Zoi Gwan; der Stellvertreter des Außenministers Li Djan Sik;
von der Mongolischen Volksrepublik: der Erste Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, Vorsitzender des Ministerrates, J. Zedenbal; der Verteidigungsminister Sh. Llagwasuren; der Außenminister P. Shagdarsuren.
An der Tagung nahm der Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion, A. A. Gretschko, teil.
Auf der Tagung führte der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Erste Sekretär des ZK der

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, den Vorsitz.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses hatten in einer Atmosphäre völligen gegenseitigen Verständnisses und der Einmütigkeit einen umfassenden Meinungsaustausch über Fragen der jüngsten Entwicklung der internationalen Ereignisse und prüften in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zur Sicherung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Der Politische Beratende Ausschuß ging dabei von den theoretischen und politischen Schlußfolgerungen der Novemberberatung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, von ihren historischen Dokumenten, in denen die brennendsten und lebenswichtigsten Fragen des Kampfes für den Frieden und die Verhinderung eines Krieges beantwortet sind.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses stellten mit Genugtuung fest, daß die Länder des sozialistischen Lagers seit der vorangegangenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (Februar 1960)* neue hervorragende Erfolge bei der Entwicklung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik, bei der Hebung des materiellen Wohlstandes ihrer Völker sowie im friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb der beiden Systeme erzielt haben. Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung hat dank der friedliebenden Außenpolitik der Länder des sozialistischen Lagers neue wichtige Siege errungen; unter den Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung der unterjochten Völker, die um ihre nationale Unabhängigkeit ringen, nimmt der Zerfall des Kolonialsystems seinen Fortgang.

Unermeßlich gewachsen sind die realen Kräfte des Sozialismus und des Friedens, die die aggressiven Pläne der Imperialisten durchkreuzen und einen dauerhaften Frieden erkämpfen können.

Die Teilnehmer der Tagung stellen zugleich fest, daß die aggressiven Kreise nach wie vor eine Gesundung der internationalen Lage behindern und den Bemühungen der friedliebenden Staaten um die Erhaltung und Festigung des Friedens entgegenwirken.

Die imperialistischen Mitgliedstaaten der NATO und der anderen aggressiven Militärgruppierungen setzen das Wettrüsten fort, dehnen die Kriegsvorbereitungen aus, bemühen sich um die An-

* Siehe Band VIII, S. 289 ff.

legung neuer militärischer Stützpunkte in Europa und anderen Teilen der Welt, speichern Atom- und Raketenwaffen und verwandeln die NATO in die vierte Atommacht.
Mit Hilfe der USA, Englands und Frankreichs wird die Aufstellung der von Hitlergeneralen befehligten aggressiven westdeutschen Armee und deren Ausrüstung mit Raketen- und Kernwaffen sowie anderen neuesten Massenvernichtungsmitteln forciert. Man stellt Westdeutschland militärische Stützpunkte in anderen Ländern zur Verfügung.
Alle diese Schritte nehmen um so gefährlicheren Charakter an, als die Regierung Westdeutschlands nicht aufhört, territoriale Forderungen an andere Staaten zu stellen und revanchistische Propaganda unter der westdeutschen Öffentlichkeit zu betreiben. Westdeutschland wird zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa.
Die aggressiven imperialistischen Kreise machen verzweifelte Anstrengungen, um die Völker nicht auf der Bahn des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts vorankommen zu lassen. Immer häufiger greifen sie offen zu Waffengewalt, um die wachsende nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterdrücken, was die blutigen Verbrechen der Kolonialherren in Kongo, Algerien, Angola und Laos sowie die unausgesetzten Provokationen gegen die Republik Kuba bestätigen.
Die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages können nicht teilnahmslos zusehen, wie die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen intensivieren. Die sozialistischen Staaten haben ihre auf die allgemeine und vollständige Abrüstung, die Einstellung des Wettrüstens und die Entspannung der internationalen Lage gerichteten Bemühungen nicht eingestellt und werden sie nicht einstellen. Jedoch angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres allseitigen Meinungsaustausches die Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren. Dabei gehen sie von der Schlußfolgerung der Novemberberatung der kommunistischen und Arbeiterparteien aus, daß das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Befreiungsbewegung, alle Länder, die sich gegen den Krieg wenden, sowie alle friedliebenden Kräfte in vereinten Bemühungen einen Weltkrieg abwenden können.

Zur Sicherung des Friedens ist die Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und im Zusammenhang damit die Entschärfung des Gefahrenherdes Westberlin durch seine Verwandlung in eine entmilitarisierte Freie Stadt dringend notwendig.
Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erklären feierlich, daß sie auch in Zukunft unbeirrbar die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen werden und jederzeit bereit sind, mit anderen Staaten vereinbarte umfassendste Maßnahmen zu treffen, um den Frieden und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten.

Kommuniqué über die Tagung der Ständigen Kommission für Außenhandel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe am 27. und 28. Juni 1961 in Moskau

In der Zeit vom 27. bis 28. Juni fand in Moskau eine Tagung der Ständigen Kommission für Außenhandel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. Unter der Leitung des Ministers für Handel der Volksrepublik Albanien, K. Ngjela, des Ministers für Außenhandel der Volksrepublik Bulgarien, G. Kumbiliew, des Ministers für Außenhandel der Ungarischen Volksrepublik, J. Incze, des Staatssekretärs für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, W. Hüttenrauch, des Ministers für Außenhandel der Volksrepublik Polen, W. Trampczynski, des Handelsministers der Rumänischen Volksrepublik, G. Radulescu, des Ministers für Außenhandel der UdSSR, N. Patolitschew, und des Ministers für Außenhandel der ČSSR, F. Krajcir, nahmen Delegationen aller Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe an der Tagung teil. Als Beobachter waren auf der Tagung Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam, der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik anwesend.
Die Kommission untersuchte die Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen zwischen den Mitgliedländern des RGW über die gegenseitigen Warenlieferungen im Jahre 1961 und stellte fest, daß im Ergebnis dieser Verhandlungen zwischen den Ländern die Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen, Rohstoffen, Brennstoffen, Getreide und Lebensmitteln sowie von industriellen Massenbedarfsgütern, die für eine erfolgreiche Entwicklung

der Volkswirtschaft erforderlich sind, vereinbart wurden. Die Protokolle sehen eine weitere Erhöhung des gegenseitigen Handels der Mitgliedländer des RGW im Vergleich zu 1960 vor, was ein Ergebnis des unentwegten Wachstums ihrer Wirtschaft und der sich ständig vertiefenden internationalen sozialistischen Arbeitsteilung ist.

Die Kommission untersuchte auch einige andere Fragen, die mit der Entwicklung des Außenhandels der Mitgliedländer des RGW im Zusammenhang stehen und nahm entsprechende Empfehlungen an.

Die Tagung der Kommission verlief in einer Atmosphäre freundschaftlicher und brüderlicher Zusammenarbeit und eines vollen gegenseitigen Verstehens der Teilnehmer.

Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten vom 12. August 1961: Vorschlag an die Deutsche Demokratische Republik, eine wirksame Kontrolle an den Westberliner Grenzen einzuführen*

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages streben bereits seit mehreren Jahren nach einer Friedensregelung mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst spruchreif ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der UdSSR mit vollem Einverständnis und voller Unterstützung aller Staaten, die der Warschauer Vertragsorganisation angehören, den Regierungen der Länder, die am Krieg gegen das hitlerfaschistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gemacht, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf dieser Grundlage die Frage Westberlin durch die Verleihung des Status einer entmilitarisierten Freien Stadt zu lösen. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen irgendwessen Interessen gerichtet und hat nur den Zweck, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die West-

* Siehe S. 151 ff.

mächte beantworten die von Friedensliebe getragenen Vorschläge der sozialistischen Länder mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfachung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Pläne einer militärischen Teilmobilmachung bekanntgegeben. In einigen NATO-Ländern wurden sogar Pläne einer militärischen Invasion des Hoheitsgebietes der DDR veröffentlicht.

Die aggressiven Kräfte machen sich das Fehlen eines Friedensvertrages zunutze, um die Militarisierung Westdeutschlands zu forcieren und in beschleunigtem Tempo die Bundeswehr zu verstärken, wobei sie diese mit den modernsten Waffen ausrüsten. Die westdeutschen Revanchisten fordern offen, daß ihnen Kern- und Raketenwaffen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierungen der Westmächte, die die Aufrüstung Westdeutschlands auf jede Weise begünstigen, verstoßen damit gröblichst gegen die wichtigsten internationalen Abkommen, die die Ausrottung des deutschen Militarismus und die Verhütung seines Wiedererstehens in irgendeiner Form vorsehen.

Die Westmächte haben sich nicht nur nicht um die Normalisierung der Lage in Westberlin bemüht, sondern fahren fort, es verstärkt als Zentrum der Wühlarbeit gegen die DDR und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu mißbrauchen. Es gibt auf der Erde keinen Ort, wo so viele Spionage- und Wühlzentralen fremder Staaten konzentriert wären und wo sie sich so ungestraft betätigen können wie in Westberlin. Diese zahlreichen Wühlzentralen schleusen in die DDR Agenten ein, damit sie verschiedene Diversionen unternehmen, sie werben Spione an und putschen feindliche Elemente zur Organisation von Sabotageakten und Unruhen in der DDR auf.

Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und die Spionageorgane der NATO-Länder benutzen die gegenwärtige Verkehrslage an der Westberliner Grenze, um die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu unterhöhlen. Durch Betrug, Korruption und Erpressung veranlassen Regierungsorgane und Rüstungskonzerne der Bundesrepublik einen gewissen labilen Teil von Einwohnern der DDR, nach Westdeutschland zu gehen. Diese Betrogenen werden in die Bundeswehr gepreßt, sie werden in großem Umfang für Spionageorgane verschiedener Länder angeworben, worauf sie als Spione und Sabotageagenten wieder in die DDR geschickt werden. Für derartige Diversionstätigkeit

gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kanzler Adenauer hat unlängst die NATO-Regierungen aufgefordert, diesen Fonds zu vergrößern.
Es ist charakteristisch, daß sich die von Westberlin ausgehende Wühltätigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine unverzügliche Friedensregelung mit Deutschland gemacht haben. Diese Wühltätigkeit schädigt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der reaktionären Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht umhin, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.
Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem Demokratischen Berlin, eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren.
Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten verstehen natürlich, daß die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze Westberlins für die Bevölkerung gewisse Unbequemlichkeiten schafft, aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die Regierung der Bundesrepublik. Wenn die Westberliner Grenze bisher offengehalten wurde, so geschah dies in der Hoffnung, daß die Westmächte den guten Willen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mißbrauchen würden. Sie haben jedoch unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes und der Berliner Bevölkerung die jetzige Ordnung an der Westberliner Grenze zu ihren heimtückischen Wühlzwecken ausgenutzt. Der jetzigen anomalen Lage muß durch eine verstärkte

Bewachung und Kontrolle an der Westberliner Grenze ein Ende gesetzt werden.
Zugleich halten es die Regierungen der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages für notwendig, zu betonen, daß die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Fragen gelöst sind.

Kommuniqué über die Tagung der Verteidigungsminister der Staaten des Warschauer Vertrages vom 8. bis 9. September 1961 in Warschau

Vom 8. bis 9. September 1961 fand in Warschau eine Tagung der Minister für Verteidigung der Staaten des Warschauer Vertrages statt, an der ebenfalls die Chefs der Generalstäbe der Streitkräfte dieser Staaten teilnahmen. Die Tagung wurde unter dem Vorsitz des Oberkommandierenden der vereinten Streitkräfte der Länder des Warschauer Vertrages, Marschall der Sowjetunion A. A. Gretschko, durchgeführt.
Die Tagung stellte fest, daß die Länder des aggressiven Nordatlantikkriegsblocks (NATO) in letzter Zeit ihre Kriegsvorbereitungen erheblich verstärkten, das Wettrüsten forcieren und die zahlenmäßige Stärke der Armeen erhöhen. Als Antwort auf die Vorschläge der sozialistischen Länder über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland drohen sie sogar mit der Entfesselung eines neuen Krieges.
Ausgehend von der entstandenen Lage und gestützt auf die Direktiven ihrer Regierungen, haben die Minister für Verteidigung und die Chefs der Generalstäbe konkrete Fragen zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Truppen, die zu den vereinten Streitkräften der Länder des Warschauer Vertrages gehören, erörtert.
Die Tagung hat die Chefs der Generalstäbe beauftragt, praktische Maßnahmen zur weiteren Festigung der Verteidigungsbereitschaft der Länder des Warschauer Vertrages auszuarbeiten, die sich aus der auf der Tagung erzielten Übereinkunft ergeben.

Kommuniqué über die IX. Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 12. bis 15. September 1961 in Sofia

Vom 12. bis 15. September 1961 fand in Sofia die neunte ordentliche Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft des RGW statt.

An der Tagung nahmen Delegationen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der ČSSR teil.

Als Beobachter beteiligten sich Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam.

Die Kommission beriet eine Anzahl aktueller Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft, die von Spezialistengruppen der Mitgliedstaaten des RGW vorbereitet worden waren. Es wurden Empfehlungen über einige Fragen der Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft angenommen sowie ein Plan für die Durchführung internationaler Vergleichsprüfungen von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen im Jahre 1962 gebilligt.

Die Kommission behandelte die praktische Anwendung fortschrittlicher Typenprojekte für Tierfarmen im landwirtschaftlichen Bauwesen der Mitgliedstaaten des RGW, die auf der Grundlage der fortgeschrittenen Technologie in der Rinder- und Geflügelzucht ausgearbeitet wurden. Die Kommission bereitete eine Anzahl Vorschläge für die XV. Tagung des RGW sowie für die Beratung der Ländervertreter im Rat vor.

Die Kommission, die den Fortgang der Erfüllung der Empfehlungen der XII. Tagung des RGW in bezug auf die Erhöhung der Produktion von Wolle, Rohfetten und Obst in den Mitgliedstaaten des RGW behandelte, stellte die große Arbeit fest, die in den Ländern zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volkswirtschaft an diesen landwirtschaftlichen Produkten geleistet wird.

Die Kommission behandelte Fragen des Schutzes landwirtschaftlicher Pflanzen vor Schädlingen und Krankheiten und beschloß, 1962 internationale Prüfungen von chemischen Pflanzenschutzmitteln durchzuführen (gebilligt wurden der Plan und die Termine für die Durchführung dieser internationalen Prüfungen).

Die Kommission behandelte und billigte Empfehlungen über die Entwicklung der Viehzucht, über den Kampf gegen die Wasser- und Winderosion sowie über andere Fragen.

Die Ständige Kommission beschäftigte sich mit der „Internationalen Landwirtschaftlichen Zeitschrift“ und nahm Empfehlungen für ihre Verbesserung an.
Auf der Tagung der Kommission wurde ferner der Bericht über die Erfüllung der Empfehlungen der Kommission zur Mechanisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft durch die Mitgliedstaaten des RGW behandelt.
Beraten und gebilligt wurde ferner der Arbeitsplan der Kommission für 1962.
Die neunte Tagung der Ständigen Kommission für Landwirtschaft verlief im Geiste der brüderlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe.

Kommuniqué über die XI. Tagung der Ständigen Kommission für Chemische Industrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 31. Oktober bis 5. November 1961 in Berlin

Vom 31. Oktober bis 5. November 1961 fand in Berlin die XI. Tagung der Ständigen Kommission für Chemische Industrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt.
An der Tagung der Kommission nahmen die Vertreter der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sowie als Beobachter die Vertreter der Volksrepublik China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik teil.
Die Tagung billigte den Bericht über die Erfüllung der Empfehlungen der Ratsorgane zur Entwicklung, Spezialisierung und Kooperation der Produktion der Mineraldünger sowie über die weitere Entwicklung und Spezialisierung der Produktion von Harnstoff, Volldünger, konzentrierten und gemischten Mineraldüngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln für die Bedürfnisse der Landwirtschaft für die Periode bis 1965.
Die Kommission behandelte die wichtigsten Entwicklungsprobleme der Technik, Prinzipien und Richtungen der Spezialisierung und Kooperation im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Perspektivplänen der chemischen Industrie der Mitgliedländer des RGW bis 1980.

Außerdem wurden Vorschläge über die weitere Spezialisierung und Kooperation der Produktion von Farbstoffzwischenprodukten behandelt.
Die Kommission billigte die Ergebnisse, die bei der Erfüllung des gemeinsamen Planes der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten erzielt wurden und bestätigte Vorschläge über die weitere Koordinierung der gemeinsam durchzuführenden wissenschaftlichen Forschungsarbeiten.
Alle Beschlüsse und Empfehlungen, die einmütig gefaßt wurden, sind auf die weitere Vertiefung der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedländer des RGW auf dem Gebiet der chemischen Industrie gerichtet.
Die Kommissionstagung verlief in einer freundschaftlichen und sachlichen Atmosphäre.

Kommuniqué über die VII. Tagung der Ständigen Kommission für Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 14. bis 18. November 1961 in Berlin

Die VII. Tagung der Ständigen Kommission für Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe fand vom 14. bis 18. November 1961 in Berlin statt.
Die Kommission schätzte ihre bisherige Tätigkeit und die Verwirklichung ihrer Empfehlungen und Beschlüsse ein. Sie bestätigte das auf der Grundlage der vorliegenden Erfahrungen ausgearbeitete Statut und die Verfahrensordnung der Kommission.
Der von den Kommissionen Bauwesen und Landwirtschaft des RGW gemeinsam ausgearbeitete Bericht über die Einführung fortschrittlicher Typenprojekte für Viehzuchtanlagen in die Praxis des ländlichen Bauens und der Bericht der Kommission Bauwesen über die Zusammenarbeit der Mitgliedländer des RGW auf dem Gebiet der Typenprojektierung wurden bestätigt.
Die Kommission beriet eine Analyse des Standes des Bauwesens in den Mitgliedländern des RGW und faßte Beschlüsse zu einer Reihe von wichtigen Fragen: Versorgung des Bauwesens mit vereinheitlichten Typen und Profilen von Spezialstählen; Auswahl der fortschrittlichsten Transportmittel und Ausrüstungen für Be- und Entladearbeiten; einheitliche Baumaschinenkarteiblätter; beschleunigte Entwicklung der Produktion leichter Zuschlagstoffe für Betone sowie der zur Herstellung von Gasbeton not-

wendigen Materialien und Einrichtung von Stützpunkten für den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Produktion von Baustoffen und Bauelementen.
Eine große Errungenschaft der brüderlichen Zusammenarbeit der Mitgliedländer des RGW auf dem Gebiet des Bauwesens ist die Schaffung von einheitlichen Berechnungsgrundlagen für Baukonstruktionen und Gründungen auf der Basis der neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung.
Für die Gebietsplanung und den Städtebau wurden Empfehlungen zur Methodik der Bestimmung von optimalen Stadtgrößen sowie zur Begrenzung des Wachstums von Städten entsprechend den Bedingungen der einzelnen Länder angenommen.
Die Kommission bestätigte den Plan zur Koordinierung der wichtigsten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Bauwesens für die Periode bis 1965 sowie die Formen und Methoden zu ihrer Verwirklichung auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit der entsprechenden Forschungsinstitute der Mitgliedländer des RGW.
Die von der Kommission angenommene einheitliche Klassifikation für Bauwesen und Architektur wird den weiteren Austausch von technischen Dokumentationen und Erfahrungen fördern.
Der Arbeitsplan für das Jahr 1962 sowie die Information über die Bearbeitung von Problemen der Generalperspektive auf dem Gebiet des Bauwesens bis 1980 wurden von der Kommission bestätigt.
Die Tagung der Ständigen Kommission für Bauwesen verlief im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Einvernehmens. Die Ergebnisse ihrer Arbeit bieten die Garantie für eine fruchtbringendere Zusammenarbeit der Länder des sozialistischen Lagers und dienen der Erreichung der vom XXII. Parteitag der KPdSU klar abgesteckten gemeinsamen Ziele.

Kommuniqué über die XV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 12. bis 15. Dezember 1961 in Warschau

In der Zeit vom 12. bis 15. Dezember 1961 fand in Warschau die Ordentliche XV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt.
An der Tagung nahmen die Delegationen der Mitgliedländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik

Bulgarien, S. Todorow; des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, A. Apró; des Mitglieds des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Minister K. Mewis; des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, P. Jaroszewicz; des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, A. Birladeanŭ; des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, W. Nowikow; des Stellvertreters des Vorsitzenden der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, O. Šimůnek, teil.
Als Beobachter nahmen an der Tagung der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Demokratischen Republik Vietnam in der Volksrepublik Polen, Ngo Dyk De, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Volksrepublik Polen, Kim Hak In, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Mongolischen Volksrepublik in der Volksrepublik Polen, Oidowyn Bat-Otschir, teil. Den Vorsitz auf der Tagung des Rates führte der Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, P. Jaroszewicz.
Die Tagung erörterte den Bericht des RGW-Sekretariats über die Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in dem Zeitraum zwischen der XIV. und XV. Tagung. Bei der Behandlung des Berichts wurde festgestellt, daß sich im Laufe des genannten Zeitraumes die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedländer des RGW erfolgreich weiterentwickelt hat und daß sich ihre Formen und Methoden vervollkommnet haben. Es wurden Maßnahmen zur gemeinsamen Entwicklung der Rohstoff-, Brennstoff- und Energiebasis, zum Bau der Erdölfernleitung „Freundschaft“, zum Bau von Übertragungsleitungen zwecks Vereinigung der Energiesysteme und zur Schaffung eines besonderen Organs – der zentralen Dispatcher-Verwaltung des vereinigten Energiesystems der Mitgliedländer des Rates – sowie zum Bau einer Reihe wichtiger Industrieprojekte u. a. durchgeführt.
Im laufenden Jahr ist der Umfang des Außenhandels der Mitgliedländer des Rates bedeutend gestiegen. Es wurden Maßnahmen zur Spezialisierung der Produktion in einer Reihe wichtiger Volkswirtschaftszweige, zur Erhöhung der Qualitätskennziffern der Produktion und zur Entwicklung der technisch-wissenschaft-

lichen Zusammenarbeit durchgeführt. Die vorbereitenden Arbeiten, die mit der Koordinierung der Pläne für die Entwicklung der Volkswirtschaft der Mitgliedländer des RGW im Zeitraum bis 1980 zusammenhängen, wurden fortgesetzt.
Die Tagung billigte den von der Kommission für ökonomische Fragen vorbereiteten Entwurf der Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.
Im Entwurf wird darauf hingewiesen, daß die Bildung des sozialistischen Weltsystems günstige Möglichkeiten schuf, um eine allseitige internationale sozialistische Arbeitsteilung zu organisieren, die es erlaubt, im schnellen Tempo den Nutzen der gesellschaftlichen Arbeit im Interesse der Entwicklung der Wirtschaft eines jeden sozialistischen Landes und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu steigern. Das wird durch die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, durch die Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation der Produktion und durch den rationellen Einsatz der Ressourcen aller Mitgliedländer des Rates gewährleistet. Der von der Tagung gebilligte Entwurf der Prinzipien sieht die zweckmäßigste Richtung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung in den wichtigsten Industriezweigen und in der Landwirtschaft vor. Die weitere Vervollkommnung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung erleichtert die Lösung der historischen Aufgabe, die materiell-technische Basis des Sozialismus und Kommunismus zu schaffen und den Sieg im friedlichen ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus zu sichern.
Die Tagung behandelte den von den Ständigen Kommissionen für Chemische Industrie und für Landwirtschaft des Rates vorbereiteten Bericht über die Durchführung der Empfehlungen der Ratsorgane zur Entwicklung, Spezialisierung und Kooperation der Produktion von Mineraldüngemitteln sowie anderen chemischen Mitteln für den Bedarf der Landwirtschaft im Zeitraum bis 1965. Sie stellte fest, daß in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder Europas zum Erfahrungsaustausch über die Entwicklung der Landwirtschaft (Februar 1960) und mit den Empfehlungen der XIII. Ratstagung in den Mitgliedländern des RGW eine große Arbeit zur Erhöhung der Produktion chemischer Mittel für den Bedarf der Landwirtschaft geleistet wird. Die Mitgliedländer des RGW haben vorgesehen, die Mineraldüngemittel-Produktion im Jahre 1965 gegenüber dem Jahre 1958 wesentlich zu erhöhen. Den Ländern

wurde empfohlen, auch fernerhin Möglichkeiten zur weiteren Erhöhung der Produktion von Mineraldüngemitteln und Pflanzenschutzmitteln für den Bedarf der Landwirtschaft ausfindig zu machen.
Die Tagung behandelte auch die von den Ständigen Kommissionen für Bauwesen und für Landwirtschaft vorbereitete Frage der Einführung neuzeitlicher Typenprojekte von Viehställen in die Praxis des landwirtschaftlichen Bauwesens. Die Tagung empfahl den Mitgliedländern des RGW, die von den genannten Kommissionen vorbereiteten Vorschläge zur Einführung einer forschrittlichen Technologie der Vieh- und Geflügelhaltung, zur Typenprojektierung von Viehställen, zur Organisation der Produktion von Baumaterialien für das landwirtschaftliche Bauwesen sowie zur Organisation der Produktion von Maschinen und Ausrüstungen für die Vollmechanisierung der Produktionsprozesse in den Viehwirtschaftsfarmen auszunutzen.
Auf der Tagung wurden die von der Ständigen Kommission für Transport gemeinsam mit der Ständigen Kommission für Maschinenbau vorbereiteten Vorschläge über die Typisierung der Schiffe behandelt, die zur Ergänzung der Seeflotte der Mitgliedländer des RGW vorgesehen ist. Die von der Tagung angenommenen Empfehlungen über die Typisierung der Seeflotte werden es gestatten, die Zahl der produzierten Schiffstypen wesentlich zu verringern, ihre Seriengröße zu erhöhen und auf dieser Grundlage ein höheres technisches Produktionsniveau bei wesentlicher Verringerung des Arbeits- und Materialaufwands zu sichern. Die Vorschläge der Ständigen Kommission für Transport über Maßnahmen zur Entwicklung der Binnenschiffahrt und des Kraftverkehrs für die Beförderung von Gütern zwischen den Mitgliedländern des Rates wurden auch gebilligt.
Die Tagung bestätigte den Arbeitsplan des Rates für 1962. Die Delegationen der Länder stellten auf der Tagung fest, daß die Verwirklichung des neuen Programms der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des vom XXII. Parteitag der KPdSU bestätigten und von den auf dem Parteitag anwesenden Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien einmütig unterstützten Programms des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR, zur Weiterentwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, zur allseitigeren Koordinierung der wirtschaftlichen Perspektivpläne, zur Festigung der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie zur Erweiterung des Warenaustausches zwischen den sozialistischen Ländern und da-

mit zur Stärkung der Macht des gesamten sozialistischen Weltsystems beitragen wird.

Die Tagung verlief im Zeichen der weiteren Ausdehnung und Festigung der Zusammenarbeit der Mitgliedländer des Rates und in einer Atmosphäre der Freundschaft und Übereinstimmung der Anschauungen bei allen Fragen.

BEZIEHUNGEN ZU DEN EINZELNEN LÄNDERN

AFRIKA

Telegramm des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an die Konferenz afrikanischer Staaten in Casablanca (4. bis 7. Januar 1961)

Staatsrat und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen Ihre Konferenz als Beitrag zur Liquidierung des imperialistischen Kolonialsystems in Afrika und zur Stärkung und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der afrikanischen Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik erklärt sich mit den berechtigten Forderungen der Völker Afrikas nach sofortiger Auflösung der ausländischen militärischen Stützpunkte in Afrika, der unverzüglichen Einstellung der französischen Atombombenversuche in der Sahara, die mit Hilfe der westdeutschen Regierung durchgeführt werden, sowie der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Afrika solidarisch. Die Deutsche Demokratische Republik verurteilt auf das entschiedenste den neuerlich am 27. Dezember 1960 erfolgten Atombombenversuch Frankreichs.

Die Deutsche Demokratische Republik fordert die sofortige Beendigung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Kongo, die Wiederaufnahme der Tätigkeit des vom kongolesischen Volk rechtmäßig gewählten Parlaments und der Regierung unter Ministerpräsident Patrice Lumumba. Sie fordert ebenfalls, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht für das heroisch um seine Unabhängigkeit kämpfende algerische Volk verwirklicht wird. Diese Forderungen entsprechen den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.

Staatsrat und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen die Konferenz der afrikanischen Staaten mit großer Aufmerksamkeit und wünschen ihr die besten Erfolge zum Wohle der afrikanischen Völker.

Grußtelegramm des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an die III. Allafrikanische Völkerkonferenz in Kairo (25. bis 30. März 1961)

Verehrte Freunde!
Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen des Staatsrates und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die herzlichsten Grüße zur Eröffnung der III. Allafrikanischen Völkerkonferenz zu übermitteln.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die den Imperialismus auf ihrem Territorium für immer beseitigt hat, steht fest an der Seite der Völker Afrikas, die im Kampf gegen den Imperialismus das koloniale Joch abschütteln und um ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit ringen.

Entsprechend den Beschlüssen der Volkskammer verurteilt die Deutsche Demokratische Republik auf das schärfste die imperialistische Aggression gegen das kongolesische Volk. Sie unterstützt solidarisch den Freiheitskampf des kongolesischen Volkes, dessen endgültiger Sieg auch durch die jüngsten Versuche, die Republik Kongo zu spalten und vom Imperialismus abhängige Separatstaaten zu schaffen, nicht aufgehalten werden kann.

Die Deutsche Demokratische Republik bekundet ihre heiße Sympathie dem um seine Freiheit ringenden algerischen Volk und unterstützt seine gerechte Forderung auf sofortige Beseitigung der Kolonialherrschaft. Sie verurteilt die Politik der Rassendiskriminierung, die allen fundamentalen Grundsätzen der Menschlichkeit widerspricht und den Widerstand aller demokratischen Kräfte in der ganzen Welt herausfordert.

Der Staatsrat und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik fühlen sich eng verbunden mit dem Streben der Völker und Staaten Afrikas zur Sicherung des Weltfriedens und begrüßen besonders ihre Forderungen auf Aufhebung aller ausländischen Militärstützpunkte und Einstellung aller Atomwaffenversuche in Afrika.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt die sich ständig allseitig entwickelnden Beziehungen der DDR mit den unabhängigen Staaten Afrikas. Sie ist bestrebt, diese Beziehungen zu vertiefen und mit den afrikanischen Staaten noch enger beim Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zusammenzuarbeiten.

Die Deutsche Demokratische Republik tritt entschieden allen neokolonialistischen Bestrebungen entgegen, die darauf abzielen,

den afrikanischen Völkern die erkämpfte Freiheit und nationale Unabhängigkeit wieder zu entreißen. Besondere Aufmerksamkeit erfordern dabei die Bestrebungen der NATO-Staaten, Afrika in den kalten Krieg einzubeziehen und mit antikommunistischen Losungen zu spalten.
Dabei distanzieren wir uns mit Nachdruck von der Politik der Länder der EWG, die koloniale Ausbeutung und Herrschaft der Monopole mit neuen Mitteln und Methoden aufrechtzuerhalten und auszubauen sowie die Wirtschaft der unabhängigen Staaten ihren Profitinteressen unterzuordnen.
Der Staatsrat und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik versichern Sie, die Repräsentanten der Völker Afrikas, ihrer vollen Solidarität und Unterstützung in Ihrem edlen Kampf um Unabhängigkeit und Einheit und wünschen Ihrer Konferenz die besten Ergebnisse.

*

Diese Grußbotschaft wurde in Kairo von der Beobachterdelegation der DDR, die unter Leitung des Vizepräsidenten des Nationalrates, Horst Brasch, stand, dem Vorsitzenden des Vorbereitenden Komitees der III. Allafrikanischen Völkerkonferenz, Fuad Galal, überreicht und am Eröffnungstage der Konferenz verlesen.

VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Kommuniqué vom 11. Januar 1961 über die Verhandlungen und den Abschluß mehrerer Handelsabkommen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien

Am 11. Januar wurden in Berlin die Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien über die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen abgeschlossen. Im Ergebnis wurden das Jahresprotokoll für 1961, ein langfristiges Handelsabkommen für die Jahre 1961 bis 1965 sowie ein langfristiges Kreditabkommen für die Jahre 1963 bis 1965 unterzeichnet.

Die Verhandlungen verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre und waren getragen von dem Gedanken der gegenseitigen Hilfe bei der Entwicklung beider Volkswirtschaften beim Aufbau des Sozialismus.

Das langfristige Handelsabkommen für die Jahre 1961 bis 1965 sieht bis zum Jahre 1965 eine Steigerung der Warenbewegung um 55 Prozent im Vergleich zur Warenbewegung 1960 vor. Im Jahre 1961 wird die Warenbewegung gegenüber dem Jahre 1960 um 12 Prozent ansteigen.

Der DDR-Export konzentriert sich besonders auf Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Chemie, Feinmechanik/Optik, des Bergbaus sowie auf Konsumgüter.

Im Rahmen des Kreditabkommens wird die DDR an die Volksrepublik Albanien zur Unterstützung ihres dritten Fünfjahrplanes komplette Anlagen und Einzelausrüstungen liefern.

Die DDR erhält von der Volksrepublik Albanien vor allem Erdöl, Chromerz, Kupfer u. a. Bergbauerzeugnisse sowie landwirtschaftliche Produkte wie Tabak, Obst und Frühgemüse.

Für die Deutsche Demokratische Republik wurden die Abkommen durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, für die Volksrepublik Albanien durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Abdyl Kellezi unterzeichnet.

Bei der Unterzeichnung waren von deutscher Seite ferner der 1. Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Staatssekretär Willy Hüttenrauch, der Stellver-

treter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Johannes König und weitere Mitarbeiter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel und der Staatlichen Plankommission zugegen. Von albanischer Seite waren der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Volksrepublik Albanien in der DDR, Gaqo Paze, sowie die Mitglieder der albanischen Regierungsdelegation anwesend.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Albanien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitswesens vom 13. Januar 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Albanien sind,
von dem Wunsche getragen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auch auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes zu erweitern und zu vertiefen,
übereingekommen,
folgendes Abkommen abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Willi Jahnke,
Staatssekretär im Ministerium für Gesundheitswesen;

die Regierung der Volksrepublik Albanien
Herrn Gaqo Paze,
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner pflegen die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes. Sie tauschen ihre Erfahrungen über die Durchführung des Gesundheitsschutzes und über die medizinisch-wissenschaftliche Tätigkeit gegenseitig aus.

Artikel 2

Die Abkommenspartner fördern den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiete der Organisation des Gesundheitsschutzes und führen folgende Maßnahmen durch:

1. Information über grundsätzliche Regelungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und über organisatorische Maßnahmen;
2. Austausch der Erfahrungen über therapeutische und prophylaktische Formen und Methoden im Gesundheitsschutz;
3. Austausch der Erfahrungen auf dem Gebiet der Hygiene und über Schutzmaßnahmen gegen übertragbare Krankheiten;
4. Informationen über die Formen und Methoden der gesundheitlichen Aufklärung und Austausch von Anschauungsmaterial und Publikationen, die der Aufklärung dienen;
5. Gewährung notwendiger klinischer Spezialbehandlungen zur Heilung von Patienten, wenn die Behandlung in ihrem eigenen Lande nicht möglich ist;
6. Delegierung von Ärzten und anderen Fachexperten zum Studium bestimmter Fragen und Methoden des Gesundheitsschutzes oder zur Spezialisierung in bestimmten Fachrichtungen.

Artikel 3

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeit, der Ausbildung und Qualifikation durch folgende Maßnahmen:

1. Information über die Methoden der Ausbildung, der Spezialisierung und der Fortbildung;
2. Übermittlung von Programmen über medizinisch-wissenschaftliche Tagungen und gegenseitige Verständigung hinsichtlich der Teilnahme an solchen Tagungen;
3. Austausch von Fachzeitschriften;
4. Delegierung von Ärzten und anderen Fachexperten zur Durchführung eines wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches im Rahmen dieses Abkommens.

Artikel 4

(1) Mit der Durchführung dieses Abkommens werden das Ministerium für Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Gesundheitswesen der Volksrepublik Albanien beauftragt, die einen jährlichen Arbeitsplan über die jeweils zur Durchführung dieses Abkom-

mens zweckmäßigen Maßnahmen festlegen und die Durchführung des Arbeitsplanes kontrollieren.

(2) Die Beratungen zur Aufstellung der Arbeitspläne finden einmal im Jahr auf der Konferenz der Minister für Gesundheitswesen der sozialistischen Länder statt. Falls die Beratungen auf dieser Konferenz nicht durchgeführt werden, finden diese im Lande eines Abkommenspartners nach vorheriger Vereinbarung über Ort und Zeit zwischen den Ministerien für Gesundheitswesen statt.

(3) Für die Vorbereitung und Leitung der jährlichen Beratung ist jeweils das Ministerium für Gesundheitswesen des Gastlandes verantwortlich.

Artikel 5

Für die Durchführung dieses Abkommens gelten folgende finanzielle Gesichtspunkte:

1. Die Übermittlung von Informationen und Dokumentationsmaterialien erfolgt kostenlos.
2. Die mit der Entsendung von Ärzten oder anderen Fachexperten zum Studium bestimmter Fragen und Methoden des Gesundheitsschutzes verbundenen Kosten trägt grundsätzlich das entsendende Land, wenn nicht auf Grund besonderer Vereinbarungen der beiden Ministerien für Gesundheitswesen eine andere Regelung getroffen wird. Das Gastland trägt die Kosten der fachlichen und kulturellen Betreuung. Erfolgt eine Entsendung zugunsten des aufnehmenden Abkommenspartners auf dessen ausdrückliches Ersuchen, trägt die daraus entstehenden Kosten nach vorheriger besonderer Vereinbarung zwischen den Ministerien für Gesundheitswesen das Gastland.
3. Die mit der Entsendung von Ärzten oder anderen Fachexperten zur Spezialisierung in bestimmten Fachrichtungen verbundenen Kosten werden entsprechend der Dauer, der Art und den Bedingungen der Tätigkeit jeweils zwischen den Ministerien für Gesundheitswesen vereinbart.
4. Bei Entsendung von Wissenschaftlern zur Durchführung des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches erfolgt eine besondere Vereinbarung über die gegenseitige Übernahme der Aufenthaltskosten durch die Ministerien für Gesundheitswesen.
5. Die aus der Entsendung von Patienten zur klinischen Spezialbehandlung im anderen Lande entstehenden Kosten trägt das Land, das die Patienten entsendet.

6. Bei offiziellen Einladungen von Fachleuten zu Kongressen und Arbeitstagungen richtet sich die Kostentragung nach den im Gastland bestehenden Regelungen für die Durchführung von Kongressen und Arbeitstagungen mit Beteiligung ausländischer Gäste.
7. Das für die Vorbereitung und Leitung einer Beratung gemäß Artikel 4 verantwortliche Ministerium für Gesundheitswesen trägt für die vom anderen Ministerium für Gesundheitswesen zur Teilnahme an der Beratung entsandten Personen die Kosten des Aufenthaltes einschließlich eines angemessenen Taschengeldes, ausgenommen die Kosten der Hin- und Rückreise.
8. Die sich aus dem Abkommen ergebenden gegenseitigen Zahlungen werden im Rahmen der jeweils gültigen Regierungsvereinbarungen über den Zahlungsverkehr durchgeführt.

Artikel 6

(1) Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner. Es tritt mit dem Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn keiner der beiden Vertragspartner das Abkommen mindestens sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer kündigt.

(3) Änderungen oder Zusätze zu dem vorliegenden Abkommen bedürfen der Schriftform und des Einverständnisses der beiden Abkommenspartner.

Dieses Abkommen wurde in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in albanischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte im gleichen Maße gültig sind.

Zu Urkund dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Berlin, den 13. Januar 1961

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Jahnke

Für die Regierung der Volksrepublik Albanien
(gez.) Paze

* Das Abkommen trat am 29. April 1961 in Kraft.

Mitteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Dezember 1961 über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien

Am 18. Dezember 1961 empfing der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Johannes König den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Albanien in der Deutschen Demokratischen Republik, Gaqo Paze, und gab ihm im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Erklärung ab, in der folgendes mitgeteilt wird:
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat beschlossen, den Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Albanien, Frau Änne Kundermann, abzuberufen und das diplomatische Personal der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik einzuschränken.
Gleichzeitig fordert die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Regierung der Volksrepublik Albanien auf, ihren Botschafter in der Deutschen Demokratischen Republik abzuberufen und das diplomatische Personal der Botschaft einzuschränken.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht sich zu diesem Schritt veranlaßt,
da die albanische Regierung durch ihre einschränkenden, gegen die Arbeit der Botschaft der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten Maßnahmen eine normale diplomatische Tätigkeit der Botschaft unmöglich macht,
da sie die von ihr selbst mit gefaßten und unterschriebenen Beschlüsse der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in gröbster Weise verletzt
sowie gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten eine Verleumdungs- und Hetzkampagne durchführt.
Mit der Leitung der Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Albanien wird ein Geschäftsträger beauftragt.

VOLKSREPUBLIK BULGARIEN

Kommuniqué vom 9. Februar 1961 über die Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien über gegenseitige Warenlieferungen für das Jahr 1961

Im Ergebnis der zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Bulgarien geführten Verhandlungen wurde am 9. Februar in Sofia ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen zwischen beiden Ländern für das Jahr 1961 unterzeichnet. Das Protokoll sieht für das Jahr 1961 eine Steigerung des Warenaustausches um etwa 25 Prozent im Vergleich zum Jahre 1960 vor.
Die Deutsche Demokratische Republik liefert der Volksrepublik Bulgarien im Jahre 1961 komplette Anlagen, Tagebauausrüstungen, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen, Transportausrüstungen, Chemikalien, Kunstdünger, Schädlingsbekämpfungsmittel, Zellwolle, Erzeugnisse der Elektrotechnik und der Feinmechanik/Optik sowie andere Waren.
Diese Lieferungen der Deutschen Demokratischen Republik stellen eine bedeutende Unterstützung bei der beschleunigten Entwicklung der bulgarischen Industrie und Landwirtschaft dar.
Auch die Volksrepublik Bulgarien leistet der DDR bei der Lösung ihrer politischen und ökonomischen Aufgaben große Hilfe. Im Ergebnis von Spezialisierungs- und Kooperationsvereinbarungen wird sich der Import von Erzeugnissen des Maschinenbaus, wie Elektrokarren, Elektrokatzen, Transformatoren u. a., weiter erhöhen. Erstmalig werden in diesem Jahre aus der Volksrepublik Bulgarien große Mengen Bleiakkumulatoren für Kraftfahrzeuge, Kfz.- und Traktorenersatzteile, Werkzeug- und Holzbearbeitungsmaschinen, Kupferkabel sowie ein reiches Sortiment von Erzeugnissen der Schwachstromtechnik importiert. Große Bedeutung haben die Importe von Blei, Zink, Blei- und Zinkerzkonzentrat sowie Tabak für die Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen.
Für den Bedarf der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik liefert die Volksrepublik Bulgarien bedeutende Mengen Tomaten, Weintrauben, Frühkartoffeln, Tafeläpfel, Pfirsiche, Erdbeeren, verschiedene Frühgemüse und viele andere Nahrungsmittel in frischem und verarbeitetem Zustand.

Das Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen für das Jahr 1961 wurde seitens der Deutschen Demokratischen Republik vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Erich Wächter und seitens der Volksrepublik Bulgarien vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel Dobri Alexiew unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung waren der Minister für Außenhandel der Volksrepublik Bulgarien, Georgi Kumbiliew, der Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien, Rudi Jahn, sowie leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Außenhandel und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Bulgarien anwesend.

Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Landwirtschaft der Volksrepublik Bulgarien vom 20. April 1961 über den Einsatz von Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien in der Deutschen Demokratischen Republik

Das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Landwirtschaft der Volksrepublik Bulgarien sind, von dem Wunsche geleitet, die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Veterinärwesens enger zu gestalten, übereingekommen, über den Einsatz von Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien in der Deutschen Demokratischen Republik zur Unterstützung des Veterinärwesens der Deutschen Demokratischen Republik und zum Erfahrungsaustausch folgende Vereinbarung abzuschließen:

Artikel 1

Das Ministerium für Landwirtschaft der Volksrepublik Bulgarien erklärt sich bereit, Tierärzte aus der Volksrepublik Bulgarien dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik für einen Einsatz in der Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung zu stellen.

Artikel 2

Die Einsatzdauer ist vorläufig für die Zeit vom 1. März 1961 bis einschließlich 31. Dezember 1963 vorgesehen.

Artikel 3

(1) Die Arbeitsrechtsverhältnisse werden auf Grund von individuell abzuschließenden Arbeitsverträgen zwischen den Räten der Bezirke oder Kreise, den Leitungen der veterinärmedizinischen Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik und den Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien geregelt.
(2) Die Arbeitsverträge sind nach dem beiliegenden Muster abzuschließen (Anlage 1)*.
(3) Vor Aufnahme der Tätigkeit der Tierärzte in der Deutschen Demokratischen Republik wird in der Volksrepublik Bulgarien eine ärztliche Untersuchung zur Feststellung der Einsatzfähigkeit durchgeführt.

Artikel 4

(1) Für die Tierärzte aus der Volksrepublik Bulgarien gelten für die Dauer ihres Einsatzes in der Deutschen Demokratischen Republik die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik, soweit in dieser Vereinbarung nicht besondere Festlegungen getroffen werden.
(2) Den Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien werden während ihrer Tätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen sozialen und kulturellen Bedingungen wie den deutschen Staatsangehörigen gewährt.

Artikel 5

(1) Die sich aus dieser Vereinbarung ergebenden Fragen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung regeln sich nach dem zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien abgeschlossenen Abkommen auf dem Gebiet der Sozialpolitik vom 20. Februar 1958.**
(2) Für die Zusatzversicherung der Tierärzte aus der Volksrepublik Bulgarien gelten die gesetzlichen Vorschriften und die Bestimmungen des Globalvertrages für die Versicherung der staatlichen Verwaltungen und Einrichtungen in der Deutschen Demokratischen Republik.
(3) Aus der Zusatzversicherung erwachsen den Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien keinerlei Beitragsverpflichtungen.

* Auf den Abdruck der Anlage wird verzichtet.
** Siehe Band VI, S. 250 ff.

Artikel 6

(1) Den Tierärzten aus der Volksrepublik Bulgarien wird ein Jahresurlaub von 24 Arbeitstagen gewährt.

(2) Weitere Bestimmungen über den Jahresurlaub enthält der § 7 des abzuschließenden Arbeitsvertrages.

Artikel 7

(1) Die Vergütung der Tierärzte aus der Volksrepublik Bulgarien erfolgt nach den Sätzen des für das Veterinärwesen in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Gehaltsabkommens vom 1. April 1959.
Die in der Volksrepublik Bulgarien gültigen Qualifikationsmerkmale für Tierärzte werden anerkannt.

(2) Einzelheiten über den Transfer eines Teiles der Vergütung in die Volksrepublik Bulgarien werden im Arbeitsvertrag geregelt.

(3) Der Transfer in die Volksrepublik Bulgarien erfolgt im Rahmen der zwischen den Regierungen beider Länder für nichtkommerzielle Zahlungen abgeschlossenen Währungsvereinbarung.

Artikel 8

Die vorfristige Beendigung oder die Verlängerung der Einsatzdauer bedürfen der Zustimmung des Leiters der Veterinärinspektion im Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und des Leiters der Veterinärverwaltung im Ministerium für Landwirtschaft der Volksrepublik Bulgarien.

Artikel 9

(1) Die Vereinbarung tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sind schriftlich zwischen den beiden Partnern festzulegen.

(3) Die Vereinbarung bleibt bis zur Erfüllung der laut dieser Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen beider Partner in Kraft.

Diese Vereinbarung wurde in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und bulgarischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Sofia, den 20. April 1961

Für das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Reichelt

Für das Ministerium für Landwirtschaft der Volksrepublik Bulgarien
(gez.) Toma Stephanoff

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern vom 10. Oktober 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien haben, geleitet von dem Wunsche, auf der Grundlage des zwischen beiden Regierungen am 18. April 1958 abgeschlossenen Abkommens über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit* die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern zum Studium an den Universitäten, Hochschulen, wissenschaftlichen Forschungsinstituten und Fachschulen zwischen beiden Staaten zu regeln, beschlossen, folgendes Abkommen abzuschließen.
Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Dr. Wilhelm Girnus, Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen,

die Regierung der Volksrepublik Bulgarien Natscho Papasow, Minister für Volksbildung und Kultur,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner erklären ihr Einverständnis, auf Wunsch des Partners Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschüler

* Siehe Band VI, S. 278 ff.

(im folgenden Studierende genannt) an Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie an wissenschaftlichen Forschungsinstituten ihres Landes zur Ausbildung aufzunehmen.

Artikel 2

Die Ausbildung der delegierten Studierenden erfolgt in der Regel entsprechend den geltenden Studienplänen des Gastlandes im Vollstudium oder für eine zwischen den Abkommenspartnern zu vereinbarende geringere Dauer. Eine Spezialisierung erfolgt nach einem zu vereinbarenden individuellen Arbeits- und Zeitplan.

Artikel 3

Studienplätze an wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsinstituten sind nach diesem Abkommen Plätze an Einrichtungen, die dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik bzw. dem Ministerium für Bildung und Kultur und dem Ministerium für Gesundheit und Sozialfürsorge der Volksrepublik Bulgarien unterstehen oder Plätze, die auf Grund gesonderter Vereinbarungen zwischen den Abkommenspartnern an den Akademien der Wissenschaften und anderen Institutionen gewährt werden können.

Artikel 4

(1) Die Zahl der Studierenden, die von beiden Abkommenspartnern aufgenommen werden, wird, aufgeschlüsselt nach Hauptfachrichtungen, in gegenseitiger Vereinbarung zwischen den Abkommenspartnern jährlich bis zum 15. Juli des dem Studienjahr vorangehenden Kalenderjahres festgelegt. In die Arbeitspläne über die kulturelle Zusammenarbeit werden die Zahlen der von jedem der beiden Partner während der Gültigkeitsdauer des jeweiligen Arbeitsplanes zu reservierenden Studienplätze aufgenommen.

(2) Die Abkommenspartner überreichen sich gegenseitig bis zum 31. 12. des dem Studienjahr vorangehenden Kalenderjahres Vorschläge zur Delegierung ihrer Bürger an Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie an wissenschaftliche Forschungsinstitute, die folgende Angaben enthalten:

a) für Studenten und Fachschüler: Fachrichtung, Studienjahr

b) für Hochschulabsolventen: Fachrichtung und Arbeitsthema der wissenschaftlichen Arbeit
c) für alle Studierenden: die gewünschte Dauer des Studienaufenthaltes und den Grad der Beherrschung der Sprache des Gastlandes

(3) Spätestens bis 15. 2. teilen sich die Abkommenspartner gegenseitig mit, ob sie den Vorschlägen zu Absatz 2 zustimmen.

(4) Die Abkommenspartner übermitteln sich alljährlich bis zum 15. 8. eine Namensliste der an die Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie wissenschaftliche Forschungsinstitute des Gastlandes zu delegierenden Studierenden.

Artikel 5

(1) Voraussetzungen zum Studium sind:
a) für Hochschulabsolventen: die abgeschlossene Hochschulbildung und die Befähigung, selbständig wissenschaftlich arbeiten zu können
b) für Studenten: die Hochschulreife
c) für Fachschüler: die abgeschlossene Oberschulbildung der Deutschen Demokratischen Republik oder der Volksrepublik Bulgarien sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung
d) für alle Studierenden: die gesundheitliche Befähigung, das Studium im Gastland erfolgreich durchführen zu können

(2) Prüfungen, die von den Studierenden auf dem Territorium des entsendenden Landes abgelegt wurden, werden im Gastland anerkannt, wenn sie inhaltlich den Lehr- und Ausbildungsplänen des Gastlandes entsprechen.

Artikel 6

(1) Delegierte Studierende, die die Landessprache des Gastlandes nicht in genügendem Maße beherrschen, können an einem vom Gastland organisierten Sprachkursus teilnehmen.

(2) Während der ersten beiden Studienjahre besuchen die Studierenden einen Sprachlehrgang des Gastlandes, um die Sprachkenntnisse und die Fachterminologie zu vervollkommnen. Im ersten und zweiten Studienjahr ermöglicht das Gastland den Hochschulstudenten das fakultative Studium einer zweiten Fremdsprache. Mit Beginn des dritten Studienjahres wird für die Hochschulstudenten das Studium einer zweiten Fremdsprache obligatorisch.

Artikel 7

(1) Für alle Studierenden, die auf Grund des vorliegenden Abkommens aufgenommen werden, gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Studierenden des Gastlandes, soweit dieses Abkommen keine andere Festlegung trifft.
(2) Nach Abschluß des Studiums erhalten die delegierten Studierenden die im Gastland üblichen Urkunden, Diplome bzw. Zeugnisse mit Angabe der erworbenen Qualifikation. Diese Urkunden, Diplome und Zeugnisse werden vom entsendenden Land anerkannt.

Artikel 8

Hoch- und Fachschulwechsel sowie Änderungen der Fachrichtungen dürfen nur nach Zustimmung der entsendenden Seite vorgenommen werden.

Artikel 9

(1) Das Gastland trägt alle Kosten, die für die Ausbildung der Studierenden, die auf der Grundlage dieses Abkommens aufgenommen werden, erforderlich sind.
(2) Das entsendende Land trägt für die delegierten Studierenden die Kosten der Stipendien sowie die Kosten für eine bestimmte vom entsendenden Land festzulegende Anzahl von Fahrten zwischen dem Heimat- und dem Gastland.
(3) Das Gastland trägt alle für die Durchführung des Studiums notwendigen Reisekosten für Fahrten innerhalb des Landes.

Artikel 10

(1) Die Höhe der Stipendien wird in den Arbeitsplänen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Abkommenspartnern festgelegt. Das Stipendium wird vom Gastland verauslagt. Die Begleichung erfolgt zweimal jährlich auf der Grundlage des zwischen den Regierungen beider Staaten über die Durchführung von bestimmten nichtkommerziellen Zahlungen bestehenden Übereinkommens, und zwar für das
1. Halbjahr im Oktober des laufenden Jahres und für das
2. Halbjahr im April des nächstfolgenden Jahres.
(2) Das Stipendium wird für die Dauer des tatsächlichen Studienaufenthaltes auf dem Territorium des Gastlandes (einschließlich der Praktika) gezahlt.

Artikel 11

(1) Die Unterbringung der Studierenden im Gastland erfolgt nach Möglichkeit in Internaten.
(2) Das Gastland kann die Durchführung von Ferienreisen der aufgenommenen Studierenden ermöglichen. Die Kosten werden von den Studierenden selbst getragen; sie erhalten dabei die gleichen Vergünstigungen wie die Studierenden des eigenen Landes.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten sinngemäß auch für die bereits vor dem Abschluß dieses Abkommens in das Land des Abkommenspartners zum Studium delegierten Studierenden.

Artikel 13

Das über die Aufnahme und Ausbildung von Medizinstudenten aus der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Bulgarien abzuschließende Zusatzprotokoll wird mit seiner Unterzeichnung Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 14

(1) Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner.
(2) Das Abkommen tritt mit dem Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

Artikel 15

(1) Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere 3 Jahre, wenn keiner der Abkommenspartner das Abkommen mindestens 6 Monate vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer schriftlich kündigt.
(2) Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu diesem Abkommen bedürfen der Schriftform und sind auf diplomatischem Wege dem Abkommenspartner zuzuleiten.
Die zwischen den Abkommenspartnern vereinbarten Änderun-

* Das Abkommen trat am 19. Mai 1962 in Kraft.

gen und Ergänzungen bedürfen der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen beider Staaten.
Das vorliegende Abkommen wurde in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in bulgarischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.
Zum Beweis dessen haben die Bevollmächtigten der Abkommenspartner das vorliegende Abkommen unterzeichnet und gesiegelt.

Berlin, den 10. Oktober 1961

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Girnus	Für die Regierung der Volksrepublik Bulgarien (gez.) Papasow

Protokoll zum Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern vom 10. Oktober 1961

1. In Durchführung des Artikels 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Aufnahme und den Austausch von Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern erklären sich das Ministerium für Bildung und Kultur und das Ministerium für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge der Volksrepublik Bulgarien bereit, jährlich bis zu 90 Medizinstudenten der Deutschen Demokratischen Republik zur vorklinischen Ausbildung (1. und 2. Studienjahr) aufzunehmen.
2. Die Ausbildung der deutschen Medizinstudenten erfolgt auf der Grundlage der für die Ausbildung von Ärzten in der Volksrepublik Bulgarien verbindlichen Studienpläne und in bulgarischer Sprache.
   Ausgenommen ist die Ausbildung im Fach Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die nach den Studienplänen der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt wird.
3. Die deutsche Seite erklärt sich bereit, die erforderlichen Lehrkräfte für die Durchführung der Lehrveranstaltungen im Fach Grundlagen des Marxismus-Leninismus aus der Deutschen Demokratischen Republik auf eigene Kosten zu stellen.

4. Für die deutschen Medizinstudenten beginnt das jeweilige Studienjahr einen Monat vor Aufnahme des regulären Studiums.
5. Die deutsche Seite erklärt sich bereit, den Lehrstühlen des Höheren Medizinischen Instituts, Sofia, leihweise Apparaturen und andere Ausbildungsmaterialien, die für die deutschen Medizinstudenten notwendig sind, laut einer vorgelegten und gegenseitig abgestimmten Bestellung zur Verfügung zu stellen.
   Falls erforderlich, können nach gegenseitiger Abstimmung auch zusätzliche Bestellungen erfüllt werden.
6. Das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge der Volksrepublik Bulgarien vereinbaren den direkten, gegenseitigen Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftlern, die im ersten und zweiten Studienjahr an den medizinischen Instituten unterrichten.

Berlin, den 10. Oktober 1961

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Girnus	Für die Regierung der Volksrepublik Bulgarien (gez.) Papasow

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 14. Dezember 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien haben, geleitet von dem Wunsch, die sozialistische Arbeitsteilung und die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern gemäß den Grundsätzen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zu fördern und zu entwickeln, beschlossen, ein Abkommen über die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit abzuschließen und haben zu diesem Zweck als ihre Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:

Karl Mewis – Mitglied des Staatsrates, Minister und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission,

die Regierung der Volksrepublik Bulgarien:

Stanko Todorow – Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner entwickeln auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern besonders in folgenden Richtungen:

Erweiterung und Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und des Bauwesens im Hinblick auf die rationellste und größtmögliche Ausnutzung der Produktivkräfte beider Länder;

Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches und der Dienstleistungen zwischen beiden Ländern;

Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Transportwesens;

Koordinierung der Pläne der Forschung, Entwicklung, Projektierung und Konstruktion sowie die größtmögliche Auslastung der Forschungs-, Entwicklungs-, Projektierungs- und Konstruktionskapazitäten;

Koordinierung der Standardisierungs- und Typisierungsarbeiten;

Erweiterung und Vertiefung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, besonders durch:

Überlassung vorhandener technischer Dokumentationen aus den Bereichen der Konstruktion, Technologie und Produktionsverfahren;

Übermittlung vorhandener technischer Produktionserfahrungen und Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation;

Hilfeleistung in Form von Praktika, Konsultationen und Gutachten;

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fachausbildung;

Zusammenarbeit beider Staaten auf dem Gebiet des Außenhandels mit dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet;

Zusammenarbeit beider Staaten bei der Hilfeleistung an schwachentwickelte Länder.

Artikel 2

Zur Gewährleistung einer engen und gut koordinierten Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und technisch-wissenschaftlichem Gebiet zwischen beiden Ländern wird ein Deutsch-Bulgarischer Ausschuß für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit — im weiteren Wirtschaftsausschuß genannt — gebildet.

Artikel 3

(1) Zu den Aufgaben des Ausschusses gehören insbesondere:
a) Erörterung der Hauptprobleme für die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit gemäß den Perspektivplänen beider Länder sowie den Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe;
b) Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung bei der Realisierung der Volkswirtschaftspläne;
c) Festlegung der Organisationsformen für einen unmittelbaren Kontakt zwischen den entsprechenden Dienststellen, den Betrieben und anderen Organisationen beider Länder zur Erweiterung ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit;
d) Festlegung der allgemeinen Prinzipien, Bedingungen und der Arbeitsordnung für die Durchführung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

(2) Der Ausschuß realisiert seine Aufgaben vor allem durch:
a) Beratung und Vereinbarung entsprechender Beschlüsse und Maßnahmen;
b) Beauftragung von ständigen bzw. zeitweiligen Organen mit der Untersuchung der Möglichkeiten zur Lösung bestimmter Probleme und Unterbreitung entsprechender Vorschläge an den Ausschuß;
c) Kontrolle der Durchführung der gefaßten Beschlüsse.

Artikel 4

Die Organisation und die Arbeitsweise des Ausschusses werden durch ein Statut geregelt, das einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bildet.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner und

tritt am Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*

(2) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abkommen werden schriftlich zwischen den Abkommenspartnern vereinbart und treten gemäß den innerstaatlichen Bestimmungen beider Staaten mit dem Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen. Es kann von jedem Abkommenspartner gekündigt werden und verliert 6 Monate nach dem Eingang der Kündigungsurkunde beim anderen Abkommenspartner seine Gültigkeit.

Dieses Abkommen wurde in Warschau am 14. Dezember 1961 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in bulgarischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) K. Mewis

Für die Regierung der
Volksrepublik Bulgarien
(gez.) S. Todorow

Statut des Deutsch-Bulgarischen Ausschusses für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit

Auf Grund des Artikels 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 14. Dezember 1961 wird für den Deutsch-Bulgarischen Ausschuß für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit – im weiteren Wirtschaftsausschuß genannt – folgendes Statut festgelegt:

§ 1

Der Wirtschaftsausschuß setzt sich aus einer deutschen und einer bulgarischen Sektion mit gleicher Mitgliederzahl zusammen. Jede Sektion besteht aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter des Vorsitzenden, Mitgliedern und Sekretär, die von den entsprechenden Regierungen ernannt werden.

§ 2

(1) Die Tagungen des Wirtschaftsausschusses werden entsprechend der Notwendigkeit nacheinander in jedem Land auf Vor-

* Das Abkommen trat am 24. April 1962 in Kraft.

schlag einer der beiden Seiten, jedoch mindestens einmal im Jahr, einberufen.

(2) Die Tagung leitet der Vorsitzende der Sektion des Landes, in dem der Wirtschaftsausschuß tagt. Vorbereitung und organisatorische Durchführung der Tagung obliegen dem gastgebenden Land.

(3) Mit Zustimmung der Vorsitzenden beider Sektionen können zu den Tagungen des Wirtschaftsausschusses Experten beider Seiten hinzugezogen werden.

(4) Die Tagesordnungen der Tagungen werden spätestens einen Monat vor Beginn der Tagung zwischen den Vorsitzenden beider Sektionen vereinbart. Beide Seiten sind bestrebt, alle die Tagesordnung betreffenden Unterlagen und Dokumente in der gleichen Frist auszutauschen.

(5) Dringende Probleme können im gegenseitigen Einvernehmen der Vorsitzenden beider Sektionen nachträglich in die Tagesordnung einbezogen werden.

§ 3

Die Vorsitzenden beider Sektionen können in der Zeit zwischen den Tagungen des Wirtschaftsausschusses im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Entscheidungen treffen. Die hierbei getroffenen Entscheidungen werden mit ihrer Unterzeichnung wirksam und von dem Wirtschaftsausschuß in das Protokoll der nächsten Tagung aufgenommen.

§ 4

(1) Die Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses werden im gegenseitigen Einvernehmen beider Sektionen gefaßt. Sie werden protokollarisch niedergelegt und treten, sofern sie nicht der Bestätigung der zuständigen Organe der Abkommenspartner bedürfen, mit dem Zeitpunkt der Unterzeichnung durch die Vorsitzenden beider Sektionen in Kraft.

(2) Entscheidungen der zuständigen Organe der Abkommenspartner gemäß Absatz 1 sind innerhalb von 6 Wochen herbeizuführen.

(3) Die Vorsitzenden beider Sektionen des Wirtschaftsausschusses informieren sich gegenseitig über die erfolgten Bestätigungen.

§ 5

Die Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses bezüglich der einzelnen Wirtschaftszweige werden durch direkte Vereinbarungen zwischen den jeweils zuständigen Wirtschaftsorganen oder anderen Organen beider Länder realisiert.

§ 6

(1) Der Wirtschaftsausschuß kann zur Lösung seiner Aufgaben ständige oder zeitweilige Organe bilden.
(2) Die Beratungen der Organe des Wirtschaftsausschusses werden nach Bedarf durchgeführt.
(3) Die Organe des Wirtschaftsausschusses arbeiten nach den vom Wirtschaftsausschuß bestätigten Arbeitsordnungen und Arbeitsprogrammen.

§ 7

Die Sekretäre der Sektionen haben folgende Hauptaufgaben:
Vorbereitung von Materialien und von Vorschlägen, die die Arbeit des Wirtschaftsausschusses betreffen;
Organisation der Kontrolle und Berichterstattung über die Erfüllung der Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses;
Aufrechterhaltung ständiger Verbindungen zwischen beiden Sektionen;
Ausübung weiterer Tätigkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit ergeben.

§ 8

Kosten, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Tagungen des Wirtschaftsausschusses und seiner Organe entstehen, werden vom gastgebenden Land getragen. Jedes Land trägt alle anderen Kosten, die mit der Tätigkeit ihrer Sektion und mit der Entsendung ihrer Mitglieder und Spezialisten zu Tagungen in das andere Land zusammenhängen.

§ 9

(1) Verhandlungen und Schriftwechsel des Wirtschaftsausschusses werden in deutscher und bulgarischer Sprache geführt.
(2) Die Protokolle der Sitzungen des Wirtschaftsausschusses werden in deutscher und in bulgarischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

§ 10

Das vorliegende Statut kann vom Wirtschaftsausschuß geändert werden. Änderungen bedürfen der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner und treten am Tage des Austausches von Bestätigungsschreiben in Kraft.

REPUBLIK GHANA

Gemeinsames Kommuniqué über den Besuch einer Regierungsdelegation der Republik Ghana vom 16. bis 20. Oktober 1961 in der Deutschen Demokratischen Republik

Vom 16. bis 20. Oktober 1961 weilte eine aus 22 Mitgliedern bestehende Regierungsdelegation der Republik Ghana in der Deutschen Demokratischen Republik. Leiter der Delegation war der Minister für Leicht- und Schwerindustrie, Krobo Edusei; der Delegation gehörten weiterhin der Minister für Landwirtschaft, Abavana, mehrere Parlamentsabgeordnete, höhere Regierungsbeamte und Parteifunktionäre an.

Während der Zeit des Aufenthaltes der ghanesischen Regierungsdelegation fanden Verhandlungen über die wirtschaftliche, kulturelle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten statt. Leiter der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik war der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Minister Karl Mewis. Der Delegation gehörten weiterhin der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Sepp Schwab, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Kurt Enkelmann und der Stellvertreter des Ministers für Volksbildung Prof. Kaiser an.

Am Donnerstag, dem 19. Oktober 1961, wurden ein langfristiges Handelsabkommen, ein langfristiges Zahlungsabkommen, ein Abkommen über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und ein Kulturabkommen unterzeichnet.* Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses. Die Leitung der ghanesischen Regierungsdelegation wurde vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Bruno Leuschner zu einem Gespräch über beide Seiten interessierende Fragen empfangen. Dem Gespräch wohnte der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Sepp Schwab bei. Die Aussprache, bei der in diesen Fragen gemeinschaftliche Anschauungen festgestellt wurden, wird wesentlich dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verstärken. Bruno Leuschner übermittelte den Leitern der ghanesischen Regierungsdelegation die herzlichsten Grüße des

* Siehe S. 333 ff.

Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der Republik Ghana, Osagyefo Dr. Kwame Nkrumah.
Nach der Unterzeichnung der Abkommen gab der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Minister Karl Mewis, zu Ehren der ghanesischen Gäste einen Empfang, auf dem auch die Vertreter des Diplomatischen Korps in der Deutschen Demokratischen Republik anwesend waren.
In einer kurzen Ansprache hob Minister Mewis die Bedeutung der ghanesischen Regierungsdelegation für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hervor. Er betonte, daß die Verhandlungen dazu beigetragen haben, unsere Völker einander näherzubringen und sie im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen.
In seiner Antwort würdigte Minister Edusei die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, das ghanesische Volk in seinem Kampf für die Festigung der nationalen und ökonomischen Unabhängigkeit zu unterstützen. Er wiederholte die Einladung für eine Parlamentsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik in die Republik Ghana.

Langfristiges Handelsabkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana vom 19. Oktober 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Ghana haben, geleitet von dem Wunsche, die Handelsbeziehungen zwischen ihren beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu entwickeln, beschlossen, ein langfristiges Handelsabkommen zu schließen und folgendes vereinbart:

Artikel 1

Beide Abkommenspartner gewähren sich zum Zwecke der Förderung und Erleichterung des Handels zwischen ihren beiden Staaten die Meistbegünstigung in allen Angelegenheiten, die die gegenseitigen Handelsbeziehungen betreffen.
Die Bestimmungen dieses Artikels finden jedoch keine Anwendung auf:
a) Vorteile, die von einem der Abkommenspartner den benach-

barten Staaten zum Zwecke der Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt werden;

b) Vorteile, die sich aus einer Zollunion ergeben, der einer der beiden Abkommenspartner angehört oder angehören wird;

c) Waren, die aus der Deutschen Demokratischen Republik importiert wurden, jedoch aus anderen Ländern stammen, die sich in Ghana nicht der Meistbegünstigung erfreuen, und Waren, die aus Ghana importiert wurden, jedoch aus anderen Ländern stammen, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik nicht der Meistbegünstigung erfreuen, es sei denn, daß die vorherige schriftliche Genehmigung der beiden Abkommenspartner erteilt wurde.

Artikel 2

Die Warenlieferungen aus der Deutschen Demokratischen Republik in die Republik Ghana und aus der Republik Ghana in die Deutsche Demokratische Republik werden auf der Grundlage der Warenlisten A (Export der DDR) und B (Export der Republik Ghana) durchgeführt.

Die Warenlisten bilden einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens und können im Einvernehmen beider Abkommenspartner geändert werden.

Andere Waren, die nicht in den Warenlisten A und B genannt sind, können ebenfalls in Übereinstimmung mit diesem Abkommen eingeführt bzw. ausgeführt werden.

Zu diesem Zwecke verpflichten sich beide Abkommenspartner im Rahmen ihrer Gesetze und Bestimmungen, erforderlichenfalls Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen für den Warenaustausch in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Abkommens zu erteilen.

Artikel 3

Beide Abkommenspartner sind übereingekommen, jährlich den Ausgleich im gegenseitigen Warenaustausch zwischen beiden Ländern herbeizuführen und das Volumen des jährlichen Warenaustausches von einer Höhe von zwei Millionen fünfhunderttausend Ghana Pfund (£G 2 500 000) im ersten Jahr auf fünf Millionen Ghana Pfund (£G 5 000 000) am Ende der fünfjährigen Periode in jeder Richtung zu steigern.

Beide Abkommenspartner werden alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß die gegenseitigen Warenlieferun-

gen zwischen den beiden Ländern in größtmöglichem Umfang auf der Grundlage langfristiger Verträge durchgeführt werden.

Artikel 4

Die Verträge im Rahmen dieses Abkommens sind zwischen den Außenhandelsunternehmen sowie sonstigen selbständigen juristischen Personen und Firmen der Deutschen Demokratischen Republik einerseits und ghanesischen juristischen oder natürlichen Personen und Firmen andererseits abzuschließen.

Artikel 5

Beide Abkommenspartner haben vereinbart, daß die im Rahmen dieses Abkommens in der Deutschen Demokratischen Republik oder in Ghana gekauften Waren nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung der entsprechenden Behörden des Lieferlandes nach einem dritten Land reexportiert werden können.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verpflichtet sich, zu gewährleisten, daß die im Rahmen dieses Abkommens in Ghana gekauften Kakaobohnen außer nach anderen sozialistischen Staaten nicht nach einem dritten Land reexportiert werden.

Artikel 6

Beide Abkommenspartner werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Preise der im Rahmen dieses Abkommens gelieferten Waren auf der Grundlage der Weltmarktpreise, das heißt, der Preise auf den Hauptweltmärkten für die entsprechenden Waren festzulegen.

Artikel 7

Beide Abkommenspartner werden sich gegenseitig für die Handelsschiffe unter der Flagge beider Staaten und die Ladungen dieser Schiffe beim Ein- und Auslaufen sowie während des Aufenthaltes in den Häfen des anderen Abkommenspartners die Meistbegünstigung gewähren.

Artikel 8

Die Zahlungen für Warenlieferungen und andere Zahlungen, die mit der Erfüllung dieses Abkommens im Zusammenhang stehen,

werden gemäß den Bestimmungen des in Kraft befindlichen Zahlungsabkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana durchgeführt.

Artikel 9

Beide Abkommenspartner werden im Rahmen der Gesetze und Bestimmungen ihres Landes Warenmuster und Werbematerialien jeder Art aus dem Gebiet des anderen Abkommenspartners von Einfuhrzöllen und Abgaben, die innerhalb ihrer Gebiete erhoben werden, befreien, wenn sie von geringem Wert und nicht für den Handel bestimmt sind.
Vorbehaltlich der bestehenden Zollgesetze betreffend die zeitweiligen Importe und Exporte räumen sich die Abkommenspartner gegenseitig die zeitweilige Befreiung von Zollgebühren und anderen Abgaben ein.

Artikel 10

Beide Abkommenspartner werden den beide Staaten interessierenden Transithandel durch ihre Gebiete mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln in Übereinstimmung mit den für Transitwaren geltenden Gesetzen und Bestimmungen fördern.

Artikel 11

Zur Förderung des Handels zwischen den beiden Ländern können beide Abkommenspartner in jedem der beiden Länder Handelsmessen und Ausstellungen organisieren.

Artikel 12

Die Staatsangehörigen und juristischen Personen des einen Abkommenspartners genießen in dem Gebiet des anderen Abkommenspartners hinsichtlich der Gewährung und Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten, Gebrauchsmustern, Warenzeichen und sonstigen gewerblichen Schutzrechten die gleichen Rechte wie die eigenen Staatsangehörigen und selbständigen juristischen Personen des anderen Abkommenspartners.

Artikel 13

Die Staatsangehörigen, juristischen Personen oder Firmen des einen Abkommenspartners, die auf dem Gebiet des anderen Ab-

kommenspartners in Erfüllung von Verpflichtungen aus Verträgen über Montagen oder sonstige technische Dienst- oder Hilfeleistungen (einschließlich Verträgen über die Gewährung von Produktionslizenzen), die im Rahmen dieses Abkommens abgeschlossen wurden, tätig werden, unterliegen nicht der Zahlung von direkten Steuern oder sonstigen Abgaben gegenüber dem betreffenden Staat. Die Gebühren oder Entschädigungen auf Grund kommerzieller Verträge über die Gewährung von Produktionslizenzen oder Lizenzen, die zur Benutzung von Patenten oder Warenzeichen berechtigen, unterliegen gleichfalls nicht der Erhebung von Steuern oder sonstigen Abgaben.

Artikel 14

Es wird eine Kommission aus Vertretern beider Abkommenspartner gegründet, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Durchführung dieses Abkommens zu überwachen, die Realisierung des gegenseitigen Zieles eines ausgeglichenen Handels zwischen den beiden Ländern gemäß Artikel 3 dieses Abkommens zu fördern und Abänderungen und Ergänzungen der dazugehörigen Warenlisten vorzuschlagen. Die Kommission wird auf Ersuchen eines der beiden Abkommenspartner in kürzestmöglicher Frist, jedoch mindestens einmal jährlich, abwechselnd in Accra und in Berlin zusammentreten.

Artikel 15

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nach seinem Ablauf weiterhin Anwendung auf sämtliche Verträge, die abgeschlossen, jedoch vor seinem Ablauf nicht ausgeführt wurden.

Artikel 16

Dieses Abkommen bleibt für den Zeitraum von fünf Jahren in Kraft und seine Gültigkeit wird automatisch jeweils für den Zeitraum von einem Jahr verlängert, sofern es nicht von einem der beiden Partner mindestens 90 Tage vor Ablauf seiner Gültigkeit schriftlich gekündigt wird.

Artikel 17

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Bestätigung gemäß den innerstaatlichen Bestimmungen der beiden Abkom-

menspartner und tritt am Tage des Austausches der Ratifizierungs- oder Bestätigungsurkunden in Kraft.*
Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens wird das am 8. Juli 1961 in Accra durch Briefaustausch zwischen der Handelsdelegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Handel der Regierung der Republik Ghana abgeschlossene Abkommen automatisch außer Kraft gesetzt.
Ausgefertigt und unterzeichnet in Berlin, am 19. Oktober 1961 in zwei Originalen, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Mewis

Für die Regierung der Republik Ghana
(gez.) Krobo Edusei

(folgen die Warenlisten A und B)

Langfristiges Zahlungsabkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana vom 19. Oktober 1961

Geleitet von dem Wunsche, die Zusammenarbeit zu fördern und die Durchführung von Zahlungen zwischen beiden Staaten zu regeln, haben die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Ghana beschlossen, ein Zahlungsabkommen zu schließen und das Folgende vereinbart:

Artikel 1

Alle Zahlungen für die Einfuhr und Ausfuhr der Waren sowie alle Zahlungen für kommerzielle und nichtkommerzielle Dienstleistungen zwischen natürlichen und juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik und natürlichen und juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Republik Ghana werden gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Devisenbestimmungen, die in den beiden Staaten gültig sind, durchgeführt.

* Das Abkommen trat am 30. März 1962 in Kraft.

Artikel 2

Zahlungen zwischen den beiden Staaten gemäß Artikel 1 dieses Abkommens werden in nichtkonvertierbaren Ghana Pfund durchgeführt.
Zu diesem Zweck werden Verträge, Rechnungen und andere Dokumente, die sich auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Staaten beziehen, in Ghana Pfund ausgestellt.
Werden sie in einer anderen Währung ausgestellt, so wird diese Währung zu dem am Vortage der Zahlung auf das Clearingkonto in Ghana offiziell notierten Mittelkurs für die betreffende Währung in Ghana Pfund umgerechnet.

Artikel 3

Zur Durchführung dieses Abkommens wird:
1. Die Bank of Ghana, die im Namen der Regierung der Republik Ghana handelt, auf den Namen der Deutschen Notenbank, Berlin, ein zins- und spesenfreies Clearingkonto in nichtkonvertierbaren Ghana Pfund unter der Bezeichnung „Clearing-Konto Deutsche Notenbank, Berlin" eröffnen;
2. die Deutsche Notenbank, Berlin, die im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik handelt, auf den Namen der Bank of Ghana ein zins- und spesenfreies Clearingkonto in nicht konvertierbaren Ghana Pfund unter der Bezeichnung „Clearing-Konto Bank of Ghana, Accra" eröffnen.

Zahlungen zwischen natürlichen und juristischen Personen beider Länder, die gemäß den Devisenbestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana zugelassen sind, werden durch Gutschrift oder Belastung auf einem der beiden oben erwähnten Konten in Übereinstimmung mit diesem Artikel durchgeführt.

Artikel 4

Zum Zwecke einer kontinuierlichen Durchführung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs kann das Clearingkonto gemäß Artikel 3 einen Kredit- oder Debetsaldo bis zur Höhe von

500 000 Ghana Pfund
(Fünfhunderttausend)

aufweisen.

Sollte der Debet- oder Kreditsaldo des oben erwähnten Kontos zeitweilig die festgesetzte Höchstgrenze überschreiten, werden beide Abkommenspartner sich unverzüglich darüber einigen, wie der die Höchstgrenze überschreitende Betrag abgedeckt werden kann.

Artikel 5

Falls sich die Goldparität des Ghana Pfund (welche zur Zeit ein Ghana Pfund = 2,48828 g fein beträgt) ändert, wird der am Tage der Veränderung sich ergebende Saldo des im Artikel 3 genannten Kontos in Ghana Pfund am Tage der Veränderung so umgestellt, daß sein in Gold ausgedrückter Gegenwert der gleiche bleibt. Die Höchstgrenze des zulässigen Debet- oder Kreditsaldos gemäß Artikel 4 wird in der gleichen Weise umgestellt.
Die Höhe der nichtrealisierten Verträge, Rechnungen, Zahlungsdokumente, Zahlungsaufträge und der Wert aller anderen Transaktionen, die unter dieses Abkommen fallen, sollen in der gleichen Weise umgestellt werden.

Artikel 6

Zahlungen im Zusammenhang mit Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen wurden, werden entsprechend den Bestimmungen dieses Abkommens abgewickelt.

Artikel 7

Die während der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens abgeschlossenen Verträge werden auch nach dem Ablauf der Gültigkeitsdauer dieses Abkommens entsprechend den hier festgelegten Bestimmungen abgewickelt, es sei denn, daß in einem neu abzuschließenden Abkommen etwas anderes bestimmt wird.
Am Tage des Ablaufes dieses Abkommens noch vorhandene Guthaben auf den Konten gemäß Artikel 3 werden für den Einkauf von Waren und für die Leistung von Zahlungen im Rahmen dieses Abkommens benutzt.

Artikel 8

Nach vorheriger Zustimmung der zuständigen Behörden des jeweiligen Abkommenspartners können Überträge auf das und von dem Clearingkonto, das gemäß Artikel 3 dieses Abkommens eingerichtet wurde, von den und auf die Konten vorgenommen wer-

den, die auf der Grundlage eines Zahlungsabkommens zwischen einem der Abkommenspartner und der Regierung eines dritten Staates eröffnet wurden.

Artikel 9

Die Deutsche Notenbank und die Bank of Ghana werden die zur Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens notwendigen banktechnischen Einzelheiten vereinbaren.

Artikel 10

Änderungen und Zusätze zu diesem Abkommen bedürfen der Schriftform und des gegenseitigen Einverständnisses beider Abkommenspartner.
Den Behörden beider Länder ist es gestattet, den Ausgleich von Verpflichtungen in anderer Weise zu genehmigen, als in diesem Abkommen festgelegt.

Artikel 11

Dieses Abkommen bleibt für die Dauer von fünf Jahren in Kraft, seine Gültigkeitsdauer verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls keine schriftliche Kündigung von einem der beiden Abkommenspartner mindestens 90 Tage vor dem Ablauf seiner Gültigkeit erfolgt.

Artikel 12

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Bestätigung gemäß dem verfassungsmäßigen Verfahren beider Abkommenspartner und tritt am Tage des Austausches der Ratifizierungs- oder Bestätigungsdokumente in Kraft.*

Ausgefertigt und unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1961 in zwei Originalen in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Mewis

Für die Regierung der
Republik Ghana
(gez.) Krobo Edusei

* Das Abkommen trat am 30. März 1962 in Kraft.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 19. Oktober 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Ghana, getragen von dem Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu festigen und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu erweitern, haben folgendes vereinbart:

Artikel I

Beide Abkommenspartner gewähren sich gegenseitig alle Hilfe, Erleichterungen und Vorteile, die geeignet sind, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Interesse beider Seiten zur vollen Ausnutzung der Erfahrungen für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklung ihrer beiden Staaten zu fördern. Alle sich aus diesem Abkommen ergebenden Maßnahmen sind steuerfrei.

Artikel II

(1) Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bezieht sich auf die gegenseitige Ausnutzung praktischer Erfahrungen auf dem Gebiet der Wirtschaft sowie in der Wissenschaft und Technik.

(2) Die Zusammenarbeit erstreckt sich im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten insbesondere auf die Aufstellung von Plänen, Projekten und technologischen Prozessen und auf den Austausch von Experten und anderen Personen sowie auf andere Arten der Zusammenarbeit nach vorheriger Vereinbarung zwischen den zuständigen Organen beider Abkommenspartner.

Artikel III

Die Möglichkeiten, die Bedingungen und die Details der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit gemäß Artikel II sind im Einvernehmen beider Abkommenspartner in jedem Falle in besonderen Vereinbarungen festzulegen. Alle aus diesem Abkommen entstehenden Aufwendungen werden nach den Bestimmungen der zwischen den beiden Vertragspartnern geltenden Zahlungsabkommen jährlich gegenseitig aufgerechnet.

Artikel IV

Die im Rahmen dieses Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit entsandten Experten und andere Personen sind gehalten, die Gesetze und Bestimmungen des Aufenthaltsstaates zu respektieren und sich nicht in die inneren und außenpolitischen Angelegenheiten dieses Staates einzumischen.

Artikel V

Beide Abkommenspartner verpflichten sich, den Experten und anderen Personen im Rahmen dieses Abkommens entsprechend ihren Möglichkeiten alle erforderlichen Voraussetzungen und Erleichterungen für die erfolgreiche Erfüllung ihrer Aufgaben zu schaffen.

Artikel VI

(1) Beide Abkommenspartner sind gehalten, sich gegenseitig rechtzeitig über den Austausch der Experten und anderen Personen zu informieren.
(2) Experten und andere Personen dürfen im Aufenthaltslande ihre Arbeit nur entsprechend den Bestimmungen ihrer Arbeitsverträge ausüben.

Artikel VII

Beide Abkommenspartner stimmen darin überein, daß sie Kenntnisse über die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit nicht ohne Einwilligung der anderen Seite an Dritte weitergeben.

Artikel VIII

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abkommen sind schriftlich zwischen beiden Abkommenspartnern zu vereinbaren.

Artikel IX

Dieses Abkommen wird auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich stillschweigend jeweils um ein weiteres Jahr, sofern es nicht mindestens 90 Tage vor Ablauf durch einen der beiden Abkommenspartner schriftlich gekündigt wird.

Artikel X

Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspart-

ner und tritt mit dem Tage des Austausches der Urkunden über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*
Ausgefertigt und unterzeichnet in Berlin am 19. Oktober 1961 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleiche Gültigkeit besitzen.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Mewis

Für die Regierung der
Republik Ghana
(gez.) Krobo Edusei

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Ghana über kulturelle Zusammenarbeit vom 19. Oktober 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Republik Ghana sind, von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana zu erweitern und zu festigen, das gegenseitige Verständnis zwischen den Völkern beider Republiken durch die Vermittlung der Traditionen und Errungenschaften der nationalen Kultur und Wissenschaft zu fördern, und durch die Zusammenarbeit der beiden Völker zur Festigung des Weltfriedens beizutragen, geleitet von den Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, übereingekommen, folgendes abzuschließen:

Artikel 1

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Literatur, der Musik, des Theaters, der bildenden Kunst und der Volkskunst durch die gegenseitige Entsendung von Delegationen und die Durchführung von Ausstellungen.

Artikel 2

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Übersetzung wertvoller deutscher oder ghanesischer Literatur und wissenschaftlicher Werke in eine ghanesische Sprache oder ins Deutsche.

* Das Abkommen trat am 30. März 1962 in Kraft.

Artikel 3

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Aufnahme von Kontakten und direkten Beziehungen zwischen den Künstlerverbänden der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ghana.

Artikel 4

(1) Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere der Akademien, Universitäten, Hoch-, Fach- und Ingenieurschulen, Bibliotheken und Museen bei der Erfüllung der gemeinsamen Ziele dieses Abkommens, durch den Austausch von Wissenschaftlern zu Gastvorlesungen und Studienzwecken und durch die Entsendung von Delegationen zu wissenschaftlichen Kongressen und Tagungen.
(2) Die Abkommenspartner fördern den Austausch wissenschaftlicher Publikationen, Exponaten und anderer Materialien.
(3) Dieser Artikel bezieht sich sowohl auf bestehende als auch auf andere Institutionen, die in der Zukunft gegründet werden.

Artikel 5

Die Abkommenspartner prüfen die Möglichkeit der Anerkennung der von den Bildungseinrichtungen des anderen Landes erteilten Zeugnisse, Diplome und Grade.

Artikel 6

(1) Die Abkommenspartner fördern den Austausch von wissenschaftlichen Kräften, Hochschulabsolventen, Studenten und Fachschülern zum Studium an Universitäten oder ähnlichen Institutionen, Fach- und Ingenieurschulen des anderen Landes.
Einzelvereinbarungen werden von den Vertretern der Abkommenspartner ausgearbeitet.
(2) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern der Republik Ghana zu unterstützen.
Einzelvereinbarungen werden von den Vertretern der Abkommenspartner ausgearbeitet.
(3) Es wird angestrebt, daß Bürger der Republik Ghana, die für eine nach den vorangegangenen Absätzen dieses Artikels verein-

barte Ausbildung ausgewählt werden, die dazu notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache bereits in Ghana erwerben. Ghanesische Studenten dürfen jedoch nicht von der eventuell notwendigen Sprachausbildung in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeschlossen werden.

(4) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, der Regierung der Republik Ghana Sprachlehrer zur Unterstützung der Ausbildung von Bürgern der Republik Ghana in der deutschen Sprache zur Verfügung zu stellen.

Artikel 7

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Einrichtung von Lehrstühlen und Lektoraten für Afrikanistik in der Deutschen Demokratischen Republik und von Lehrstühlen und Lektoraten für Germanistik in der Republik Ghana.

Artikel 8

(1) Mit dem Ziel, zur Entwicklung des Schulwesens in beiden Ländern beizutragen, fördern die Abkommenspartner den Austausch von Delegationen und Materialien zum Zwecke des gegenseitigen Studiums der Arbeit und des Aufbaus der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, der Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Lehrerbildung sowie ihrer Lehrpläne, Lehrbücher und Lehrmittel.

(2) Die Abkommenspartner sichern die wirklichkeitsgetreue Darstellung der politischen und ökonomischen Verhältnisse des Partnerlandes im Unterricht, u. a. durch einen Vergleich der Lehrpläne, -bücher und -materialien in den Fächern Geschichte und Geografie.

(3) Beide Seiten unterstützen ferner die Durchführung von Ausstellungen über den Aufbau und den Inhalt des Bildungswesens des Partnerlandes.

Artikel 9

Die Abkommenspartner fördern die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, prüfen die Möglichkeiten des Austausches von Erfahrungen, Informationen sowie der gegenseitigen Unterstützung und treffen hierzu besondere Vereinbarungen.

Artikel 10

(1) Die Abkommenspartner fördern und unterstützen den freien Austausch von Literatur über die kulturellen Errungenschaften des anderen Landes zum Zwecke des gegenseitigen Kennenlernens des kulturellen Reichtums beider Länder.
(2) Beide Seiten gewähren der Tätigkeit von Vertretern der Presseagenturen und anderer mit solchen Aufgaben betrauten Institutionen des Abkommenspartners jegliche Unterstützung und fördern den Austausch von Journalisten.

Artikel 11

Die Abkommenspartner fördern die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Rundfunks und des Fernsehens.
Hierzu wird zwischen den zuständigen Organen beider Länder eine besondere Vereinbarung abgeschlossen.

Artikel 12

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Filmwesens durch den Austausch von Filmen und werden sich gegenseitig Unterstützung und Erleichterung bei der Herstellung von Lehr-, Dokumentar- oder Spielfilmen für das andere Land und bei der Durchführung von Filmfesttagen gewähren.

Artikel 13

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit von Sportorganisationen beider Länder und gewähren sich gegenseitig Unterstützung bei der Ausbildung von Sportlehrern und werden entsprechend alle notwendigen Schritte unternehmen, um die Kontakte zwischen Sportorganisationen in ihren Ländern zu erweitern und die Durchführung von Sportveranstaltungen zu erleichtern.

Artikel 14

Die finanziellen Fragen, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden von den Partnern nach Möglichkeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geregelt. Erforderliche Zahlungen erfolgen im Rahmen der jeweils gültigen Vereinba-

rungen der Regierungen beider Länder über den Zahlungsverkehr.

Artikel 15

(1) Zur Verwirklichung der Bestimmungen dieses Abkommens werden Arbeitspläne für kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum von jeweils einem Jahr vereinbart, die die erforderlichen finanziellen Regelungen enthalten.
(2) Die Abkommenspartner werden am Ende eines jeden Jahres Delegierte ernennen, die den Fortschritt und die Erfüllung des Arbeitsplanes prüfen und den Arbeitsplan für das folgende Jahr vereinbaren werden. Die Verhandlungen dafür finden jeweils im Wechsel in den Hauptstädten der Partnerländer in Berlin und in Accra statt.
(3) Entsprechend den vereinbarten Arbeitsplänen werden die zuständigen Institutionen der Abkommenspartner die praktische Durchführung der Maßnahmen zur Zusammenarbeit auf den entsprechenden Gebieten der Kultur und Wissenschaft in die Wege leiten.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere 5 Jahre, wenn keiner der Abkommenspartner das Abkommen mindestens 6 Monate vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer schriftlich kündigt.
(2) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abkommen sind zwischen den Abkommenspartnern schriftlich zu vereinbaren.

Artikel 17

Das vorliegende Abkommen bedarf der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen der Abkommenspartner und tritt mit dem Tage des Austausches der Urkunden über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*
Ausgefertigt in Berlin am 19. Oktober 1961 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit besitzen.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	Für die Regierung der Republik Ghana
(gez.) Mewis	(gez.) Krobo Edusei

* Das Abkommen trat am 30. März 1962 in Kraft.

REPUBLIK INDIEN

Glückwunschtelegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, vom 20. Dezember 1961 an den Ministerpräsidenten der Republik Indien, Jawaharlal Nehru, zur Befreiung von Goa, Daman und Diu aus kolonialer Knechtschaft*

Exzellenz!
Zur Befreiung von Goa, Daman und Diu aus jahrhundertelanger kolonialer Knechtschaft spreche ich Ihnen und dem indischen Volk meine herzlichsten Glückwünsche aus.
Die Reinigung der indischen Erde von imperialistischem Kolonialschmutz ist ein bedeutungsvoller Schritt zur Beseitigung des Kolonialismus in der ganzen Welt. Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik haben von allem Anfang an an der Seite des indischen Volkes bei den Anstrengungen zur Beseitigung der portugiesischen Kolonialherrschaft von indischem Boden gestanden.
Ich weiß, Exzellenz, daß uns auch in der weiteren Zukunft der Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus verbinden wird.

Otto Grotewohl
Vorsitzender des Ministerrates der
Deutschen Demokratischen Republik

* Siehe S. 267 f.

REPUBLIK INDONESIEN

Unterzeichnung eines neuen Handelsabkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indonesien am 16. Februar 1961

Am 16. Februar 1961 wurde in Djakarta ein neues Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indonesien abgeschlossen. Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnete der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß und für die indonesische Regierung der Leiter der indonesischen Regierungsdelegation, Dr. Taher Ibrahim.

Das neue Handelsabkommen ist zunächst für ein Jahr gültig und kann jeweils automatisch um ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Deutsche Demokratische Republik wird vor allem Werkzeugmaschinen, polygrafische Maschinen, Elektroerzeugnisse, feinmechanisch-optische Erzeugnisse, Textilien, Glaswaren und andere Waren nach Indonesien liefern und dafür Kopra, Kautschuk, Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Tabak, Rotan und verschiedene Harze aus Indonesien beziehen.

Darüber hinaus ist die Deutsche Demokratische Republik bereit, den Aufbau einer eigenen Industrie in Indonesien durch die Lieferung von kompletten Anlagen, die Vergabe von Produktionslizenzen sowie technisch-wissenschaftliche Hilfeleistungen und die Ausbildung indonesischer Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik zu unterstützen.

Das neue Handelsabkommen schafft die Voraussetzungen für eine weitere wesentliche Steigerung des Warenaustausches zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indonesien.

Die Republik Indonesien wird zur Leipziger Frühjahrsmesse 1961 erstmalig als Aussteller mit einem Kollektivstand vertreten sein. Darüber hinaus wird eine Regierungsdelegation der Republik Indonesien die Leipziger Frühjahrsmesse 1961 besuchen.

*

Im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Indonesien, die vom 9. bis 17. Februar 1961 in Djakarta stattfanden, erfolgten neben der Unterzeichnung des Handelsabkom-

mens ein Briefaustausch über die gegenseitige Teilnahme an bzw. Durchführung von Messen und Ausstellungen, ein Briefaustausch über das Anlaufen von Häfen durch Handelsschiffe beider Länder und ein Briefaustausch über die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik zur Lieferung kompletter Anlagen und Ausrüstungen zur Unterstützung des indonesischen Achtjahrplanes.

Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Rundfunk der Republik Indonesien des Ministeriums für Information der Republik Indonesien vom 23. Oktober 1961

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und der Rundfunk der Republik Indonesien des Ministeriums für Information der Republik Indonesien, in folgendem Radio Republik Indonesia genannt,
sind,
von dem Wunsche getragen, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiete des Rundfunks und auf kulturellem Gebiet im allgemeinen zu festigen,
übereingekommen,
die folgende Vereinbarung zu schließen:

Artikel 1
Allgemeine Prinzipien

1. Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und Radio Republik Indonesia werden einen Austausch von Rundfunkprogrammen und von Erfahrungen auf dem Gebiete des Rundfunks vornehmen, der in den folgenden Artikeln im einzelnen festgelegt wird.
2. Diese Vereinbarung wird materiell sowie technisch nach besten Kräften von den jeweiligen Rundfunkgesellschaften verwirklicht werden.

Artikel 2
Austausch von Programmen

1. Zwischen beiden Rundfunkgesellschaften wird ein regelmäßiger Austausch von Programmen durchgeführt werden.

2. Die Programme werden bestehen aus:
   a) Hörspielen
   b) Puppenspielen
   c) Märchen
   d) Musik
   e) Kulturellen Sendungen
   f) Besonderen wirtschaftlichen Sendungen
   g) Fortlaufenden Kommentaren zu besonderen Ereignissen
   h) Anderen Sendungen, die im nationalen Interesse beider Länder liegen.
3. a) Der Austausch der Programme erfolgt in Form von Tonbandaufnahmen und Rundfunkmanuskripten.
   b) Die aufgenommenen Programme werden in der Originalsprache gehalten sein, d. h. in deutscher und indonesischer Sprache, jeweils für die deutschen und indonesischen Programme.
   c) Ein Manuskript in englischer Sprache soll jedem aufgenommenen Programm beigefügt sein.
4. a) Anläßlich der Nationalfeiertage der beiden Länder wird ein spezielles Programm gesendet werden.
   b) Der Deutsche Demokratische Rundfunk wird am 17. August ein spezielles Programm aus Anlaß des Nationalfeiertages der Republik Indonesien senden und Radio Republik Indonesia wird am 7. Oktober aus Anlaß des Nationalfeiertages der Deutschen Demokratischen Republik ein besonderes Programm senden.
   c) Diese speziellen Programme werden sich auf ungefähr 30 Minuten Sendezeit erstrecken und sollten der jeweiligen Rundfunkgesellschaft mindestens 30 Tage vorher zugestellt werden.
5. a) Es kann auch ein periodischer Austausch von fortlaufenden Kommentaren zu besonderen Ereignissen in den beiden Ländern vereinbart werden.
   b) Je nachdem wird ein solcher Austausch alle drei Monate vereinbart werden.
6. a) Die Musikprogramme werden bestehen aus:

deutscher Musik	klassischer und zeitgenössischer sinfonischer Musik Opern- und Operettenmusik volkstümlicher und Unterhaltungsmusik

indonesischer Musik	Volksmusik
	moderner volkstümlicher Musik
	klassischer Musik

b) Der Austausch erfolgt in Form von Tonbändern oder Schallplatten, denen auf Wunsch Manuskripte beigefügt werden.

c) Für den Fall, daß Urheberrechte entstehen, trägt diese die Rundfunkgesellschaft, die das Werk zur Verfügung stellt.

7. a) Der Austausch von Materialien geschieht kostenlos.
   b) Die Rundfunkgesellschaften können die im Austausch erhaltenen Materialien nach eigenem Ermessen verwenden.

Artikel 3
Erfahrungsaustausch

1. Zwecks Übermittlung von Erfahrungen auf dem Gebiete des Rundfunks und zur Verbesserung der freundschaftlichen Zusammenarbeit werden beide Rundfunkgesellschaften einen Austausch von Mitarbeitern auf dem Gebiete des Rundfunks vornehmen.
2. Die zu entsendenden Delegationen sowie die Dauer des Austausches wird durch Schriftwechsel vereinbart.
3. Die Reisekosten für die Delegationen werden von der entsendenden Rundfunkgesellschaft getragen.
   Die Aufenthaltskosten für die Delegationen trägt die Rundfunkgesellschaft des Gastlandes.
4. In besonderen Fällen kann mit Einverständnis der beiden Rundfunkgesellschaften eine andere finanzielle Vereinbarung getroffen werden.

Artikel 4
Gegenseitige Zahlungen

Falls sich bei der Verwirklichung dieser Vereinbarung gegenseitige Zahlungen ergeben sollten, so kann eine besondere Vereinbarung geschlossen werden.

Artikel 5
Unterstützung auf dem Gebiete des Fernsehens

1. Auf Ersuchen von Radio Republik Indonesia erklärt das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik seine Bereitschaft, Unterstützung beim Aufbau und bei der Entwicklung des Fernsehens zu gewähren.

2. Über die Verwirklichung dieser Unterstützung soll zu gegebener Zeit eine Zusatzvereinbarung gefertigt werden. Diese Zusatzvereinbarung soll Bestandteil dieser Vereinbarung sein.

Artikel 6
Gültigkeitsdauer

1. Diese Vereinbarung wird für die Dauer von zwei Jahren geschlossen, verlängert sich jedoch für jeweils weitere zwei Jahre, wenn nicht eine der Rundfunkgesellschaften drei Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer ihren Wunsch zum Ausdruck bringt, diese Vereinbarung zu kündigen.
2. Abänderungen oder Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen, nach Einverständnis der beiden Rundfunkgesellschaften, der Schriftform und bilden einen Bestandteil dieser Vereinbarung.

Artikel 7

Diese Vereinbarung ersetzt das Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und Radio Republik Indonesia vom 18. September 1956.

Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.
Diese Vereinbarung wurde in zwei Exemplaren, jedes in deutscher, indonesischer und englischer Sprache, ausgefertigt.
In Streitfällen soll der englische Text ausschlaggebend sein.

Ausgefertigt in Djakarta, am 23. Oktober 1961.

Im Namen
des Staatlichen Rundfunkkomitees der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) K. Nier
Generalkonsul
der Deutschen
Demokratischen Republik

Im Namen
des Rundfunkkomitees
der Republik Indonesien
(gez.) Soekirman
Vizegeneraldirektor

REPUBLIK KONGO*

Telegrammwechsel zwischen dem Minister für Information der Republik Kongo, Anicet Kashamura, und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz (6. Januar 1961)

Minister Kashamura an Minister Dr. Bolz

Ich bitte Sie, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit Belgien aufhört, Rebellentruppen Mobutus in die Provinz Kivumaniam zu schicken.
Ich möchte Ihnen mitteilen, daß belgische Soldaten in der Armee Mobutus tätig sind.
Die Lage ist ernst, gefährdet den Weltfrieden und kann einen weltweiten Konflikt auslösen.

Ich danke Ihnen.

Minister für Information
Kashamura

Minister Dr. Bolz an Minister Kashamura

Exzellenz!
Auf Grund Ihrer an die Deutsche Demokratische Republik gerichteten telegraphischen Bitte und Ihrer Mitteilung, daß belgische Soldaten in der Armee Mobutus tätig sind, habe ich mich an den Vorsitzenden des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen, Seine Exzellenz Botschafter Omar Lutfi, mit folgendem Telegramm gewandt:
„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer Empörung über die zunehmenden aggressiven Handlungen imperialistischer Kräfte gegen die Republik Kongo Ausdruck, wie sie sich erneut in den militärischen Aktionen der Mobutu-Söldner gegen die Provinz Kivu zeigen. Diese völkerrechtswidrigen militärischen Aktionen schaffen eine äußerst gefährliche Lage in Afrika und bedrohen den Weltfrieden. Die Tatsache, daß das Treuhandgebiet der Vereinten Nationen Ruanda-Urundi als Ausgangsbasis für diese Aktionen mißbraucht wurde, verstößt gegen die Charta der Vereinten Nationen.
Die Regierung der DDR ist informiert, daß die Mobutu-Söldner bei ihrer Aggression von belgischen Truppen unterstützt werden

* Siehe auch S. 23.

und daß belgische Armeeangehörige verantwortliche Funktionen in der Söldnerarmee Mobutus einnehmen.
Die Regierung der DDR, die stets für die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Kongo eingetreten ist, protestiert entschieden gegen die Fortsetzung der imperialistischen Machenschaften gegen das kongolesische Volk. Sie fordert mit Nachdruck, diese aggressiven Handlungen sofort einzustellen, und ersucht den Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen, unverzüglich die Maßnahmen einzuleiten, die zur Beendigung der Aggression notwendig sind."
Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wünschen Ihnen, Exzellenz, Erfolg in Ihrem Kampf für die gerechte Sache des kongolesischen Volkes gegen die imperialistischen Kolonisatoren und deren Söldner.

Dr. Lothar Bolz
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der
Deutschen Demokratischen Republik

Telegramm vom 14. Februar 1961 an den amtierenden Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Antoine Gizenga, anläßlich der Ermordung des Ministerpräsidenten Patrice Lumumba*

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, und der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, sandten an den amtierenden Ministerpräsidenten der Republik Kongo in Stanleyville, Antoine Gizenga, nachfolgendes Telegramm:

Exzellenz! Aufs tiefste empört und voller Abscheu verurteilt die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die vorbedachte Ermordung des anerkannten Führers und Hel-

* Der Leiter der Diplomatischen Mission der Republik Kongo in Kairo, Minister Mulele, dankte lt. ADN vom 18. 2. 1961 für die Übermittlung des Beileids mit folgenden Worten:
„Wir haben Ihr Telegramm mit bestem Dank erhalten. Der Inhalt wurde sofort Ministerpräsident Gizenga in Stanleyville zur Kenntnis gebracht. Die rechtmäßige Regierung und das ganze kongolesische Volk danken der Deutschen Demokratischen Republik und ihren führenden Staatsmännern aufrichtig für die Bezeugung der

den des kongolesischen Volkes, des Ministerpräsidenten der einzig rechtmäßigen kongolesischen Regierung, Patrice Lumumba, und seiner beiden Kampfgefährten. Sie übermittelt Ihnen und in Ihrer Person dem gesamten kongolesischen Volk die aufrichtigsten Gefühle der Trauer und des Schmerzes zu diesem schweren Verlust.
Als gewählter Vertreter der Mehrheit seines Volkes gab Patrice Lumumba sein Leben für die Unabhängigkeit seines Landes und für einen freien und friedlichen kongolesischen Staat. Sein Name bleibt ein Fanal im Kampf aller afrikanischen und vieler anderer Völker gegen imperialistische Unterdrückung und Sklaverei.
Seien Sie versichert, daß alle aufrechten Deutschen den Haß Ihres Volkes gegen seine Feinde und die Mörder seines Ministerpräsidenten und seiner engsten Kampfgefährten teilen und von heiligem Zorn gegen die belgischen Kolonialherren, die dieses schwere Verbrechen angestiftet haben, und gegen die kongolesischen Verräterkreaturen, die die verabscheuungswürdige Mordtat vorbereitet und ausgeführt haben, erfüllt sind.
Die Mitschuld an dem Verbrechen trifft auch den UNO-Generalsekretär Hammarskjoeld und das UNO-Kommando in Kongo.
Volkskammer, Staatsrat und Regierung und mit ihnen die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik versichern dem kongolesischen Volk, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um seinem opferreichen Befreiungskampf solidarische Hilfe zu erweisen. Wir sind fest davon überzeugt, daß das kongolesische Volk unter der von Ihnen, Herr Ministerpräsident Gizenga, geführten einzig rechtmäßigen Regierung seine Reihen noch fester zusammenschließen und alle Kräfte anspannen wird, um die Kolonialherren endgültig zu verjagen und die Unabhängigkeit Ihres Landes zu sichern.

Solidarität anläßlich der bestialischen Ermordung eines der größten Kämpfer für die Unabhängigkeit und Freiheit in Kongo, in ganz Afrika und in der Welt, unseres Ministerpräsidenten Lumumba und seiner Kampfgefährten.“

Telegramm des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, vom 25. März 1961 an den amtierenden Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Antoine Gizenga:
Beabsichtigte Zerstückelung Kongos entbehrt jeder rechtlichen Grundlage

Exzellenz!
Gestatten Sie mir, Ihnen den Erhalt Ihres Schreibens vom 8. März dieses Jahres* zu bestätigen. Wir teilen Ihren Standpunkt, daß die von den imperialistischen Marionetten beabsichtigte Zerstückelung der Republik Kongo jeglicher rechtlichen Grundlage entbehrt und die Herrschaft der Kolonialisten über die Republik Kongo aufrechterhalten soll. Wir sind der festen Zuversicht, daß es Ihrer Regierung und allen fortschrittlichen Kräften der Republik Kongo gelingen wird, die Einheit und Unabhängigkeit der Republik Kongo herzustellen und zu bewahren.
Wir versichern Sie nochmals der vollen Sympathie und Solidarität der Deutschen Demokratischen Republik in diesem schweren Kampf.
Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Walter Ulbricht
Vorsitzender des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik

* In einer Erklärung, die von der diplomatischen Vertretung der Republik Kongo in Kairo am 8. März veröffentlicht und auch der Deutschen Demokratischen Republik übermittelt wurde, wandte sich Ministerpräsident Gizenga gegen die Zerstückelungspläne der kongolesischen Verräter Tshombe, Ileo und Kasavubu, die sie auf ihrer Konferenz in Tananarive, der Hauptstadt der madagassischen Republik, erörterten und dann auch tatsächlich beschlossen. Gizenga stellte in der Erklärung fest, daß die von ihm geleitete Regierung weiterhin das gesetzliche Vertrauen des Parlaments genieße und daß nach ihrer Meinung die Wiederherstellung des normalen Lebens des Volkes nur unter den Bedingungen möglich sei, daß die legitime Regierung ihre normale Tätigkeit auf dem gesamten Territorium der Republik erneuert und eine günstige Lage für die Tätigkeit des kongolesischen Parlaments geschaffen werde, das auf Grund seiner Macht das Schicksal des kongolesischen Volkes zu bestimmen habe.

Briefwechsel zwischen dem amtierenden Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Antoine Gizenga, und dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl (Mai 1961)

Der amtierende Ministerpräsident der Republik Kongo, Antoine Gizenga, sandte an die Regierung der DDR eine Botschaft, in der er auf die Situation in der Republik Kongo und die Handlungsweise der UNO-Truppen aufmerksam macht. Während Soldaten des Separatisten Kalonji gegen die Truppen der rechtmäßigen Regierung kämpfen, ist die UNO nicht in der Lage, Soldaten Mobutus, Kalonjis und Tshombes zu entwaffnen; sie entwaffnet aber die Truppen der Regierung Gizenga.
In der Botschaft wird um die Unterstützung aller befreundeten und sympathisierenden Länder und Regierungen gebeten.
Gleichzeitig bittet die Regierung der Republik Kongo um Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Initiative zur Einberufung des kongolesischen Parlaments in Kamina.
Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, übermittelte Ministerpräsident Antoine Gizenga folgendes Antwortschreiben:

Exzellenz!
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat von Ihrer Botschaft an die befreundeten und afro-asiatischen Länder und von Ihrem Appell an die Weltöffentlichkeit Kenntnis genommen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik benutzt diese Gelegenheit, erneut zum Ausdruck zu bringen, daß sie die von Ihnen, Exzellenz, geführte Regierung als die einzig rechtmäßige Vertretung des kongolesischen Volkes anerkennt.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stimmt mit Ihrer Regierung überein, daß das gewählte Parlament das einzig befugte Gremium ist, das rechtmäßige Beschlüsse im Interesse des kongolesischen Volkes fassen kann. Sie mißt Ihrem Vorschlage zur Einberufung des kongolesischen Parlaments nach Kamina und der Schaffung einer neutralen Zone um den Tagungsort große Bedeutung bei und unterstützt diese Maßnahme zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des kongolesischen Volkes. Die Spalterkonferenzen von Tananarive und Coquilhatville sind unrechtmäßig und ihre Beschlüsse im Interesse einer friedlichen und unabhängigen Entwicklung der Republik Kongo unannehmbar.

Ich versichere Sie im Namen der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik der vollen Sympathie und Unterstützung in Ihrem Kampf gegen alle neokolonialistischen Handlungen der Imperialisten.
Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung!

Otto Grotewohl
Vorsitzender des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Telegramm des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 9. September 1961 an den Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Cyrille Adoula

Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in meinem eigenen Namen übermittle ich Ihnen, Exzellenz, und in Ihrer Person dem ganzen kongolesischen Volk die besten Wünsche für einen erfolgreichen antiimperialistischen Kampf um Einheit und Unabhängigkeit.
Die vom Parlament der Republik Kongo beschlossene Fortsetzung des Werkes des kongolesischen Nationalhelden Patrice Lumumba, mit der die von Ihnen geleitete Regierung betraut wurde, findet die volle Sympathie und Unterstützung der Regierung und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik. Damit wird die Republik Kongo gleichzeitig einen wichtigen Beitrag im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens leisten.
Ich versichere Ihnen, daß die Regierung und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bestrebt sind, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern auf der Grundlage der Achtung der Souveränität, der Gleichberechtigung und der friedlichen Koexistenz zwischen den Völkern zu vertiefen.
Ich wünsche Ihnen, Exzellenz, und Ihrer Regierung Erfolg in der Arbeit zum Wohle des kongolesischen Volkes und Ihnen persönlich bestes Wohlergehen.

Otto Grotewohl
Vorsitzender des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

KOREANISCHE VOLKSDEMOKRATISCHE REPUBLIK

Kommuniqué vom 29. März 1961 über die Unterzeichnung eines Protokolls über Warenlieferungen und Zahlungen im Jahre 1961 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Am 29. März 1961 wurde in Berlin zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik ein Protokoll über Warenlieferungen und Zahlungen für das Jahr 1961 unterzeichnet.

Danach liefert die Koreanische Volksdemokratische Republik neben einer Reihe wichtiger Buntmetalle Rohmagnesit, Magnesitklinker und Zinkoxyd; außerdem so traditionelle Waren wie Bleimennige, Graphit, Agar-Agar (Pflanzengelatine), Bienenhonig, Entenfedern und andere Waren.

Die Deutsche Demokratische Republik liefert Erzeugnisse des Maschinenbaus, der feinmechanisch-optischen Industrie, sonstige Ausrüstungen für die Fischerei, Schiffsdieselmotoren; Ausrüstungen für die Textilindustrie, Foto- und Filmmaterial, chemische Erzeugnisse und andere Waren. Die Verhandlungen wurden im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses geführt.

Das Protokoll wurde von deutscher Seite durch den Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Erwin Kerber und von koreanischer Seite durch den Geschäftsträger a. i. der Botschaft der KVDR in der DDR, Chwan Kan, unterzeichnet.

REPUBLIK KUBA

Glückwünsche des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, anläßlich des Nationalfeiertages des kubanischen Volkes am 1. Januar 1961

Erlauben Sie mir, Ihnen und gleichzeitig dem ganzen kubanischen Volk meine herzlichsten Glückwünsche zum Nationalfeiertag des kubanischen Volkes, dem zweiten Jahrestag des Sieges über die Batista-Diktatur, zu übermitteln. Wir beglückwünschen das kubanische Volk zu seiner siegreichen Befreiung von imperialistischer Unterdrückung und feudaler Knechtschaft.

Der Staatsrat und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verfolgen mit tiefer Anteilnahme und Sympathie den tapferen Kampf des kubanischen Volkes um die Erhaltung und Festigung seiner Unabhängigkeit.

Die Einheit, die Siegeszuversicht und die große Kampfbereitschaft des kubanischen Volkes sind die wichtigsten Garanten für die Verteidigung Kubas gegen die aggressiven und friedensfeindlichen Machenschaften des USA-Imperialismus und der Konterrevolution.

Zum Wohle und im Interesse unserer beiden Völker bestehen feste freundschaftliche Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kuba, die sich ständig vertiefen. Nehmen Sie die Versicherung entgegen, daß der Staatsrat und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auch weiterhin fest an der Seite des kubanischen Volkes stehen und seinen Kampf um die Sicherung einer unabhängigen fortschrittlichen Entwicklung des Landes unterstützen werden.

Erlauben Sie mir, Ihnen und dem kubanischen Volk gleichzeitig zum Jahreswechsel herzliche Grüße des Staatsrates und der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, verbunden mit den besten Wünschen für eine weitere erfolgreiche Entwicklung der kubanischen Revolution, zu übermitteln.

*

Aus dem gleichen Anlaß sandte der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, ein Telegramm an den Außenminister der Revolutionären Regierung der Republik Kuba, Dr. Raúl Roa.

Präsident Dr. Osvaldo Dorticós Torrado und Ministerpräsident Dr. Fidel Castro Ruz dankten für die Glückwünsche am 12. 1. bzw. 1. 2. 1961.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Revolutionären Regierung der Republik Kuba über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 29. März 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba sind von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kuba weiter zu festigen und zu entwickeln, das gegenseitige Verständnis der beiden Völker durch die Vermittlung der fortschrittlichen Traditionen und Errungenschaften der Kultur, der Volksbildung und der Wissenschaft zu fördern und durch die Zusammenarbeit der beiden Völker, geleitet von den Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der Souveränität, zur Festigung des Weltfriedens beizutragen, übereingekommen, das folgende Abkommen abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Professor Dr. Alfred Lemmnitz,
Minister für Volksbildung;

die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba

Herrn Dr. Armando Hart Dávalos,
Minister für Erziehung,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Abkommenspartner sind bestrebt, ihre Völker einander näherzubringen und die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und der Kultur zu fördern. Sie verpflichten sich ebenfalls, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des anderen Landes über die Universitäten und andere Einrichtungen ihres Landes zu popularisieren.

Artikel 2

Die Abkommenspartner unterstützen die Einrichtung von Kulturzentren des Partnerlandes in ihrem Lande.
Näheres hierzu wird in einer besonderen Vereinbarung geregelt.

Artikel 3

Die Abkommenspartner fördern und entwickeln die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Verlagswesens, der Presse, des Films, des Rundfunks und des Fernsehens durch den Austausch von Delegationen und Materialien.

Artikel 4

1) Die Abkommenspartner unterstützen den Austausch von Wissenschaftlern und Dozenten zu längeren Studienaufenthalten im anderen Land, um sich mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und den kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen vertraut zu machen.
2) Die Abkommenspartner fördern und unterstützen den Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen Akademien, Universitäten, Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen beider Länder, den Austausch von Informationen und Materialien der wissenschaftlichen Institutionen sowie die Entsendung von Delegationen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches.

Artikel 5

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen den Austausch von Aspiranten, Studenten und Fachschülern zum Studium an entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen des anderen Landes.
Näheres hierzu wird in einer besonderen Vereinbarung geregelt.

Artikel 6

1) Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit der zuständigen Organe beider Länder auf dem Gebiete der Volksbildung.
2) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt sich bereit, die berufliche Aus- und Weiterbildung von Bürgern der Republik Kuba zu unterstützen. Hierzu wird eine besondere Vereinbarung abgeschlossen.

Artikel 7

Die Abkommenspartner fördern den Austausch von Künstlern, Ensembles, Ausstellungen, Konzerten sowie den Austausch von

Delegationen zum Zwecke des Erfahrungsaustausches auf allen Gebieten der Kunst und Literatur.

Artikel 8

Die Abkommenspartner unterstützen die enge Zusammenarbeit zwischen den Bibliotheken, Museen, Archiven und ähnlichen staatlichen Einrichtungen.

Artikel 9

Die Abkommenspartner fördern und unterstützen die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Sportes und gewähren sich Unterstützung bei der Ausbildung und Qualifizierung von Trainern und Sportlehrern.

Artikel 10

1) Zur Realisierung dieses Abkommens werden Arbeitspläne über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit für den Zeitraum von ein bis zwei Jahren vereinbart, die auch die erforderlichen finanziellen Regelungen enthalten.
2) Der Abschluß der Arbeitspläne erfolgt nach vorangegangenen Verhandlungen zwischen den Abkommenspartnern, soweit nicht anderslautende Vereinbarungen getroffen werden, abwechselnd in Havanna und in Berlin.

Artikel 11

Die finanziellen Fragen, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden – soweit nichts anderes festgelegt wird – auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geregelt. Erforderliche Zahlungen erfolgen im Rahmen der jeweils zwischen beiden Ländern gültigen Vereinbarungen über den Zahlungsverkehr.

Artikel 12

1) Das Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um weitere drei Jahre, wenn keiner der Abkommenspartner das Abkommen mindestens sechs Monate vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer schriftlich kündigt.
2) Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu diesem Abkommen sind auf offiziellem Wege dem Abkommenspartner zuzuleiten. Die zwischen den Abkommenspartnern vereinbarten Änderun-

gen und Ergänzungen bedürfen der Bestätigung entsprechend den innerstaatlichen Bestimmungen beider Länder.

Artikel 13

Das vorliegende Abkommen tritt mit dem Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.
Das vorliegende Abkommen wurde in zwei Exemplaren, je in deutscher und spanischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.
Zum Beweise dessen haben die obengenannten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Berlin, den 29. März 1961

In Vollmacht
der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik
(gez.) Prof. Dr. Lemmnitz

In Vollmacht
der Revolutionären Regierung
der Republik Kuba
(gez.) Hart

Zur bewaffneten Intervention gegen die Republik Kuba (April 1961)

Schreiben des Staatsrates und des Ministerrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front vom 18. April 1961 an den Ministerpräsidenten der Revolutionären Regierung der Republik Kuba, Comandante Dr. Fidel Castro Ruz, Havanna

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verurteilen voller Empörung den verbrecherischen Überfall, der vom USA-Imperialismus vorbereitet und organisiert und vom Territorium der USA aus mit amerikanischen Waffen und Flugzeugen gegen die Republik Kuba unternommen wurde. Dieser schändliche Anschlag auf die Freiheit und Unabhängigkeit des kubanischen Volkes ist zugleich ein Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes und auf den Weltfrieden.
Der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland versichern der Revolutionären Regierung Kubas und dem ganzen kubanischen Volke im Namen der Be-

völkerung der Deutschen Demokratischen Republik und aller anderen friedliebenden Deutschen ihre volle Solidarität und erklären, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun werden, um den heldenhaften Kampf des kubanischen Volkes zu unterstützen.
Kuba darf dessen sicher sein, daß es nicht allein steht. Alle Länder des sozialistischen Lagers, darunter auch die Deutsche Demokratische Republik, stehen fest an der Seite des kubanischen Volkes. Die aggressiven Kräfte der USA, die den Überfall auf Kuba organisierten, haben auch in Westdeutschland den Imperialismus wieder aufgerichtet, von dem die Hauptgefahr für den Frieden in Europa ausgeht. Aufs engste mit dem USA-Imperialismus verbündet, als seine Komplicen bei allen Aggressionshandlungen, leisten die westdeutschen Imperialisten auch dem schändlichen Überfall auf das kubanische Volk Vorschub.
Es kann nicht als Zufall angesehen werden, daß die USA-Imperialisten den Entschluß zur Aggression gegen Kuba in einer Zeit faßten, da der Bonner Kanzler Adenauer und der Oberbefehlshaber der westdeutschen Streitkräfte, der Nazigeneral und Kriegsverbrecher Foertsch, in den USA anwesend waren, um mit dem NATO-Stab in Washington, an dessen Spitze der Nazigeneral Heusinger steht, über weitere Aggressionspläne zu beraten.
Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik hat bei der UNO gegen den Überfall auf Kuba protestiert und Maßnahmen zur sofortigen Unterbindung der Aggression gefordert.*
Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gibt ihrer tiefen Sympathie mit dem gerechten Kampf des kubanischen Volkes Ausdruck und ist fest überzeugt, daß das tapfere kubanische Volk, geschlossen wie nie zuvor, unter Führung seines Ministerpräsidenten Fidel Castro die Aggressoren vernichten und den Sieg erringen wird.

Der Staatsrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Walter Ulbricht

Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Der Nationalrat der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland
Prof. Dr. Dr. Correns

* Siehe S. 368.

**Telegramm
des Ministerrates der DDR vom 18. April 1961 an den Vorsitzenden
des Politischen Ausschusses der XV. UNO-Vollversammlung,
Herrn Karel Kurka, New York**

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik protestiert gegen den verbrecherischen Überfall auf das kubanische Volk, der vom Territorium der USA aus mit amerikanischen Waffen und mit Unterstützung der USA und von den USA abhängiger Staaten unternommen wurde. Dieser hinterhältige Anschlag verletzt alle Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere das in der Charta der Vereinten Nationen normierte Aggressionsverbot. Er richtet sich gegen die Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität des kubanischen Volkes und zielt darauf ab, die Errungenschaften der kubanischen Revolution zu liquidieren, die legale Regierung der Republik Kuba zu stürzen und die Herrschaft USA-höriger Kräfte in Kuba zu erreichen. Die Aggression gegen die Republik Kuba bedroht den Weltfrieden.
Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik fordert den Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um der Aggression gegen die Republik Kuba sofort Einhalt zu gebieten und die Aggressoren zur Verantwortung zu ziehen. Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik bringt den Willen der Bevölkerung der DDR zum Ausdruck, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um den Kampf des kubanischen Volkes für die Verteidigung seiner Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die UNO ihrer Verantwortung für die Sicherung des Weltfriedens und für die Garantie der Souveränität der Staaten gerecht wird und der Aggression gegen die Republik Kuba ein Ende bereitet.
Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ersucht den Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung, ihren Standpunkt in dieser Frage allen UNO-Mitgliedstaaten zur Kenntnis zu bringen.

Vorsitzender des Ministerrates der
Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl

Schreiben
des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
vom 18. April 1961 an den kubanischen Außenminister Dr. Raúl Roa

Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kuba, Carlos Olivares Sanchez, sandte an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, am 17. April 1961 ein Telegramm. In diesem Telegramm wies er die verlogenen Behauptungen der USA-Regierung zurück, die versuchte, die erfolgte Aggression gegen die Republik Kuba falsch darzustellen.
Darauf übermittelte der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz dem kubanischen Außenminister Dr. Raúl Roa folgendes Antworttelegramm:

Seiner Exzellenz, Dr. Raúl Roa,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kuba,
Havanna

Eure Exzellenz!
Mit tiefer Bewegung habe ich von Ihrem Telegramm über den barbarischen Angriff auf Ihre Heimat Kenntnis genommen. Im Namen des Ministerrates der DDR versichere ich Ihnen, daß die DDR alle Schritte Ihrer Regierung unter Leitung von Comandante Dr. Fidel Castro Ruz begrüßt und nach Kräften unterstützen wird.
Es ist mir in dieser Stunde ein Bedürfnis, Eurer Exzellenz in Ihrer verantwortlichen Tätigkeit zur Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit Ihres Landes gegen die verbrecherische Aggression des USA-Imperialismus und seiner Komplicen vollen Erfolg zu wünschen und meiner festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß der heldenhafte Kampf Ihres Volkes, den wir mit tiefer Anteilnahme verfolgen, die Aggressoren vom freien Boden Kubas hinwegfegen wird.
Ich benutze diese Gelegenheit, um Eure Exzellenz meiner vorzüglichsten Hochachtung zu versichern.

Dr. Lothar Bolz
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Deutschen Demokratischen Republik

Glückwunschtelegramm vom 21. April 1961
zum Sieg des kubanischen Volkes über die Aggressoren

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, und der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutsch-

land, Professor Dr. Dr. h. c. Erich Correns, beglückwünschten den Ministerpräsidenten der Revolutionären Regierung der Republik Kuba, Comandante Dr. Fidel Castro Ruz, telegrafisch zu dem großartigen Sieg des kubanischen Volkes über die Aggressoren. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland beglückwünschen Sie und in Ihrer Person das ganze kubanische Volk zu dem großartigen Sieg, den es unter Ihrer Führung über die Aggressoren, die gedungenen Werkzeuge des USA-Imperialismus, errungen hat. Gleichzeitig versichern wir Sie unserer tiefen Anteilnahme für die Opfer, die das kubanische Volk im Kampf um seine Unabhängigkeit und Freiheit gebracht hat.
Der Staatsrat, der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Bürger unserer Republik und mit ihnen alle friedliebenden Deutschen haben mit großer Sympathie den heldenhaften Kampf des kubanischen Volkes verfolgt.
Die Bevölkerung der DDR hat in gewaltigen Kundgebungen und durch Protestaktionen ihren Abscheu gegen den USA-Imperialismus und seine Machenschaften sowie ihre Solidarität mit dem kubanischen Volk zum Ausdruck gebracht.
Die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba und das kubanische Volk haben alle Berechnungen des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten, zu denen in erster Linie auch der westdeutsche Imperialismus gehört, zunichte gemacht und in überwältigender Weise ihre Einheit und Geschlossenheit im Kampf zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes vor der ganzen Welt unter Beweis gestellt. Die Niederwerfung der vom USA-Imperialismus organisierten Aggression ist zugleich ein großer Sieg für den Frieden und eine Ermutigung für alle anderen Völker, die noch um ihre Freiheit ringen.
Wir sind davon überzeugt, daß die Revolutionäre Regierung der Republik Kuba und das tapfere kubanische Volk auch weiterhin wachsam sind und die Machenschaften der Imperialisten und ihrer Söldlinge durchkreuzen werden. Der Staatsrat und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen

Republik versichern Ihnen, daß sie fest an der Seite des kubanischen Volkes stehen und alles in ihren Kräften Stehende tun werden, um ihm bei der Verteidigung seiner Freiheit und der weiteren Festigung der Republik Kuba solidarisch zu helfen.

Danktelegramm des Präsidenten der Republik Kuba, Dr. Osvaldo Dorticós Torrado, vom 27. April 1961

Das Volk und die Regierung Kubas, die die von Eurer Exzellenz zum Ausdruck gebrachten herzlichen Bekundungen der Zustimmung und der Solidarität mit unserer Sache kennen, möchten der Regierung und der Bevölkerung unserer Bruderrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, durch mich ihre tiefste Dankbarkeit aussprechen. Die Deutsche Demokratische Republik verurteilte den verbrecherischen Überfall, dessen Opfer unser Vaterland geworden ist. Diese Verurteilung zeigt einmal mehr die Solidarität der Völker, die unter dem gemeinsamen Ideal des Fortschritts und des Weltfriedens zusammenstehen, und dient gleichzeitig als feste Stütze im Kampf gegen den Imperialismus. Die revolutionären Streitkräfte Kubas und die nationale Arbeiter- und Bauernmiliz haben die Interventen besiegt und wurden dabei durch die feste Unterstützung der sozialistischen Länder angespornt. Das festigt die Einheit im Kampf gegen die Unterdrücker und Feinde der Selbstbestimmung der Nationen.
Nehmen Sie bitte, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegen.

Ministerpräsident Fidel Castro an Ministerpräsident Otto Grotewohl (5. Mai 1961)

Im Namen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung möchte ich Eurer Exzellenz unseren tiefen Dank für Ihre Hilfs- und Solidaritätskundgebungen für die Sache Kubas zum Ausdruck bringen. Unsere bewaffneten revolutionären Streitkräfte und die nationalen Milizen der Arbeiter und Bauern haben die von dem amerikanischen Imperialismus organisierten und dirigierten Kräfte der Intervention geschlagen. In ihrem Kampf gegen die Aggressoren hatten sie als wertvollen Ansporn den Beistand aller sozialistischen Länder, der darauf gerichtet war, den Bestrebungen nach Freiheit, die allen Völkern der Welt eigen sind, zum endgültigen Sieg zu verhelfen. Nehmen Sie bitte, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung entgegen.

REPUBLIK MALI

Kommuniqué vom 17. April 1961 über den Abschluß von Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mali

Dem Wunsche beider Regierungen entsprechend weilte eine Regierungsdelegation der DDR im April 1961 in der Republik Mali.

Während ihres Aufenthaltes nahm die deutsche Delegation unter Leitung des Legationsrates Dr. Lessing verschiedene Kontakte auf und führte u. a. Gespräche mit einer Delegation der Regierung der Republik Mali unter Leitung des Ministers für Handel und Industrie, Herrn Hamacire N'Douré.

Diese Besprechungen betrafen beide Staaten interessierende Fragen, darunter insbesondere der Entwicklung des Handels und der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Die sehr freundschaftlichen, vom gegenseitigen Verständnis begleiteten Gespräche führten schnell zum Abschluß von Handels- und Zahlungsabkommen zwischen beiden Ländern, die geeignet sind, deren Beziehungen zu festigen.

Diese Verträge wurden am 17. April 1961 von Legationsrat Dr. Lessing im Namen der Regierung der DDR und Herrn N'Douré, Minister für Handel und Industrie, im Namen der Regierung der Republik Mali unterzeichnet.

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zu festigen, sind beide Delegationen weiterhin prinzipiell übereingekommen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abzuschließen. Dieses Abkommen wird in Berlin anläßlich des Besuches einer Delegation der Republik Mali unterzeichnet werden.

MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK

Glückwunschtelegramm zum 40. Jahrestag des Sieges der Mongolischen Volksrevolution am 11. Juli 1961

Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Sieges der Mongolischen Volksrevolution am 11. Juli übersandten der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Dr. Dr. h. c. Erich Correns, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Shamsarangyn Sambu, und dem Ersten Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Vorsitzenden des Ministerrates der Mongolischen Volksrepublik, Jumshagin Zedenbal, folgendes Glückwunschtelegramm:

Teure Genossen und Freunde!

Im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und in unserem eigenen Namen übermitteln wir Ihnen und dem mongolischen Volk zum 40. Jahrestag des Sieges der Mongolischen Volksrevolution herzliche Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße.

Vor 40 Jahren folgte das mongolische Volk als erstes Land erfolgreich dem Beispiel der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei, der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, an deren Spitze die tapferen Söhne des mongolischen Volkes Suche-Bator und Tschoibalsan standen, brach es den Widerstand der inneren und äußeren Feinde und schuf die Voraussetzung für die Bildung eines unabhängigen und souveränen Staates.

Befreit von der jahrhundertelangen Ausbeutung durch die feudalistischen und ausländischen Unterdrücker begann das mongolische Volk den Kampf für die Überwindung der feudalistischen und kolonialistischen Rückständigkeit und beschritt erfolgreich den Weg vom Feudalismus zum Sozialismus.

Die großen Erfolge, die das mongolische Volk auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens seit dem Sieg der antiimperialistischen und antifeudalistischen Revolution vor 40 Jahren erzielt hat, zeigen, zu welchen Leistungen ein Volk fähig ist, das frei von jeglicher Unterdrückung seine Geschicke in die eigenen Hände nimmt.

Mit brüderlicher Anteilnahme verfolgen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die großen Anstrengungen, die das mongolische Volk gegenwärtig unternimmt, um die gewaltigen Aufgaben des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu erfüllen, die der XIV. Parteitag der Mongolischen Revolutionären Volkspartei gestellt hat.
Indem die mongolischen Werktätigen mit der Erfüllung des dritten Fünfjahrplanes einen entscheidenden Schritt zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in ihrem Lande tun, stärken sie zugleich die große sozialistische Völkergemeinschaft.
Unter der Führung der mächtigen Sowjetunion wächst die Kraft des sozialistischen Weltsystems unaufhaltsam. Immer mehr stellt es seine Überlegenheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens gegenüber dem imperialistischen Weltsystem unter Beweis, dessen Zerfall ebenso unaufhaltsam ist.
Das Wiener Treffen des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, mit dem Präsidenten der USA, J. F. Kennedy, hat erneut bewiesen, daß alle herangereiften internationalen Fragen auf dem Wege von Verhandlungen geklärt und gelöst werden müssen. Das internationale Geschehen wird immer mehr von den Kräften des Friedens und des Sozialismus bestimmt, die entschieden für die allgemeine und vollständige Abrüstung, für die internationale Entspannung und für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz kämpfen.
In diesem Kampf ist angesichts der verstärkten Kriegsvorbereitungen und der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Militaristen und Revanchisten der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Lösung des Westberlinproblems eine unaufschiebbare Forderung aller friedliebenden Völker geworden.
Wir danken Ihnen, liebe mongolische Freunde, für die ständige Unterstützung, die uns die Mongolische Volksrepublik in diesem Kampf erweist.
Die Deutsche Demokratische Republik fühlt sich brüderlich verbunden mit der Mongolischen Volksrepublik und allen Ländern unserer großen sozialistischen Familie. Die auf dem Marxismus-Leninismus beruhende Einheit und Geschlossenheit sind die feste Garantie für unseren weiteren siegreichen Vormarsch zum Frieden und Wohlstand. Die edlen Ideen des sozialistischen Internationalismus werden die freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern noch fester knüpfen.

Teure Genossen! Wir wünschen dem mongolischen Brudervolk und Ihnen persönlich von ganzem Herzen weitere große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in Ihrem Lande und im Kampf für die Sicherung des Friedens in der Welt.

Abkommen zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und der Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks vom 28. September 1961

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und die Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik
sind,
mit dem Ziel, die freundschaftliche Verbindung zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und der Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik weiter zu entwickeln und zu festigen,
übereingekommen,
das folgende Abkommen zu schließen:

Artikel 1

Die Abkommenspartner werden einen ständigen Austausch von Programmaterialien vornehmen. Diese Materialien sollen die Entwicklung in den beiden Ländern auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet beinhalten.
Der Austausch der Materialien – Tonbandaufnahmen und Manuskripte – erfolgt in deutscher und in mongolischer Sprache unter Beifügung eines Manuskriptes in russischer Sprache.

Artikel 2

Das unmittelbare Angebot zum Austausch von Musikmaterialien geschieht auf Grund des im Katolog der Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT) veröffentlichten Verzeichnisse auf Ansuchen eines der Abkommenspartner und auf besondere Anforderung.

Außerdem tauschen beide Abkommenspartner Tonbänder mit Werken zeitgenössischer Komponisten aus. Diese Materialien werden mit Erläuterungen und Biografien versehen.

Artikel 3

Die Abkommenspartner veranstalten einmal im Jahr eine „Woche der Kultur und Musik“ des anderen Abkommenspartners. Die „Woche der deutschen Kultur und Musik“, die die Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik veranstaltet, beginnt immer am 7. Oktober, dem Nationalfeiertag der Deutschen Demokratischen Republik; und die „Woche der mongolischen Kultur und Musik“, die das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik veranstaltet, beginnt immer am 11. Juli, dem Nationalfeiertag der Mongolischen Volksrepublik.
Die Abkommenspartner stellen sich gegenseitig Materialien zur Verfügung, die für die Gestaltung dieser Sendungen notwendig sind. Diese Materialien müssen 4 Wochen vorher im Besitz des Partners sein.

Artikel 4

Das Staatliche Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik informiert die Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik über die Einführung neuer Programmgattungen, Programmtypen und neuer Formen der Programmgestaltung.
Beide Seiten informieren sich über den technischen Fortschritt auf dem Gebiet des Rundfunkwesens.

Artikel 5

Die Abkommenspartner arbeiten gemeinsam in Aktionen, die von der Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT) oder in deren Rahmen veranstaltet werden.
Bei internationalen Ereignissen, die im Interesse beider Abkommenspartner liegen, leisten sie sich nötigenfalls Hilfe.

Artikel 6

Die Abkommenspartner tauschen zwecks Übermittlung von Erfahrungen und zwecks Organisierung von Sendungen Mitarbeiter des Rundfunks aus.

Die Anzahl der Personen und die Dauer des Aufenthaltes werden im Jahresplan über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern festgelegt.
Die Berechnung der Kosten für die Hin- und Rückreise und den Aufenthalt im Gastland erfolgt entsprechend den Finanzbestimmungen, die in dem Plan zum Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern festgelegt sind.

Artikel 7

Der Austausch von Materialien auf Grund dieses Abkommens geschieht kostenlos.
Für die Wahrung der Autoren- und Lizenzrechte ist, übereinstimmend mit den in den einzelnen Ländern gültigen Gesetzen, die versendende Seite verantwortlich.

Artikel 8

Sollten sich aus diesem Abkommen Zahlungen ergeben, so haben sie im Rahmen der zwischen den Regierungen beider Länder bestehenden Vereinbarungen zu erfolgen.

Artikel 9

Die Abkommenspartner verwenden die im Austausch erhaltenen Materialien in ihren Programmen nach eigenem Ermessen.

Artikel 10

Die Abkommenspartner kontrollieren halbjährlich die Durchführung dieses Abkommens und zwar bis zum 30. Juni und bis zum 31. Dezember. Zu diesem Zweck tauschen beide Partner über die Arbeit im vergangenen Halbjahr schriftliche Bewertungen aus, ferner Bemerkungen und Vorschläge bezüglich der weiteren Durchführung des Abkommens.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um fünf weitere Jahre, wenn keiner der beiden Abkommenspartner das Abkommen mindestens drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeitsdauer kündigt.

(2) Änderungen und Zusätze zu diesem Abkommen bedürfen der Schriftform und des Einverständnisses der Abkommenspartner.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rundfunks zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Rundfunkkomitee beim Ministerrat der Mongolischen Volksrepublik vom 18. Juli 1955 seine Gültigkeit.*

Das Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Dieses Abkommen wurde in Berlin in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und in mongolischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Berlin, den 28. September 1961

Im Namen des Staatlichen Rundfunkkomitees der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Ley	Im Namen der Verwaltung für Information und Rundfunk der Mongolischen Volksrepublik (gez.) Balshid

* Siehe Band IV, S. 559 ff.

VOLKSREPUBLIK POLEN

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen vom 18. Januar 1961 über den Bau und die Finanzierung der Erdölfernleitung aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in die Volksrepublik Polen und die Deutsche Demokratische Republik

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen haben auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Bau einer Erdölfernleitung UdSSR – Volksrepublik Polen – Deutsche Demokratische Republik vom 18. Dezember 1959 – im weiteren Text Grundabkommen genannt – folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Trasse der Rohrleitung, die sich auf dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der aus den Erdöl führenden Gebieten an der Wolga verlaufenden Rohrleitung vereinigt, wird auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen von der polnisch-sowjetischen Grenze in der Gegend von Wysokie Litewski und Tokary über Wegrow und Debe nach der zu bauenden Raffinerie in der Ortschaft Plock und weiter über Gostynin, Wrzesnia, Poznań, Skwierzyna nach der deutsch-polnischen Grenze in der Gegend von Bielinek und Lunow/Oder verlaufen.
Die Rohrleitungstrasse auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik wird von der deutsch-polnischen Grenze in der Gegend von Bielinek und Lunow/Oder nach der Raffinerie Schwedt verlaufen.

Artikel 2

Jeder der beiden Abkommenspartner übernimmt die Ausarbeitung des Vorprojektes, des technischen Arbeitsprojektes und des Bauablaufplanes für den Bau des auf seinem Gebiet verlaufenden Rohrleitungsabschnittes auf der Grundlage des gemäß Artikel 2 des Grundabkommens erarbeiteten und abgestimmten Generalschemas.
Das Vorprojekt des Oderüberganges ist zwischen den Projektierungsbüros beider Abkommenspartner abzustimmen.

Artikel 3

Den Bau der Rohrleitung wird jede Seite entsprechend Artikel 3 des Grundabkommens auf ihrem Gebiet mit Kräften der eigenen Bau- und Montageorganisationen durchführen, mit Ausnahme des Überganges der Rohrleitung über die Oder, dessen Projektierung und Bau die Deutsche Demokratische Republik ganz durchführt.

Artikel 4

Die Abkommenspartner verpflichten sich zum gegenseitigen Austausch von Erfahrungen während der Projektierung und des Baues der Rohrleitung.

Artikel 5

Die Rohrleitung wird auf dem Abschnitt von der polnisch-sowjetischen Grenze bis Plock aus isolierten Rohren von 630 mm Außendurchmesser mit einer Enddurchlaßfähigkeit von 11,5 Mio t Erdöl jährlich und auf dem Abschnitt von Plock bis zur deutsch-polnischen Grenze aus isolierten Rohren von 529 mm Außendurchmesser mit einer Enddurchlaßfähigkeit von 7,5 Mio t Erdöl jährlich für die Deutsche Demokratische Republik gebaut.
Falls die Durchlaßfähigkeit des Rohrleitungsabschnittes Tokary—Plock die geplante Fördermenge von 11,5 Mio t Erdöl jährlich übersteigt, wird grundsätzlich die Mehrförderung nach dem gleichen Verteilerschlüssel wie für die Rohrlieferungen auf die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen aufgeteilt. Eine Abweichung davon ist durch zweiseitige Vereinbarungen möglich.
Die Abkommenspartner verpflichten sich, die von ihnen gebauten Rohrleitungsabschnitte bis Ende 1963 mit einer Anfangsdurchlaßfähigkeit von 4 Mio t jährlich auf dem Abschnitt Tokary—Plock und 2 Mio t jährlich auf dem Abschnitt Plock—Schwedt in Betrieb gehen zu lassen.
Die weitere Steigerung der Durchlaßfähigkeit wird zwischen den Seiten laut folgendem Verteilungsplan abgestimmt:

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Polen	2,0	2,0	2,0	4,0	4,0	4,0	4,0
DDR	4,0	4,0	5,2	6,8	6,8	7,5	7,5
Insgesamt	6,0	6,0	7,2	10,8	10,8	11,5	11,5

Der vorgesehene Termin für die Inbetriebnahme der Erdölleitung ist von der Durchführung der im Grundabkommen vorgesehenen Verpflichtung abhängig.

Artikel 6

Die Deutsche Demokratische Republik verpflichtet sich, der Volksrepublik Polen Rohre, Ausrüstungen und Materialien mit Ausnahme von Zement, Ziegel, Armierungseisen, Holz und Dachpappe, die zur Ausrüstung eines 161 km langen Rohrleitungsabschnittes von der polnisch-sowjetischen Grenze bis zur Basis Plock erforderlich sind, sowie die gesamte Menge von Rohren, Ausrüstungen und Materialien, mit Ausnahme von Zement, Ziegel, Armierungseisen, Holz und Dachpappe, die zur Ausrüstung des 427 km langen Abschnittes von der Basis Plock bis zur deutsch-polnischen Grenze notwendig sind, zu liefern.
Zur Sicherung der Einhaltung des im Artikel 5 des vorliegenden Abkommens festgelegten Termins der Inbetriebnahme der Rohrleitung hat die Realisierung obiger Lieferungen zu folgenden Terminen zu erfolgen:

a) Rohre (einschließlich Isolier- und Schweißmaterial) mit 630 mm Außendurchmesser und 7—9 mm Wandstärke, die den auf dem betreffenden Abschnitt herrschenden Betriebsdruck sicherstellen
1961 — 30 km
1962 — 90 km
1963 — 41 km
(1. Halbjahr)

b) Rohre (einschließlich Isolier- und Schweißmaterial) mit 529 mm Außendurchmesser und 7—8 mm Wandstärke, die den auf dem betreffenden Abschnitt herrschenden Betriebsdruck sicherstellen
1960 — 70 km
1961 — 150 km
1962 — 150 km
1963 — 57 km
(1. Halbjahr)

c) Die für den Übergang über Flüsse, Straßen und Eisenbahnlinien erforderlichen Rohre (einschließlich Isolier- und Schweißmaterial) entsprechend dem abgestimmten und bestätigten Bauablaufplan.

d) Komplette Pumpen-Aggregate mit Elektromotoren und andere Ausrüstungen und Materialien mit Ausnahme von

Zement, Ziegel, Armierungseisen, Holz und Dachpappe, die für den Bau und die Ausrüstung der Rohrleitung von 1960 bis zur Beendigung des Baues zur vollen Auslastung der Leitung unbedingt notwendig sind, entsprechend den abgestimmten und bestätigten Bauablaufplänen.

Die Festsetzung der Mengen und Spezifikation der nach Punkt c) und d) zu liefernden Waren erfolgt durch die Abkommenspartner nach Bestätigung des Vorprojektes. Das Harmonogramm der Lieferungen von Ausrüstungen und Materialien wird alljährlich durch die zuständigen Außenhandelsunternehmen beider Abkommenspartner abgestimmt. In den Vereinbarungen der Außenhandelsunternehmen sind die Mengen der einzelnen Material-Positionen festzulegen, wobei innerhalb der Positionen ein mengen- bzw. wertmäßiger Austausch erfolgen kann.

Die technischen Bedingungen der Ausführung und Abnahme dieser Waren werden zwischen den zuständigen Außenhandelsunternehmen vereinbart.

Artikel 7

Die Deutsche Demokratische Republik liefert der Volksrepublik Polen die zur Ausrüstung der Rohrleitung auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen erforderlichen kompletten Pumpen-Aggregate mit Elektromotoren über die Lieferungen hinaus, von denen im Artikel 6 dieses Abkommens die Rede ist. Die eingehende Spezifikation und das Harmonogramm obiger Lieferungen werden alljährlich durch die zuständigen Außenhandelsunternehmen beider Abkommenspartner abgestimmt. Diese Lieferungen erfolgen über die Kontingente des jeweilig gültigen Handelsabkommens hinaus entsprechend den Bedingungen, die den deutsch-polnischen Handelsabkommen zugrunde liegen.

Artikel 8

Die Volksrepublik Polen stellt die Versorgung des Baues der Rohrleitung mit Rohren, Ausrüstungen und Materialien sicher, die zur Ausrüstung eines 87 km langen Teiles des Abschnittes der Rohrleitung von der polnisch-sowjetischen Grenze bis zur Basis Plock erforderlich sind, mit Ausnahme der Ausrüstungen, von denen im Artikel 7 dieses Abkommens die Rede ist. Obengenannte Rohre und Materialien müssen zu folgenden Terminen bereitgestellt werden:

a) Isolierte Rohre mit 630 mm Außendurchmesser und 7–9 mm

Wandstärke, die den in der Rohrleitung auf dem betreffenden Abschnitt herrschenden Betriebsdruck sicherstellen

1960 – 20 km
1961 – 30 km
1962 – 30 km
1963 – 7 km
(1. Halbjahr)

b) Isolierte Rohre entsprechend dem abgestimmten und bestätigten Bauablaufplan, die für den Übergang über Flüsse, Straßen und Eisenbahnlinien erforderlich sind.

Artikel 9

Die Deutsche Demokratische Republik gewährt der Volksrepublik Polen einen Kredit bis zur Höhe von 38.250 TRbl. für die Finanzierung der Lieferungen von Rohren, Ausrüstungen und Materialien, die in Artikel 6 aufgeführt sind.

Die Deutsche Demokratische Republik gewährt der Volksrepublik Polen einen weiteren Kredit bis zur Höhe von 19.575 TRbl. für die Finanzierung

a) der Baumaterialien, für den auf die Deutsche Demokratische Republik entfallenden Anteil;
b) sonstiger Entwurfs-, Bau- und Montagekosten einschließlich Arbeitslöhne für den 161 km langen Teilabschnitt der Rohrleitung von der polnisch-sowjetischen Grenze bis zur Ortschaft Plock;
c) sonstiger Entwurfs-, Bau- und Montagekosten einschließlich Arbeitslöhne für den 427 km langen Abschnitt der Rohrleitung von der Ortschaft Plock bis zur deutsch-polnischen Grenze.

Der Kredit entsprechend a), b) und c) wird in Form der Lieferung von allgemeinen Konsumgütern und technischen Konsumartikeln zur Verfügung gestellt.

Die Mengen und das Warensortiment werden in den Handelsprotokollen vereinbart werden, die von den Außenhandelsministerien beider Abkommenspartner alljährlich abgeschlossen werden; diese Warenlieferungen werden dem Warenkontingent nicht angerechnet, das im Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen für die Jahre 1961 bis 1965 festgelegt ist.

Die Kreditsumme, die der Volksrepublik Polen in den einzelnen Jahren zur Verfügung gestellt wird, ergibt sich aus den im Arti-

kel 13 genannten Verträgen mit Ausnahme der Verträge über die Lieferungen, die im Artikel 7 vorgesehen sind. Der Kredit wird mit 1,5 % jährlich verzinst.

Artikel 10

Die Deutsche Notenbank und die Narodowy Bank Polski eröffnen gegenseitig ein spesenfreies Kreditkonto.
Die Technik der Führung des Kontos wird in einer besonderen Vereinbarung zwischen beiden Banken festgelegt.

Artikel 11

Die Rückzahlung des Kredits erfolgt innerhalb von 10 Jahren vom Beginn der Inbetriebnahme der Erdölleitung.
Für die Rückzahlung des im Artikel 9 genannten Kredits einschließlich Zinsen wird die polnische Seite 50 % der durch die deutsche Seite vom zweiten bis fünften Jahr der Exploitation der Erdölfernleitung gezahlten Transitgebühren vorsehen.
Die Transitgebühren des ersten Jahres nach Inbetriebnahme werden nicht zur Rückzahlung des Kredits verwendet.

Artikel 12

Die Deutsche Demokratische Republik zahlt für den Zeitraum der ersten fünf Jahre als Transitgebühren für das durch die Erdölfernleitung an die Deutsche Demokratische Republik beförderte Erdöl je Tonne 2,02 Rubel an die Volksrepublik Polen.
Nach Ablauf der ersten fünf Jahre wird anhand der bis dahin getätigten Kreditrückzahlung / Auslastung der Leitung / und auf der Grundlage der von der Volksrepublik Polen durchgeführten Kostenanalyse für den Bau und den Betrieb der Erdölfernleitung die Höhe der Transitgebühren und der Jahresraten für die Rückzahlung des Kredits von den Abkommenspartnern gemeinsam überprüft und, falls erforderlich, neu festgelegt.
Dabei ist die Einhaltung der gemäß Artikel 11 festgelegten Frist zur Tilgung des von der Deutschen Demokratischen Republik an die Volksrepublik Polen gewährten Kredits von 10 Jahren zu gewährleisten.
Nach 10 Jahren des Betriebes der Erdölfernleitung werden die Abkommenspartner die Transitgebühren für die weiteren Jahre festlegen.

Artikel 13

Die Einzelheiten der Bedingungen für Lieferungen gemäß Artikel 6, 7 und 9 finden ihren Niederschlag in Verträgen, die von den dazu ermächtigten Außenhandelsunternehmen entsprechend dem Vertragsmodus der jeweils gültigen Abkommen über den gegenseitigen Warenaustausch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen abgeschlossen werden. Die in den genannten Verträgen enthaltenen Waren finden keine Anrechnung auf die in dem Abkommen über den gegenseitigen Warenaustausch festgelegten Kontingente. Diese Verträge sind spätestens drei Monate vor Beginn eines jeden Jahres in Übereinstimmung mit den Allgemeinen Bedingungen des RGW 1958 abzuschließen.

Artikel 14

Im Falle einer Änderung des Goldgehaltes des Rubels wird der zum Tage der erfolgten Änderung nicht in Anspruch genommene Betrag des gemäß diesem Abkommen gewährten Kredits und der Saldo auf dem im Artikel 10 dieses Abkommens angeführten Konto so umgerechnet, daß deren in Gold ausgedrückter Gegenwert der gleiche bleibt wie vor der Änderung.
Auf die gleiche Art werden in Rubel ausgedrückte Forderungen sowie in Rubel ausgedrückte Beträge aller abgeschlossenen und bis zum Tag der Änderung nicht erfüllten Verträge oder nicht erfüllten Teile von Verträgen umgerechnet.

Artikel 15

Die Durchführung des vorliegenden Abkommens wird von einer zu diesem Zweck zu bildenden deutsch-polnischen Kommission überwacht. Jeder Abkommenspartner entsendet vier Vertreter in diese Kommission. Die Kommission gibt sich ein Statut. Alle Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, werden von der Kommission entschieden. Ausgenommen hiervon sind Streitigkeiten, die sich zwischen den Außenhandelsunternehmen aus den Lieferverträgen ergeben, für deren Regelung das in den Allgemeinen Bedingungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1958 vorgesehene Schiedsgericht zuständig ist.

Artikel 16

Die Volksrepublik Polen übernimmt die Verpflichtung, die Erdölmengen, die die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

für die Deutsche Demokratische Republik liefert, durch die Rohrleitung über ihr Gebiet aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in die Deutsche Demokratische Republik zu befördern.

Artikel 17

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Warszawa, den 18. Januar 1961 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Rechtskraft besitzen.

In Vollmacht der Regierung
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Dr. Winkler

In Vollmacht der Regierung
der Volksrepublik
Polen
(gez.) K. Zemaitis

Kommuniqué über die II. Arbeitstagung des Deutsch-Polnischen Ausschusses für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 27. bis 29. Juli 1961 in Berlin

Der Deutsch-Polnische Ausschuß für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit führte vom 27. bis 29. Juli 1961 in Berlin seine II. Arbeitstagung durch, auf der volkswirtschaftliche Fragen von beiderseitigem Interesse beraten wurden.

Der Wirtschaftsausschuß nahm einen Bericht über die Ergebnisse der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit entgegen.

Im Verlauf der Tagung wurden die Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen im Zusammenhang mit der Störtätigkeit imperialistischer und militaristischer Kreise Westdeutschlands gegen die DDR beraten. Im Zusammenhang damit hat sich die polnische Seite bereit erklärt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Warenlieferungen zu erhöhen, an denen die DDR besonders interessiert ist.

Auf dem Gebiete der Chemie wurden Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit festgelegt, wie die Ausnutzung freier Produktionskapazitäten, die Zusammenarbeit bei der Produktion von Filmfolie und der Einsatz polnischer Chemiker und

Techniker im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit in den Produktionsbetrieben der DDR.
Weiterhin bestätigte der Wirtschaftsausschuß Vorschläge zur Erhöhung gegenseitiger Lieferungen von Werkzeugen und anderen Waren.
Um die Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern zu vertiefen, wurden Aufgaben zur Vorbereitung der Spezialisierung und Kooperation der Produktion, besonders auf den Gebieten der Metallurgie, der Chemie, des Maschinenbaus und der Elektroenergie, festgelegt.
Über die Ergebnisse der Verhandlungen wurde von den Vorsitzenden beider Sektionen, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Dr. Grete Wittkowski und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen Eugen Szyr, ein Protokoll unterzeichnet.
Die Tagung verlief im Geiste voller Verständigung und Übereinstimmung der beiderseitigen Interessen.

Kommuniqué vom 17. Februar 1961 über den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik für die Jahre 1961 bis 1965 und über die Unterzeichnung des Jahresprotokolls für 1961

Im Ergebnis der zwischen den Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik geführten Verhandlungen wurde am 17. Februar 1961 in Berlin das langfristige Handelsabkommen über die Warenlieferungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik für die Jahre 1961 bis 1965 unterzeichnet.

Das Handelsabkommen sieht für die Jahre 1961 bis 1965 eine Steigerung der Warenlieferungen um etwa 50 Prozent im Verhältnis zu dem Warenaustausch in den Jahren 1956 bis 1960 vor.

Getragen von den Gedanken der größtmöglichen gegenseitigen Hilfe bei der Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder wurden u. a. folgende Waren vereinbart:

Die Deutsche Demokratische Republik liefert in die Rumänische Volksrepublik Werkzeugmaschinen, Maschinen für die Textilindustrie, Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Erzeugnisse der Elektrotechnik, feinmechanisch-optische Präzisionsgeräte und andere Maschinenbauerzeugnisse sowie Ausrüstungen für Anlagen, pharmazeutische und chemische Produkte, Motorräder, Textilien, Schädlingsbekämpfungsmittel sowie verschiedene Konsumgüter.

Die Rumänische Volksrepublik liefert in die Deutsche Demokratische Republik: Bohranlagen und Ersatzteile, Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie, Traktoren, Güterwaggons und andere Maschinenbauerzeugnisse, Mineralöle, chemische Erzeugnisse, Resonanz- und Buchenholz, diverse Weine, Frischobst und Frischgemüse sowie andere Lebensmittel.

Die Verhandlungen verliefen in einer freundschaftlichen Atmosphäre.

Am 17. Februar wurde gleichzeitig das Jahresprotokoll für 1961 unterzeichnet.

Die beiden Dokumente wurden für die Deutsche Demokratische Republik vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Kurt Enkelmann und für die Rumänische

Volksrepublik vom Stellvertreter des Ministers für Handel Valentin Steriopol unterzeichnet.
Bei der Unterzeichnung waren anwesend der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Johannes König, der Botschafter der Rumänischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Stefan Cleja, sowie weitere leitende Mitarbeiter des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, des Ministeriums für Handel der Rumänischen Volksrepublik und der Handelsvertretung der Rumänischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Rumänischen Volksrepublik über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 2. März 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Rumänischen Volksrepublik haben, geleitet vom Wunsche, die zwischen beiden Staaten bestehenden Beziehungen der sozialistischen Zusammenarbeit weiter zu entwickeln, beschlossen, das am 22. September 1950 zu Bukarest unterzeichnete Abkommen über die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit* wie folgt zu erneuern und haben zu diesem Zwecke zu ihren Bevollmächtigten ernannt:
die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Bruno Leuschner,
die Regierung der Rumänischen Volksrepublik den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Alexandru Birladeanŭ,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Rumänischen Volksrepublik gewähren einander

* Siehe Band IV, S. 419 f.

gegenseitige Hilfe durch technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zur Nutzung der fortgeschrittensten Ergebnisse der Technik und Wissenschaft auf der Grundlage des Prinzips der Unentgeltlichkeit gemäß den Empfehlungen der 2. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Jahre 1949.

Artikel 2

Für die Ausarbeitung der Maßnahmen zur Durchführung der unter Artikel 1 vorgesehenen Zusammenarbeit und für die Vorbereitung der entsprechenden Vorschläge wird die seit September 1950 bestehende deutsch-rumänische Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit ihre Tätigkeit fortsetzen.
Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder der Kommission obliegt den zuständigen Organen des jeweiligen Staates.
Die Kommission wird ihre Sitzungen in der Regel einmal jährlich, abwechselnd in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Rumänischen Volksrepublik durchführen.
Die Kommission gibt sich ein Statut.

Artikel 3

Dieses Abkommen unterliegt der Bestätigung nach den innerstaatlichen Bestimmungen beider Abkommenspartner und tritt am Tage des Notenaustausches über die erfolgte Bestätigung in Kraft.*
Das Abkommen wird auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen. Seine Gültigkeit verlängert sich um jeweils weitere 5 Jahre, wenn es nicht ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der Abkommenspartner schriftlich gekündigt wird.
Dieses Abkommen wurde in Berlin am 2. März 1961 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und rumänischer Sprache ausgefertigt, wobei beide Texte in gleichem Maße gültig sind.

Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) B. Leuschner

Für die Regierung der
Rumänischen Volksrepublik
(gez.) A. Birladeanŭ

* Das Abkommen trat am 10. Oktober 1961 in Kraft.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SOZIALISTISCHE REPUBLIK

Kommuniqué über den Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, am 23. Mai 1961 beim Präsidenten der ČSSR und Ersten Sekretär des ZK der KPČ, Antonín Novotný

Zum Abschluß seines Kuraufenthaltes in Karlovy Vary stattete der Vorsitzende des Staatsrates der DDR und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, dem Präsidenten der ČSSR und Ersten Sekretär des ZK der KPČ, Antonín Novotný, auf dessen Einladung einen Besuch ab. Den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR begleiteten der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der SED Gerhard Grüneberg, der Sekretär des Staatsrates, Otto Gotsche, der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär und Mitglied des ZK der SED, Otto Winzer, sowie der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der ČSSR, Walter Vesper.
Bei dem Besuch beim Präsidenten der ČSSR waren anwesend: der stellvertretende Vorsitzende der Regierung und Mitglied des Politbüros des ZK der KPČ Jaromir Dolanský, das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPČ Jiři Hendrych, der stellvertretende Vorsitzende der Regierung, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Mitglied des Politbüros des ZK der KPČ, Otakar Šimůnek, Sekretär des ZK der KPČ Vladimir Koucký und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der ČSSR, Václav David.
Im Verlaufe des Besuches wurden Fragen von gemeinsamem Interesse erörtert und die weitere Entwicklung der gutnachbarlichen, freundschaftlichen Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, zwischen der DDR und der ČSSR beraten.
In voller Übereinstimmung wurden ebenfalls die Aufgaben besprochen, die mit dem unabänderlichen Streben beider Länder nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und für die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt im Zusammenhang stehen.
In den Gesprächen ist die Bedeutung der DDR als Hort des Friedens in Deutschland und für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen in Europa besonders hervorgehoben worden.

Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, nahm mit Freude die Einladung des Präsidenten der ČSSR, Antonín Novotný, an, die ČSSR an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu besuchen.
Der Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR beim Präsidenten der ČSSR verlief in einer sehr freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre.

Kommuniqué über die dritte Arbeitstagung des Gemeinsamen Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschusses für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 14. bis 16. Juni 1961 in Prag

In der Zeit vom 14. bis 16. Juni 1961 führte der Gemeinsame Deutsch-Tschechoslowakische Ausschuß für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit seine dritte Arbeitstagung in Prag durch, in deren Verlauf volkswirtschaftliche Fragen von beiderseitigem Interesse beraten wurden. Über die Ergebnisse der Verhandlungen wurde von den Vorsitzenden beider Sektionen, dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR Fritz Selbmann und dem ersten Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der ČSSR, Minister S. Vlna, ein Protokoll unterzeichnet.
Seit der zweiten Tagung des Wirtschaftsausschusses hat die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit die Lösung bedeutsamer Fragen zum Nutzen beider Länder ermöglicht. Dank dieser Zusammenarbeit erzielten im Jahre 1960 die DDR und die ČSSR effektive Ersparnisse von annähernd 50 Millionen DM. Unter anderem wurden weitere Voraussetzungen zur Ausweitung des Außenhandels und der beiderseitigen Bereicherung des Warensortiments geschaffen. Die im neuen Abkommen über die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 16. Juni 1960* beschlossene verbesserte Form der Durchführung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit bewährte sich, vereinfachte und beschleunigte den gegenseitigen Austausch wertvoller Produktionserfahrungen, von Erkenntnissen der Forschung und Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten der Volkswirtschaft beider Länder.

* Siehe Band VIII, S. 440 ff.

Auf der dritten Tagung des Wirtschaftsausschusses wurden Fragen behandelt, die im Zusammenhang mit der Sicherung der Entwicklung der Wirtschaft der DDR gegen willkürliche Störungen imperialistischer und militaristischer Kreise Westdeutschlands stehen.
Der Wirtschaftsausschuß bestätigte die vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsgruppen von Fachleuten zur Spezialisierung der Produktion von Industriearmaturen, Turboaufladern und Leuchtstoffen. Darüber hinaus legte der Wirtschaftsausschuß Maßnahmen zur weiteren Behandlung der von Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Empfehlungen zur Spezialisierung der Produktion von Maschinen für die Lebensmittelindustrie, Geräten und Apparaten der Medizintechnik, Zeitmeßgeräten, technischen Konsumgütern, Schuhmaschinen und Dieselmotoren fest.
Mit der Bildung einer zweiseitigen Arbeitsgruppe von Spezialisten, die sich mit den Fragen der Landwirtschaft befassen wird, bekräftigte der Wirtschaftsausschuß zugleich die Bedeutung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.
Zur weiteren planmäßigen Gestaltung und operativen Durchführung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit billigte der Wirtschaftsausschuß die Ordnung und ein langfristiges Rahmenprogramm für die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten.
Es wurde ferner vereinbart, zweiseitige Konsultationen über Grundfragen der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR für den Zeitraum von 1966 bis 1980 durchzuführen.
Beide Seiten brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Verhandlungen im Einklang mit den Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und im Sinne des Kommuniqués über den tschechoslowakischen Partei- und Regierungsbesuch in der DDR von November 1959* geführt wurden.

* Siehe Band VII, S. 466 ff.

Kommuniqué über die vierte Tagung des Gemeinsamen Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschusses für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit vom 9. bis 11. August 1961 in Prag

Eine Tagung des Gemeinsamen Deutsch-Tschechoslowakischen Ausschusses für wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fand vom 9. bis 11. August in Prag statt. Sie traf bedeutende Maßnahmen zur weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder.

Insbesondere wurde eine verstärkte Kooperation der Produktion im Bereich der Metallurgie, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, der chemischen Industrie und der Leichtindustrie vereinbart. Zum Beispiel wird auf dem Gebiet der Metallurgie der Austausch von Walzstahl, Rohren und Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe, NE-Metallen, Guß- und Schmiedeerzeugnissen erweitert. Im Maschinenbau sind davon u. a. Werkzeugmaschinen, Chemie-, Energie- und Walzwerksausrüstungen, Holzbearbeitungsmaschinen, Bau- und Wegebaumaschinen, Transportausrüstungen, Erzeugnisse der Elektrotechnik sowie in breitem Umfang Komplettierungsteile berührt. In der chemischen Industrie beider Länder ist eine enge Zusammenarbeit insbesondere bei der Erzeugung von Laborchemikalien, pharmazeutischen Rohstoffen, Seren und Impfstoffen, Textilfarbstoffen, Gummi- und Asbesterzeugnissen, Textil- und Lederhilfsmitteln vorgesehen.

Es wurden ferner Maßnahmen zur verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technisch-wissenschaftlichen Forschung, Entwicklung und Konstruktionsarbeit beschlossen. Auf der Tagung wurden für die Jahre 1961 bis 1965 zusätzliche Lieferungen und Kooperationen über den Rahmen des langfristigen Handelsabkommens hinaus vereinbart.

Das Protokoll über die Ergebnisse der Beratungen, die im Geiste der freundschaftlichen Zusammenarbeit verliefen, wurde am 11. August auf deutscher Seite vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates der DDR Genossen F. Selbmann und auf tschechoslowakischer Seite vom 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Genossen Z. Puček, unterzeichnet.

Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 9. Dezember 1961 über die Regelung einiger gemeinsamer Fragen in Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb eines Staubeckens im Tale der Flöha bei Rauschenbach

Geleitet von dem Wunsche, im Geiste einer engen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten einige gemeinsame Fragen im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb eines Staubeckens im Tale der Flöha bei Rauschenbach, Kreis Brand-Erbisdorf, Deutsche Demokratische Republik, zu regeln, haben die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik beschlossen, nachfolgendes Abkommen zu treffen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Klaus Heym,
Stellvertretender Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft;

die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
Herrn Dipl.-Ing. Jaroslav Starch,
Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Um der Deutschen Demokratischen Republik die Errichtung eines Staubeckens im Tale der Flöha bei Rauschenbach zu ermöglichen, erklärt sich die Tschechoslowakische Sozialistische Republik damit einverstanden, daß ein Teil des tschechoslowakischen Staatsgebietes im Flußgebiet des Flájský potok und des Pstruzný potok im Katastergebiet der Gemeinde Ceský Jiretin, Kreis Most, bis zur Kote von 598,95 m ü. NN entsprechend der Kote 599,30 m über dem Adriatischen Meer überschwemmt wird.

(2) Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik stimmt der beim Betrieb des Staubeckens entstehenden Beeinflussung des tschechoslowakischen Staatsgebietes bis zur Kote 599,95 m ü. NN zu.

Artikel 2

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik sichert der Deutschen Demokratischen Republik die Nutzung der Wasserabgabe des Flájský potok und seiner Zuflüsse zwischen der Talsperre Fláje und der Staatsgrenze zu und wird keine Wasserentnahme ohne entsprechende Verhandlung mit der Deutschen Demokratischen Republik bewilligen.

Artikel 3

(1) Durch die Errichtung und den Betrieb des Staubeckens darf der bisherige Verlauf der Staatsgrenze nicht verändert werden.
(2) Durch die Errichtung und den Betrieb des Staubeckens tritt insofern im Charakter der Staatsgrenze eine Veränderung ein, als die bisherige durch die Mitte des Flußbettes des Flájský potok und des Pstruzný potok verlaufende bewegliche Staatsgrenze in dem in Artikel 1 umrissenen Überschwemmungs- und Einflußgebiet in eine feste Staatsgrenze verwandelt wird.
(3) Die Deutsche Demokratische Republik trifft auf eigene Kosten alle notwendigen Maßnahmen, die zur deutlichen Kennzeichnung der Staatsgrenze im Überschwemmungs- und Einzugsgebiet des tschechoslowakischen Gebietsteiles erforderlich sind. Die Art der Markierung der festen Staatsgrenze im Terrain und ihre Fixierung in den Grenzdokumenten vereinbaren die zuständigen Organe beider Vertragspartner.
(4) Die Deutsche Demokratische Republik wird die Markierung der Staatsgrenze im Überschwemmungs- und Durchnässungsgebiet auf eigene Kosten in Ordnung halten.
(5) Zur Sicherung des Verlaufes der Staatsgrenze in den Bächen Flájský potok und des Pstruzný potok wird die Deutsche Demokratische Republik auf eigene Kosten in den dem höchsten Wasserstand des Staubeckens benachbarten Abschnitten die Ufer der beiden genannten Bäche befestigen und die Befestigung instand halten.

Artikel 4

(1) Im Gebiet des Staubeckens bis zur Kote 598,95 m ü. NN und im Überschwemmungsgebiet der Bäche Bystrý, Flájský und Pstruzný dürfen auf tschechoslowakischem Staatsgebiet keine Gegenstände gelagert oder Anlagen errichtet werden, durch

deren Abschwemmen bei Hochwasser Störungen im Betrieb oder Beschädigungen der Anlage des Staubeckens eintreten können.
(2) Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik sichert der Deutschen Demokratischen Republik zu, daß im Einzugsgebiet des Flájský potok zwischen der Talsperre Fláje und der Staatsgrenze keine Einleitung von Abwasser aus neuen Objekten bewilligt wird, ohne daß die entsprechenden Reinigungsanlagen errichtet werden. Die Art der Abwasserreinigung wird zwischen den zuständigen Organen der Abkommenspartner abgestimmt.
(3) Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik ermöglicht auf ihrem Staatsgebiet die Errichtung von Pegelstationen, die zur ordnungsgemäßen Wasserregulierung im Staubecken erforderlich sind. Diese Stationen werden nach Vereinbarung der zuständigen Organe beider Abkommenspartner und auf Kosten der Deutschen Demokratischen Republik errichtet und betrieben.
(4) Der Raum des Staubeckens kann nur nach gegenseitiger Vereinbarung für Zwecke der Erholung, der Fahrgastschiffahrt, der sportlichen Betätigung und der Fischerei benutzt werden.

Artikel 5

(1) Die Deutsche Demokratische Republik gewährt der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik

a) eine einmalige Entschädigung für die überfluteten und durchnäßten Grundstücke bis zur Schichtlinie auf der Kote 599,95 m ü. NN,
b) eine einmalige Entschädigung für Schäden, die an den drei Gebäuden in der Gemeinde Ceský Jiretin, die sich in der Nähe des höchsten Wasserstandes des Staubeckens befinden, entstehen können,
c) Ersatz für Schäden, die durch den Betrieb des Staubeckens auf Grundstücken, Kulturen und Objekten über der Schichtlinie auf Kote 599,95 m ü. NN verursacht werden,
d) die Kostenerstattung für das Abstecken der Schichtlinie auf Kote 599,95 m ü. NN sowie die Kosten für die dauernde Markierung dieser Schichtlinie,
e) Ersatz für die Kosten der Instandhaltungs- und Regulierungsarbeiten sowie für sonstige Auslagen, die durch die Errichtung oder den Betrieb des Staubeckens entstehen.

(2) Die Deutsche Demokratische Republik errichtet auf eigene Kosten den Ersatzzufahrtsweg auf tschechoslowakischem

Staatsgebiet zu den an das Staubecken angrenzenden Grundstücken.

Artikel 6

Die zuständigen Organe der Deutschen Demokratischen Republik erarbeiten und beraten mit den zuständigen tschechoslowakischen Organen die Betriebsordnung des Staubeckens und alle Änderungen dieser Betriebsordnung. Diese Organe vereinbaren auch die Art der Meldung von Hochwasser an der Flöha.

Artikel 7

Die Abkommenspartner benennen gegenseitig die mit der Durchführung dieses Abkommens betrauten Organe.

Artikel 8

Zahlungen, die sich aus der Verwirklichung des vorliegenden Abkommens ergeben, werden im Rahmen der zwischen den Abkommenspartnern jeweils gültigen Währungsvereinbarungen durchgeführt. Die Deutsche Demokratische Republik wird die Überweisung dieser Zahlungen an die Tschechoslowakische Sozialistische Republik innerhalb eines Jahres nach Vorlage eines Nachweises durch die Tschechoslowakische Sozialistische Republik über die nach dem Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 5 dieses Abkommens zu verrechnende Entschädigungen oder Kosten vornehmen.

Artikel 9

(1) Das Abkommen wird für die Dauer von 50 Jahren abgeschlossen.

(2) Seine Gültigkeitsdauer verlängert sich jeweils um weitere 10 Jahre, sofern das Abkommen nicht mindestens 6 Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer schriftlich gekündigt wird.

(3) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Abkommen müssen schriftlich auf der Grundlage von Vereinbarungen durch die Abkommenspartner erfolgen.

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Dieses Abkommen wurde in Prag am 9. Dezember 1961 in 2 Exemplaren, je eines in deutscher und tschechischer Sprache, ausgefertigt, wobei beide Exemplare die gleiche Gültigkeit haben.
Zur Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Abkommenspartner dieses Abkommen gesiegelt und unterschrieben.

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Heym	Für die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (gez.) Starch

REPUBLIK TUNESIEN

Protokoll zwischen dem Staatlichen Rundfunkkomitee der Deutschen Demokratischen Republik und dem Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien vom 26. Mai 1961

Um zwischen dem Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien Beziehungen des Austausches und der Zusammenarbeit auf künstlerischem, kulturellem und technischem Gebiet herzustellen, haben der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Professor Dr. Ley, und der Generaldirektor des Rundfunks und Fernsehens der Republik Tunesien, Herr Professor Chadli Klibi, die in Berlin vom 26. bis 28. August 1960 und in Tunis am 26. Mai 1961 zu Besprechungen zusammenkamen, folgendes vereinbart:

1. a) Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik wird dem Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien Tonbandaufnahmen von symphonischer Musik, Volksliedern und folkloristischer Musik zur Verfügung stellen.
   b) Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien wird dem Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik Tonbandaufnahmen folkloristischer Musik und folkloristischer Lieder zur Verfügung stellen.
2. a) Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik und Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien werden Rundfunktexte bzw. -aufnahmen austauschen, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme behandeln und für beide Länder von Interesse sind.
   b) Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik und Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien tauschen vierteljährlich eine Sendung von höchstens 15 Minuten aus, die das aktuelle, soziale und kulturelle Zeitgeschehen in beiden Ländern zum Inhalt hat.

3. Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik und Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien verwenden die gegenseitig zur Verfügung gestellten Materialien nach eigenem Ermessen.

4. Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik wird periodisch eine gewisse Anzahl von Mitarbeitern des Rundfunks und Fernsehens der Republik Tunesien einladen, die eine Studienreise in die Deutsche Demokratische Republik unternehmen werden.
   Die erste Studiengruppe könnte sich im Laufe des Jahres 1961 nach Berlin begeben.

Das vorliegende Protokoll bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Rundfunk und Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik und Rundfunk und Fernsehen der Republik Tunesien bis zu eventuellen Abänderungen, die auf einer nächsten Konferenz der verantwortlichen Mitarbeiter beider Partner vorgenommen werden können, um die erzielten Ergebnisse zu überprüfen und nach neuen Methoden zu suchen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen zu entwickeln.

Tunis, den 26. Mai 1961

Für das
Staatliche Rundfunkkomitee der
Deutschen Demokratischen Republik
(gez.) Hermann Ley

Für den Rundfunk und
das Fernsehen
der Republik Tunesien
(gez.) Chadli Klibi

UNGARISCHE VOLKSREPUBLIK

Meinungsaustausch zwischen Vertretern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und des Außenministeriums der Ungarischen Volksrepublik vom 17. bis 19. April 1961 in Berlin

Vom 17. bis 19. April 1961 fand in Berlin ein Meinungsaustausch zwischen Vertretern des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und des Außenministeriums der Ungarischen Volksrepublik statt. Zur Diskussion standen aktuelle internationale Fragen, insbesondere die vom westdeutschen Militarismus und Revanchismus ausgehende Gefahr für den Frieden in Europa sowie der Kampf für einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten und die Lösung der Westberlinfrage.

Gegenstand der Beratungen waren ferner einige Fragen der Beziehungen zwischen der DDR und der Ungarischen Volksrepublik. In allen Fragen ergab sich eine völlige Übereinstimmung der Auffassungen.

An den Beratungen nahmen von deutscher Seite die Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten J. König und G. Stibi, der Botschafter der DDR in der Ungarischen Volksrepublik, W. Meißner, und von ungarischer Seite der Stellvertreter des Außenministers, F. Puja, und der Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in der DDR, I. Rostás, sowie leitende Mitarbeiter beider Außenministerien teil.

Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Landwirtschaft der Ungarischen Volksrepublik vom 26. April 1961

Das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und das Ministerium für Landwirtschaft der Ungarischen Volksrepublik treffen im Sinne der Zielsetzungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zur Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft und im Interesse einer

günstigen Entwicklung der Landwirtschaft beider Länder folgende Vereinbarung:

Artikel 1

Beide Seiten haben das Bestreben, auf dem Gebiet der Landwirtschaft eng zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und Hilfe zu leisten. Diese Zusammenarbeit erfolgt in Verbindung mit dem Wirken der Ständigen Kommission für Landwirtschaft des RGW. Beide Seiten streben die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere durch eine gegenseitige Abstimmung der Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion für einen längeren Zeitraum an. Sie werden ständig Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft austauschen.

Artikel 2

Beide Seiten werden
a) schriftliche Informationen und Publikationen über Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft sowie über neue Methoden auf allen landwirtschaftlichen Gebieten austauschen, soweit der Partner daran interessiert ist;
b) Spezialisten und Fachleute aus der Produktion zum Erfahrungsaustausch entsenden.

Artikel 3

Beide Seiten tauschen die Erfahrungen in der pflanzlichen Produktion aus, informieren sich gegenseitig über die neuesten Errungenschaften in der komplexen Mechanisierung und fortschrittlicher Methoden des Anbaus, der Pflege und der Ernte sowie über die Ergebnisse in der Pflanzenernährung und Pflanzenzüchtung.
Beide Seiten unterstützen den Austausch von Saat- und Pflanzgut zu Versuchszwecken und die Produktion von Saat- und Pflanzgut für die Bedürfnisse des Partnerlandes.

Artikel 4

Beide Seiten tauschen die Erfahrungen in der Viehwirtschaft aus, unterrichten sich über die modernste Technologie der Haltung und Fütterung von Rindern, Schafen, Schweinen und Geflügel

und sind bereit, den Aufbau bestimmter Zuchtrichtungen auch durch die Bereitstellung von Zuchtvieh zu unterstützen.

Artikel 5

Beide Seiten unterstützen die Durchführung der auf den zweijährlich stattfindenden Koordinierungskonferenzen der agrarwissenschaftlichen Einrichtungen festgelegten Vereinbarungen.

Artikel 6

Der in Artikel 2 vorgesehene Austausch von Informationen und Publikationen wird kostenlos durchgeführt. Der Austausch von Dokumentationen, Spezialisten und Praktikern erfolgt in gegenseitiger Abstimmung, wobei die Kosten in der Regel von dem Partner getragen werden, auf dessen Wunsch diese Leistung erfolgt.
Die sich hieraus ergebenden Zahlungen werden im Rahmen der zwischen den Regierungen beider Länder abgeschlossenen Vereinbarungen über den Zahlungsverkehr durchgeführt.

Artikel 7

In Verwirklichung dieser Vereinbarung werden die konkreten Aufgaben in Protokollen für einen bestimmten Zeitraum – möglichst für ein Jahr – niedergelegt.
Zur Bestimmung dieser Aufgaben, an deren Bearbeitung beide Seiten interessiert sind, werden nach Maßgabe der Notwendigkeit – aber in der Regel jährlich einmal – Beratungen durch bevollmächtigte Delegationen durchgeführt.
Wenn sich aus diesen Beratungen Empfehlungen ergeben, wie beispielsweise für den landwirtschaftlichen Export oder Import, so werden diese von beiden Seiten an die in ihren Ländern zuständigen staatlichen Organe herangetragen.

Artikel 8

1) Die Vereinbarung wird für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Ihre Gültigkeit verlängert sich jeweils um zwei weitere Jahre, wenn keiner der beiden Partner die Vereinbarung mindestens 6 Monate vor Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer schriftlich kündigt.

2) Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung sind schriftlich zwischen den beiden Partnern zu vereinbaren.

Artikel 9

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft. Sie wurde in zwei Originalen ausgefertigt, ein jedes in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide die gleiche Gültigkeit besitzen.

Budapest, den 26. April 1961

Für das Ministerium für
Landwirtschaft, Erfassung und
Forstwirtschaft
der Deutschen Demokratischen
Republik
(gez.) Heinrich

Für das Ministerium
für Landwirtschaft
der Ungarischen
Volksrepublik
(gez.) Hont János

Kommuniqué über eine Sitzung der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission am 12. Januar 1961 in Berlin

Am 12. Januar 1961 fand in Berlin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung der Gemischten Deutsch-Sowjetischen Kommission statt. Den Vorsitz führte der Leiter der deutschen Seite, der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Johannes König.

Es wurde eine Reihe von Fragen behandelt, die mit der Verwirklichung des Abkommens vom 12. März 1957 (Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zusammenhängen)* in Verbindung stehen. Die Verhandlungen verliefen im Geiste brüderlicher Freundschaft. Über alle behandelten Fragen wurde volle Übereinstimmung erzielt.

Unterzeichnung eines Protokolls über die Zusammenarbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1961 am 20. Januar 1961 in Berlin

Am 20. Januar wurde in Berlin ein Protokoll über die Zusammenarbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1961 von Akademiemitglied Prof. Dr. G. Rienäcker, Generalsekretär der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, und Akademiemitglied Prof. Dr. D. L. Stscherbakow unterzeichnet.

Der gemeinsame Themenplan sieht u. a. vor aus dem Gebiet der physikalisch-mathematischen Wissenschaften: Optische Beobachtungen der künstlichen Erdsatelliten, regelmäßige Beobachtungen der Magnetfelder der Sonnenflecken und schwacher Magnetfelder der Sonne, Ausarbeitung der Theorie der Polarisation, Untersuchung der Ionosphäre und der Wellenausbreitung;

* Siehe Band V, S. 677 ff.

der chemischen Wissenschaften: Zahlreiche Fragen der Kunststoffe, Wirkungen der Strahlung auf die Oberflächeneigenschaften der Stoffe, Katalysatoren, Erdölchemie, Gaschromatographie;
der geologisch-geographischen Wissenschaften: Gesetzmäßigkeiten der Verteilung von Bodenschätzen, ozeanologische Untersuchungen;
der biologischen Wissenschaften: Aneignung der neuesten Methoden des Studiums des ultrafeinen Aufbaues der Zellen, Ernährung, Stoffwechsel und Wasserhaushalt der Pflanzen;
der Geschichtswissenschaften: Die Geschichte der II. Internationale und der Völker der Welt;
der ökonomischen, philosophischen und Rechtswissenschaften: Technischer Fortschritt und Steigerung der Arbeitsproduktivität, Geschichte der Philosophie;
der Sprach- und Literaturwisenschaften: Entwicklung der deutschen nationalen Sprache im 16., 17. und 18. Jahrhundert, Dialektforschung.
Am 8. Mai 1961 wird in Moskau eine Kommission beider Akademien gebildet, zu deren Aufgaben die Entwicklung und Vertiefung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit gehören.

Kommuniqué vom 23. Februar 1961 über die Unterzeichnung des Protokolls über die gegenseitigen Warenlieferungen für das Jahr 1961 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Im Zusammenhang mit der Vereinbarung zwischen den Regierungsdelegationen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik fand in Moskau am 23. Februar dieses Jahres die Unterzeichnung des Protokolls über die gegenseitigen Warenlieferungen der UdSSR und der DDR für das Jahr 1961 statt. In dem Protokoll ist eine weitere Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vorgesehen. Der vereinbarte Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1961 wird über 1,9 Milliarden neue Rubel betragen, was die Höhe des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern im Jahre 1960 um fast 13 Prozent übersteigt.
Es ist eine weitere Steigerung der Lieferungen aus der UdSSR in die DDR von Schwarz- und Buntmetallen, Eisen- und Mangan-

erzen, Erdöl, Holz, Textilrohstoffen und anderen Waren vorgesehen. Bei vielen wichtigen Erzeugnissen wird eine Steigerung der Lieferungen im Vergleich zu den Mengen, die im langfristigen Handelsabkommen für das Jahr 1961 festgelegt sind, erfolgen.

Im Jahre 1961 wird die Waren-Nomenklatur wesentlich erweitert und der Umfang der Lieferungen der Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie und der Chemieindustrie aus der UdSSR in die DDR entsprechend anwachsen, was zu einer engeren Verbindung und Kooperation zwischen den entsprechenden Industriezweigen der UdSSR und der DDR beitragen wird.

Als Ausgleich für die sowjetischen Lieferungen wird aus der DDR in die UdSSR ein breites Sortiment von Waren geliefert.

Die DDR wird unter anderem spanabhebende Werkzeugmaschinen, Schmiede- und Preßausrüstungen, Ausrüstungen für die Chemie-, Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie Reisezugwagen und Kühlzüge, See-, Binnen- und Fischereischiffe in die UdSSR liefern.

Es erhöhen sich die Lieferungen der Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik, von Geräten, Rechenmaschinen und anderen Erzeugnissen, deren Produktion für die DDR eine Tradition darstellt und der Spezialisierung ihrer Industrie entspricht.

Wie auch in den vergangenen Jahren sind die Lieferungen von Kabeln, chemischen Waren, Konfektions- und Trikotagenerzeugnissen, Möbeln, Porzellan und anderen Waren aus der DDR in die UdSSR vorgesehen.

Die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und der DDR wird zur erfolgreichen Realisierung der Volkswirtschaftspläne der beiden Länder und zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung beitragen.

Das Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen unterzeichneten: von sowjetischer Seite der erste Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, S. A. Borissow, seitens der DDR der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, H. Rau.

Der Unterzeichnung des Protokolls wohnten u. a. der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. I. Mikojan, und der Botschafter der DDR in der UdSSR, Dölling, bei.

Kommuniqué über die XIII. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR vom 11. bis 18. April 1961 in Berlin

In der Zeit vom 11. bis 18. April fand in Berlin die XIII. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR statt.

Die Tagung verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre und in völligem Einvernehmen. Ihre Beschlüsse werden zur weiteren Beschleunigung der technischen Entwicklung beider Länder beitragen.

Die Deutsch-Sowjetische Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit ließ sich auf ihrer XIII. Tagung von den Ergebnissen der Moskauer Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960 sowie von den Beschlüssen der Beratungen der Partei- und Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR leiten, die im darauffolgenden Zeitraum ebenfalls in Moskau stattfanden.

Die Kommission stellte mit Genugtuung fest, daß im Jahre 1960 bemerkenswerte Ergebnisse der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, besonders auf dem Gebiet des Maschinenbaus, der chemischen Industrie, der Elektrotechnik, des Bauwesens, der Landwirtschaft und anderer Zweige der Volkswirtschaft erzielt wurden und sich die Zusammenarbeit ständig erweiterte.

Die gegenseitige Übermittlung und Anwendung der fortgeschrittensten Produktionserfahrungen und der technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften trugen zur weiteren erfolgreichen Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder bei.

Durch die Zusammenarbeit wurden erhebliche Mittel eingespart. Die Anwendung sowjetischer Produktionserfahrungen erbrachte z. B. allein im Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe" einen effektiven Nutzen von bisher 51 Millionen DM.

Ferner konnten die Fristen für die Ausführung von Projektierungs-, Konstruktions- und Erprobungsarbeiten und für die Vorbereitung der Produktion neuer Maschinentypen und Ausrüstungen, Geräten und Materialien bedeutend verkürzt werden.

Unter Berücksichtigung der in den Plänen zur Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder festgelegten Aufgaben hat die Kommission neue Beschlüsse zur gegenseitigen Übergabe von wichtigen technischen Projekten, technologischen Dokumentatio-

nen und Zeichnungen von Maschinen, Ausrüstungen und Geräten sowie über die gegenseitige Entsendung von Spezialisten zum Studium moderner Produktionserfahrungen und technisch-wissenschaftlicher Erfahrungen gefaßt.

Es wurden weitere Maßnahmen festgelegt, um die Verbindung zwischen den Spezialisten der wissenschaftlichen Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionsinstitutionen der DDR und der UdSSR zu erweitern und die Zusammenarbeit dieser Institutionen zu vertiefen. Dabei wurde auch die verstärkte Durchführung gemeinsamer Arbeiten zur Lösung der wissenschaftlich-technischen Probleme berücksichtigt. Dies bezieht sich besonders auf die Entwicklung neuer Verfahren und technologischer Prozesse, die Konstruktion von Ausrüstungen und Maschinen sowie die Entwicklung neuer Materialien.

Ferner wurden weitere Möglichkeiten der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zur Unterstützung der DDR bei der Schaffung der Voraussetzungen für die Sicherung der Volkswirtschaft gegen alle Störversuche der westdeutschen Imperialisten erörtert.

Das Protokoll der Tagung wurde vom Vorsitzenden der deutschen Sektion der Kommission, dem Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR Hermann Grosse und vom Vorsitzenden der sowjetischen Sektion der Kommission, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Chemie beim Ministerrat der UdSSR, G. W. Uwarow, unterzeichnet.

Glückwünsche zum Start und zur erfolgreichen Landung des ersten bemannten Weltraumschiffes am 12. April 1961

Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow

Die Sowjetwissenschaft hat einen gewaltigen Sieg errungen. Ein Sowjetmensch ist in das Weltall vorgestoßen und wohlbehalten auf die Sowjeterde zurückgekehrt! Eines der kühnsten Unternehmen, das Menschen je vollbrachten, ist gelungen. Im Zeichen des Sozialismus, des Aufbaus des Kommunismus, ist ein Traum der Menschheit Wirklichkeit geworden. Was Kolumbus vor bald einem halben Jahrtausend vollbrachte, als er einen neuen Erdteil entdeckte, verblaßt vor dieser gigantischen Tat, die von der

Überlegenheit einer Wissenschaft und Technik zeugt, die im Marxismus-Leninismus begründet ist.
Der erste Weltraumflug eines Sowjetbürgers kündet allen Völkern und Staaten vom neuen Kräfteverhältnis in der Welt und dem Ziel der Völker des sozialistischen Weltsystems, die Wissenschaft in den Dienst der friedlichen Interessen der Menschheit zu stellen.
An diesem historischen 12. April 1961 beglückwünschen wir Sie, teurer Genosse N. S. Chrustschow, und das ganze Sowjetvolk jubelnd zu dieser großen sieghaften Friedenstat und sind von frohem Stolz erfüllt, als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, als Freunde und Genossen an der Seite der Sowjetunion den Weg in eine glückliche Zukunft zu beschreiten.

Walter Ulbricht
Erster Sekretär des ZK der SED
und Vorsitzender des Staatsrates der DDR

Erklärung des Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, vor der Obersten Volksvertretung

Verehrte Abgeordnete!
Heute früh hat die Welt den Atem angehalten, als die Ätherwellen die Nachricht von dem ersten Weltraumflug des Menschen zu den Erdbewohnern in allen fünf Kontinenten funkten. Dieser erste Weltraumfahrer ist ein Bürger der ersten Friedensmacht der Erde, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Dieses technische Wunderwerk, in und mit dem er diese kühne Tat vollbrachte, ist das Werk sowjetischer Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter. Ein Wunschtraum der Menschheit ist Wirklichkeit geworden. Wirklichkeit, die wir noch kaum fassen, deren Perspektive wir noch gar nicht voll zu erkennen vermögen. Diese in der Geschichte der Menschheit ganz und gar beispiellose Tat wurde vollbracht im Zeichen des Sozialismus, unter dessen siegreichen Banner heute schon weit über eine Milliarde Menschen in dem größten Friedens- und Freundschaftsbund der Weltgeschichte vereint sind.
Unsere Deutsche Demokratische Republik ist stolz darauf, dieser gewaltigen Friedensstaatengemeinschaft anzugehören, und im Namen aller unserer Bürger spricht unsere Oberste Volksvertretung hiermit der Regierung der großen Sowjetunion und allen an der ersten Weltraumfahrt mittelbar und unmittelbar Betei-

ligten zu dieser unvergleichlichen Leistung ihre Begeisterung und ihre herzlichsten Glückwünsche aus.

Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, an den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow

Teurer Genosse Chrustschow!
Mit größter Begeisterung und voller Stolz haben die Menschen der Deutschen Demokratischen Republik die erregende Nachricht von der historischen Großtat des sowjetischen Volkes aufgenommen. Im Namen unseres ganzen Volkes beglückwünsche ich Sie, die sowjetischen Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler von ganzem Herzen zur erfolgreichen Verwirklichung des kühnsten Traumes der Menschheit, des Weltraumfluges des Menschen. Unsere Hochachtung gilt dem mutigen Kosmonauten, dem Flieger-Major J. A. Gagarin, dessen Heldentat für alle Zeiten in die Geschichte eingehen wird.
Der Start und die glückliche Landung des ersten bemannten Raumschiffes sind ein Triumph der sowjetischen Wissenschaft und Technik, der zielbewußten systematischen Arbeit der sowjetischen Werktätigen unter der Führung ihrer ruhmreichen Kommunistischen Partei beim erfolgreichen Vormarsch zum Kommunismus.
Dieser neue eindrucksvolle Beweis der Überlegenheit des Sozialismus ist für alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Deutschen Ansporn zu noch größeren Anstrengungen beim Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und zur Festigung des Friedens in Deutschland und Europa.
Unsere Republik und ihre Bevölkerung sind stolz darauf, ein Freund der mächtigen Sowjetunion zu sein und mit ihr gemeinsam den Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu führen, für die Anwendung der gewaltigen Errungenschaften der Wissenschaft, für die Sache des Friedens und das Glück der Menschheit.

*

N. S. Chrustschow dankte lt. ADN vom 12. 5. 1961 herzlich für die Glückwünsche und stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß es das Ziel der Völker des sozialistischen Weltsystems sei, die Wissenschaft in den Dienst der friedlichen Interessen der Menschheit zu stellen.

Tag der Befreiung am 8. Mai

Danktelegramm der Deutschen Demokratischen Republik

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Correns, sandten zum 16. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chrustschow, und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, folgendes Danktelegramm:

Teure Genossen!

Zum 16. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Barbarei ist es uns ein tiefes Bedürfnis, Ihnen und in Ihrer Person dem ganzen heldenhaften Sowjetvolk im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik sowie aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes unsere herzlichsten Dankesgrüße zu übermitteln.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik können heute, 16 Jahre nach der Zerschlagung des Faschismus durch die ruhmreiche und unüberwindliche Sowjetarmee, auf neue bedeutende Erfolge bei der Festigung ihres deutschen Friedensstaates und dem Aufbau des Sozialismus zurückblicken. Gestatten Sie uns, teure Genossen, dem tiefen Gefühl der Dankbarkeit der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik Ausdruck zu verleihen für die brüderliche Hilfe, die ihnen bei der Erfüllung ihrer großen Aufgaben vom ersten Tag nach der Befreiung an seitens der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Regierung der Sowjetunion und des Sowjetvolkes zuteil wurde. Der welthistorische Sieg der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg gab auch den demokratischen und friedliebenden Kräften unserer Nation die Möglichkeit, zum erstenmal in der Geschichte des deutschen Volkes ein neues, besseres Leben in Frieden und wirklicher Freiheit aufzubauen. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde diese Möglichkeit unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse zur Wirklichkeit.

In den 16 Jahren nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus vermochte die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit allseitiger Unterstützung der Sowjetunion die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen und zusammen mit den anderen Völkern des sozialistischen Lagers ihren Beitrag zur Festigung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems zu leisten.
Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik können am 16. Jahrestag der Befreiung mit Stolz auf ihre Leistungen und Errungenschaften zurückblicken. Groß ist der Elan, mit dem sie an die Erfüllung der neuen Aufgaben herangehen. Millionen Arbeiter, Bauern, Techniker und Wissenschaftler unserer Republik kämpfen um die Erfüllung der Aufgaben des Siebenjahrplanes und vollbringen große Taten für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. In dem Bestreben, die Wirtschaft ihres Friedensstaates von den Störversuchen und Provokationen der westdeutschen Militaristen und Revanchisten unabhängig zu machen, scheuen sie keine Mühe bei der Verwirklichung dieser großen Aufgaben.
Der 16. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus steht im Zeichen eines eindeutigen und gewaltigen Kräftezuwachses des sozialistischen Lagers und aller Friedenskräfte der Welt. Der erfolgreiche Flug der ersten bemannten Weltraumrakete der Sowjetunion um den Erdball und die sichere Rückkehr des ersten Weltraumfahrers der Weltgeschichte, des Helden der Sowjetunion, Genossen Gagarin, wurde in allen Teilen der Erde als die größte wissenschaftliche und historische Tat unserer Epoche, als eine vom Genius des Sowjetvolkes für die ganze Menschheit geschaffene Errungenschaft anerkannt. Dieser neue triumphale Erfolg der Sowjetunion, des Zentrums und der führenden Kraft des sozialistischen Lagers, führte aller Welt die allseitige Überlegenheit des Sozialismus vor Augen. Er zeugt von der Veränderung, die im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Friedens eingetreten ist. Diese große Kraft der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Lagers ist ein Garant für Sicherheit und Frieden in der Welt.
Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sehen ihren wichtigsten Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bändigung des deutschen Militarismus, der die Lehren aus der Geschichte mißachtet und versucht, das deutsche Volk in eine noch schrecklichere Katastrophe als jene des Jahres 1945 zu treiben.
Der Hauptinhalt der Deutschlandfrage ist die Sicherung des Frie-

dens. Der Friede in Europa ist bedroht durch die herrschenden Kreise des Bonner Staates, der immer mehr zum Hauptgegner der friedlichen Koexistenz, der Abrüstung und Entspannung und zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa wird. Die Sicherung des Friedens in Deutschland und Europa ist untrennbar verbunden mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, der die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigen, die Militaristen in Westdeutschland zügeln und günstige Voraussetzungen für die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten schaffen würde. Für die Lösung dieser nationalen Aufgabe setzt die Deutsche Demokratische Republik ihre ganze Kraft ein. Vorbehaltlos unterstützt sie alle Schritte und Vorschläge der Sowjetregierung, die auf den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und auf die Normalisierung der Lage in Westberlin gerichtet sind.
Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik führen diesen Kampf in der festen Überzeugung, daß sie – unterstützt von allen Staaten des sozialistischen Lagers und von allen Friedenskräften – ihrer Verantwortung gerecht werden und die Sache des Friedens in Deutschland zum Siege führen werden. Sie sind überzeugt, daß die herangereiften Probleme gelöst werden.
Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind sich bewußt, daß die brüderliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern ein festes Unterpfand für die Sicherung des Friedens in Europa ist. Sie werden deshalb diese Freundschaft unablässig festigen, die Bande der brüderlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion noch enger und fester knüpfen und keine Anstrengungen scheuen, um die Aufgaben in Ehren zu erfüllen, die die Deutsche Demokratische Republik als Vorposten des Sozialismus in Westeuropa und als wahrer Künder der friedlichen Bestrebungen des deutschen Volkes zu erfüllen hat.

Glückwunsch der Sowjetunion

An den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik,

Walter Ulbricht.

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik,

Otto Grotewohl.

An den Präsidenten der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik,

Dr. Johannes Dieckmann.

An den Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland,

Prof. Dr. Dr. Erich Correns.

Genossen!
Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, des Ministerrates der UdSSR und des sowjetischen Volkes beglückwünschen wir Sie und die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik herzlich anläßlich des 16. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.
Heute, am Tag des historischen Sieges über den Faschismus, grüßen die sowjetischen Menschen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Entwicklung der Wirtschaft, der Kultur und Wissenschaft und bei der Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung der Republik hervorragende Erfolge erzielt haben, auf das herzlichste.
Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik schreiten in den ersten Reihen der Kämpfer gegen den in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus, für die friedliche und demokratische Entwicklung ganz Deutschlands. Von den ersten Tagen ihres Bestehens an geht die Deutsche Demokratische Republik den Weg des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern, auf dem es für militaristische, faschistische und revan-

chistische Kräfte keinen Platz gibt und nicht geben kann. Dieser Weg entspricht den Interessen aller fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes sowie den Interessen der Festigung des Friedens in Europa. Das sowjetische Volk schätzt die Anstrengungen der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages hoch ein, der den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen und zur Herstellung wahrer freundschaftlicher Beziehungen des deutschen Volkes zu allen friedliebenden Völkern der ganzen Welt beitragen wird. Wir bringen unsere feste Überzeugung zum Ausdruck, daß unser gemeinsamer Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt auf dieser Grundlage bald zu positiven Ergebnissen führen wird.

Die 16 Jahre nach dem Kriege waren für die Völker der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik Jahre der festen Freundschaft und der fruchtbaren gegenseitigen Zusammenarbeit. Diese Freundschaft, die die historische Errungenschaft der Völker unserer Länder ist, hat sich gegenwärtig in einen wichtigen Faktor zur Festigung der europäischen Sicherheit und des Weltfriedens verwandelt.

Heiße, brüderliche Grüße der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Staatsrat, der Regierung, der Volkskammer der DDR, der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg des Friedens und des Sozialismus führen.

Möge sich die unverbrüchliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern unserer Länder entwickeln und festigen!

N. S. Chrustschow
Erster Sekretär des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzender
des Ministerrates der UdSSR

L. Breshnew
Vorsitzender des Präsidiums
des Obersten Sowjets der UdSSR

Moskau, Kreml, 7. Mai 1961

Kommuniqué über Verhandlungen und Unterzeichnung eines Protokolls am 30. Mai 1961 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Erweiterung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1962 bis 1965

In letzter Zeit fanden in Moskau Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken statt. Die Delegationen berieten über die Erweiterung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen in den Jahren 1962 bis 1965 sowie über die Entwicklung einer engen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen beiden Ländern.

In diesem Zusammenhang wurden im Ergebnis der Beratungen Maßnahmen zur Entwicklung der Grundstoffindustrie der DDR festgelegt. Das betrifft vor allem die technische Hilfe und die Lieferungen kompletter Ausrüstungen für die Metallurgie, die Energiewirtschaft sowie die chemische Industrie.

Im Ergebnis der Verhandlungen wurde vereinbart, den Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen in den Jahren 1962 bis 1965 zu erhöhen.

Danach wird die Sowjetunion in den Jahren 1962 bis 1965 über die im langfristigen Abkommen vom 21. November 1959* vorgesehenen Mengen hinaus zusätzliche Warenlieferungen übernehmen, und zwar: Walzwerkerzeugnisse, Buntmetalle, chemische Erzeugnisse, Maschinen und Ausrüstungen, darunter Schmiede- und Preßausrüstungen, spanabhebende Werkzeugmaschinen, Turbinen, Ausrüstungen für die Chemie, die Holz- und Lebensmittelindustrie sowie für andere Industriezweige, ferner Schnitt- und Nutzholz, Erdöl, Erze, Pyrite, Asbest und eine Reihe anderer Waren, des weiteren Fleisch, Butter, Fisch, Käse sowie Pflanzenöle.

Die DDR wird zusätzlich an die Sowjetunion Maschinen und Ausrüstungen, darunter Pressen, Dieselmotoren und Dieselkraftwerke, Pumpen und Kompressoren, Eisenbahnwaggons, Schiffe, Landwirtschaftsmaschinen, verschiedene Geräte und Ausrüstungen für das Funk- und Fernmeldewesen sowie eine Reihe von Gebrauchsgütern liefern.

Die UdSSR gewährt der DDR in den Jahren 1961 bis 1965 einen langfristigen Kredit in einer Höhe von über zwei Milliarden DM.

* Siehe Band VII, S. 531 f.

Für eine sehr große Nomenklatur von Rohstoffen und Waren wurden in den Verhandlungen langfristige, detaillierte Vereinbarungen hinsichtlich Sortiment, Abmessungen, technische Daten usw. getroffen.
Ein besonders wichtiges Verhandlungsergebnis besteht darin, daß zum Zwecke der Erhöhung des Nutzeffektes der Produktion, des Übergangs zu größeren Serien und der ökonomisch zweckmäßigsten Einschränkungen der Typen bei Maschinen und Ausrüstungen konkrete Schritte zur weiteren Vertiefung der Spezialisierung und engeren Kooperation der Produktion eingeleitet wurden, vor allem bei spanabhebenden Werkzeugmaschinen sowie bei Ausrüstungen für die Chemie, für die Leicht-, die polygrafische und die Lebensmittelindustrie sowie bei Schiffen.
Die Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR brachten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Verhandlungsergebnisse zu einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen, der Kooperation und der Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern und gleichzeitig zu einer Festigung der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR führen.
Bei der Beratung dieser Fragen gingen die Delegationen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vom beiderseitigen Interesse an der weiteren Vertiefung der sozialistischen Arbeitsteilung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit, der zweckmäßigsten Nutzung der natürlichen Bedingungen und der Produktionsanlagen beider Länder aus.
Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre außerordentlicher Herzlichkeit und des vollständigen gegenseitigen Verständnisses.
Am 30. Mai 1961 wurde im Kreml das Protokoll der Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der DDR und der UdSSR über die Weiterentwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR in den Jahren 1962 bis 1965 unterzeichnet.
Nach Billigung der Vorschläge der Delegationen durch die Regierungen der DDR und der UdSSR werden die zuständigen Organe beider Länder entsprechende Abkommen abschließen.
Das Protokoll über die Verhandlungen unterzeichneten:
B. Leuschner, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR.

A. Sassjadko, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Vorsitzender des Staatlichen Wissenschaftlich-ökonomischen Rates der UdSSR.
Von sowjetischer Seite waren bei der Unterzeichnung anwesend: der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. I. Mikojan, der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, G. G. Orlow, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Wissenschaftlich-ökonomischen Rates der UdSSR, S. M. Tichomirow, die Stellvertreter des Ministers der UdSSR W. S. Semjonow und I. F. Semitschastnow und andere verantwortliche Mitarbeiter des Staatlichen Wissenschaftlich-ökonomischen Rates, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Ministeriums für Außenhandel.
Bei der Unterzeichnung waren von deutscher Seite anwesend: der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Minister H. Meiser, der Sekretär der Wirtschaftskommission beim Zentralkomitee der SED, Dr. G. Mittag, die Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission H. Wunderlich und G. Henke, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel E. Kerber, der Geschäftsträger a. i. der DDR in der UdSSR, H. Abraham, sowie andere leitende Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission und der Botschaft der DDR.

Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion R. Malinowski

Kommuniqué vom 7. Juni 1961

Nach Abschluß der gemeinsamen Sommerübungen der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland und der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, die nach dem Plan des Oberkommandos der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages durchgeführt wurden, gab der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, im Gebäude des Ministeriums für Nationale Verteidigung ein Essen.
Von sowjetischer Seite haben am Essen teilgenommen: der Minister für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion

R. Malinowski, der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Marschall der Sowjetunion A. Gretschko, der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik, M. Perwuchin, der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland, Generaloberst I. Jakubowski, sowie eine Reihe anderer Vertreter der sowjetischen Armee und Flotte.
Von deutscher Seite haben am Essen teilgenommen: die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros Willi Stoph, Friedrich Ebert, Erich Honecker und Paul Verner, der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, und der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, Admiral Waldemar Verner, der Minister des Innern, Karl Maron, der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, sowie Generale, Admirale und Offiziere der Nationalen Volksarmee.
Während des Essens wechselten der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, und der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall der Sowjetunion R. Malinowski, Begrüßungsansprachen.
Sie betonten die enge Verbindung und die feste Kampfgemeinschaft der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland und der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik.
Sie stellten weiterhin fest, daß die Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland und die Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik zuverlässige Garanten des Schutzes der westlichen Grenzen des sozialistischen Lagers und der Sicherung des Friedens in Europa sind.
Die Zusammenkunft verlief in freundschaftlicher und herzlicher Atmosphäre.

Telegramm der Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik an die führenden Staatsmänner der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum 20. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1961

Zum 20. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion sandten der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Repu-

blik, Otto Grotewohl, der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Professor Dr. Dr. h. c. Erich Correns, an den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chrustschow, und den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, L. I. Breshnew, folgendes Telegramm:

Teure Genossen!

Am 22. Juni 1961 jährt sich zum 20. Male der Tag des räuberischen und hinterhältigen Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Der Jahrestag dieses für die Völker der Sowjetunion und unser Volk so unheilvollen Verbrechens des deutschen Imperialismus ist uns Anlaß, Ihnen und in Ihrer Person dem ganzen Sowjetvolk zu versichern, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik alles in ihren Kräften Stehende tun werden, um Militarismus und Kriegsgefahr für immer von deutschem Boden zu verbannen und ganz Deutschland in ein Land des Friedens zu verwandeln.
Die ungeheuren Opfer und Leiden des zweiten Weltkrieges und die Verantwortung vor der Zukunft forderten und fordern vom ganzen deutschen Volk gebieterisch, entscheidende Lehren aus der verhängnisvollen Vergangenheit zu ziehen. Die wichtigste Lehre, die der zweite Weltkrieg vermittelt, lautet: Die Herrschaft des deutschen Militarismus war das nationale Unglück unseres Volkes. Frieden und Glück unseres Volkes wie aller europäischen Völker verlangen die Überwindung des Revanchismus und Militarismus in Westdeutschland und die militärische Neutralität Deutschlands.
Der in Westdeutschland mit Hilfe ausländischer Imperialisten wiedererstandene deutsche Militarismus gefährdet 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wiederum den Frieden in Europa und die Unabhängigkeit der europäischen Staaten. Der westdeutsche Imperialismus hat die Eroberung der Vormachtstellung in Westeuropa, die Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen Länder des sozialistischen Lagers zu seinem Aktionsprogramm erhoben. Die westdeutschen Militaristen setzen mit ihrem Revanchismus und der hemmungslosen Aufrüstung die Politik Hitlers fort. Sie drohen erneut, alle Völker in einen mörderischen Krieg zu stürzen. Die aggressive

Politik der regierenden Kreise Westdeutschlands wurde zur Hauptgefahr für die Völker in Europa. Alle friedliebenden Kräfte sind verpflichtet, gegen diese Gefahr zu kämpfen. Deshalb begrüßen die Bürger unserer Republik die Tatsache, daß der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse N. S. Chruschtschow, in seiner Unterredung mit dem Präsidenten der USA, J. F. Kennedy, erneut ein umfassendes Programm zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage, d. h. über den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Lösung der Westberlinfrage, dargelegt hat. Damit hat die Sowjetunion abermals eine hochbedeutsame Initiative für den Frieden ergriffen. Diese Vorschläge entsprechen der Politik der Deutschen Demokratischen Republik und dem Willen ihrer Bevölkerung. Der Abschluß eines Friedensvertrages würde die Voraussetzungen zur Bändigung des deutschen Militarismus schaffen, zur Annäherung beider deutscher Staaten beitragen und den Weg zur Neutralisierung Deutschlands bereiten. Alle Unterzeichnerstaaten des Friedensvertrages würden auf diese Weise dem deutschen Volk die größte Hilfe bei der Lösung seiner nationalen Lebensfragen erweisen.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik verbindet heute mit den Völkern der Sowjetunion eine tiefe und echte Freundschaft. Die Deutsche Demokratische Republik ist die Bastion des Friedens in Deutschland, die Hüterin der besten Traditionen des Kampfes der demokratischen und antifaschistischen Kräfte unseres Volkes, die immer vor der Gefahr des Antikommunismus warnten und für die Freundschaft mit der Sowjetunion kämpften. Die Freundschaft mit der Sowjetunion ist eine Lebensfrage unserer Nation und eine Grundbedingung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus.

Es ist uns ein besonderes Bedürfnis, an diesem Tage dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem gesamten sowjetischen Volk für die ständige Hilfe und Unterstützung, die sie der Deutschen Demokratischen Republik erweisen, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Die Existenz und die Politik des ersten deutschen Friedensstaates in der Geschichte bürgen für die friedliche Zukunft des deutschen Volkes. Die Bürger unserer Republik sehen ihre wichtigste Aufgabe darin, ihren Staat weiter zu festigen und damit die demokratischen und friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland zu stärken.

Antworttelegramm des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, vom 26. Juni 1961

Mit Genugtuung haben wir Ihre Freundesworte an das Sowjetvolk, das Zentralkomitee der KPdSU und die Sowjetregierung aufgenommen, die in Ihrem Telegramm anläßlich des 20. Jahrestages des treubrüchigen Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion zum Ausdruck gebracht wurden. Wir teilen vollkommen Ihre Ansicht, daß uns alle die für unsere Länder schwerwiegenden Lehren des vergangenen Krieges verpflichten, den Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens zu verstärken, um die Möglichkeit der Entfesselung eines neuen Krieges, auf die die westdeutschen Revanchisten unter Duldung ihrer NATO-Partner offen hinarbeiten, abzuwenden.
Der Krieg des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion hat viele Millionen Menschenleben dahingerafft, hat den Völkern unermeßliche Leiden gebracht und gewaltige materielle und kulturelle Werte vernichtet. Auch das deutsche Volk hat mit Millionenopfern an Menschenleben für die verbrecherische Politik der Führer Hitlerdeutschlands zahlen müssen. Dies muß der heutigen Generation eine Warnung und Lehre sein.
Heutzutage vermerken die Völker der Sowjetunion und der anderen friedliebenden Länder mit besonderer Genugtuung, daß der eine der beiden deutschen Staaten – die Deutsche Demokratische Republik – als Interessenvertreter der Arbeiterklasse und aller deutschen Werktätigen endgültig und unwiderruflich mit der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus gebrochen hat, den Weg des Friedens, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft beschritten hat und zu einem vollberechtigten Mitglied der großen Gemeinschaft der sozialistischen Länder geworden ist, die über eine Milliarde Menschen in sich vereint. Die Sowjetmenschen teilen und unterstützen die Anstrengungen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, die auf die weitere Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern gerichtet sind. Diese Freundschaft ist einer der wichtigsten Faktoren der gegenwärtigen politischen Entwicklung in Europa.
Der konsequente Kampf der DDR für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands, für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa spiegelt die

nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes wider und findet bei allen friedliebenden Staaten und demokratischen Kräften der ganzen Welt Anerkennung und Unterstützung. Die Aktivierung der militaristischen und revanchistischen Kräfte in Westdeutschland fordert von allen europäischen Völkern erhöhte Wachsamkeit.
Die Sowjetunion und alle Länder des sozialistischen Lagers werden auch künftig entschieden für die Erhaltung des Friedens kämpfen. Sie verfügen über eine genügende Machtfülle, um jeden Aggressor in die Schranken zu weisen, wenn dieser es wagen sollte, die Errungenschaften der Völker der sozialistischen Länder zunichte machen zu wollen. Die Interessen des Friedens und der europäischen Sicherheit machen den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf dessen Grundlage zu einer zwingenden Notwendigkeit. Wir begrüßen die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in dieser Angelegenheit mit den anderen friedliebenden Ländern zusammenzuarbeiten.
Wir sind überzeugt, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt den Interessen des gesamten deutschen Volkes entspricht, das niemand mit den revanchistischen Kräften Westdeutschlands gleichsetzen darf. Der Friedensvertrag macht dem Kriegszustand ein Ende, bekräftigt die nach dem Kriege entstandene Situation, stabilisiert die Lage in Deutschland und in ganz Europa und eröffnet den beiden deutschen Staaten neue Möglichkeiten zur Entfaltung freundschaftlicher Beziehungen und sachlicher Zusammenarbeit mit den anderen Ländern der Welt.
Die Zeit für den Abschluß des deutschen Friedensvertrages ist längst herangereift, und die Sowjetunion wird zusammen mit den anderen friedliebenden Staaten alles tun, damit dieser Ende dieses Jahres unterzeichnet wird. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Haltung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in dieser Frage völlig mit der Haltung der Sowjetregierung übereinstimmt.
Gestatten Sie uns zum Abschluß, allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und in unserem gemeinsamen Kampf für die Sache des Friedens zwischen den Völkern zu wünschen.

Glückwunschschreiben des ZK der SED, des Staatsrates und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik an das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und den Ministerrat der UdSSR zum Fluge und zur glücklichen Landung des Kosmonauten G. S. Titow (6./7. August 1961)

Teure Genossen und Freunde!
Aus heißem Herzen übermitteln wir Ihnen, dem ganzen Sowjetvolk unsere freudigen Glückwünsche zu der gewaltigen und so erfolgreichen neuen kühnen Friedenstat der Wissenschaft und Technik des Kommunismus. Wir gratulieren dem Kosmonauten, Genossen Major German Stepanowitsch Titow, der mit „Wostok II" in 25stündigem Flug im Weltraum über 17mal die Erde umkreiste und am Montag* nach erfülltem Programm wohlbehalten wieder in der Sowjetunion gelandet ist.
Seine Signale verkündeten allen Kontinenten den Ruhm des Kommunismus. Sein Gruß und Friedensappell an die Völker der fünf Erdteile wurde auch von der ganzen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik begeistert aufgenommen. Denn das Unternehmen des Weltraumschiffes „Wostok II" beweist, daß der Kommunismus die Erfüllung der kühnsten Menschheitsträume herbeiführt. Mit derselben Sicherheit, mit der die Söhne der KPdSU den Weltraum erobern, wird die glorreiche KPdSU ihr Programm verwirklichen, das zum dauerhaften Frieden und zum Glück einer wohlhabenden Menschheit führt. Sozialismus und Frieden sind eins. Der politische, geistige, kulturelle und materielle Vormarsch der Menschheit wird vom sozialistischen Lager angetreten. Vom Sozialismus geht in unserer Zeit jede gute Initiative aus, ob auf der Erde oder im Weltenraum. Der Sozialismus ist zur stärksten Macht der Welt geworden.
Die glanzvolle neue Ruhmestat der Sowjetunion wird von den Menschen der Deutschen Demokratischen Republik als ihre eigenste Sache empfunden. Denn dieser neue Sieg der Sowjetmacht bestärkt viele Millionen Deutsche in der Überzeugung, daß dort, wo Frieden und Abrüstung ihre stärkste staatliche Heimstatt haben, auch gleichzeitig die stärksten, dem Imperialismus turmhoch überlegenen Potenzen vorhanden sind.
Die neue Gipfelleistung der Menschheit, vollbracht von einem jungen Kommunisten, beantworten die Bürger der Deutschen

* 7. August 1961

Demokratischen Republik mit ihrem ganzen Einsatz im Kampf für die Stärkung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, für den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1961 und die baldige Lösung der Westberlinfrage.
Froh und glücklich, dem großen triumphierenden sozialistischen Weltlager anzugehören, eins mit dem ganzen Sowjetvolk in Freude und Stolz, entbieten wir unseren Glückwunsch dem kühnen Kosmonauten German Stepanowitsch Titow, den Völkern der Sowjetunion und ihrer führenden Kraft, der KPdSU, mit unserem Freund Nikita Sergejewitsch Chrustschow an der Spitze.

*

Die Staatsmänner der UdSSR dankten lt. ADN vom 29. 8. 1961 für die Glückwünsche.

Grußschreiben an das Zentralkomitee der KPdSU

*Angenommen auf dem Festakt in der Deutschen Staatsoper am 6. Oktober 1961**

Teure Genossen, liebe Freunde!
Am 12. Jahrestag der Gründung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der deutschen Geschichte ist es uns ein Herzensbedürfnis, im Namen aller Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Ministerrat der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem ganzen Sowjetvolk brüderliche Kampfesgrüße und den tiefempfundenen Dank für die uns erwiesene Freundschaft und Hilfe zu übermitteln.
Die Existenz des Arbeiter-und-Bauern-Staates in Deutschland wurde möglich dank dem welthistorischen Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus. Sie ist zugleich das Ergebnis des jahrzehntelangen, aufopferungsvollen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Kräfte gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus.
Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte und in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Mit der Gründung des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates haben die Werktätigen

* Siehe S. 223 ff.

der Deutschen Demokratischen Republik unwiderruflich jenen Weg beschritten, der von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde, den Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

In unserem Staat wurden die Verderber der Nation, die Monopolisten und Junker, entmachtet und der Faschismus und Militarismus für immer ausgerottet. Die Werktätigen nahmen Leben und Zukunft der Nation in die eigenen Hände. Die unverbrüchliche Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, die – geführt von der ruhmreichen Kommunistischen Partei – erfolgreich das Werk des Aufbaus des Kommunismus vollbringen, nimmt in unserem Leben einen festen Platz ein.

Die Deutsche Demokratische Republik ist der einzige rechtmäßige deutsche Staat und das Bollwerk des Friedens und des Sozialismus für ganz Deutschland. Die Bevölkerung unseres Landes und mit ihr alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland wissen, daß die Interessen der deutschen Nation die Bändigung und schließliche Beseitigung des Militarismus in Westdeutschland verlangen.

Im Bonner Unrechtsstaat sind Chauvinismus, Revanchismus und Antikommunismus offizielle Staatspolitik. Durch diese antinationale und antihumanistische Politik ist der Friede in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt bedroht. Die Militaristen in Westdeutschland und das aggressive deutsche Monopolkapital, die in diesem Jahrhundert schon zwei gesetzmäßige Niederlagen einstecken mußten, verkennen auch heute wieder in ihrer Machtgier und in ihrem grenzenlosen Haß gegen den Sozialismus das Kräfteverhältnis in Deutschland und in der Welt. Die gleichen Kräfte, die schon zweimal unmenschliches Leid über die Völker der Welt brachten, trachten jetzt danach, einen dritten Weltkrieg zu entfachen.

Angesichts dieser Tatsachen gewinnt der Kampf um den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die Schaffung einer entmilitarisierten neutralen Freien Stadt Westberlin allergrößte Bedeutung. Die weltweite Initiative der Sowjetunion für den Abschluß des deutschen Friedensvertrages entspricht den ureigensten nationalen Interessen und dem Willen des deutschen Volkes.

Am 12. Jahrestag zieht die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Bilanz ihres Kampfes um den sozialistischen Aufbau und die Sicherung des Friedens. So präzis, wie durch die Maßnahmen vom 13. August 1961 dem westdeutschen Imperia-

lismus und Militarismus eine entscheidende Niederlage beigebracht wurde, so einheitlich und geschlossen, wie die Bevölkerung am 17. September 1961 die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wählte, genauso entschlossen kämpft die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für den Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage.

Der 13. August, an dem der Provokationsherd Westberlin unter Kontrolle genommen wurde, war ein Meilenstein auf dem Wege zum Abschluß des deutschen Friedensvertrages, zur Bändigung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland. Er schuf mit die Voraussetzung dafür, daß die militärische Neutralität beider deutscher Staaten zustande kommt und die Vorschläge der UdSSR und der DDR über die vollständige und allgemeine Abrüstung auch in Deutschland verwirklicht werden können.

Teure Genossen und Freunde!

Die Bürger unseres Landes feiern den 12. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik wenige Tage vor dem XXII. Parteitag der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Die Delegierten Ihres Parteitages werden das große historische Programm des Aufbaus des Kommunismus beschließen. Es ist gewiß, daß die Zukunft in der Welt und damit auch in Deutschland dem Sozialismus-Kommunismus, dem Frieden gehört. Durch den aufopferungsvollen Kampf der Sowjetunion wird die menschlichste aller Gesellschaftsordnungen errichtet werden. Uns erfüllt es mit Stolz, daß auch wir gemeinsam mit den anderen sozialistischen Völkern mehr oder weniger zur gleichen Zeit den Übergang zum Kommunismus vollziehen werden. Die großen Erfolge und die Erfahrungen der Völker der Sowjetunion, die Heldentaten der kühnen sowjetischen Kosmonauten, der Genossen Gagarin und Titow, sind für die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik Beispiel und Ansporn, noch besser für die Sache des Sozialismus und des Friedens zu arbeiten.

In enger Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion ist das friedliche Schaffen unserer Menschen darauf gerichtet, die Deutsche Demokratische Republik, den Vorposten des sozialistischen Lagers im Westen, weiter zu stärken. Mit guten sozialistischen Taten im Produktionsaufgebot in Industrie und Landwirtschaft kommen unsere Werktätigen zu ihrem Feiertag am 7. Oktober 1961. Diese Leistungen sind auch Ausdruck des Dankes und der Verbundenheit der Werktätigen unserer Republik gegenüber

den Völkern der Sowjetunion mit dem verehrten Genossen Nikita Sergejewitsch Chrustschow an der Spitze.
Nehmen Sie, teure Genossen und Freunde, am Jahrestag unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates die Versicherung entgegen, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in fester Freundschaft und Kampfgemeinschaft mit den Völkern der Sowjetunion und der ganzen großen sozialistischen Völkerfamilie unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin den Sozialismus zum Siege führt.

Glückwunschbotschaft des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, zum 12. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1961

Teure Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, des Ministerrates der UdSSR sowie im Namen des Sowjetvolkes gratulieren wir Ihnen und allen Werktätigen der DDR herzlichst zum 12. Jahrestag der Proklamierung der Deutschen Demokratischen Republik.
Mit den Feierlichkeiten zum zwölfjährigen Bestehen des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden bekunden die Werktätigen der DDR ihren unbeugsamen Kampfeswillen, aus ihrer Republik eine unerschütterliche Bastion des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in Europa zu machen.
In den zehn Jahren der Volksmacht haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik unter Führung ihrer bewährten Vorhut, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und unter der Führung ihrer Regierung große Erfolge bei der wirtschaftlichen Entwicklung und Hebung des Wohlstands der Bevölkerung sowie bei der Entfaltung ihrer nationalen Kultur erzielt. Gestützt auf die enge Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Länder des sozialistischen Weltsystems, löst die Bevölkerung der DDR gegenwärtig mit Erfolg die Aufgaben, die der entfaltete Aufbau des Sozialismus ihr stellt.

Wir freuen uns feststellen zu können, daß die Deutsche Demokratische Republik in den zwölf Jahren ihres Bestehens stets ihrer internationalen Verantwortung zur Festigung der Einheit und Macht des sozialistischen Lagers ehrenvoll nachgekommen ist und konsequent eine Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern verfolgt. Diese, auf den Lehren und Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, auf gegenseitiger Achtung und auf gegenseitigem Vertrauen beruhende Freundschaft ist die Gewähr für das erfolgreiche Fortschreiten unserer Völker auf dem Wege zur Festigung des Friedens, zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Die gefährliche Entwicklung in Westdeutschland, das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Revanchismus und die sich daraus ergebende immer stärker werdende Gefahr des Ausbruchs eines militärischen Konflikts im Herzen Europas machen den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf dessen Grundlage dringend erforderlich.
Das Sowjetvolk begrüßt und unterstützt die Anstrengungen der Werktätigen der DDR im Kampf für die unaufschiebbare Lösung dieses vordringlichsten Problems der Gegenwart voll und ganz und ist fest davon überzeugt, daß der deutsche Friedensvertrag in allernächster Zeit unterzeichnet werden wird.
Die kürzlich von der Regierung der DDR ergriffenen Maßnahmen zur Herstellung einer wirksamen Kontrolle an den Staatsgrenzen, die darauf abzielen, die Sicherheit zu gewährleisten und die provokatorische subversive Tätigkeit von Westberlin aus zu unterbinden, sind ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung des Friedens und gleichzeitig eine ernste Warnung an die militaristischen und revanchistischen Kreise, die aggressive Pläne gegen die sozialistischen Länder hegen.
Die in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinte Arbeiterklasse und alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik haben bei der Durchführung dieser Maßnahmen ein Musterbeispiel an Standhaftigkeit und Organisiertheit sowie ihre Kampfbereitschaft zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften gegen die Anschläge der imperialistischen Reaktion gezeigt.
Am 12. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik wünschen wir Ihnen und allen Werktätigen der DDR weitere Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, in unserem gemeinsamen Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft.

Es lebe und gedeihe die Deutsche Demokratische Republik!
Es lebe die ewige und unverbrüchliche Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen dem Sowjetvolk und dem deutschen Volk!
Es lebe der Frieden in der ganzen Welt!

N. Chrustschow
Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

L. Breshnew
Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

Moskau, Kreml, 6. Oktober 1961

*

Das Telegramm war gerichtet an den Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, an Ministerpräsident Otto Grotewohl, an den Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und an den Präsidenten des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Correns.

Danktelegramm der Staatsmänner der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Oktober 1961

Teure Genossen!
Für die uns zum 12. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik übermittelten herzlichen Glückwünsche und brüderlichen Kampfesgrüße übermitteln wir Ihnen und den brüderlichen Völkern der Sowjetunion im Namen aller Werktätigen der DDR und in unserem eigenen Namen den tiefempfundenen Dank.
Am 12. Jahrestag ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates haben die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Bilanz ihres Kampfes um Frieden und Sozialismus gezogen. Mit Genugtuung konnten sie feststellen, daß in den vergangenen 12 Jahren der erste Friedensstaat auf deutschem Boden wuchs, sich festigte und immer größere internationale Autorität errang.
Auf diese 12 Jahre zurückzublicken, das Erreichte einzuschätzen, bedeutet aber gleichzeitig, unseren Freunden, vor allem dem ruhmreichen Sowjetvolk, aus vollem Herzen für die uns erwiesene uneigennützige, brüderliche Hilfe und Unterstützung zu

danken. Heute ist die Deutsche Demokratische Republik, der einzig rechtmäßige deutsche Staat, ein festes Bollwerk des Friedens in Deutschland.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik feierten den 12. Jahrestag ihrer Republik in einer neuen Lage. Das Neue besteht darin, daß das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt auch in Deutschland klar zum Ausdruck gebracht wurde. Der 13. August 1961 sowie die Ergebnisse der Volkswahlen vom 17. September 1961 waren Schläge gegen die Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland, die versuchen, die internationalen Spannungen zu verschärfen und einen neuen Eroberungs- und Revanchekrieg zu entfachen, der die ganze Welt in einen neuen Weltkrieg stürzen würde.

Die Erhaltung des Friedens in Deutschland, in Europa und in der Welt erfordert deshalb die Bändigung des deutschen Militarismus, der in Westdeutschland erneut zur Macht gekommen ist. Der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die friedliche Lösung der Westberlinfrage durch die Schaffung einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin ist deshalb zur wichtigsten und entscheidendsten Aufgabe geworden, deren Lösung unaufschiebbar ist. Der deutsche Friedensvertrag ist ein entscheidendes Mittel, den kriegslüsternen imperialistischen Kreisen in Westdeutschland die erhobene Brandfackel aus der Hand zu schlagen.

Der Verlauf des 12. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik und der große Aufschwung, der die Arbeiterklasse und alle Schichten der Bevölkerung der DDR im Kampf um den deutschen Friedensvertrag erfaßt, sind ein erneuter Beweis dafür, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre ganze Kraft einsetzt, um die Lösung dieser Aufgabe in der allernächsten Zeit zu vollenden. Dabei erfüllt uns mit Stolz die hohe Anerkennung, die Sie, teure Genossen, den unter Führung der Arbeiterklasse in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Kräften für ihre Anstrengungen zollen.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sind sich bewußt, daß die weitere politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung der DDR ihr entscheidender Beitrag zur Sicherung des Friedens ist. Ausdruck dafür sind das Produktionsaufgebot in Industrie und Landwirtschaft, das unter der Losung: „Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion und der Deutsche Friedensplan wird Wirklichkeit" zu einer großen Massenbewegung wird, sowie die einmütige Zu-

stimmung und Unterstützung der Werktätigen der DDR für die von der Volkskammer beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungskraft der DDR. Sie sind vom Sieg ihrer gerechten Sache überzeugt, denn sie wissen im Kampf um die Lösung ihrer großen Aufgaben die Völker der Sowjetunion und alle Völker des sozialistischen Lagers an ihrer Seite.
Eine unversiegbare Quelle der Kraft und Siegeszuversicht der Werktätigen der DDR ist ihre feste Freundschaft und enge Kampfgemeinschaft mit den Völkern der Sowjetunion. Sie ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg des Kampfes um Frieden und Fortschritt in Deutschland.
Wir wünschen Ihnen und den Völkern der Sowjetunion von ganzem Herzen neue, große Erfolge beim Aufbau der menschlichsten aller Gesellschaftsordnungen, des Kommunismus, und im Kampf für die Erhaltung des Friedens in der Welt.
Es lebe die ewige und unverbrüchliche deutsch-sowjetische Freundschaft!
Es lebe der Frieden in der ganzen Welt!

Grußschreiben der Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik an den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, und an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, anläßlich des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 7. November 1961

Teure Genossen!
Zum 44. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übersenden wir Ihnen und allen Völkern der Sowjetunion die herzlichsten und brüderlichsten Kampfesgrüße.
In diesem Jahr ziehen die Völker der Sowjetunion eine besonders stolze Bilanz des entfalteten Aufbaus des Kommunismus und ihres erfolgreichen Kampfes zur Sicherung des Friedens. Vor wenigen Tagen beschloß der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion das grandiose Programm des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR. Dieses Dokument, das mit Recht als das Kommunistische Manifest des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird, ist die Frucht des Kampfes der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bei der konsequenten und schöpferischen Anwendung der genialen Lehren von Marx, Engels und Lenin unter der Führung ihres Zentralkomitees, mit dem konsequenten Leni-

nisten N. S. Chrustschow an der Spitze. Das neue Programm der KPdSU ist der wissenschaftlich begründete Plan zur Verwirklichung der kühnsten Träume und Ideen der besten Vertreter der Menschheit. Mit der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft in den folgenden zwei Jahrzehnten weist die Sowjetunion allen Völkern den Weg in eine frohe und glückliche Zukunft.
Das Programm des Kommunismus ist von größter Bedeutung für die gesamte internationale Arbeiterbewegung, für die ganze Menschheit, im besonderen auch für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik.
Die gewaltigen Leistungen und Erfolge des Sowjetvolkes haben entscheidend zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt beigetragen, und das sowjetische Volk ist zum Bahnbrecher auf dem Wege des kommunistischen Aufbaus geworden. Die durch ein hohes sozialistisches Bewußtsein geprägte Massenbewegung der sowjetischen Werktätigen in der Produktion, die Taten der Neuerer in Industrie und Landwirtschaft, die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft und Technik, die ihre Krönung in den Weltraumflügen Juri Gagarins und German Titows fanden, künden überzeugend von der Überlegenheit des Sozialismus–Kommunismus, der die Schöpferkraft der Millionen Werktätigen im Interesse der gesamten Gesellschaft zur Entfaltung bringt. Der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion ist die entscheidende Tat, das Übergewicht des Sozialismus in der Sphäre der materiellen Produktion im Weltmaßstab zu sichern und die Grundlage dafür zu schaffen, den Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen.
Die welthistorische Mission des Sowjetvolkes als Bahnbrecher des sozialistischen Fortschritts und als entscheidender Garant des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit der Völker findet die begeisterte Unterstützung und tiefe Anerkennung der Völker der ganzen Welt.
Die wichtigste Aufgabe zur weiteren Stärkung des Friedens in Europa ist die Bändigung des aggressiven westdeutschen Militarismus durch den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Es darf den westdeutschen Militaristen und Imperialisten, von denen die Hauptkriegsgefahr in Europa ausgeht, nicht gelingen, die Überreste des zweiten Weltkrieges auszunutzen, um einen dritten Weltkrieg zu entfachen. Nur auf dem Wege der Überwindung des westdeutschen Militarismus und Imperialismus – wie er im Friedensplan des deutschen Volkes dargelegt ist – wird der

Frieden dauerhaft gesichert und die Wiedergeburt eines einheitlichen deutschen Nationalstaates möglich sein. Der Abschluß des deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt sind der vordringlichste Schritt auf diesem Wege.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist stolz darauf, in brüderlicher Verbundenheit mit der Sowjetunion in vorderster Front für Frieden und Fortschritt zu kämpfen. Sie sieht in dem Programm des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion ihre eigene klare, sichere und große Zukunft. Sie steht in freundschaftlicher Verbundenheit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland im entschlossenen Kampf um den Abschluß des deutschen Friedensvertrages. Durch die gut organisierte und disziplinierte Durchführung der von den Staaten des Warschauer Vertrages vereinbarten Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenzen sowie durch das einmütige Bekenntnis zur Politik von Partei und Regierung bei den Wahlen am 17. September hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik Zeugnis von dem hohen Grad ihrer politisch-moralischen Einheit abgelegt und ihre Entschlossenheit zur Sicherung des Friedens in Deutschland unter Beweis gestellt. Große Erfolge erzielen die Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Wissenschaftler im Produktionsaufgebot zur Vorbereitung des Friedensvertrages, bei der Stärkung der Wirtschaft und der Sicherung ihrer Störfreiheit gegen Anschläge der westdeutschen Militaristen. In der Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft gegenüber den Kriegsdrohungen der Imperialisten sehen unsere Werktätigen eine wichtige Aufgabe ihres gegenwärtigen Kampfes. Deshalb begrüßen sie die Maßnahmen, die die Sowjetunion im Interesse ihrer Sicherheit, der Sicherheit aller sozialistischen Länder und des Friedens in der Welt zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft getroffen hat.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in der UdSSR haben besonders für unsere Deutsche Demokratische Republik und ganz Deutschland außerordentliche Bedeutung. Die auf dem XXII. Parteitag zusammengefaßten Lehren des sozialistischen Aufbaus sind ein Lehrbuch des sozialistischen Aufbaus für die Werktätigen der DDR. Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat hat seit seinem Bestehen die ständige Hilfe und Unterstützung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des ganzen Sowjetvolkes erfahren. Wir konnten immer tiefes Verständnis für die ernsten und großen

Probleme unseres Kampfes als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers in Europa finden. Deshalb ist die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ihrem Zentralkomitee mit dem Genossen N. S. Chrustschow an der Spitze, dem gesamten Sowjetvolk und seiner Regierung ganz besonders dankbar.

Zwischen unseren Brudervölkern haben sich feste und unverbrüchliche Freundschaftsbande herausgebildet. Die Vertiefung der Freundschaft und der brüderlichen Zusammenarbeit, die Schaffung der engen Gemeinschaft der nationalen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik mit der Wirtschaft der Sowjetunion entspricht zutiefst den nationalen Interessen unseres Volkes, den Erfordernissen und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems. In der Festigung der Einheit des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und des Kampfes gegen Revisionismus und gegen Dogmatismus und Sektierertum sieht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine grundlegende Aufgabe ihrer Tätigkeit.

Schulter an Schulter mit den Völkern der Sowjetunion leistet unser Volk, eng geschart um die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, seinen Beitrag zum Kampf um die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens, um sozialen Fortschritt, für eine lichte Zukunft der Menschheit, für den Sieg des Kommunismus.

Wir wünschen Ihnen, teure Genossen, und in Ihrer Person den Völkern der Sowjetunion weitere große Erfolge beim Aufbau des Kommunismus und im Kampf um die Sicherung des Friedens in der Welt.

Danktelegramm der sowjetischen Staatsmänner vom 30. November 1961

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der Sowjetregierung und des ganzen sowjetischen Volkes sagen wir Ihnen herzlichen Dank für die freundschaftlichen Grüße und Glückwünsche, die Sie uns anläßlich des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution übermittelten. Mit Befriedigung haben wir auch Ihre hohe Einschätzung der Beschlüsse des XXII. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des vom Parteitag angenommenen Programms zum

Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung in unserem Lande aufgenommen.
Die Sowjetmenschen sind zutiefst erfreut über die großen Erfolge des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte Deutschlands, Erfolge, die von den Werktätigen der DDR unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und der nationalen Kultur erzielt wurden. Als Vorposten des Sozialismus in Westeuropa, als wahre Vertreterin der friedlichen Bestrebungen des deutschen Volkes führt die DDR gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern einen unermüdlichen Kampf um die Bändigung des aggressiven westdeutschen Militarismus, um den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf dieser Grundlage.
Wir wünschen Ihnen und den Werktätigen der DDR von ganzem Herzen neue große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, im Kampf für den Frieden und die Sicherheit in Europa.

Kommuniqué vom 18. Dezember 1961 über die XIV. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Moskau

Die XIV. Tagung der Deutsch-Sowjetischen Kommission für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ist am 18. Dezember 1961 in Moskau beendet worden. Diese Tagung erhielt ihr besonderes Gepräge dadurch, daß sie zum Zeitpunkt des 10. Jahrestages der Aufnahme dieser für beide Länder so nützlichen Zusammenarbeit stattfand.
Die Kommission faßte auf ihrer einwöchigen Tagung in der sowjetischen Hauptstadt wichtige Beschlüsse zur Beschleunigung des technischen Fortschritts in beiden Ländern.
In Anwesenheit führender Vertreter der sowjetischen Plankommission und anderer Wirtschaftsorgane sowie des Botschafters der DDR in der UdSSR, Rudolf Dölling, wurde am 18. Dezember von den Vorsitzenden der deutschen und der sowjetischen Seite der gemeinsamen Kommission, Grosse und Uwarow, das Protokoll der XIV. Tagung unterzeichnet.
In dem Kommuniqué der Tagung heißt es: Die Tagung befaßte sich mit den Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der vergangenen 10 Jahre und stellte mit Befriedi-

gung fest, daß sie für alle Gebiete der Volkswirtschaft beider Länder erfolgreich und fruchtbringend gewesen ist.

Es wurden die Fragen der künftigen Erweiterung des beiderseitigen Austausches der gewonnenen Erfahrungen besprochen und konkrete Beschlüsse zur Thematik der gemeinsamen Anwendung fortschrittlicher Produktionserfahrungen und wissenschaftlich-technischer Errungenschaften für die folgende Periode gefaßt. Die sowjetische Seite wird der deutschen Seite zu 106 Themen Sätze von wissenschaftlich-technischen Dokumentationen übergeben und 790 deutsche Spezialisten zum Studium der fortschrittlichen Produktionserfahrungen und technisch-wissenschaftlichen Errungenschaften empfangen.

Die deutsche Seite übergibt der sowjetischen Seite wissenschaftlich-technische Dokumentationen zu 132 Themen und empfängt 200 sowjetische Spezialisten.

In der vergangenen Periode waren von jeder Seite etwa 1200 komplette Projekte, Konstruktionszeichnungen und technologische Dokumentationen übergeben und etwa 3200 Spezialisten zum Studium der fortschrittlichen Produktionserfahrungen und wissenschaftlich-technischen Errungenschaften entsandt worden.

Die gemeinsame Ausnutzung der kollektiven Erfahrungen und Errungenschaften in den Volkswirtschaften beider Länder hatte die Einsparung von Mitteln im Werte von mehreren Zehnmillionen Rubeln bzw. DM zur Folge und machte es möglich, die Lösung vieler wissenschaftlicher und technischer Probleme zu beschleunigen.

Die Tagung bestätigte weiterhin die Thematik für die Durchführung gemeinsamer Arbeiten zur Schaffung neuer Maschinen, Geräte, Ausrüstungen und technologischer Prozesse. In Übereinstimmung mit dieser Thematik werden wissenschaftliche Forschungsinstitute und Projektierungs- und Konstruktionsorganisationen der DDR und der UdSSR über die deutsch-sowjetische Kommission u. a. folgendes verwirklichen: gemeinsame Arbeiten auf dem Gebiete der Automatisierung und Mechanisierung von Schweißprozessen, des Gießereiwesens, der Textil- und Chemieindustrie und anderer Industriezweige.

Gemeinsame Durchführung von Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten für Kranausrüstungen, Trikotagen- und Polygraphiemaschinen, spanabhebende Werkzeugmaschinen, Dieselmotoren, Walzstraßen, Dampf- und Gasturbinen, schnellaufende Kompressoren und Schleifspindeln, medizinische Geräte und Apparaturen und eine Reihe anderer aktueller Fragen.

Die Jubiläumstagung verlief im Geiste der Freundschaft und in vollem Einvernehmen zwischen beiden Seiten.

Kommuniqué über den Besuch einer Delegation sowjetischer Atomforscher vom 22. bis 29. Dezember 1961 in der Deutschen Demokratischen Republik

In der Zeit vom 22. bis 29. Dezember 1961 weilte eine Delegation hervorragender sowjetischer Atomwissenschaftler unter Leitung des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR zur Nutzung der Atomenergie, Professor W. S. Jemeljanow, in der DDR. Der Delegation gehörten an:
Professor A. I. Alichanow, Akademiemitglied, Direktor des Instituts für theoretische und experimentelle Physik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR,
Professor A. P. Winogradow, Akademiemitglied, Direktor des Instituts für Geochemie und analytische Chemie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR,
Kandidat der Technischen Wissenschaften N. N. Ponomarjow-Stepnoi, stellvertretender Sektorleiter im Kurtschatow-Institut,
J. A. Lebedjew, Mitarbeiter im Staatlichen Komitee des Ministerrates der UdSSR zur Nutzung der Atomenergie.
Die sowjetische Delegation führte während ihres Aufenthaltes Besprechungen mit Vertretern der Regierung der DDR, des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik sowie mit namhaften Wissenschaftlern der DDR über die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie.
Im Ergebnis der Beratungen wurde am 28. Dezember 1961 in Berlin ein Abkommen zwischen der DDR und der UdSSR über die Erweiterung der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie abgeschlossen.* Das Abkommen wurde von sowjetischer Seite durch den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR zur Nutzung der Atomenergie, Genossen Professor Jemeljanow, und von deutscher Seite durch den Leiter des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik der Regierung der DDR, Genossen Dr. Winde, unterzeichnet. Bei der Unterzeichnung waren anwesend: der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genosse König, und der Botschafter der UdSSR, Genosse M. G. Perwuchin.

* Siehe S. 442 ff.

Ausgehend von dem seit 1955 mit Unterstützung der UdSSR in der DDR erreichten Stand der Kernforschung und Kerntechnik sieht das Abkommen eine enge zweiseitige wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kernphysik und Reaktortechnik, der Herstellung von radioaktiven Isotopen und Strahlungsquellen und deren Anwendung in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, der Medizin und Wissenschaft sowie auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Aufarbeitung und Beseitigung radioaktiver Abfälle vor.

Auf der Grundlage des Abkommens werden beide Seiten Informationen und Dokumentationen austauschen, gegenseitige Konsultationen gewähren und über die Durchführung gemeinsamer Forschungsarbeiten beraten. Des weiteren sieht das Abkommen den Austausch von Wissenschaftlern und Fachleuten u. a. auf den Gebieten der Kernphysik und Kerntechnik vor. Die UdSSR wird die DDR im Rahmen des Abkommens durch die Lieferung von Spezialmaterialien und Ausrüstungsgegenständen unterstützen.

Die sowjetische Delegation besuchte anläßlich ihres Aufenthaltes wissenschaftliche Einrichtungen des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik und der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Sie wurde vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossin Dr. Grete Wittkowski, und vom Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Genossen Professor Dr. Hartke, empfangen.

Der Abschluß des Abkommens ist ein weiterer Ausdruck der engen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der DDR und der UdSSR. Die vereinbarte Erweiterung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wird zu neuen Erfolgen bei der friedlichen Anwendung der Atomenergie in der DDR führen.

Die im Geiste brüderlicher Zusammenarbeit erfolgte vertragliche Regelung des wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches dient der Festigung und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR und trägt zum Aufbau des Sozialismus sowie zur Erhaltung des Friedens bei.

Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Erweiterung der Zusammenarbeit bei der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie vom 28. Dezember 1961

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind,

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, die sich auf die Prinzipien der gegenseitigen sozialistischen Hilfe, der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Vertragspartners gründen,

unter Berücksichtigung der großen Bedeutung, die der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, der Medizin und Wissenschaft zukommt,

in der Überzeugung, daß diese Zusammenarbeit zur Erhaltung und Festigung des Friedens beiträgt,

in dem Bestreben, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf dem Gebiet der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie zu erweitern,

übereingekommen, nachstehendes Abkommen zu schließen.

Artikel 1

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden bei der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie auf folgenden Gebieten zusammenarbeiten:

a) Projektierung und Konstruktion von Kernforschungs- und Leistungsreaktoren;
b) Entwicklung von Brennelementen;
c) Herstellung von Halbfabrikaten und Erzeugnissen aus Zirkonium;
d) Entwicklung und Betrieb von Beschleunigern;
e) Weiterentwicklung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kernphysik;
f) Herstellung von radioaktiven Isotopen und deren Anwendung in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, Medizin und Wissenschaft;
g) Schutz vor Kernstrahlungen;
h) Aufarbeitung und Beseitigung radioaktiver Abfälle;

i) Ausbildung (Delegierung) deutscher Fachleute in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und sowjetischer Fachleute in der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Kernphysik, Kerntechnik und anderen in dem vorliegenden Abkommen vorgesehenen Gebieten.

Artikel 2

Die Zusammenarbeit bei der Projektierung und der Konstruktion von Kernforschungs- und Leistungsreaktoren erfolgt durch:

a) Informationsaustausch und gegenseitige Konsultationen über die Forschungs-, Konstruktions- und Projektierungsarbeiten im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer oder der Vervollkommnung der in der Deutschen Demokratischen Republik in Betrieb befindlichen Kernreaktoren;
b) Durchführung von Konsultationen sowjetischer Institutionen mit entsprechenden Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik über die Konstruktion und Projektierung eines Null-Leistungsreaktors;
Lieferung der Brennelemente und Ausrüstungen für diesen Reaktor, die in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hergestellt und von der Deutschen Demokratischen Republik nicht produziert werden können;
c) Austausch von Informationen und gegenseitige Konsultationen über Fragen des Wasserregimes der Reaktoren, der chemischen Wasseraufbereitung, der Metallkorrosion und der Entwicklung von Ionenaustauschfiltern;
d) gegenseitige Konsultationen über die Untersuchung organischer Stoffe und deren Anwendung als Moderatoren und Wärmeträger für Reaktoren;
e) Lieferung von Spezialmaterialien aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für die Durchführung von Forschungsarbeiten und von Brennelementen für in der Deutschen Demokratischen Republik arbeitende Atomreaktoren, die mit Hilfe der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gebaut wurden;
f) gegenseitige Konsultationen über Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Reaktorwerkstoffe und Durchführung ihrer Erprobungen.

Artikel 3

Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Brennelementen für Kernforschungs- und Leistungsreaktoren der Deutschen De-

mokratischen Republik erfolgt durch gegenseitige Konsultationen über die von den Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführten wissenschaftlichen Forschungs- und Versuchsarbeiten auf diesem Gebiet.

Artikel 4

Die deutschen Institutionen und die entsprechenden Institutionen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken arbeiten auf dem Gebiet der Herstellung von Halbfabrikaten und Erzeugnissen aus Zirkonium zusammen.
Zu diesem Zweck werden die sowjetischen Institutionen:

a) die Herstellungstechnologie für Halbfabrikate und Erzeugnisse aus Zirkonium übergeben;
b) Konsultationen und technische Hilfe bei der Projektierung, dem Bau, der Funktionsprüfung und der Inbetriebnahme der Betriebe zur Herstellung von Halbfabrikaten und Erzeugnissen aus Zirkonium durchführen.

Die deutschen Institutionen und die Institutionen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden gegenseitig Informationen über die Vervollkommnung der Herstellungstechnologie für die Erzeugnisse aus Zirkonium austauschen.

Artikel 5

Die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und dem Betrieb von Beschleunigern erfolgt durch Austausch von Informationen, gegenseitige Konsultationen und Übergabe technischer Dokumentationen, die die Entwicklung und Herstellung dieser Anlagen betreffen.

Artikel 6

Die Zusammenarbeit bei der Durchführung von Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kernphysik erfolgt durch gemeinsame Beratung der Jahres- und Perspektivpläne der Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik, gemeinsame Durchführung von Forschungsarbeiten und Beratung von Problemen, die beide Seiten interessieren, sowie durch Konsultationen deutscher Fachleute über Einzelfragen zur Verwirklichung der Forschungspläne der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 7

Die deutschen Institutionen und die Institutionen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden auf dem Gebiet der Produktion radioaktiver Isotope und Strahlungsquellen zusammenarbeiten, gegenseitig Erfahrungen über ihre Anwendung in den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, der Medizin und Wissenschaft sowie technische Dokumentationen austauschen.
Im Falle des Wunsches der Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik leisten sowjetische Institutionen technische Hilfe bei der Errichtung eines radiochemischen Isotopenlaboratoriums durch Konsultationen bei der Projektierung und beim Bau des Laboratoriums und Übergabe der in der Sowjetunion vorhandenen technischen Projektierungsdokumentationen.

Artikel 8

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Schutzes vor Kernstrahlungen erfolgt zwischen beiden Seiten durch gegenseitige Information über grundsätzliche Bestimmungen, Vorschriften und Organisationsmaßnahmen sowie durch Erfahrungsaustausch über die Methoden des Schutzes.
Die deutschen Institutionen und die Institutionen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden gegenseitig Dokumentationen über Strahlenschutzmaterialien, Ausrüstungen und verschiedene Vorrichtungen austauschen.

Artikel 9

Die deutschen Institutionen und die Institutionen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden bei der Entwicklung von Methoden zur Aufarbeitung und Beseitigung radioaktiver Abfälle und von Verfahren ihrer Aufbewahrung durch Informationsaustausch über die durchzuführenden Forschungsarbeiten und gegenseitige Konsultationen bei der Entwicklung von Ausrüstungen, Materialien und Konstruktionen auf diesem Gebiet zusammenarbeiten.

Artikel 10

Die Entsendung deutscher Fachleute in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und sowjetischer Fachleute in die Deutsche Demokratische Republik zu den im vorliegenden Abkommen vorgesehenen Problemen sowie der Empfang deutscher

Fachleute in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und sowjetischer Fachleute in der Deutschen Demokratischen Republik zur produktionstechnischen Ausbildung erfolgt in Abstimmung zwischen den entsprechenden Institutionen beider Seiten zu den Bedingungen der zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geltenden Abkommen, die diese Fragen regeln.

Artikel 11

Die Bezahlung der im Rahmen dieses Abkommens gelieferten Ausrüstungen, Geräte und Materialien sowie der erwiesenen technischen Hilfe erfolgt nach dem zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Zeitpunkt der Zahlung geltenden Handelsabkommen.

Artikel 12

Die von ihren Regierungen bevollmächtigten Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden die Pläne der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens abstimmen. Über die abgestimmten Pläne werden zweiseitige Protokolle ausgefertigt.

Artikel 13

Zur Erfüllung dieses Abkommens und der genannten Protokolle werden zwischen beiden Seiten Verträge abgeschlossen, die den Umfang, die Termine, die Kosten und andere Bedingungen der technischen Hilfeleistung an die eine oder andere Seite enthalten.

Artikel 14

Die Abkommenspartner werden die entsprechend diesem Abkommen voneinander erhaltenen geheimen technischen Dokumentationen, Informationen und anderen Mitteilungen nicht an ausländische natürliche oder juristische Personen weitergeben und die Geheimhaltung der erhaltenen geheimen technischen Dokumentationen und Informationen gewährleisten.

Artikel 15

Das vorliegende Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann auf Wunsch jedes Abkommenspartners unter

Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr aufgekündigt werden. Das Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin am 28. Dezember neunzehnhundertundeinundsechzig in zwei authentischen Exemplaren, jedes in deutscher und in russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.

Im Auftrage der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (gez.) Winde	Im Auftrage der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (gez.) Jemeljanow

DEMOKRATISCHE REPUBLIK VIETNAM

Kommuniqué vom 9. Februar 1961 über die Unterzeichnung eines langfristigen Abkommens über Warenlieferungen und Zahlungen bis zum Jahre 1965 und eines Protokolls über den Warenaustausch im Jahre 1961 zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam

Am 9. Februar wurden in Hanoi im Ergebnis von Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der DDR und der Demokratischen Republik Vietnam ein langfristiges Abkommen über die Warenlieferungen und Zahlungen zwischen beiden Ländern bis zum Jahre 1965 und ein Protokoll über den Warenaustausch im Jahre 1961 unterzeichnet. Die Verhandlungen verliefen in einer Atmosphäre der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses.

Das langfristige Abkommen sieht gegenüber 1961 eine Erhöhung des Warenaustausches bis zum Jahre 1965 auf über 150 Prozent vor. Die gegenseitigen Lieferungen dienen der Entwicklung der Volkswirtschaften und der weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung beider Länder.

Die DDR wird entsprechend der Struktur ihrer Volkswirtschaft an die Demokratische Republik Vietnam u. a. komplette Industrieanlagen und Einrichtungen für Institute und Hochschulen, Werkzeugmaschinen, Erzeugnisse der Feinmechanik/Optik und der Elektrotechnik, Düngemittel, chemische Produkte und Pharmazeutika sowie Erzeugnisse der Leichtindustrie liefern.

Die Demokratische Republik Vietnam wird hauptsächlich Erzeugnisse des Bergbaus, wie Chromerz, Zinn, Wolfram, Apatit, landwirtschaftliche Produkte, wie Reis, Mais, Ölfrüchte, Fruchtkonserven, Textilien, Schuhe sowie Erzeugnisse des Kunsthandwerks, darunter Silberwaren, liefern.

Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte für die DDR-Regierung durch den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Willy Hüttenrauch, und für die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam durch den Minister für Außenhandel, Phan Anh. Der Unterzeichnung wohnten der Ministerpräsident der Demokratischen Republik Vietnam, Pham Van Dong, und der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der DDR in der Demokratischen Republik Vietnam, Eduard Claudius, bei.

ANHANG

ZEITTAFEL

Die Zeittafel stellt eine Ergänzung der Dokumentation dar; sie enthält im allgemeinen nur solche Fakten, die weder als Dokument noch als Pressemeldung im vorliegenden Band erscheinen. Bei größeren Komplexen wird der Fakt als solcher in der Zeittafel gebracht, die Einzelheiten (Erklärungen, Reden usw.) sind im Dokumententeil zu finden.

1961

1. 1. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem kubanischen Luftverkehrsunternehmen COMPANIA CUBANA DE AVIACION S. A. in Kraft.

5. 1. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, gewährt dem in der DDR weilenden und durch sein Buch „Arzt auf drei Kontinenten" bekannten kanadischen Schriftsteller Sidney Gordon in seinem Amtssitz ein Interview zu aktuell politischen Fragen und über die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik

10./17. 1. Delegation der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter Leitung ihres Präsidenten Prof. Dr. Alexander Nesmejanow weilt zu einem Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik
— 12. Januar: Protokoll über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (siehe Band VI, S. 424 f.)

12. 1. Die Delegation der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland unter Leitung ihres Generalsekretärs Herbert Meyer, die an den Feierlichkeiten zum zweiten Jahrestag der Revolution in Kuba teilnahm, beendet ihren Besuch in Havanna mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen der Gesellschaft und dem Kubanischen Institut für Völkerfreundschaft. Der Vertrag sieht den Austausch von Publikationen und Lehrfilmen zur Unterstützung Kubas bei der Lösung erzieherischer und wirtschaftlicher Fragen vor; gleichzeitig soll er dazu beitragen, die Kenntnisse über die kubanische Revolution

in der DDR zu vertiefen. Generalsekretär Meyer ladet eine Abordnung des Instituts in die DDR ein

13. 1. Abkommen über den Warenaustausch zwischen der DDR und dem Königreich Dänemark wird in Kraft gesetzt. Das Volumen wird gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent erhöht und die Struktur des Austausches verbessert. Die DDR wird z. B. neben den traditionellen Erzeugnissen wie Butter, Käse, Frischobst, Häute und Fischereierzeugnisse in verstärktem Maße Industrieerzeugnisse beziehen, wie Textil- und andere Maschinen, Chemikalien und Wollgewebe. Für 1961 konnte erstmalig ein größeres Import-Kontingent dänischer Stahlrohre vereinbart werden

16. 1. „Komitee für Solidarität mit dem kubanischen Volk" konstituiert sich auf einer Kundgebung in den Elektro-Apparate-Werken Berlin-Treptow. Vorsitzender des Komitees, dem neben bekannten Persönlichkeiten der Öffentlichkeit Vertreter der demokratischen Organisationen, Arbeiter und Genossenschaftsbauern angehören, ist der Schriftsteller und Nationalpreisträger Prof. Dr. Ludwig Renn

— 9. Februar: Der Ministerpräsident der Revolutionären Regierung der Republik Kuba, Fidel Castro, dankt dem Solidaritätskomitee in einem Schreiben für die ihm übermittelten herzlichen Grüße

Mitte Jan. Der Minister für Post-, Telegrafen- und Telefonwesen des Königreichs Jemen, Qadi Abdulla Ben Ahmed el Hagri, weilt als Gast des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen zu einem längeren Studienaufenthalt in der DDR

18. 1. Das Lehr- und Ausbildungsschiff der Handelsflotte der Deutschen Demokratischen Republik, „Heinrich Heine", wird um 9.34 Uhr von einem französischen Kriegsschiff auf offener See in der Höhe von Gibraltar widerrechtlich gestoppt und durchsucht. Der Kapitän protestiert gegen diesen völkerrechtswidrigen Akt. Das Schiff kann um 10.12 Uhr seine Fahrt fortsetzen. Ein Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik erhebt am selben Tage den schärfsten Protest gegen diesen Willkürakt der französischen Behörden, der eine grobe Verletzung des Völkerrechts darstellt

18. 1. Radio Conakry bringt in seinem Nachrichtendienst den Wortlaut eines Glückwunschtelegramms, das der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der Republik Guinea, Sékou Touré, anläßlich dessen Wahl zum Präsidenten richtete

18./23. 1. Tagung der Ständigen Kommission für Elektroenergie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. Es werden Fragen der Kostensenkung und Zeitverkürzung beim Bau von Wärme- und Wasserkraftwerken sowie von Hochspannungsnetzen in den Mitgliedländern des RGW vorbereitet, ferner werden eine Reihe anderer Fragen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiewirtschaft behandelt und der Arbeitsplan für 1961 besprochen

19./28. 1. Eine Gruppe von Abgeordneten der französischen Nationalversammlung weilt auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR zu einem Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik

20. 1. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übersendet dem neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, anläßlich dessen Amtsübernahme ein Glückwunschtelegramm, in dem er die Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß die Regierungstätigkeit Kennedys zur Entspannung der internationalen Situation und zur friedlichen Lösung internationaler Streitfragen beitragen werde

21. 1. Die Ständige Kommission für Kohleindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beendet in Warschau ihre VIII. ordentliche Tagung. Die Kommission zog Bilanz über ihre Tätigkeit im Jahre 1960 und bestätigte den Arbeitsplan für 1961, ferner wurde eine Reihe von Beschlüssen angenommen, die zur weiteren Entwicklung der Kohleindustrie in den Mitgliedländern des RGW beitragen sollen. Außerdem wurden Wege zum weiteren Ausbau und zur Vertiefung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit bei der Lösung der wichtigsten Probleme in der Kohleindustrie festgelegt. Es wurde beschlossen, für diese Zusammenarbeit einen langfristigen Plan auszuarbeiten

23. 1. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Außer-

ordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Pak Ir Jen, zu seinem Abschiedsbesuch

24./26. 1. Tagung der Ständigen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in der Eisenmetallurgie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. Es werden Fragen einer Verbesserung der qualitativen Kennziffern in der Eisenmetallurgie geprüft und Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität der Profileisenwalzwerke und zur Verbesserung der Arbeit in Erzbergwerken und Aufbereitungsanlagen gebilligt. Ferner billigt die Kommission Vorschläge, die darauf gerichtet sind, in der Industrie feuerfester Stoffe neue mächtige Pressen anzuwenden

25./31. 1. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, weilt zu einem offiziellen Besuch in der ägyptischen Region der VAR

— 26. Januar: Der Präsident der VAR, Gamal Abdel Nasser, empfängt Minister Rau zu einem ersten Gespräch. Bei dieser Gelegenheit überreicht Präsident Nasser Minister Rau den Groß-Kordon zum Orden der Vereinigten Arabischen Republik

— 29. Januar: Zweites Gespräch zwischen Präsident Nasser und Minister Rau über beiderseitig interessierende Fragen, besonders über die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VAR

31. 1. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien, Dr. Janio Quadros, zu dessen Amtsübernahme ein Glückwunschtelegramm

31. 1. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet dem Ministerpräsidenten der Republik Mali, Modibo Keita, anläßlich seiner einmütigen Bestätigung als Ministerpräsident durch die Nationalversammlung ein Glückwunschtelegramm

31. 1./2. 2. Eine Gruppe britischer Parlamentsmitglieder hält sich auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der

DDR in der Republik auf. Der Delegation gehören an: das Mitglied der Labourfraktion des britischen Oberhauses Lord Gavin Faringdon, die Mitglieder der Labourfraktion des britischen Unterhauses Sir Leslie Plummer, John Mendelson und Richard Kelley sowie das ehemalige Mitglied des britischen Unterhauses Ian Mikardo
— 1. Februar: Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt die britischen Gäste. Beim Abschied versprechen sie, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die sich zwischen Großbritannien und der DDR gut anbahnenden Kontakte auszubauen. Gleichzeitig äußern sie den Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern

3. 2. Plan der kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Albanien für die Jahre 1961 und 1962 in Tirana unterzeichnet

3. 2. Handelsvereinbarung zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und der Norsk Kompensasjonsselskap, Oslo, für das Jahr 1961 sieht ein Volumen von 123 Millionen norwegischen Kronen vor

6. 2. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, empfängt den britischen Unterhausabgeordneten, Mitglied der Konservativen Partei Drayson zu einer Unterredung über Fragen der Handelsbeziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Großbritannien im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Handelsabkommen für das Jahr 1961 (siehe 28. 2. 1961)

9. 2. ADN: Der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, ernannte den Generaldirektor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wolfgang Kiesewetter, zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter. Gleichzeitig ernannte der Vorsitzende des Staatsrates Karl Speiser zum Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter in der Mongolischen Volksrepublik und überreichte ihm das Beglaubigungsschreiben. Walter Ulbricht bat Botschafter Speiser, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Shamsarangyn Sambu, seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln (siehe 2. 3. 1961)

9. 2. Der seit 1958 bestehende Vertrag über Zusammenarbeit zwischen dem Verband der Deutschen Journalisten und dem Bulgarischen Journalistenverband wird in Berlin um weitere zwei Jahre verlängert

15. 2. Der Präsident der Republik Indonesien, Dr. Achmed Sukarno, empfängt den Leiter der in Indonesien weilenden Regierungsdelegation und Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß sowie den Generalkonsul der DDR in Indonesien, Kurt Nier, und den Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Willi Schild. In einer längeren Unterredung werden beide Seiten interessierende Fragen der wirtschaftlichen und allgemeinen Beziehungen Indonesiens und der DDR behandelt (s. S. 350 f.)

16. 2. Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Dr. h. c. Paul Wandel, verläßt Peking, da er von seiner Funktion entbunden wurde, um im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin eine leitende Tätigkeit zu übernehmen

17. 2. Interline-Abkommen zwischen der Lufthansa und dem äthiopischen Luftverkehrsunternehmen ETHIOPIAN AIRLINES in Kraft

18./25. 2. Regierungsdelegation der Republik Mali unter Leitung des Staatssekretärs für Information, Mamadou Gologo, in der Deutschen Demokratischen Republik

— 20. und 25. Februar: Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Botschafter Sepp Schwab empfängt die Delegation zu Unterredungen

21. 2. Der von seinem Posten abberufene Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Polen, Josef Hegen, kehrt nach Berlin zurück

22. 2. Der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Planung und Finanzen der Union von Burma, Thakin Tin, empfängt den Generalkonsul der DDR in Burma, Voß. Der Empfang dient der Einführung des neuen Leiters der Handelsvertretung der DDR in Rangun, Konsul Moser; es findet aber auch eine Aussprache über die wei-

tere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der Union von Burma und über Fragen der Expertenhilfe durch die DDR statt

22. 2. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem italienischen Luftverkehrsunternehmen ALITALIA — Aeren Linen Italiana — in Kraft

27. 2. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet an König Hassan II. von Marokko ein Beileidstelegramm anläßlich des Todes seines Vaters, König Mohammed V. von Marokko

28. 2. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Mongolischen Volksrepublik in der Deutschen Demokratischen Republik, Gurshawyn Balshid, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

28. 2. Arbeitsplan für die Jahre 1961/62 zur wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Rumänischen Volksrepublik in Berlin unterzeichnet

28. 2. Handelsabkommen zwischen der Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik und dem Verband der Britischen Industrie (Federation of British Industries) für das Jahr 1961 sieht einen Warenaustausch von rund 108 Mill. DM auf beiden Seiten vor, das bedeutet eine Steigerung von rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr

2. 3. Der Vorsitzende des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, Shamsarangyn Sambu, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Mongolischen Volksrepublik, Karl Speiser, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

2. 3. Delegation von Mitgliedern der italienischen Abgeordnetenkammer (Angehörige der Kommunistischen und der Christlich-Demokratischen Partei unter Leitung des Abgeordneten der KPI Luigi Polano) trifft auf Einladung

der Interparlamentarischen Gruppe der DDR in Berlin ein. Die Gäste besichtigen Betriebe und Einrichtungen in der Republik sowie die Leipziger Messe

6. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt in Leipzig einige zur Messe in der Stadt weilende britische konservative Parlamentarier — unter ihnen das Mitglied des Oberhauses Lord Boothby — zu einem längeren Gespräch über beiderseits interessierende Fragen, vor allem über die Möglichkeit der Entwicklung langfristiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien

6. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt in Leipzig aus Anlaß des 4. Jahrestages der Unabhängigkeit der Republik Ghana den Leiter der zur Frühjahrsmesse in Leipzig weilenden ghanesischen Regierungsdelegation, Landwirtschaftsminister Kojo Botsio, dem er seine herzlichsten Glückwünsche zum Nationalfeiertag Ghanas ausspricht

7. 3. Eine Regierungsdelegation der rechtmäßigen Regierung der Republik Kongo unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der Regierung Gizenga, Kiwewa, trifft in Leipzig ein

— 9. März: Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, empfängt in Leipzig die kongolesische Regierungsdelegation zu einem Gedankenaustausch über beide Seiten interessierende Fragen

— 15. März: Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Botschafter Sepp Schwab empfängt die kongolesische Regierungsdelegation zu einem Gespräch über Fragen der weiteren engen Verbindung und Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und der rechtmäßigen Regierung der Republik Kongo

8. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Klička, zu seinem Abschiedsbesuch

9. 3. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, empfängt in Leipzig die britischen Labourabgeordneten Lee, Lewis, Plummer und den Labourpolitiker Mikardo zu einem Gespräch über Fragen der weiteren Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Großbritannien, wobei die Notwendigkeit eines offiziellen Handelsabkommens betont wird. Außerdem werden Gedanken über beide Seiten interessierende Fragen ausgetauscht

10. 3. Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Ungarischen Volksrepublik, Walter Vesper, kehrt nach seiner Abberufung nach Berlin zurück, um eine andere Funktion zu übernehmen

12./18. 3. Eine burmesische Regierungsdelegation unter Leitung des Handelsministers U Thwin weilt in der Deutschen Demokratischen Republik. Neben dem Besuch der Leipziger Messe führt sie während dieses Aufenthaltes Gespräche mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, und mit dem Vorsitzenden des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, und schließt am 14. März ein neues Handels- und Zahlungsabkommen sowie ein Schiffahrtsabkommen mit der Regierung der DDR ab

13. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt in seinem Amtssitz folgende von ihm auf Vorschlag des Ministerrates ernannte Botschafter und überreicht ihnen ihre Beglaubigungsschreiben:

Botschafter Josef Hegen, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in der Volksrepublik China (siehe 30. 4. 1961), Botschafter Walter Vesper, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (siehe 24. 4. 1961), Botschafter Richard Gyptner, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in der Volksrepublik Polen (siehe 6. 5. 1961) und Botschafter Wilhelm Meißner, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in der Unga-

rischen Volksrepublik (siehe 22. 3. 1961). (Der Rang eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters war dem bisherigen Mitglied des Kollegiums im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Gesandten Wilhelm Meißner vom Vorsitzenden des Staatsrates zuvor verliehen worden)

13. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister der DDR Kurt Böttger zur Berichterstattung über seine Audienz beim Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie I., in Addis Abeba. Gesandter Böttger überbringt dem Vorsitzenden des Staatsrates die besten Grüße des Kaisers und des äthiopischen Volkes

15. 3. Der vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zum Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten ernannte Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter Wolfgang Kiesewetter trifft in Kairo ein und nimmt seine Tätigkeit auf

17. 3. Die „Deutsch-Afrikanische Gesellschaft in der DDR" konstituiert sich in Berlin. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Markov, Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, gibt im Auftrage des Initiativkomitees einen Überblick über die Ziele und Aufgaben der neugegründeten Gesellschaft. Er stellt fest, daß „die DDR der einzige deutsche Staat ist, der konsequent und vorbehaltlos die afrikanischen Völker im Kampf um Unabhängigkeit unterstützt". Dem Präsidium der Gesellschaft gehören etwa 70 Mitglieder an

19. 3. Die indische Wochenzeitschrift „Link" veröffentlicht ein Interview mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, zu Fragen der Abrüstung, der Wiedervereinigung Deutschlands, der Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt und der Unterstützung der DDR für die Länder Afrikas und Asiens (Wortlaut des Interviews: Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, 13/1961)

20. 3. Der Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft, Hans Reichelt, trifft in Kairo zu einem Besuch der Internationalen Landwirtschaftsausstellung ein, an der auch die DDR teilnimmt

20. 3. Erste Veranstaltung einer neugegründeten „Vereinigung für die Verbindung mit der Deutschen Demokratischen Republik", die von Bürgern Malmös gegründet worden ist. Eine ähnliche Vereinigung wurde auch in Göteborg gebildet

20. 3. ADN: In Colombo wurde eine Freundschaftsliga Ceylon — DDR gegründet. Ziel der Organisation ist die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern beider Staaten auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Liga beschloß, sich bei Frau Ministerpräsident Bandanaraike für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR einzusetzen

21./26. 3. VI. Tagung der Ständigen Kommission für Bauwesen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin beschäftigt sich mit der weiteren Industrialisierung des Bauwesens der Mitgliedstaaten, mit der Entwicklung der materialtechnischen Basis des Bauwesens sowie mit Problemen der Typisierung, Planung und Ökonomie, u. a. mit der Einführung von Typenprojekten für Tierzuchtanlagen. Ferner werden Maßnahmen zur weiteren gemeinsamen Ausarbeitung der Generalperspektive der Entwicklung des Bauwesens bis 1980 getroffen und die Hauptrichtlinien der Tätigkeit der Kommission bis 1965 festgelegt

21./29. 3. Der kubanische Minister für Erziehungswesen, Dr. Armando Hart Dávalos, weilt mit einer Expertendelegation in der DDR, um Verhandlungen über den Abschluß eines Kulturabkommens zu führen und kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen zu besuchen (siehe S. 363 ff.)

22. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet an den Ersten Sekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe Gheorghiu-Dej, anläßlich dessen Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrates der Rumänischen Volksrepublik ein Glückwunschtelegramm

— 24. März: Der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, übermittelt dem neugewählten Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Ion Gheorghe Maurer, ein Glückwunschtelegramm

22. 3. Der Vorsitzende des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, István Dobi, empfängt den neuernannten

Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Ungarischen Volksrepublik, Wilhelm Meißner, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

23. 3. Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Heinrich Rau, verstirbt im 62. Lebensjahre in Berlin

25. 3. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet an den Präsidenten der Republik Italien, Giovanni Gronchi, anläßlich der 100. Wiederkehr des Tages der Einigung Italiens ein Glückwunschtelegramm

Ende März Tagung der auf Grund des Schiffahrtsabkommens zwischen der DDR und der VAR (siehe Band VI, S. 474 ff.) gebildeten gemischten Kommission in Kairo beschließt Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Schiffsverkehrs zwischen beiden Ländern

1. 4. Vereinbarung zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mali über die baldige Einrichtung von Wirtschafts- und Handelsmissionen in den Hauptstädten beider Länder in Bamako unterzeichnet

4./7. 4. Staatssekretär Amin Tjokrosoeseno vom indonesischen Landwirtschaftsministerium und Generalsekretär Mohamed Ambia Hadiwinoto vom indonesischen Handelsministerium weilen als Gäste des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR in Berlin, wo sie mit offiziellen Vertretern des Außenhandels und mit Außenhandelsorganen Fragen der Erweiterung der beiderseitigen Handelsbeziehungen in Übereinstimmung mit dem von der indonesischen Regierung beschlossenen Achtjahrplan sowie Fragen der praktischen Durchführung des neu abgeschlossenen Handelsvertrages erörtern (siehe S. 350 f.)

5./8. 4. Auf der Wissenschaftlichen Konferenz der Karl-Marx-Universität Leipzig über „Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker“ legt der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz, die unterschiedliche Haltung der beiden

deutschen Staaten zu den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völkern dar und betont die Notwendigkeit, auch im Interesse einer friedlichen Regelung der Deutschlandfrage zu beiden deutschen Staaten offizielle Beziehungen aufzunehmen

6. 4. Der in Ulan-Bator unterzeichnete Kulturarbeitsplan für die Jahre 1961 und 1962 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik sieht einen verstärkten Austausch von Wissenschaftlern und Kulturschaffenden sowie die Entsendung einer archäologischen Forschungsexpedition der DDR in die Mongolische Volksrepublik im Jahre 1961 vor

— 7. April: Laut ADN fand die II. Tagung der Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der DDR und der Mongolischen Volksrepublik in Berlin statt. Die DDR wird u. a. auf den Gebieten des Druckereiwesens, der Entwicklung der Milchwirtschaft, der Organisation des Binnenhandels, der Typenprojektierung städtischer und ländlicher Bauten und hinsichtlich der Erfahrungen mit fahrbaren Röntgenstationen dem Partnerland Hilfe geben

10./27. 4. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates Bruno Leuschner führt in Moskau Verhandlungen mit einer Regierungsdelegation der Sowjetunion unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR A. F. Sassjadko über die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern in den Jahren 1962 bis 1965. Es wird der Text eines Regierungsabkommens ausgearbeitet (siehe S. 418 ff.)

11. 4. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten der Republik Togo, Sylvanus Olympio, anläßlich dessen Wahl zum Präsidenten und der Bestätigung der Verfassung der Republik Togo durch die Bevölkerung des Landes ein Glückwunschtelegramm

11. 4. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, spricht in einem Telegramm dem Bundeskanzler der Republik Österreich, Dr. Alfons Gorbach, zur Übernahme seines Amtes die besten Glückwünsche aus

11. 4. Der XVI. Plenartagung der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) wird auf Initiative der Delegation der ČSSR zu Beginn der Eröffnungssitzung ein offizielles Schreiben des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an den Präsidenten der Kommission übergeben, in dem das Ersuchen enthalten ist, die Deutsche Demokratische Republik angesichts ihrer ökonomischen Stärke und zentralen Lage in Europa in angemessener Weise an der Arbeit der ECE zu beteiligen

11. 4. Zwischen einem Konsortium, bestehend aus Vertretern von Außenhandelsorganen der DDR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der Rumänischen Volksrepublik einerseits und Vertretern des britischen Chemiekonzerns Imperial Chemical Industries Limited (I. C. I.) und der Ingenieurfirma Simon-Carves Limited andererseits, wird in London ein Vertrag im Werte von mehreren Millionen Pfund Sterling über den Erwerb des Verfahrens und des Projektes sowie dazugehöriger Anlagen zur Herstellung von Hochdruck-Polyäthylen durch das Konsortium abgeschlossen.
Hochdruck-Polyäthylen ist einer der wichtigsten Kunststoffe, der für die Produktion von Konsumgütern und im Maschinenbau in großem Umfang Anwendung findet

13. 4. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Gustav Souček, und den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Kwon Jeng Tae, zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben

13. 4. Der Amtierende Generalsekretär der Arabischen Liga, Dr. Sayed Nofal, empfängt den Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, Botschafter Wolfgang Kiesewetter, zu einer Unterredung, in deren Verlauf ein reger Gedankenaustausch über die Haltung der DDR zu den arabischen Problemen, insbesondere zur Israelfrage und zum Befreiungskampf des algerischen Volkes, stattfindet

18. 4. Arbeitsplan für das Jahr 1961 zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demo-

kratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam unterzeichnet

18./28. 4. Delegation der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Präsidenten der Volkskammer und Stellvertreters des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, besucht die Tschechoslowakische Sozialistische Republik
— 18. April: Dr. h. c. Johannes Dieckmann legt in einer Rede vor der tschechoslowakischen Nationalversammlung den Standpunkt der DDR zu den internationalen Problemen dar
— 27. April: Der Präsident der ČSSR, Antonín Novotný, empfängt die Volkskammerdelegation auf der Prager Burg

22. 4. Schriftwechsel, der den Charakter eines Handelsabkommens zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Ceylon hat (siehe 28. 4. 1961)

22. 4./1. 5. Parlamentsdelegation des Vereinigten Königreiches Libyen unter Leitung des Senators Ahmed Rafik el Mehdavi weilt auf Einladung des Präsidiums der Volkskammer in der Deutschen Demokratischen Republik
— 24. April: Empfang der Delegation durch den amtierenden Präsidenten der Volkskammer, August Bach
— 29. April: Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und die Mitglieder des Ältestenrates der Volkskammer empfangen die libysche Delegation zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Am selben Tage empfängt auch der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Botschafter Sepp Schwab die Gäste zu einer Aussprache über beide Seiten interessierende Fragen

23. 4. Ministerpräsident Otto Grotewohl übermittelt dem Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz, ein Glückwunschschreiben zu dessen 50. Geburtstag

24. 4. Der Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Antonín Novotný, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Walter Vesper, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

26. 4. Die Verordnung vom 23. Februar 1961 über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum Internationalen Schiffssicherheitsvertrag (London 1948) tritt in Kraft

26. 4. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, empfängt eine Delegation des Japanischen Rates gegen A- und H-Waffen unter Leitung seines Direktors, des Mitglieds der Japanischen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Voichi Fukushima, zu einem Gespräch über Fragen des gemeinsamen Friedenskampfes des deutschen und des japanischen Volkes

26. 4. Der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR Gerhard Weiß hat in Neu Delhi Unterredungen mit dem stellvertretenden Minister für Handel und Industrie, Chandra, und dem Staatssekretär und Generaldirektor im Ministerium für Außenhandel, Joshi, über Fragen des Handels zwischen der DDR und Indien

27. 4. Anläßlich der Proklamierung der Unabhängigkeit Sierra Leones übermittelt der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, dem Ministerpräsidenten Dr. Milton Margai die herzlichsten Glückwünsche des Staatsrates und der Bevölkerung der DDR. Gleichzeitig teilt er mit, daß die Regierung der DDR beschlossen habe, Sierra Leone als unabhängigen und souveränen Staat anzuerkennen

27. 4. Die XVII. Internationale Messe von Casablanca, an der auch die Deutsche Demokratische Republik mit einer Kollektivausstellung teilnimmt, wird durch König Hassan II. von Marokko feierlich eröffnet

28. 4. Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß kehrt aus Ceylon zurück, wo sie mit der Regierung der Republik Ceylon ein Handelsabkommen sowie ein Abkommen über die Errichtung einer Handelsvertretung der DDR in Colombo unterzeichnete (siehe 22. 4. 1961)

29. 4. ADN: Auf einer Tagung der Ständigen Kommission für Transport des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in

Kraków werden Fragen der Koordinierung der Perspektivpläne für die Entwicklung des Transportwesens in das Arbeitsprogramm der Ständigen Kommission aufgenommen

30. 4. Der stellvertretende Vorsitzende der Volksrepublik China, Tung Pi-wu, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Josef Hegen, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

30. 4. Vertreter von etwa 80 Unternehmen und wirtschaftlichen Organisationen sowie Einzelpersönlichkeiten aus der Republik Finnland und der DDR gründen in Anwesenheit bedeutender finnischer Persönlichkeiten (u. a. des Ministers für Öffentliche Arbeiten und Verkehr, K. Kleemola) und Repräsentanten der DDR (u. a. Generalkonsul Prof. Dr. Agricola und Präsident der Kammer für Außenhandel, Fritz Koch) in Helsinki den „Kauppayhdisty Suomi — DDR Handelsverein“. Er soll den Warenaustausch zwischen der Republik Finnland und der DDR allseitig fördern und so die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vertiefen

1. 5. Der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Dr. h. c. Erich Correns, übermittelt dem neugewählten ersten Ministerpräsidenten von Tanganjika und Vorsitzenden der Afrikanischen Nationalunion, Julius Nyerere, aus Anlaß der Übernahme der vollen inneren Verwaltung des Landes ein Glückwunschtelegramm

1. 5. An den Maifeierlichkeiten in Havanna (Kuba) nimmt eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Herbert Warnke, teil. Der Delegation gehört auch der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Botschafter Georg Stibi an

2. 5. Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Notenbank und dem Instituto Español de Moneda Extranjera in Madrid tritt in Kraft. Das Abkommen sieht einen Warenaustausch in Höhe von 6 Millionen Verrechnungs-Dollar auf jeder Seite vor. Die DDR wird vorwiegend Süd- und Trockenfrüchte sowie metallurgische Erzeugnisse aus Spanien importieren und dafür Erzeugnisse des Maschi-

nenbaus und der feinmechanisch-optischen Industrie liefern

5. 5. Arbeitsplan für das Jahr 1961 zum Abkommen über die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in Berlin unterzeichnet

6. 5. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten der Republik Guinea, Sékou Touré, und dem Ministerpräsidenten der Republik Kuba, Dr. Fidel Castro, herzliche Glückwünsche aus Anlaß der Verleihung des Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Friedens zwischen den Völkern“

6. 5. Der Vorsitzende des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Aleksander Zawadzki, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik Polen, Richard Gyptner, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

6. 5. ADN: Eine Gesellschaft für Freundschaft zwischen Mexiko und der Deutschen Demokratischen Republik ist in Mexiko-Stadt gegründet worden

6./14. 5. Die Deutsche Demokratische Republik beteiligt sich zum zweiten Male offiziell an der Schwedischen Messe in Göteborg

— 8. Mai: Am „Tage der DDR“ nahmen etwa 200 geladene Gäste an einem vom Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel Gerhard Weiß gegebenen Empfang teil

10. 5. Arbeitsplan für das Jahr 1961 zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China in Peking unterzeichnet

12. 5. ADN: Die Regierung der Vereinigten Arabischen Republik gibt ihre Zustimmung zur Errichtung eines Konsulats der Deutschen Demokratischen Republik in Damaskus und erteilt Herrn Konsul Karl Gaile das Exequatur

13. 5. Protokoll zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über den Austausch von Archivgut

15. 5. Protokoll über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China für das Jahr 1961 in Peking unterzeichnet

15. 5. Ein Protokoll über erweiterte Zusammenarbeit in den Jahren 1961 und 1962 wird vom Leiter der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Gesandten Rudolf Roßmeisl, und vom Direktor des Pressedepartements im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, Romuald Poleszszuk, in Warschau unterzeichnet

16. 5. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet dem Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Aleksander Zawadzki, anläßlich seiner Wiederwahl als Vorsitzender des Staatsrates der Volksrepublik Polen ein Glückwunschtelegramm

Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen, Józef Cyrankiewicz, anläßlich dessen Wiederwahl seine Glückwünsche

Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, beglückwünscht den Marschall des Sejm der Volksrepublik Polen, Czesław Wycech, zu seiner Wiederwahl

16. 5. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, sendet dem Ministerpräsidenten der Republik Finnland, Prof. Dr. Dr. h. c. Sukselainen, anläßlich des Ablebens des Außenministers Ralf Toerngren ein Beileidstelegramm

16./20. 5. Der Minister für Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Demokratischen Republik, Friedrich Burmeister, weilt mit einer Delegation seines Ministeriums in Finnland

– 17. Mai: Minister Burmeister wird in Begleitung von

Generalkonsul Prof. Dr. Agricola von Ministerpräsident Sukselainen empfangen

18./27. 5. Fünf französische Journalisten (u. a. von „Le Monde“, „l’Aurore“ und „l’Humanité“) weilen auf Einladung des Verbandes der Deutschen Journalisten in der Deutschen Demokratischen Republik, wo sie sozialistische Betriebe der Industrie und der Landwirtschaft besichtigen und mit der Bevölkerung sowie mit Vertretern des öffentlichen Lebens und Berufskollegen zahlreiche Gespräche führen. Zum Abschluß ihres Aufenthaltes werden in einem Gespräch mit dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Johannes König Fragen der Westberlinfrage erörtert

19./29. 5. Die Deutsche Demokratische Republik beteiligt sich zum dritten Male an der Budapester Industriemesse. Auf einer Ausstellungsfläche von 1200 qm werden Erzeugnisse des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Elektrotechnik und der Feinmechanik/Optik gezeigt

22. 5. Ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Libanon wird in Beirut vom Hauptverwaltungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Karl-Heinz Zirpel, und vom Leiter der Wirtschaftsabteilung im libanesischen Außenministerium, Botschafter Chalil Takieddine, unterzeichnet. Das Abkommen hat eine Laufzeit von drei Jahren und sieht einen jährlichen Warenaustausch von 22 Millionen libanesischen Pfund vor

23./27. 5. Konferenz über Probleme der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage, an der Rechtswissenschaftler und eine Reihe von Experten aus der DDR, der UdSSR, der ČSSR, aus Polen, Bulgarien und Ungarn teilnehmen, findet in Prag statt. Die DDR ist auf der Tagung, an der auch Gäste aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Österreich teilnehmen, durch eine Delegation unter Leitung von Prof. Dr. Walter Bartel vertreten

Mai Der Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen der Republik Indonesien, Dr. R. Soewondo, weilt auf Einladung des Ministers für Gesundheitswesen der DDR in der Deutschen Demokratischen Republik, wo er wissenschaftliche Institute und Einrichtungen besucht und die Organisation des Gesundheitsschutzes in der DDR studiert

26./28. 5. Verhandlungen zwischen Delegationen der Vereinigten Staaten von Brasilien unter Leitung von Botschafter João Dantas und der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des amtierenden Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, Julius Balkow, enden mit der Unterzeichnung eines Protokolls, in dem vereinbart wird, auf der Basis eines in Kürze abzuschließenden Regierungsabkommens den Warenverkehr zwischen der DDR und Brasilien gegenüber dem jetzigen Volumen bedeutend zu erweitern

26. 5./2. 6. Eine bolivianische Parlamentsdelegation unter Leitung des Präsidenten des Senats, Ruben Julio Castro, weilt auf Einladung des Präsidiums der Volkskammer in der Deutschen Demokratischen Republik
— 27. Mai: Der Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt die bolivianische Delegation
— 30. Mai: Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph empfängt die bolivianische Delegation

30. 5. Ein „Arbeitskreis zur Pflege der deutschen Kultur und Sprache“ konstituiert sich in Berlin. Zum Vorsitzenden wird der Schriftsteller Prof. Dr. Ludwig Renn, zu seinem Stellvertreter Bodo Uhse gewählt. Der Arbeitskreis will den vielen Menschen deutscher Herkunft im Ausland helfen, die in letzter Zeit immer stärker ihr Interesse an Verbindungen mit ihrer ehemaligen Heimat, an der Pflege der deutschen Kultur und Sprache, an dem Unterschied in Wesen und Struktur der beiden deutschen Staaten, an der Wahrheit über die DDR und an der Erhaltung des Friedens bekundet haben

30. 5./2. 6. Tagung der Ständigen Kommission zur friedlichen Anwendung der Atomenergie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. Auf der Grundlage der Prinzipien der sozialistischen Arbeitsteilung behandelt die Kommission das Arbeitsprogramm und Maßnahmen zur Spezialisierung und Kooperation der Herstellung kerntechnischer Geräte und Apparaturen, radioaktiver und stabiler Isotopen sowie die Herstellung von Schutzausrüstungen für Werktätige, die mit radioaktiven Stoffen arbeiten

31. 5. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Paul Scholz emp-

fängt die Delegation von Experten der Wasserwirtschaft aus der UdSSR, aus Polen, Ungarn und Bulgarien, die eine Exkursion durch die DDR unternommen und wichtige Projekte der Wasserversorgung und Abwasserreinigung besichtigt haben. Die Delegierten hatten es abgelehnt, am Internationalen Wasserkongreß in Westberlin teilzunehmen, weil die Bundesregierung ihn für ihre provokatorischen Pläne zu mißbrauchen suchte (Schirmherrschaft von Bundespräsident Lübke über den Kongreß)

31. 5. Der Präsident der Republik Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, empfängt den Handelsrat der Deutschen Demokratischen Republik in Accra, Rolf Seidel, zum Abschiedsbesuch. Bei dieser Gelegenheit würdigt der Präsident die Bedeutung der wirtschaftlichen Hilfe der DDR und der anderen sozialistischen Länder für die Industrialisierung Ghanas

1. 6. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem französischen Luftverkehrsunternehmen TRANSPORTS AÉRIENS INTERCONTINENTAUX (TAI) in Kraft

2./5. 6. X. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wisschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik in Budapest faßt neue Beschlüsse über die gegenseitige Hilfeleistung, die vor allem den Maschinenbau und die chemische Industrie betreffen. Ferner werden Probleme der direkten Zusammenarbeit erörtert und Beschlüsse über die Aufnahme der Zusammenarbeit zwischen weiteren Instituten und Betrieben gefaßt

3. 6. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Willi Stoph übermittelt dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, ein Beileidstelegramm anläßlich des Ablebens des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeiten, M. W. Chrunitschew

3./25. 6. Die erste Konsumgüter-Ausstellung der Deutschen Demokratischen Republik in der UdSSR findet im Moskauer Gorki-Park statt

5. 6. ADN: Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wendet sich mit einem Protestschreiben gegen den unmenschlichen Kolonialterror der Portugiesen in Angola an den Vorsitzenden des UNO-Sicherheitsrates. Gleichzeitig wird in dem Schreiben auf die Schützenhilfe hingewiesen, die dem Salazar-Regime von der westdeutschen Regierung durch die Lieferung von 10 000 modernsten Schnellfeuergewehren gewährt wird. Damit machten sich die Bonner Machthaber zu Mordkomplizen des portugiesischen Diktators. Der Nationalrat fordert den Weltsicherheitsrat auf, die Bundesregierung wegen dieser gegen das angolesische Volk gerichteten feindlichen und aggressiven Akte vor der Weltöffentlichkeit zu verurteilen (siehe auch S. 62 f.)

5./15. 6. 6. Konferenz der Gesundheitsminister der sozialistischen Länder in Budapest

6. 6. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, richtet an den Präsidenten der Republik Indonesien, Dr. Achmed Sukarno, anläßlich seines 60. Geburtstages ein Glückwunschschreiben und läßt durch den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der DDR in der UdSSR, Rudolf Dölling, ein persönliches Geschenk überreichen. Präsident Sukarno weilt zu einem Staatsbesuch in der UdSSR

7. 6. Der Stellvertreter des Ministers für öffentliche Arbeiten der Republik Kuba, Hugo d'Acosta, trifft zu einem mehrtägigen Besuch der DDR in Berlin ein. Der Minister besichtigt eine Reihe von Großbaustellen, wobei sein besonderes Interesse der industriellen Bauweise gilt

7. 6. ADN: Tagung der Ständigen Kommission für Schwarzmetallurgie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Berlin berät über die Perspektivpläne für die Entwicklung der Schwarzmetallurgie bis 1980 und über die Koordinierung dieser Pläne. Das Arbeitsprogramm sieht ferner die Ausarbeitung der Aufgaben der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedländern des RGW auf dem Gebiet der Schwarzmetallurgie vor. Dazu gehören die Maßnahmen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion jener Arten metallurgischer Erzeugnisse, die für die Erweiterung der Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Produktion am wichtigsten sind. Schließlich findet ein

Meinungsaustausch über die Erweiterung der Zusammenarbeit bei der Versorgung der DDR mit den einzelnen diffizilen Walzstahl- und Rohrsortimenten statt

8. 6. Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindetages und Mitglied des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Oberbürgermeister Friedrich Ebert, empfängt den Oberbürgermeister der Stadt Madras, V. Munuswamy, und seinen Stellvertreter, Stadtrat T. Venugopal Rao, im Berliner Rathaus

9. 6. Zum Abschluß der zweitägigen Lateinamerika-Konferenz der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in Berlin wird eine „Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik" gegründet. Zum Präsidenten der Gesellschaft wird Prof. Dr. Johann-Lorenz Schmidt von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gewählt. In einer Grußbotschaft des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz, an die neugegründete Gesellschaft heißt es, daß sie dem Wunsch der Bevölkerung entspricht, die Politik der DDR zu unterstützen, die sich konsequent von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz sowie der uneigennützigen Hilfe für die jungen Nationalstaaten und für die um ihre nationale Selbstbestimmung kämpfenden Völker leiten läßt

9. 6. Der Vorsitzende der Volksrepublik China, Liu Schao-tschi, empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Volksrepublik China, Josef Hegen, zu seinem Antrittsbesuch

9./11. 6. An der Konferenz über Probleme der besseren Verständigung zwischen den europäischen Völkern und der allgemeinen Abrüstung in Oslo nehmen über 70 führende Vertreter des geistigen und politischen Lebens aus 20 Ländern Europas teil. Auf Intervention des Bonner Auswärtigen Amtes verweigert die norwegische Regierung der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik die Einreise. Die Konferenz endet mit der Annahme eines Appells an die Völker Europas und der Zustimmung zu einer Reihe wichtiger Dokumente. Der Appell enthält eine Warnung an die Welt und besonders an die Jugend Europas vor dem wiederaufgelebten ag-

gressiven deutschen Nationalismus und fordert von den verantwortlichen Staatsmännern, die atomare und konventionelle Aufrüstung im Herzen Europas rückgängig zu machen und damit die Voraussetzung für eine neutrale Zone zu schaffen

9./15. 6. Eine Delegation der Abgeordnetenkammer der Republik Bolivien unter Leitung des Senators Prof. Armando Mollinedo weilt in der Deutschen Demokratischen Republik. Am Tage ihrer Ankunft wird die Delegation vom Präsidenten der Volkskammer der DDR, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfangen

10. 6. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht den Wortlaut der Memoranden über die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche sowie über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems, die der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow USA-Präsident Kennedy während des Treffens der beiden Staatsmänner in Wien (3.—4. Juni) übergeben hat (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 11. 6. 1961)

11./23. 6. Eine ungarische Parlamentsdelegation unter Leitung des Präsidenten der Nationalversammlung der Ungarischen Volksrepublik, Sándor Rónai, weilt in der Deutschen Demokratischen Republik

— 12. Juni: Präsident der Volkskammer der DDR, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt die ungarische Delegation

— 22. Juni: Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, empfängt die Delegation

13. 6. Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik, Kwon Jeng Tae, gibt anläßlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Abkommens über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen der KVR und der DDR (12. Juni 1956) einen Empfang in Berlin. Aus demselben Anlaß findet zwischen den Außenministern beider Länder, Dr. Lothar Bolz und Pak Sen Tscher, ein Telegrammwechsel statt (siehe Band IV, S. 532 ff.)

13./17. 6. Die erste allchristliche Friedenskonferenz findet unter Teilnahme von 700 Delegierten aus 46 Nationen, darunter

aus beiden deutschen Staaten, in Prag statt. In einer Botschaft, die auf der Schlußsitzung der Konferenz angenommen wird, erheben die Teilnehmer die Forderung nach Abrüstung, Frieden und gegenseitigem Verstehen zwischen den Nationen; sie appellieren an alle Parlamente und Regierungen, keine Mühe zu scheuen, um zur Verhinderung eines Krieges beizutragen. Zur deutschen Frage wird festgestellt, daß ihre Ungelöstheit eine gefährliche Wunde am Leibe Europas sei. Durch Verzicht auf atomare Aufrüstung solle das deutsche Volk zum Frieden Europas und der Welt aktiv beitragen. — Ministerpräsident Chrustschow übersendet der Konferenz eine Grußbotschaft

14. 6. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates der DDR, des Ministerrates der DDR und des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gibt der Erste Sekretär des ZK und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, einen Bericht über die Vorschläge, die im Deutschland-Memorandum der UdSSR enthalten sind, sowie über die Wiener Besprechungen zwischen Ministerpräsident Chrustschow und Präsident Kennedy. Die Aussprache zeigt vollständige Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Regierung der UdSSR. Die Tagung spricht Ministerpräsident Chrustschow den Dank aus für seine große Initiative im Kampf um die Sicherung des Friedens und billigt einmütig eine gemeinsame Erklärung (siehe S. 42 ff.)

15. 6. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Staatsminister des Königreichs Schweden, Dr. Tage Fritiof Erlander, ein Glückwunschtelegramm zu seinem 60. Geburtstag

16. 6. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, erläutert auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin die Politik der Deutschen Demokratischen Republik zum Friedensvertrag und zur Westberlinfrage; er bezeichnet bei dieser Gelegenheit die im Deutschland-Memorandum der Regierung der UdSSR enthaltenen Vorschläge als die große Chance für das deutsche Volk, zu einem friedlichen Leben und zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat zu kommen (Wort-

laut der Ausführungen Walter Ulbrichts und des anschließenden Frage- und Antwortspiels: Neues Deutschland, Berlin 16. 6. 1961)

16. 6. Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, N. S. Chrustschow, nimmt in einer Rundfunk- und Fernsehrede zu seiner Wiener Begegnung mit Präsident Kennedy Stellung. Außer mit dem Abrüstungsproblem beschäftigt sich Chrustschow ausführlich mit der Deutschland- und Westberlinfrage, wobei er erklärt, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht länger verschoben werden dürfe und die friedliche Regelung in Europa noch im Jahre 1961 erreicht werden müsse (Wortlaut der Rede: Neues Deutschland, Berlin 16. 6. 1961)

17. 6. ADN: Zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Guinea wird in Conakry ein Protokoll über den Warenaustausch zwischen beiden Ländern im Jahre 1961 unterzeichnet, der sich gegenüber den Vereinbarungen aus dem Jahre 1960 um etwa 30 Prozent erhöhen wird

17./22. 6. Die diplomatischen und Handelsvertreter der Deutschen Demokratischen Republik im befreundeten Ausland erläutern auf internationalen Pressekonferenzen die Vorschläge der DDR und der UdSSR zum sofortigen Abschluß eines Friedensvertrages und zur Lösung des Westberlinproblems

19. 6. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Roman Piotrowski, zu seinem Abschiedsbesuch

19. 6. Auf der 3. Generalversammlung der Internationalen Gesellschaft zum Studium und zur Erforschung auf dem Gebiet der Information (AIERI), die in Vevey (Schweiz) beginnt, wird der Verband der Deutschen Journalisten auf Empfehlung des Exekutivkomitees als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen. An der Generalversammlung nehmen auch mehrere Vertreter aus der DDR teil, unter ihnen Prof. Budzislawski, Dekan der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, der am 20. Juni einmütig in das Exekutivkomitee der Organisation gewählt wird

19./20. 6. An einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin über das Thema „Die Barbarei — extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland“ nehmen über 200 Wissenschaftler, darunter Gäste aus der Sowjetunion, der ČSSR, aus Polen, Ungarn und Italien, teil

20. 6. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam, Karl Nohr, und überreicht ihm das Beglaubigungsschreiben. Der bisherige Botschafter der DDR in der Demokratischen Republik Vietnam, Eduard Claudius, wurde abberufen und wird eine andere Tätigkeit aufnehmen (siehe 20. 7. 1961)

20. 6. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik Alexander Abusch empfängt den zu einem Besuch in der DDR weilenden Minister für Kunst und Kultur der Volksrepublik Polen, Tadeusz Galinski

22. 6. Die führenden Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik statten am 20. Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, M. G. Perwuchin, sowie dem Oberkommandierenden der zeitweilig in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte, Generaloberst I. I. Jakubowski, im Botschaftsgebäude Unter den Linden einen Besuch ab und übermitteln ihnen und dem gesamten Sowjetvolk die brüderlichsten Grüße von Partei, Regierung und Bevölkerung (s. auch S. 421 ff.)

23. 6. Zwischen dem amtierenden Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, Julius Balkow, und dem Unterhausabgeordneten und Sekretär des Ausschusses zur Förderung des Ost-West-Handels des britischen Unterhauses, B. Drayson, findet eine Unterredung über gemeinsam interessierende Fragen, insbesondere über die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Großbritannien, statt

23. 6. 50 Persönlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik und mehrere Vertreter Afrikas wenden sich auf einer vom Komitee für Solidarität mit den Völkern Afrikas einberufenen Tagung in Berlin gegen die Pläne der EWG und insbesondere Bonns, die befreiten afrikanischen Völker unter dem Vorwand einer „ökonomischen Zusammenarbeit“ erneut auszubeuten. Auf einer anschließenden Pressekonferenz wird betont, daß die soeben in Straßburg beendete Konferenz von EWG-Vertretern und Parlamentariern aus 16 afrikanischen Staaten ausschließlich diesem Ziel diente

24. 6. Der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, protestiert in einem Schreiben an den Befehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten von Amerika in Westberlin, Generalmajor Albert Watson, im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegen die Gewaltmaßnahmen von Angehörigen der USA-Besatzungstruppen auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn, das der Hoheit der DDR untersteht. Eine Gruppe von Angehörigen der Besatzungstruppen der USA war am 22. Juni morgens gegen 5 Uhr widerrechtlich in den Bahnhof Berlin-Zehlendorf und in das dazugehörende Gelände der Deutschen Reichsbahn eingedrungen, hatte verschiedene Stellen innerhalb und außerhalb der Reichsbahnanlagen besetzt und mutwillig Zerstörungen angerichtet, wodurch die Sicherheit des S-Bahn-Verkehrs gefährdet und damit Leben und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung bedroht wurde

28. 6. Der Abgeordnete des isländischen Parlaments (Althing) und Mitglied des außenpolitischen Ausschusses Thorarinn Thorarinnsson trifft auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR zu einem zehntägigen Besuch in Berlin ein

29. 6. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem finnischen Luftverkehrsunternehmen KAR-AIR OK in Kraft

30. 6. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem amtierenden Ministerpräsidenten der Republik Kongo, Antoine Gizenga, zum 1. Jahrestag der Proklamierung

der Republik Kongo herzlichste Grüße. Bei dieser Gelegenheit versichert Ministerpräsident Grotewohl, daß die DDR alles ihr Mögliche tun werde, um die rechtmäßige Regierung und das kongolesische Volk in ihrem schweren Kampf auch weiterhin zu unterstützen

30. 6./13. 7. Eine Partei- und Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Kandidaten des Politbüros des ZK der SED Paul Fröhlich weilt zur Teilnahme am XIV. Parteitag der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Mongolischen Volksrevolution in Ulan-Bator (siehe auch S. 373 ff.)

Juni IX. Tagung der Ständigen Kommission für Kohleindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Katowice behandelt Methoden der Planung des Kohlebedarfs, die Kontrolle des Kohleverbrauchs und die Organisation des Kohleabsatzes. Außerdem machen sich die Tagungsteilnehmer mit den Problemen der Kohlewirtschaft in den dem RGW angehörenden Ländern vertraut

1. 7. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem französischen Luftverkehrsunternehmen UNION AÉROMARITIME DE TRANSPORT (UAT) in Kraft

1. 7. An den Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der Ausrufung der Republik Ghana nimmt auf Einladung der Regierung der Republik Ghana der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Paul Scholz teil, der am selben Tage vom ghanesischen Staatspräsidenten Dr. Kwame Nkrumah empfangen wird. Minister Scholz überbringt die herzlichsten Glückwünsche und Grüße des Staatsrates, der Regierung und der Bevölkerung der DDR und übergibt dem Präsidenten gleichzeitig einen Brief Walter Ulbrichts

1./10. 7. Der frühere norwegische Verkehrsminister Kolbjörn Varmann und der Storting-Abgeordnete Olav Versto weilen in der DDR. Die beiden Politiker, die Abgeordnete der Norwegischen Arbeiterpartei im Parlament ihres Landes sind, besichtigen u. a. die Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg, die Internationale Gartenbauausstellung in Erfurt, die Hochschule für Verkehrswesen in Dresden sowie Betriebe und Kulturstätten

4. 7. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet dem Präsidenten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Josip Broz-Tito, ein Grußtelegramm anläßlich des 20. Jahrestages des bewaffneten Aufstandes der Völker Jugoslawiens gegen die faschistischen deutschen Okkupanten und ihre Helfershelfer

8./30. 7. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Mongolischen Volksrevolution wird in Ulan-Bator eine Landwirtschaftsausstellung der DDR durchgeführt, die durch Erlaß des Präsidiums des Großen Volkshurals die Ehrenmedaille des 40. Jahrestages der Mongolischen Volksrevolution erhält. Dies ist die erste Auszeichnung für eine ausländische Ausstellung in der Mongolischen Volksrepublik

10. 7. Auf einer anläßlich der Ostseewoche in Rostock veranstalteten internationalen Pressekonferenz erläutern der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Otto Winzer, der Stellvertreter des Ministers Johannes König und führende Persönlichkeiten des Ostseebezirks den 150 Journalisten aus den nordischen Ländern, der DDR und Westdeutschland den Friedensplan der DDR (siehe S. 104 ff.)

10. 7. Der Vorstand der Interparlamentarischen Gruppe der DDR gibt für die Abgeordneten der Deputiertenkammer der Republik Peru José Salaz Rodrigues und Oskar Aguerre Villalobos, die zu einem sechstägigen Besuch in der DDR weilten, ein Essen. Am Vortage wurden die beiden Parlamentarier vom Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, in Leipzig zu einer Aussprache über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Lösung des Westberlinproblems empfangen

11. 7. Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, übermittelt dem Vorsitzenden der tschechoslowakischen Nationalversammlung, Zdeněk Fierlinger, zu dessen 70. Geburtstag herzliche Glückwünsche

12. 7. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik, Feliks Baranowski, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

14. 7. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten des Souveränitätsrates der Republik Irak, Najib El-Rubai, zum irakischen Nationalfeiertag die Glückwünsche des Staatsrates und der Bevölkerung der DDR. Ebenso übersenden Ministerpräsident Otto Grotewohl dem irakischen Ministerpräsidenten Abdel Kerim Kassem und Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz dem Außenminister der Republik Irak, Hashim Jawad, Glückwunschtelegramme

14. 7. Eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des 1. Stellvertreters des Ministers für Post- und Fernmeldewesen, Richard Serinek, nimmt an den Feierlichkeiten anläßlich des Nationalfeiertages der Republik Irak in Bagdad teil
— 22. Juli: Ministerpräsident Kassem empfängt die Delegation zu einer Aussprache über aktuelle Fragen und über Probleme von beiderseitigem Interesse

14. 7. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet dem Präsidenten der Republik Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, dem Präsidenten der Republik Guinea, Sékou Touré, und dem Präsidenten der Republik Mali, Modibo Keita, zur Proklamierung der „Union afrikanischer Staaten“ gleichlautende Glückwunschtelegramme

14. 7. Im Ostseebad Kühlungsborn wird auf Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach Vertiefung und Erweiterung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und den nordeuropäischen Ländern die „Deutsch-Nordische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ gegründet und zu ihrem Präsidenten Prof. Dr. phil. habil. Hans-Jürgen Geerdts, Direktor des Instituts für deutsche Philologie der Universität Greifswald, gewählt

14. 7. Die XVIII. Generalversammlung der Internationalen Rundfunk- und Fernsehorganisation (OIRT) wird in Budapest beendet. An der Tagung nahmen Vertreter von 15 Mitgliedstaaten der OIRT und Beobachter aus Guinea, Kambodscha und Ceylon sowie der UNESCO und der afrikanischen Rundfunkorganisation teil. Die DDR erhielt Sitz und Stimme im Verwaltungsrat. Der Vorsitzende des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR, Prof. Hermann Ley, wurde zum Generalbevollmächtigten der OIRT ernannt

17. 7. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Ministerpräsidenten der Republik Finnland, Martti Miettunen, zu dessen Amtsantritt seine Glückwünsche

20. 7. Programm über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Volksbildung, Wissenschaft und Kultur für 1961/62 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien wird in Belgrad unterzeichnet

20. 7. Der amtierende Präsident der Demokratischen Republik Vietnam, Ton Duc Thang, empfängt den neuernannten Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in der Demokratischen Republik Vietnam, Karl Nohr, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

22. 7. Eine Delegation italienischer Parlamentarier, bestehend aus fünf Abgeordneten und einem Senator der Sozialistischen Partei Italiens unter Leitung des Abgeordneten Rocco Minasi, Mitglied des ZK der SPI, trifft zu einem Besuch der DDR in Berlin ein

24. 7. Der Präsident der Republik Mali, Modibo Keita, empfängt den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Gerald Götting. Beide Staatsmänner erörtern im Interesse beider Staaten liegende aktuelle Fragen. Präsident Keita nimmt bei dieser Gelegenheit eine Einladung zum Besuch der DDR an (siehe 27. u. 30. 7. 1961)

24. 7. Eine Delegation führender Buddhisten aus der Union von Burma unter Leitung des Präsidenten der Buddhistischen Weltföderation und Vizepräsidenten des Rates der buddhistischen Gläubigen der Union von Burma, U Chan Thoon, trifft zu einem Besuch der DDR in Berlin ein und wird am selben Tage von Oberbürgermeister Friedrich Ebert empfangen

— 25. Juli: Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Gesundheitswesen, Max Sefrin, empfängt die Buddhistendelegation

25. 7./2. 8. Eine Delegation des Volkskammerausschusses für Land- und Forstwirtschaft unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Herbert Hoffmann weilt auf Einladung des Vor-

sitzenden des Landwirtschaftsausschusses des finnischen Reichstages, Viljami Kalliokoski, in der Republik Finnland

— 1. August: An einem Empfang, den der Leiter der Handelsvertretung der DDR, Prof. Dr. Agricola, in Helsinki für die Delegation gibt, nimmt u. a. Ministerpräsident Miettunen teil

26./28. 7. Zehnte Sitzung der deutsch-polnischen Kommission für Angelegenheiten der Erfüllung des Abkommens über die Zusammenarbeit beim Aufschluß neuer Braunkohlentagebaue in der Volksrepublik Polen (siehe Band V, S. 407 f.) in Berlin. Es werden wichtige Festlegungen zur wirksamen Realisierung des Abkommens und der beiderseitigen Zusammenarbeit getroffen, insbesondere Fragen der Inbetriebnahme des Bauabschnittes Turow II und der gegenseitigen Warenlieferungen. Weiterhin werden Maßnahmen zur Verhinderung von Störversuchen durch die westdeutschen Machthaber beraten

27. 7. ADN: Protokoll zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Kooperation der Produktion und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit in Belgrad unterzeichnet

27. 7. Der Präsident der Republik Guinea, Sékou Touré, empfängt den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Gerald Götting zu einem längeren Gespräch über beide Seiten interessierende Fragen

— 28. Juli: Der Präsident der Nationalversammlung der Republik Guinea, Diallo Sayfoulaye, empfängt den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates Gerald Götting (siehe 24. u. 30. 7. 1961)

27. 7. ADN: Der Bevollmächtigte der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, Botschafter Wolfgang Kiesewetter, übermittelt dem Präsidenten der Republik Tunesien, Habib Bourguiba, ein Telegramm, in dem er die Empörung von Regierung und Bevölkerung der DDR über die Fortsetzung der Aggression der französischen Kolonialarmee gegen das tunesische Volk zum Ausdruck bringt. Gleichzeitig versichert er, daß die DDR alle Maßnahmen unterstützt, die das Ziel haben, Tunesien frei von jeder fremden Besatzung zu machen

— 31. Juli (ADN): In einem Antworttelegramm dankt Präsident Bourguiba „für das Gefühl der Solidarität der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Tunesien“. Diese Unterstützung werde „zweifellos dazu beitragen, unsere Stellung gegenüber der kolonialistischen Aggression zu stärken“

28. 7. Eine Delegation der Ghana-Legion (ghanesischer Frontkämpferverband) trifft in Berlin ein, um in der DDR vor allem soziale und medizinische Einrichtungen zu besichtigen

29. 7. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Präsident der Volkskammer Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt eine Delegation aus der Koreanischen Volksdemokratischen Republik unter Leitung des stellvertretenden Ministers für Volksbildung, Zo Song Ku. An dem Empfang nehmen u. a. 5 junge koreanische Waisen teil, die jetzt in ihre Heimat zurückkehren, nachdem sie in der DDR als Facharbeiter ausgebildet worden sind. Minister Zo Song Ku übermittelt in einer Ansprache den tiefempfundenen Dank des koreanischen Volkes dafür, daß die Bevölkerung der DDR 600 koreanische Kriegswaisen, die durch die amerikanischen Interventen ihre Eltern verloren haben, wie eigene Kinder großgezogen hat

30. 7. Das Mitglied der Präsidialkommission der Regierung Ghanas und Minister für Landwirtschaft, Kojo Botsio, empfängt den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik Gerald Götting. Bei einem Essen werden Fragen besprochen, die im gegenseitigen Interesse beider Staaten liegen (siehe 24. u. 27. 7. 1961)

1. 8. Der Präsident der Republik Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, weilt zu einem kurzen Besuch in Berlin. Die Humboldt-Universität verleiht dem Präsidenten für seine Verdienste um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Volkes und der Völker Afrikas die Würde eines Doktor honoris causa der Wirtschaftswissenschaften. Anschließend findet im Amtssitz des Ministerrates der DDR ein Empfang statt, bei dem freundschaftliche Gespräche über beide Seiten interessierende Fragen geführt werden. Hierbei äußert Präsident Dr. Dr. h. c. Kwame Nkrumah sein Verständnis für den von der

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik angestrebten Abschluß eines Friedensvertrages

3./5. 8. Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Warschauer-Vertrags-Staaten in Moskau über die außenpolitischen und ökonomischen Fragen, die mit der Vorbereitung zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages zusammenhängen. Der Beratung wohnen auch Vertreter der Bruderparteien der sozialistischen Länder Asiens bei

9./14. 8. VII. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in Tokio. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt der Konferenz ein Grußtelegramm, in dem er versichert, daß Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Zielen der Konferenz für die totale und vollständige Abrüstung völlig übereinstimmen und alles tun würden, um die dort gefaßten Beschlüsse und Maßnahmen zur Abrüstung und zur Sicherung des Friedens nach besten Kräften zu unterstützen

10. 8. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, erläutert vor den Werktätigen des VEB Kabelwerk Oberspree in Berlin den Standpunkt der DDR zum bevorstehenden Abschluß eines Friedensvertrages (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 11. 8. 1961)

10. 8. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Marschall der Sowjetunion Konew, der von der Regierung der UdSSR zum Oberkommandierenden der Gruppe der zeitweilig in der Deutschen Demokratischen Republik stationierten sowjetischen Streitkräfte ernannt worden ist

10. 8. ADN: Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, beglückwünscht in einem Schreiben im Namen des Staatsrates und der Bevölkerung der DDR den bekannten Tropenarzt und Humanisten, Prof. Albert Schweitzer, zur Verleihung der Ehrendoktorwürde anläßlich der 150-Jahr-Feier der Berliner Charité. Das Schreiben wird in Lambarene (Gabun) durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates Gerald Götting übergeben. Der Dekan der Medizinischen

Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, Prof. Dr. Kettler, überreicht im Namen seiner Fakultät die Ehrenurkunde

— 24. August: Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Gerald Götting überreicht dem Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht ein Dankschreiben von Prof. Albert Schweitzer

10. 8. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, empfängt das Mitglied des britischen Unterhauses Lord Viscount Hinchingbrooke zu einem Gespräch über Probleme des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages, der Lösung der Westberlinfrage sowie über Fragen der Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien

13. 8. Die Nationale Volksarmee und die anderen bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik sichern auf Beschluß der Volkskammer vom 11. August 1961 und auf Befehl der Regierung der DDR vom 12. August 1961 in Übereinstimmung mit den Partnerstaaten des Warschauer Vertrages die bisher offene Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin, durchkreuzen damit die Kriegspläne der NATO und retten so den Frieden (siehe S. 149 ff., 151 ff., 156 ff. und 294 ff.)

16./19. 8. Prof. Kurt Hager, Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Mitglied der Volkskammer, weilt in Begleitung des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. h. c. Paul Wandel als Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in Neu Delhi, wo er Premierminister Nehru über den Standpunkt der DDR zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten bzw. mit der DDR und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt informiert und ihm eine persönliche Botschaft Walter Ulbrichts überbringt (s. 19./28. 8. 1961)

17./24. 8. Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Georg Stibi weilt zu einem Besuch Kubas in Havanna

— 18. August: Ministerpräsident Fidel Castro empfängt den Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Georg Stibi;

— 19. August: Staatspräsident Dorticós empfängt Georg Stibi. Mit beiden Staatsmännern führt der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik Gespräche über beide Länder betreffende politische Fragen. Der Standpunkt der DDR zur friedlichen Lösung der deutschen Frage wird von den kubanischen Politikern uneingeschränkt geteilt. Sie vertreten die Meinung, daß der Friedensvertrag — mit beiden deutschen Staaten oder auch mit der DDR allein — noch im Jahre 1961 abgeschlossen werden müsse

19. 8. Die Regierung der UdSSR weist in gleichlautenden Noten an die Regierungen der drei Westmächte deren Proteste wegen der Schutzmaßnahmen der DDR vom 13. August kategorisch zurück und stellt fest, daß die DDR lediglich die jedem souveränen Staat zukommenden Rechte angewandt habe (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 20. 8. 1961)

19./28. 8. Der Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Prof. Kurt Hager, und der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. h. c. Paul Wandel weilen in Djakarta, um auch hier den Standpunkt der DDR zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt darzulegen. Nach einer Unterredung mit Außenminister Subandrio werden die beiden deutschen Vertreter von der Sonderbotschafterin des indonesischen Staatspräsidenten, Frau Supeni, empfangen. Im Laufe der Woche machen sie auch andere Staatsmänner und Politiker Indonesiens mit dem Standpunkt der DDR vertraut (siehe 16./19. 8. 1961)

21. 8. Der Botschafter der ČSSR in der DDR, Gustav Souček, übergibt auf einer Pressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit eine Erklärung seiner Regierung, worin die Schutzmaßnahmen der DDR unterstützt werden und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als vordringlich und unaufschiebbar bezeichnet wird. Die Erklärung wird zur selben Zeit in Prag den diplomatischen Vertretungen und Presseagenturen übergeben

24. 8. Der Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Minister Ernst

Scholz, überreicht dem Präsidenten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Josip Broz-Tito, auf dessen Sommersitz auf der Insel Brioni eine Botschaft des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht. Anschließend unterrichtet Minister Scholz, in dessen Begleitung sich u. a. der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Johannes König befindet, den Präsidenten der FVRJ über die Notwendigkeit und Unabdingbarkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages noch im Jahre 1961 und der Lösung der Westberlinfrage. Über eine Reihe damit zusammenhängender Fragen findet eine umfassende Erörterung statt

24. 8. Die Regierung der UdSSR erhebt in Noten an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich Protest gegen die Benutzung der Luftkorridore nach Westberlin für subversive und revanchistische Zwecke des westdeutschen Militarismus. Die in Westberlin Besatzungsfunktionen ausübenden Mächte werden darin aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den widerrechtlichen provokatorischen Handlungen der Deutschen Bundesrepublik in der Stadt einen Riegel vorzuschieben

31. 8. Die Regierung der UdSSR veröffentlicht eine Erklärung, in der sie mitteilt, daß sie sich angesichts der ständig zunehmenden Aggressivität der Politik des Militärblocks der NATO, der Verschärfung des Wettrüstens und der bis ins Unerträgliche gesteigerten Spannungen im Interesse ihrer Sicherheit gezwungen sehe, Versuchsexplosionen von Kernwaffen durchzuführen. (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 31. 8. 1961; siehe auch S. 184 ff.)

1. 9. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Mitja Vošnjak, zu dessen Abschiedsbesuch

1. 9. Arbeitsplan zum Kulturabkommen zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Kuba in Havanna unterzeichnet (siehe S. 363 ff.)

1. 9. Generalverkaufsagenturabkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem kolumbianischen Luftverkehrsunternehmen AEROVIAS NATIONALES DE COLOMBIA S. A. (AVIANCA) in Kraft

1./5. 9. Der Besuch des Kosmonauten German Stepanowitsch Titow in der Deutschen Demokratischen Republik gestaltet sich zu einem Triumph der deutsch-sowjetischen Freundschaft. In Berlin, Leipzig, Magdeburg und allen anderen Orten, die der sowjetische Fliegermajor besucht, schlagen ihm die Herzen der Bevölkerung entgegen. Beim Abschied sagt Titow, daß ihm die Worte fehlten, um die Gefühle des Dankes und der Liebe zum deutschen Volke auszudrücken

2. 9. In ihren Antwortnoten auf die Noten der drei Westmächte vom 26. August unterstreicht die Regierung der UdSSR noch einmal ihren Standpunkt zur Benutzung der Luftkorridore nach Westberlin. Die Sowjetunion bestreitet, daß es irgendwelche Abmachungen gebe, wonach über die Luftkorridore unkontrollierte kommerzielle Lufttransporte durchgeführt oder gar westdeutsche Militaristen und Revanchisten transportiert werden könnten (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 4. 9. 1961)

4./10. 9. Vier Abgeordnete der französischen Nationalversammlung weilen auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie besuchen die Leipziger Messe und machen anschließend eine Studienreise durch die DDR

5. 9. ADN: Der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR Kurt Enkelmann, der aus Anlaß der Herbstmesse in Wien weilte, wurde bei seinem Besuch vom österreichischen Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann empfangen. Im Mittelpunkt ihres Gesprächs stand die weitere Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Minister Enkelmann führte außerdem Gespräche mit namhaften Vertretern der österreichischen Industrie und des Handels

5. 9. Auf Einladung des Ministers für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der DDR, Hans Reichelt, trifft der Generalsekretär des indonesischen Landwirtschaftsministeriums, Singgib Praptodibardjo, zu einem mehrtägigen Studien- und Informationsaufenthalt in der DDR ein

7. 9. Die Deutsche Demokratische Republik wird auf der Abschlußsitzung des VI. Kongresses der „Inqua“ (Internationale Vereinigung zum Studium des Quartärs) in Warschau als gleichberechtigtes Mitglied mit Sitz und

Stimme in diese Organisation aufgenommen. Der Beschluß wird von den Vertretern aus 32 Ländern — darunter Westdeutschland und die USA — einstimmig gefaßt

7./9. 9. Tagung der Ständigen Kommission für Wirtschaftsfragen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau erörtert Fragen der weiteren Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sowie der Koordinierung der Pläne zur Entwicklung der Hauptzweige der Volkswirtschaft für den Zeitraum bis zum Jahre 1980, die in den Mitgliedländern gegenwärtig ausgearbeitet werden

7./15. 9. Eine Gruppe italienischer Parlamentarier weilt auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie besucht die Leipziger Messe und unternimmt anschließend eine Studienreise durch die Deutsche Demokratische Republik

8. 9. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Brasilien, Dr. João Goulart, anläßlich der Übernahme der Präsidentschaft ein Glückwunschtelegramm

8. 9. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem mexikanischen Luftverkehrsunternehmen GUEST AEROVIAS MEXICO S. A. in Kraft

12. 9. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Ministerpräsidenten von Britisch-Guayana, Dr. Cheddy Jagan, zu dessen Amtsantritt ein Glückwunschtelegramm

12. 9. Der Minister für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik, Prof. Dr. Alfred Lemmnitz, empfängt den Minister für Erziehung der Republik Ghana, Dowuona-Hammond, der anläßlich der Eröffnung der ghanesischen Kunstausstellung in Berlin weilt, zu einem Gespräch über aktuelle Fragen. Minister Hammond betont bei dieser Gelegenheit, daß es notwendig sei, den Realitäten in der Welt Rechnung zu tragen und die beiden deutschen Staaten anzuerkennen. Er sei sicher, daß die Belgrader Konferenz eine neue Seite der gegenseitigen Beziehungen aufschlagen werde

15. 9. Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Ersten Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, János Kádár, anläßlich seiner Berufung zum Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik im Namen der Regierung der DDR herzlichste Glückwünsche. — Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, beglückwünscht den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, János Peter, zu dessen Berufung in sein Amt

16. 9. Zusatzprotokoll über den Warenaustausch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien im Jahre 1961

18. 9. Drei führende finnische Kommunalpolitiker: der geschäftsführende Direktor des finnischen Städteverbandes, Typpoe, der Direktor des finnischen Gemeindeverbandes, Pekkanen, und Stadtdirektor Aaltonen, Mitglied des Präsidiums des finnischen Städteverbandes, statten nach Abschluß ihrer Studienreise durch die DDR dem Geschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindetages, Dr. Stiegler, einen Abschiedsbesuch ab. Die finnischen Kommunalpolitiker betonen, das finnische Volk sei mit der Bevölkerung der DDR darin einig, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten längst unaufschiebbar geworden sei

18./23. 9. Der Minister für Soziale Angelegenheiten der Republik Finnland, Jussila, und sein Stellvertreter, der Direktor der Allgemeinen Abteilung im Ministerium für Soziale Angelegenheiten, Rinne, weilen auf Einladung des Komitees für Arbeit und Löhne der DDR in der Republik. Die finnischen Gäste besuchen Industriebetriebe, land- und forstwirtschaftliche Institutionen sowie soziale Einrichtungen. Außerdem führen sie Gespräche mit führenden Mitarbeitern des Komitees für Arbeit und Löhne und mehrerer Ministerien

19./25. 9. Tagung der Ständigen Kommission für Elektroenergie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Sofia erörtert eine Reihe wichtiger Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedländern des RGW auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Die Kommission nimmt Empfehlungen über die Prinzipien der komplexen Ausnut-

zung der Wasserkraftreserven der Donau, der Organisierung des Verbundbetriebes und der Koordinierung der Dispatchersteuerung im vereinigten Energiesystem der Mitgliedländer des RGW, über die besten Methoden der Versorgung der Landwirtschaft mit Elektroenergie, zur Verbesserung der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern von Wärmekraftwerken und zu anderen Fragen an. Außerdem bestätigt die Kommission ihren Arbeitsplan für das Jahr 1962

20. 9. Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Bauwesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Bauwesen der Ungarischen Volksrepublik über die Entsendung von 20 ungarischen Ingenieuren nach der DDR

21. 9. Protokoll zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Mongolischen Volksrepublik über die gegenseitigen Warenlieferungen im Jahre 1962

22./24. 9. Eine Delegation aus der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Dekans der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, Prof. Dr. Budzislawski, nimmt an der Tagung des Exekutivrates der Weltföderation der Wissenschaftler in Genf teil
— 25. September: Auf einer internationalen Pressekonferenz in Genf veröffentlicht der Exekutivrat im Namen von 200 000 Wissenschaftlern aus 21 Ländern eine Erklärung, in der er sich für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, die Anerkennung beider deutscher Staaten und die Schaffung einer neutralen Freien Stadt Westberlin ausspricht

23. 9. Der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Staatsrates der DDR, Friedrich Ebert, trifft an der Spitze einer Delegation des Magistrats zu einem offiziellen Besuch in Sofia ein
— 25. September: Oberbürgermeister Ebert stattet dem Ersten Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Shiwkow, und dem Ministerpräsidenten Anton Jugow einen Besuch ab, in dessen Verlauf beide Seiten interessierende politische Fragen erörtert werden

25./28. 9. Der Oberbürgermeister von Neu Delhi, Sham-Nath, weilt in Berlin. In einer von ihm und dem Amtierenden Ober-

bürgermeister von Groß-Berlin, Waldemar Schmidt, unterzeichneten gemeinsamen Abschlußerklärung heißt es u. a., die baldige friedliche Lösung der Deutschlandfrage und des Westberlinproblems sei eine wichtige Voraussetzung, um einen dauerhaften Frieden zu sichern

27. 9. ADN: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin ist als Mitglied in den Internationalen Rat der wissenschaftlichen Vereinigungen (International Council of Scientific Unions [ICSU]) aufgenommen worden

28. 9. Nach einer Bekanntmachung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik wird die Gültigkeit des Vertrages zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik vom 13. Juli 1957 (siehe Band V, S. 424 ff.) auf weitere drei Jahre, gerechnet ab 28. Februar 1961, verlängert

4. 10. ADN: Der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, übermittelt dem Ministerpräsidenten von Sierra Leone, Dr. Milton Margai, zur Aufnahme seines Landes in die UNO ein Glückwunschtelegramm

4. 10. ADN: Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Khalek Hassouna, hat den Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, Botschafter Wolfgang Kiesewetter, zu einem Gespräch empfangen, in dessen Verlauf Kiesewetter die Haltung der DDR zum Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und zur friedlichen Lösung des Westberlinproblems darlegte. Außerdem wurde der Botschafter vom Parlamentspräsidenten der Republik Somalia, Gameh Abdullah Ghalib, empfangen, der mit einer Parlamentsdelegation in der VAR weilte. In der Unterredung wurden beide Seiten interessierende Fragen und besonders die Politik der DDR-Regierung zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und zur friedlichen Lösung des Westberlinproblems als wichtige Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens erörtert

7. 10. An den Feierlichkeiten aus Anlaß des 12. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik nehmen Partei- und Regierungsdelegationen aus allen Ländern des sozialistischen Lagers teil (die sowjetische Delegation steht unter Leitung des Ersten Stellvertreters des

Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. I. Mikojan). Außerdem sind Gäste aus Guinea, Jugoslawien, Kuba, Irak und Finnland sowie Delegationen der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Westdeutschlands anwesend. – Staatsmänner Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie Partei- und Gewerkschaftsführer übermitteln ihre Glückwünsche. Die DDR-Vertretungen überall im Ausland veranstalten Festempfänge, an denen führende Politiker der Gastländer und Diplomaten teilnehmen (siehe S. 223 ff. und S. 430 ff.)

7. 10. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschließt, die Arabische Republik Syrien anzuerkennen

10. 10. Als Gast der Interparlamentarischen Gruppe der DDR trifft das Mitglied des indischen Unterhauses Tariq zu einem mehrtägigen Besuch der DDR in Berlin ein

– 12. Oktober: Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Botschafter Sepp Schwab empfängt den indischen Gast zu einer Aussprache über Fragen von beiderseitigem Interesse

10. 10. ADN: Auf Einladung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Ministers für Gesundheitswesen, Max Sefrin, weilt der Minister für Gesundheitsschutz der Volksrepublik Polen, Sztacelski, zu einem Besuch in der DDR

11. 10. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, empfängt in Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR, Dr. Ludwig, den Präsidenten der Liga der Rotkreuzgesellschaften, McAuly, zu einer Unterredung, in deren Verlauf McAuly den Dank der Liga für die internationale Tätigkeit des DRK in der DDR zum Ausdruck bringt. Minister Dr. Bolz erläutert u. a. die Maßnahmen der Regierung der DDR zum Schutz der Grenzen, für die der Präsident der Liga der Rotkreuzgesellschaften Interesse bezeigt

11. 10. ADN: Die VII. Tagung der Ständigen Kommission für Verkehr des RGW fand in Warschau statt. Es wurden Maßnahmen der Mitgliedländer des RGW zur Entwicklung der Binnenschiffahrt und des Kraftverkehrs für die Beförderung von Frachten zwischen den Mitgliedländern sowie Maßnahmen, die mit der in Aussicht genommenen

Typisierung der Hochsee- und Binnenflotte verbunden sind, koordiniert. Die Kommission beschloß einige Empfehlungen in Fragen des Luft- und des Frachtverkehrs und präzisierte das Verfahren für die weitere Koordinierung der Verkehrspläne der Länder für die Zeit bis 1980. Außerdem wurde die Information über die Erfüllung des Arbeitsplans für 1961 erörtert und der Arbeitsplan für 1962 bestätigt

13. 10. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, empfängt den neuernannten Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Djuro Jović, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens

14./23. 10. Zum ersten Male findet in der Deutschen Demokratischen Republik, in Karl-Marx-Stadt, eine Woche der finnischen Kultur statt. Sie dient der weiteren Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Finnland und trägt gleichzeitig dazu bei, die schon seit einiger Zeit bestehenden Städteverbindungen zwischen Karl-Marx-Stadt und der zweitgrößten finnischen Stadt, Tampere, zu festigen und weiter auszubauen. An den Veranstaltungen nehmen zahlreiche finnische Gäste teil

17./31. 10. Am XXII. Parteitag der KPdSU, dem „Parteitag der Erbauer des Kommunismus", in Moskau nimmt auch eine Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter Leitung des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, teil

19. 10. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übersendet dem Präsidenten der Bundesrepublik Kamerun, Ahmadou Ahidjo, ein Glückwunschtelegramm anläßlich der Beendigung der UNO-Treuhandschaft und der britischen Verwaltung über das Gebiet von Westkamerun sowie der Bildung der Bundesrepublik Kamerun. In dem Telegramm drückt Walter Ulbricht die besondere Freude der DDR-Bevölkerung über die Wiedervereinigung Kameruns aus, da das deutsche Volk ebenfalls nach Wiedervereinigung seines Vaterlandes strebt.

Die Bundesrepublik Kamerun besteht aus der ehemaligen Republik Kamerun (vormals französisches Verwal-

tungsgebiet) und dem ehemaligen britisch verwalteten Südkamerun, das jetzt die offizielle Bezeichnung Westkamerun trägt

21. 10./2. 11. Eine Delegation der Bundesabgeordnetenkammer der Vereinigten Staaten von Brasilien unter Leitung des Vizepräsidenten der Sozialen Fortschrittspartei Arnoldo dos Santos Cerdeira weilt auf Einladung des Präsidiums der Volkskammer in der Deutschen Demokratischen Republik, wo sie industrielle und landwirtschaftliche Betriebe sowie kulturelle Einrichtungen besichtigt

— 1. November: Die brasilianische Delegation hat Aussprachen mit dem Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Dr. Lothar Bolz. Dieser erläutert den Gästen den Standpunkt der Regierung der DDR zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und zur Lösung der Westberlinfrage, wobei er auf die große nationale Bedeutung des von der Volkskammer verabschiedeten Deutschen Friedensplanes verweist (siehe S. 104 ff.)

Oktober Der Minister für Schulwesen und Kultur der ČSSR, Dr. František Kahuda, weilt in der Deutschen Demokratischen Republik. Am 28. Oktober besucht er die Ausstellung „Kunstpreisträger der DDR" in der Berliner Nationalgalerie und wird anschließend vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Alexander Abusch empfangen. Am 30. Oktober besichtigt der Minister die Dresdner Gemäldegalerie

Oktober Die „Vereinigung der Philosophischen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik" wird auf einer Tagung des Vorstandes der „Fédération Internationale des Sociétés de Philosophie" (FISP), die in Santa Barbara (Kalifornien) stattfindet, als Mitglied in diese internationale Vereinigung der philosophischen Gesellschaften aufgenommen

1. 11. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, sendet an den Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung der Republik Algerien, Ben Youssef Ben Khedda, ein Telegramm, in dem er der Provisorischen Regierung und dem heldenhaft kämpfenden algerischen Volk anläßlich des 7. Jahrestages des Beginns des bewaffneten nationalen Be-

freiungskampfes solidarische Grüße und beste Wünsche für die baldige Lösung der Lebensfragen des algerischen Volkes übermittelt

1. 11. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Staatschef von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, anläßlich dessen 40. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm

1. 11. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, beglückwünscht in einem Telegramm den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Mongolischen Volksrepublik, Punzagyn Shagdarsuren, sowie alle mongolischen Werktätigen zur Aufnahme der MVR in die UNO

1. 11. Der Generalkonsul der DDR in Indonesien, Kurt Nier, wird vom Vorsitzenden des indonesischen Parlaments, Zainul Arifin, zu einer Unterredung empfangen, der auch die vier Stellvertreter des Vorsitzenden beiwohnen. Die Gesprächspartner tauschen ausführlich ihre Meinungen über beide Länder interessierende Fragen aus, darunter auch über die Notwendigkeit des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Lösung der Westberlinfrage

2./12. 11. V. Tagung der gemischten Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik in Berlin faßt eine Reihe von Beschlüssen, wonach u. a. die KVR der DDR Dokumentationen für die Landwirtschaft übergibt und auf dem Gebiet der Metallurgie und der Chemie Studiendelegationen empfangen wird. Von seiten der DDR werden vor allem Dokumentationen auf dem Gebiet der chemischen Industrie und des Maschinenbaus übergeben sowie Praktikanten und Studiendelegationen auf diesen Gebieten empfangen

3. 11. Die erste Industrieausstellung der DDR in Havanna wird durch den Präsidenten der Republik Kuba, Dr. Osvaldo Dorticós, eröffnet. In seiner Rede bekräftigt der Präsident erneut die positive Haltung seines Landes zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages. Das Mitglied des Staatsrates der DDR Prof. Hans Rodenberg, der aus An-

laß der Eröffnung der Ausstellung an der Spitze einer Regierungsdelegation in der kubanischen Hauptstadt weilt, überbringt die Grüße des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und der Regierung der DDR an das kubanische Volk und an seine Regierung unter Fidel Castro sowie an Präsident Dorticós
— Am selben Tage wird die Regierungsdelegation der DDR von Präsident Dr. Osvaldo Dorticós, dem Außenminister Raúl Roa und dem Erziehungsminister Dr. Armando Hart empfangen

3./5. 11. Eine internationale Tagung von Juristen aus 20 Ländern, die unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts die juristischen Aspekte der deutschen Frage erörtern, findet in Berlin statt. Auf der Schlußsitzung wird ein Appell an die Regierungen der vier Großmächte angenommen, in dem diese aufgefordert werden, sofort Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage, die zu ernsten internationalen Problemen und Streitfragen führte, aufzunehmen. Die Teilnehmer der Tagung bitten darum, besonders folgende Forderungen zu erwägen: Anerkennung der Tatsache, daß zwei selbständige deutsche Staaten bestehen; Regelung aller noch offenstehenden Fragen des letzten Krieges durch einen Friedensvertrag oder -verträge; Bestätigung der bestehenden Grenzen; Entmilitarisierung beider deutscher Staaten; Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und Schaffung eines Status für Westberlin als Freie entmilitarisierte Stadt mit allen notwendigen Sicherungen und Garantien auf der Grundlage von Verträgen, die mit der DDR zu schließen sind

4. 11. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar Bolz, sendet an den neugewählten Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen, U Thant (Burma), ein Glückwunschtelegramm, in dem er versichert, daß die Regierung der DDR auch künftig alles tun werde, um die Weltorganisation bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen

6./13. 11. XIII. Tagung der Ständigen Kommission für technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Rumänischen Volksrepublik in Berlin faßt zahlreiche Beschlüsse über das Zusammenwirken beider Länder besonders im Maschinenbau und in der Chemie; auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung in den wis-

senschaftlichen Instituten soll in Zukunft verstärkt werden

7. 11. An den Feierlichkeiten anläßlich des 44. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskau nimmt eine Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem Präsidenten der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, und dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED Friedrich Ebert an der Spitze, teil
— Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, überbringt in der Botschaft der UdSSR in Berlin die Glückwünsche des ZK der SED, des Staatsrates, der Regierung und aller in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Organisationen (siehe auch S. 434 ff.)

8. 11. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Ersten Sekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei und Vorsitzenden des Staatsrates der Rumänischen Volksrepublik, Gheorghe Gheorghiu-Dej, zu dessen 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche

8. 11. Der Generalsekretär des Außenministeriums der Provisorischen Algerischen Regierung, Mohamed Harbi, empfängt den Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, Botschafter Kiesewetter, zu einer Aussprache über beide Seiten interessierende Fragen. Bei dieser Gelegenheit würdigt Generalsekretär Harbi die Unterstützung, die die DDR dem algerischen Volk in seinem Befreiungskampf gewährt

8./14. 11. Tagung der Europäischen Güterzugfahrplan-Konferenz (LIM) in Markkleeberg, die seit 1954 zum zweiten Male in der DDR stattfindet. Vertreter aus 19 sozialistischen und kapitalistischen Ländern beraten u. a. über schnellere Transportmöglichkeiten für die Handelsgüter quer durch Europa und über die Abkürzung der Abfertigung an den Grenzen. Außerdem wird der internationale Fahrplan der Transitschnellgüterzüge für das Jahreskursbuch 1962 aufgestellt

9. 11. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. A. Gromyko, empfängt den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. Lothar

Bolz, zu einem Gespräch über Fragen, die die Interessen der DDR und der UdSSR berühren

11./12. 11. Konferenz europäischer Frauen aus 21 Ländern über die friedliche Lösung der deutschen Frage in Berlin fordert den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt. Diese Forderungen sind in einem „Schreiben an die Regierungen der Länder, die im Krieg gegen das faschistische Deutschland standen", in einem „Brief an alle westdeutschen Frauen" sowie in einem „Appell an die Frauen Europas" enthalten, die einstimmig angenommen werden (Wortlaut: Neues Deutschland, Berlin 13. 11. 1961)

13./16. 11. Elfte Sitzung der deutsch-polnischen Kommission zur Verwirklichung des Abkommens zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vom 17. 4. 1957 über die Zusammenarbeit beim Aufschluß neuer Braunkohlentagebaue (siehe Band V, S. 407 f.) in Warschau. Während der Beratungen werden grundlegende Fragen zur Verwirklichung des Abkommens besprochen und Beschlüsse zur ordnungsgemäßen Inbetriebnahme der neuen Braunkohlentagebaue der Volksrepublik Polen gefaßt

17./26. 11. Die II. Industrieausstellung der Deutschen Demokratischen Republik findet in Helsinki statt. 22 Außenhandelsunternehmen der DDR geben auf rund 9000 qm Ausstellungsfläche einen Überblick über den Leistungsstand der DDR-Industrie. An der Eröffnung der Ausstellung nimmt eine Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Paul Scholz teil, die vom 14. bis 22. November in Helsinki weilt
— 15. November: Der finnische Ministerpräsident Miettunen empfängt die DDR-Regierungsdelegation zu einem Gespräch über beiderseits interessierende Fragen
— 21. November: Der Präsident der Republik Finnland, Dr. Urho Kekkonen, empfängt die Regierungsdelegation der DDR. Der Leiter der Delegation, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Paul Scholz, überreicht dem Präsidenten ein persönliches Schreiben des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht. Anschließend legt der Delegationsleiter die Politik des Staatsrates und der Regierung der DDR zur Frage des Kampfes um den Frieden dar. Am selben Tage besucht Präsident Kekkonen die Industrieausstellung der DDR

21. 11. Der Kronprinz von Jemen, Seif el Islam Mohammed el Badr, empfängt den Beauftragten der Regierung der DDR für die Vereinigte Arabische Republik, Botschafter Wolfgang Kiesewetter, zu einer Aussprache über das Deutschlandproblem und die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Dabei zeigt der Kronprinz tiefes Verständnis für das Bestreben des deutschen Volkes, seine Probleme selbst zu lösen

23. 11. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten der Republik Ekuador, Dr. Carlos Julio Arosemena Monroy, zu dessen Wahl zum Präsidenten herzliche Glückwünsche. Präsident Arosemena dankt für die Glückwünsche, „besonders da sie aus einem Lande kommen, das beispielgebend in seiner Arbeit und Organisation ist. Ich wünsche eine noch stärkere Zusammenarbeit, die den guten Beziehungen und der Erhaltung des Friedens zwischen allen Staaten dient“

27./28. 11. Konferenz der bevollmächtigten Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten des Vereinigten Instituts für Kernforschung in Dubna bei Moskau erörtert und bestätigt den Plan zur weiteren Entwicklung des Instituts in den Jahren 1962 bis 1965 sowie den Plan für die Investitionen im Jahre 1962. Zum Direktor des Instituts wird Prof. Dmitri Blochinzew wiedergewählt

27./30. 11. Tagung der Ständigen Kommission für Buntmetallurgie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Budapest erörtert Fragen der weiteren Entwicklung der Buntmetallurgie in den Mitgliedstaaten des RGW und behandelt außerdem die Maßnahmen auf dem Gebiet der Einsparung und des Austausches von Buntmetallen. Der Arbeitsplan der Kommission für das Jahr 1962 wird bestätigt

28. 11./4. 12. Tagung der Ständigen Kommission für Maschinenbau des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Prag nimmt eine Reihe wichtiger Empfehlungen für die wirtschaftliche und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit an, insbesondere für die Typisierung der Hochseefrachtschiffe, die in den Mitgliedländern des RGW gebaut werden sollen, für die Spezialisierung von Schiffsmechanismen und -ausrüstungen sowie von kompletten Zucker-

fabriken. Weiterhin werden Empfehlungen für die Automatisierung von Hochöfen, SM-Öfen und Stranggußanlagen, für die Koordinierung der Forschungs-, Entwicklungs-, Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten für Werkzeugmaschinen, für Schmiede-, Preß- und Gießereiausrüstungen und für eine Reihe anderer Fragen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit gegeben. Schließlich behandelt die Kommission die Ergebnisse der gemeinsamen Entwicklung einer Apparatur für den halbautomatischen internationalen Fernsprechverkehr und bestätigt ihren Arbeitsplan für das Jahr 1962

30. 11./3. 12. Außerordentliche Tagung der Ständigen Kommission für die Nutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau erörtert eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Atomenergie und Fragen der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, für die Volkswirtschaft der Mitgliedländer des RGW den größten Nutzeffekt zu erzielen

Ende November X. Tagung der Ständigen Kommission für Kohleindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Warschau nimmt Informationen der Leiter der Länderdelegationen über den Stand der Arbeit an der Generalperspektive entgegen und behandelt die Erfüllung des Planes für das Jahr 1961. Die Kommission bestätigt den Arbeitsplan für das Jahr 1962 und den Plan der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bis 1965

Anfang Dezember Die Handelsvereinbarung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Königreich Schweden wird für das Jahr 1962 verlängert und das Volumen der Warenlisten um etwa 10 Prozent gegenüber 1961 erhöht, so daß erstmals ein Umsatz von über 200 Mill. Skr erreicht werden wird

1. 12. Zur Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Ländern Südostasiens wird in Berlin eine „Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft in der DDR“ gegründet. Zum Präsidenten der Gesellschaft wird der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Gesundheitswesen der DDR, Max Sefrin, gewählt

2./3. 12. Auf Einladung der Interparlamentarischen Gruppe der DDR treffen Parlamentarier aus der Sowjetunion, der

ČSSR und der Volksrepublik Polen, aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und der DDR in Weimar zu einem internationalen Rund-Tisch-Gespräch über „Die deutsche Frage und die Erhaltung des Friedens" zusammen. In einem Kommuniqué fordern die Teilnehmer die Parlamente und Regierungen aller Staaten auf, sich nachdrücklich für allgemeine und vollständige Abrüstung, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, sofortige Aufnahme von Verhandlungen über Abschluß des deutschen Friedensvertrages, Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und Umwandlung Westberlins in eine neutrale, entmilitarisierte Freie Stadt einzusetzen

4. 12. Zusatzprotokoll zum Kulturarbeitsplan 1961/62 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik in Budapest unterzeichnet. Es sieht vor allem die weitere Entwicklung direkter Beziehungen zwischen den kulturellen Instituten, besonders auf dem Gebiet der Wissenschaft, vor

5. 12. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Abdel Nasser, empfängt den Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Minister Ernst Scholz, der dem Präsidenten eine persönliche Botschaft des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, überreicht und bei dieser Gelegenheit ausführlich den Standpunkt der DDR hinsichtlich des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der friedlichen Lösung der Westberlinfrage darlegt. Anschließend findet ein Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Themen statt. Präsident Nasser betont hierbei, daß die deutsche Frage auf dem Wege von Verhandlungen friedlich gelöst werden solle. Er dankt für die ihm übermittelte Botschaft und bittet Minister Scholz, dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, Ministerpräsident Otto Grotewohl sowie der Regierung und der Bevölkerung der DDR seine Grüße zu überbringen

5. 12. Der Generalkonsul der Deutschen Demokratischen Republik in Indonesien, Kurt Nier, informiert auf einer Pressekonferenz in Djakarta indonesische und ausländische Journalisten über die Haltung der Regierung der DDR zum Westberlinproblem sowie über die jüngsten Vorschläge der DDR, die in dem Brief des Ministerrates an Dr. Adenauer enthalten sind (siehe S. 258 ff.)

5./9. 12. 49. Vollsitzung des leitenden Ausschusses des Internationalen Eisenbahn-Transportkomitees (CIT) in Erfurt, an der Vertreter fast aller Eisenbahnverwaltungen Europas teilnehmen, behandelt Fragen der weiteren Verbesserung des internationalen Personen- und Güterverkehrs

7. 12. Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik erteilt dem Generalkonsul der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Dr. Jaroslav Katzer, das Exequatur für die Bezirke Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Erfurt, Gera, Suhl und Halle mit Sitz des Generalkonsulates in Dresden. Der bisherige Generalkonsul der ČSSR in Dresden, Dr. Jan Sonsky, wurde von seiner Regierung mit anderen Aufgaben betraut

7. 12. Die Kulturarbeitspläne für die Jahre 1962 und 1963, die nach Verhandlungen zwischen Fachleuten der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Moskau unterzeichnet werden, sehen eine bedeutende Erweiterung der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft, des Bildungs- und Gesundheitswesens und der Kultur vor

8. 12. Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, empfängt den Redaktionsdirektor der einflußreichen ägyptischen Illustrierten „Al Mussawar", Mursi Asch-Schafei, zu einer freundschaftlichen Aussprache über Fragen des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt

— 9. Dezember: Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Botschafter Sepp Schwab empfängt den ägyptischen Gast, der ihm die Haltung der VAR zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes der afrikanischen und asiatischen Völker darlegt

9. 12. Anläßlich der Proklamierung der Unabhängigkeit Tanganjikas übermittelt der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, dem Ministerpräsidenten von Tanganjika, Julius Nyerere, die herzlichsten Glückwünsche und teilt gleichzeitig mit, daß die Regierung der DDR beschlossen habe, Tanganjika als souveränen Staat anzuerkennen

— 16. Dezember: Ministerpräsident Otto Grotewohl übermittelt dem Ministerpräsidenten Julius Nyerere anläßlich der Aufnahme Tanganjikas als Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen ein Glückwunschtelegramm

9. 12. Der irakische Außenminister Hashim Jawad empfängt den Leiter der Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen Republik in Irak, Legationsrat Walter Hochmuth, zu einem Gespräch über Fragen der Beziehungen zwischen beiden Staaten

12. 12. Der 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Staatssekretär Otto Winzer, übergibt auf einer internationalen Pressekonferenz in Berlin der Weltöffentlichkeit eine umfangreiche Dokumentation über das Bonner Auswärtige Amt, in der bewiesen wird, daß maßgebliche Diplomaten Hitlers und Ribbentrops heute entscheidende Positionen des Auswärtigen Amtes innehaben. Diese Organisatoren und Werkzeuge der Aggressionen Hitlers planen und organisieren neue Aggressionen (Wortlaut der Erklärung von Staatssekretär Otto Winzer: Außenpolitische Korrespondenz, Berlin, Nr. 50/1961)

13. 12. Der Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Botschafter Sepp Schwab empfängt den einflußreichen ceylonesischen Journalisten Herrn Amarasingam zu einer Aussprache über beide Seiten interessierende Fragen

14. 12. Der Generalkonsul der Deutschen Demokratischen Republik in Indonesien, Kurt Nier, wird vom indonesischen Außenminister Subandrio zu einer Unterredung über Fragen der Beziehungen zwischen beiden Ländern empfangen

15. 12. Die „Liga für Völkerfreundschaft der Deutschen Demokratischen Republik“ wird in Berlin gegründet. Der Präsident der Liga, Oberbürgermeister i. R. Philipp Daub, erläutert auf einem Festakt Notwendigkeit, Sinn und Ziele der neuen Organisation, der alle in der DDR bestehenden Freundschaftsgesellschaften sowie andere Vereinigungen und Institutionen, die Verbindungen zum Ausland haben, angehören

15. 12. Zusatzprotokoll zum Kulturarbeitsplan für das Jahr 1962 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und

der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Berlin unterzeichnet. Das Protokoll sieht u. a. vor, daß der Austausch von Wissenschaftlern und Fachleuten auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Kultur bedeutend erweitert und vertieft wird

15. 12. Protokoll über den Warenverkehr zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Finnland für das Jahr 1962 in Helsinki unterzeichnet. Der Warenverkehr wird 1962 auf traditioneller Grundlage weitergeführt. Den Bedürfnissen beider Länder entsprechend, werden eine Reihe von Ein- und Ausfuhrkontingenten erhöht

16. 12. Der finnische Ministerpräsident Miettunen empfängt den Leiter der Handelsvertretung der DDR in Finnland, Gesandten Prof. Dr. Agricola, zu einer Unterredung über beide Seiten interessierende Fragen. Gesandter Agricola übergibt bei dieser Gelegenheit dem finnischen Ministerpräsidenten das Memorandum des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR über den von Westdeutschland und Westberlin aus betriebenen Menschenhandel mit Bürgern der DDR und die Dokumentation des Außenministeriums „Von Ribbentrop zu Adenauer“ (siehe 12. 12. 1961). Das Memorandum über den Menschenhandel wurde auf diplomatischem Wege einer großen Anzahl europäischer und außereuropäischer Staaten sowie an Organe der Vereinten Nationen übergeben

18. 12. Der Sonderbotschafter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Gesundheitswesen, Max Sefrin, wird vom ceylonesischen Ministerpräsidenten Frau Sirimavo Bandanaraike empfangen. Minister Sefrin überbringt eine persönliche Botschaft des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und erläutert in einer anschließenden Unterredung den Standpunkt der Regierung der DDR zur Lösung der deutschen Frage. Es wird festgestellt, daß die friedliche Lösung dieser Frage ebenso wie die internationale Entspannung nur auf der Grundlage der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang bringen die Gesprächspartner die große Bedeutung der weiteren Festigung der Beziehungen zwischen Ceylon und der DDR zum Ausdruck. Frau Sirimavo Bandanaraike versichert, daß

die Regierung die Botschaft Walter Ulbrichts sorgfältig studieren werde; sie bittet den Sonderbotschafter, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR herzliche Grüße zu übermitteln

18. 12. Der Erste Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Staatssekretär Otto Winzer, empfängt Legationsrat Andres Avino Soler, der seine Tätigkeit als Amtierender Chef der Mission der Republik Kuba in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen hat

18./21. 12. VI. Tagung der Ständigen Kommission für Leicht- und Nahrungsmittelindustrie des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Prag beschäftigt sich mit der Verwirklichung der Empfehlungen des RGW auf ihrem Gebiete und mit den weiteren Abschnitten in der Koordinierung der Entwicklung der einzelnen Zweige der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie für einen längeren Zeitraum

19. 12. Interline-Abkommen zwischen der Deutschen Lufthansa und dem pakistanischen Luftverkehrsunternehmen PAKISTAN INTERNATIONAL AIRLINES (PIA) sowie zwischen der Deutschen Lufthansa und dem irakischen Luftverkehrsunternehmen IRAQI AIRWAYS in Kraft

19./21. 12. Tagung der Ständigen Kommission für Wirtschaftsfragen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Warschau nimmt Beschlüsse an, die u. a. Fragen der Koordinierung der Perspektivpläne der Mitgliedstaaten des RGW betreffen

20. 12. Auf Initiative einer Reihe kommunistischer und sozialistischer Abgeordneter des italienischen Parlaments wird ein „Komitee Italien-DDR“ gegründet, dessen Ziel es ist, zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Italien und der DDR auf parlamentarischem, politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet beizutragen. Zum Vorsitzenden der neuen Gesellschaft wird der Stellvertreter des Vorsitzenden der italienischen Abgeordnetenkammer, der Sozialist Ferdinando Targetti, gewählt

22. 12. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt dem Präsidenten der Arabischen Republik Syrien Dr. Nasem Kudsi, herzliche Glückwünsche anläßlich dessen Wahl zum Präsidenten der Arabischen Republik Syrien.

Ebenso beglückwünscht der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Otto Grotewohl, den Ministerpräsidenten der Arabischen Republik Syrien, Dr. Maruf Dawalibi, anläßlich dessen Berufung zum Ministerpräsidenten und des Amtsantritts der Regierung

24. 12. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, übermittelt König Idris I. von Libyen anläßlich des 10. Jahrestages der Verkündung der Unabhängigkeit des Vereinigten Königreiches Libyen herzliche Grüße und beste Wünsche. Aus demselben Anlaß senden der Vorsitzende des Ministerrates Otto Grotewohl an Ministerpräsident Mohammed Ben Othman Al-Said, Präsident der Volkskammer, Dr. h. c. Johannes Dieckmann, an den Parlamentspräsidenten Mouftah Ariguib und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Lothar Bolz an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Suleiman Jerby Glückwunschtelegramme

25. 12. Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, Koca Popović, empfängt den Gesandten der Deutschen Demokratischen Republik in der FVRJ, Eleonore Staimer, zu einer Unterredung über beide Seiten interessierende Fragen. Frau Staimer übergibt bei dieser Gelegenheit die vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR herausgegebene Dokumentation über die Tätigkeit der 185 Nazidiplomaten, die im Dienste des Bonner Auswärtigen Amtes stehen, sowie ein Exemplar der Rede des Staatssekretärs Otto Winzer, die er anläßlich der Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Dokumentation in Berlin gehalten hatte (siehe 12. 12. 1961). Ferner übergibt und erläutert der Gesandte ein Exemplar des Briefes, den Ministerpräsident Otto Grotewohl an Dr. Adenauer gericht hat (siehe S. 258 ff.)

29. 12. Vertrag über Handel und Seeschiffahrt zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (Wortlaut im Band X)

29. 12. Die Gültigkeit der Vereinbarung über den Warenverkehr zwischen der Kammer für Außenhandel der DDR und vier Wirtschaftsorganisationen Dänemarks vom 13. Januar 1961 wird bis zum 31. Dezember 1962 verlängert

SACHREGISTER

(W) = Abkommen, Interviews, Noten usw. im Wortlaut

A

B

C

E

F

H

I

K

M

N

P

Q

R

T

U

Z

INHALTSVERZEICHNIS